

Proletarier aller Länder, vereinigt euch!

Diese Ausgabe der Ausgewählten Werke Lenins  
in 2 Bänden folgt in ihrer Zusammenstellung der  
Ausgabe Moskau 1946/47.

Die zusammengestellten Texte wurden nach der  
Originalausgabe faksimiliert.

Verlag Olga Benario und Herbert Baum  
Postfach 10 20 51  
D-63020 Offenbach

1. Auflage 2004

ISBN 978-3-932636-94-3

**W. I. LENIN**

**AUSGEWÄHLTE WERKE**

*in*

**ZWEI BÄNDEN**

**W. I. L E N I N**  
**AUSGEWÄHLTE WERKE**

---

**IN ZWEI BÄNDEN**



# LENIN

AUSGEWÄHLTE WERKE

---

BAND II

VERLAG FÜR FREMDSPRACHIGE LITERATUR  
MOSKAU 1947



**Die Periode der Vorbereitung  
und Durchführung der  
sozialistischen  
Oktoberrevolution**





## ÜBER DIE AUFGABEN DES PROLETARIATS IN DER GEGENWÄRTIGEN REVOLUTION

Erst am 3. April nachts in Petrograd eingetroffen, konnte ich in der Versammlung vom 4. April mein Referat über die Aufgaben des revolutionären Proletariats natürlich nur in meinem eigenen Namen und unter Hinweis auf meine ungenügende Vorbereitung halten.

Das einzige, was ich tun konnte, um mir und gewissenhaften Opponenten die Arbeit zu erleichtern, war die Ausarbeitung *schriftlich* formulierter Thesen. Ich habe sie vorgelesen und den Text dem Genossen Zereteli überreicht. Ich habe sie sehr langsam und *zweimal* vorgelesen: zuerst in der Versammlung der Bolschewiki, sodann in der Versammlung der Bolschewiki und Menschewiki.

Ich veröffentliche diese meine persönlichen, nur mit ganz kurzen erläuternden Anmerkungen versehenen Thesen, die in meinem Referat viel eingehender entwickelt wurden:

### THESEN

1. In unserer Stellung zum Krieg, der seitens Rußlands auch unter der neuen Regierung Lwow und Konsorten, infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung, unbedingt ein räuberischer, imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zugeständnisse an die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ unzulässig.

Einem revolutionären Krieg, der die revolutionäre Vaterlandsverteidigung wirklich rechtfertigen würde, kann das klassenbewußte Proletariat seine Zustimmung nur unter folgenden Bedingungen geben: a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals.

In Anbetracht dessen, daß breite Schichten von Anhängern der revolutionären Vaterlandsverteidigung aus der Masse es zweifellos ehrlich meinen und den Krieg nur anerkennen in dem Glauben, daß er

aus Notwendigkeit und nicht um Eroberungen geführt wird, in Anbetracht dessen, daß sie von der Bourgeoisie betrogen sind, muß man sie besonders gründlich, beharrlich und geduldig über ihren Irrtum, über den untrennbaren Zusammenhang von Kapital und imperialistischem Krieg aufklären und davon überzeugen, daß es ohne den Sturz des Kapitals *unmöglich* ist, den Krieg durch einen wahrhaft demokratischen Frieden und nicht durch einen Gewaltfrieden zu beenden.

Organisierung der allerbreitesten Propaganda dieser Auffassung unter den Fronttruppen.

Verbrüderung.

2. Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland besteht im *Übergang* von der ersten Etappe der Revolution, die infolge des ungenügend entwickelten Klassenbewußtseins und der ungenügenden Organisiertheit des Proletariats der Bourgeoisie die Macht gab, *zur zweiten* Etappe der Revolution, die die Macht in die Hände des Proletariats und der ärmsten Schichten der Bauernschaft legen muß.

Diesen Übergang kennzeichnet einerseits ein Höchstmaß an Legalität (Rußland ist *zur Zeit* von allen kriegführenden Ländern das freieste Land der Welt), andererseits das Fehlen der Anwendung von Gewalt gegen die Massen, und schließlich die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus.

Diese Eigenart fordert von uns die Fähigkeit, uns den *besonderen* Bedingungen der Parteilarbeit unter den unerhört breiten, eben erst zum politischen Leben erwachten Massen des Proletariats anzupassen.

3. Keinerlei Unterstützung der Provisorischen Regierung, Aufdeckung der ganzen Verlogenheit aller ihrer Versprechungen, insbesondere hinsichtlich des Verzichts auf Annexionen. Entlarvung der Provisorischen Regierung statt der unzulässigen, Illusionen erweckenden „Forderung“, *diese* Regierung, die Regierung der Kapitalisten, solle *aufhören*, imperialistisch zu sein.

4. Anerkennung der Tatsache, daß unsere Partei in der Mehrzahl der Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist gegenüber dem *Block aller* kleinbürgerlichen, opportunistischen Elemente, die dem Einfluß der Bourgeoisie erlegen sind und diesen Einfluß in das Proletariat hineinragen — von den Volkssozialisten und Sozialrevolutionären bis zum Organisationskomitee (Tschcheidse, Zereteli usw.), Steklow usw. usf.

Aufklärung der Massen darüber, daß die Sowjets der Arbeiterdeputierten die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung sind, und daß daher unsere Aufgabe, solange sich *diese* Regierung von der

Bourgeoisie beeinflussen läßt, nur in geduldiger, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik bestehen kann.

Solange wir in der Minderheit sind, leisten wir die Arbeit der Kritik und Klarstellung der Fehler, wobei wir gleichzeitig die Notwendigkeit des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets der Arbeiterdeputierten propagieren, damit die Massen sich durch die Erfahrung von ihren Fehlern befreien.

5. Keine parlamentarische Republik — von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren, wäre ein Schritt rückwärts —, sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Lande, von unten bis oben.

Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamtschaft.\*

Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines qualifizierten Arbeiters hinaus.

6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schwergewichts auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten.

Beschlagnahme der gesamten Ländereien der Gutsbesitzer.

Nationalisierung des *gesamten* Bodens im Lande; die Verfügungsgewalt über den Boden steht den örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten zu. Schaffung besonderer Sowjets von Deputierten der armen Bauern. Errichtung von Musterwirtschaften aus allen großen Gütern (im Umfang von etwa 100 bis 300 Deßjatinen, je nach den örtlichen und sonstigen Verhältnissen und nach dem Ermessen der örtlichen Institutionen) unter Kontrolle der Landarbeiterdeputierten und auf Rechnung der Gesellschaft.

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Einführung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

8. Nicht „Einführung“ des Sozialismus als unsere *unmittelbare* Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur *Kontrolle* über die gesellschaftliche Produktion und Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

9. Aufgaben der Partei:

a) sofortiger Parteitag;

b) Änderung des Parteiprogramms, in der Hauptsache:

1. Über den Imperialismus und den imperialistischen Krieg;

---

\* D. h. Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung.

2. über die Stellung zum Staat und *unsere* Forderung eines „Kommunestaates“\*;

3. Berichtigung des veralteten Minimalprogramms;

c) Änderung des Namens der Partei.\*\*

10. Erneuerung der Internationale.

Initiative zur Gründung einer revolutionären Internationale, einer Internationale gegen die *Sozialchauvinisten* und gegen das „Zentrum“\*\*\*.

Damit der Leser verstehe, warum ich den „Fall“ gewissenhafter Opponenten gesondert, als seltene Ausnahme, hervorzuheben genötigt war, bitte ich ihn, den obigen Thesen folgenden Einwand des Herrn Goldenberg gegenüberzustellen: Lenin „hat die Fahne des Bürgerkriegs inmitten der revolutionären Demokratie aufgepflanzt“ (zitiert im „Jedinstwo“<sup>1</sup> des Herrn Plechanow, Nr. 5).

Nicht wahr, eine Perle?

Ich schreibe, lese vor, setze auseinander: „In Anbetracht dessen, daß *breite* Schichten von Anhängern der revolutionären Vaterlandsverteidigung aus der *Masse* es zweifellos ehrlich meinen . . ., daß sie von der Bourgeoisie betrogen sind, muß man sie *besonders* gründlich, beharrlich und *geduldig* über ihren Irrtum aufklären...“

Die Herrschaften von der Bourgeoisie aber, die sich Sozialdemokraten nennen, die *weder* zu den *breiten* Schichten noch zu den Anhängern der Vaterlandsverteidigung aus der *Masse* gehören, haben die eiserne Stirn, meine Ansichten wie folgt wiederzugeben und zu interpretieren: „Die Fahne (!) des Bürgerkriegs“ (vom Bürgerkrieg ist weder in den Thesen noch war davon im Referat auch nur ein Wort enthalten!) „inmitten (!!) der revolutionären Demokratie aufgepflanzt (!)“.

Was ist das? Wodurch unterscheidet sich das von einer Pogromhetze? — von der „Russkaja Wolja“<sup>2</sup>?

Ich schreibe, lese vor, setze auseinander: „Die Sowjets der Arbeiterdeputierten sind die *einzig mögliche* Form der revolutionären Regierung, und daher kann unsere Aufgabe nur in *geduldiger*, systematischer, beharrlicher, besonders den praktischen Bedürfnissen der Massen angepaßter *Aufklärung* über die Fehler ihrer Taktik bestehen...“

\* D. h. eines Staates nach dem Vorbild der Pariser Kommune.

\*\* Statt „Sozialdemokratie“, deren offizielle Führer in der *ganzen Welt* den Sozialismus verraten haben, indem sie zur Bourgeoisie übergingen (die „Vaterlandsverteidiger und die schwankenden „Kautskyaner“), müssen wir uns *Kommunistische Partei* nennen.

\*\*\* Als „Zentrum“ bezeichnet man in der internationalen Sozialdemokratie die Richtung, die zwischen den Chauvinisten (= „Vaterlandsverteidigern“) und den Internationalisten schwankt, nämlich: Kautsky und Konsorten in Deutschland, Longuet und Konsorten in Frankreich, Tschcheidse und Konsorten in Rußland, Turati und Konsorten in Italien, Macdonald und Konsorten in England usw.

Die Opponenten einer gewissen Sorte aber interpretieren meine Ansichten als einen Aufruf zum „Bürgerkrieg inmitten der revolutionären Demokratie“!!

Ich habe die Provisorische Regierung angegriffen, weil sie *weder* einen baldigen, *noch* überhaupt einen Termin für die Einberufung der Konstituierenden Versammlung festsetzte und mit bloßen Versprechungen davonzukommen trachtet. Ich habe den Beweis geführt, daß *ohne* die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten die Einberufung der Konstituierenden Versammlung nicht gesichert, ihr Gelingen unmöglich ist.

Man unterstellt mir, ich sei gegen die baldigste Einberufung der Konstituierenden Versammlung!!!

Ich würde dies als „Fieberphantasien“ bezeichnen, hätten mich nicht Jahrzehnte politischen Kampfes gelehrt, die Gewissenhaftigkeit von Opponenten als eine seltene Ausnahme zu betrachten.

Herr Plechanow hat in seiner Zeitung meine Rede als eine „Fieberphantasie“ bezeichnet. Sehr gut, Herr Plechanow! Doch wie plump, ungeschickt und begriffsstutzig sind Sie in Ihrer Polemik! Wenn ich in meiner Rede zwei volle Stunden lang wie im Fieber phantasierte, warum duldeten dann Hunderte von Zuhörern diese „Fieberphantasie“? Weiter. Warum widmet Ihre Zeitung der Wiedergabe einer „Fieberphantasie“ eine ganze Spalte? Fürwahr, das reimt sich nicht, das reimt sich bei Ihnen ganz und gar nicht.

Es ist natürlich viel leichter, zu schreien, zu schimpfen, zu jammern, als den Versuch zu machen darzulegen, zu erklären, sich zu erinnern, *wie* Marx und Engels in den Jahren 1871, 1872 und 1875 über die Erfahrungen der Pariser Kommune und darüber urteilten, *was für einen* Staat das Proletariat braucht.

Herr Plechanow, der ehemalige Marxist, erinnert sich anscheinend nicht gern des Marxismus.

Ich habe die Worte Rosa Luxemburgs zitiert, die am 4. August 1914 die *deutsche* Sozialdemokratie einen „stinkenden Leichnam“ genannt hat. Die Herren Plechanow, Goldenberg und Konsorten aber fühlen sich „beleidigt“ ... um wessentwillen? — um der *deutschen* Chauvinisten willen, die Chauvinisten genannt wurden!

Die armen russischen Sozialchauvinisten, Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat, wissen weder ein noch aus.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 26, 20. (7.) April 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XX,  
1. Halbbd., S. 114—120.

## ÜBER DIE DOPPELHERRSCHAFT

Die Grundfrage jeder Revolution ist die Frage der Macht im Staate. Ohne Klärung dieser Frage kann von keiner wie immer gearteten bewußten Teilnahme an der Revolution die Rede sein, von einer Führung derselben ganz zu schweigen.

Die im höchsten Grade bedeutsame Eigenart unserer Revolution besteht darin, daß sie eine *Doppelherrschaft* geschaffen hat. Über diese Tatsache muß man sich vor allem klarwerden; bevor man sie nicht begriffen hat, kann man nicht vorwärtsschreiten. So muß man z. B. die alten „Formeln“ des Bolschewismus zu ergänzen und zu korrigieren verstehen, da sie zwar, wie sich gezeigt hat, im allgemeinen richtig waren, ihre konkrete Anwendung sich aber anders *gestaltete*. An Doppelherrschaft hat früher *niemand* gedacht und konnte niemand denken.

Worin besteht die Doppelherrschaft? Darin, daß sich neben der Provisorischen Regierung, der Regierung der *Bourgeoisie*, eine noch schwache, erst in Keimform vorhandene, aber dennoch unzweifelhaft wirklich existierende und erstarkende *andere Regierung* herausgebildet hat: die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

Wie ist die klassenmäßige Zusammensetzung dieser zweiten Regierung? Das Proletariat und die (in den Soldatenrock gesteckte) Bauernschaft. Welcher Art ist der politische Charakter dieser Regierung? Sie ist eine revolutionäre Diktatur, d. h. eine Macht, die sich unmittelbar auf die revolutionäre Machtergreifung stützt, auf die unmittelbare Initiative der Volksmassen von unten, und *nicht auf ein* von einer zentralisierten Staatsmacht erlassenes *Gesetz*. Das ist eine Macht von ganz anderer Art als der in der parlamentarischen bürgerlich-demokratischen Republik bisher im allgemeinen übliche Typus, wie er in den fortgeschrittenen Ländern Europas und Amerikas herrscht. Diesen Umstand läßt man oft außer acht, geht oft darüber hinweg, während das gerade der springende Punkt ist. Diese Macht ist eine Macht von *demselben Typus*, wie es die Pariser Kommune von 1871 war. Die Grundmerkmale dieses Typus sind: 1. Quelle der Macht ist nicht das vorher vom Parlament beratene und beschlossene Gesetz,

sondern die direkte, von unten kommende Initiative der Volksmassen im Lande, die direkte „Machtergreifung“, um diesen landläufigen Ausdruck zu gebrauchen; 2. Ersetzung von Polizei und Armee, als vom Volke getrennte und dem Volke entgegengestellte Institutionen, durch die direkte Bewaffnung des gesamten Volkes; die Staatsordnung wird bei einer solchen Macht von den bewaffneten Arbeitern und Bauern *selbst*, vom bewaffneten Volke *selbst* geschützt; 3. ebenso wird die Beamtenschaft, die Bürokratie, entweder durch die unmittelbare Herrschaft des Volkes selbst ersetzt oder zumindest unter besondere Kontrolle gestellt; die Beamten verwandeln sich in nicht nur wählbare, sondern auch auf die erste Forderung des Volkes hin *absetzbare* Personen, ihre Rolle wird auf die von einfachen Bevollmächtigten reduziert: aus einer privilegierten Schicht mit hoher, bourgeoisier Bezahlung ihrer „Pöstchen“ verwandeln sie sich in Arbeiter einer besonderen „Waffengattung“, deren Entlohnung *nicht höher* ist als der übliche Lohn eines qualifizierten Arbeiters.

Darin und *nur* darin besteht das *Wesen* der Pariser Kommune als eines besonderen Staatstypus. Dieses Wesen haben die Herren Plechanow (die offenen Chauvinisten, die den Marxismus verraten haben), die Herren Kautsky (die Leute des „Zentrums“, d. h. die zwischen Chauvinismus und Marxismus Schwankenden) und überhaupt alle gegenwärtig herrschenden Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre usw. vergessen bzw. entstellt.

Man sucht mit Phrasen loszukommen, hüllt sich in Schweigen, macht Ausflüchte, beglückwünscht einander tausendmal zur Revolution und sträubt sich, darüber *nachzudenken*, *was denn* die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten sind. Man will die offensichtliche Wahrheit nicht sehen, daß, inwieweit diese Sowjets bestehen, *inwieweit* sie eine Staatsmacht sind, insoweit in Rußland ein Staat vom *Typus* der Pariser Kommune besteht.

Ich betonte: „inwieweit“. Denn sie sind erst die Keime einer Staatsmacht. Sowohl durch direktes Übereinkommen mit der bürgerlichen Provisorischen Regierung als auch durch eine Reihe faktischer Zugeständnisse *lieferte und liefert* sie selber ihre Machtpositionen an die Bourgeoisie *aus*.

Warum? Etwa weil die Tschcheidse, Zereteli, Steklow und Konsorten einen „Fehler“ begehen? Unsinn. So kann nur ein Spießerdenken, nicht aber ein Marxist. Der Grund ist das *mangelnde Klassenbewußtsein* und die ungenügende Organisiertheit der Proletarier und Bauern. Der „Fehler“ der genannten Führer liegt in ihrer kleinbürgerlichen Haltung, liegt darin, daß sie das Bewußtsein der Arbeiter *trüben*,

anstatt es zu klären, daß sie kleinbürgerliche Illusionen *einflößen*, statt sie zu zerstören, daß sie den Einfluß der Bourgeoisie auf die Massen *stärken*, anstatt die Massen von diesem Einfluß zu befreien.

Daraus sollte schon klar sein, warum auch unsere Genossen dadurch so viele Fehler begehen, daß sie „einfach“ die Frage stellen: Soll die Provisorische Regierung sofort gestürzt werden?

Ich antworte: 1. sie muß gestürzt werden, denn sie ist eine oligarchische, bürgerliche Regierung und keine Volksregierung; sie *kann weder Frieden noch Brot noch volle Freiheit geben*; 2. sie kann nicht sofort gestürzt werden, denn sie hält sich durch direkte und indirekte, formale und faktische *Verständigung* mit den Sowjets der Arbeiterdeputierten, vor allem aber mit dem wichtigsten, dem Petrograder Sowjet; 3. sie kann überhaupt nicht auf dem gewöhnlichen Wege „gestürzt“ werden, denn sie stützt sich auf die „*Unterstützung*“ der Bourgeoisie durch die *zweite* Regierung, durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten; diese Regierung aber ist die einzig mögliche revolutionäre Regierung, die unmittelbar das Bewußtsein und den Willen der Mehrheit der Arbeiter und Bauern zum Ausdruck bringt. Einen höheren, besseren Typus der Regierung als die Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten hat die Menschheit nicht hervorgebracht und kennen wir bisher nicht.

Um eine Staatsmacht zu werden, müssen die klassenbewußten Arbeiter die Mehrheit für sich gewinnen: *solange* den Massen gegenüber keine Gewalt angewendet wird, gibt es keinen anderen Weg zur Macht. Wir sind keine Blanquisten<sup>3</sup>, keine Anhänger der Machtergreifung durch eine Minderheit. Wir sind Marxisten, Anhänger des proletarischen Klassenkampfes gegen den kleinbürgerlichen Taumel, gegen den Chauvinismus und die Vaterlandsverteidigung, gegen die Phrase, gegen die Abhängigkeit von der Bourgeoisie.

Schaffen wir eine proletarische kommunistische Partei; Elemente einer solchen Partei haben die besten Anhänger des Bolschewismus bereits geschaffen; schließen wir uns zur proletarischen Klassenarbeit zusammen, und von den Proletariern, den *armen* Bauern wird sich eine größere und immer größere Zahl auf unsere Seite stellen. Denn das *Leben* wird die kleinbürgerlichen Illusionen der „Sozialdemokraten“, der Tschcheidse, Zereteli, Steklow usw., der „Sozialrevolutionäre“, der Kleinbürger noch „reineren“ Wassers usw. usf. mit jedem Tage mehr zerschlagen.

Die Bourgeoisie ist für die Alleinherrschaft der Bourgeoisie.

Die klassenbewußten Arbeiter sind für die Alleinherrschaft der Sowjets der Arbeiter-, Landarbeiter-, Bauern- und Soldatendeputierten,



für die Alleinherrschaft, die vorbereitet wird durch die *Klärung* des proletarischen Klassenbewußtseins, durch seine *Befreiung* vom Einfluß der Bourgeoisie, nicht aber durch Abenteuer.

Das Kleinbürgertum — die „Sozialdemokraten“, die Sozialrevolutionäre usw. usf. — schwankt und *behindert* diese Klärung, diese Befreiung.

Das ist das tatsächliche, *klassenmäßige* Kräfteverhältnis, das unsere Aufgaben bestimmt.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 28, 22. (9.) April 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XX,  
1. Halbbd., S. 125—128.

**DIE AUFGABEN  
DES PROLETARIATS IN UNSERER REVOLUTION.  
ENTWURF  
EINER PLATTFORM DER PROLETARISCHEN PARTEI**

Der gegenwärtige historische Zeitpunkt in Rußland wird durch folgende Hauptzüge charakterisiert:

**DER KLASSENCHARAKTER DER JÜNGSTEN REVOLUTION**

1. Die alte Zarenmacht, die nur eine Handvoll fröhlicher, die ganze Staatsmaschinerie (Heer, Polizei, Beamtenschaft) beherrschender Gutsbesitzer repräsentierte, ist zerschlagen und beseitigt, aber nicht zur Strecke gebracht. Die Monarchie ist formal nicht vernichtet. Die Romanowbande fährt fort, monarchistische Ränke zu schmieden. Der riesige Bodenbesitz der fröhlichen Gutsbesitzer ist nicht liquidiert.

2. Die Staatsmacht ist in Rußland in die Hände einer neuen *Klasse* übergegangen, und zwar in die der Bourgeoisie und der verbürgerlichten Gutsbesitzer. *Insofern* ist die bürgerlich-demokratische Revolution in Rußland abgeschlossen.

Die zur Macht gelangte Bourgeoisie hat einen Block (Bündnis) mit ausgesprochen monarchistischen Elementen geschlossen, die sich in den Jahren 1906—1914 durch die Nikolaus dem Blutigen<sup>4</sup> und Stolypin dem Henker<sup>5</sup> erwiesene unerhört eifrige Unterstützung hervorgerufen haben (Gutschkow und andere rechts von den Kadetten stehende Politiker). Die neue bürgerliche Regierung Lwow und Konsorten versuchte und begann, mit den Romanows Verhandlungen über die Wiederherstellung der Monarchie in Rußland zu führen. Unter einem Schwall revolutionärer Phrasen besetzt diese Regierung im stillen die leitenden Stellen mit Anhängern des alten Regimes. Das Streben dieser Regierung ist darauf gerichtet, den ganzen Apparat der Staatsmaschinerie (Heer, Polizei, Beamtenschaft) so wenig wie möglich zu reformieren und ihn der Bourgeoisie zu übergeben. Die revolutionäre Initiative der Massen-

aktionen und die Ergreifung der Macht durch das Volk von *unten her* — diese *einzig*e Bürgschaft für wirkliche Erfolge der Revolution — hat die neue Regierung bereits in jeder Weise zu hindern begonnen.

Diese Regierung hat bis heute den Einberufungstermin der Konstituierenden Versammlung noch nicht einmal festgesetzt. Den gutsherrlichen Bodenbesitz, diese materielle Grundlage des feudalen Zarisismus, tastet sie nicht an. Diese Regierung denkt gar nicht daran, an die Untersuchung und Bekanntgabe der Machenschaften und an die Kontrolle über die monopolistischen Finanzorganisationen, die Großbanken, die Syndikate und Kartelle der Kapitalisten usw. zu schreiten.

Die wichtigsten, ausschlaggebenden Ministerposten in der neuen Regierung (das Ministerium des Innern, das Kriegsministerium, d. h. die Befehlsgewalt über das Heer, die Polizei, die Beamtenschaft, über den ganzen Apparat zur Unterdrückung der Massen) werden von notorischen Monarchisten und Parteigängern des gutsherrlichen Großgrundbesitzes bekleidet. Den Kadetten, diesen Republikanern seit gestern, diesen Republikanern wider Willen, sind minder wichtige Posten überlassen worden, die weder zur *Befehlsgewalt* über das Volk noch zum Apparat der Staatsmacht in unmittelbarer Beziehung stehen. A. Kerenski, der Vertreter der Trudowiki und „Auch-Sozialist“, spielt überhaupt keine andere Rolle als die, die Wachsamkeit und Aufmerksamkeit des Volkes mit tönenden Phrasen einzuschläfern.

Aus allen diesen Gründen verdient die neue bürgerliche Regierung selbst auf dem Gebiete der Innenpolitik nicht das geringste Vertrauen des Proletariats; jede Unterstützung der neuen Regierung seitens des Proletariats ist völlig unzulässig.

### DIE AUSSENPOLITIK DER NEUEN REGIERUNG

3. In der Außenpolitik, die infolge objektiver Bedingungen jetzt im Vordergrund steht, ist die neue Regierung eine Regierung der Fortsetzung des imperialistischen Krieges, eines Krieges im Bündnis mit den imperialistischen Mächten, mit England, Frankreich usw., um die Teilung der kapitalistischen Beute, um die Erdrosselung der kleinen und schwachen Völker.

Die neue Regierung, die den Interessen des russischen Kapitals und seines mächtigen Gönners und Gebieters, des englischen und französischen imperialistischen Kapitals, des reichsten in der ganzen Welt,

untergeordnet ist, hat — entgegen den vom Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten im Namen der zweifellosen Mehrheit der Völker Rußlands in der entschiedensten Weise ausgesprochenen Wünschen — keine realen Schritte unternommen, um dem Völkergemetzel, das um der Interessen der Kapitalisten willen veranstaltet wurde, ein Ende zu bereiten. Sie hat nicht einmal jene geheimen, ausgesprochen auf Raub abzielenden Verträge (über die Teilung Persiens, über die Ausplünderung Chinas, über die Ausplünderung der Türkei, über die Aufteilung Österreichs, über die Annexion Ostpreußens, über die Annexion der deutschen Kolonien usw.) veröffentlicht, die, wie jeder weiß, Rußland an das englische und französische imperialistische Raubkapital ketten. Sie hat diese Verträge *bestätigt*, die vom Zarismus geschlossen wurden, der im Laufe der Jahrhunderte mehr Völker ausgeraubt und unterdrückt hat als andere Tyrannen und Despoten, vom Zarismus, der das großrussische Volk nicht nur unterdrückt, sondern auch mit Schmach bedeckt und korrumpiert hat, indem er es zum Henker anderer Völker machte.

Die neue Regierung, die diese schändlichen Raubverträge bestätigte, hat es unterlassen, allen kriegführenden Völkern den sofortigen Waffenstillstand anzubieten, entgegen den durch die Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten klar zum Ausdruck gebrachten Forderungen der Mehrheit der Völker Rußlands. Sie hat sich davor gedrückt durch feierliche, tönende, hochtrabende, aber gänzlich nichtssagende Dekklamationen und Phrasen, die im Munde bürgerlicher Diplomaten stets dazu dienen und dienen, die vertrauensseligen und naiven Massen des geknechteten Volkes zu betrügen.

4. Das ist der Grund, warum die neue Regierung in der Außenpolitik nicht das geringste Vertrauen verdient, und warum auch ein weiteres Wiederholen der Forderung, diese Regierung möge den Friedenswillen der Völker Rußlands kundtun, sie möge auf Annexionen verzichten usw. usf., in Wirklichkeit nur bedeutet, das Volk zu betrügen, in ihm unerfüllbare Hoffnungen zu wecken, die Klärung seines Bewußtseins hinauszuzögern, es indirekt auszusöhnen mit der Fortsetzung des Krieges, dessen wahrer sozialer Charakter nicht durch fromme Wünsche bestimmt wird, sondern durch den Klassencharakter der kriegführenden Regierung, durch die Beziehungen der von dieser Regierung vertretenen Klasse mit dem imperialistischen Finanzkapital Rußlands, Englands, Frankreichs usw., durch die *reale, wirkliche Politik*, die diese Klasse betreibt.

## DIE EIGENARTIGE DOPPELHERRSCHAFT UND IHRE KLASSENMÄSSIGE BEDEUTUNG

5. Die wichtigste Besonderheit unserer Revolution, eine Besonderheit, die es ganz dringend notwendig macht, sich in der gründlichsten Weise in sie hineinzudenken, ist die gleich in den ersten Tagen nach dem Sieg der Revolution entstandene *Doppelherrschaft*.

Diese Doppelherrschaft kommt zum Ausdruck in dem Bestehen zweier Regierungen: der eigentlichen, wirklichen Hauptregierung der Bourgeoisie, der „Provisorischen Regierung“ Lwow und Konsorten, die alle Machtorgane in Händen hat, und der zusätzlichen „kontrollierenden“ Nebenregierung in Gestalt des Petrograder Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die keine Organe der Staatsmacht in Händen hat, sich aber unmittelbar auf die anerkannt absolute Mehrheit des Volkes, auf die bewaffneten Arbeiter und Soldaten stützt.

Klassenmäßig liegt die Quelle und die Bedeutung dieser Doppelherrschaft darin, daß die russische Revolution vom März 1917 nicht nur die gesamte Zarenmonarchie hinweggefegt, nicht nur der Bourgeoisie die ganze Macht übergeben hat, sondern daß die Revolution auch *dicht* an die revolutionär-demokratische Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft *herangekommen* ist. Gerade eine solche Diktatur (d. h. eine Staatsmacht, die sich nicht auf das Gesetz stützt, sondern auf die unmittelbare Macht der bewaffneten Bevölkerungsmassen), und zwar gerade der genannten Klassen, bildet der Petrograder Sowjet sowie die anderen, örtlichen Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten.

6. Eine weitere, im höchsten Grade wichtige Besonderheit der russischen Revolution ist, daß der Petrograder Sowjet der Soldaten- und Arbeiterdeputierten, der, allem Anschein nach zu urteilen, das Vertrauen der Mehrheit der örtlichen Sowjets genießt, der Bourgeoisie und *ihrer* Provisorischen Regierung die Staatsmacht *freiwillig* abtritt, daß er ihr freiwillig den Vorrang *läßt*, da er mit ihr ein Abkommen traf, sie zu unterstützen, daß er sich mit der Rolle eines Beobachters begnügt, eines Kontrolleurs der Einberufung der Konstituierenden Versammlung (deren Einberufungstermin von der Provisorischen Regierung bis jetzt noch nicht einmal bekanntgegeben wurde).

Dieser überaus eigenartige, in dieser Form in der Geschichte noch nie dagewesene Umstand hat *zwei* Diktaturen *miteinander und ineinander verflochten*: die Diktatur der Bourgeoisie (denn die Regierung Lwow und Konsorten ist eine Diktatur, d. h. eine Staatsmacht, die sich nicht auf das Gesetz und nicht auf den vom Volk vorher kundgegebenen Willen stützt, sondern auf die gewaltsame Machtergreifung,

wobei diese Machtergreifung von einer bestimmten Klasse, und zwar von der Bourgeoisie durchgeführt wurde) und die Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft (der Sowjet der Arbeiter- und Soldaten-deputierten).

Es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß sich eine derartige „Verflechtung“ auf die Dauer *nicht halten kann*. Zwei Staatsgewalten können in einem Staate *nicht bestehen*. Eine von ihnen muß verschwinden, und die ganze Bourgeoisie Rußlands ist bereits mit aller Kraft am Werke, die Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten mit allen möglichen Mitteln überall zu beseitigen, zu entkräften, zu einem Nichts herabzudrücken und die Alleinherrschaft der Bourgeoisie aufzurichten.

Die Doppelherrschaft bringt nur jenen *Übergangsmoment* in der Entwicklung der Revolution zum Ausdruck, an dem diese zwar über die gewöhnliche bürgerlich-demokratische Revolution hinausgegangen, aber *noch nicht* an die „reine“ Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft *herangekommen ist*.

Die klassenmäßige Bedeutung (und die klassenmäßige Erklärung) dieser labilen Übergangssituation besteht in folgendem: wie jede Revolution, hat auch unsere Revolution das größte Heldentum, die größte Selbstaufopferung der Masse für den Kampf gegen den Zarismus erfordert, und hat auch mit einem Schläge eine ungeahnt große Zahl von Spießbürgern *in die Bewegung hineingezogen*.

Eines der wissenschaftlichen und praktisch-politischen Hauptmerkmale *jeder* wirklichen Revolution ist das ungewöhnlich schnelle, jähe, schroffe Anwachsen der Zahl der zur aktiven, selbständigen, tatkräftigen Anteilnahme am politischen Leben, an der *Gestaltung des Staates*, übergehenden „Spießbürger“.

So auch in Rußland. Rußland ist jetzt in Wallung. Die Millionen und Dutzende von Millionen, die politisch zehn Jahre lang geschlafen haben, in denen das furchtbare Joch des Zarismus und die Zwangsarbeit für die Gutsbesitzer und Fabrikanten jede politische Regung erstickten, sind *erwacht* und *drängen* zur Politik. Wer aber sind diese Millionen und Dutzende von Millionen? Größtenteils sind es Kleinbesitzer, Kleinbürger, Leute, die zwischen Kapitalisten und Lohnarbeitern in der Mitte stehen. Rußland ist das kleinbürgerlichste Land unter allen europäischen Ländern.

Die riesige kleinbürgerliche Woge hat alles überflutet, sie hat das klassenbewußte Proletariat nicht nur durch ihre zahlenmäßige Stärke, sondern auch ideologisch überwältigt, das heißt sie hat sehr breite Arbeiterkreise mit kleinbürgerlichen politischen Ansichten angesteckt, ergriffen.

Das Kleinbürgertum ist im Leben von der Bourgeoisie abhängig, da es selbst ein Eigentümer- und kein Proletarierdasein führt (was seine *Stellung* innerhalb der gesellschaftlichen *Produktion* betrifft), und in seiner Denkart folgt es der Bourgeoisie.

Blinde Vertrauensseligkeit gegenüber den Kapitalisten, diesen schlimmsten Feinden des Friedens und des Sozialismus, — das ist es, was die gegenwärtige Politik der *Massen* in Rußland kennzeichnet, das ist es, was mit revolutionärer Schnelligkeit auf dem sozialen und ökonomischen Boden des kleinbürgerlichsten von allen europäischen Ländern *emporgeschnitten* ist. Das ist die *Klassengrundlage* der „*Verständigung*“ (ich betone, daß ich nicht so sehr die formale Verständigung als vielmehr die *tatsächliche* Unterstützung, die stillschweigende Verständigung, das blind vertrauensselige Abtreten der Macht im Auge habe) zwischen der Provisorischen Regierung und dem Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, — einer Verständigung, die den Gutschkow einen fetten Bissen, nämlich die wirkliche Macht, eingebracht hat, dem Sowjet aber — Versprechungen, Ehren (einstweilen, bis zu gelegener Zeit), Schmeicheleien, Redensarten, Beteuerungen und Kratzfüße seitens der Kerenski.

Die ungenügende zahlenmäßige Stärke des Proletariats in Rußland, seine ungenügende Bewußtheit und Organisiertheit, — das ist die Kehrseite derselben Medaille.

Alle Volkstümler-Parteien, einschließlich der Sozialrevolutionäre, waren stets kleinbürgerlich, ebenso die Partei des Organisationskomitees (Tschcheidse, Zereteli usw.); die parteilosen Revolutionäre (Steklow u. a.) ließen sich gleichfalls von dieser Welle mit fortreißen oder sind ihrer nicht Herr geworden, vermochten ihrer nicht Herr zu werden.

## DIE EIGENART DER TAKTIK, WIE SIE SICH AUS DEM VORHERGEHENDEN ERGIBT

7. Aus der oben geschilderten Eigenart der faktischen Lage ergibt sich die für den Marxisten, der mit den objektiven Tatsachen, mit den Massen und den Klassen, nicht aber mit Einzelpersonen u. dgl. rechnen muß, verbindliche Eigenart der Taktik im *gegebenen* Zeitpunkt.

Diese Eigenart erfordert vor allem, daß „der süßlichen Limonade revolutionär-demokratischer Phrasen Essig und Galle beigemischt wird“ (nach der äußerst treffenden Bemerkung, die Theodorowitsch, mein Genosse vom Zentralkomitee unserer Partei, in der gestrigen Sitzung des Allrussischen Kongresses der Eisenbahnangestellten und

-arbeiter in Petrograd machte). Sie erfordert Arbeit der Kritik, *Aufklärung* über die Fehler der kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Sozialdemokraten, Vorbereitung und Zusammenschweißung der Elemente der *klassenbewußt* proletarischen, kommunistischen Partei, *Befreiung* des Proletariats aus dem „allgemeinen“ kleinbürgerlichen Taumel.

*Es scheint*, als sei das „bloß“ propagandistische Arbeit. In Wirklichkeit ist es im höchsten Grade *praktische revolutionäre* Arbeit, denn anders kann man die Revolution nicht vorwärtstreiben, die zum Stillstand gekommen ist, die in Redensarten ersäuft, die „auf der Stelle tritt“, *nicht* etwa äußerer Hindernisse wegen, *nicht* weil die Bourgeoisie *Gewalt* gegen sie anwendet (Gutschkow droht vorläufig nur mit Gewaltanwendung gegen die Soldatenmasse), sondern *weil* die Massen in blinder Vertrauensseligkeit befangen sind.

Nur durch den Kampf gegen diese blinde Vertrauensseligkeit (der ausschließlich mit geistigen Waffen, durch kameradschaftliche Überzeugung, durch Hinweis auf die *Erfahrungen des Lebens* geführt werden kann und darf) können wir uns von der *grassierenden revolutionären Phrase* befreien und wirklich sowohl das Bewußtsein des Proletariats als auch das Bewußtsein der Massen sowie deren kühne, entschlossene Initiative *überall im Lande*, die eigenmächtige Verwirklichung, Entfaltung und Festigung der Freiheiten, der Demokratie, des Prinzips des Gemeinbesitzes des Volkes am gesamten Boden vorwärtstreiben.

8. Die Erfahrungen der bürgerlichen und Gutsbesitzer-Regierungen der ganzen Welt haben *zwei* Methoden der Niederhaltung des Volks gezeitigt: Die erste Methode ist die der Gewalt. Nikolaus Romanow I., auch Nikolaus Palkin genannt, und Nikolaus II., der Blutige, haben dem russischen Volke, was diese Henkermethode betrifft, das Höchstmaß des Möglichen und Unmöglichen gezeigt. Aber es gibt noch eine andere Methode, zur höchsten Vollkommenheit gebracht von der durch eine Reihe von großen Revolutionen und revolutionären Massenbewegungen „klug gewordenen“ englischen und französischen Bourgeoisie. Es ist das die Methode des Betrugs, der Schmeichelei, der Phrase, der millionenfachen Versprechungen, der lumpigen Bettelgaben, der Zugeständnisse im Unwichtigen, der Erhaltung des Wichtigen.

Die Eigenart der gegenwärtigen Lage in Rußland liegt in dem schwindelerregend schnellen Übergang von der ersten Methode zur zweiten, von der Vergewaltigung des Volkes zur *Umschmeichelung* des Volkes, zu seiner Betörung durch Versprechungen. Der Kater Waska hört zu und — frißt.<sup>6</sup> Die Miljukow und Gutschkow haben die Macht, sie schützen die Profite des Kapitals, sie führen den imperialistischen



Krieg im Interesse des russischen und des englischen und französischen Kapitals — und haben als Antwort auf die Reden solcher „Köche“ wie Tschcheidse, Zereteli, Steklow, die ihnen drohen, ihnen ins Gewissen reden, sie beschwören, anflehen, fordern und proklamieren, nichts als Verheißungen, Deklamationen und effektvolle Erklärungen... Der Kater Waska hört zu und — frißt.

Doch die vertrauensselige Blindheit und blinde Vertrauensseligkeit wird mit jedem Tag mehr schwinden, besonders bei den Proletariern und den *armen* Bauern, die das Leben (ihre sozialökonomische Lage) lehrt, den Kapitalisten nicht zu glauben.

Die Führer des Kleinbürgertums „müssen“ das Volk lehren, der Bourgeoisie zu vertrauen. Die Proletarier müssen das Volk lehren, ihr zu mißtrauen.

## DIE REVOLUTIONÄRE VATERLANDSVERTEIDIGUNG UND IHRE KLASSENMÄSSIGE BEDEUTUNG

9. Der wichtigste und krassste Ausdruck der kleinbürgerlichen Woge, die „fast alles“ überschwemmt hat, ist unzweifelhaft die *revolutionäre Vaterlandsverteidigung*. Gerade sie ist der schlimmste Feind der weiteren Entwicklung und des Erfolges der russischen Revolution.

Wer in diesem Punkte erlegen ist und sich nicht frei zu machen vermochte — der ist für die Revolution verloren. Doch erliegen die Massen auf andere Weise als die Führer, und machen sich *anders*, auf anderem Entwicklungswege, auf andere Weise frei.

Die revolutionäre Vaterlandsverteidigung ist einerseits die Frucht des Betrugs der Bourgeoisie an den Massen, die Frucht der blinden Vertrauensseligkeit der Bauern und eines Teils der Arbeiter, andererseits aber ist sie ein Ausdruck der Interessen und Anschauungen des bis zu einem gewissen Grade an Annexionen und Bankprofiten interessierten Kleinbesitzers, der die Traditionen des Zarismus, welcher die Großrussen durch die Henkerrolle gegenüber anderen Völkern korrumpierte, „heilig“ hält.

Die Bourgeoisie betrügt das Volk, indem sie auf den edlen Stolz der Revolution spekuliert und die Sache so hinstellt, als habe sich mit dieser Etappe der Revolution, wo an die Stelle der Zarenmonarchie die Gutschkow-Miljukowsche Beinahe-Republic getreten ist, der *soziale und politische* Charakter des Krieges auf seiten Rußlands geändert. Und das Volk schenkte dem — eine Zeitlang — Glauben, zum großen Teil dank den althergebrachten Vorurteilen, die es in allen Völkern

Rußlands, außer dem großrussischen, eine Art Eigentum oder Stammgut der Großrussen sehen ließen. Die niederträchtige Korruptionierung des großrussischen Volkes durch den Zarismus, der es daran gewöhnte, in den anderen Völkern etwas Minderwertiges, etwas „von Rechts wegen“ Großrußland Gehörendes zu sehen, konnte nicht *mit einem Male* verschwinden.

Wir müssen es *verstehen*, die Massen darüber aufzuklären, daß der soziale und politische Charakter des Krieges nicht durch den „guten Willen“ von Personen und Gruppen oder selbst Völkern bestimmt wird, sondern durch die Stellung der *Klasse*, die den Krieg führt, durch ihre *Politik*, deren Fortsetzung der Krieg ist, durch die *Verbindungen* des Kapitals als der herrschenden ökonomischen Macht in der modernen Gesellschaft, durch den *imperialistischen Charakter* des internationalen Kapitals, durch die — finanzielle, bankmäßige und diplomatische — Abhängigkeit Rußlands von England und Frankreich usw. Dies geschieht und für die Massen verständlich klarzumachen, *ist nicht leicht*, keiner von uns würde es mit einemmal fehlerlos zustande bringen.

Doch die Richtung oder besser gesagt der Inhalt unserer Propaganda muß so und nur so sein. Das geringste Zugeständnis an die revolutionäre Vaterlandsverteidigung ist *Verrat am Sozialismus*, ist völlige Preisgabe des *Internationalismus*, mit welcher schönen Phrasen, mit welcher „praktischen“ Erwägungen man dies auch zu rechtfertigen sucht.

Die Losung „Nieder mit dem Krieg“ ist natürlich richtig, aber sie wird den eigenartigen Aufgaben des gegenwärtigen Zeitpunkts, wird der Notwendigkeit, auf *andere Weise* an die breite Masse *heranzutreten*, nicht gerecht. Sie erinnert meines Erachtens an die Losung „Nieder mit dem Zaren“, mit der der ungeschickte Agitator der „guten alten Zeit“ ohne viel Federlesens aufs Land hinausging und — Prügel einsteckte. Die Anhänger der revolutionären Vaterlandsverteidigung aus der Masse sind *ehrlich*, nicht im persönlichen, sondern im Klassensinne, d. h. sie gehören jenen *Klassen* an (Arbeiter und arme Bauern), denen die Annexionen und die Erdrosselung fremder Völker *tatsächlich* keine Vorteile bringen. Ganz anders ist es bei den Bourgeois und den Herren „Intellektuellen“, die sehr wohl wissen, daß es *unmöglich* ist, auf Annexionen zu verzichten, ohne zugleich auf die Herrschaft des Kapitals zu verzichten, und die die Massen mit schönen Redensarten, maßlosen Versprechungen und zahllosen Verheißungen gewissenlos betrügen.

Der Vertreter der Vaterlandsverteidigung aus der Masse sieht die Dinge einfach, auf Spießart: „Ich will keine Annexionen, der Deutsche

will *mir* an den Kragen, folglich verteidige ich eine gerechte Sache und durchaus nicht irgendwelche imperialistischen Interessen.“ Einem solchen Menschen muß immer wieder klargemacht werden, daß es nicht auf seine persönlichen Wünsche ankommt, sondern daß es sich um politische, um Massen- und Klassenverhältnisse und Beziehungen, um den Zusammenhang des Krieges mit den Interessen des Kapitals und dem internationalen Bankennetz usw. handelt. Nur ein solcher Kampf gegen die Vaterlandsverteidigung ist ein ernster Kampf, der vielleicht keinen sehr schnellen, aber doch einen sicheren und dauerhaften Erfolg verspricht.

### WIE KANN MAN DEN KRIEG BEENDEN?

10. Den Krieg kann man nicht „auf Wunsch“ beenden. Man kann ihn nicht auf Beschluß der einen Seite beenden. Man kann ihn nicht dadurch beenden, daß man „die Bajonette in die Erde stößt“, wie ein Soldat, ein Anhänger der Vaterlandsverteidigung, sich ausdrückte.

Den Krieg kann man nicht beenden durch ein „Übereinkommen“ der Sozialisten verschiedener Länder, nicht durch eine „Kundgebung“ der Proletarier aller Länder, nicht durch den „Willen“ der Völker usw. Alle derartigen Phrasen, von denen die Zeitungsartikel in der ganz auf dem Standpunkt der Vaterlandsverteidigung stehenden Presse sowie in der halb auf dem Vaterlandsverteidigungs-, halb auf dem internationalistischen Standpunkt stehenden Presse strotzen, wie auch die zahllosen Resolutionen, Aufrufe, Manifeste, Resolutionen des Sowjets der Soldaten- und Arbeiterdeputierten — alle diese Phrasen sind nichts als leere, harmlose, fromme Wünsche von Kleinbürgern. Es gibt nichts Schädlicheres als die Phrasen von „Kundtun“ des Friedenswillens der Völker“, von der *Reihenfolge* der revolutionären Aktionen des Proletariats (nach dem russischen Proletariat sei das deutsche „an der Reihe“) usw. Das alles ist Louis Blanc-Politik<sup>7</sup>, süßliche Träumerei, eine Spielerei mit „politischen Kampagnen“, ist faktisch eine Wiederholung der Fabel vom Kater Waska.

Der Krieg ist nicht durch den bösen Willen der kapitalistischen Räuber hervorgerufen worden, obwohl er zweifellos *nur* in ihrem Interesse geführt wird, nur sie bereichert. Der Krieg ist durch die Entwicklung des Weltkapitals in einem halben Jahrhundert durch dessen milliardenfache Fäden und Zusammenhänge hervorgerufen worden. Man *kann nicht* aus dem imperialistischen Krieg herauspringen, man *kann* einen demokratischen, gewaltlosen Frieden *nicht*

erzielen ohne den Sturz der Herrschaft des Kapitals, ohne den Übergang der Staatsmacht an eine *andere* Klasse, an das Proletariat.

Die russische Revolution vom Februar/März 1917 war der Beginn der Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg. Diese Revolution hat den *ersten* Schritt zur Beendigung des Krieges getan. Erst der *zweite* Schritt kann seine Beendigung *sicherstellen*, nämlich der Übergang der Staatsmacht an das Proletariat. Das wird der Anfang des „Durchbruchs der Front“, der Front der Interessen des Kapitals im Weltmaßstabe sein, und erst nachdem das Proletariat *diese* Front durchbrochen hat, *kann* es die Menschheit von den Schrecken des Krieges erlösen, ihr die Wohltaten eines dauernden Friedens sichern.

Und an einen solchen „Durchbruch der Front“ des Kapitals hat die russische Revolution das Proletariat Rußlands *bereits* dicht herangeführt, indem sie die Sowjets der Arbeiterdeputierten geschaffen hat.

## DER NEUE STAATSTYPUS, DER SICH IN UNSERER REVOLUTION HERAUSBILDET

11. Die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten werden nicht bloß in der Hinsicht verkannt, daß der Mehrheit ihre Klassenbedeutung, ihre Rolle in der *russischen* Revolution unklar ist. Verkannt werden sie auch noch in der Hinsicht, daß sie eine neue Form oder, richtiger gesagt, einen neuen *Typus des Staates* darstellen.

Der vollendetste, fortgeschrittenste bürgerliche Staat ist der Typus der *parlamentarischen demokratischen Republik*: die Macht gehört dem Parlament; die Staatsmaschinerie, der Apparat und das Organ der Verwaltung, ist die übliche: stehendes Heer, Polizei und eine faktisch unabsetzbare, privilegierte, *über* dem Volke stehende Beamtschaft.

Die revolutionären Epochen haben jedoch seit Ende des 19. Jahrhunderts den höchsten Typus des demokratischen Staates hervorgebracht, eines Staates, der, nach dem Ausdruck von Engels, in mancher Hinsicht schon aufhört, ein Staat zu sein, der „kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“ ist. Es ist dies der Staat vom Typus der Pariser Kommune, der die vom Volke getrennte Armee und Polizei durch die direkte und unmittelbare Bewaffnung des Volkes selbst *ersetzt*. *Darin* besteht das Wesen der Kommune, über die von den bürgerlichen Schriftstellern zahllose Lügen und Verleumdungen verbreitet wurden, von der man unter anderem fälschlich behauptet, sie habe sofort den Sozialismus „einführen“ wollen.

Gerade einen Staat von diesem Typus hat die russische Revolution in den Jahren 1905 und 1917 hervorzubringen *begonnen*. Die Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten, die in der Allrussischen Konstituierenden Versammlung der Volksvertreter oder im Sowjet der Sowjets u. dgl. vereinigt sind, — das ist es, was bei uns jetzt, im gegenwärtigen Augenblick, *bereits zur Wirklichkeit* wird dank der Initiative des vielmillionenköpfigen Volkes, das aus eigener Machtvollkommenheit, *auf seine Art*, die Demokratie schafft, und das weder abwartet, bis die Herren Professoren der Kadettenpartei ihre Gesetzentwürfe für eine parlamentarische bürgerliche Republik abgefaßt haben, noch auch, bis die Pedanten und Routiniers der kleinbürgerlichen „Sozialdemokratie“ vom Schlage der Herren Plechanow oder Kautsky sich von ihren Verfälschungen der Lehre des Marxismus vom Staate lossagen.

Der Marxismus unterscheidet sich dadurch vom Anarchismus, daß er die *Notwendigkeit* des Staates und der Staatsgewalt in einer revolutionären Periode im allgemeinen und in der Epoche des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus im besonderen anerkennt.

Der Marxismus unterscheidet sich von dem kleinbürgerlichen, opportunistischen „Sozialdemokratismus“ der Herren Plechanow, Kautsky und Konsorten dadurch, daß er für die erwähnten Perioden *nicht* einen Staat wie die gewöhnliche parlamentarische bürgerliche Republik für notwendig erachtet, sondern einen Staat wie die Pariser Kommune.

Die Hauptunterschiede zwischen diesem letzteren Staatstypus und dem alten bestehen in folgendem:

Von der parlamentarischen bürgerlichen Republik ist die Rückkehr zur Monarchie (wie die Geschichte auch bewiesen hat) überaus leicht, denn die ganze Unterdrückungsmaschine: die Armee, die Polizei, die Beamtschaft, bleibt unangetastet. Die Kommune und die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten *zerschlagen* und beseitigen diese Maschine.

Die parlamentarische bürgerliche Republik beengt und drosselt das selbständige politische Leben der *Massen* sowie deren unmittelbare Teilnahme am *demokratischen* Aufbau des ganzen Staatslebens von unten bis oben. Das Gegenteil ist bei den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten der Fall.

Diese letzteren reproduzieren jenen Staatstypus, der von der Pariser Kommune hervorgebracht worden ist und den Marx „die endlich entdeckte politische Form“ genannt hat, „unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte“.

Gewöhnlich wird eingewendet: das russische Volk ist für die „Ein-

führung“ der Kommune noch nicht reif. Das ist das Argument der Fronherren, die behauptet hatten, die Bauern seien für die Freiheit noch nicht reif. *Keinerlei* Umgestaltungen, die nicht sowohl in der ökonomischen Wirklichkeit als auch im Bewußtsein der erdrückenden Mehrheit des Volkes vollständig herangereift sind, werden von der Kommune, d. h. von den Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten, „eingeführt“, sie beabsichtigt nicht, sie „einzuführen“ und soll sie auch nicht einführen. Je größer der ökonomische Zusammenbruch und die durch den Krieg erzeugte Krise ist, desto dringender erforderlich ist eine möglichst vollkommene politische Form, die die Heilung der furchtbaren Wunden, welche der Krieg der Menschheit geschlagen hat, *erleichtert*. Je weniger organisatorische Erfahrung das russische Volk hat, desto entschiedener muß die organisatorische Aufbauarbeit vom *Volke selbst* und nicht allein von den bürgerlichen Politikastern und Beamten „in einträglichen Stellungen“ *in Angriff genommen* werden.

Je schneller wir uns der alten Vorurteile des von den Herren Plechanow, Kautsky und Konsorten entstellten, des Pseudomarxismus entledigen, je eifriger wir an die Arbeit gehen, um dem Volk zu helfen, sofort und überall Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zu schaffen und diesen zu helfen, das *ganze* Leben in ihre Hand zu nehmen, je länger die Herren Lwow und Konsorten die Einberufung der Konstituierenden Versammlung hinausschieben werden, um so leichter wird es dem Volke fallen, sich für die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten zu entscheiden (durch Vermittlung der Konstituierenden Versammlung oder ohne sie, wenn Lwow sie noch sehr lange nicht einberuft). Fehler sind bei der neuen organisatorischen Aufbauarbeit durch das Volk selbst zunächst unvermeidlich, aber es ist besser, Fehler zu machen und vorwärtszuschreiten, als *abzuwarten*, bis die von Herrn Lwow berufenen Professoren der Rechtskunde Gesetze verfaßt haben über die Einberufung der Konstituierenden Versammlung, über die Verewigung der parlamentarischen bürgerlichen Republik und über die Erdrosselung der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten.

Wenn wir uns organisieren und unsere Propaganda geschickt betreiben, so werden nicht nur die Proletarier, sondern auch neun Zehntel der Bauernschaft gegen die Wiederherstellung der Polizei, gegen die unabsetzbare und privilegierte Beamtschaft, gegen das vom Volke getrennte Heer sein. Und hierin allein besteht ja der neue Staatstypus.

12. Die Ersetzung der Polizei durch die Volksmiliz — das ist eine Umgestaltung, die sich aus dem ganzen Verlauf der Revolution er-

geben hat und die jetzt in den meisten Orten Rußlands durchgeführt wird. Wir müssen den Massen klarmachen, daß in den meisten bürgerlichen Revolutionen vom gewöhnlichen Typus eine solche Umgestaltung äußerst kurzlebig war und daß die Bourgeoisie — selbst die allerdemokratischste und allerrepublikanischste — die vom Volke getrennte, der Befehlsgewalt von Bourgeois unterstellte alte Polizei vom zaristischen Typus wieder eingesetzt hat, die dazu geeignet ist, das Volk in jeder Weise zu unterdrücken.

Es gibt nur ein Mittel, die Wiederherstellung der Polizei zu *verhindern*: die Schaffung einer allgemeinen Volksmiliz, ihre Verschmelzung mit dem Heer (Ersetzung des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung). Dieser Miliz müssen ausnahmslos alle Bürger und Bürgerinnen vom 15. bis zum 65. Lebensjahr angehören, wenn es statthaft ist, durch diese ungefähren Altersgrenzen die Anteilnahme der Halbwüchsigen und der alten Leute festzulegen. Die Kapitalisten müssen den Lohnarbeitern, den Dienstboten usw. die Tage bezahlen, die sie dem öffentlichen Dienst bei der Miliz widmen. Ohne die Heranziehung der Frauen zur selbständigen Teilnahme nicht allein am politischen Leben im allgemeinen, sondern auch am ständigen, von allen zu leistenden öffentlichen Dienst kann vom Sozialismus keine Rede sein, ja nicht einmal von einer vollständigen und dauerhaften Demokratie. Solche Funktionen der „Polizei“ aber wie die Fürsorge für Kranke, die Sorge um verwaiste Kinder, um gesunde Ernährung usw. sind ohne die tatsächliche, nicht nur auf dem Papier bestehende Gleichberechtigung der Frauen überhaupt nicht befriedigend durchzuführen.

Die Wiederherstellung der Polizei nicht zuzulassen, die organisatorischen Kräfte des ganzen Volkes zur Schaffung einer allgemeinen Miliz heranzuziehen — das sind die Aufgaben, die das Proletariat im Interesse der Verteidigung, Festigung und Weiterentwicklung der Revolution in die Massen tragen muß.

## DAS AGRARPROGRAMM UND DAS NATIONALITÄTENPROGRAMM

13. Wir können im gegenwärtigen Augenblick nicht bestimmt wissen, ob sich in der nächsten Zukunft eine machtvolle Agrarrevolution im russischen Dorfe entfalten wird. Wir können nicht wissen, wie tiefgehend die Klassenscheidung der Bauernschaft in Knechte, Lohnarbeiter und arme Bauern („Halbproletarier“) einerseits und in wohl-

habende und mittlere Bauern (Kapitalisten und Zwergkapitalisten) andererseits ist, die in letzter Zeit zweifellos Fortschritte gemacht hat. Nur die Erfahrung kann und wird eine Antwort auf solche Fragen geben.

Als Partei des Proletariats aber sind wir unbedingt verpflichtet, sofort nicht nur mit einem Agrarprogramm (Bodenprogramm) hervorzutreten, sondern auch *im Interesse* der bäuerlichen Agrarrevolution in Rußland eine Reihe unverzüglich durchführbarer praktischer Maßnahmen zu propagieren.

Wir müssen die Nationalisierung des *gesamten* Grund und Bodens fordern, d. h. den Übergang des gesamten Grund und Bodens im Staate in das Eigentum der zentralen Staatsmacht. Diese Staatsmacht muß den Umfang usw. des Umsiedlungsfonds festsetzen, sie muß die Gesetze über Forstschutz, Meliorationen usw. erlassen, sie muß unbedingt jede Art Vermittlertätigkeit zwischen dem Eigentümer des Bodens, d. h. dem Staate, und seinem Pächter, d. h. dem Landwirt, verbieten (Verbot jeder Weiterverpachtung des Bodens). Aber die ausschließliche *Verfügungsgewalt* über den Grund und Boden sowie die Festsetzung der *örtlichen Bedingungen* des Besitz- und Nutzungsrechtes darf keinesfalls in bürokratischen, in Beamtenhänden liegen, sondern muß restlos und ausschließlich den Gebiets- und Orts-Sowjets *der Bauerndeputierten* zustehen.

Im Interesse der Hebung der Technik und der Vergrößerung des Umfangs der Getreideproduktion sowie im Interesse der Entwicklung rationeller Großwirtschaften und der gesellschaftlichen Kontrolle über diese müssen wir innerhalb der Bauernkomitees darauf hinarbeiten, daß jede beschlagnahmte Gutswirtschaft in einen Mustergrößbetrieb verwandelt wird, der unter der Kontrolle der *Sowjets der Landarbeiterdeputierten* steht.

Im Gegensatz zur kleinbürgerlichen Phrase und Politik, wie sie bei den Sozialrevolutionären herrscht, besonders in ihrem leeren Gerede von der „Verbrauchs“- oder „Arbeits“-Norm, von der „Sozialisierung des Grund und Bodens“ usw., muß die Partei des Proletariats mit aller Klarheit auseinandersetzen, daß das System der Kleinwirtschaft beim Bestehen der Warenproduktion *nicht in* *istande* ist, die Menschheit von Massenelend und Massenunterdrückung zu erlösen.

Ohne sofort und unbedingt die Sowjets der Bauerndeputierten zu spalten, muß die Partei des Proletariats erläutern, daß es notwendig ist, besondere Sowjets der Landarbeiterdeputierten und besondere Sowjets der Deputierten der armen (halbproletarischen) Bauern zu schaffen, oder zumindest besondere ständige Beratungen der Deputierten



*dieser Klassenlage* in der Form von besonderen Fraktionen oder Parteien innerhalb der allgemeinen Sowjets der Bauerndeputierten. Andernfalls werden sich alle süßlichen kleinbürgerlichen Phrasen der Volkstümler von der Bauernschaft schlechthin als Verschleierung des Betrugs erweisen, den die wohlhabenden Bauern, die nur eine Abart der *Kapitalisten* sind, an der besitzlosen Masse begehen.

Im Gegensatz zu den bürgerlich-liberalen oder rein bürokratischen Predigten vieler Sozialrevolutionäre und Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, die den Bauern empfehlen, sich der Ländereien der Gutsbesitzer nicht zu bemächtigen und die Umgestaltung der Agrarverhältnisse bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung nicht zu beginnen, muß die Partei des Proletariats die Bauern auffordern, sofort und eigenmächtig die Umgestaltung der Agrarverhältnisse zu verwirklichen und die Ländereien der Gutsbesitzer auf Beschluß der örtlichen Bauerndeputierten unverzüglich zu beschlagnahmen.

Besonders wichtig ist es hierbei, darauf zu bestehen, daß die Lebensmittelproduktion für die Soldaten an der Front und für die Städte unbedingt *gesteigert* werden muß, daß jede Beschädigung oder Zerstörung des Viehbestandes, der Geräte, der Maschinen, der Gebäude usw. usf. absolut unzulässig ist.

14. In der nationalen Frage muß die proletarische Partei sich vor allem einsetzen für die Proklamierung und sofortige Verwirklichung der vollen Freiheit der Lostrennung von Rußland für alle vom Zarismus unterdrückten, gewaltsam dem Staat einverleibten bzw. zwangsweise in den Staatsgrenzen festgehaltenen, d. h. annektierten Nationen und Völkerschaften.

Alle Erklärungen, Deklarationen und Manifeste über den Verzicht auf Annexionen, die mit der tatsächlichen Verwirklichung der Freiheit der Lostrennung nicht Hand in Hand gehen, sind bürgerlicher Volksbetrug oder kleinbürgerliche fromme Wünsche.

Die proletarische Partei erstrebt die Schaffung eines möglichst großen Staates, denn dies ist für die Werktätigen vorteilhaft; sie erstrebt die *Annäherung und weitere Verschmelzung* der Nationen, aber sie will dieses Ziel nicht mittels Gewalt erreichen, sondern ausschließlich auf dem Wege eines freien, brüderlichen Bündnisses der Arbeiter und der werktätigen Massen aller Nationen.

Je demokratischer die Republik Rußland sein wird, je erfolgreicher sie sich als Republik der Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten organisiert, desto mächtiger werden die werktätigen Massen *aller* Nationen sich zu einer solchen Republik *freiwillig* hingezogen fühlen.

Volle Freiheit der Lostrennung, weitestgehende lokale (und natio-

nale) Autonomie, bis ins einzelne ausgearbeitete Garantien der Rechte der nationalen Minderheit — das ist das Programm des revolutionären Proletariats.

## DIE NATIONALISIERUNG DER BANKEN UND SYNDIKATE DER KAPITALISTEN

15. Die Partei des Proletariats darf sich unter keinen Umständen das Ziel setzen, in einem Lande der Kleinbauernschaft den Sozialismus „einzuführen“, bevor nicht die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung die Notwendigkeit der sozialistischen Revolution erkannt hat.

Doch nur bürgerliche, sich hinter „beinahe-marxistische“ Schlagworte versteckende Sophisten können aus dieser Wahrheit folgern, daß eine Politik gerechtfertigt sei, die die sofortige Durchführung praktisch völlig ausgereifter revolutionärer Maßnahmen hinauschiebt, wie sie *während des Krieges von einer Reihe bürgerlicher Staaten* des öfteren *verwirklicht* wurden, Maßnahmen, die zur Bekämpfung der nahenden vollständigen wirtschaftlichen Zerrüttung und der Hungersnot dringend notwendig sind.

Solche Maßnahmen, wie die Nationalisierung des Grund und Bodens, sämtlicher Banken und Syndikate der Kapitalisten, oder zumindest die Einführung der *sofortigen Kontrolle* über sie durch die Sowjets der Arbeiterdeputierten usw., Maßnahmen, die durchaus nicht die „Einführung“ des Sozialismus bedeuten, müssen unbedingt verfochten und, nach Maßgabe des Möglichen, auf revolutionärem Wege verwirklicht werden. Auf anderem Wege als durch diese Maßnahmen, die nur Schritte zum Sozialismus und ökonomisch völlig durchführbar sind, ist die Heilung der Wunden, die der Krieg geschlagen hat, und die Verhütung des drohenden Zusammenbruchs unmöglich, und die Partei des revolutionären Proletariats wird vor einem Angriff auf die unerhört hohen Profite der Kapitalisten und Bankiers, die sich gerade „am Kriege“ in besonders skandalöser Weise bereichern, niemals haltmachen.

## DIE LAGE IN DER SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE

16. Die internationalen Pflichten der Arbeiterklasse Rußlands treten gerade jetzt mit besonderem Nachdruck in den Vordergrund.

Alles schwört heutzutage auf den Internationalismus, selbst die

chauvinistischen Vaterlandsverteidiger, selbst die Herren Plechanow und Potressow, selbst Kerenski nennt sich Internationalist. Um so dringendere Pflicht der proletarischen Partei ist es, mit aller Deutlichkeit, Schärfe und Bestimmtheit dem Lippenbekenntnis zum Internationalismus den Internationalismus der Tat entgegenzustellen.

Bloße Aufrufe an die Arbeiter aller Länder, nichtssagende Beteuerungen ihrer Ergebenheit für den Internationalismus, Versuche, direkt oder indirekt eine „Reihenfolge“ der Aktionen des revolutionären Proletariats in den verschiedenen kriegführenden Ländern festzusetzen, krampfhaftige Anstrengungen, zwischen den Sozialisten der kriegführenden Länder „Übereinkünfte“ über den revolutionären Kampf zu treffen, Bemühungen, sozialistische Kongresse für eine Friedenskampagne zustande zu bringen usw. usf. — alles das ist, wie aufrichtig die Urheber solcher Ideen, solcher Versuche oder solcher Pläne auch sein mögen, seiner *objektiven* Bedeutung nach nur Phrasendrescherei, im besten Falle sind es harmlose, fromme Wünsche, nur geeignet, den *Betrug* der Chauvinisten an den Massen zu verschleiern. Und die geschicktesten, in den Schlichen und Kniffen des parlamentarischen Schwindels am meisten geübten *französischen* Sozialchauvinisten haben seit langem jeden Rekord geschlagen in puncto der unglaublich geschwollenen und tönenden pazifistischen und internationalistischen Phrasen, die *verbunden* sind mit einem unerhört schamlosen Verrat am Sozialismus und an der Internationale, mit dem Eintritt in die den imperialistischen Krieg führenden Regierungen, mit der Stimmabgabe für die Kredite *oder für die Anleihen* (wie es Tschcheidse, Skobelew, Zereteli, Steklow in den letzten Tagen in Rußland getan haben), mit Repressalien gegen den revolutionären Kampf *im eigenen Lande* usw. usf.

Die guten Leute vergessen oft die harte, grausame Wirklichkeit des imperialistischen Weltkrieges. Diese Wirklichkeit duldet keine Phrasen, sie spottet aller naiven, frommen Wünsche.

Es gibt nur *einen* Internationalismus der Tat: die hingebungsvolle Arbeit an der Entwicklung der revolutionären Bewegung und des revolutionären Kampfes *im eigenen Lande*, die Unterstützung (durch Propaganda, durch moralische und materielle Hilfe) eines *ebensolchen Kampfes*, einer ebensolchen Linie und *nur einer solchen allein* in ausnahmslos *allen* Ländern.

Alles andere ist Betrug und Manilowerei<sup>8</sup>.

Die internationale sozialistische und Arbeiterbewegung hat in den mehr als zwei Kriegsjahren in *allen* Ländern drei Strömungen hervorgebracht, und wer den *realen* Boden der Anerkennung dieser drei Strömungen, ihrer Analyse und des konsequenten Kampfes für die wirklich

internationalistische Strömung verläßt, der verurteilt sich selbst zur Ohnmacht, zur Hilflosigkeit und zu Fehlern.

Die drei Strömungen sind folgende:

1. Die Sozialchauvinisten, d. h. Sozialisten in Worten, Chauvinisten in der Tat — das sind Leute, die für die „Verteidigung des Vaterlandes“ im imperialistischen Krieg (und vor allen Dingen im gegenwärtigen imperialistischen Krieg) sind.

Diese Leute sind unsere *Klassengegner*. Sie sind auf die Seite der Bourgeoisie übergegangen.

Zu ihnen gehört die Mehrzahl der offiziellen Führer der offiziellen Sozialdemokratie in *allen* Ländern: die Herren Plechanow und Konsorten in Rußland, die Scheidemänner in Deutschland, Renaudel, Guesde, Sembat in Frankreich, Bissolati und Konsorten in Italien, Hyndman, die Fabier und die „Labouristen“ (die Führer der „Arbeiterpartei“) in England, Branting und Konsorten in Schweden, Troelstra und seine Partei in Holland, Stauning und seine Partei in Dänemark, Victor Berger und andere „Vaterlandsverteidiger“ in Amerika usw.

2. Die zweite Strömung — das sogenannte „Zentrum“ — besteht aus Leuten, die zwischen den Sozialchauvinisten und den Internationalisten der Tat schwanken.

Das ganze „Zentrum“ beteuert hoch und heilig, sie seien Marxisten, Internationalisten, sie seien für den Frieden, für jederlei „Druck“ auf die Regierungen, für jederlei „Forderungen“ an die eigene Regierung, sie solle „den Friedenswillen des Volkes kundtun“, sie seien für alle möglichen Kampagnen zugunsten des Friedens, für einen Frieden ohne Annexionen usw. usf. — *und für den Frieden mit den Sozialchauvinisten*. Das „Zentrum“ ist für die „Einheit“, das „Zentrum“ ist ein Gegner der Spaltung.

Das „Zentrum“ ist das Reich der harmlosen kleinbürgerlichen Phrase, des Lippenbekenntnisses zum Internationalismus, des feigen Opportunismus und der Liebedienerei gegenüber den Sozialchauvinisten in der Tat.

Der Kern der Sache ist, daß das „Zentrum“ von der Notwendigkeit der Revolution gegen die eigenen Regierungen nicht überzeugt ist, sie nicht propagiert, daß es keinen rücksichtslosen revolutionären Kampf führt, daß es gegen ihn die allerplattesten — und erz„marxistisch“ klingenden — Ausflüchte erfindet.

Die Sozialchauvinisten sind unsere *Klassengegner*, sie sind die *Bourgeois* innerhalb der Arbeiterbewegung. Sie vertreten jene Schichten, Gruppen und Teile der Arbeiterschaft, die von der Bourgeoisie *objektiv* bestochen sind (bessere Löhne, Ehrenämter usw.) und die der

*eigenen* Bourgeoisie behilflich sind, kleine und schwache Völker auszuplündern und zu unterdrücken und den Kampf um die Teilung der kapitalistischen Beute zu führen.

Das „Zentrum“ — das sind Leute der Routine, zerfressen von der faulen Legalität, korrumpiert durch die Atmosphäre des Parlamentarismus usw., Beamte, gewöhnt an warme Pöstchen und an „ruhige“ Arbeit. Historisch und ökonomisch gesehen, vertreten sie keine *besondere* Schicht, sie sind nur eine *Übergangserscheinung* von der hinter uns liegenden Periode der Arbeiterbewegung von 1871 bis 1914 — einer Periode, die viel Wertvolles geschaffen hat, besonders in der für das Proletariat notwendigen Kunst der langsamen, beharrlichen, systematischen Organisationsarbeit auf breiter und breitester Grundlage — zu einer neuen *Periode*, die *objektiv* notwendig geworden ist seit dem ersten imperialistischen Weltkrieg, welcher die *Ära der sozialistischen Revolution* eingeleitet hat.

Der prominenteste Führer und Repräsentant des „Zentrums“ ist Karl Kautsky, die bedeutendste Autorität der II. Internationale (1889 bis 1914), das Musterbeispiel eines vollständigen Versagens des Marxismus, ein Musterbeispiel unerhörter Charakterlosigkeit, jämmerlichster Schwankungen und Verrätereien seit August 1914. Der „Zentrum“-Strömung gehören an Kautsky, Haase, Ledebour, die sogenannte „Arbeitsgemeinschaft“ im Reichstag; in Frankreich Longuet, Pressemane und überhaupt die sogenannten „Minoritaires“ (Minderheitler); in England Philipp Snowden, Ramsay Macdonald und viele andere Führer der „Independent Labour Party“ und zum Teil der „British Socialist Party“; Morris Hillquit und viele andere in Amerika; Turati, Treves, Modigliani usw. in Italien; Robert Grimm u. a. in der Schweiz; Viktor Adler und Konsorten in Österreich; die Partei des Organisationskomitees, Axelrod, Martow, Tschcheidse, Zereteli u. a. in Rußland usw.

Selbstverständlich gehen einzelne Personen, mitunter ohne es selbst zu merken, von der Position des Sozialchauvinismus zur Position des „Zentrums“ über und umgekehrt. Jeder Marxist weiß, daß die Klassen sich voneinander unterscheiden, unbeschadet des freien Hinüberwechsels einzelner Personen von einer Klasse zur andern; genau so unterscheiden sich die *Strömungen* des politischen Lebens voneinander, unbeschadet des freien Hinüberwechsels einzelner Personen von der einen Strömung zur anderen, unbeschadet der Versuche und Anstrengungen, die Strömungen zu *verschmelzen*.

3. Die dritte Strömung sind die Internationalisten der Tat, denen die „Zimmerwalder Linke“<sup>9</sup> am nächsten kommt (im Anhang drucken wir ihr Manifest vom September 1915 ab, damit der Leser sich über

die Entstehung dieser Strömung an Hand von authentischem Material unterrichten kann\*).

Ihr wichtigstes Unterscheidungsmerkmal ist: der völlige Bruch sowohl mit dem Sozialchauvinismus als auch mit dem „Zentrum“, der selbstlose revolutionäre Kampf gegen die *eigene* imperialistische Regierung und die *eigene* imperialistische Bourgeoisie. Ihr Prinzip lautet: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land.“ Schonungsloser Kampf gegen die süßliche sozialpazifistische Phrase (der Sozialpazifist ist Sozialist in Worten, bürgerlicher Pazifist in der Tat; die bürgerlichen Pazifisten träumen vom ewigen Frieden *ohne* die Abschüttelung des Joches und der Herrschaft des Kapitals) sowie gegen alle *Ausflüchte*, die den Zweck haben, in Abrede zu stellen, daß der revolutionäre Kampf des Proletariats und die proletarische, sozialistische Revolution in *Verbindung* mit dem gegenwärtigen Krieg möglich bzw. angebracht oder aktuell ist.

Die bedeutendste Vertreterin dieser Strömung ist in Deutschland die „Spartakusgruppe“ oder „Gruppe Internationale“, der Karl Liebknecht angehört. Karl Liebknecht ist der berühmteste Vertreter dieser Strömung und der *neuen*, wirklichen, proletarischen Internationale.

Karl Liebknecht hat die Arbeiter und Soldaten Deutschlands aufgerufen, die *Waffen* gegen die *eigene* Regierung zu *kehren*. Karl Liebknecht tat das offen von der Reichstagstribüne herab. Er ging dann auf den Potsdamer Platz, einen der größten Plätze Berlins, mit illegal gedruckten Flugschriften zur Demonstration mit dem Rufe „Nieder mit der Regierung“. Er wurde verhaftet und zu *Zuchthaus* verurteilt. Er sitzt jetzt in Deutschland im Zuchthaus, wie überhaupt *Hunderte*, wenn nicht Tausende *wirklicher* Sozialisten in Deutschland für ihren Kampf gegen den Krieg in den Gefängnissen sitzen.

Karl Liebknecht führte in Reden und Briefen einen schonungslosen Kampf nicht nur *gegen die eigenen* Plechanow und Potressow (die Scheidemann, Legien, David und Konsorten), *sondern auch gegen die eigenen* „Zentristen“, gegen die eigenen Tschcheidse, Zereteli (die Kautsky, Haase, Ledebour und Konsorten).

Karl Liebknecht und sein Freund Otto Rühle sind unter 110 Reichstagsabgeordneten die einzigen gewesen, die die Disziplin gebrochen und die „Einheit“ mit dem „Zentrum“ und den Chauvinisten zerstört haben, *die gegen alle gegangen sind*. Liebknecht *allein* vertritt den Sozialismus, die Sache des Proletariats, die proletarische Revolution. Die *ganze* übrige deutsche Sozialdemokratie ist nach dem treffenden

\* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XVIII, Anhang, S. 480ff. *Der Übers.*

Ausdruck Rosa Luxemburgs (ebenfalls Mitglied und eine Führerin der „Spartakusgruppe“) ein *stinkender Leichnam*.

Eine andere Gruppe der Internationalisten der Tat in Deutschland wird durch die Bremer Zeitung „Arbeiterpolitik“ vertreten.

In Frankreich stehen den Internationalisten der Tat am nächsten: Lorient und seine Freunde (Bourderon und Merrheim sind zum Sozialpazifismus hinabgeglitten) sowie der Franzose Henri Guilbeaux, der in Genf die Zeitschrift „Demain“ herausgibt; in England die Zeitung „Trade Unionist“ und ein Teil der Mitglieder der „British Socialist Party“ und der „Independent Labour Party“ (z. B. William Russel, der offen zum Bruch mit den zu Verrätern am Sozialismus gewordenen Führern aufgerufen hat), der schottische Volksschullehrer und Sozialist MacLean, der von der bürgerlichen Regierung Englands für seinen revolutionären Kampf gegen den Krieg zu *Zuchthaus* verurteilt wurde; Hunderte englischer Sozialisten sind wegen ähnlicher Verbrechen in den Gefängnissen. Sie und nur sie allein sind Internationalisten der Tat: in Amerika die „Socialist Labor Party“ und jene Elemente innerhalb der opportunistischen „Socialist Party“, die seit Januar 1917 die Zeitung „The Internationalist“ herausgeben; in Holland die Partei der „Tribunisten“, die die Zeitung „De Tribune“ herausgibt (Pannekoek, Herman Gorter, Wynkoop, Henriette Roland-Holst), die in Zimmerwald zum „Zentrum“ gehörte, jetzt aber zu uns übergegangen ist; in Schweden die Partei der Jungen oder Linken mit Führern wie Lindhagen, Ture Nerman, Karlsson, Ström, S. Höglund, der in Zimmerwald an der Gründung der „Zimmerwalder Linken“ persönlich beteiligt war und jetzt für seinen revolutionären Kampf gegen den Krieg zu Gefängnis verurteilt wurde; in Dänemark Trier und seine Freunde, die der vollkommen *verbürgerlichten* „Sozialdemokratischen“ Partei Dänemarks, an deren Spitze Minister Stauning steht, den Rücken gekehrt haben; in Bulgarien die „Teshjaki“ (Engherzigen); in Italien stehen ihnen Konstantin Lazzari, der Sekretär der Partei, und Serrati, der Redakteur des Zentralorgans „Avanti“ am nächsten; in Polen Radek, Hanecki und andere Führer der im „Landesvorstand“ vereinigten Sozialdemokratie; Rosa Luxemburg, Tyszka und andere Führer der im „Hauptvorstand“ vereinigten Sozialdemokratie; in der Schweiz jene Linken, die das „Referendum“ (Januar 1917) für den Kampf gegen die Sozialchauvinisten und gegen das „Zentrum“ des *eigenen* Landes motivierten und auf dem Züricher sozialistischen Kantonalkongreß in TöB am 11. Februar 1917 eine prinzipielle, revolutionäre Resolution gegen den Krieg einbrachten; in Österreich die jungen linken Freunde Friedrich Adlers, die teilweise in dem „Karl-Marx-Klub“ in Wien wirkten; dieser

Klub ist jetzt von der stockreaktionären österreichischen Regierung, die Friedrich Adler wegen seines heldenhaften, wenn auch wenig überlegten Schusses auf einen Minister nach dem Leben trachtet, aufgelöst worden. Usw. usw.

Es kommt nicht auf die Schattierungen an, die es auch unter den Linken gibt. Es kommt auf die *Richtung* an. Der ganze Kern der Sache ist, daß es nicht leicht ist, in der Epoche des furchtbaren imperialistischen Krieges Internationalist der Tat zu sein. Solcher Menschen gibt es nur wenige, aber *nur sie* sind die ganze Zukunft des Sozialismus, *nur sie sind Führer der Massen* und nicht Verführer der Massen.

Der Unterschied zwischen den Reformisten und den Revolutionären unter den Sozialdemokraten, unter den Sozialisten überhaupt, mußte in der Situation des imperialistischen Krieges mit objektiver Zwangsläufigkeit eine Änderung erfahren. Wer sich darauf beschränkt, von den bürgerlichen Regierungen „zu verlangen“, sie sollen Frieden schließen oder sie sollen den „Friedenswillen der Völker kundtun“ usw., der gleitet in *Wirklichkeit* zu Reformen ab. *Denn die Frage des Krieges* kann, objektiv gesehen, nur *revolutionär* gestellt werden.

Es gibt keinen anderen Ausweg, der aus dem Krieg zu einem demokratischen, gewaltlosen Frieden führt, zur Befreiung der Völker von der Knechtschaft der *Milliardenzinsen* für die Herren Kapitalisten, welche sich „am Kriege“ bereichert haben, — es gibt keinen anderen Ausweg als die Revolution des Proletariats.

Von den bürgerlichen Regierungen kann und muß man die verschiedensten Reformen fordern, man kann aber nicht, ohne in Manilowerei, in Reformismus zu verfallen, von diesen tausendfach von den Fäden des imperialistischen Kapitals umgarnten Leuten und Klassen verlangen, sie sollen diese Fäden *zerreißen*; ohne ein solches Zerreißen aber ist alles Gerede über einen Krieg gegen den Krieg hohle, betrügerische Phrase.

Die „Kautskyaner“, das „Zentrum“ sind Revolutionäre in Worten, Reformisten in der Tat — Internationalisten *in* Worten, Helfershelfer des Sozialchauvinismus in der Tat.

## DER ZUSAMMENBRUCH DER ZIMMERWALDER INTERNATIONALE — EINE DRITTE INTERNATIONALE MUSS GEGRÜNDET WERDEN

17. Die Zimmerwalder Internationale nahm von allem Anfang an eine schwankende, „kautskyanische“, „zentristische“ Position ein, was



denn auch die *Zimmerwalder Linke* zwang, sich sofort von ihr abzugrenzen, sich abzusondern, mit einem *eigenen* (in der Schweiz in russischer, deutscher und französischer Sprache gedruckten) Manifest hervorzutreten.

Der Hauptmangel der Zimmerwalder Internationale, die Ursache ihres *Zusammenbruchs* (denn sie hat ideologisch und politisch bereits einen Zusammenbruch erlitten) sind die Schwankungen, die Unentschlossenheit in der wichtigsten, praktisch *alles bestimmenden* Frage des völligen Bruches mit dem Sozialchauvinismus und der von Vandervelde, von Huysmans im Haag (Holland) und anderen geführten sozialchauvinistischen alten Internationale.

Bei uns weiß man noch nicht, daß die Zimmerwalder Mehrheit *gerade aus Kautskyanern* besteht. Dabei ist das aber eine grundlegende Tatsache, die man nicht unberücksichtigt lassen darf und die jetzt in Westeuropa allgemein bekannt ist. Sogar ein Chauvinist wie der extreme deutsche Chauvinist Heilmann, Redakteur der erzchauvinistischen „Chemnitzer Volksstimme“ und Mitarbeiter der erzchauvinistischen Parvusschen „Glocke“ (der natürlich „Sozialdemokrat“ und eifriger Verfechter der „Einheit“ der Sozialdemokratie ist), mußte in der Presse zugeben, daß das „Zentrum“ bzw. das „Kautskyanertum“ und die *Zimmerwalder Mehrheit* ein und dasselbe sind.

Das Ende des Jahres 1916 und der Anfang des Jahres 1917 haben diese Tatsache endgültig bestätigt. Obwohl das Kientaler Manifest<sup>10</sup> den Sozialpazifismus verurteilt hat, ist die *ganze* Zimmerwalder Rechte, die *ganze* Zimmerwalder Mehrheit zum Sozialpazifismus hinabgeglitten: Kautsky und Konsorten in einer Reihe von Kundgebungen im Januar und Februar 1917; Bourderon und Merrheim in Frankreich, indem sie *etnützig* mit den Sozialchauvinisten für die pazifistischen Resolutionen der Sozialistischen Partei (Dezember 1916) und der „Confédération Générale du Travail“ (der Spitzenorganisation der französischen Gewerkschaften) stimmten (ebenfalls Dezember 1916); Turati und Konsorten in Italien, wo die ganze Partei einen sozialpazifistischen Standpunkt einnahm, wobei Turati persönlich sich in seiner Rede vom 17. Dezember 1916 (und natürlich nicht zufällig) zu *nationalistischen*, den imperialistischen Krieg beschönigenden Phrasen „hinreißen“ ließ.

Der Vorsitzende von Zimmerwald und Kiental, Robert Grimm, ging im Januar 1917 ein Bündnis mit den Sozialchauvinisten der *eigenen* Partei (Greulich, Pflüger, Gustav Müller u. a.) *gegen* die Internationalisten der Tat ein.

Auf zwei von *Zimmerwaldern* verschiedener Länder beschickten Beratungen im Januar und Februar 1917 wurde diese zwiespältige und

heuchlerische Haltung der Zimmerwalder Mehrheit von linken Internationalisten mehrerer Länder formal gebrandmarkt: von Münzenberg, dem Sekretär der internationalen Jugendorganisation und Redakteur der ausgezeichneten internationalistischen Zeitung „Die Jugendinternationale“; von Sinowjew, dem Vertreter des Zentralkomitees unserer Partei; von K. Radek aus der Polnischen Sozialdemokratischen Partei („Landesvorstand“) und von Hartstein, einem deutschen Sozialdemokraten, einem Mitglied der „Spartakusgruppe“.

Dem russischen Proletariat ist viel gegeben; nirgends in der Welt ist es der Arbeiterklasse bisher gelungen, eine solche revolutionäre Energie zu entfalten wie in Rußland. Aber wem viel gegeben ist, von dem wird auch viel verlangt.

Der Zimmerwalder Sumpf darf nicht länger geduldet werden. Es geht nicht an, der Zimmerwalder „Kautskyaner“ wegen die halbe Verbindung mit der chauvinistischen Internationale der Plechanow und Scheidemänner länger aufrechtzuerhalten. Man muß unverzüglich mit dieser Internationale brechen. Man soll *nur* zur Information in Zimmerwald bleiben.

Gerade wir müssen, gerade jetzt, ohne Zeit zu verlieren, eine *neue*, revolutionäre, proletarische Internationale gründen, oder richtiger gesagt, wir dürfen uns nicht fürchten, vor aller Welt zu erklären, daß sie *schon gegründet* ist und wirkt.

Das ist die Internationale jener „Internationalisten der Tat“, die ich oben genau aufgezählt habe. Sie und nur sie sind die Vertreter der revolutionären, internationalistischen Massen, und nicht die Verfänger der Massen.

Mag die Zahl *solcher* Sozialisten auch klein sein, so soll sich doch jeder russische Arbeiter fragen, ob es in Rußland *am Vorabend* der Februar-Märzrevolution 1917 viele bewußte Revolutionäre gegeben hat.

Es kommt nicht auf die Zahl an, sondern auf den richtigen Ausdruck der Ideen und der Politik des wirklich revolutionären Proletariats. Das Wesentliche besteht nicht in der „Proklamierung“ des Internationalismus, sondern in der Fähigkeit, selbst in den schwierigsten Zeiten Internationalist der Tat zu sein.

Wir wollen uns keinen trügerischen Hoffnungen auf Übereinkünfte und internationale Kongresse hingeben. Solange der imperialistische Krieg fort dauert, werden die internationalen Beziehungen in den eisernen Schraubstock der imperialistischen, bürgerlichen Militärdiktatur eingezwängt sein. Wenn sogar der „Republikaner“ Miljukow, der gezwungen ist, die Nebenregierung des Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dulden, dem Schweizer Sozialisten *Fritz Platten*, dem Sekretär der

Partei, einem Internationalisten und Teilnehmer an der Zimmerwalder und Kientaler Konferenz, im April 1917 die Einreise nach Rußland verweigerte, obwohl dieser mit einer Russin verheiratet ist und zu den Verwandten seiner Frau reiste, obwohl er in Riga an der Revolution von 1905 teilgenommen, deshalb in einem russischen Gefängnis gesessen und bei der zaristischen Regierung eine Kaution für seine Befreiung hinterlegt hatte, die er zurückbekommen wollte, — wenn der „Republikaner“ Miljukow in Rußland im April 1917 derartiges tun konnte, so kann man danach beurteilen, was alle Versprechungen und Verheißungen, Phrasen und Deklarationen der Bourgeoisie über einen Frieden ohne Annexionen usw. wert sind.

Und die Verhaftung Trotzki's durch die englische Regierung? Und die Festhaltung Martow's in der Schweiz und die Hoffnung, ihn nach England zu locken, wo ihn das Schicksal Trotzki's erwartet?

Wir wollen uns keinen Illusionen hingeben. Wir brauchen keinen Selbstbetrug.

Auf internationale Kongresse oder Konferenzen „warten“, heißt Verräter am Internationalismus sein, da erwiesen ist, daß man selbst aus Stockholm keine dem Internationalismus treu gebliebenen Sozialisten zu uns läßt, ja nicht einmal Briefe von ihnen durchläßt, trotz der vollen Kontrollmöglichkeit und der rasenden Strenge der Militärzensur.

Unsere Partei darf nicht „warten“, sondern muß sofort die dritte Internationale gründen, und Hunderte von Sozialisten in den Kerkern Deutschlands und Englands werden erleichtert aufatmen, Tausende und aber Tausende deutscher Arbeiter, die heute zum Entsetzen des Hahnen und Räubers Wilhelm Streiks und Demonstrationen veranstalten, werden in illegalen Flugblättern von unserem Entschluß lesen, von unserem brüderlichen Vertrauen zu Karl Liebknecht und nur zu ihm, von unserem Entschluß, auch jetzt gegen die „revolutionäre Vaterlandsverteidigung“ zu kämpfen, sie werden das lesen und in ihrem revolutionären Internationalismus gestärkt werden.

Wem viel gegeben ist, von dem wird auch viel verlangt. Es gibt in der Welt kein Land, in dem jetzt eine solche Freiheit herrscht wie in Rußland. Benutzen wir diese Freiheit, nicht um die Unterstützung der Bourgeoisie oder der bürgerlichen „revolutionären Vaterlandsverteidigung“ zu predigen, sondern zur kühnen und ehrlichen, proletarischen, Liebknechtschen Gründung der Dritten Internationale, einer sowohl den Verrätern, den Sozialchauvinisten, als auch den schwankenden Gestalten des „Zentrums“ unwiderruflich feindlich gegenüberstehenden Internationale.

18. Daß von einer Vereinigung der Sozialdemokraten in Rußland keine Rede sein kann, darüber bedarf es nach dem oben Gesagten nicht vieler Worte.

Lieber zu zweit bleiben, wie Liebknecht — und *das heißt beim revolutionären Proletariat bleiben* —, als auch nur einen Augenblick den Gedanken einer Vereinigung mit der Partei des Organisationskomitees, mit den Tschcheidse und Zereteli zulassen, die den Block mit Potressow in der „Rabotschaja Gaseta“<sup>11</sup> dulden, die im Exekutivkomitee des Sowjets der Arbeiterdeputierten für die Anleihe<sup>12</sup> stimmen, die zur „Vaterlandsverteidigung“ hinabgeglitten sind.

Laßt die Toten ihre Toten begraben.

Wer den Schwankenden *helfen* will, muß damit beginnen, daß er selbst aufhört zu schwanken.

#### WIE MUSS DER WISSENSCHAFTLICH RICHTIGE UND DIE KLÄRUNG DES KLASSENBEWUSSTSEINS DES PROLETARIATS POLITISCH FÖRDERNDE NAME UNSERER PARTEI LAUTEN?

19. Ich komme zum letzten, zum Namen unserer Partei. Wir müssen uns *Kommunistische Partei* nennen, so wie Marx und Engels sich Kommunisten nannten.

Wir müssen wiederholen, daß wir Marxisten sind und auf dem Boden des „Kommunistischen Manifestes“ stehen, das von der Sozialdemokratie in zwei Hauptpunkten entstellt und verraten wurde: 1. die Arbeiter haben kein Vaterland, die „Vaterlandsverteidigung“ im imperialistischen Krieg ist Verrat am Sozialismus; 2. die Lehre des Marxismus vom Staat ist von der Zweiten Internationale entstellt worden.

Der Name „Sozialdemokratie“ ist *wissenschaftlich* unrichtig, wie Marx mehrfach, unter anderem in der „Kritik des Gothaer Programms“ von 1875, gezeigt und wie Engels es 1894 in populärer Weise wiederholt hat. Vom Kapitalismus kann die Menschheit unmittelbar nur zum Sozialismus übergehen, d. h. zum Gemeinbesitz an den Produktionsmitteln und zur Verteilung der Produkte nach dem Maße der Arbeitsleistung jedes einzelnen. Unsere Partei blickt weiter: der Sozialismus muß unvermeidlich allmählich in den Kommunismus hinüberwachsen, auf dessen Banner geschrieben steht: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“.

Das ist mein erstes Argument.

Das zweite: wissenschaftlich unrichtig ist auch der zweite Teil des

Namens unserer Partei (Sozial-Demokraten). Die Demokratie ist eine der Formen des Staates. Indes sind wir Marxisten Gegner jedes Staates.

Die Führer der Zweiten Internationale (1889—1914), die Herren Plechanow, Kautsky und ihresgleichen, haben den Marxismus verflacht und entstellt.

Der Marxismus unterscheidet sich dadurch vom Anarchismus, daß er die *Notwendigkeit des Staates* für den Übergang zum Sozialismus anerkennt, aber (und das unterscheidet ihn von Kautsky und Konsorten) *nicht eines Staates in der Art* der gewöhnlichen parlamentarischen bürgerlichen demokratischen Republik, sondern eines Staates wie die Pariser Kommune von 1871, wie die Sowjets der Arbeiterdeputierten von 1905 und 1917.

Mein drittes Argument: das *Leben*, die Revolution hat bei uns *schon praktisch*, wenn auch nur in schwacher, in Keimform eben diesen neuen „Staat“ geschaffen, der kein Staat im eigentlichen Sinne des Wortes ist.

Es ist das *bereits* eine Frage der Praxis der Massen und nicht nur eine Theorie der Führer.

Der Staat im eigentlichen Sinne des Wortes ist die Machtausübung über die Massen durch Formationen bewaffneter Menschen, die vom Volke getrennt sind.

Unser *im Werden begriffener* neuer Staat ist auch ein Staat, denn wir brauchen Formationen bewaffneter Menschen, brauchen die *strengste* Ordnung, brauchen die *schonungslose* gewaltsame Unterdrückung aller Anschläge der Konterrevolution, sowohl der zaristischen als auch der bürgerlichen Gutschkowschen.

Aber unser *im Werden begriffener* neuer Staat ist schon *kein* Staat mehr im eigentlichen Sinne des Wortes, denn in einer Reihe von Orten Rußlands sind diese Formationen bewaffneter Menschen die *Masse selbst*, das ganze Volk und nicht irgendwelche, über das Volk gestellte, von ihm getrennte, privilegierte, praktisch unabsetzbare Leute.

Nicht rückwärtsblicken soll man, sondern vorwärts, nicht auf die Demokratie vom gewöhnlichen bürgerlichen Typus, die die Herrschaft der Bourgeoisie mit Hilfe der alten, *monarchistischen* Verwaltungsorgane, der Polizei, der Armee, der Beamtschaft festigte.

Man soll vorwärtsblicken auf die im Werden begriffene neue Demokratie, die schon aufhört, eine Demokratie zu sein, denn Demokratie bedeutet Herrschaft des Volkes, das bewaffnete Volk selbst aber kann nicht über sich herrschen.

Das Wort Demokratie, angewandt auf die kommunistische Partei, ist nicht nur wissenschaftlich unrichtig. Es ist jetzt, nach dem März 1917, eine *Scheuklappe*, die man dem revolutionären Volk anlegt und

die es *hindert*, frei, kühn, eigenmächtig das Neue aufzubauen: die Sowjets der Arbeiter-, Bauern- und aller anderen Deputierten, als *einzige Macht* im „Staate“, als Vorboten des „Absterbens“ *jedes Staates*.

Mein viertes Argument: man muß mit der objektiven Weltlage des Sozialismus rechnen.

Diese Lage ist nicht mehr dieselbe wie in der Zeit von 1871 bis 1914, in der Marx und Engels sich bewußt mit der unrichtigen, opportunistischen Bezeichnung „Sozialdemokratie“ abfanden. Denn *damals*, nach der Niederlage der Pariser Kommune, hatte die Geschichte die langsame Organisations- und Aufklärungsarbeit auf die Tagesordnung gesetzt. Eine andere Arbeit gab es nicht. Die Anarchisten waren (und bleiben) nicht nur theoretisch, sondern auch ökonomisch und politisch vollständig im Unrecht. Die Anarchisten haben die Lage falsch beurteilt, sie haben die internationale Situation nicht begriffen: der durch die imperialistischen Profite korrumpierte Arbeiter Englands, die niedergeschlagene Kommune in Paris, die eben (1871) Sieger gewordene bürgerlich-nationale Bewegung in Deutschland, das einen jahrhundertelangen Schlaf schlafende, noch halb in Leibeigenschaft steckende Rußland.

Marx und Engels haben die Lage richtig beurteilt, sie haben die internationale Situation begriffen, sie haben die Aufgaben des *langsamen* Vorwärtsschreitens zum Beginn der sozialen Revolution erkannt.

Begreifen denn auch wir die Aufgaben und Besonderheiten der neuen Epoche. Wir wollen nicht jene Jammermarxisten nachahmen, von denen Marx sagte: „Ich habe Drachenzähne gesät und Flöhe geerntet.“

Der Kapitalismus, der in den Imperialismus übergegangen ist, hat mit objektiver Notwendigkeit den imperialistischen Krieg erzeugt. Der Krieg hat die ganze Menschheit an den *Rand des Abgrunds* gebracht, bedroht sie mit dem Untergang aller Kultur, der Verwilderung und Vernichtung weiterer Millionen und aber Millionen Menschen.

Es gibt *keinen* Ausweg außer der Revolution des Proletariats.

Und in einem solchen Augenblick, wo diese Revolution beginnt, wo sie ihre ersten, zaghaften, unsicheren, unbewußten, der Bourgeoisie gegenüber allzu vertrauensseligen Schritte macht — in einem solchen Augenblick ist die Mehrheit (das ist wahr, das ist Tatsache) der „sozialdemokratischen“ Führer, der „sozialdemokratischen“ Parlamentarier, der „sozialdemokratischen“ Zeitungen — und das sind ja gerade die *Organe* zur Beeinflussung der Massen —, ist ihre Mehrheit dem Sozialismus *untreu* geworden, hat den Sozialismus *ver-*

raten, hat sich auf die Seite der „eigenen“ nationalen Bourgeoisie geschlagen.

*Diese* Führer haben die Massen verwirrt, irregemacht, betrogen.

Und wir sollen diesem Betrug Vorschub leisten, ihn erleichtern, indem wir uns an jenen alten und veralteten Namen klammern, der ebenso verfault ist wie die Zweite Internationale!

Mag sein, daß „viele“ Arbeiter die Bezeichnung Sozialdemokratie ehrlich *auffassen*. Es ist aber an der Zeit, zu lernen, das Subjektive vom Objektiven zu unterscheiden.

Subjektiv sind diese sozialdemokratischen Arbeiter treueste Führer der proletarischen Massen.

Die objektive Weltlage ist aber so, daß der alte Name unserer Partei den Betrug an den Massen *erleichtert* und die Vorwärtsbewegung *hemmt*, denn auf Schritt und Tritt, in jeder Zeitung, in jeder Parlamentsfraktion sieht die Masse *Führer*, d. h. Leute, deren Worte weithin hörbar, deren Taten weithin sichtbar sind, — und die alle „Auch-Sozialdemokraten“ sind, die alle „für die Einheit“ mit den Verrätern am Sozialismus, mit den Sozialchauvinisten sind, die alle von der „Sozialdemokratie“ ausgestellte alte Wechsel zur Einlösung vorweisen...

Und die Gegenargumente?... „Man wird uns mit den Anarcho-Kommunisten verwechseln“...

Warum fürchten wir denn nicht die Verwechslung mit den Sozialnationalen und Sozialliberalen, mit den Radikalsozialisten, dieser im bürgerlichen Massenbetrug fortgeschrittensten und geschicktesten bürgerlichen Partei der französischen Republik?... „Die Massen haben sich daran gewöhnt, die Arbeiter haben *ihre* sozialdemokratische Partei *liebgewonnen*“...

Das ist das einzige Argument, aber das ist ja ein Argument, das sowohl die Wissenschaft des Marxismus ignoriert als auch die nächsten Zukunftsaufgaben in der Revolution, die objektive Lage des Weltsozialismus, den schmachvollen Zusammenbruch der Zweiten Internationale und die Schädigung der praktischen Arbeit durch die das Proletariat in Scharen umgebenden „Auch-Sozialdemokraten“.

Das ist ein Argument des Festhaltens am Gewohnten, ein Argument der Lethargie, ein Argument der Trägheit.

Wir aber wollen die Welt umgestalten. Wir wollen Schluß machen mit dem imperialistischen Weltkrieg, in den hunderte Millionen von Menschen hineingezogen, in dem die Interessen von Hunderten und aber Hunderten Milliarden Kapital verstrickt sind, der durch einen wirklich demokratischen Frieden ohne die gewaltigste Umwälzung in der

Geschichte der Menschheit — ohne die proletarische Revolution nicht beendet werden kann.

Und wir fürchten uns vor uns selber. Wir wollen das „gewohnte“, „liebgewordene“, schmutzige Hemd anbehalten . . .

Es ist an der Zeit, sich des schmutzigen Hemdes zu entledigen, es ist an der Zeit, saubere Wäsche anzuziehen.

Petrograd, 10. April 1917.

Veröffentlicht als Sonderbroschüre,  
September 1917.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke, Bd. XX,  
1. Halbbd., S. 145—182.



## RESOLUTION DER APRILKONFERENZ ÜBER DIE AGRARFRAGE

Das Bestehen des gutsherrlichen Bodenbesitzes in Rußland ist die materielle Stütze der Macht der feudalen Gutsbesitzer und eine Gewähr für die Möglichkeit einer Wiederherstellung der Monarchie. Dieser Grundbesitz verurteilt unausbleiblich die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung Rußlands, die Bauernschaft, zu Elend, Knechtschaft und Unwissenheit, das ganze Land aber zur Rückständigkeit auf allen Gebieten des Lebens.

Der bäuerliche Grundbesitz in Rußland, sowohl das Anteilland (das der Dorfgemeinden und der Einzelhöfe) als auch der Privatbesitz (gepachteter und gekaufter Boden), ist von den alten, halbfeudalen Beziehungen und Verhältnissen: die Teilung der Bauern in Kategorien, die aus der Zeit der Leibeigenschaft übernommen wurde, die Gemengelage der Grundstücke usw. usf. von unten bis oben, kreuz und quer umstrickt. Die Notwendigkeit, all diese veralteten und schädlichen Schranken niederzureißen, die Notwendigkeit, den Grund und Boden „neu abzustecken“, alle den Grundbesitz und die Landwirtschaft betreffenden Verhältnisse entsprechend den neuen Bedingungen der russischen Wirtschaft und der Weltwirtschaft neu zu gestalten, bildet die materielle Grundlage für das Streben der Bauernschaft nach Nationalisierung aller Ländereien im Staate.

Welches die kleinbürgerlichen Utopien auch sein mögen, in die alle volkstümlicheren Parteien und Gruppen den Kampf der Bauernmassen gegen den feudalen gutsherrlichen Bodenbesitz und überhaupt gegen alle feudalen Fesseln des gesamten Grundbesitzes und der Bodennutzung in Rußland kleiden — dieser Kampf selbst bringt das durchaus bürgerlich-demokratische, unbedingt fortschrittliche und wirtschaftlich notwendige Streben nach entschiedener Sprengung all dieser Fesseln zum Ausdruck.

Die Nationalisierung des Grund und Bodens, die eine bürgerliche Maßnahme ist, bedeutet die größte in der kapitalistischen Gesellschaft mögliche und denkbare Freiheit des Klassenkampfes und die Befreiung der Bodennutzung von allen nichtbürgerlichen Anhängseln. Außerdem würde die Nationalisierung des Bodens, als Abschaffung des Privateigentums an Grund und Boden, in der Praxis einen so mächtigen Schlag gegen das Privateigentum an allen Produktionsmitteln überhaupt bedeuten, daß die Partei des Proletariats einer solchen Umgestaltung jedwede Unterstützung angedeihen lassen muß.

Andererseits hat die begüterte Bauernschaft Rußlands bereits seit langem Elemente einer bäuerlichen Bourgeoisie hervorgebracht, und die Stolypinsche Agrarreform hat diese Elemente zweifellos gestärkt, vermehrt und gefestigt. Auf dem entgegengesetzten Pol des Dorfes sind die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter, die Proletarier und die ihnen nahestehende Masse der halbproletarischen Bauernschaft ebenso erstarkt und gewachsen.

Je entschiedener und konsequenter der gutsherrliche Bodenbesitz zerschlagen und abgeschafft wird, je entschiedener und konsequenter die bürgerlich-demokratische Agrarumgestaltung in Rußland überhaupt sein wird, um so größer wird die Kraft und Schnelligkeit sein, mit der sich der Klassenkampf des landwirtschaftlichen Proletariats gegen die begüterte Bauernschaft (die bäuerliche Bourgeoisie) entfaltet.

Je nachdem, ob es dem Stadtproletariat gelingen wird, das Landproletariat mit sich zu führen und diesem die Masse der ländlichen Halbproletarier anzugliedern, oder ob diese Masse der bäuerlichen Bourgeoisie folgen wird, die zu einem Bündnis mit Gutschkow und Miljukow, mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern und mit der Konterrevolution überhaupt neigt, — je nachdem wird sich das Schicksal und der Ausgang der russischen Revolution entscheiden, sofern die beginnende proletarische Revolution in Europa nicht ihren unmittelbaren, machtvollen Einfluß auf unser Land ausüben wird.

Von dieser Klassenlage und diesem Verhältnis der Klassenkräfte ausgehend, beschließt die Konferenz:

1. Die Partei des Proletariats kämpft aus allen Kräften für die sofortige und restlose Konfiskation aller gutsherrlichen Ländereien in Rußland (sowie der Apanagen-, Kirchen-, Kronländereien usw. usf.).

2. Die Partei tritt entschieden ein für den sofortigen Übergang aller Ländereien in die Hände der Bauernschaft, die in Sowjets der Bauerndeputierten oder in anderen, wirklich völlig demokratisch gewählten und von den Gutsbesitzern und Beamten völlig unabhängigen Organen der örtlichen Selbstverwaltung organisiert ist.

3. Die Partei des Proletariats fordert die Nationalisierung des gesamten Grund und Bodens im Staate; die Nationalisierung, die die Übergabe des Eigentumsrechts auf den gesamten Grund und Boden an den Staat bedeutet, legt das Verfügungsrecht über den Boden in die Hände der örtlichen demokratischen Körperschaften.

4. Die Partei muß entschieden kämpfen sowohl gegen die Provisorische Regierung, die durch den Mund Schingarjows wie durch ihr gemeinschaftliches Auftreten den Bauern eine „freiwillige Vereinbarung mit den Gutsbesitzern“ aufzwingt, d. h. in Wirklichkeit eine Reform von gutsherrlichem Charakter, und den Bauern wegen „eigenmächtigen Vorgehens“ mit Strafen droht, d. h. mit Gewaltanwendung von seiten der Minderheit der Bevölkerung (der Gutsbesitzer und Kapitalisten) gegen die Mehrheit, — als auch gegen die kleinbürgerlichen Schwankungen der Mehrheit der Volkstümler und menschwistischen Sozialdemokraten, die den Bauern raten, mit der Besitzergreifung des gesamten Grund und Bodens bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung zu warten.

5. Die Partei rät den Bauern, vom Boden in organisierter Weise Besitz zu ergreifen, ohne auch nur die geringste Beschädigung des Inventars zuzulassen, und für die Steigerung der Produktion Sorge zu tragen.

6. Alle Agrarumgestaltungen überhaupt können nur bei vollständiger Demokratisierung des gesamten Staates erfolgreich und von Dauer sein, d. h. einerseits bei Abschaffung der Polizei, des stehenden Heeres und der faktisch privilegierten Beamtschaft, und andererseits bei weitestgehender, von der Beaufsichtigung und Bevormundung von oben völlig freier örtlicher Selbstverwaltung.

7. Es ist notwendig, sofort und überall die gesonderte und selbständige Organisation des landwirtschaftlichen Proletariats in die Wege zu leiten, sowohl in der Form von Deputiertensowjets der Landarbeiter (und auch von besonderen Deputiertensowjets der halbproletarischen Bauernschaft) als auch in der Form von proletarischen Gruppen oder Fraktionen in den allgemeinen Sowjets der Bauerndeputierten und in allen Organen der örtlichen und der städtischen Verwaltung usw. usf.

8. Die Partei muß die Initiative jener Bauernkomitees unterstützen, die in einer Reihe von Gegenden Rußlands das gutsherrliche lebende und tote Inventar in die Hände der in diesen Komitees organisierten Bauernschaft legen, damit es auf Grund gesellschaftlicher Regelung zur Bestellung aller Ländereien verwendet wird.

9. Die Partei des Proletariats muß den Proletariern und Halb-

proletariern des Dorfes raten, sich dafür einzusetzen, daß auf jedem Gutshof eine genügend große Musterwirtschaft geschaffen werde, die auf öffentliche Rechnung von den Sowjets der Landarbeiterdeputierten unter der Leitung von Agronomen und mit Anwendung der vollkommensten technischen Mittel zu betreiben wäre.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Soldatskaja Prawda“ Nr. 13,  
16. (3.) Mai 1917.

*Lenin-Stalin*, Das Jahr 1917,  
Moskau 1939, S. 106—109.

## RESOLUTION DER APRILKONFERENZ ÜBER DIE NATIONALE FRAGE<sup>13</sup>

Die Politik der nationalen Unterdrückung, ein Erbstück der Selbstherrschaft und der Monarchie, wird von den Gutsbesitzern, den Kapitalisten und dem Kleinbürgertum aufrechterhalten, um ihre Klassenprivilegien zu wahren und die Arbeiter der verschiedenen Völkerschaften zu entzweien. Der moderne Imperialismus, der die Bestrebungen zur Unterwerfung schwacher Völker verstärkt, ist ein neuer Faktor der Verschärfung der nationalen Unterdrückung.

Soweit die Beseitigung der nationalen Unterdrückung in der kapitalistischen Gesellschaft erreichbar ist, ist sie nur möglich bei einer konsequent-demokratischen republikanischen Staatsordnung und Staatsverwaltung, die die völlige Gleichberechtigung aller Nationen und Sprachen sichert.

Allen Nationen, die zu Rußland gehören, muß das Recht auf freie Lostrennung und Bildung eines selbständigen Staates zuerkannt werden. Die Verneinung dieses Rechtes und die Unterlassung von Maßnahmen, die seine praktische Durchführbarkeit verbürgen, ist gleichbedeutend mit der Unterstützung der Eroberungs- oder Annexionspolitik. Nur die Anerkennung des Rechtes der Nationen auf Lostrennung seitens des Proletariats sichert die volle Solidarität der Arbeiter der verschiedenen Nationen und fördert die wirklich demokratische Annäherung der Nationen.

Der gegenwärtig zwischen Finnland und der russischen Provisorischen Regierung ausgebrochene Konflikt zeigt besonders anschaulich, daß die Verneinung des Rechtes auf freie Lostrennung zur direkten Fortsetzung der Politik des Zarismus führt.

Die Frage des Rechtes der Nationen auf freie Lostrennung darf nicht verwechselt werden mit der Frage der Zweckmäßigkeit der Lostrennung dieser oder jener Nation in diesem oder jenem Augenblick. Diese letztere Frage muß von der Partei des Proletariats in jedem einzelnen Fall vollkommen selbständig gelöst werden, und zwar vom

Standpunkt der Interessen der ganzen gesellschaftlichen Entwicklung und des Klassenkampfes des Proletariats für den Sozialismus.

Die Partei fordert eine weitgehende Gebietsautonomie, die Beseitigung der Überwachung von oben, die Abschaffung der obligatorischen Staatssprache und die Festlegung der Grenzen der Selbstverwaltungsgebiete und der autonomen Gebiete auf Grund der von der örtlichen Bevölkerung selbst festzustellenden Wirtschafts- und Lebensverhältnisse, der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung usw.

Die Partei des Proletariats lehnt die sogenannte „national-kulturelle Autonomie“ entschieden ab, bei der das Schulwesen usw. der Zuständigkeit des Staates entzogen und in die Hände einer Art nationaler Landtage gelegt wird. Die Arbeiter, die an ein und demselben Ort wohnen und sogar in ein und denselben Betrieben arbeiten, werden durch die national-kulturelle Autonomie nach ihrer Zugehörigkeit zu dieser oder jener „nationalen Kultur“ künstlich abgesondert, das heißt die Verbindung der Arbeiter mit der bürgerlichen Kultur der einzelnen Nationen wird gestärkt, während doch die Aufgabe der Sozialdemokratie darin besteht, die internationale Kultur des Weltproletariats zu stärken.

Die Partei fordert die Aufnahme eines grundlegenden Gesetzes in die Verfassung, wonach alle wie immer gearteten Privilegien einer oder der anderen Nation, alle wie immer gearteten Verstöße gegen die Rechte der nationalen Minderheiten für ungültig erklärt werden.

Die Interessen der Arbeiterklasse erfordern den Zusammenschluß der Arbeiter aller Nationalitäten Rußlands in einheitlichen proletarischen Organisationen, politischen, gewerkschaftlichen, genossenschaftlichen Bildungsorganisationen usw. Nur ein solcher Zusammenschluß der Arbeiter der verschiedenen Nationalitäten in einheitlichen Organisationen gibt dem Proletariat die Möglichkeit, einen siegreichen Kampf gegen das internationale Kapital und gegen den bürgerlichen Nationalismus zu führen.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Soldatskaja Prawda“ Nr. 13,  
16. (3.) Mai 1917.

*Lenin-Stalin*, Das Jahr 1917,  
S. 122/23.

# ERSTER ALLRUSSISCHER KONGRESS DER BAUERNDIPLUTIERTEN

4.—28. MAI 1917

## RESOLUTIONSENTWURF ZUR AGRARFRAGE

1. Alle gutsherrlichen und privaten Ländereien, desgleichen alle Kron- und Kirchenländereien und so weiter sind unverzüglich dem Volke ohne jede Entschädigung zu übergeben.

2. Die Bauernschaft hat sofort in organisierter Weise, durch ihre Sowjets der Bauerndiplutierten, den gesamten Grund und Boden im Lande zur wirtschaftlichen Verwendung zu übernehmen, ohne daß damit die endgültige Regelung der Agrarverhältnisse vorweggenommen wird, die durch die Konstituierende Versammlung oder durch den Allrussischen Sowjet der Sowjets zu erfolgen hat, falls das Volk die zentrale Staatsgewalt einem solchen Sowjet der Sowjets übergeben sollte.

3. Das Privateigentum an Grund und Boden muß überhaupt abgeschafft werden, das heißt das Eigentumsrecht auf den gesamten Grund und Boden gehört ausschließlich der Volksgesamtheit; die Verfügungsgewalt über den Boden dagegen soll den örtlichen demokratischen Institutionen zustehen.

4. Die Bauern müssen den Vorschlag der Kapitalisten, der Gutsbesitzer und ihrer Provisorischen Regierung über eine „Verständigung“ mit den Gutsbesitzern an Ort und Stelle zwecks Regelung der sofortigen Verwendung des Bodens ablehnen; die Verfügung über den gesamten Boden muß auf Grund eines organisierten Beschlusses der Mehrheit der ortsansässigen Bauern bestimmt werden und nicht durch eine Verständigung zwischen der Mehrheit, d. h. den Bauern, und der Minderheit, und zwar einer verschwindenden Minderheit, d. h. den Gutsbesitzern.

5. Gegen die entschädigungslose Übergabe aller gutsherrlichen Ländereien an die Bauernschaft kämpfen heute und werden auch fernerhin mit allen Mitteln nicht nur die Gutsbesitzer kämpfen, sondern auch die Kapitalisten, die über eine sehr große Macht verfügen, und zwar nicht nur über die Macht des Geldes, sondern auch über die Macht der Beeinflussung der noch unaufgeklärten Massen durch die Zeitungen, durch die vielen an die Herrschaft des Kapitals gewöhnten Beamten, Angestellten usw. Der entschädigungslose Übergang aller gutsherrlichen Ländereien an die Bauernschaft kann daher weder restlos durchgeführt noch gesichert werden, ohne daß in den Bauernmassen das Vertrauen zu den Kapitalisten zerstört wird, ohne festes Bündnis der Bauernschaft mit den städtischen Arbeitern, ohne den vollständigen Übergang der gesamten Staatsmacht in die Hände der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten-, Bauern- usw. Deputierten. Nur eine Staatsmacht, die sich in den Händen solcher Sowjets befindet und die den Staat nicht durch Polizei, nicht durch Beamte, nicht durch ein vom Volke getrenntes stehendes Heer, sondern durch die allgemeine, bewaffnete Volksmiliz der Arbeiter und Bauern regiert, ist imstande, die oben dargelegten und von der gesamten Bauernschaft geforderte Umgestaltung der Agrarverhältnisse zu gewährleisten.

6. Die landwirtschaftlichen Lohnarbeiter und die ärmsten Bauern, d. h. solche, die ihre Mittel zum Leben teilweise durch Lohnarbeit erwerben, weil sie nicht genügend Land, Vieh, Geräte besitzen, müssen mit allen Kräften danach streben, sich selbständig in besonderen Sowjets oder besonderen Gruppen innerhalb der allgemeinen Bauernsowjets zu organisieren, um so ihre eigenen Interessen gegen die reichen Bauern vertreten zu können, die unvermeidlich nach einem Bündnis mit den Kapitalisten und Gutsbesitzern trachten.

7. Infolge des Krieges droht Rußland, ebenso wie allen andern kriegführenden und auch vielen neutralen (nichtkriegführenden) Ländern, wirtschaftliche Zerrüttung, Katastrophe, Hungersnot, weil es an Arbeitskräften, an Kohle, an Eisen usw. mangelt. Das Land kann nur dadurch gerettet werden, daß die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten die Kontrolle und die Leitung über die gesamte Produktion und Verteilung der Produkte übernehmen. Deshalb ist es notwendig, jetzt schon Vereinbarungen zwischen den Sowjets der Bauerndeputierten und denen der Arbeiterdeputierten in die Wege zu leiten über den Austausch von Getreide und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen gegen Geräte, Schuhwerk, Kleidung usw. ohne Vermittlung der Kapitalisten und unter Entfernung derselben von der Verwaltung der Fabriken. Zum gleichen Zweck muß auch der Übergang



der gutsherrlichen Viehbestände und Geräte in die Hände der Bauernkomitees zur allgemeinen Nutznießung gefördert werden. Die Errichtung von Musterwirtschaften aus jedem großen Landsitz der Gutsbesitzer zur gemeinschaftlichen Bodenbearbeitung mit den besten Maschinen, unter Anleitung von Agronomen und nach den Beschlüssen der Sowjets der Landarbeiterdeputierten ist ebenfalls zu fördern.

Veröffentlicht in der Broschüre  
„Materialien zur Agrarfrage“, 1917.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke,  
Bd. XX, 2. Halbbd., S. 7—9.

# ERSTER ALLRUSSISCHER KONGRESS DER SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN

3.—23. JUNI 1917

## REDE ÜBER DIE STELLUNG ZUR PROVISORISCHEN REGIERUNG AM 4. JUNI 1917

Genossen, angesichts der beschränkten Redezeit, die mir zur Verfügung gestellt wurde, werde ich nur auf die wesentlichen, grundsätzlichen Fragen eingehen können, die der Referent des Exekutivkomitees und die Redner nach ihm aufgeworfen haben, und glaube, daß das am zweckmäßigsten ist.

Die erste und grundlegende Frage, vor der wir standen, ist die Frage: *wo* befinden wir uns, was sind diese Sowjets, die jetzt zum Allrussischen Kongreß zusammengetreten sind, was ist diese revolutionäre Demokratie, von der man hier so maßlos viel spricht, um zu vertuschen, daß man sie völlig verkennt und sie restlos preisgibt. Denn es ist sonderbar, vor dem Allrussischen Sowjetkongreß von revolutionärer Demokratie zu sprechen und den Charakter dieser Institution, ihre klassenmäßige Zusammensetzung, ihre Rolle in der Revolution zu vertuschen, kein Sterbenswörtchen darüber zu sagen, gleichzeitig aber auf den Titel eines Demokraten Anspruch zu erheben. Man entwirft uns das Programm einer bürgerlichen parlamentarischen Republik, wie sie in ganz Westeuropa anzutreffen ist, man entwirft uns ein Programm von Reformen, die jetzt von allen bürgerlichen Regierungen, darunter auch der unsrigen, anerkannt werden, und gleichzeitig redet man von revolutionärer Demokratie. Wem wird das gesagt? Den Sowjets. Nun aber frage ich euch, gibt es in Europa ein Land, ein bürgerliches, demokratisches, republikanisches Land, in dem etwas vorhanden wäre, was diesen Sowjets gliche? Ihr werdet darauf antworten müssen, daß es ein solches Land nicht gibt. Nirgends existiert eine derartige Institution und kann nicht existieren, denn eines von beiden: *entweder* eine

bürgerliche Regierung mit jenen Reform-„Plänen“, die man uns entwirft und die dutzendmal in allen Ländern vorgeschlagen wurden und auf dem Papier geblieben sind, oder jene Institution, an die man jetzt appelliert, jene „Regierung“ von neuem Typus, die von der Revolution geschaffen wurde und für die es nur in der Geschichte des größten Aufschwungs der Revolution Beispiele gibt, wie beispielsweise 1792 in Frankreich, 1871 ebenfalls in Frankreich und 1905 in Rußland. Die Sowjets sind eine Institution, wie sie in keinem der bürgerlich-parlamentarischen Staaten des gewöhnlichen Typus besteht und neben einer bürgerlichen Regierung auch nicht bestehen kann. Sie sind jener neue, demokratischere Staatstypus, den wir in unseren Parteiresolutionen als bäuerlich-proletarische, demokratische Republik bezeichnet haben, in der die Macht ausschließlich den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten gehören würde. Zu Unrecht glaubt man, das sei eine theoretische Frage, zu Unrecht versucht man, die Sache so darzustellen, als könne diese Frage umgangen werden, zu Unrecht wird eingewendet, daß jetzt Institutionen dieser oder jener Art gerade neben den Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten bestehen. Jawohl, sie bestehen nebeneinander. Aber gerade das erzeugt eine Unmenge von Mißverständnissen, Konflikten und Reibungen. Gerade das ist die Ursache des Übergangs der russischen Revolution von ihrem ersten Aufschwung, von ihrem ersten Vormarsch zu ihrer Stagnation und zu den Schritten rückwärts, die wir jetzt in unserer Koalitionsregierung, in der ganzen Innen- und Außenpolitik im Zusammenhang mit der in Vorbereitung befindlichen imperialistischen Offensive sehen.

Eins von beiden: entweder eine gewöhnliche bürgerliche Regierung — und dann braucht man die Arbeiter-, Bauern-, Soldaten- und sonstigen Sowjets nicht, dann werden sie entweder von den Generalen, den konterrevolutionären Generalen, die das Heer in der Hand haben und den Rednerkünsten des Ministers Kerenski nicht die geringste Aufmerksamkeit schenken, auseinandergelacht, oder sie werden eines ruhmlosen Todes sterben. Einen anderen Weg gibt es für diese Institutionen nicht, die weder rückwärtsgehen noch stehenbleiben dürfen und nur existieren können, wenn sie vorwärtsschreiten. Das ist der Staatstypus, der nicht von den Russen erfunden, der vielmehr von der Revolution hervorgebracht wurde, denn anders kann die Revolution nicht siegen. Im Schoße des Allrussischen Sowjets sind Reibungen, ist der Kampf der Parteien um die Macht unvermeidlich. Doch das wird die Überwindung möglicher Fehler und der Illusionen durch die eigene politische Erfahrung der Massen (Lärm) und nicht durch jene Reden sein, die die Minister halten, in denen sie sich darauf berufen, was sie gestern

gesagt haben, morgen schreiben und übermorgen versprechen werden. Das ist lächerlich, Genossen, vom Standpunkt jener Institution, die von der russischen Revolution geschaffen wurde und die jetzt vor der Frage steht: Sein oder Nichtsein. So, wie sie jetzt bestehen, können die Sowjets nicht weiterbestehen. Erwachsene Menschen, Arbeiter und Bauern, sollen zusammenkommen, sollen Resolutionen annehmen und Berichte anhören, die in keiner Weise an Hand von Dokumenten nachgeprüft werden können! Institutionen solcher Art bedeuten den Übergang zu jener Republik, die nicht in Worten, sondern in der Tat eine feste Macht ohne Polizei und ohne stehendes Heer schaffen wird, jene Macht, wie sie in Westeuropa noch nicht existieren kann, jene Macht, ohne die es keinen Sieg der russischen Revolution im Sinne eines Sieges über die Gutsbesitzer, im Sinne eines Sieges über den Imperialismus geben kann.

Ohne diese Macht kann auch keine Rede davon sein, daß wir selber einen solchen Sieg erringen, und je mehr wir über das Programm nachdenken, das man uns hier empfiehlt, und über die Tatsachen, die vor uns erstehen, um so krasser tritt der grundlegende Widerspruch hervor. Man sagt uns, wie der Referent und andere Redner es taten, die erste Provisorische Regierung sei eben schlecht gewesen! Damals aber, als die Bolschewiki, die unseligen Bolschewiki, erklärten: „Keinerlei Unterstützung, keinerlei Vertrauen zu dieser Regierung“, wie wurden wir da mit Beschuldigungen überhäuft, dies sei „Anarchismus“! Jetzt sagen alle, daß die frühere Regierung schlecht gewesen ist, wodurch aber unterscheidet sich die Koalitionsregierung mit den beinahe-sozialistischen Ministern von der früheren Regierung? Ist nicht genug geredet worden über Programme, über Entwürfe, haben wir nicht genug davon, wäre es nicht Zeit, zu Taten überzugehen? Ein Monat ist bereits vergangen, seitdem sich am 6. Mai die Koalitionsregierung gebildet hat. Seht euch an, was vorgeht, seht euch die Zerrüttung in Rußland und in allen Ländern an, die in den imperialistischen Krieg hineingezogen worden sind. Woraus erklärt sich die Zerrüttung? Aus der Raubpolitik der Kapitalisten. Da ist die wirkliche Anarchie! Und das sagen wir auf Grund von Geständnissen, die nicht von unserer Zeitung, nicht von irgendeiner, Gott bewahre, bolschewistischen Zeitung, veröffentlicht worden sind, sondern von der ministeriellen „Rabotschaja Gasete“; die Preise für Kohlenlieferungen sind von der „revolutionären“ Regierung *hinaufgesetzt* worden!! Die Koalitionsregierung aber hat in dieser Hinsicht nichts geändert. Man sagt uns, kann man denn in Rußland den Sozialismus einführen, kann man überhaupt grundlegende Umgestaltungen auf einmal vornehmen — das alles sind leere

Ausflüchte, Genossen. Wie Marx und Engels immer erklärt haben, besteht ihre Doktrin gerade in folgendem: „Unsere Lehre ist kein Dogma, sondern eine Anleitung zum Handeln.“ Einen reinen Kapitalismus, der in den reinen Sozialismus übergeht, gibt es nirgends in der Welt und kann es während des Krieges nicht geben, sondern es gibt etwas Mittleres, etwas Neues, Ungeahntes, weil hunderte Millionen von Menschen, die in den verbrecherischen Krieg zwischen den Kapitalisten hineingerissen worden sind, zugrunde gehen. Es kommt nicht auf Reformversprechungen an — das sind leere Worte, es kommt darauf an, den Schritt zu tun, den wir jetzt brauchen.

Wenn ihr euch auf die „revolutionäre“ Demokratie berufen wollt, so macht einen Unterschied zwischen diesem Begriff und dem der *reformistischen* Demokratie unter einer kapitalistischen Regierung, denn es ist endlich Zeit, von bloßen Redensarten über „revolutionäre Demokratie“, von gegenseitigen Beglückwünschungen anlässlich der „revolutionären Demokratie“ zur *Klassen* charakteristik überzugehen, wie es uns der Marxismus und der wissenschaftliche Sozialismus überhaupt gelehrt hat. Was man uns vorschlägt, ist der Übergang zur reformistischen Demokratie unter einer kapitalistischen Regierung. Das ist vielleicht großartig vom Standpunkt der gewöhnlichen westeuropäischen Vorbilder. Jetzt aber steht eine ganze Reihe Länder vor dem Untergang, und die praktischen Maßnahmen, die angeblich so kompliziert sind, daß es schwerfällt, sie einzuführen, daß sie besonders ausgearbeitet werden müssen, wie der Vorredner, der Bürger Minister für Post- und Telegraphenwesen, gesagt hat — diese Maßnahmen sind durchaus klar. Er sagte, es gäbe in Rußland keine politische Partei, die ihre Bereitwilligkeit zum Ausdruck brächte, die Macht ganz allein zu übernehmen. Ich antworte: Doch! Keine Partei kann das ablehnen, und unsere Partei lehnt das nicht ab: sie ist jeden Augenblick bereit, die gesamte Macht zu übernehmen. (Beifall, Gelächter.)

Ihr könnt lachen soviel ihr wollt, wenn uns aber der Bürger Minister in einer Reihe mit der Partei der Rechten diese Frage stellte, so würde ihm die gebührende Antwort erteilt werden. Keine einzige Partei kann das ablehnen. Und in einem Augenblick, wo noch Freiheit herrscht, wo die Drohungen mit Verhaftung und Verschickung nach Sibirien, die Drohungen der Konterrevolutionäre, mit denen unsere beinahe-sozialistischen Minister in einem Kollegium sitzen, nur Drohungen sind, in einem solchen Augenblick sagt jede Partei: schenkt uns Vertrauen, und wir geben euch unser Programm.

Unsere Konferenz hat dieses Programm am 29. April gegeben. Leider wird dieses Programm nicht berücksichtigt und nicht zur Richt-

schnur genommen. Offenbar ist es notwendig, es gemeinverständlich zu erläutern. Ich will versuchen, dem Bürger Minister für Post- und Telegraphenwesen eine gemeinverständliche Erläuterung unserer Resolution, unseres Programms zu geben. Unser Programm in bezug auf die Wirtschaftskrise besteht darin, daß sofort — dazu ist keinerlei Aufschub nötig — die Veröffentlichung all der unerhörten Profite gefordert wird, die 500 bis 800 Prozent erreichen, und die die Kapitalisten nicht als Kapitalisten auf dem freien Markt, im „reinen“ Kapitalismus, sondern durch die Kriegslieferungen erzielen. Das ist in der Tat ein Gebiet, auf dem die Arbeiterkontrolle notwendig und möglich ist. Das ist eine Maßnahme, die ihr, wenn ihr euch „revolutionäre“ Demokratie nennt, im Namen des Sowjets verwirklichen müßt, und die von heute auf morgen verwirklicht werden kann. Das ist kein Sozialismus. Das bedeutet nur, dem Volke die Augen zu öffnen über die wirkliche Anarchie und das tatsächliche Spiel mit dem Imperialismus, über das Spiel mit dem Eigentum des Volkes, mit Hunderttausenden von Menschenleben, die morgen zugrunde gehen werden, weil wir fortfahren, Griechenland zu würgen. Gebt die Profite der Herren Kapitalisten bekannt, verhaftet 50 oder 100 der reichsten Millionäre. Es genügt, sie einige Wochen in Haft zu halten — und sei es mit ebensolchen Vergünstigungen, wie sie Nikolaus Romanow genießt —, um sie dadurch einfach zu zwingen, die Fäden, die betrügerischen Machenschaften, den Schmutz, die Habsucht aufzudecken, die auch unter der neuen Regierung unserem Land täglich Tausende und Millionen kosten. Hier liegt die Hauptursache der Anarchie und der Zerrüttung, und darum sagen wir: bei uns ist alles beim alten geblieben, die Koalitionsregierung hat nichts geändert, sie hat nur einen Haufen Deklamationen, hochtrabende Erklärungen hinzugefügt. Wie aufrichtig die Leute auch sein, wie aufrichtig sie auch das Wohl der Werktätigen wünschen mögen, an der Sache hat sich nichts geändert — *dieselbe Klasse* ist an der Macht geblieben. Die Politik, die getrieben wird, ist keine demokratische Politik.

Man redet von der „Demokratisierung der zentralen und örtlichen Behörden“. Wißt ihr denn wirklich nicht, daß diese Worte nur für Rußland etwas Neues sind? Daß in anderen Ländern Dutzende beinahe-sozialistischer Minister sich mit ähnlichen Versprechungen an ihr Land gewandt haben? Was bedeuten diese Versprechungen, wenn wir vor der lebendigen konkreten Tatsache stehen: die örtliche Bevölkerung wählt ihre Behörden, das Abc der Demokratie wird aber verletzt durch den Anspruch der Zentralgewalt, die örtlichen Behörden zu ernennen oder zu bestätigen. Die Plünderung des Volksvermögens durch die

Kapitalisten geht weiter. Der imperialistische Krieg geht weiter. Uns aber verspricht man Reformen, Reformen und Reformen, die überhaupt in diesem Rahmen nicht durchgeführt werden können, weil der Krieg alles erdrückt, alles bestimmt. Warum seid ihr nicht mit denen einverstanden, die sagen, daß der Krieg *nicht* um der Profite der Kapitalisten willen geführt wird? Worin besteht das Kriterium? Vor allen Dingen darin, welche Klasse an der Macht ist, welche Klasse fortführt, die Herrschaft auszuüben, welche Klasse fortführt, hunderte Milliarden aus Bank- und Finanzoperationen einzuheimsen. Es ist dieselbe kapitalistische Klasse, und deshalb ist der Krieg nach wie vor ein imperialistischer Krieg. Sowohl die erste Provisorische Regierung als auch die Regierung mit den beinahe-sozialistischen Ministern hat daran nichts geändert. Die Geheimverträge bleiben geheim. Rußland kämpft um die Meerengen, um die Fortsetzung der Ljachowschen Politik in Persien<sup>14</sup> usw.

Ich weiß, daß ihr das nicht wollt, daß die Mehrheit von euch das nicht will und daß die Minister das nicht wollen, weil man das nicht wollen kann, denn das bedeutet hunderte Millionen von Menschen hinzumorden. Nehmt aber die Offensive, von der die Miljukow und Maklakow jetzt so viel reden. Sie verstehen sehr gut, worum es sich handelt; sie wissen, daß das mit der Frage der Macht, mit der Frage der Revolution zusammenhängt. Man sagt uns, man müsse zwischen politischen und strategischen Fragen unterscheiden. Es ist lächerlich, eine solche Frage auch nur zu stellen. Die Kadetten verstehen ausgezeichnet, daß eine politische Frage gestellt wird.

Daß der revolutionäre Kampf um den Frieden, der von unten begonnen wurde, zu einem Separatfrieden führen könnte, ist eine Verleumdung. Unser erster Schritt, den wir verwirklichen würden, wenn wir die Macht hätten, wäre die Verhaftung der größten Kapitalisten und die Zerreißung aller Fäden ihrer Intrigen. Ohne diesen Schritt sind alle Redensarten von einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen leeres Gerede. Unser zweiter Schritt wäre, den Völkern, getrennt von den Regierungen, zu erklären, daß wir alle Kapitalisten für Räuber halten, auch Tereschtschenko, der um kein Haar besser ist als Miljukow, nur ist dieser etwas dümmer, sowie die französischen, die englischen und überhaupt alle Kapitalisten.

Eure eigenen „Iswestija“ haben sich verrannt und schlagen statt eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen den Status quo vor. Nein, nicht so fassen wir den Frieden „ohne Annexionen“ auf; hier kommt sogar der Bauernkongreß der Wahrheit näher, der von einer „föderativen“ Republik spricht und damit den Gedanken zum

Ausdruck bringt, daß die russische Republik kein einziges Volk unterdrücken will, weder auf neue noch auf alte Art, daß sie mit keinem Volke auf der Grundlage der Gewalt zusammenleben will, weder mit Finnland noch mit der Ukraine, die vom Kriegsminister so schikaniert werden, mit denen unstatthafte und unzulässige Konflikte vom Zaun gebrochen werden. Wir wollen eine einheitliche und unteilbare Republik Rußland mit einer starken Staatsmacht, aber eine starke Staatsmacht wird mit der freiwilligen Zustimmung der Völker geschaffen. „Revolutionäre Demokratie“ — das sind große Worte, sie werden aber auf eine Regierung angewendet, die durch kleinliche Schikanen die Frage der Ukraine und Finnlands kompliziert, welche sich gar nicht lostrennen wollten, sondern nur sagen: „Schiebt doch die Anwendung der elementarsten Grundsätze der Demokratie nicht bis zur Konstituierenden Versammlung auf!“

Einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen kann man nicht schließen, solange ihr nicht auf eure eigenen Annexionen verzichtet. Das ist ja lächerlich, das ist Spielerei, darüber lacht in Europa jeder Arbeiter; er sagt: „Sie gebrauchen schöne Worte, sie fordern die Völker auf, die Bankiers zu stürzen, aber sie schicken selber ihre einheimischen Bankiers in die Regierung.“ Verhaftet die Bankiers, deckt ihre Machenschaften auf, entwirrt die Fäden, — das aber tut ihr nicht, obwohl ihr machtvolle Organisationen habt, gegen die ein Widerstand unmöglich ist. Ihr habt die Jahre 1905 und 1917 durchgemacht, ihr wißt, daß die Revolution nicht auf Bestellung gemacht wird, daß die Revolutionen in anderen Ländern auf dem schweren blutigen Weg von Aufständen vollzogen wurden, und in Rußland gibt es keine Gruppe, keine Klasse, die sich der Macht der Sowjets widersetzen könnte. In Rußland ist diese Revolution ausnahmsweise als friedliche Revolution möglich. Wenn diese Revolution heute oder morgen allen Völkern den Frieden anböte, auf dem Wege des Bruches mit allen Klassen der Kapitalisten, so würden innerhalb kürzester Frist sowohl Frankreich als auch Deutschland durch den Mund ihrer Völker ihre Zustimmung geben, weil diese Länder zugrunde gehen, weil die Lage Deutschlands hoffnungslos ist, weil Deutschland sich nicht retten kann und weil Frankreich . . .

(Vorsitzender: Ihre Zeit ist abgelaufen.)

Ich schließe in einer halben Minute . . . (Lärm, Zurufe: „Weiterreden“, Widerspruch, Beifall.)

(Vorsitzender: Ich teile dem Kongreß mit, daß das Präsidium vorschlägt, die Redezeit des Redners zu verlängern. Werden Einwände dagegen erhoben? Die Mehrheit ist für die Verlängerung der Redezeit.)



Ich war dabei stehengeblieben, daß die revolutionäre Demokratie in Rußland, wenn sie eine Demokratie nicht in Worten, sondern in der Tat wäre, dazu überginge, die Revolution vorwärtszutreiben, anstatt sich mit den Kapitalisten zu verständigen, daß sie, anstatt über den Frieden ohne Annexionen und Kontributionen herumzureden, dazu überginge, die Annexionen Rußlands rückgängig zu machen und rundweg zu erklären, daß sie jede Annexion für ein Verbrechen und einen Raub hält. Dann wäre es möglich, die imperialistische Offensive zu vermeiden, die um der Aufteilung Persiens und des Balkans willen Tausende und Millionen von Menschen mit dem Untergang bedroht. Dann wäre der Weg zum Frieden offen, kein einfacher Weg — das behaupten wir nicht —, ein Weg, der einen wirklich revolutionären Krieg nicht ausschließt.

Wir stellen diese Frage nicht so, wie Basarow sie heute in der „Nowaja Shisn“ stellt; wir sagen nur, Rußland ist in Verhältnisse gestellt, die es mit sich bringen, daß seine Aufgaben am Ende des imperialistischen Krieges leichter sind, als es den Anschein haben könnte. Die geographischen Verhältnisse Rußlands sind derart, daß die Mächte, die es riskieren sollten, gestützt auf das Kapital und seine räuberischen Interessen, gegen die russische Arbeiterklasse und das Halbproletariat, d. h. die arme Bauernschaft, die sich ihr angeschlossen hat, vorzugehen, daß diese Mächte, wenn sie sich darauf einlassen sollten, vor einer für sie im höchsten Grade schwierigen Aufgabe stünden. Deutschland steht am Rande des Untergangs, und nach dem Eingreifen Amerikas, das Mexiko verschlingen will und das wahrscheinlich morgen mit Japan in den Kampf treten wird, nach diesem Eingreifen Amerikas ist die Lage Deutschlands hoffnungslos, es wird vernichtet werden. Frankreich, dessen geographische Lage so ist, daß es am meisten von allen leidet und dessen Erschöpfung das Höchstmaß erreicht hat, hungert weniger als Deutschland, hat aber unermesslich viel mehr Menschenmaterial verloren als Deutschland. Wenn ihr nun vom ersten Schritt an damit begonnen hättet, die Profite der russischen Kapitalisten zu beschneiden, und ihnen jede Möglichkeit genommen hättet, Hundertmillionengewinne einzuheimsen; wenn ihr *allen* Völkern einen Frieden gegen die Kapitalisten *aller* Länder angeboten und dabei offen erklärt hättet, daß ihr mit den deutschen Kapitalisten und mit denen, die ihnen direkt oder indirekt Vorschub leisten oder sich mit ihnen einlassen, keine Verhandlungen oder Beziehungen anknüpfen werdet, daß ihr es ablehnt, mit den französischen und den englischen Kapitalisten zu verhandeln — dann wäret ihr aufgetreten, um sie vor den Arbeitern anzuklagen. Dann würdet ihr es nicht als Sieg betrachten, daß man

Macdonald einen Paß gegeben hat<sup>15</sup>, Macdonald, der nie einen revolutionären Kampf gegen das Kapital geführt hat und den man durchläßt, weil er weder die Gedanken noch die Grundsätze, weder die Praxis noch die Erfahrung des revolutionären Kampfes gegen die englischen Kapitalisten vertreten hat, um dessentwillen unser Genosse MacLean und Hunderte anderer englischer Sozialisten in den Gefängnissen sitzen und um dessentwillen unser Genosse Liebknecht im Zuchthaus schmachtet, weil er gesagt hat: „Deutsche Soldaten, kehrt die Waffe gegen euren Kaiser.“

Wäre es nicht richtiger, die Imperialisten und Kapitalisten in jenes selbe Zuchthaus zu stecken, das die Mehrheit der Mitglieder der Provisorischen Regierung in der eigens zu diesem Zweck wiederhergestellten III. Duma — ich weiß übrigens nicht, die wievielte sie ist, die III. oder die IV. — uns jeden Tag bereitet und verheißt, worüber im Justizministerium bereits neue Gesetzentwürfe geschrieben werden? MacLean und Liebknecht — das sind die Namen jener Sozialisten, die den Gedanken des revolutionären Kampfes gegen den Imperialismus in die Tat umsetzen. Das muß man allen Regierungen sagen, will man für den Frieden kämpfen, man muß sie vor den Völkern anklagen. Dann werdet ihr alle imperialistischen Regierungen in eine verwickelte Lage bringen. Jetzt aber seid ihr in eine verwickelte Lage geraten, da ihr euch an die Völker mit dem Friedensaufruf vom 14. März gewandt habt, in dem es heißt: „Stürzt eure Zaren, eure Könige und eure Bankiers“, während wir, die wir über eine an Zahl, an Erfahrung und an materieller Kraft so unerhört reiche Organisation verfügen wie den Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten, mit unseren Bankiers einen Block schließen, eine beinahe-sozialistische Koalitionsregierung bilden und Reformentwürfe schreiben, wie sie in Europa Jahrzehnte hindurch geschrieben wurden. Dort, in Europa, lacht man über einen derartigen Kampf um den Frieden. Dort wird man ihn erst dann verstehen, wenn die Sowjets die Macht ergreifen und revolutionär hervortreten.

Nur ein Land in der Welt kann jetzt im Klassenmaßstab, gegen die Kapitalisten, ohne blutige Revolution, Schritte zur Beendigung des imperialistischen Krieges unternehmen, nur ein Land, und dieses Land ist Rußland. Und Rußland wird dieses Land solange bleiben, solange der Sowjet der Arbeiter- und Soldatendeputierten besteht. Lange wird er neben der Provisorischen Regierung vom gewöhnlichen Typus nicht bestehen können. Er wird nur solange weiterbestehen bleiben, solange dieser Übergang zur Offensive nicht erfolgt. Der Übergang zur Offensive ist ein Umschwung in der ganzen Politik der russischen Revolution, d. h. ein Übergang von der Erwartung, von der

Vorbereitung des Friedens durch einen revolutionären Aufstand von unten zur Wiederaufnahme des Krieges. Der Übergang von der Verbrüderung an einer Front zur Verbrüderung an allen Fronten, von der spontanen Verbrüderung, bei der mit den hungernden deutschen Proletariern ein Stück Brotrinde gegen ein Federmesser ausgetauscht wurde, wofür man ihnen mit Zuchthausstrafe droht, zur bewußten Verbrüderung — dieser Weg war vorgezeichnet.

Wenn wir die Macht in unsere Hände nehmen, dann werden wir den Kapitalisten Zügel anlegen und dann wird es *nicht der* Krieg sein, der jetzt geführt wird, denn der Krieg wird durch die Klasse bestimmt, die ihn führt, und nicht durch das, was auf dem Papier steht. Auf Papier kann man schreiben, was man will. Solange aber die Kapitalistenklasse in der Regierung die Mehrheit hat, wird der Krieg, was ihr auch schreiben, welch schöne Reden ihr auch halten, welche beinahe-sozialistischen Minister ihr in der Regierung auch haben mögt, ein imperialistischer Krieg bleiben. Das wissen und sehen alle. Das Beispiel Albaniens, das Beispiel Griechenlands und Persiens hat das so klar und anschaulich gezeigt, daß ich mich wundere, warum unsere schriftliche Deklaration (über die Offensive) von allen angegriffen wird und niemand ein Wort über die konkreten Beispiele sagt! Projekte versprechen ist leicht, die konkreten Maßnahmen aber werden immer wieder aufgeschoben. Eine Deklaration über den Frieden ohne Annexionen schreiben ist leicht, aber die Beispiele Albaniens, Griechenlands und Persiens fallen doch in die Zeit *nach* der Koalitionsregierung. Hat doch das „Djelo Naroda“, kein Organ unserer Partei, sondern ein Regierungsorgan, das Organ der Minister, geschrieben, es sei eine Verhöhnung der russischen Demokratie, daß man Griechenland wüрге. Und derselbe Miljukow, den ihr als Gott weiß wen hinstellt — er ist ein einfaches Mitglied seiner Partei. Tereschtschenko unterscheidet sich in nichts von ihm —, dieser Miljukow schrieb, daß die Ententediplomatie auf Griechenland einen Druck ausgeübt habe. Der Krieg bleibt ein imperialistischer, und ihr mögt den Frieden noch so sehr wollen, ihr mögt noch so aufrichtig mit den werktätigen Massen fühlen, ihr mögt noch so ehrlich den Frieden herbeiwünschen — ich bin vollkommen davon überzeugt, daß der Wunsch nach Frieden in der Masse nicht unaufrichtig sein kann —, ihr seid machtlos, weil der Krieg nicht anders beendet werden kann als durch die Weiterentwicklung der Revolution. Als in Rußland die Revolution begann, da begann auch der revolutionäre Kampf von unten für den Frieden. Wenn ihr die Macht in eure Hände genommen hättet, wenn die Macht auf die revolutionären Organisationen übergegangen wäre, um den Kampf gegen

die russischen Kapitalisten zu führen, dann hätten die Werktätigen der anderen Länder euch Glauben geschenkt, dann hättet ihr den Frieden anbieten können. Dann wäre uns der Frieden gesichert, zumindest von zwei Seiten, von seiten zweier Völker, die verbluten und deren Lage hoffnungslos ist, von seiten Deutschlands und Frankreichs. Und würden wir dann durch die Umstände in einen revolutionären Krieg versetzt — das kann niemand wissen, wir stellen diese Möglichkeit nicht in Abrede —, dann würden wir sagen: „Wir sind keine Pazifisten, wir verzichten nicht auf einen Krieg, wenn die revolutionäre Klasse an der Macht ist, wenn sie wirklich den Kapitalisten jeglichen Einfluß auf die Führung der Geschäfte und die Möglichkeit genommen hat, die Zerrüttung zu vergrößern, die ihnen erlaubt, Hunderte von Millionen einzuheimsen.“ Die revolutionäre Staatsmacht würde allen Völkern ohne Ausnahme erklären und sagen, daß alle Völker frei sein müssen, daß — ebenso wie das deutsche Volk nicht für die Beibehaltung Elsaß-Lothringens Krieg führen darf — auch das französische Volk nicht um seiner Kolonien willen Krieg führen darf. Denn wenn Frankreich um seiner Kolonien willen Krieg führt, so besitzt Rußland Chiwa und Buchara, auch eine Art von Kolonien, und dann fängt die Aufteilung der Kolonien an. Wie aber soll man sie aufteilen, nach welcher Norm? Nach der Macht. Das Kräfteverhältnis hat sich aber geändert, die Lage der Kapitalisten ist derart, daß es keinen anderen Ausweg gibt als den Krieg. Wenn ihr die revolutionäre Macht ergreift, dann werdet ihr den revolutionären Weg zum Frieden haben: ihr könnt euch mit einem revolutionären Aufruf an die Völker wenden und ihnen an eurem Beispiel die Taktik erläutern. Dann wird für euch die Bahn frei sein zu einem auf revolutionärem Wege eroberten Frieden, wobei es höchst wahrscheinlich ist, daß der Untergang von Hunderttausenden von Menschen vermieden wird. Dann könnt ihr überzeugt sein, daß sich das deutsche und das französische Volk für euch erklären werden. Von den englischen, amerikanischen und japanischen Kapitalisten, selbst wenn sie den Krieg gegen die revolutionäre Arbeiterklasse wollten — deren Kräfte sich verzehnfachen werden, sobald die Kapitalisten gezügelt, beiseitegeschoben sind und die Kontrolle in die Hand der Arbeiterklasse übergegangen ist —, selbst wenn also die amerikanischen, englischen und japanischen Kapitalisten den Krieg wollten, ist mit 99 von 100 anzunehmen, daß sie außerstande sein werden, ihn zu führen. Es wird genügen, wenn ihr erklärt, daß ihr keine Pazifisten seid, daß ihr eure Republik, die Arbeiterdemokratie, die proletarische Demokratie, gegen die deutschen, französischen und die sonstigen Kapitalisten verteidigen werdet, — das wird genügen, den Frieden zu gewährleisten.

Aus diesem Grunde haben wir unserer Erklärung über die Offensive eine so grundlegende Bedeutung beigemessen. Wir stehen an einem Wendepunkt in der ganzen Geschichte der russischen Revolution. Die russische Revolution hat damit begonnen, daß sie von der imperialistischen Bourgeoisie Englands Hilfe erhielt, die glaubte, Rußland sei eine Art China oder Indien. Statt dessen entstanden neben der Regierung, in der jetzt die Gutsbesitzer und Kapitalisten die Mehrheit haben, die Sowjets, eine machtvolle Vertretungskörperschaft, wie sie die Welt noch nie gesehen, noch nie erlebt hat, die ihr aber durch eure Teilnahme an der Koalitionsregierung der Bourgeoisie umbringt. Statt dessen hat die russische Revolution bewirkt, daß sich die Sympathien für den von unten geführten revolutionären Kampf gegen die kapitalistischen Regierungen überall, in allen Ländern verdreifacht haben. Die Frage steht so: vorwärts- oder rückwärtsgehen. Man kann in einer revolutionären Zeit nicht auf einem und demselben Fleck stehenbleiben. Eben darum ist die Offensive eine Wendung in der ganzen russischen Revolution, wobei nicht die strategische Bedeutung der Offensive, sondern ihre politische und ökonomische Bedeutung gemeint ist. Die Offensive ist jetzt, objektiv, unabhängig von dem Willen oder dem Bewußtsein dieses oder jenes Ministers, die Fortsetzung des imperialistischen Völkermordens und der Vernichtung von hunderttausenden, von Millionen Menschenleben um der Erdrosselung Persiens und anderer schwachen Völker willen. Der Übergang der Macht an das revolutionäre Proletariat, das von der armen Bauernschaft unterstützt wird, ist der Übergang zum revolutionären Kampf für den Frieden in den sichersten, schmerzlosesten Formen, die die Menschheit je gekannt hat, der Übergang dazu, daß die Macht und der Sieg der revolutionären Arbeiter in Rußland und in der ganzen Welt gesichert werden. (Beifall bei einem Teil der Versammlung.)

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 82 und 83,  
28. und 29. (15. und 16.) Juni 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XX,  
2. Halbbd., S. 113—127.

## ZU DEN LOSUNGEN

Es ist allzuoft vorgekommen, daß bei einer jähen Wendung der Geschichte selbst fortgeschrittene Parteien sich in der neuen Lage mehr oder weniger lange Zeit nicht zurechtfinden können und Losungen wiederholen, die gestern richtig waren, heute aber jeden Sinn verloren haben, die ebenso „plötzlich“ ihren Sinn verloren haben, wie die jähe Wendung der Geschichte „plötzlich“ eingetreten ist.

Derartiges kann sich, wie es scheint, auch mit der Losung des Übergangs der gesamten Staatsmacht an die Sowjets wiederholen. Diese Losung war richtig während der unwiderruflich entschwundenen Periode unserer Revolution, sagen wir vom 27. Februar bis zum 4. Juli. Diese Losung hat offenkundig aufgehört, jetzt richtig zu sein. Hat man das nicht begriffen, so kann man auch die aktuellen Fragen der Gegenwart nicht begreifen. Jede einzelne Losung muß aus der Gesamtheit der Besonderheiten einer bestimmten politischen Lage abgeleitet werden. Die politische Lage in Rußland ist aber jetzt, nach dem 4. Juli, grundverschieden von der Lage in der Zeit vom 27. Februar bis zum 4. Juli.

Damals, in dieser entschwundenen Periode der Revolution, bestand im Staate die sogenannte „Doppelherrschaft“, die materiell wie formal den unbestimmten Übergangszustand der Staatsmacht zum Ausdruck brachte. Vergessen wir nicht, daß die Frage der Macht die Grundfrage jeder Revolution ist.

Damals befand sich die Staatsmacht in einem schwankenden Zustand. In die Staatsmacht teilten sich, auf Grund eines freiwilligen gegenseitigen Übereinkommens, die Provisorische Regierung und die Sowjets. Die Sowjets waren Delegationen der Masse der freien, d. h. keiner Gewalt von außen ausgesetzten und bewaffneten Arbeiter und Soldaten. Daß die Waffen in den Händen des Volkes waren, daß jede Gewalt von außen über das Volk fehlte — darin eben bestand das *Wesen* der Sache. Das war es, was der ganzen Revolution den Weg einer friedlichen Vorwärtsentwicklung eröffnete und sicherte. Die Losung: „Übergang der gesamten Macht an die Sowjets“ war die

Losung des nächsten Schrittes, des unmittelbar durchführbaren Schrittes auf diesem Weg einer friedlichen Entwicklung. Das war die Losung der friedlichen Entwicklung der Revolution, wie sie vom 27. Februar bis zum 4. Juli möglich und, natürlich, am wünschenswertesten war, die jedoch jetzt absolut unmöglich ist.

Allem Anschein nach haben nicht alle Anhänger der Losung: „Übergang der gesamten Macht an die Sowjets“ zur Genüge erfaßt, daß das die Losung der friedlichen Vorwärtsentwicklung der Revolution war. Friedlich nicht nur in dem Sinne, daß niemand, keine Klasse, keine ernsthafte Kraft damals (vom 27. Februar bis zum 4. Juli) sich dem Übergang der Macht an die Sowjets hätte widersetzen und ihn verhindern können. Das ist noch nicht alles. Die friedliche Entwicklung wäre damals sogar auch in der Beziehung möglich gewesen, daß sich der Kampf der Klassen und Parteien *innerhalb* der Sowjets, sofern die ganze Fülle der Staatsmacht rechtzeitig an die Sowjets übergegangen wäre, damals in der friedlichsten und schmerzlosesten Weise hätte vollziehen können.

Diese letztere Seite der Sache wird ebenfalls noch nicht genügend beachtet. Die Sowjets waren, ihrer Klassenzusammensetzung nach, Organe der Bewegung der Arbeiter und Bauern, waren die fertige Form ihrer Diktatur. Hätten sie die ganze Fülle der Macht gehabt, so wäre der Hauptmangel der kleinbürgerlichen Schichten, ihre Hauptsünde, die Vertrauensseligkeit gegenüber den Kapitalisten, in der Praxis überwunden, wäre durch die aus ihren eigenen Maßnahmen gezogenen Erfahrungen der Kritik unterzogen worden. Der Wechsel der an der Macht stehenden Klassen und Parteien hätte innerhalb der Sowjets, auf dem Boden ihrer Alleinherrschaft und Allgewalt, friedlich vor sich gehen können; die Verbindung aller Sowjetparteien mit den Massen hätte fest und ungelockert bleiben können. Man darf keinen Augenblick außer acht lassen, daß nur diese engste und frei in die Breite und Tiefe wachsende Verbindung der Sowjetparteien mit den Massen dazu hätte verhelfen können, die Illusionen des kleinbürgerlichen Paktierens mit der Bourgeoisie friedlich zu überwinden. Der Übergang der Macht an die Sowjets hätte an und für sich das Verhältnis der Klassen nicht geändert und es auch nicht ändern können; er hätte an dem kleinbürgerlichen Wesen der Bauernschaft nichts geändert. Aber er hätte rechtzeitig einen bedeutenden Schritt getan zur Loslösung der Bauern von der Bourgeoisie, zu ihrer Annäherung an die Arbeiter und dann zu ihrem Zusammenschluß mit ihnen.

So hätte es sein können, wenn die Macht rechtzeitig an die Sowjets übergegangen wäre. So wäre es für das Volk am leichtesten und vor-

teilhaftesten gewesen. Dieser Weg wäre der schmerzloseste gewesen, und darum mußte man mit aller Energie für ihn kämpfen. Aber jetzt ist dieser Kampf, der Kampf für den rechtzeitigen Übergang der Macht an die Sowjets, zu Ende. Der friedliche Weg der Entwicklung ist unmöglich gemacht worden. Beschritten ist der nichtfriedliche, der schmerzvollste Weg.

Der Umschwung vom 4. Juli besteht ja gerade darin, daß sich hinterher die objektive Lage schroff geändert hat. Der schwankende Zustand der Macht ist zu Ende, die Macht ist an der entscheidenden Stelle in die Hände der Konterrevolution übergegangen. Die Entwicklung der Parteien auf dem Boden des Paktierens der kleinbürgerlichen Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit den konterrevolutionären Kadetten hat dazu geführt, daß diese beiden kleinbürgerlichen Parteien faktisch zu Komplizen und Helfershelfern des konterrevolutionären Henkertums geworden sind. Die blinde Vertrauensseligkeit der Kleinbürger gegenüber den Kapitalisten hat die Kleinbürger durch den Gang der Entwicklung des Kampfes der Parteien dazu gebracht, die Konterrevolutionäre bewußt zu unterstützen. Der Kreislauf der Entwicklung in den Beziehungen der Parteien zueinander ist geschlossen. Am 27. Februar hatten sich alle Klassen gegen die Monarchie zusammengefunden. Nach dem 4. Juli hat die konterrevolutionäre Bourgeoisie, Arm in Arm mit den Monarchisten und Schwarzhundertern, sich die kleinbürgerlichen Sozialrevolutionäre und Menschewiki einverleibt, nachdem sie sie zum Teil eingeschüchtert hatte, und hat die faktische Staatsmacht in die Hände der Cavaignac<sup>16</sup> gelegt, in die Hände einer Militärclique, die die Gehorsamsverweigerer an der Front erschießt und die Bolschewiki in Petrograd niederschlägt.

Die Losung des Übergangs der Macht an die Sowjets würde sich jetzt wie eine Donquichotterie oder wie Hohn ausnehmen. Diese Losung hieße objektiv das Volk betrügen, ihm die Illusion einflößen, als ob auch *jetzt* die Sowjets die Machtübernahme bloß zu wünschen oder zu beschließen brauchten, um die Macht zu erhalten, als ob es im Sowjet noch Parteien gäbe, die sich nicht durch Handlangerdienste für die Henker besudelt hätten, als ob man das Geschehene ungeschehen machen könnte.

Es wäre der größte Irrtum, zu glauben, das revolutionäre Proletariat könnte, sozusagen um sich an den Sozialrevolutionären und Menschewiki für ihre Mithilfe bei der Niederschlagung der Bolschewiki, bei den Erschießungen an der Front und bei der Entwaffnung der Arbeiter zu „rächen“, es „ablehnen“, sie gegen die Konterrevolution zu unterstützen. Die Frage so zu stellen, würde bedeuten, erstens,



spießbürgerliche Moralbegriffe auf das Proletariat zu übertragen (denn *wenn es der Sache nützt*, wird das Proletariat stets nicht nur das schwankende Kleinbürgertum, sondern auch die Großbourgeoisie unterstützen); zweitens wäre es — und das ist das Wichtigste — ein spießbürgerlicher Versuch, das politische Wesen der Sache durch „Moralisieren“ zu verdunkeln.

Dieses Wesen der Sache besteht darin, daß man jetzt die Macht schon nicht mehr auf friedlichem Wege übernehmen kann. Man kann die Macht erst erhalten, nachdem man die jetzigen wirklichen Inhaber der Macht, nämlich die Militärbande, die Cavaignac, die sich auf die nach Petrograd gebrachten reaktionären Truppen, auf die Kadetten und Monarchisten stützen, im entschiedenen Kampfe besiegt hat.

Das Wesen der Sache besteht darin, daß diese neuen Inhaber der Staatsmacht nur von den revolutionären Volksmassen besiegt werden können, Voraussetzung für deren Bewegung ist aber nicht nur, daß sie vom Proletariat geführt werden, sondern auch, daß sie den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die die Sache der Revolution verraten haben, den Rücken kehren.

Wer in die Politik spießbürgerliche Moral hineinträgt, der urteilt so: zugegeben, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki einen „Fehler“ begangen haben, als sie die Cavaignac unterstützten, die das Proletariat und die revolutionären Regimente entwaffnen; aber man muß ihnen die Möglichkeit geben, den Fehler „zu berichtigen“, man soll ihnen die Berichtigung des „Fehlers“ „nicht erschweren“, man muß das Schwanken des Kleinbürgertums nach der Seite der Arbeiter hin erleichtern. Eine derartige Überlegung wäre kindliche Naivität oder einfach Dummheit, wenn nicht gar ein neuer Betrug an den Arbeitern. Denn ein Schwanken der kleinbürgerlichen Massen nach der Seite der Arbeiter hin bestände nur darin und gerade darin, daß diese Massen sich von den Sozialrevolutionären und Menschewiki abwendeten. Die Berichtigung des „Fehlers“ durch die Parteien der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki könnte jetzt nur darin bestehen, daß diese Parteien Zereteli und Tschernow, Dan und Rakinikow für Helfershelfer der Henker erklärten. Für eine solche „Berichtigung“ des „Fehlers“ sind wir durchaus und unbedingt . . .

Die Grundfrage der Revolution ist die Frage der Macht, sagten wir. Man muß hinzufügen: gerade die Revolutionen zeigen uns auf Schritt und Tritt eine Verdunkelung der Frage, *wo* die wirkliche Macht liegt, zeigen uns den Unterschied zwischen formaler und realer Macht. Gerade darin besteht eine der wichtigsten Besonderheiten jeder revolutionären Periode. Im März und April 1917 wußte man nicht, ob sich

die reale Macht in den Händen der Regierung oder in den Händen des Sowjets befindet.

Jetzt aber ist es besonders wichtig, daß die klassenbewußten Arbeiter die Grundfrage der Revolution nüchtern betrachten: in wessen Händen befindet sich im gegenwärtigen Augenblick die Staatsmacht? Man überlege, welches ihre materiellen Äußerungen sind, man nehme Phrasen nicht für Taten, und die Antwort wird nicht schwerfallen.

Der Staat, das sind vor allem Formationen bewaffneter Menschen mit sachlichen Anhängseln, wie z. B. Gefängnisse — schrieb Friedrich Engels. Jetzt sind es die Offiziersschüler und reaktionären Kosaken, die man eigens nach Petrograd gebracht hat; es sind jene, die Kamenew und andere hinter Schloß und Riegel halten, die die Zeitung „Prawda“<sup>17</sup> verboten haben; die die Arbeiter und einen bestimmten Teil der Soldaten entwaffnet haben; die einen ebenso bestimmten Teil der Soldaten erschießen; die einen ebenso bestimmten Teil der Truppen in der Armee erschießen. Eben diese Henker, das ist die reale Macht. Die Zereteli und Tschernow sind Minister ohne Macht, Marionettenminister, Führer der Parteien, die das Henkertum unterstützen. Das ist eine Tatsache. Und an dieser Tatsache wird dadurch nichts geändert, daß sowohl Zereteli wie auch Tschernow persönlich das Henkertum sicherlich „mißbilligen“, daß ihre Zeitungen sich schüchtern dagegen verwahren: eine solche Modifizierung der politischen Aufmachung ändert nichts am Wesen der Sache.

Verbot des Organs von 150000 Petrograder Wählern, die Ermordung des Arbeiters Woinow durch Offiziersschüler (am 6. Juli), weil er den „Listok Prawdy“ aus der Druckerei hinausgetragen hat — ist das etwa kein Henkertum? ist das etwa nicht das Werk von Cavaignac? Weder die Regierung noch die Sowjets seien „schuld daran“, wird man uns sagen.

Um so schlimmer für die Regierung und die Sowjets — antworten wir —, denn dann sind sie also Nullen, sind sie Marionetten, dann haben nicht sie die reale Macht.

Das Volk muß vor allem und in erster Linie die *Wahrheit* kennen, es muß wissen, in wessen Händen in Wirklichkeit die Staatsmacht liegt. Man muß dem Volke die ganze Wahrheit sagen: die Macht ist in den Händen einer Militärclique von Cavaignacs (Kerenski, gewisse Generale, Offiziere usw.), die unterstützt werden von der Bourgeoisie als Klasse, mit der Kadettenpartei an ihrer Spitze und mit allen Monarchisten, die durch die ganze Schwarzhunderterpresse, durch „Nowoje Wremja“, „Shiwoje Slowo“ usw. usf. wirken.

Diese Macht muß gestürzt werden. Sonst sind alle Phrasen vom

Kampf gegen die Konterrevolution leere Phrasen, „Selbstbetrug und Betrug am Volke“.

Diese Macht unterstützen jetzt auch die Minister Zereteli und Tschernow sowie ihre Parteien; das Volk muß aufgeklärt werden über deren Henkerrolle und über die Unausbleiblichkeit eines solchen „Finale“ dieser Parteien nach ihren „Fehlern“ vom 21. April, 5. Mai, 9. Juni, 4. Juli, nach ihrer Billigung der Politik der Offensive, einer Politik, die den Sieg der Cavaignac im Juli zu neun Zehnteln im voraus entschieden hat.

Die ganze Agitation im Volke muß so umgestellt werden, daß sie der konkreten Erfahrung gerade der jetzigen Revolution und insbesondere der Julitage Rechnung trägt, d. h. daß sie die wirklichen Feinde des Volkes, die Militärclique, die Kadetten und die Schwarzhunderter, klar aufzeigt, und daß sie jene kleinbürgerlichen Parteien, die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die die Rolle von Helfershelfern des Henkertums gespielt haben und spielen, entschieden entlarvt.

Die ganze Agitation im Volke muß so umgestellt werden, daß die völlige Aussichtslosigkeit für die Bauern, Land zu bekommen, solange die Macht der Militärclique nicht gestürzt ist, solange die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki nicht entlarvt sind und ihnen das Volksvertrauen nicht entzogen ist, klagemacht wird. Das wäre unter den „normalen“ Verhältnissen der kapitalistischen Entwicklung ein sehr langwieriger und sehr schwieriger Prozeß, aber der Krieg und die wirtschaftliche Zerrüttung werden die Sache in ungeheurem Maße beschleunigen. Das sind „Beschleuniger“, die einen Monat, ja selbst eine Woche einem Jahre gleichmachen können.

Wahrscheinlich könnten gegen die obigen Ausführungen zwei Einwände erhoben werden: erstens, jetzt vom entschiedenen Kampf sprechen, heiße zersplitterte Aktionen fördern, die gerade der Konterrevolution helfen würden; zweitens, der Sturz der Konterrevolution bedeute ohnehin den Übergang der Macht an die Sowjets.

Als Erwiderung auf den ersten Einwand sagen wir: die Arbeiter Rußlands sind bereits klassenbewußt genug, um sich nicht in einem offensichtlich für sie ungünstigen Augenblick auf eine Provokation einzulassen. Daß jetzt in Aktion treten und Widerstand leisten bedeuten würde, der Konterrevolution zu helfen, ist unbestreitbar. Daß ein entschiedener Kampf nur möglich ist bei einem neuen Aufschwung der Revolution in den breitesten Massen, ist ebenfalls unbestreitbar. Aber es genügt nicht, vom Aufschwung der Revolution, von deren Hochflut, von der Hilfe der westeuropäischen Arbeiter usw. schlechthin zu sprechen, es gilt, einen bestimmten Schluß aus unserer Ver-

gangenheit zu ziehen, es gilt, gerade unsere Lehren zu berücksichtigen. Eine solche Berücksichtigung wird aber gerade die Losung des entschiedenen Kampfes gegen die Konterrevolution, die die Macht an sich gerissen hat, ergeben.

Der zweite Einwand läuft gleichfalls auf eine Ersetzung konkreter Wahrheiten durch viel zu allgemeine Betrachtungen hinaus. Nichts, keine Kraft außer dem revolutionären Proletariat ist imstande, den Sturz der bürgerlichen Konterrevolution herbeizuführen. Eben das revolutionäre Proletariat muß, nach der Erfahrung vom Juli 1917, die Staatsmacht selbständig in seine Hände nehmen — anders ist der Sieg der Revolution *nicht möglich*. Die Macht in den Händen des Proletariats, seine Unterstützung durch die arme Bauernschaft oder die Halbproletarier — darin liegt der einzige Ausweg, und wir haben bereits geantwortet, welche Umstände diesen Ausweg außerordentlich beschleunigen können.

Sowjets können und müssen in dieser neuen Revolution in Erscheinung treten, aber *nicht* die jetzigen Sowjets, nicht die Organe des Paktierens mit der Bourgeoisie, sondern Organe des revolutionären Kampfes gegen die Bourgeoisie. Daß wir auch dann für den Aufbau des ganzen Staates nach dem Typus der Sowjets sein werden, das stimmt. Das ist nicht eine Frage der Sowjets schlechthin, sondern eine Frage des Kampfes gegen die *gegebene* Konterrevolution und gegen den Verrat der *gegebenen* Sowjets.

Die Ersetzung des Konkreten durch Abstraktes ist eine der Hauptsünden, der gefährlichsten Sünden in der Revolution. Die gegebenen Sowjets haben versagt, haben vollkommen Schiffbruch erlitten, weil in ihnen die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki herrschen. Im gegebenen Augenblick gleichen diese Sowjets Hammeln, die, zur Schlachtbank geführt und unter dem Messer stehend, jämmerlich blöken. *Heute* sind die Sowjets ohnmächtig und hilflos gegenüber der siegreichen und siegenden Konterrevolution. Die Losung der Übergabe der Macht an die Sowjets kann aufgefaßt werden als „einfache“ Aufforderung, daß die Macht eben an die gegebenen Sowjets übergehen solle, aber das sagen, dazu auffordern, hieße jetzt das Volk betrügen. Nichts ist gefährlicher als Betrug.

Der Zyklus der Entwicklung des Kampfes der Klassen und Parteien in Rußland vom 27. Februar bis zum 4. Juli ist abgeschlossen. Es beginnt ein neuer Zyklus, in den nicht die alten Klassen, nicht die alten Parteien, nicht die alten Sowjets eintreten, sondern die im Feuer des Kampfes erneuerten, durch den Verlauf des Kampfes gestählten, geschulten, umgeformten. Man darf nicht rückwärts-, sondern muß

vorwärtsschauen. Man darf nicht mit den alten, sondern muß mit den neuen Klassen- und Parteikategorien der Zeit nach dem Juli operieren. Man muß bei Beginn des neuen Zyklus davon ausgehen, daß die bürgerliche Konterrevolution gesiegt hat, daß sie gesiegt hat, weil die Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit ihr paktieren, und daß sie nur durch das revolutionäre Proletariat besiegt werden kann. In diesem neuen Zyklus wird es natürlich noch mannigfaltige Etappen geben sowohl bis zum endgültigen Sieg der Konterrevolution als auch bis zur endgültigen (kampflosen) Niederlage der Sozialrevolutionäre und Menschewiki und bis zum neuen Aufschwung der neuen Revolution. Darüber wird man jedoch erst später sprechen können, wenn diese Etappen im einzelnen festere Umrisse annehmen ...

Veröffentlicht als Sonderbroschüre  
1917.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke,  
Bd. XXI, S. 36—44.

## DIE LEHREN DER REVOLUTION

Jede Revolution bedeutet einen jähen Umschwung im Leben der breitesten Volksmassen. Ist ein solcher Umschwung nicht herangereift, so kann es zu keiner wirklichen Revolution kommen. Und wie jeder Umschwung im Leben eines beliebigen Menschen ihn vieles lehrt, ihn vieles erleben und empfinden läßt, so erteilt auch die Revolution dem ganzen Volke in kurzer Zeit die inhaltsreichsten und wertvollsten Lehren.

In Zeiten der Revolution lernen Millionen und aber Millionen Menschen in jeder Woche mehr als in einem Jahr gewöhnlichen, trägen Lebens. Denn bei dem jähen Umschwung im Leben eines ganzen Volkes wird besonders klar sichtbar, welche Klassen des Volkes diese oder jene Ziele verfolgen, über welche Kraft sie verfügen, mit welchen Mitteln sie wirken.

Jeder klassenbewußte Arbeiter, Soldat und Bauer muß sich aufmerksam in die Lehren der russischen Revolution hineindenken, besonders jetzt, Ende Juli, wo es klar ersichtlich wurde, daß die erste Phase unserer Revolution mit einem Mißerfolg geendet hat.

### I

In der Tat, vergegenwärtigen wir uns, was die Massen der Arbeiter und Bauern erstrebten, als sie die Revolution vollbrachten. Was erwarteten sie von der Revolution? Es ist bekannt, daß sie Freiheit, Frieden, Brot und Land erwarteten.

Was sehen wir aber jetzt?

Statt Freiheit beginnt man die frühere Willkür wiederherzustellen. Man führt die Todesstrafe ein für die Soldaten an der Front, stellt die Bauern wegen eigenmächtiger Besitzergreifung des gutsherrlichen Bodens vor Gericht. Man demoliert die Druckereien der Arbeiterzeitungen. Man verbietet ohne Gericht die Arbeiterzeitungen. Man verhaftet die Bolschewiki, wobei gegen sie oft entweder gar keine oder offenkundig verleumderische Anklagen erhoben werden.

Man wird vielleicht einwenden, daß die Verfolgungen der Bolschewiki keine Verletzung der Freiheit seien, da ja nur bestimmte

Personen unter bestimmten Beschuldigungen verfolgt werden. Aber dieser Einwand ist eine bewußte und offenkundige Unwahrheit, denn wie kann man wegen der Verbrechen einzelner Personen, selbst wenn die Beschuldigungen erwiesen und gerichtlich festgestellt sein sollten, eine Druckerei demolieren und Zeitungen verbieten? Etwas anderes wäre es, wenn die Regierung die ganze Partei der Bolschewiki, deren Richtung als solche und deren Auffassungen durch ein Gesetz für verbrecherisch erklärt hätte. Aber jeder weiß, daß die Regierung des freien Rußland nichts dergleichen tun konnte und auch nicht getan hat.

Der verleumderische Charakter der Beschuldigungen gegen die Bolschewiki wird hauptsächlich dadurch entlarvt, daß die Zeitungen der Gutsbesitzer und Kapitalisten die Bolschewiki wegen ihres Kampfes gegen den Krieg, gegen die Gutsbesitzer und gegen die Kapitalisten wütend beschimpften und offen die Verhaftung und Verfolgung der Bolschewiki schon zu einer Zeit forderten, als noch keine einzige Beschuldigung auch nur gegen einen einzigen Bolschewik ausgeheckt worden war. Das Volk will den Frieden. Die Revolutionsregierung des freien Rußland aber hat den Eroberungskrieg wiederaufgenommen, auf Grund derselben Geheimverträge, die der Exzar Nikolaus II. mit den englischen und den französischen Kapitalisten abgeschlossen hatte im Interesse der Ausplünderung fremder Völker durch die russischen Kapitalisten. Diese Geheimverträge sind nach wie vor unveröffentlicht geblieben. Die Regierung des freien Rußland hat sich auf Ausflüchte beschränkt, hat es unterlassen, allen Völkern einen gerechten Frieden anzubieten.

Es gibt kein Brot. Wieder rückt der Hunger näher. Alle sehen, daß die Kapitalisten und die Reichen den Staat bei den Heereslieferungen gewissenlos betrügen (der Krieg kostet jetzt das Volk 50 Millionen Rubel täglich), daß sie durch die hohen Preise unerhörte Profite einstecken, während für eine ernste Rechnungsführung über die Produktion der Lebensmittel und ihre Verteilung unter die Arbeiter rein gar nichts getan worden ist. Die Kapitalisten werden immer frecher, sie werfen die Arbeiter auf die Straße, und das zu einer Zeit, wo das Volk darbt, weil keine Waren da sind. Die ungeheure Mehrheit der Bauern hat laut und klar auf einer langen Reihe von Tagungen ausgesprochen, daß sie das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden für eine Ungerechtigkeit und für Raub erklärt. Die Regierung aber, die sich revolutionär und demokratisch nennt, fährt fort, die Bauern monatelang an der Nase herumzuführen und durch Versprechungen und Verschleppungen zu prellen. Monatelang erlaubten die Kapitalisten dem Minister Tschernow nicht, ein Gesetz über das

Verbot des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden zu erlassen. Und als endlich dieses Gesetz erlassen worden war, fingen die Kapitalisten eine infame verleumderische Hetze gegen Tschernow an und setzen diese Hetze auch jetzt fort. Die Regierung ist in ihrer Unverfrorenheit bei der Verteidigung der Gutsbesitzer so weit gegangen, daß sie anfängt, die Bauern wegen „eigenmächtiger“ Besitzergreifungen vor Gericht zu stellen.

Die Bauern werden an der Nase herumgeführt, indem man ihnen zuredet, bis zur Konstituierenden Versammlung zu warten. Die Einberufung dieser Versammlung aber wird von den Kapitalisten immer wieder hinausgeschoben. Jetzt, wo unter dem Druck der Forderung der Bolschewiki die Einberufung auf den 30. September festgesetzt worden ist, schreien die Kapitalisten offen, das sei eine „unmöglich“ kurze Frist, und verlangen, daß die Einberufung der Konstituierenden Versammlung verschoben wird... Die einflußreichsten Mitglieder der Partei der Kapitalisten und Gutsbesitzer, der Partei der „Kadetten“ oder der Partei der „Volksfreiheit“, zum Beispiel Panina, propagieren unumwunden die Verschiebung der Einberufung der Konstituierenden Versammlung bis zur Beendigung des Krieges.

Auf den Grund und Boden wartet bis zur Konstituierenden Versammlung. Auf die Konstituierende Versammlung wartet bis zum Kriegsende. Auf das Kriegsende wartet bis zum vollen Sieg. Das ist es, was dabei herauskommt. Die Kapitalisten und Gutsbesitzer, die ihre Mehrheit in der Regierung haben, verhöhnen die Bauern geradezu.

## II

Wie konnte das aber in einem freien Lande, nach dem Sturz der Zarenmacht, geschehen?

In einem unfreien Lande wird das Volk vom Zaren und einem Häuflein von Gutsbesitzern, Kapitalisten, Beamten regiert, die niemand gewählt hat.

In einem freien Lande wird das Volk nur von denen regiert, die es selbst hierzu gewählt hat. Bei den Wahlen teilt sich das Volk in Parteien, und gewöhnlich bildet jede Klasse der Bevölkerung ihre besondere Partei, zum Beispiel bilden die Gutsbesitzer, die Kapitalisten, die Bauern, die Arbeiter besondere Parteien. Deshalb wird das Volk in freien Ländern vermittels des offenen Kampfes der Parteien und der freien Vereinbarung dieser Parteien untereinander regiert.

Nach dem Sturz der Zarenmacht am 27. Februar 1917 wurde Rußland im Verlauf von ungefähr vier Monaten wie ein freies Land regiert,



nämlich vermittels des offenen Kampfes der sich frei bildenden Parteien und einer freien Vereinbarung zwischen diesen. Um die Entwicklung der russischen Revolution zu begreifen, muß man also vor allem studieren, welches die wichtigsten Parteien waren, die Interessen welcher Klassen sie vertraten und welcher Art die Wechselbeziehungen aller dieser Parteien waren.

### III

Nach dem Sturz der Zarenmacht ging die Staatsmacht in die Hände der ersten Provisorischen Regierung über. Sie bestand aus Vertretern der Bourgeoisie, d. h. der Kapitalisten, denen sich auch die Gutsbesitzer zugesellt hatten. Die Partei der „Kadetten“, die Hauptpartei der Kapitalisten, stand an erster Stelle als herrschende und regierende Partei der Bourgeoisie.

Es war kein Zufall, daß die Macht dieser Partei zufiel, obwohl natürlich nicht die Kapitalisten gegen die zaristischen Truppen gekämpft, nicht sie ihr Blut für die Freiheit vergossen hatten, sondern die Arbeiter und Bauern, die Matrosen und Soldaten. Die Macht ist deshalb der Partei der Kapitalisten zugefallen, weil diese Klasse die Macht des Reichtums, der Organisation und des Wissens in ihren Händen hatte. In der Zeit nach dem Jahre 1905 und besonders während des Krieges hatte in Rußland die Klasse der Kapitalisten und der ihnen nahestehenden Gutsbesitzer die meisten Erfolge in ihrer Organisation erzielt.

Die Partei der Kadetten war immer monarchistisch, sowohl im Jahre 1905 als auch in der Zeit von 1905 bis 1917. Nach dem Siege des Volkes über die Zarentyranei erklärte sich diese Partei für republikanisch. Die historische Erfahrung zeigt, daß die Parteien der Kapitalisten, wenn das Volk die Monarchie besiegt hatte, stets bereit waren, republikanisch zu werden, nur um die Privilegien der Kapitalisten und deren Allmacht über das Volk aufrechtzuerhalten.

In Worten tritt die Kadettenpartei für die „Volksfreiheit“ ein. In der Tat tritt sie für die Kapitalisten ein, und alle Gutsbesitzer, alle Monarchisten, alle Schwarzhunderter traten denn auch sogleich auf ihre Seite. Ein Beweis dafür sind die Presse und die Wahlen. Alle bürgerlichen Zeitungen und die gesamte Schwarzhunderter-Presse schlugen nach der Revolution die gleichen Töne an wie die Kadetten. Alle monarchistischen Parteien, die es nicht wagten, offen aufzutreten, unterstützten bei den Wahlen, zum Beispiel in Petrograd, die Partei der Kadetten.

Nachdem die Kadetten die Regierungsmacht erhalten hatten, richteten sie alle Anstrengungen darauf, den räuberischen Eroberungskrieg fortzusetzen, welcher vom Zar Nikolaus II. begonnen worden war, der mit den englischen und französischen Kapitalisten geheime Raubverträge abgeschlossen hatte. In diesen Verträgen war den russischen Kapitalisten versprochen worden, daß sie im Falle eines Sieges von Konstantinopel, von Galizien, von Armenien usw. Besitz ergreifen können. Dem Volke gegenüber aber beschränkte sich die Regierung der Kadetten auf leere Ausflüchte und Versprechungen, wobei sie alle Entscheidungen über die wichtigen, für die Arbeiter und Bauern dringenden Angelegenheiten bis zur Konstituierenden Versammlung hinaus-schob, ohne den Termin ihrer Einberufung festzusetzen.

Unter Ausnutzung der Freiheit begann das Volk, sich selbständig zu organisieren. Die Hauptorganisation der Arbeiter und Bauern, die die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung Rußlands ausmachen, waren die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten. Diese Sowjets begannen sich bereits während der Februarrevolution zu bilden, und einige Wochen später waren in den meisten größeren Städten Rußlands und in vielen Landbezirken alle klassenbewußten fortgeschrittenen Elemente der Arbeiterklasse und der Bauernschaft durch die Sowjets zusammengeschlossen.

Die Sowjets wurden vollkommen frei gewählt. Die Sowjets waren die wirklichen Organisationen der Volksmassen, der Arbeiter und Bauern. Die Sowjets waren die wirklichen Organisationen der gewaltigen Mehrheit des Volkes. Die Arbeiter und Bauern im Soldatenrock waren bewaffnet.

Selbstverständlich konnten und mußten die Sowjets die ganze Staatsmacht in ihre Hände nehmen. Bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung hätte es im Staate keine andere Macht als die der Sowjets geben dürfen. Nur dann wäre unsere Revolution eine wirkliche Volksrevolution, eine wirklich demokratische Revolution geworden. Nur dann hätten die werktätigen Massen, die wirklich den Frieden erstreben, die wirklich kein Interesse an einem Eroberungskrieg haben, damit beginnen können, entschieden und fest eine Politik in die Tat umzusetzen, die dem Eroberungskrieg ein Ende gemacht und den Frieden herbeigeführt hätte. Nur dann hätten die Arbeiter und Bauern die Kapitalisten, die „am Kriege“ wahnsinnige Summen verdienen und die das Land bis zur Zerrüttung und Hungersnot gebracht haben, zügeln können. Aber in den Sowjets stand nur der kleinere Teil der Deputierten auf seiten der Partei der revolutionären Arbeiter, der bolschewistischen Sozialdemokraten, die die Übergabe

der ganzen Staatsmacht in die Hände der Sowjets forderten. Der größere Teil der Deputierten in den Sowjets jedoch stand auf seiten der menschewistischen Sozialdemokraten und der Sozialrevolutionäre, die gegen die Übergabe der Macht an die Sowjets waren. Statt die Regierung der Bourgeoisie zu beseitigen und sie durch eine Regierung der Sowjets zu ersetzen, traten diese Parteien für die Unterstützung der Regierung der Bourgeoisie und für das Paktieren mit ihr ein, für die Bildung einer gemeinsamen Regierung mit der Bourgeoisie. In dieser Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie, die die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki betrieben, denen die Mehrheit des Volkes Vertrauen entgegenbrachte, besteht der Hauptinhalt des gesamten Verlaufs der Entwicklung der Revolution in den ganzen fünf Monaten, die seit ihrem Beginn verflossen sind.

#### IV

Betrachten wir nun zunächst, wie dieses Paktieren der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit der Bourgeoisie vor sich ging, um dann die Erklärung für den Umstand zu suchen, daß die Mehrheit des Volkes diesen Parteien Vertrauen schenkte.

Ein Paktieren der Menschewiki und Sozialrevolutionäre mit den Kapitalisten fand in allen Perioden der russischen Revolution bald in der einen, bald in der anderen Form statt.

Ende Februar 1917, gleich nachdem das Volk gesiegt hatte und die Zarenmacht gestürzt worden war, wurde Kerenski als „Sozialist“ in die Provisorische Regierung der Kapitalisten aufgenommen. In Wirklichkeit ist Kerenski nie Sozialist gewesen, er war bloß Trudowik und begann sich erst seit März 1917 zu den „Sozialrevolutionären“ zu zählen, als dies bereits ungefährlich und nicht unvorteilhaft war. Die Provisorische Regierung der Kapitalisten bemühte sich sofort durch Kerenski, als den stellvertretenden Vorsitzenden des Petrograder Sowjets, den Sowjet an sich zu fesseln und zu zähmen. Der Sowjet, d. h. die in ihm überwiegenden Sozialrevolutionäre und Menschewiki, ließ sich zähmen und erklärte sich sofort nach der Bildung der Provisorischen Regierung der Kapitalisten bereit, „sie zu unterstützen“, „insofern“ sie ihre Versprechungen halten werde.

Der Sowjet betrachtete sich als Organ, das die Handlungen der Provisorischen Regierung prüft und kontrolliert. Die Führer des Sowjets bildeten eine sogenannte „Kontaktkommission“, d. h. eine Kommission für den Kontakt, die Fühlung mit der Regierung. In dieser Kontaktkommission führten die sozialrevolutionären und mensche-

wistischen Führer des Sowjets ständige Unterhandlungen mit der Regierung der Kapitalisten, so daß sie eigentlich die Stellung von Ministern ohne Portefeuille oder von nichtoffiziellen Ministern einnahmen.

Den ganzen März und fast den ganzen April hindurch hielt dieser Zustand an. Die Kapitalisten arbeiteten mit Verschleppungen und Ausflüchten, in dem Bestreben, Zeit zu gewinnen. Die Regierung der Kapitalisten tat während dieser Zeit keinen einzigen auch nur einigermaßen ernstesten Schritt zur Entwicklung der Revolution. Selbst zur Erfüllung ihrer direkten unmittelbaren Aufgabe, zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung, tat die Regierung nicht das geringste, sie gab die Frage auch nicht an die lokalen Organe weiter, ja, sie schuf nicht einmal eine zentrale Kommission zur Vorbereitung der Frage. Die Regierung sorgte nur für eines: im stillen die vom Zaren mit den Kapitalisten Englands und Frankreichs geschlossenen internationalen Raubverträge zu erneuern, möglichst vorsichtig und unbemerkt die Revolution zu hemmen, alles zu versprechen und nichts zu halten. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki spielten in der „Kontaktkommission“ die Rolle von Einfaltspinseln, die mit hochtrabenden Phrasen, Versprechungen, Vertröstungen abgespeist wurden. Wie die Krähe in der bekannten Fabel gingen die Sozialrevolutionäre und Menschewiki den Schmeicheleien auf den Leim und hörten mit Behagen die Beteuerungen der Kapitalisten an, daß sie die Sowjets hochschätzten und ohne sie keinen Schritt täten.

In Wirklichkeit jedoch verging die Zeit, und die Kapitalistenregierung hatte rein gar nichts für die Revolution getan. Aber gegen die Revolution gelang es ihr in dieser Zeit, die geheimen Raubverträge zu erneuern, richtiger, sie zu bestätigen und durch ergänzende, ebenso geheime Verhandlungen mit den Diplomaten des englischen und französischen Imperialismus zu „beleben“. Gegen die Revolution gelang es ihr in dieser Zeit, den Grundstein zu legen für eine konterrevolutionäre Organisation (oder wenigstens zu einer Annäherung) der Generale und Offiziere der Feldarmee. Gegen die Revolution gelang es ihr, die Organisierung der Industriellen, Fabrikanten und Schlotbarone in die Wege zu leiten, die unter dem Druck der Arbeiter gezwungen waren, ein Zugeständnis nach dem anderen zu machen, aber gleichzeitig begannen, die Produktion zu sabotieren (zu schädigen) und ihre Lahmlegung vorzubereiten, wozu sie auf eine günstige Gelegenheit warteten.

Doch die Organisierung der fortgeschrittenen Arbeiter und Bauern in den Sowjets schritt unaufhaltsam vorwärts. Die besten Menschen aus den unterdrückten Klassen fühlten, daß die Regierung trotz ihrer

Verständigung mit dem Petrograder Sowjet, trotz der Redseligkeit Kerenskis, trotz der „Kontaktkommission“ ein Feind des Volkes, ein Feind der Revolution bleibt. Die Massen fühlten, daß die Sache des Friedens, die Sache der Freiheit, die Sache der Revolution unvermeidlich verloren sein wird, wenn der Widerstand der Kapitalisten nicht gebrochen wird. In den Massen wuchs die Ungeduld und die Erbitterung.

## V

Sie kam am 20.—21. April zum Durchbruch. Die Bewegung flammt spontan auf, war von niemandem vorbereitet. Die Bewegung richtete sich mit einer solchen Schärfe gegen die Regierung, daß ein Regiment sogar bewaffnet aufmarschierte und vor dem Marienpalast erschien, um die Minister zu verhaften. Allen wurde es völlig klar, daß die Regierung sich nicht halten kann. Die Sowjets hätten die Macht ohne den geringsten Widerstand von irgendwelcher Seite übernehmen können (und müssen). Statt dessen unterstützten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die fallende Kapitalistenregierung, verstrickten sich noch mehr in das Paktieren mit ihr, machten noch verhängnisvollere, zum Untergang der Revolution führende Schritte.

Die Revolution lehrt alle Klassen mit einer in gewöhnlichen, friedlichen Zeiten ungeahnten Schnelligkeit und Gründlichkeit. Die Kapitalisten, die am besten organisiert, die in Sachen des Klassenkampfes und der Politik am erfahrensten sind, hatten rascher als die anderen gelernt. Als sie sahen, daß die Stellung der Regierung unhaltbar geworden war, griffen sie zu einer Methode, die nach 1848 viele Jahrzehnte lang von den Kapitalisten anderer Länder zur Irreführung, Spaltung und Entkräftung der Arbeiter praktiziert worden war. Diese Methode ist die sogenannte „Koalitions“-Regierung, d. h. eine vereinigte, aus der Bourgeoisie und den Überläufern des Sozialismus zusammengesetzte, gemeinsame Regierung.

In jenen Ländern, wo Freiheit und Demokratie neben der revolutionären Arbeiterbewegung am längsten bestehen, in England und Frankreich, haben die Kapitalisten diese Methode oftmals und mit großem Erfolg angewandt. Die „sozialistischen“ Führer, die in die Regierung der Bourgeoisie eintraten, erwiesen sich unweigerlich als Strohmänner, als Marionetten, als Kulisse für die Kapitalisten, als Werkzeuge des Betruges an den Arbeitern. Die „demokratischen und republikanischen“ Kapitalisten Rußlands haben dieselbe Methode in Anwendung gebracht. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki ließen

sich sofort übers Ohr hauen, und am 6. Mai wurde die „Koalitions“-Regierung unter Beteiligung Tschernows, Zeretelis und Konsorten Tatsache.

Die Einfaltspinsel aus der sozialrevolutionären und menschwistischen Partei jubelten und sonnten sich selbstgefällig im Glanz des Ministerruhms ihrer Führer. Die Kapitalisten rieben sich vor Vergnügen die Hände, da sie in der Person der „Führer der Sowjets“ Gehilfen gegen das Volk gewonnen hatten, da sie von ihnen das Versprechen erhielten, „Angriffsaktionen an der Front“, d. h. die Wiederaufnahme des schon beinahe zum Stillstand gekommenen imperialistischen Raubkrieges, zu unterstützen. Die Kapitalisten kannten die ganze aufgeblasene Ohnmacht dieser Führer, sie wußten, daß die Versprechungen der Bourgeoisie — hinsichtlich der Kontrolle und sogar der Organisation der Produktion, hinsichtlich der Friedenspolitik usw. — niemals erfüllt werden würden.

So kam es auch. Die zweite Phase in der Entwicklung der Revolution, vom 6. Mai bis zum 9. Juni oder bis zum 18. Juni hat die Spekulationen der Kapitalisten, die auf die Leichtigkeit der Nasführung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki rechneten, vollauf gerechtfertigt.

Während Peschechonow und Skobelew sich und das Volk mit hochtrabenden Phrasen täuschten, man werde den Kapitalisten 100 Prozent des Profits abnehmen, ihr „Widerstand sei gebrochen“ usw., führen die Kapitalisten fort, ihre Stellungen zu festigen. Zur Zügelung der Kapitalisten wurde in dieser Zeit in Wirklichkeit nichts, rein gar nichts unternommen. Die Minister aus den Reihen der Überläufer des Sozialismus erwiesen sich als Schwatzmaschinen zur Ablenkung der Aufmerksamkeit der unterdrückten Klassen, während der ganze Apparat der Staatsverwaltung in Wirklichkeit in den Händen der Bürokratie (der Beamtschaft) und der Bourgeoisie blieb. Der berüchtigte Paltschinski, der stellvertretende Industrieminister, war der typische Vertreter dieses Apparats, der jede wie immer geartete Maßnahme gegen die Kapitalisten hintertrieb. Die Minister schwatzten — alles blieb beim alten.

Besonders der Minister Zereteli wurde von der Bourgeoisie zur Bekämpfung der Revolution verwendet. Ihn schickte man, um Kronstadt zu „beruhigen“, als die dortigen Revolutionäre so verwegene wurden, daß sie es wagten, den ernannten Kommissar abzusetzen. Die Bourgeoisie eröffnete in ihren Zeitungen eine unglaublich lärmende, böseartige, wütende Hetzkampagne voller Lügen und Verleumdungen gegen Kronstadt, erhob gegen Kronstadt die Beschuldigung, daß es sich „von Rußland lostrennen“ wolle, wobei sie diese und ähnliche Albernheiten in tausenderlei Tonarten wiederholte und dem Kleinbürgertum und den Philistern Angst einjagte. Zereteli, der typischste Vertreter des bor-

nierten, erschrockenen Philistertums, ging der bürgerlichen Hetze am „ehrlichsten“ von allen auf den Leim, er suchte am eifrigsten, Kronstadt „niederzuschlagen und zu befrieden“, ohne sich seiner Rolle eines Lakaien der konterrevolutionären Bourgeoisie bewußt zu werden. Das Resultat war, daß er das Werkzeug wurde für das Zustandekommen eines „Übereinkommens“ mit dem revolutionären Kronstadt, demzufolge der Kommissar von Kronstadt nicht einfach von der Regierung ernannt, sondern in Kronstadt gewählt und von der Regierung *bestätigt* werden sollte. Auf derlei jämmerliche Kompromisse verschwendeten die vom Sozialismus zur Bourgeoisie übergelaufenen Minister ihre Zeit.

Dort, wo sich kein Bourgeoisie-Minister zeigen konnte, um die Regierung zu verteidigen, vor den revolutionären Arbeitern oder in den Sowjets, dort erschien ein „sozialistischer“ Minister, Skobelew, Zereteli, Tschernow usw. (richtiger: dorthin wurde er von der Bourgeoisie geschickt), und verrichtete gewissenhaft die Sache der Bourgeoisie, gab sich alle Mühe, die Regierung zu verteidigen, die Kapitalisten reinzuwaschen, narrete das Volk mit der Wiederholung von Versprechungen, Versprechungen und Versprechungen, mit Ratschlägen, zu warten, zu warten und zu warten.

Besonders in Anspruch genommen durch den Kuhhandel mit seinen bourgeoisen Kollegen war Minister Tschernow: bis zum Monat Juli, bis zu der neuen „Krise der Staatsmacht“, die damals, nach der Bewegung vom 3.—4. Juli, eingetreten war, bis zum Austritt der Kadetten aus der Regierung war Minister Tschernow die ganze Zeit mit der nützlichen, interessanten, das Volk tief angehenden Sache beschäftigt, seinen bourgeoisen Kollegen „zuzureden“, ihnen ins Gewissen zu reden, sich wenigstens mit dem Verbot des Kaufs und Verkaufs von Grund und Boden einverstanden zu erklären. Dieses Verbot war den Bauern auf dem Allrussischen Kongreß (Sowjet) der Bauerndeputierten in Petrograd in feierlichster Weise versprochen worden. Aber das Versprechen ist lediglich ein Versprechen geblieben. Tschernow konnte es weder im Mai noch im Juni einlösen, er konnte es so lange nicht, bis die revolutionäre Welle des spontanen Ausbruchs am 3.—4. Juli, die mit dem Austritt der Kadetten aus der Regierung zusammenfiel, es ermöglichte, diese Maßnahme durchzuführen. Aber auch dann blieb dies eine vereinzelte Maßnahme, die außerstande war, die Sache des Kampfes der Bauernschaft gegen die Gutsbesitzer um den Grund und Boden ernstlich zu fördern.

An der Front erfüllte indessen der „revolutionäre Demokrat“ Krenski, das neugebackene Mitglied der Partei der Sozialrevolutionäre, mit Erfolg und Glanz die konterrevolutionäre, imperialistische Aufgabe der Wiederaufnahme des imperialistischen Raubkrieges, jene Aufgabe, die der im Volke verhaßte Gutschkow nicht erfüllen konnte. Er

berauschte sich an seiner eigenen Beredsamkeit; die Imperialisten, die mit ihm wie mit einer Schachfigur spielten, beweihräucherten ihn, er wurde umschmeichelt, er wurde vergöttert — alles dafür, weil er treu und redlich den Kapitalisten diente, weil er den „revolutionären Truppen“ zuredete, sich zur Wiederaufnahme des Krieges bereit zu erklären, der in Ausführung der Verträge des Zaren Nikolaus II. mit den Kapitalisten Englands und Frankreichs geführt wird, damit die russischen Kapitalisten Konstantinopel und Lemberg, Erserum und Trapezunt bekommen.

So verlief die zweite Phase der russischen Revolution, vom 6. Mai bis zum 9. Juni. Die konterrevolutionäre Bourgeoisie erstarkte, festigte sich und bereitete, gedeckt und geschützt durch die „sozialistischen“ Minister, die Offensive sowohl gegen den äußeren wie gegen den inneren Feind, d. h. gegen die revolutionären Arbeiter vor.

## VI

Für den 9. Juni bereitete die Partei der revolutionären Arbeiter, die Partei der Bolschewiki, eine Demonstration in Petrograd vor, um der unaufhaltsam anwachsenden Unzufriedenheit und Empörung der Massen einen organisierten Ausdruck zu verleihen. Die in Abmachungen mit der Bourgeoisie verstrickten, durch die imperialistische Politik der Offensive gebundenen sozialrevolutionären und menschewistischen Führer waren entsetzt, als sie den Verlust ihres Einflusses in den Massen spürten. Es erhob sich ein allgemeines Geheul gegen die Demonstration, ein Geheul, das diesmal die konterrevolutionären Kadetten mit den Sozialrevolutionären und Menschewiki vereinte. Unter ihrer Führung, als Folge ihrer Politik des Paktierens mit den Kapitalisten, trat die Schwenkung der kleinbürgerlichen Massen zu einem Bündnis mit der konterrevolutionären Bourgeoisie ganz deutlich hervor und zeigte sich mit verblüffender Anschaulichkeit. Darin besteht die historische Bedeutung, das ist der klassenmäßige Sinn der Krise vom 9. Juni.

Die Bolschewiki sagten die Demonstration ab, da sie nicht im geringsten die Absicht hatten, die Arbeiter in diesem Moment in einen verzweifelten Kampf gegen die vereinigten Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu führen. Doch diese waren gezwungen, wollten sie sich wenigstens den letzten Rest des Vertrauens der Massen wahren, eine allgemeine Demonstration auf den 18. Juni anzusetzen. Die Bourgeoisie war außer sich vor Wut, da sie darin mit Recht ein Schwanken der kleinbürgerlichen Demokratie zum Proletariat hin erblickte, und sie beschloß, die Aktion der Demokratie durch eine Offensive an der Front zu paralysieren.



In der Tat, der 18. Juni brachte den Losungen des revolutionären Proletariats, den Losungen des Bolschewismus einen außerordentlich eindrucksvollen Sieg unter den Petersburger Massen, am 19. Juni aber wurde von der Bourgeoisie und dem Bonapartisten\* Kerenski feierlich die gerade am 18. Juni begonnene Offensive an der Front bekanntgegeben.

Die Offensive bedeutete faktisch die Wiederaufnahme des Raubkrieges im Interesse der Kapitalisten, entgegen dem Willen der ungeheuren Mehrheit der Werktätigen. Mit der Offensive unvermeidlich verbunden war deshalb einerseits ein gewaltiges Erstarken des Chauvinismus und der Übergang der militärischen (und folglich auch der staatlichen) Macht an eine Militärclique von Bonapartisten, und andererseits der Übergang zur Gewaltanwendung gegen die Massen, zur Verfolgung der Internationalisten, zur Aufhebung der Agitationsfreiheit, zu Verhaftungen und Erschießungen derer, die gegen den Krieg sind.

Hatte der 6. Mai die Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit Stricken an den Siegeswagen der Bourgeoisie gefesselt, so hat der 19. Juni sie als Diener der Kapitalisten mit Ketten angeschmiedet.

## VII

Die Erbitterung der Massen wuchs natürlich infolge des wieder aufgenommenen Raubkrieges noch schneller und stärker. Am 3.—4. Juli erfolgte der Ausbruch der Massenempörung, ein Ausbruch, den die Bolschewiki einzudämmen suchten und dem sie selbstverständlich eine möglichst organisierte Form zu verleihen bemüht sein mußten.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, als Sklaven der Bourgeoisie, an ihren Herrn gefesselt, waren mit allem einverstanden: sowohl mit der Herbeirufung reaktionärer Truppen nach Petrograd als auch mit der Wiedereinführung der Todesstrafe, sowohl mit der Entwaffnung der Arbeiter und der revolutionären Truppen als auch mit den Verhaftungen, Verfolgungen und Zeitungsverboten ohne Gerichtsbeschluß. Die Macht, die die Bourgeoisie in der Regierung nicht ganz an sich reißen konnte und die die Sowjets nicht übernehmen wollten, diese Macht glitt in die Hände der Militärclique, der Bonapartisten, die selbstverständlich von den Kadetten und Schwarzhundertern, den Gutsbesitzern und Kapitalisten, voll unterstützt wurde.

\* Bonapartismus (nach dem Namen der zwei französischen Kaiser Bonaparte) nennt man eine Regierung, die den Schein erwecken will, über den Parteien zu stehen, und den äußerst zugespitzten Kampf der Parteien der Kapitalisten und der Arbeiter untereinander ausnutzt. In Wirklichkeit den Kapitalisten dienend, betrügt eine solche Regierung am meisten die Arbeiter durch Versprechungen und kleine Almosen.

Von Stufe zu Stufe. Nachdem die Sozialrevolutionäre und Menschewiki die schiefe Ebene des Paktierens mit der Bourgeoisie betreten hatten, glitten sie unaufhaltsam abwärts, bis sie auf dem Grund ankamen. Am 28. Februar versprachen sie im Petrograder Sowjet der bürgerlichen Regierung die bedingte Unterstützung. Am 6. Mai retteten sie diese Regierung vor dem Zusammenbruch und ließen sich zu ihren Dienern und Verteidigern machen, indem sie sich mit der Offensive einverstanden erklärten. Am 9. Juni taten sie sich mit der konterrevolutionären Bourgeoisie zu einem rasend gehässigen Lügen- und Verleumdungsfeldzug gegen das revolutionäre Proletariat zusammen. Am 19. Juni billigten sie die begonnene Wiederaufnahme des Raubkrieges. Am 3. Juli willigten sie in die Herbeirufung reaktionärer Truppen ein: das war der Beginn der endgültigen Übergabe der Macht an die Bonapartisten. Von Stufe zu Stufe.

Dieses schmachliche Ende der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki ist kein Zufall, sondern das durch die Erfahrungen Europas oftmals bestätigte Ergebnis der ökonomischen Lage der Kleinrentner, des Kleinbürgertums.

## VIII

Jeder hat natürlich beobachtet, wie die Kleinbesitzer sich abrackern, wie sie danach streben, „emporzukommen“, um richtige Unternehmer zu werden, um zur Stellung des „soliden“ Unternehmers, zur Stellung der Bourgeoisie emporzusteigen. Solange der Kapitalismus herrscht, gibt es für die Kleinbesitzer keinen anderen Ausweg: entweder selbst in die Stellung von Kapitalisten zu gelangen (und das ist im besten Falle für einen unter hundert Kleinbesitzern möglich), oder in die Lage des ruinierten Kleinbesitzers, des Halbproletariers, und dann des Proletariers zu geraten. Ebenso ist es in der Politik: die kleinbürgerliche Demokratie, besonders ihre Führerschaft, strebt der Bourgeoisie nach. Die Führer der kleinbürgerlichen Demokratie vertrösten ihre Massen mit Versprechungen und Beteuerungen über die Möglichkeit einer Verständigung mit den Großkapitalisten; im besten Falle erreichen sie auf ganz kurze Zeit von den Kapitalisten Konzessionen für eine kleine Oberschicht der werktätigen Massen, aber in allem Entscheidenden, in allem Wichtigem erwies sich die kleinbürgerliche Demokratie stets im Schlepptau der Bourgeoisie, als ihr ohnmächtiges Anhängsel, als gefügiges Werkzeug in den Händen der Finanzkönige. Die Erfahrung Englands und Frankreichs hat dies viele Male bestätigt.

Die Erfahrung der russischen Revolution, als sich die Ereignisse,

besonders unter dem Einfluß des imperialistischen Krieges und der durch ihn hervorgerufenen überaus tiefgehenden Krise, mit ungewöhnlicher Schnelligkeit entwickelt haben, diese Erfahrung vom Februar bis Juli 1917 hat die alte marxistische Wahrheit von der unbeständigen Lage des Kleinbürgertums außerordentlich klar und anschaulich bestätigt.

Die Lehre der russischen Revolution: es gibt für die werktätigen Massen keine andere Rettung aus der eisernen Umklammerung des Krieges, der Hungersnot, der Versklavung durch die Gutsbesitzer und Kapitalisten als den völligen Bruch mit den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, als die klare Erkenntnis deren Verräterrolle, die Ablehnung jedweden Paktierens mit der Bourgeoisie, den entschlossenen Übergang auf die Seite der revolutionären Arbeiter. Einzig und allein die revolutionären Arbeiter sind imstande, wenn sie von den armen Bauern unterstützt werden, den Widerstand der Kapitalisten zu brechen, das Volk zur Erkämpfung des Grund und Bodens ohne Entschädigung, zur vollen Freiheit, zur Besiegung der Hungersnot, zur Besiegung des Krieges, zu einem gerechten und dauerhaften Frieden zu führen.

#### NACHWORT

Dieser Artikel ist, wie aus dem Text ersichtlich, Ende Juli geschrieben worden.

Die Geschichte der Revolution im August hat das im Artikel Gesagte völlig bestätigt. Ende August brachte dann der Aufstand Kornilows<sup>18</sup> eine neue Wendung der Revolution mit sich, indem er dem ganzen Volke anschaulich zeigte, daß die Kadetten im Bunde mit den konterrevolutionären Generalen danach trachten, die Sowjets auseinanderzujagen und die Monarchie wiederherzustellen. Wie stark diese neue Wendung der Revolution ist, ob es ihr gelingen wird, der verhängnisvollen Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie ein Ende zu setzen, wird die nahe Zukunft zeigen ...

6. September 1917

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Rabotschi“ Nr. 8 und 9,  
12. und 13. September (30. und  
31. August) 1917.

Erschienen als Einzelbroschüre  
Anfang Oktober 1917 mit dem vom  
19. (6.) September datierten Nachwort.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXI, S. 79—96.

## **DIE DROHENDE KATASTROPHE UND WIE MAN SIE BEKÄMPFEN SOLL**

### **DER HUNGER RÜCKT HERAN**

Rußland droht eine unabwendbare Katastrophe. Der Eisenbahnverkehr ist unglaublich zerrüttet, und seine Zerrüttung schreitet immer weiter fort. Es wird dahin kommen, daß die Eisenbahnen stillstehen. Die Rohstoff- und Kohlenzufuhr für die Fabriken wird aufhören. Die Getreidezufuhr wird versiegen. Bewußt und unablässig sabotieren die Kapitalisten die Produktion (sie schädigen sie, legen Betriebe still, untergraben und hintertreiben ihre Arbeit) in der Hoffnung, daß eine unerhörte Katastrophe zum Zusammenbruch der Republik und des Demokratismus, der Sowjets und überhaupt der proletarischen und bäuerlichen Verbände führen und so die Rückkehr zur Monarchie und die Wiederherstellung der Allmacht der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer erleichtern werde.

Eine Katastrophe von beispiellosen Ausmaßen und eine Hungersnot drohen uns unabwendbar. Davon ist schon in allen Zeitungen unzählige Male die Rede gewesen. Eine Unmasse von Resolutionen sind sowohl von den Parteien als auch von den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten angenommen worden, Resolutionen, in denen festgestellt wird, daß die Katastrophe unvermeidlich sei, daß sie ganz nahe bevorstehe, daß ein verzweifelter Kampf gegen sie geführt werden müsse, daß „heroische Anstrengungen“ des Volkes notwendig seien, um den Untergang abzuwenden usw.

Alle sagen das. Alle erkennen das an. Für alle steht das fest.

Und nichts geschieht.

Ein halbes Jahr der Revolution liegt hinter uns. Die Katastrophe ist noch näher herangerückt. Die Arbeitslosigkeit ist zu einer Massenerscheinung geworden. Man bedenke bloß: das Land ist ohne Waren, das Land geht aus Mangel an Produkten, aus Mangel an Arbeitskräften zugrunde, obwohl genügende Mengen von Getreide und Rohstoffen

vorhanden sind — und in einem solchen Lande, in einem so kritischen Augenblick ist es zu einer Massenarbeitslosigkeit gekommen! Welcher Beweise bedarf es da noch, um zu zeigen, daß während des halben Jahres Revolution (die von manchen als große Revolution bezeichnet wird, die aber vorderhand wohl mit größerer Berechtigung als „faule“ bezeichnet werden könnte) in einer demokratischen Republik, bei einer Fülle von Verbänden, Körperschaften und Institutionen, die sich stolz „revolutionär-demokratisch“ nennen, praktisch absolut *nichts* Ernsthaftes gegen die Katastrophe, gegen den Hunger getan worden ist? Wir nähern uns immer rascher dem Zusammenbruch, denn der Krieg wartet nicht, und die durch ihn hervorgerufene Zerrüttung aller Gebiete des Volkslebens verschärft sich immer mehr.

Dabei braucht man nur ein ganz klein wenig aufmerksam nachzudenken, um sich davon zu überzeugen, daß Mittel zur Bekämpfung der Katastrophe und des Hungers vorhanden sind, daß die Kampfmaßnahmen völlig klar und einfach, völlig durchführbar, den Volkskräften durchaus angemessen sind, und daß diese Maßnahmen *nur* deshalb, *ausschließlich* deshalb *nicht* getroffen werden, weil ihre Verwirklichung die beispiellosen Profite eines kleinen Häufleins von Gutsbesitzern und Kapitalisten beeinträchtigen würde.

In der Tat. Man kann drauf schwören, daß keine einzige Rede, kein einziger Artikel in einer Zeitung von beliebiger Richtung, keine einzige Resolution einer beliebigen Versammlung oder Institution zu finden ist, wo nicht ganz klar und bestimmt die grundlegende und wichtigste Maßnahme zur Bekämpfung, zur Abwendung der Katastrophe und des Hungers anerkannt worden wäre. Diese Maßnahme ist: Kontrolle, Aufsicht, Rechnungsführung, Regulierung durch den Staat, richtige Verteilung der Arbeitskräfte in Produktion und Distribution, Haushalten mit den Volkskräften, Vermeidung jedes überflüssigen Kraftaufwandes, sparsames Umgehen mit den Kräften. Kontrolle, Aufsicht, Rechnungsführung — das ist das erste Wort im Kampf gegen die Katastrophe und gegen den Hunger. Das ist unbestritten und allgemein anerkannt. Aber gerade das ist es, was *nicht* getan wird aus Angst, die Allmacht der Gutsbesitzer und Kapitalisten, ihre maßlosen, unerhörten, skandalösen Profite anzutasten, Profite, die dank der Teuerung und der Heereslieferungen (für den Krieg aber „arbeiten“ jetzt direkt oder indirekt beinahe alle) eingeheimst werden, Profite, von denen jeder weiß, die jeder beobachtet, über die alle ihr Erstaunen ausdrücken.

Und es geschieht nichts, rein gar nichts von seiten des Staates für eine einigermaßen ernsthafte Kontrolle, Rechnungsführung und Aufsicht.

## DIE REGIERUNG IST VÖLLIG UNTÄTIG

Allenthalben findet man eine systematische und unablässige Sabotage jeder Kontrolle, jeder Aufsicht und Rechnungsführung, jeglicher Versuche, sie durch den Staat in Gang zu bringen. Nun gehört eine unglaubliche Naivität dazu, um nicht zu begreifen — und es gehört größte Heuchelei dazu, um so zu tun, als ob man nicht begriffe —, von wo diese Sabotage ausgeht und mit welchen Mitteln sie betrieben wird. Denn diese Sabotage der Bankiers und Kapitalisten, dieses *Hintertreiben* jeder Kontrolle, Aufsicht und Rechnungsführung wird den staatlichen Formen der demokratischen Republik angepaßt, wird der Existenz „revolutionär-demokratischer“ Institutionen angepaßt. Die Herren Kapitalisten haben sich die Wahrheit sehr gut zu eigen gemacht, zu der sich alle Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus in Worten bekennen, die die Menschewiki und Sozialrevolutionäre aber sofort zu vergessen trachteten, sobald ihre Freunde als Minister, Staatssekretäre usw. ihre Pöstchen gefunden hatten. Gemeint ist die Wahrheit, daß das ökonomische Wesen der kapitalistischen Ausbeutung in keiner Weise berührt wird, wenn an die Stelle der monarchistischen Regierungsform eine republikanisch-demokratische tritt, und folglich auch umgekehrt: es braucht bloß die *Form* des Kampfes für die Untastbarkeit und Heiligkeit des kapitalistischen Profits geändert zu werden, damit dieser Profit in der demokratischen Republik genau so erfolgreich behauptet werden kann, wie dies zur Zeit der absolutistischen Monarchie der Fall war.

Die gegenwärtige, neueste, republikanisch-demokratische Sabotage jeder Kontrolle, Rechnungsführung und Aufsicht besteht darin, daß die Kapitalisten in Worten das „Prinzip“ der Kontrolle und deren Notwendigkeit „begeistert“ anerkennen (wie alle Menschewiki und Sozialrevolutionäre selbstverständlich auch) und nur darauf bestehen, daß die Einführung dieser Kontrolle auf „allmähliche“, planmäßige, „staatlich geregelte“ Weise stattfinde. In Wirklichkeit dienen diese wohlklingenden Worte als Vorwand, um die Kontrolle zu *hintertreiben*, sie in ein Nichts, in eine Fiktion zu verwandeln, eine Kontrolle vorzutäuschen, alle sachlichen und praktisch wichtigen Schritte zu verschleppen, unglaublich komplizierte, schwerfällige, bürokratisch-unlebendige Kontrollorgane zu schaffen, die ganz und gar von den Kapitalisten abhängen und rein gar nichts tun noch auch tun können.

Damit das Gesagte nicht als leere Behauptung erscheint, wollen wir uns auf Zeugen aus den Reihen der Menschewiki und Sozialrevolutionäre berufen, d. h. gerade der Leute, die im ersten Halbjahr der

Revolution in den Sowjets die Mehrheit hatten, die an der „Koalitionsregierung“ teilnahmen und die daher vor den russischen Arbeitern und Bauern die politische Verantwortung dafür tragen, daß sie den Kapitalisten Vorschub geleistet und daß diese jede Kontrolle hintertrieben haben.

Das offizielle Organ der höchsten Körperschaft unter den sogenannten „bevollmächtigten“ (Spaß beiseite!) Körperschaften der „revolutionären“ Demokratie, die „Iswestija des ZEK“ (d. h. die Nachrichten des Zentralexekutivkomitees des Allrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten), veröffentlicht in Nr. 164 vom 7. September 1917 einen *Beschluß* der von den besagten Menschewiki und Sozialrevolutionären geschaffenen und in ihren Händen befindlichen speziellen Institution für die Fragen der Kontrolle. Diese spezielle Institution ist die „Wirtschaftsabteilung“ des Zentralexekutivkomitees. In ihrem Beschluß wird „*die absolute Untätigkeit der bei der Regierung gebildeten zentralen Körperschaften zur Regulierung des Wirtschaftslebens*“ offiziell als Tatsache anerkannt.

Wahrhaftig, kann man sich ein beredteres Zeugnis für den Bankrott der menschewistischen und sozialrevolutionären Politik vorstellen als dieses von den Menschewiki und Sozialrevolutionären eigenhändig unterschriebene Dokument?

Schon zur Zeit des Zarismus wurde die Regulierung des Wirtschaftslebens als Notwendigkeit bezeichnet, und zu diesem Zwecke wurden manche Institutionen geschaffen. Doch wurde unter dem Zarismus die Zerrüttung immer größer und nahm ungeheure Dimensionen an. Es galt von Anfang an als Aufgabe der republikanischen, revolutionären Regierung, ernsthafte und entschiedene Maßnahmen zur Beseitigung der Zerrüttung zu ergreifen. Als die „Koalitionsregierung“ unter Beteiligung der Menschewiki und Sozialrevolutionäre gebildet wurde, gab sie in ihrer feierlichen, an das ganze Volk gerichteten Deklaration vom 6. Mai das Versprechen und übernahm die Verpflichtung, eine staatliche Kontrolle und Regulierung einzuführen. Sowohl die Zereteli und Tschernow als auch die übrigen menschewistischen und sozialrevolutionären Führer schwuren und beteuerten, daß sie nicht nur die Verantwortung trügen für die Regierung, sondern daß die in ihren Händen befindlichen „bevollmächtigten Organe der revolutionären Demokratie“ die Arbeit der Regierung wirklich überwachten und kontrollierten.

Seit dem 6. Mai sind vier Monate, vier lange Monate verflossen, in denen Rußland für die unsinnige imperialistische „Offensive“ hundert-

tausende Soldaten hingeopfert hat, in denen die Zerrüttung und die Katastrophe mit Riesenschritten immer näher herangerückt sind, obwohl der Sommer gerade äußerst günstige Gelegenheit geboten hat, in der Schiffahrt, in der Landwirtschaft, bei den geologischen Schürfungen usw. usf. vieles zu leisten — nach diesen vier Monaten sehen sich nun die Menschewiki und Sozialrevolutionäre gezwungen, die „absolute Untätigkeit“ der bei der Regierung gebildeten Kontrollinstitutionen offiziell zuzugehen!!

Und diese Menschewiki und Sozialrevolutionäre schwatzen jetzt (wir schreiben diese Zeilen gerade am Vorabend der Demokratischen Beratung<sup>19</sup> vom 12. September) mit der ernststen Miene von Staatsmännern davon, daß in dieser Sache Abhilfe geschaffen werden könnte, wenn man die Koalition mit den Kadetten durch eine Koalition mit den Geldsäcken der Industrie und des Handels, den Rjabuschinski, Bublikow, Tereschtschenko und Konsorten ersetzte!

Nun fragt es sich: wie ist diese erstaunliche Blindheit der Menschewiki und Sozialrevolutionäre zu erklären? Soll man sie als politische Säuglinge betrachten, die so überaus vernunftlos und naiv sind, daß sie nicht wissen, was sie tun, und sich in gutem Glauben irren? Oder hat die Fülle der besetzten Pöstchen von Ministern, Staatssekretären, Generalgouverneuren, Kommissaren und dergleichen mehr die Eigenschaft, eine besondere, eine „politische“ Blindheit hervorzurufen?

## DIE KONTROLLMASSNAHMEN SIND ALLGEMEIN BEKANNT UND LEICHT DURCHFÜHRBAR

Es kann die Frage auftauchen, ob die Mittel und Wege zur Kontrolle nicht etwas außerordentlich Kompliziertes, Schwieriges, Unerprobtes, ja selbst Unbekanntes darstellen? Ob sich die Verschleppung nicht daraus erklärt, daß die Staatsmänner der Kadettenpartei, der Industrie- und Handelsklasse, der Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sich schon seit einem halben Jahr im Schweiß ihres Angesichts abmühen, Mittel und Wege zur Kontrolle ausfindig zu machen, zu studieren und zu eröffnen, daß die Aufgabe sich aber als außerordentlich schwierig und noch immer als ungelöst erweist?

Mitnichten! Man versucht, den unwissenden, analphabetischen und eingeschüchternen Bäuerlein und auch den Spießern, die alles glauben und nichts tiefer zu ergründen suchen, „Sand in die Augen zu streuen“ und die Sache eben in dieser Weise darzustellen. In Wirklichkeit aber wußte sogar der Zarismus, sogar das „alte Regime“, das die Kriegs-



industriekomitees schuf, worin die grundlegende Maßnahme, die Mittel und Wege zur Kontrolle hauptsächlich bestehen: in der Zusammenfassung der Bevölkerung nach den verschiedenen Berufen, Tätigkeitszwecken, Arbeitszweigen usw. Aber der Zarismus *fürchtete* die Zusammenfassung der Bevölkerung und tat daher alles, um diese wohlbekannten, überaus leichten, durchaus anwendbaren Mittel und Wege der Kontrolle einzuschränken und künstlich zu behindern.

Alle kriegführenden Staaten, denen der Krieg schwerste Lasten auferlegt und größte Drangsale bringt und die — in größerem oder geringerem Maße — unter der Zerrüttung und der Hungersnot leiden, haben schon längst eine *ganze Reihe* von Kontrollmaßnahmen vorgesehen, festgelegt, in Anwendung gebracht und ausprobiert, die fast immer auf die Zusammenfassung der Bevölkerung, auf die Schaffung oder Förderung von Vereinigungen aller Art hinauslaufen, an denen Vertreter des Staates teilnehmen und die unter Aufsicht des Staates stehen usw. Alle diese Kontrollmaßnahmen sind allgemein bekannt, über sie wurde viel gesprochen und viel geschrieben; die Gesetze, die von den fortgeschrittenen kriegführenden Mächten erlassen worden sind und die Kontrolle betreffen, sind ins Russische übersetzt oder in der russischen Presse ausführlich dargelegt worden.

Hätte unser Staat die Kontrolle wirklich ernsthaft und sachlich durchführen *wollen*, hätten sich seine Institutionen nicht selbst durch ihre Kriecherei vor den Kapitalisten zur „absoluten Untätigkeit“ verdammt, so hätte der Staat nur mit beiden Händen aus dem überaus reichen Vorrat der schon bekannten, schon angewandten Kontrollmaßnahmen zu schöpfen brauchen. Das einzige Hindernis, das im Wege steht, ein Hindernis, das die Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki dem Volke verheimlichen, ist und bleibt eben die Tatsache, daß die Kontrolle die wahnwitzigen Profite der Kapitalisten aufdecken und diesen Profiten Abbruch tun würde.

Um diese überaus wichtige Frage anschaulicher zu erläutern (sie ist im Grunde gleichbedeutend mit der Frage nach dem Programm *jeder* wirklich revolutionären Regierung, die gewillt wäre, Rußland vor Krieg und Hungersnot zu retten), wollen wir diese wichtigsten Kontrollmaßnahmen aufzählen und jede einzelne näher untersuchen.

Wir werden sehen, daß es genügt hätte, wenn eine Regierung, die nicht bloß zum Spott revolutionär-demokratisch genannt wird, schon in der ersten Woche ihres Bestehens die Verwirklichung der Hauptmaßnahmen für die Kontrolle dekretiert (verordnet, befohlen) hätte, wenn sie gegen die Kapitalisten, die sich auf betrügerischem Wege der Kontrolle zu entziehen suchen würden, ernste und empfindliche Strafen

festgesetzt und die Bevölkerung aufgefordert hätte, selber die Kapitalisten zu beaufsichtigen, selber darüber zu wachen, daß die Kontrollverordnungen von den Kapitalisten gewissenhaft eingehalten werden, — und die Kontrolle wäre in Rußland schon längst durchgeführt worden.

Diese wichtigsten Maßnahmen sind:

1. Vereinigung aller Banken zu einer einzigen Bank und staatliche Kontrolle über ihre Operationen oder Nationalisierung der Banken;
2. Nationalisierung der Syndikate, d. h. der größten Monopolverbände der Kapitalisten (Zucker-, Erdöl-, Kohlen-, Hüttensyndikat usw.);
3. Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses;
4. Zwangssyndizierung (d. h. Zwangsvereinigung in Verbänden) der Industriellen, Kaufleute und Unternehmer überhaupt;
5. Zwangsvereinigung der Bevölkerung in Konsumgenossenschaften oder Förderung einer solchen Vereinigung und Kontrolle über sie.

Wir wollen nunmehr untersuchen, welche Bedeutung jede dieser Maßnahmen haben würde, vorausgesetzt, daß sie revolutionär-demokratisch durchgeführt wird.

## NATIONALISIERUNG DER BANKEN

Die Banken sind bekanntlich die Zentren des modernen Wirtschaftslebens, die wichtigsten Nervenknotten des gesamten kapitalistischen Volkswirtschaftssystems. Von einer „Regulierung des Wirtschaftslebens“ sprechen und die Frage der Nationalisierung der Banken umgehen, heißt entweder krasseste Unwissenheit an den Tag legen oder das „einfache Volk“ mit hochtrabenden Redensarten und einem Schwall von Versprechungen betrügen, die man von vornherein nicht zu halten beabsichtigt.

Die Getreidebelieferung oder überhaupt die Produktion und Verteilung der Produkte kontrollieren und regulieren zu wollen, ohne dabei die Bankoperationen zu kontrollieren und zu regulieren, ist Unsinn. Das ist ungefähr so, als wollte man nach „Kopeken“ greifen, die einem zufällig unter die Finger kommen, während man Millionen Rubel unbeachtet läßt. Die modernen Banken sind so eng und untrennbar mit dem Handel (dem Getreidehandel und jedem sonstigen) und der Industrie verwachsen, daß man, ohne auf die Banken „die Hand gelegt zu haben“, absolut nichts Ernsthaftes, nichts „Revolutionär-Demokratisches“ tun kann.

Aber vielleicht ist es eine sehr schwierige und verwickelte Operation für den Staat, auf die Banken „die Hand zu legen“? Man bemüht sich

gewöhnlich, die Spießier gerade durch solche Vorspiegelungen einzuschüchtern — selbstredend sind es die Kapitalisten und ihre Anwälte, die sich darum bemühen, denn für sie ist das vorteilhaft.

In Wirklichkeit bietet die Nationalisierung der Banken, durch die keinem einzigen „Eigentümer“ auch nur eine einzige Kopeke abgenommen wird, absolut keinerlei Schwierigkeiten, weder technischer noch kultureller Natur, sie wird vielmehr *ausschließlich* durch die schmutzige Profitgier eines verschwindend kleinen Häufleins von Reichen hintertrieben. Wird die Nationalisierung der Banken so oft mit der Konfiskation der Privatvermögen verwechselt, so fällt die Schuld an der Verbreitung dieser Begriffsverwirrung auf die bürgerliche Presse, in deren Interesse es liegt, das Publikum zu betrügen.

Das Eigentum an den Kapitalien, mit denen die Banken operieren und die in den Banken konzentriert sind, wird durch gedruckte und schriftliche Urkunden bescheinigt, die man Aktien, Obligationen, Wechsel, Quittungen und dergleichen mehr nennt. Keine einzige derartige Bescheinigung würde durch die Nationalisierung der Banken, d. h. durch die Verschmelzung aller Banken zu einer einzigen Staatsbank, verfallen oder ihren Charakter ändern. Wer auf einem Sparkassenbuch 15 Rubel besessen hat, bleibt auch nach der Nationalisierung der Banken der Besitzer dieser 15 Rubel, und wer 15 Millionen hatte, dem verbleiben auch nach der Nationalisierung der Banken 15 Millionen in Gestalt von Aktien, Obligationen, Wechseln, Warencertifikaten und dergleichen mehr.

Worin besteht denn also die Bedeutung der Nationalisierung der Banken?

Darin, daß eine wirkliche Kontrolle über die einzelnen Banken und ihre Operationen (selbst wenn das Geschäftsgeheimnis usw. abgeschafft wird) unmöglich ist, denn es ist unmöglich, die überaus komplizierten, verwickelten und raffinierten Methoden zu durchschauen, die bei der Aufstellung der Bilanzen, bei der Gründung von fiktiven Unternehmungen und Zweigstellen, bei der Vorschiebung von Strohmännern usw. usf. angewendet werden. Nur die Vereinigung aller Banken zu einer einzigen, die an sich nicht die geringste Veränderung der Eigentumsverhältnisse bedeutet, die, wir wiederholen das, keinem einzigen Eigentümer auch nur eine einzige Kopeke wegnimmt, *ermöglicht* eine wirkliche Kontrolle, selbstverständlich nur unter der Voraussetzung, daß alle anderen oben angeführten Maßnahmen zur Anwendung kommen. Nur wenn die Banken nationalisiert sind, *kann man erreichen*, daß der Staat darüber unterrichtet ist, wohin und woher, wie und wann die Millionen und Milliarden kommen und gehen. Und nur die Kontrolle

über die Banken, über diese Zentrale, diese Hauptachse und diesen Hauptmechanismus der kapitalistischen Zirkulation, würde es ermöglichen, in der Tat und nicht nur in Worten die Kontrolle über das ganze Wirtschaftsleben, über Produktion und Verteilung der wichtigsten Erzeugnisse in Gang zu bringen, jene „Regulierung des Wirtschaftslebens“ in die Wege zu leiten, die sonst unweigerlich dazu verurteilt ist, eine Ministerphrase zur Prellerei des einfachen Volkes zu bleiben. Nur die Kontrolle über die Bankoperationen — bei Vereinigung der Banken zu einer einzigen Staatsbank — schafft die Möglichkeit, unter Anwendung weiterer leicht durchführbarer Maßnahmen die wirkliche Eintreibung der Einkommensteuer zu organisieren, ohne daß Vermögen und Einkommen dabei verheimlicht werden können, während die Einkommensteuer gegenwärtig in höchstem Maße eine Fiktion bleibt.

Die Nationalisierung der Banken brauchte man eben nur zu dekretieren, durchführen würden sie die Direktoren und Angestellten selber. Dazu bedarf es keines besonderen Apparats, keinerlei besonderer vorbereitender Schritte des Staates, diese Maßnahme läßt sich eben durch einen einzigen Erlaß, „mit einem Schlage“ verwirklichen. Denn eine solche Maßnahme ist doch gerade vom Kapitalismus ökonomisch ermöglicht worden, nachdem er sich einmal bis zu Wechseln, Aktien, Obligationen usw. entwickelt hat. Was zu tun übrigbleibt, ist *nur noch die Zusammenlegung der Buchführung*, und wenn der revolutionär-demokratische Staat beschlösse: es sind sofort, telegraphisch, in jeder Stadt Versammlungen, und in den Gebieten und im ganzen Lande Tagungen der Direktoren und Angestellten einzuberufen, um alle Banken unverzüglich zu einer einzigen Staatsbank zu vereinigen, so würde diese Reform in wenigen Wochen durchgeführt sein. Freilich würden gerade die Direktoren und höheren Angestellten Widerstand leisten und sich bemühen, den Staat zu betrügen, die Sache auf die lange Bank zu schieben usw., denn diese Herren würden ja ihre besonders einträglichen Stellungen verlieren, würden die Möglichkeit zu besonders gewinnbringenden Schwindeloperationen verlieren; *das ist der Kern der ganzen Sache*. Jedoch stehen der Vereinigung der Banken nicht die geringsten technischen Schwierigkeiten im Wege, und wenn die Staatsmacht nicht nur in Worten revolutionär ist (d. h. wenn sie sich nicht fürchtet, mit verknöcherten Anschauungen und zopfigen Gewohnheiten zu brechen), wenn sie nicht nur in Worten demokratisch ist (d. h. wenn sie im Interesse der Mehrheit des Volkes und nicht im Interesse einer Handvoll reicher Leute handelt), so braucht sie nur für die geringste Verschleppung der Sache, für jeden Versuch, Dokumente

oder Abrechnungen auf die Seite zu schaffen, Vermögenskonfiskationen und Gefängnisstrafen gegen Direktoren, Verwaltungsmitglieder, Großaktionäre festzusetzen, so braucht sie z. B. nur die armen Angestellten *gesondert* zusammenzufassen und ihnen Prämien für die Aufdeckung der Gaunereien und Verschleppungen seitens der Reichen auszusetzen, — und die Nationalisierung der Banken ginge glatter und rascher vonstatten, als man sich träumen läßt.

Die Vorteile, die das ganze Volk, und zwar in der Hauptsache *nicht* die Arbeiter (denn die Arbeiter haben mit Banken wenig zu tun), sondern die Masse der Bauern und Kleinunternehmer, aus der Nationalisierung der Banken zöge, wären ganz gewaltig. Die Ersparnis an Arbeitsaufwand wäre enorm, und wenn man annimmt, daß der Staat die bisherige Anzahl der Bankangestellten beibehielte, so ergäbe das einen überaus großen Schritt vorwärts in der Richtung auf eine universell (allgemein) werdende Benutzung der Banken, eine Zunahme ihrer Zweigstellen, eine größere Zugänglichkeit der Bankoperationen usw. usf. Gerade für die *kleinen* Eigentümer, für die Bauernschaft, würden Kredite dadurch außerordentlich erleichtert und viel zugänglicher gemacht werden. Der Staat aber bekäme zum erstenmal die Möglichkeit, zunächst alle wichtigen Geldoperationen, ohne daß diese verheimlicht werden können, *zu überblicken* und dann *zu kontrollieren*, ferner das Wirtschaftsleben *zu regulieren* und schließlich Millionen und Milliarden für große staatliche Operationen *zu erhalten*, ohne den Herren Kapitalisten wahnwitzige „Provisionen“ für ihre „Dienste“ zu zahlen. Das und nur das ist der Grund, warum alle Kapitalisten, alle bürgerlichen Professoren, die ganze Bourgeoisie, alle ihre dienstfertigen Plechanow, Potressow und Konsorten bereit sind, mit Schaum vor dem Munde gegen die Nationalisierung der Banken zu kämpfen, tausenderlei Einwände gegen diese überaus leicht durchzuführende und dringliche Maßnahme zu ersinnen, obwohl diese Maßnahme sogar vom Standpunkt der „Landesverteidigung“, d. h. vom militärischen Standpunkt, ein gewaltiges Plus wäre und die „militärische Macht“ des Landes in ungeheurem Maße steigern würde.

Hier könnte man vielleicht einwenden: warum führen denn so fortgeschrittene Länder wie Deutschland und die Vereinigten Staaten von Amerika eine großartige „Regulierung des Wirtschaftslebens“ durch, ohne auch nur daran zu denken, die Nationalisierung der Banken zu verwirklichen?

Darum, antworten wir, weil diese Staaten, obwohl der erste eine Monarchie, der andere eine Republik ist, *beide* nicht nur kapitalistische, sondern auch imperialistische Staaten sind. Als solche führen sie die

für sie notwendig gewordenen Reformen auf reaktionär-bürokratischem Wege durch, wir aber sprechen hier von dem revolutionär-demokratischen Weg.

Dieser „kleine Unterschied“ ist von überaus wesentlicher Bedeutung. Es ist meist „nicht üblich“, an ihn zu denken. Das Wort „revolutionäre Demokratie“ ist bei uns (besonders bei den Sozialrevolutionären und Menschewiki) beinahe zu einer konventionellen Phrase geworden, wie etwa der Ausdruck „Gott sei Dank“, der auch von Leuten gebraucht wird, die nicht so unwissend sind, um an Gott zu glauben, oder wie etwa der Ausdruck „ehrenwerter Bürger“, mit dem man mitunter sogar die Mitarbeiter des „Djen“ oder des „Jedinstwo“ anspricht, obwohl fast alle erraten, daß diese Zeitungen von Kapitalisten im Interesse der Kapitalisten gegründet wurden und unterhalten werden, und daß darum die Mitarbeiter von Quasi-Sozialisten an diesen Zeitungen sehr wenig „Ehrenwertes“ enthält.

Wenn man die Worte „revolutionäre Demokratie“ nicht als schablonenhafte Paraphrase, nicht als konventionelle Redewendung gebraucht, sondern über ihre Bedeutung *nachdenkt*, dann heißt Demokrat sein in Wirklichkeit den Interessen der Mehrheit und nicht der Minderheit des Volkes Rechnung tragen, dann heißt Revolutionär sein alles Schädliche und Veraltete mit größter Entschiedenheit und Rücksichtslosigkeit niederreißen.

Weder in Amerika noch in Deutschland erheben die Regierungen oder die herrschenden Klassen, soviel man hört, Anspruch auf den Titel „revolutionäre Demokratie“, den unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki für sich beanspruchen (und den sie prostituieren). In Deutschland gibt es alles in allem *vier* private Großbanken von Reichsbedeutung, in Amerika alles in allem *zwei*. Für die Finanzkönige dieser Banken ist es leichter, bequemer, vorteilhafter, sich privat und heimlich, reaktionär und nicht revolutionär, bürokratisch und nicht demokratisch zusammenzutun, die Staatsbeamten zu bestechen (das ist die allgemeine Regel, sowohl in Amerika *wie in Deutschland*) und den privaten Charakter der Banken beizubehalten, gerade um das Geschäftsgeheimnis zu wahren, gerade um Millionen und aber Millionen von „Extraprofiten“ aus ebendiesem Staat herauszuschlagen, gerade um sich die Möglichkeit von betrügerischen Finanzmanipulationen zu sichern.

Sowohl Amerika wie Deutschland „regulieren das Wirtschaftsleben“ auf eine Weise, daß dabei für die Arbeiter (und teilweise für die Bauern) ein *Militärzuchthaus*, für die Bankiers und Kapitalisten aber ein *Paradies* geschaffen wird. Ihre Regulierung besteht darin, daß man die Arbeiter

bis zum Hunger „durchhalten“ läßt, den Kapitalisten aber (insgeheim, auf reaktionär-bürokratische Weise) *höhere* Profite sichert als vor dem Krieg.

Diese Methode ist auch im republikanisch-imperialistischen Rußland durchaus möglich; sie wird auch tatsächlich nicht nur von den Miljukow und Schingarjow, sondern auch von Kerenski samt den Tereschtschenko, Nekrassow, Bernazki, Prokopowitsch und Konsorten angewandt, die *ebenfalls* auf reaktionär-bürokratische Weise die „Unantastbarkeit“ der Banken, ihre geheiligten Rechte auf wahnwitzige Profite *schirmen*. Laßt uns doch lieber die *Wahrheit* sagen: im republikanischen Rußland möchte man das Wirtschaftsleben auf reaktionär-bürokratische Weise regulieren, nur weiß man „oft“ nicht recht, wie man das durchführen soll angesichts der Existenz der „Sowjets“, die auseinanderzujagen Kornilow Nummer eins nicht vermocht hat, die aber Kornilow Nummer zwei auseinanderzujagen bemüht sein wird....

So sieht die Wahrheit aus. Und diese einfache, wenn auch bittere Wahrheit ist für die Aufklärung des Volkes nützlicher als die süßliche Lüge von „unserer“, „großen“, „revolutionären“ Demokratie...

\* \* \*

Die Nationalisierung der Banken würde auch die gleichzeitige Nationalisierung des Versicherungswesens äußerst erleichtern, d. h. die Vereinigung aller Versicherungsgesellschaften zu einer einzigen, die Zentralisierung ihrer Tätigkeit, die staatliche Kontrolle über sie. Die Tagungen der Angestellten der Versicherungsgesellschaften würden auch hier sofort und ohne jede Mühe diese Vereinigung durchführen, wenn der revolutionär-demokratische Staat das verfügte und den Direktoren der Verwaltungen, den Großaktionären, unter strenger Haftbarmachung eines jeden einzelnen vorschriebe, die Vereinigung ohne den geringsten Aufschub durchzuführen. Im Versicherungswesen haben die Kapitalisten Hunderte von Millionen investiert, die ganze Arbeit wird von Angestellten geleistet. Die Zusammenlegung der Versicherungsgesellschaften würde die Versicherungsprämien herabsetzen, allen Versicherten eine Menge von Vorteilen und Erleichterungen bringen und es ermöglichen, bei gleichbleibendem Aufwand an Kraft und Mitteln den Kreis der Versicherten zu erweitern. Außer verknöcherten Anschauungen und zopfigen Gewohnheiten sowie dem Eigennutz einer Handvoll Inhaber von einträglichen Pöstchen hindert rein gar nichts diese Reform, die ebenfalls dazu beitragen würde, die „Wehrfähigkeit“ des Landes zu heben, da sie Volksarbeit spart und eine Reihe bedeutsamer Möglichkeiten eröffnet, um nicht nur in Worten, sondern in Wirklichkeit das „Wirtschaftsleben zu regulieren“.

## NATIONALISIERUNG DER SYNDIKATE

Der Kapitalismus unterscheidet sich von den alten, vorkapitalistischen Volkswirtschaftssystemen dadurch, daß er zwischen den verschiedenen Zweigen der Volkswirtschaft engsten Zusammenhang und gegenseitige Abhängigkeit hergestellt hat. Wäre das nicht der Fall, so würden, nebenbei gesagt, keinerlei Schritte zum Sozialismus technisch durchführbar sein. Der moderne Kapitalismus aber hat mit seiner Herrschaft der Banken über die Produktion diese gegenseitige Abhängigkeit der verschiedenen Zweige der Volkswirtschaft maximal gesteigert. Die Banken und die wichtigsten Zweige der Industrie und des Handels sind untrennbar miteinander verwachsen. Einerseits bedeutet das, daß es nicht möglich ist, bloß die Banken zu nationalisieren, ohne gleichzeitig Schritte zu unternehmen, um aus den Handels- und Industriesyndikaten (dem Zucker-, Kohlen-, Eisen-, Erdölsyndikat usw.) ein Staatsmonopol zu schaffen, ohne diese Syndikate zu nationalisieren. Andererseits bedeutet dies, daß die Regulierung des Wirtschaftslebens, wenn sie ernstlich durchgeführt werden soll, gleichzeitig die Nationalisierung sowohl der Banken wie auch der Syndikate erforderlich macht.

Nehmen wir beispielsweise das Zuckersyndikat. Es wurde noch unter dem Zarismus gegründet und führte damals zu einer groß angelegten kapitalistischen Vereinigung vorzüglich eingerichteter Fabriken und Werke, wobei diese Vereinigung selbstverständlich durch und durch von erzreaktionärem und bürokratischem Geist durchdrungen war, den Kapitalisten skandalös hohe Profite sicherte, die Angestellten und Arbeiter aber in die Lage von absolut rechtlosen, erniedrigten, geknechteten und versklavten Menschen versetzte. Der Staat kontrollierte und regulierte schon damals die Produktion zugunsten der Geldmagnaten.

Man braucht hier *nur* die reaktionär-bürokratische Regulierung in eine revolutionär-demokratische zu verwandeln, und zwar durch einfache Dekrete über die Einberufung einer Tagung der Angestellten, Ingenieure, Direktoren und Aktionäre, über die Einführung einer einheitlichen Buchführung, über die Kontrolle durch die Arbeiterverbände usw. Das ist die denkbar einfachste Sache — und gerade sie bleibt ungetan!! In der demokratischen Republik bleibt *in Wirklichkeit* die reaktionär-bürokratische Regulierung der Zuckerindustrie bestehen, alles bleibt beim alten: die Vergeudung der Volksarbeit, die Zopfigkeit und Stagnation, die Bereicherung der Bobrinski und Tereschtschenko. Die Demokratie und nicht die Bürokratie, die Arbeiter und Angestellten und nicht die „Zuckerkönige“ zur selbständigen Initiative aufrufen —



das hätte in ein paar Tagen, mit einem Schlage getan werden können und müssen, wenn die Sozialrevolutionäre und Menschewiki das Bewußtsein des Volkes nicht durch Pläne über eine „Koalition“ gerade mit diesen Zuckerkönigen benebelt hätten, gerade jene Koalition mit den Geldsäcken, aus der sich völlig zwangsläufig die „absolute Untätigkeit“ der Regierung in Sachen der Regulierung des Wirtschaftslebens ergibt.\*

Nehmen wir die Erdölindustrie. Sie ist bereits durch die vorhergegangene Entwicklung des Kapitalismus in riesigem Ausmaße „vergesellschaftet“ worden. Ein paar Petroleumkönige sind es, die über Hunderte und aber Hunderte von Millionen schalten und walten; sie beschäftigen sich mit Kuponschneiden und mit dem Einheimsen phantastisch hoher Profite aus einem „Geschäft“, das faktisch und technisch bereits in nationalem Maßstabe gesellschaftlich organisiert ist und bereits von Hunderten und Tausenden von Angestellten, Ingenieuren usw. geleitet wird. Die Nationalisierung der Erdölindustrie ist *sofort* möglich und für einen revolutionär-demokratischen Staat Pflicht, zumal wenn dieser die schwerste Krise durchmacht, bei der es gilt, um jeden Preis Volksarbeit zu sparen und die Brennstoffproduktion zu steigern. Es ist klar, daß eine bürokratische Kontrolle hier nichts nutzen und nichts ändern wird, denn mit den Tereschtschenko und Kerenski, mit den Awxentjew und Skobelew werden die „Petroleumkönige“ genau so leicht fertig, wie sie mit den Ministern des Zaren fertig geworden sind; sie werden mit ihnen fertig mit Hilfe von Verschleppungen, Ausflüchten, Versprechungen, ferner mit Hilfe direkter und indirekter Bestechung der bürgerlichen Presse (das nennt man „öffentliche Meinung“, der die Kerenski und Awxentjew „Rechnung tragen“), durch Bestechung der Beamten (die von den Kerenski und Awxentjew in dem alten unantastbaren Staatsapparat auf ihren alten Posten belassen werden).

Um etwas Ernsthaftes zu tun, muß man von der Bürokratie zur Demokratie übergehen, und zwar auf wirklich revolutionäre Art, d. h. man muß den Petroleumkönigen und -aktionären den Krieg erklären, man muß für die Verschleppung der Nationalisierung der Erdölproduktion, für die Unterschlagung von Einkünften oder Abrechnungen, für die Sabotage der Produktion, für die Unterlassung von Maßnahmen zur Produktionssteigerung Vermögenskonfiskation und Gefängnisstrafen verhängen. Man muß an die Initiative der Arbeiter und Angestellten

\* Diese Zeilen waren bereits geschrieben, als ich in den Zeitungen las, daß die Kerenskieregierung ein Zuckermopol einführt; selbstverständlich tut sie das reaktionär-bürokratisch, ohne Tagungen der Angestellten und Arbeiter, ohne Öffentlichkeit, ohne Zügelung der Kapitalisten!!

appellieren, sie sofort zu Beratungen und Tagungen zusammenberufen und ihnen einen bestimmten Gewinnanteil überlassen unter der Bedingung, daß eine allseitige Kontrolle eingeführt und die Produktion gesteigert wird. Wären solche revolutionär-demokratischen Schritte sofort, ohne Verzug im April 1917 getan worden, dann hätte Rußland, das an Vorkommen flüssiger Brennstoffe zu den reichsten Ländern der Welt gehört, im Laufe des Sommers, unter Ausnutzung der Wasserstraßen, außerordentlich viel tun können, um das Volk mit Brennstoffen in den nötigen Mengen zu versorgen.

Weder die bürgerliche Regierung noch die sozialrevolutionär-menschewistisch-kadettische Koalitionsregierung haben auch nur das Geringste getan; sie haben sich mit einer bürokratischen Reformspielerei begnügt. Keinen einzigen revolutionär-demokratischen Schritt wagten sie zu unternehmen. Dieselben Petroleumkönige, dieselbe Stagnation, derselbe Haß der Arbeiter und Angestellten gegen die Ausbeuter, derselbe Zerfall, der auf diesem Boden um sich greift, dieselbe Vergeudung der Volksarbeit — alles wie es unter dem Zarismus war, geändert hat sich nur der *Aufdruck* der in den „republikanischen“ Kanzleien aus- und eingehenden Papiere!

In der Kohlenindustrie, die technisch und kulturell nicht weniger „reif“ für die Nationalisierung ist und die von den Plünderern des Volkes, den Kohlenkönigen, nicht weniger schamlos verwaltet wird, ist uns eine Reihe von höchst anschaulichen Fällen direkter Sabotage, direkter *Schädigung* und Stilllegung der Produktion durch die Industriellen bekannt. Selbst die ministerielle menschewistische „Rabotschaja Gaseta“ hat diese Tatsachen zugegeben. Und was weiter? Man hat rein gar nichts getan, als nur die alten, reaktionär-bürokratischen Beratungen „auf Halbpart“ wieder aufzuziehen, die zu gleichen Teilen aus Arbeitern und aus den Räubern vom Kohlensyndikat bestehen!! Kein einziger revolutionär-demokratischer Schritt, nicht die Spur eines Versuchs zur Errichtung der einzig realen Kontrolle, der Kontrolle *von unten*, durch die Angestelltenverbände, durch die Arbeiter, mittels des Terrors gegen die Zechenbarone, die das Land ins Verderben stürzen und die Produktion stilllegen! Wie sollte man auch, wir sind ja „alle“ für die „Koalition“, wenn nicht mit den Kadetten, so mit den Handels- und Industriekreisen, und Koalition heißt eben, den Kapitalisten die Macht belassen, sie ungestraft gewähren lassen, ihnen gestatten, die Arbeit zu hemmen, alles auf die Arbeiter zu schieben, die Zerrüttung zu verstärken und *auf diese Weise* einen neuen Kornilowputsch vorzubereiten!

## ABSCHAFFUNG DES GESCHÄFTSGEHEIMNISSES

Ohne Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses bleibt die Kontrolle über Produktion und Verteilung entweder ein leeres Versprechen, das zu nichts anderem dient, als daß die Kadetten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki prellen und diese wiederum die werktätigen Klassen, oder die Kontrolle kann nur mit reaktionär-bürokratischen Mitteln und Maßnahmen durchgeführt werden. So offenkundig dies für jeden unvoreingenommenen Menschen auch sein mag, so beharrlich die „Prawda“ auch für die Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses eingetreten ist (gerade das hat in hohem Maße dazu beigetragen, daß sie durch die dem Kapital Lakaiendienste leistende Kerenskiregierung verboten wurde), unsere republikanische Regierung ebenso wie die „bevollmächtigten Organe der revolutionären Demokratie“ dachten ja gar nicht an dieses erste Gebot einer wirklichen Kontrolle.

Gerade hier liegt der Schlüssel zu jeder Kontrolle. Gerade hier ist die empfindlichste Stelle des Kapitals, das das Volk ausplündert und die Produktion sabotiert. Das ist auch der Grund, warum die Sozialrevolutionäre und Menschewiki an diesen Punkt nicht zu rühren wagen.

Das übliche Argument der Kapitalisten, das von den Kleinbürgern gedankenlos wiederholt wird, besteht darin, daß die kapitalistische Wirtschaft überhaupt die Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses absolut nicht vertrage, da das Privateigentum an den Produktionsmitteln und die Abhängigkeit der einzelnen Betriebe vom Markte die „heilige Unantastbarkeit“ der Geschäftsbücher und der Handelsumsätze, natürlich auch mit Einschluß der Bänkumsätze, notwendig mache.

Jeder, der in der einen oder der anderen Form dieses oder ähnliche Argumente wiederholt, läßt sich selber betrügen und betrügt seinerseits das Volk, denn er schließt die Augen vor zwei grundlegenden, äußerst wichtigen und allgemein bekannten Tatsachen des modernen Wirtschaftslebens. Die erste Tatsache besteht im Großkapitalismus, d. h. in den Besonderheiten der Wirtschaft der Banken, Syndikats, Großbetriebe usw. Die zweite Tatsache ist der Krieg.

Gerade der moderne Großkapitalismus, der sich allenthalben in den Monopolkapitalismus verwandelt, nimmt dem Geschäftsgeheimnis jede Spur von vernünftigem Sinn und macht es zur Heuchelei, zu einem bloßen Werkzeug, um die Finanzgaunereien und die unerhörten Profite des Großkapitals zu verheimlichen. Die kapitalistische Großwirtschaft

ist schon ihrer ganzen technischen Natur nach eine vergesellschaftete Wirtschaft, d. h. sie arbeitet für Millionen Menschen und vereinigt durch ihre Operationen, direkt und indirekt, Hunderte, Tausende, ja Zehntausende von Familien. Das ist etwas ganz anderes als der Betrieb eines kleinen Handwerkers oder eines Mittelbauern, die überhaupt gar keine Geschäftsbücher führen und die deshalb von der Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses gar nicht berührt werden!

In einem Großbetrieb sind die Operationen ohnehin hunderten und mehr Personen bekannt. Das Gesetz zum Schutz des Geschäftsgeheimnisses dient hier nicht den Bedürfnissen der Produktion oder des Austausches, sondern der Spekulation und der Gewinnsucht in ihrer größten Form, der direkten Gaunerei, die sich bekanntlich in Aktiengesellschaften besonders breitmacht und besonders geschickt durch Abrechnungen und Bilanzen verschleiert wird, die eigens so zusammengestellt werden, daß das Publikum betrogen wird.

Wenn das Geschäftsgeheimnis in der kleinen Warenwirtschaft unvermeidlich ist, d. h. bei den Kleinbauern und Handwerkern, wo die Produktion selbst nicht vergesellschaftet, sondern zerbröckelt, zersplittert ist, so bedeutet der Schutz dieses Geheimnisses im großkapitalistischen Betrieb nur den Schutz der Privilegien und Profite buchstäblich eines kleinen Häufleins von Leuten *gegen* das ganze Volk. Selbst das Gesetz erkennt das bereits insofern an, als es den Aktiengesellschaften die Veröffentlichung von Abrechnungen vorschreibt, aber *diese* — in allen fortgeschrittenen Ländern und auch in Rußland bereits eingeführte — Kontrolle ist eben eine reaktionär-bürokratische Kontrolle, die dem *Volke* nicht die Augen öffnet und ihm *nicht die Möglichkeit gibt, die ganze Wahrheit* über die Operationen der Aktiengesellschaften zu erfahren.

Um revolutionär-demokratisch zu handeln, müßte man sofort ein anderes Gesetz erlassen, das das Geschäftsgeheimnis aufhebt, von den Großbetrieben und den Reichen absolut vollständige Abrechnungen fordert und jeder beliebigen Gruppe von Bürgern, die eine zahlenmäßig solide demokratische Stärke erreicht haben (sagen wir 1000 oder 10000 Wählern), das Recht einräumt, *sämtliche* Dokumente eines beliebigen Großbetriebes zu überprüfen. Eine solche Maßnahme ist ohne weiteres und leicht durch ein einfaches Dekret durchzuführen; *lediglich* eine solche Maßnahme würde die Initiative des *Volkes* bei der Kontrolle durch die Angestelltenverbände, durch die Arbeiterverbände, durch alle politischen Parteien zur Entfaltung bringen, nur sie allein würde die Kontrolle zu einer ernsten und demokratischen gestalten.

Hinzu kommt noch der Krieg. Die ungeheure Mehrzahl der Handels-

und Industrieunternehmungen arbeitet jetzt nicht für den „freien Markt“, sondern für den Staat, für den Krieg. Ich habe daher schon in der „Prawda“ ausgeführt, daß diejenigen doppelt und dreifach lügen, die uns das Argument entgegenhalten, es sei unmöglich, den Sozialismus einzuführen, denn es handelt sich nicht um die Einführung des Sozialismus jetzt, unmittelbar, von heute auf morgen, sondern um die *Aufdeckung des Unterschleifs von Staatsgeldern*.

Die kapitalistische „Kriegs“wirtschaft (d. h. die Wirtschaft, die direkt oder indirekt mit den Kriegslieferungen zu tun hat) steckt unerhörte Profite ein; diese Profite stecken die Herren Kadetten zusammen mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären ein, die sich der Aufhebung des Geschäftsheimnisses widersetzen und nichts anderes sind als *Helfershelfer und Hehler beim Unterschleif von Staatsgeldern*.

Der Krieg kostet Rußland jetzt 50 Millionen Rubel *täglich*. Diese 50 Millionen Rubel täglich wandern größtenteils in die Taschen der Kriegslieferanten. Von diesen 50 Millionen bilden mindestens 5 Millionen *täglich*, wahrscheinlich sogar 10 Millionen und noch mehr, die „makellosen Einkünfte“ der Kapitalisten und der mit ihnen — in dieser oder jener Weise — unter einer Decke steckenden Beamten. Die besonders großen Firmen und die Banken, die für die Operationen mit Kriegslieferungen Geld vorschießen, bereichern sich an diesem Geschäft durch unerhörte Profite, bereichern sich gerade durch den Unterschleif von Staatsgeldern, denn anders kann man diese Prellerei und Schinderei des Volkes „aus Anlaß“ der Drangsale des Krieges, „aus Anlaß“ des Untergangs von Hunderttausenden und Millionen Menschen nicht nennen.

Von diesen skandalösen Gewinnen an den Kriegslieferungen, von den „Garantiebriefen“, die von den Banken verheimlicht werden, davon, wer sich durch die zunehmende Teuerung bereichert, wissen „alle“, davon spricht man schmunzelnd in der „Gesellschaft“, darüber werden nicht wenig einzelne genaue Hinweise *sogar* in der bürgerlichen Presse gebracht, die in der Regel „peinliche“ Tatsachen verschweigt und „heikle“ Fragen umgeht. Alle wissen es, — und alle schweigen, alle dulden es, alle finden sich mit dieser Regierung ab, die schöne Reden über „Kontrolle“ und „Regulierung“ hält!!

Revolutionäre Demokraten, wenn sie wirkliche Revolutionäre und Demokraten wären, hätten sofort ein Gesetz erlassen, das das Geschäftsheimnis abschafft, das die Lieferanten und Händler zu genauer Rechenschaftslegung verpflichtet, das ihnen verbietet, ihre geschäftliche Tätigkeit ohne Erlaubnis der Behörden aufzugeben, ein Gesetz,

das die Beschlagnahme des Vermögens und die Erschießung\* für Verheimlichung von Einkünften und Betrug am Volke einführt und dafür sorgt, daß eine Nachprüfung und Kontrolle von unten, demokratisch, durch das Volk selbst, durch die Verbände der Angestellten, der Arbeiter, der Konsumenten usw. stattfindet.

Unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki verdienen durchaus den Namen verängstigter Demokraten, denn in dieser Frage wiederholen sie das, was alle verängstigten Spießbürger sagen, nämlich, daß die Kapitalisten „davonlaufen“ würden, wenn „zu harte“ Maßnahmen angewandt würden, daß „wir“ ohne die Kapitalisten nicht fertig würden, daß wohl auch die englischen und französischen Millionäre, die uns doch „unterstützen“, „gekränkt sein“ würden und dergleichen mehr. Man könnte meinen, die Bolschewiki schlagen etwas in der Geschichte der Menschheit noch nie Dagewesenes, nie Erprobtes, „Utopisches“ vor, während es doch schon vor 125 Jahren in Frankreich Männer gab, die wirklich „revolutionäre Demokraten“ waren, die wirklich davon überzeugt waren, daß sie ihrerseits einen gerechten Krieg, einen Verteidigungskrieg führen, die sich wirklich auf die Volksmassen stützten, die diese Überzeugung aufrichtig teilten, Männer, die es verstanden, eine *revolutionäre* Kontrolle über die Reichen einzuführen und Resultate zu erzielen, die die Bewunderung der ganzen Welt hervorriefen. In den verflossenen 125 Jahren aber hat die Entwicklung des Kapitalismus durch die Schaffung von Banken, Syndikaten, Eisenbahnen usw. usf. die Maßnahmen, die für eine wirklich demokratische Kontrolle durch die Arbeiter und Bauern über die Ausbeuter, die Gutsbesitzer und Kapitalisten notwendig sind, hundertfach erleichtert und vereinfacht.

Im Grunde genommen läuft die ganze Frage der Kontrolle darauf hinaus, wer wen kontrolliert, d. h. welche Klasse die kontrollierende und welche die kontrollierte ist. Bei uns, im republikanischen Rußland, wird bisher, unter Beteiligung der „rechtmäßigen Organe“ der quasi-revolutionären Demokratie, den Gutsbesitzern und Kapitalisten die Rolle von Kontrolleuren zuerkannt und belassen. Die unausbleibliche Folge davon ist jenes Marodieren der Kapitalisten, das die allgemeine Empörung des Volkes hervorruft, und jene Zerrüttung, die

---

\* Ich hatte bereits Gelegenheit, in der bolschewistischen Presse darauf hinzuweisen, es könnte als triftiges Argument gegen die Todesstrafe nur gelten, daß diese von den Ausbeutern im Interesse der Erhaltung der Ausbeutung gegen die Massen der Werktätigen angewandt wird. Ohne die Todesstrafe gegen die *Ausbeuter* (d. h. die Gutsbesitzer und Kapitalisten) wird eine wie immer geartete revolutionäre Regierung wohl kaum auskommen können.

von den Kapitalisten künstlich unterhalten wird. Man muß entschieden, unwiderrufflich, ohne den Bruch mit dem Alten zu fürchten, ohne die Furcht, kühn Neues aufzubauen, zur Kontrolle *über* die Gutsbesitzer und Kapitalisten *durch* die Arbeiter und Bauern übergehen: Das aber fürchten unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki mehr als das Feuer.

## DIE ZWANGSVEREINIGUNG IN VERBÄNDEN

Die Zwangssyndizierung, d. h. die Zwangsvereinigung in Verbänden, z. B. der Industriellen, wurde bereits praktisch in Deutschland angewandt. Auch das ist nichts Neues. Auch hier sehen wir durch das Verschulden der Sozialrevolutionäre und Menschewiki ein vollständiges Stagnieren des republikanischen Rußland, das diese wenig ehrenwerten Parteien mit einer Quadrille „unterhalten“, die sie entweder mit den Kadetten oder mit den Bublikow oder mit Tereschtschenko und Kerenski tanzen.

Die Zwangssyndizierung ist einerseits eine Art Vorwärtstreiben der kapitalistischen Entwicklung durch den Staat, die überall und allerorts zur Organisation des Klassenkampfes, zur Erhöhung der Zahl, der Mannigfaltigkeit und der Bedeutung der Verbände führt. Andererseits aber ist die zwangsmäßige „Verbandsbildung“ die unerläßliche Vorbedingung für jede halbwegs ernste Kontrolle und jede Ersparnis an Volksarbeit.

Das deutsche Gesetz verpflichtet zum Beispiel die Lederfabrikanten einer bestimmten Ortschaft oder des ganzen Reiches, sich zu einem Verband zusammenzuschließen, wobei zur Kontrolle ein Vertreter des Staates dem Vorstand dieses Verbandes angehört. Ein derartiges Gesetz berührt unmittelbar, d. h. an und für sich, die Eigentumsverhältnisse nicht im geringsten, es nimmt keinem einzigen Eigentümer auch nur eine Kopeke, durch dieses Gesetz wird auch nicht von vornherein darüber entschieden, ob Form, Richtung und Geist der Kontrolle reaktionär-bürokratisch oder revolutionär-demokratisch sein werden.

Derartige Gesetze könnte und sollte man auch bei uns sofort erlassen, ohne auch nur eine Woche kostbarer Zeit zu verlieren, wobei es den *gesellschaftlichen Umständen selbst* zu überlassen ist, die konkreteren Formen der Durchführung des Gesetzes, das Tempo seiner Durchführung, die Methoden zur Überwachung seiner Durchführung usw. zu bestimmen. Der Staat braucht hier weder einen besonderen Apparat noch besondere Forschungen noch irgendwelche vorhergehen-

den Untersuchungen, um ein solches Gesetz zu erlassen; notwendig ist nur der Entschluß, mit gewissen Privatinteressen der Kapitalisten zu brechen, die eine solche Einmischung „nicht gewohnt“ sind und die ihre Extraprofiten nicht verlieren wollen, für deren Sicherung außer dem Fehlen einer Kontrolle auch das Wirtschaften nach alter Leier Gewähr bietet.

Man braucht keinerlei Apparat und keinerlei „Statistik“ (durch die Tschernow die revolutionäre Initiative der Bauernschaft ersetzen wollte), um ein solches Gesetz zu erlassen, denn seine Durchführung muß den Fabrikanten oder Industriellen selbst, muß den *vorhandenen* gesellschaftlichen Kräften übertragen werden, unter der Kontrolle der ebenfalls vorhandenen gesellschaftlichen (d. h. nichtbehördlichen, nichtbürokratischen) Kräfte, die jedoch unbedingt den sogenannten „niedereren Ständen“, d. h. den unterdrückten und ausgebeuteten Klassen angehören müssen, die sich ihrer Fähigkeit zu Heroismus, Selbstaufopferung und kameradschaftlicher Disziplin nach in der Geschichte stets als unermesslich *höherstehend* erwiesen haben als die Ausbeuter.

Angenommen, wir hätten eine wirklich revolutionär-demokratische Regierung und sie hätte beschlossen: alle Fabrikanten und Industriellen jedes Produktionszweiges sind verpflichtet, wenn sie, sagen wir, nicht weniger als zwei Arbeiter beschäftigen, sich sofort kreis- und gouvernementweise in Verbänden zu vereinigen. Die Verantwortung für die strikte Durchführung des Gesetzes wird in erster Linie den Fabrikanten, Direktoren, Verwaltungsmitgliedern und Großaktionären auferlegt (denn sie alle sind die wirklichen Führer der modernen Industrie, ihre wirklichen Herren). Wenn sie sich der Arbeit an der sofortigen Durchführung des Gesetzes zu entziehen suchen, werden sie als Leute betrachtet, die vom Militärdienst desertiert sind, und auch als solche bestraft, sie werden solidarisch, alle für einen und einer für alle, mit ihrem gesamten Vermögen haftbar gemacht. Ferner wird die Verantwortung auch allen Angestellten auferlegt, die gleichfalls verpflichtet sind, einen Verband zu bilden, sowie allen Arbeitern samt ihrer Gewerkschaft. Der Zweck der „Verbandsbildung“ ist die Einführung der vollständigsten, strengsten und detailliertesten Berichtslegung, hauptsächlich aber die *Zusammenfassung der Operationen* beim Einkauf der Rohstoffe und beim Absatz der Erzeugnisse, damit Volksmittel und -kräfte *gespart* werden. Dank der Vereinigung der einzelnen Unternehmungen zu einem Syndikat erreichen diese Ersparnisse, wie die ökonomische Wissenschaft lehrt und das Beispiel aller Syndikate, Kartelle, Truste zeigt, ein kolossales Ausmaß. Dabei muß noch einmal wiederholt werden, daß diese Vereinigung zu einem Syndikat an den Eigen-



tumsverhältnissen an und für sich kein Jota ändert und keinem Eigentümer auch nur eine einzige Kopeke wegnimmt. Dieser Umstand muß besonders nachdrücklich hervorgehoben werden, denn die bürgerliche Presse „schreckt“ ständig die kleinen und mittleren Eigentümer damit, daß die Sozialisten überhaupt und die Bolschewiki im besonderen sie „expropriieren“ wollen, eine wissentlich erlogene Behauptung, da die Sozialisten selbst bei einer vollen sozialistischen Umwälzung die Kleinbauern weder expropriieren wollen noch können noch werden. Wir aber sprechen die ganze Zeit nur von den nächsten und dringendsten Maßnahmen, die in Westeuropa bereits durchgeführt worden sind und die eine halbwegs konsequente Demokratie sofort auch bei uns durchführen müßte, um die drohende und unabwendbare Katastrophe zu bekämpfen.

Ernsten Schwierigkeiten, sowohl technischer wie kultureller Natur, würde die Vereinigung der kleinen und kleinsten Eigentümer in Verbänden begegnen, und zwar wegen der außerordentlichen Zersplitterung, der technischen Primitivität ihrer Betriebe, des Analphabetentums oder der mangelnden Bildung der Besitzer. Aber gerade diese Betriebe könnten vom Gesetz ausgenommen werden (wie in dem von uns oben angeführten Beispiel ersichtlich), und ihre Nichtvereinigung, schon ganz abgesehen von ihrer verspäteten Vereinigung, könnte kein ernstes Hindernis bilden, denn die Rolle, die die ungeheure Anzahl der Kleinbetriebe in der Gesamtsumme der Produktion spielt, sowie ihre Bedeutung für die Volkswirtschaft als Ganzes ist *verschwindend klein* und außerdem sind sie oft in der einen oder anderen Weise von den Großbetrieben abhängig.

Von entscheidender Bedeutung sind nur die Großbetriebe, und hier sind die technischen und kulturellen Mittel und Kräfte zur „Verbandsbildung“ *vorhanden*. Es fehlt nur die feste, entschlossene, den Ausbeutern gegenüber schonungslos harte Initiative der *revolutionären* Staatsmacht, um diese Mittel und Kräfte in Bewegung zu setzen.

Je ärmer an technisch geschulten und überhaupt an intellektuellen Kräften ein Land ist, desto *dringender* ist die Notwendigkeit, möglichst rasch und entschlossen die Zwangsvereinigung zu dekretieren und ihre Durchführung bei den Groß- und Riesenbetrieben anzufangen, denn gerade die Vereinigung wird intellektuelle Kräfte *ersparen* und es ermöglichen, diese Kräfte *voll und ganz* auszunutzen und richtiger zu verteilen. Wenn sogar die russische Bauernschaft in den weltverlorensten Dörfern unter der Zarenregierung — wo sie gegen Tausende von dieser Regierung errichtete Hindernisse ankämpfen mußte — es verstanden hat, nach dem Jahre 1905 einen gewaltigen Schritt vorwärts

zu tun und Verbände aller Art zu schaffen, so könnte selbstredend die Vereinigung der großen und mittleren Industrie und des Handels in einigen Monaten, wenn nicht noch rascher, durchgeführt werden, vorausgesetzt, daß in dieser Richtung Zwang ausgeübt wird durch eine wirklich revolutionär-demokratische Regierung, die sich auf die Unterstützung, die Beteiligung, die Interessiertheit, die Belange der „unteren Schichten“, der Demokratie, der Angestellten und Arbeiter stützt und *diese* zur Kontrolle aufruft.

### REGULIERUNG DES VERBRAUCHS

Der Krieg hat alle kriegführenden und viele neutrale Staaten gezwungen, zur Regulierung des Verbrauchs überzugehen. Die Brotkarte erblickte das Licht der Welt, wurde zu einer gewohnten Erscheinung, zog die Einführung anderer Lebensmittelkarten nach sich, Rußland blieb nicht abseits und führte ebenfalls die Brotkarte ein.

Aber gerade an diesem Beispiel können wir wohl am anschaulichsten die reaktionär-bürokratischen Methoden des Kampfes gegen die Katastrophe, die darauf angelegt sind, daß man sich auf ein Minimum von Reformen beschränkt, mit den revolutionär-demokratischen Methoden vergleichen, die, um ihrem Namen gerecht zu werden, direkt die Aufgabe haben müssen, mit dem überlebten Alten gewaltsam zu brechen und den Vormarsch möglichst zu beschleunigen.

Die Brotkarte, dieses wichtigste Musterbeispiel der Verbrauchsregulierung in den modernen kapitalistischen Staaten, hat die Aufgabe und erzielt (im besten Falle) das eine: die vorhandene Brotmenge so zu verteilen, daß sie für alle reicht. Es wird ein Höchstverbrauch bei weitem nicht für alle, sondern nur für die wichtigsten, vom „Volk“ konsumierten Produkte festgesetzt. Und das ist alles. Um mehr kümmert man sich nicht. Bürokratisch werden die vorhandenen Getreidevorräte berechnet und auf den Kopf der Bevölkerung verteilt, es wird eine Norm festgesetzt und eingeführt, und damit ist die Sache erledigt. Luxusgüter werden nicht angetastet, denn sie sind „ohnehin“ so teuer, daß sie für das „Volk“ unerschwinglich sind. Deshalb sehen wir in ausnahmslos *allen* kriegführenden Ländern, *sogar* in Deutschland — das man wohl, ohne Widerspruch zu finden, als Musterbeispiel der gründlichsten, pedantischsten, striktesten Verbrauchsregulierung bezeichnen kann —, *sogar* in Deutschland sehen wir, daß alle wie immer gearteten Verbrauchs-„Normen“ von den Reichen beständig *umgangen* werden. Das wissen ebenfalls „alle“, darüber wird ebenfalls von „allen“ schmun-

zelnd gesprochen, und man kann in der deutschen sozialistischen — und mitunter sogar in der bürgerlichen — Presse immer wieder, trotz des Wütens der kasernenhofmäßig strengen deutschen Zensur, auf Notizen und Meldungen stoßen, in denen von einem „Menü“ der Reichen, von dem Weißbrot berichtet wird, das die Reichen in dem Badeort Soundso in beliebigen Mengen erhalten (dorthin reisen als angeblich Kranke alle..., die viel Geld haben), und davon, daß die Reichen die vom Volk konsumierten Produkte durch auserlesene und seltene Luxusgüter ersetzen.

Der reaktionäre kapitalistische Staat, der *Angst* hat, die Grundfesten des Kapitalismus, die Grundfesten der Lohnklaverei, die Grundfesten der ökonomischen Herrschaft der Reichen könnten untergraben werden, der *Angst* davor hat, die Selbsttätigkeit der Arbeiter und überhaupt der Werktätigen zu fördern, der *Angst* davor hat, ihre Ansprüche „anzufachen“ — ein *solcher* Staat braucht nichts weiter als die Brotkarte. Ein solcher Staat läßt keinen Augenblick, bei keinem seiner Schritte, das *reaktionäre* Ziel aus den Augen: den Kapitalismus zu festigen, seine Untergrabung zu verhindern, die „Regulierung des Wirtschaftslebens“ im allgemeinen und die Regulierung des Verbrauchs im besonderen nur auf solche Maßnahmen zu beschränken, die unbedingt notwendig sind, um das Volk zu ernähren, *ohne es zu wagen*, eine wirkliche Regulierung des Verbrauchs im Sinne der *Kontrolle über die Reichen* einzuführen, in dem Sinne nämlich, daß diesen in der Friedenszeit Bessersituierten, Privilegierten, Satten und Übersättigten während des Krieges *größere* Lasten auferlegt würden.

Die reaktionär-bürokratische Lösung der Aufgabe, die den Völkern durch den Krieg gestellt worden ist, beschränkt sich auf die Brotkarte, auf die gleichmäßige Verteilung der für die Ernährung des „Volkes“ absolut notwendigen Produkte, ohne auch nur um Haaresbreite vom Bürokratismus und vom reaktionären Geist abzuweichen, nämlich von dem Ziel: die Selbsttätigkeit der Armen, des Proletariats, der Masse des Volkes (des „Demos“) *nicht* zu heben, eine Kontrolle *ihrerseits* über die Reichen *nicht* zuzulassen und möglichst *viele* Hintertürchen offenzulassen, damit die Reichen sich durch Luxusgüter schadlos halten können. Und in *allen* Ländern, sogar, wir wiederholen es, in Deutschland — von Rußland schon gar nicht zu reden —, sind eine Unmenge Hintertürchen offengelassen worden, hungert das „einfache Volk“, während die Reichen in Badeorte reisen, die kärgliche staatliche Ration durch allerlei „Zusätze“ von anderswo ergänzen und *nicht* zulassen, daß man *sie* kontrolliert.

In Rußland, das eben erst die Revolution gegen den Zarismus im Namen der Freiheit und Gleichheit vollbracht hat, in Rußland, das

mit einem Schlage seinen tatsächlichen politischen Institutionen nach eine demokratische Republik geworden ist, fällt die *allen* sichtbare Leichtigkeit, mit der die Reichen die „Brotkarten“ umgehen, dem Volke besonders auf und ruft ganz besondere Unzufriedenheit, Gereiztheit, Erbitterung und Empörung unter den Massen hervor. Diese Leichtigkeit ist außerordentlich groß. Im Schleichhandel und zu ungemein hohen Preisen, besonders wenn man „*Beziehungen*“ hat (und die haben nur die Reichen), bekommt man alles und in großen Mengen. Hunger leidet das Volk. Die Regulierung des Verbrauchs ist auf den engsten, bürokratisch-reaktionären Rahmen beschränkt. Die Regierung macht sich nicht im mindesten Gedanken, gibt sich nicht die geringste Mühe, diese Regulierung auf einer wirklich revolutionär-demokratischen Grundlage zu organisieren.

Unter dem Schlangestehen leiden „alle“, aber . . . aber die Reichen schicken die Dienstboten zum Schlangestehen und stellen dafür sogar besondere Dienstboten an! Da habt ihr den „Demokratismus“!

Eine revolutionär-demokratische Politik würde sich in Zeiten, wo das Land unerhörte Leiden durchmacht, nicht mit Brotkarten begnügen, um die herannahende Katastrophe zu bekämpfen, sondern würde überdies erstens die Zwangsvereinigung der gesamten Bevölkerung in Konsumgenossenschaften herbeiführen, denn ohne eine solche Vereinigung kann die Verbrauchskontrolle nicht restlos durchgeführt werden; sie würde zweitens die Arbeitspflicht für die Reichen einführen und die Reichen unentgeltlich in den Konsumvereinen als Sekretäre oder in anderen, ähnlichen Funktionen arbeiten lassen; drittens würde sie für eine gleichmäßige Verteilung wirklich aller Verbrauchsgüter unter der Bevölkerung sorgen, damit die Lasten des Krieges wirklich gleichmäßig verteilt werden; viertens würde sie die Kontrolle so organisieren, daß die armen Klassen der Bevölkerung den Verbrauch gerade der Reichen kontrollieren.

Die Durchsetzung eines wirklichen Demokratismus auf diesem Gebiet, die Anwendung wirklich revolutionärer Methoden bei der Organisation der Kontrolle gerade durch die am meisten darbedenden Volksklassen wäre der denkbar größte Ansporn zur Anspannung aller vorhandenen intellektuellen Kräfte, zur Entfaltung der wirklich revolutionären Energie des ganzen Volkes. Denn jetzt gebrauchen die Minister des republikanischen und revolutionär-demokratischen Rußland, genau so wie ihre Kollegen in allen übrigen imperialistischen Ländern, hochtrabende Worte über „gemeinsame Arbeit zum Besten des Volkes“, über „Anspannung aller Kräfte“, doch sieht, spürt und empfindet gerade das Volk das Heuchlerische dieser Worte.

So ergibt es sich, daß man nicht vom Fleck kommt, daß der Zerfall unaufhaltsam vorwärtsschreitet und daß die Katastrophe herannaht, denn ein Militärzuchthaus für die Arbeiter nach der Art des Kornilowschen, des Hindenburgschen, nach allgemeinem imperialistischen Muster kann unsere Regierung nicht einführen: noch sind die Traditionen, die Erinnerungen, die Spuren, die Gewohnheiten, die Einrichtungen der *Revolution* im Volke zu lebendig; wirklich ernste Schritte auf dem revolutionär-demokratischen Wege unternehmen will aber unsere Regierung nicht, denn sie ist gänzlich durchsetzt vom Einfluß der Bourgeoisie, der „Koalition“ mit dieser, und in Beziehungen der Abhängigkeit von dieser von oben bis unten verstrickt, sie hat Angst, die tatsächlichen Privilegien der Bourgeoisie anzutasten.

### DIE REGIERUNG VEREITELT DIE ARBEIT DER DEMOKRATISCHEN ORGANISATIONEN

Wir haben die verschiedenen Mittel und Methoden des Kampfes gegen die Katastrophe und den Hunger untersucht. Wir haben überall die Unüberbrückbarkeit des Gegensatzes zwischen der Demokratie einerseits und der Regierung sowie dem sie stützenden Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki anderseits gesehen. Um zu beweisen, daß diese Gegensätze in Wirklichkeit und nicht nur in unserer Darstellung bestehen, und daß ihre Unüberbrückbarkeit *faktisch* durch Konflikte bewiesen wird, die für das ganze Volk Bedeutung haben, dazu genügt es, an zwei besonders typische „Ergebnisse“ und Lehren der halbjährigen Geschichte unserer Revolution zu erinnern.

Die eine Lehre ist die Geschichte der „Herrschaft“ Paltschinskis. Die Geschichte der „Herrschaft“ und des Sturzes Peschechonows ist die andere.

Im Grunde genommen laufen die oben geschilderten Maßnahmen zur Bekämpfung der Katastrophe und des Hungers auf eine allseitige (bis zum Zwang gehende) Förderung des Zusammenschlusses der Bevölkerung in Verbänden hinaus, in erster Linie der Demokratie, d. h. der Mehrheit der Bevölkerung — also vor allem der unterdrückten Klassen, der Arbeiter und der Bauern, besonders der armen. Und diesen Weg hat die Bevölkerung selbst ganz spontan beschritten, um gegen die unerhörten Schwierigkeiten, Lasten und Drangsale des Krieges zu kämpfen.

Der Zarismus hat auf jede erdenkliche Art den selbständigen und freien Zusammenschluß der Bevölkerung in Verbänden gehindert. Aber

nach dem Sturz der Zarenmonarchie begannen in ganz Rußland demokratische Organisationen zu entstehen und rasch zu wachsen. Spontan entstandene demokratische Organisationen, Versorgungskomitees aller Art, Verpflegungskomitees, Brennstoffausschüsse und dergleichen mehr nahmen den Kampf gegen die Katastrophe auf.

Nun besteht das an der ganzen halbjährigen Geschichte unserer Revolution in der untersuchten Frage Bemerkenswerteste darin, daß die *Regierung*, die sich republikanisch und revolutionär nennt, die Regierung, die von den Menschewiki und Sozialrevolutionären im Namen der „bevollmächtigten Organe der revolutionären Demokratie“ *unterstützt* wird, daß diese Regierung *gegen* die demokratischen Organisationen *gekämpft* und *sie niedergekämpft hat!!*

Paltschinski hat es durch diesen Kampf in ganz Rußland zu der traurigsten und weitesten Berühmtheit gebracht. Er versteckte sich bei seinen Handlungen hinter dem Rücken der Regierung, trat nicht offen vor das Volk hin (genau so, wie die Kadetten im allgemeinen zu handeln vorzogen, die mit Vorliebe Zereteli „fürs Volk“ in den Vordergrund schoben, alle wichtigen Geschäfte aber im stillen selbst erledigten). Paltschinski sabotierte und hintertrieb jede ernstliche Maßnahme der spontan entstandenen demokratischen Organisationen, denn keine einzige ernstliche Maßnahme konnte durchgeführt werden, ohne dabei den maßlosen Profiten und der Willkür der Geldsäcke „Abbruch“ zu tun. Paltschinski war aber gerade ein treuer Anwalt und Diener der Geldsäcke. Es kam so weit — und diese Tatsache wurde in der Presse bekanntgegeben —, daß Paltschinski die Anordnungen der spontan entstandenen demokratischen Organisation direkt *aufhob!!*

Die ganze Geschichte der „Herrschaft“ Paltschinskis — er „herrschte“ doch viele Monate lang und gerade zu der Zeit, als Zereteli, Skobelew und Tschernow „Minister“ waren — ist ein einziger, widerlicher Skandal, eine Hintertreibung des Volkswillens, der Beschlüsse der Demokratie, *zu Nutz und Frommen* der Kapitalisten, um der schmutzigen Gewinnsucht der Kapitalisten willen. Die Zeitungen konnten natürlich nur einen verschwindenden Teil der „Heldentaten“ Paltschinskis bekanntgeben; die volle Untersuchung der Art, wie er den Kampf gegen den Hunger *hinderte*, wird nur die wahrhaft demokratische Regierung des Proletariats vornehmen können, wenn dieses die Macht erobert und den Fall Paltschinski und seinesgleichen, ohne etwas zu verheimlichen, dem *Gericht* des Volkes unterbreitet haben wird.

Man wird vielleicht einwenden, daß Paltschinski doch eine Ausnahme gewesen sei und daß man ihn ja verabschiedet habe... Aber das ist es ja eben, daß Paltschinski keine Ausnahme, sondern *die Regel*

ist, daß die Sache mit der Verabschiedung Paltschiniskis nicht im geringsten besser geworden ist, daß an seine Stelle ebensolche Paltschiniskis mit anderem Namen getreten sind, daß der ganze „Einfluß“ der Kapitalisten, die ganze Politik der *Hintertreibung des Kampfes gegen die Hungersnot ihnen zuliebe* unangetastet geblieben ist. Denn Kerenski und Konsorten sind nur eine Kulisse zum Schutze der Interessen der Kapitalisten.

Der anschaulichste Beweis dafür ist, daß Peschechonow, der Ernährungsminister, von seinem Posten zurückgetreten ist. Wie bekannt, ist Peschechonow ein sehr, sehr gemäßigter Volkstümler. Doch wollte er an der Organisation des Ernährungswesens gewissenhaft und in Föhlung mit den demokratischen Organisationen arbeiten, wollte sich auf diese stützen. Die *Erfahrungen*, die Peschechonow während seiner Tätigkeit gemacht hat, und sein *Rücktritt* sind um so interessanter, als dieser äußerst gemäßigte Volkstümler, Mitglied der Partei der „Volkssozialisten“, der zu jedem Kompromiß mit der Bourgeoisie bereit war, sich dennoch zum Rücktritt gezwungen sah! Denn die Kerenskiregierung hat den Kapitalisten, Gutsbesitzern und Kulaken zuliebe die Festpreise für Getreide *hinaufgesetzt!!*

Folgendermaßen schildert M. Smit in der Zeitung „Swobodnaja Shisn“<sup>20</sup> Nr. 1 vom 2. September diesen „Schritt“ und seine Bedeutung:

„Einige Tage bevor die Regierung die Hinaufsetzung der Festpreise beschloß, spielte sich im Reichsernährungskomitee folgende Szene ab: Der Vertreter der Rechten, Rolowitsch, ein zäher Verteidiger der Interessen des Privathandels und ein verbissener Feind des Getreidemonopols und der staatlichen Einmischung in das Wirtschaftsleben, erklärte mit selbstgefälligem Lächeln vor allen Anwesenden, daß nach seinen Informationen die Festpreise für Getreide bald hinaufgesetzt werden würden.

Der Vertreter des Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten erwiderte darauf, daß ihm etwas Derartiges nicht bekannt sei, daß eine solche Maßnahme unmöglich sei, solange in Rußland die Revolution anhält, und daß die Regierung jedenfalls nicht zu einer solchen Maßnahme greifen könne, ohne sich vorher mit den rechtmäßigen Organen der Demokratie, dem Wirtschaftsrat und dem Reichsernährungskomitee, beraten zu haben. Dieser Erklärung schloß sich auch der Vertreter des Sowjets der Bauerndeputierten an.

Aber ach! Die Wirklichkeit trug eine überaus grausame Korrektur in diese Kontroverse hinein: recht behielten nicht die Vertreter der Demokratie, sondern recht behielt der Vertreter derjenigen Elemente, die dem Eigentumszensus Genüge leisten. Er war ausgezeichnet unterrichtet über den Anschlag, der auf die Rechte der Demokratie vorbereitet wurde, obwohl deren Vertreter die bloße Möglichkeit eines solchen Anschlags mit Entrüstung zurückwies.“

Also sowohl der Vertreter der Arbeiter wie der Vertreter der Bauern bringen in unzweideutiger Weise ihre Meinung im Namen der gewaltigen Mehrheit des Volkes zum Ausdruck, die Kerenskiregierung aber handelt umgekehrt, im Interesse der Kapitalisten!

Rolowitsch, der Vertreter der Kapitalisten, war also hinter dem Rücken der Demokratie glänzend unterrichtet, genau so wie wir stets beobachten konnten und auch jetzt beobachten, daß die bürgerlichen Zeitungen „Rjetsch“ und „Birshewyje Wjedomosti“<sup>21</sup> aufs beste darüber unterrichtet sind, was in der<sup>22</sup> Kerenskiregierung vor sich geht.

Worauf weist diese ausgezeichnete Informiertheit hin? Selbstverständlich auf die Tatsache, daß die Kapitalisten ihre eigenen „Hintertürchen“ haben und *faktisch* die Macht in ihren Händen halten. Kerenski ist der Strohmann, den sie dann und dort vorschieben, wann und wo sie das nötig haben. Die Interessen von Dutzenden Millionen Arbeitern und Bauern werden den Profiten einer Handvoll Geldsäcke geopfert.

Wie antworten nun unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki auf diese empörende Verhöhnung des Volkes? Haben sie sich vielleicht mit einem Aufruf an die Arbeiter und Bauern gewandt, daß Kerenski und seine Kollegen nach alledem nur noch ins Gefängnis gehören?

Gott bewahre! Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, in Gestalt der in ihren Händen befindlichen „Wirtschaftsabteilung“, haben sich darauf beschränkt, eine drohende Resolution anzunehmen, die wir bereits erwähnt haben! In dieser Resolution erklären sie, daß die Hinaufsetzung der Getreidepreise durch die Kerenskiregierung „eine *verhängnisvolle* Maßnahme ist, die sowohl dem Ernährungswesen wie auch dem ganzen Wirtschaftsleben des Landes *einen überaus schweren Schlag* versetzt“, und daß diese verhängnisvollen Maßnahmen unter direkter „*Verletzung*“ des Gesetzes durchgeführt wurden!!

Das sind die Resultate der Politik des Paktierens, der Politik des Liebäugelns mit Kerenski und des Bestrebens, ihn zu „schonen“!

Die Regierung verletzt das Gesetz, indem sie zu Nutz und Frommen der Reichen, der Gutsbesitzer und Kapitalisten, eine Maßnahme trifft, die sich auf die ganze Kontrolle, das Ernährungswesen und die Sanierung der aufs äußerste zerrütteten Finanzen *verhängnisvoll auswirkt* — und die Sozialrevolutionäre und Menschewiki fahren fort, von einer Verständigung mit den Handels- und Industriekreisen zu sprechen, fahren fort, an den Beratungen mit Tereschtschenko teilzunehmen und Kerenski zu schonen, und begnügen sich mit einer papiernen Protestresolution, die die Regierung seelenruhig zu den Akten legt!!

Hier oben offenbart sich besonders anschaulich die Wahrheit, daß die Sozialrevolutionäre und Menschewiki das Volk und die Revolution verraten haben und daß die Bolschewiki zum wirklichen Führer



der Massen werden, *sogar* der sozialrevolutionären und menschewistischen Massen.

Denn einzig und allein die Eroberung der Macht durch das Proletariat mit der Partei der Bolschewiki an der Spitze wäre imstande, dem skandalösen Treiben Kerenskis und Konsorten ein Ende zu setzen und die Tätigkeit der demokratischen Verpflegungs-, Versorgungs- usw. Organisationen, die von Kerenski und seiner Regierung *hintertrieben* wird, *wieder aufleben zu lassen*.

Die Bolschewiki — das angeführte Beispiel zeigt es mit aller Deutlichkeit — treten als Vertreter der Interessen des *gesamten* Volkes auf, der Interessen der Sicherstellung des Ernährungs- und Versorgungswesens, der Interessen der Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Arbeiter *und Bauern* entgegen der schwankenden, unentschlossenen, wahrhaft verräterischen Politik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die das Land zu einer solchen Schmach gebracht hat, wie es diese Hinaufsetzung der Getreidepreise ist!

#### DER FINANZIELLE ZUSAMMENBRUCH UND DIE MASSNAHMEN ZU SEINER BEKÄMPFUNG

Die Frage der Hinaufsetzung der Festpreise für Getreide hat noch eine andere Seite. Diese Hinaufsetzung bedeutet eine neue chaotische Vergrößerung der Papiergeldemission, einen Schritt weiter im Prozeß der zunehmenden Teuerung, eine verschärfte Zerrüttung der Finanzen und ein Näherrücken des finanziellen Zusammenbruchs. Alle geben zu, daß die Papiergeldemission die schlimmste Form der Zwangsanleihe ist, daß sie die Lage gerade der Arbeiter, des ärmsten Teiles der Bevölkerung, am meisten verschlechtert, daß sie das Hauptübel unter den Mißständen im Finanzwesen ist.

Und gerade zu dieser Maßnahme greift die von den Sozialrevolutionären und Menschewiki gestützte Kerenskiregierung!

Zur ersten Bekämpfung der finanziellen Zerrüttung und des unvermeidlichen finanziellen Zusammenbruchs gibt es keinen andern Weg als den revolutionären Bruch mit den Interessen des Kapitals und die Organisation einer wirklich demokratischen Kontrolle, d. h. einer Kontrolle „von unten“, einer Kontrolle der Arbeiter und armen Bauern über die Kapitalisten — jenen Weg, von dem in unserer ganzen bisherigen Darlegung die Rede ist.

Die unbegrenzte Papiergeldemission begünstigt die Spekulation, ermöglicht es den Kapitalisten, in Spekulationen Millionen zu ver-

dienen und stellt so der so notwendigen Erweiterung der Produktion die größten Schwierigkeiten in den Weg, denn die Verteuerung der Rohstoffe, der Maschinen usw. nimmt zu und schreitet sprunghaft vorwärts. Wie kann man Abhilfe schaffen, wenn die durch Spekulation erworbenen Reichtümer der Reichen versteckt werden?

Man kann eine Einkommensteuer mit progressiv steigenden und sehr hohen Sätzen für die großen und größten Einkommen einführen. Unsere Regierung hat, gleich den andern imperialistischen Regierungen, eine solche Steuer eingeführt. Aber diese Steuer bleibt in bedeutendem Maße eine Fiktion, ein toter Buchstabe, denn erstens sinkt der Wert des Geldes immer rascher und zweitens werden um so viel mehr Einkünfte verheimlicht, je mehr die Spekulation die Quelle dieser Einkünfte bildet und je zuverlässiger das Geschäftsgeheimnis gehütet wird.

Damit die Steuer effektiv wird und nicht fiktiv bleibt, wird eine wirkliche, nicht auf dem Papier bleibende Kontrolle notwendig. Die Kontrolle über die Kapitalisten ist aber unmöglich, wenn sie bürokratisch bleibt, denn die Bürokratie ist selbst durch tausend Fäden mit der Bourgeoisie verbunden und verflochten. Deshalb wird in den westeuropäischen imperialistischen Staaten, gleichviel ob es Monarchien oder Republiken sind, die Regelung der Finanzen nur dadurch erreicht, daß eine „Arbeitsdienstpflicht“ eingeführt wird, die den Arbeitern ein *Militärzuchthaus* bringt oder für sie eine *Militärklaverei* schafft.

Die reaktionär-bürokratische Kontrolle — das ist das einzige Mittel, das die imperialistischen Staaten kennen, die demokratischen Republiken Frankreich und Amerika nicht ausgenommen, um die Lasten des Krieges auf das Proletariat und die werktätigen Massen abzuwälzen.

Der grundlegende Widerspruch unserer Regierungspolitik besteht gerade darin, daß man — um sich mit der Bourgeoisie nicht zu überwerfen, um die „Koalition“ mit ihr nicht in die Brüche gehen zu lassen — die reaktionär-bürokratische Kontrolle durchführen muß, sie aber „revolutionär-demokratische“ Kontrolle nennt, das Volk auf Schritt und Tritt betrügt und die Massen, die eben erst den Zarismus gestürzt haben, reizt und erbittert.

Indes würden eben nur revolutionär-demokratische Maßnahmen — durch die gerade die unterdrückten Klassen, die Arbeiter und Bauern, gerade die Massen in Verbänden zusammengeschlossen werden — die Möglichkeit geben, die wirksamste Kontrolle über die Reichen einzuführen und den erfolgreichsten Kampf gegen die Verheimlichung der Einkünfte zu führen.

Man bemüht sich, den Scheckverkehr zu fördern, um dadurch der

übermäßigen Emission von Papiergeld zu steuern. Für die Armen hat diese Maßnahme keine Bedeutung, denn die Armen leben sowieso von der Hand in den Mund, der „wirtschaftliche Kreislauf“ vollendet sich bei ihnen sowieso jede Woche, und jede Woche geben sie den Kapitalisten ihre kargen, schwer verdienten Groschen zurück. Für die Reichen könnte der Scheckverkehr von gewaltiger Bedeutung sein, er würde dem Staat, besonders in Verbindung mit Maßnahmen wie der Nationalisierung der Banken und der Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses, die Möglichkeit geben, die Einkünfte der Kapitalisten *wirklich zu kontrollieren*, ihnen wirklich Steuern aufzuerlegen, das Finanzsystem wirklich zu „demokratisieren“ (und es zugleich auch in Ordnung zu bringen).

Aber das Hindernis besteht hier eben in der Angst, die Privilegien der Bourgeoisie anzutasten und die „Koalition“ mit ihr zu sprengen. Denn ohne wahrhaft revolutionäre Maßnahmen, ohne den ernstlichsten Zwang, werden sich die Kapitalisten keiner Kontrolle unterwerfen, werden sie ihr Budget nicht bekanntgeben und ihre Vorräte an Papiergeld dem demokratischen Staat nicht „auf Verrechnung“ überlassen.

Die in Verbänden zusammengeschlossenen Arbeiter und Bauern könnten dadurch, daß sie die Banken nationalisieren, daß sie auf gesetzlichem Wege den für alle Reichen obligatorischen Scheckverkehr einführen, daß sie das Geschäftsgeheimnis abschaffen und die Verheimlichung der Einkünfte mit der Beschlagnahme der Vermögen ahnden und dergleichen mehr, mit außerordentlicher Leichtigkeit die Kontrolle wirksam und universal gestalten, sie zu einer Kontrolle gerade über die Reichen machen, zu einer Kontrolle, die gerade bewirkt, daß das von der *Staatskasse* emittierte Papiergeld wieder *in diese zurückfließt*, und zwar *aus den Kassen derer*, die es haben, *derer*, die es verstecken.

Dazu ist die revolutionäre Diktatur der Demokratie notwendig, an deren Spitze das revolutionäre Proletariat steht, d. h. dazu muß die Demokratie *in der Tat* revolutionär werden. Das ist der ganze Kern der Sache. Das eben wollen unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki nicht, die das Volk unter der *Flagge* der „revolutionären Demokratie“ betrügen und in Wirklichkeit die reaktionär-bürokratische Politik der Bourgeoisie unterstützen, die sich, wie stets, von dem Grundsatz leiten läßt: „Après nous le déluge“ — nach uns die Sintflut!

Wir merken gewöhnlich nicht einmal, wie tief sich in uns die anti-demokratischen Gewohnheiten und Vorurteile über die „Heiligkeit“ des bürgerlichen Eigentums eingefressen haben. Wenn ein Ingenieur oder ein Bankier die Einnahmen und Ausgaben eines Arbeiters, Angaben über dessen Einkommen und über dessen Arbeitsproduktivität veröffentlicht, halten wir das für höchst gesetzlich und gerecht. Keinem

Menschen fällt es ein, darin einen Anschlag auf das „Privatleben“ des Arbeiters, eine „Spitzelei oder Denunziation“ des Ingenieurs zu erblicken. Die Arbeit und den Verdienst der Lohnarbeiter betrachtet die bürgerliche Gesellschaft als *ihr* offenes Buch, in das jeder Bourgeois jederzeit berechtigt ist, Einsicht zu nehmen, um irgendeinen „Luxus“ des Arbeiters, seine angebliche „Faulheit“ usw. zu enthüllen.

Nun, und die umgekehrte Kontrolle? Wie wäre es, wenn der *demokratische* Staat die Gewerkschaften der Angestellten, der Kontoristen, der *Dienstboten* aufforderte, die Einnahmen und Ausgaben der Kapitalisten zu überprüfen, Angaben darüber zu veröffentlichen, die Regierung im Kampfe gegen die Verheimlichung der Einkünfte zu unterstützen?

Welch ein wildes Geheul würde da die Bourgeoisie über „Spitzelei“, über „Denunziantentum“ anstimmen! Wenn die „Herrschaften“ die Dienstboten kontrollieren, wenn die Kapitalisten die Arbeiter kontrollieren, dann hält man das für ganz in Ordnung; das Privatleben des Werkstätigen und Ausgebeuteten gilt *nicht* für unantastbar, die Bourgeoisie ist berechtigt, von jedem „Lohnsklaven“ Rechenschaft zu fordern, seine Einnahmen und Ausgaben jederzeit an die Öffentlichkeit zu zerrn. Aber der Versuch der Unterdrückten, den Unterdrücker zu kontrollieren, *seine* Einnahmen und Ausgaben ans Licht zu bringen, *seinen* Luxus, selbst in Kriegszeiten, aufzudecken, wo dieser Luxus geradezu Hunger hervorruft und dazu führt, daß die Armeen an der Front zugrunde gehen, — o nein, „Spitzelei“ und „Denunziantentum“ wird die Bourgeoisie nicht dulden!

Die Frage läuft stets auf dasselbe hinaus: die Herrschaft der Bourgeoisie ist mit wahrhaft revolutionärem, wirklichem Demokratismus *unvereinbar*. Man kann im 20. Jahrhundert, in einem kapitalistischen Lande nicht revolutionärer Demokrat sein, *wenn man Angst hat*, zum Sozialismus zu schreiten.

## KANN MAN VORWÄRTSSCHREITEN, WENN MAN ANGST HAT, ZUM SOZIALISMUS ZU SCHREITEN?

Das bisher Dargelegte kann bei einem Leser, der in den landläufigen opportunistischen Gedankengängen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki erzogen ist, leicht den folgenden Einwand hervorrufen: die meisten hier geschilderten Maßnahmen sind im Grunde keine demokratischen, sie sind *bereits* sozialistische Maßnahmen!

Dieser landläufige Einwand, der in der bürgerlichen, sozialrevo-

lutionären und menschwistischen Presse (in der einen oder anderen Form) gang und gäbe ist, ist eine reaktionäre Verteidigung des rückständigen Kapitalismus, eine Verteidigung nach Struves Art. Wir seien noch nicht reif für den Sozialismus, es sei verfrüht, den Sozialismus „einzuführen“, unsere Revolution sei eine bürgerliche — also müsse man Knechte der Bourgeoisie sein (obwohl die großen bürgerlichen Revolutionäre Frankreichs, vor 125 Jahren, ihre Revolution durch die Anwendung des *Terrors* gegen alle Unterdrücker, Gutsbesitzer wie Kapitalisten, zu einer großen gemacht haben!).

Die der Bourgeoisie gegenüber so dienstbeflissenen Jammer-Marxisten, zu denen auch die Sozialrevolutionäre übergegangen sind und die in dieser Weise urteilen, begreifen nicht (wenn man die theoretischen Grundlagen ihrer Auffassung betrachtet), was Imperialismus ist, was kapitalistische Monopole sind, was der Staat ist, was die revolutionäre Demokratie ist. Denn wer das begriffen hat, wird zugeben müssen, daß man nicht vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.

Über Imperialismus sprechen alle. Aber der Imperialismus ist nichts anderes als Monopolkapitalismus.

Daß auch in Rußland der Kapitalismus monopolistisch geworden ist, das beweisen die Syndikate „Produgol“, „Prodameta“<sup>22</sup> und das Zuckersyndikat usw. anschaulich genug. Genanntes Zuckersyndikat zeigt uns augenfällig, wie der monopolistische Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus übergeht.

Und was ist der Staat? Die Organisation der herrschenden Klasse, in Deutschland z. B. die der Junker und Kapitalisten. Deshalb ist das, was die deutschen Plechanow (Scheidemann, Lensch u. a.) „Kriegssozialismus“ nennen, in Wirklichkeit staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus oder, einfacher und klarer ausgedrückt, ein Militärzucht-haus für die Arbeiter, ein militärischer Schutz für die Profite der Kapitalisten.

Und nun versuche man einmal, an Stelle des junkerlich-kapitalistischen, an Stelle des gutsherrlich-kapitalistischen Staates den *revolutionär-demokratischen* Staat zu setzen, d. h. einen Staat, der in revolutionärer Weise *alle* Privilegien abschafft, der sich nicht davor fürchtet, auf revolutionärem Wege den vollständigsten Demokratismus zu verwirklichen. Ihr werdet sehen, daß der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja Schritte zum Sozialismus bedeutet!

Denn wenn ein kapitalistischer Riesenbetrieb sich in ein Monopol verwandelt, dann heißt dies, daß er das ganze Volk beliefert. Wenn

dieses Unternehmen Staatsmonopol geworden ist, dann bedeutet dies, daß der Staat (d. h. die bewaffnete Organisation der Bevölkerung, in erster Linie der Arbeiter und Bauern, einen *revolutionären* Demokratisismus vorausgesetzt) den ganzen Betrieb lenkt — in wessen Interesse?

Entweder im Interesse der Gutsbesitzer und Kapitalisten; dann handelt es sich um keinen revolutionär-demokratischen, sondern um einen reaktionär-bürokratischen Staat, eine imperialistische Republik; oder im Interesse der revolutionären Demokratie; dann *ist das eben ein Schritt zum Sozialismus*.

Denn der Sozialismus ist nichts anderes als der nächste Schritt vorwärts, über das staatskapitalistische Monopol hinaus. Oder mit anderen Worten: der Sozialismus ist nichts anderes als staatskapitalistisches Monopol, das *zum Nutzen des ganzen Volkes angewandt wird* und dadurch *aufgehört hat*, kapitalistisches Monopol zu sein.

Hier gibt es keinen Mittelweg. Der objektive Gang der Entwicklung ist derart, daß man von den *Monopolen* aus (und der Krieg hat deren Zahl, Rolle und Bedeutung verzehnfacht) *nicht* vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten.

Entweder ist man tatsächlich ein revolutionärer Demokrat. Dann darf man Schritte zum Sozialismus nicht fürchten.

Oder aber man fürchtet die Schritte zum Sozialismus und verurteilt sie nach Art der Plechanow, Dan, Tschernow mit der Begründung, daß unsere Revolution eine bürgerliche sei, daß man den Sozialismus nicht „einführen“ könne und dergleichen mehr, — und dann sinkt man unausbleiblich hinab zu Kerenski, Miljukow und Kornilow, d. h. man unterdrückt dann *in reaktionär-bürokratischer Weise* die „revolutionär-demokratischen“ Bestrebungen der Arbeiter- und Bauernmassen.

Einen Mittelweg gibt es nicht.

Und darin besteht der grundlegende Widerspruch unserer Revolution.

Stehenbleiben darf man nicht — weder in der Geschichte überhaupt noch in Kriegszeiten im besonderen. Man muß entweder vorwärtsschreiten oder zurückgehen. Vorwärtsschreiten, und zwar in dem Rußland des 20. Jahrhunderts, das die Republik und den Demokratisismus auf revolutionärem Wege erobert hat, ist *unmöglich, ohne* zum Sozialismus *zu schreiten*, ohne *Schritte* zum Sozialismus zu machen (Schritte, die bedingt sind und bestimmt werden durch den Stand der Technik und der Kultur: man kann den maschinellen Großbetrieb nicht in die bäuerliche Landwirtschaft „einführen“, in der Zuckerfabrikation jedoch kann man ihn nicht abschaffen).

Hat man aber Angst vorwärtszuschreiten, *so heißt das*, daß man zurückgeht, was die Herren Kerenski zum Entzücken der Miljukow und Plechanow unter der törichten Mithilfe der Zereteli und Tschernow auch tun.

Die Dialektik der Geschichte ist gerade die, daß der Krieg, der die Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus ungeheuer beschleunigt hat, *dadurch* die Menschheit dem Sozialismus außerordentlich nahe gebracht hat.

Der imperialistische Krieg ist der Vorabend der sozialistischen Revolution. Und zwar nicht nur deshalb, weil der Krieg mit seinen Schrecken den proletarischen Aufstand erzeugt — keinerlei Aufstand kann den Sozialismus schaffen, wenn er nicht ökonomisch herangereift ist —, sondern auch deshalb, weil der staatsmonopolistische Kapitalismus die vollständigste *materielle* Vorbereitung des Sozialismus, seine *Vorstufe*, jene Stufe der historischen Leiter ist, deren nächste Stufe — *eine Zwischenstufe gibt es nicht* — Sozialismus genannt wird.

\* \* \*

Unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki gehen an die Frage des Sozialismus doktrinär heran, vom Standpunkt einer von ihnen auswendig gelernten und schlecht verstandenen Doktrin. Sie stellen den Sozialismus als ferne, unbekannte dunkle Zukunft hin.

Der Sozialismus aber schaut jetzt bereits durch alle Fenster des modernen Kapitalismus auf uns; bei jeder großen Maßnahme, die einen Schritt vorwärts bedeutet auf der Grundlage dieses jüngsten Kapitalismus, zeichnen sich die Umriss des Sozialismus unmittelbar und *praktisch* ab.

Was ist die allgemeine Arbeitsdienstpflicht?

Sie ist ein Schritt vorwärts auf der Basis des jüngsten monopolistischen Kapitalismus, ein Schritt zur Regulierung des Wirtschaftslebens in seiner Gesamtheit, nach einem bestimmten, allgemeinen Plan, ein Schritt zur Ersparnis an Volksarbeit, zur Verhütung der sinnlosen Vergeudung dieser Arbeit durch den Kapitalismus.

In Deutschland führen die Junker (Gutsbesitzer) und Kapitalisten die allgemeine Arbeitsdienstpflicht ein, und dann wird sie unweigerlich zu einem Militärzuchthaus für die Arbeiter.

Man nehme aber dieselbe Einrichtung und denke über ihre Bedeutung in einem revolutionär-demokratischen Staat nach. Die allgemeine Arbeitsdienstpflicht, durch die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten eingeführt, reguliert und gelenkt, ist *noch kein* Sozialismus, aber *schon kein* Kapitalismus *mehr*. Das ist ein gewaltiger

*Schritt zum Sozialismus, ein derartiger Schritt, daß man — die Beibehaltung der vollen Demokratie vorausgesetzt — von diesem Schritt nicht mehr ohne eine unerhörte Vergewaltigung der Massen zum Kapitalismus zurückkehren könnte.*

## DER KAMPF GEGEN DIE ZERRÜTTUNG UND DER KRIEG

Die Frage der Maßnahmen zur Bekämpfung der herannahenden Katastrophe führt uns zur Beleuchtung einer andern, äußerst wichtigen Frage: zur Frage des Zusammenhanges der Innenpolitik und Außenpolitik oder, anders ausgedrückt, des Verhältnisses zwischen einem imperialistischen Eroberungskrieg und einem revolutionären, proletarischen Krieg, zwischen einem verbrecherischen Raubkrieg und einem gerechten demokratischen Krieg.

Alle von uns geschilderten Maßnahmen zur Bekämpfung der Katastrophe würden, wie wir bereits erwähnt haben, die Wehrkraft oder, anders ausgedrückt, die militärische Macht des Landes außerordentlich stärken. Dies auf der einen Seite. Und auf der anderen Seite kann man diese Maßnahmen nicht in die Tat umsetzen, ohne den Eroberungskrieg in einen gerechten Krieg zu verwandeln, ohne den Krieg, den die Kapitalisten im Interesse der Kapitalisten führen, in einen Krieg zu verwandeln, den das Proletariat im Interesse aller Werktätigen und Ausgebeuteten führt.

In der Tat. Die Nationalisierung der Banken und Syndikate, in Verbindung mit der Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses und mit der Arbeiterkontrolle über die Kapitalisten, würde nicht nur eine riesige Ersparnis an Volksarbeit bedeuten, nicht nur die Möglichkeit bieten, Kräfte und Mittel zu sparen, sie würde auch eine Verbesserung der Lage der werktätigen Bevölkerungsmassen, der Mehrheit dieser Bevölkerung bedeuten. In einem modernen Kriege ist, wie jedermann weiß, die wirtschaftliche Organisation von ausschlaggebender Bedeutung. In Rußland gibt es genügend Getreide, Kohle, Erdöl, Eisen; in dieser Beziehung ist unsere Lage besser als die irgendeines anderen kriegführenden europäischen Landes. Durch die Bekämpfung der Zerrüttung mit den genannten Mitteln, durch die Mobilisierung der Selbsttätigkeit der Massen für diesen Kampf, durch die Verbesserung ihrer Lage, durch die Nationalisierung der Banken und Syndikate würde Rußland seine Revolution und seinen Demokratismus ausnutzen, um die ökonomische Organisiertheit des ganzen Landes auf eine unvergleichlich höhere Stufe zu heben.



Hätten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki, statt eine „Kollation“ mit der Bourgeoisie einzugehen, die alle Kontrollmaßnahmen hintertreibt und die Produktion sabotiert, im April den Übergang der Macht an die Sowjets durchgeführt und hätten sie ihre Kräfte nicht auf das „Ministerkarussell“ verwendet, nicht darauf, bürokratisch neben den Kadetten die Sessel der Minister, Staatssekretäre usw. usf. durchzusitzen, sondern darauf, die Arbeiter und Bauern in *ihrer* Kontrolle über die Kapitalisten, in ihrem *Kriege gegen* die Kapitalisten zu führen, dann wäre Rußland jetzt ein in voller wirtschaftlicher Umgestaltung begriffenes Land: der Boden würde den Bauern gehören, die Banken wären nationalisiert, d. h. Rußland würde *insoweit* (und das sind äußerst wichtige ökonomische Grundlagen des modernen Lebens) *höher* stehen als alle übrigen kapitalistischen Länder.

Die Wehrkraft, die militärische Macht eines Landes mit nationalisierten Banken ist *größer* als die eines Landes, in welchem die Banken in Privathänden bleiben. Die militärische Macht eines Bauernlandes, in welchem sich der Boden in den Händen von Bauernkomitees befindet, ist *größer* als die eines Landes mit gutsherrlichem Bodenbesitz.

Man beruft sich ständig auf den heroischen Patriotismus der Franzosen in den Jahren 1792—1793 und auf die Wunder an militärischem Heldenmut, die sie vollbracht haben. Man vergißt aber die materiellen — historischen und ökonomischen — Bedingungen, die diese Wunder erst ermöglicht haben. Die wirklich revolutionäre Abrechnung mit dem überlebten Feudalismus, der mit einer Schnelligkeit, Entschlossenheit, Energie und Hingabe, die wahrhaft revolutionär-demokratisch waren, erfolgte Übergang des ganzen Landes zu einer höheren Produktionsweise, zum freien bäuerlichen Grundbesitz — das waren die materiellen, ökonomischen Bedingungen, die Frankreich mit „wunderbarer“ Schnelligkeit retteten, indem sie seine wirtschaftliche Grundlage *umgestalteten* und *erneuerten*.

Das Beispiel Frankreichs lehrt uns eines und nur eines: um Rußland wehrfähig zu machen, um auch in Rußland „Wunder“ an Masseneroismus zu erzielen, muß man mit „jakobinischer“ Schonungslosigkeit alles Alte hinwegfegen und Rußland *wirtschaftlich* erneuern und umgestalten. Das kann aber im 20. Jahrhundert nicht durch die Abschüttelung des Zarismus allein geschehen (Frankreich hat sich vor 125 Jahren nicht darauf beschränkt). Das läßt sich nicht einmal durch die bloße revolutionäre Vernichtung des gutsherrlichen Bodenbesitzes zuwege bringen (wir haben nicht einmal das getan, denn die Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben die Bauernschaft verraten!), durch die bloße Übergabe des Grund und Bodens an die Bauernschaft.

Denn wir leben im 20. Jahrhundert; die Herrschaft über den Grund und Boden *ohne die Herrschaft über die Banken* ist nicht hinreichend, um das Leben des Volkes umgestalten und erneuern zu können.

Die materielle Erneuerung Frankreichs, die Erneuerung seiner Produktion am Ende des 18. Jahrhunderts ging Hand in Hand mit der politischen und geistigen Erneuerung, mit der Diktatur der revolutionären Demokratie und des revolutionären Proletariats (von dem sich die Demokratie nicht absonderte und das mit ihr noch fast völlig verschmolzen war), mit dem erbarmungslosen Krieg, der allem, was reaktionär war, angesagt wurde. Das ganze Volk und insbesondere die Massen, d. h. die *unterdrückten Klassen*, waren von einem grenzenlosen revolutionären Enthusiasmus erfaßt: den Krieg hielten *alle* für einen gerechten Verteidigungskrieg, und das *war er in der Tat*. Das revolutionäre Frankreich verteidigte sich gegen das reaktionär-monarchistische Europa. Nicht 1792—1793, sondern viele Jahre später, *nach dem Siege der Reaktion im Innern des Landes*, hat die konterrevolutionäre Diktatur Napoleons die Kriege Frankreichs aus Verteidigungskriegen in Eroberungskriege verwandelt.

Und in Rußland? Wir fahren fort, einen imperialistischen Krieg zu führen, im Interesse der Kapitalisten, im Bunde mit den Imperialisten, im Einklang mit den Geheimverträgen, die der *Zar* mit den Kapitalisten Englands usw. abgeschlossen hat und der in diesen Verträgen den russischen Kapitalisten die Beraubung fremder Länder, der ihnen Konstantinopel, Lemberg, Armenien usw. versprach.

Der Krieg bleibt auf seiten Rußlands ein ungerechter, ein reaktionärer, ein Eroberungskrieg, solange Rußland nicht einen gerechten Frieden angeboten und solange es mit dem Imperialismus nicht gebrochen hat. Der soziale Charakter des Krieges, seine wahre Bedeutung, wird nicht dadurch bestimmt, wo die feindlichen Truppen stehen (wie die Sozialrevolutionäre und Menschewiki meinen, die bis zur Vulgarität eines unwissenden Bäuerleins hinabsinken). Der Charakter des Krieges wird dadurch bestimmt, *welche Politik* der Krieg fortsetzt („der Krieg ist die Fortsetzung der Politik“), *welche Klasse* den Krieg führt und welche Ziele sie dabei verfolgt.

Man kann die Massen nicht auf Grund von Geheimverträgen in einen Raubkrieg führen und auf ihren Enthusiasmus hoffen. Die fortgeschrittenste Klasse des revolutionären Rußland, das Proletariat, erkennt immer klarer die verbrecherische Natur des Krieges, und die Bourgeoisie ist nicht nur nicht imstande gewesen, die Massen von dieser Überzeugung abzubringen, sondern im Gegenteil, die Erkenntnis, daß der Krieg ein Verbrechen ist, nimmt zu. Das Proletariat

der beiden Hauptstädte Rußlands ist endgültig internationalistisch geworden!

Wie kann da von Massenenthusiasmus für den Krieg die Rede sein!

Innenpolitik und Außenpolitik — das eine ist untrennbar mit dem andern verbunden. Man kann das Land nicht wehrfähig machen ohne den größten Heroismus des Volkes, das kühn und entschlossen große wirtschaftliche Umgestaltungen verwirklicht. Man kann jedoch keinen Heroismus in den Massen wecken, ohne mit dem Imperialismus zu brechen, ohne allen Völkern den demokratischen Frieden anzubieten, ohne auf diese Weise den räuberischen, verbrecherischen Eroberungskrieg in einen gerechten, revolutionären Verteidigungskrieg umzuwandeln.

Nur der rückhaltlos konsequente Bruch mit den Kapitalisten in der Innen- wie in der Außenpolitik ist imstande, unsere Revolution und unser Land, das vom Imperialismus in eisernen Fängen gehalten wird, zu retten.

## DIE REVOLUTIONÄRE DEMOKRATIE UND DAS REVOLUTIONÄRE PROLETARIAT

Um wirklich revolutionär zu sein, muß die Demokratie des heutigen Rußland im engsten Bündnis mit dem Proletariat marschieren und den Kampf des Proletariats als der einzigen bis zum letzten revolutionären Klasse unterstützen.

Das ist das Ergebnis, zu dem man bei der Untersuchung der Frage gelangt, welches die Kampfmittel gegen die unabwendbare Katastrophe sein müssen, die ungeahnten Umfang anzunehmen beginnt.

Der Krieg hat eine so unermeßliche Krise hervorgerufen, hat die materiellen und moralischen Kräfte des Volkes so angespannt, hat der ganzen modernen Gesellschaftsorganisation solche Schläge versetzt, daß sich die Menschheit vor die Wahl gestellt sieht: entweder untergehen oder ihr Schicksal der revolutionärsten Klasse anvertrauen, um auf dem schnellsten und radikalsten Wege zu einer höheren Produktionsweise überzugehen.

Infolge einer Reihe historischer Ursachen: der größeren Rückständigkeit Rußlands, seiner durch den Krieg geschaffenen besonderen Schwierigkeiten, der weit fortgeschrittenen Fäulnis des Zarismus, der außerordentlich lebendigen Traditionen des Jahres 1905, ist in Rußland die Revolution früher als in anderen Ländern ausgebrochen. Die Revolution bewirkte, daß Rußland hinsichtlich seines politischen

Systems die fortgeschrittenen Länder in einigen Monaten eingeholt hat.

Aber das ist zu wenig. Der Krieg ist unerbittlich, er stellt mit schonungsloser Schärfe die Frage: entweder untergehen oder die fortgeschrittenen Länder *auch ökonomisch* einholen und überholen.

Das ist möglich, denn vor uns liegt die fertige Erfahrung einer großen Anzahl fortgeschrittener Länder, liegen die fertigen Resultate ihrer Technik und Kultur. Eine moralische Stütze finden wir in dem wachsenden Protest gegen den Krieg in Europa, in der Atmosphäre der anwachsenden proletarischen Weltrevolution. Wir werden angespornt, angetrieben durch die während eines imperialistischen Krieges äußerst seltene revolutionär-demokratische Freiheit.

Untergehen oder mit Volldampf vorwärtsstürmen. So wird die Frage von der Geschichte gestellt.

Und das Verhältnis des Proletariats zur Bauernschaft in einem solchen Augenblick bekräftigt nun — mit den entsprechenden Abänderungen — den alten bolschewistischen Leitsatz: die Bauernschaft muß dem Einfluß der Bourgeoisie entrissen werden. Nur darin liegt die Gewähr für die Rettung der Revolution.

Die Bauernschaft aber ist der zahlenmäßig stärkste Vertreter der ganzen kleinbürgerlichen Masse.

Unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki haben eine reaktionäre Rolle auf sich genommen: die Bauernschaft weiter unter dem Einfluß der Bourgeoisie zu halten, die Bauernschaft zur Koalition mit der Bourgeoisie und nicht mit dem Proletariat zu führen.

Die Massen lernen schnell aus den Erfahrungen der Revolution. Und die reaktionäre Politik der Sozialrevolutionäre und Menschewiki erleidet Schiffbruch: in den Sowjets der beiden Hauptstädte sind sie geschlagen. In beiden kleinbürgerlich-demokratischen Parteien wächst die „linke“ Opposition. In Petrograd hat die Stadtkonferenz der Sozialrevolutionäre am 10. September 1917 eine Zweidrittelmehrheit für die *linken* Sozialrevolutionäre ergeben, die zu einem Bündnis mit dem Proletariat neigen und das Bündnis (die Koalition) mit der Bourgeoisie ablehnen.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki wiederholen die bei der Bourgeoisie beliebte Gegenüberstellung: Bourgeoisie und Demokratie. Doch ist eine solche Gegenüberstellung im Grunde ebenso widersinnig wie ein Vergleich zwischen Pfund und Elle.

Es kann eine demokratische Bourgeoisie, es kann eine bürgerliche Demokratie geben: nur gänzliche Unkenntnis sowohl der Geschichte wie der politischen Ökonomie vermag das zu leugnen.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki hatten die unrichtige

Gegenüberstellung nötig, um die unbestreitbare Tatsache zu *verdecken*, daß zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat das *Kleinbürgertum* steht. Dieses schwankt infolge seiner ökonomischen Klassenstellung unweigerlich zwischen der Bourgeoisie und dem Proletariat.

Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki wollen das Kleinbürgertum zum Bündnis mit der Bourgeoisie bewegen. Darin liegt der Kern ihrer ganzen „Koalition“, der ganzen Koalitionsregierung, der ganzen Politik Kerenskis, dieses typischen Halbkadetten. Nach einem halben Jahre Revolution hat diese Politik einen völligen Zusammenbruch erlitten.

Die Kadetten frohlocken schadenfroh, die Revolution habe Schiffbruch erlitten, die Revolution sei mit dem Kriege wie mit der Zerrüttung *nicht* fertig geworden.

Das ist nicht wahr. Schiffbruch erlitten haben *die Kadetten* und *die Sozialrevolutionäre samt den Menschewiki*, denn dieser Block (dieses Bündnis) hat Rußland ein halbes Jahr lang regiert, hat in diesem halben Jahr die Zerrüttung verstärkt und die militärische Lage verwirrt und erschwert.

Je vollständiger der Zusammenbruch des *Bündnisses* der Bourgeoisie mit den *Sozialrevolutionären und Menschewiki* ist, desto schneller wird das Volk *lernen*. Desto leichter wird es den *richtigen* Ausweg finden: das Bündnis der armen Bauernschaft, d. h. der Mehrheit der Bauern, mit dem Proletariat.

10.—14. September 1917.

Veröffentlicht als Sonderbroschüre,  
Ende Oktober 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXI, S. 193—242,

## MARXISMUS UND AUFSTAND

### BRIEF AN DAS ZENTRALKOMITEE DER SDAPR

Zu den böswilligsten und wohl verbreitetsten Entstellungen des Marxismus durch die herrschenden „sozialistischen“ Parteien gehört die opportunistische Lüge, daß die Vorbereitung des Aufstandes, überhaupt das Verhalten zum Aufstand als zu einer Kunst, „Blanquismus“ sei.

Schon der Führer des Opportunismus, Bernstein, hat den traurigen Ruhm erworben, gegen den Marxismus die Beschuldigung des Blanquismus erhoben zu haben, und die heutigen Opportunisten erneuern und „bereichern“ im Grunde mit ihrem Geschrei über Blanquismus die dürftigen „Ideen“ Bernsteins um kein Jota.

Die Marxisten des Blanquismus bezichtigen, weil sie sich zum Aufstand als zu einer Kunst verhalten! Kann es eine empörenderere Entstellung der Wahrheit geben, wo doch kein einziger Marxist die Tatsache leugnen würde, daß gerade Marx sich in dieser Beziehung auf die bestimmteste, genaueste und unanfechtbarste Weise geäußert hat, indem er den Aufstand eben eine *Kunst* nannte und sagte, daß man sich zum Aufstand als zu einer Kunst verhalten müsse, daß man einen ersten Erfolg *erringen* und von Erfolg zu Erfolg weiterschreiten müsse, ohne die *Offensive* gegen den Feind zu unterbrechen, daß man seine Verwirrung ausnutzen müsse usw. usw.

Um erfolgreich zu sein, darf sich der Aufstand nicht auf eine Verschwörung, nicht auf die Partei stützen, sondern muß sich auf die fortgeschrittenste Klasse stützen. Dies zum ersten. Der Aufstand muß sich auf den revolutionären Aufschwung des Volkes stützen. Dies zum zweiten. Der Aufstand muß sich auf einen solchen *Wendepunkt* in der Geschichte der anwachsenden Revolution stützen, wo die Aktivität der vordersten Reihen des Volkes am größten ist, wo die *Schwankungen* in den Reihen der Feinde und *in den Reihen der schwachen, halben, unentschlossenen Freunde der Revolution* am stärksten sind. Dies

zum dritten: Durch diese drei Bedingungen unterscheidet sich der *Marxismus* in der Behandlung der Frage des Aufstandes vom *Blanquismus*.

Sind aber diese Bedingungen einmal gegeben, so ist die Weigerung, sich zum Aufstand als *zu einer Kunst* zu verhalten, Verrat am *Marxismus* und Verrat an der Revolution.

Um zu beweisen, daß gerade der gegenwärtige Zeitpunkt als ein Zeitpunkt anerkannt werden muß, in dem die Partei *verpflichtet* ist, den *Aufstand* als von dem objektiven Gang der Ereignisse auf die Tagesordnung gesetzt zu betrachten und sich zu ihm als zu einer Kunst zu verhalten — um dies zu beweisen, dürfte es das Beste sein, sich der vergleichenden Methode zu bedienen und den 3. und 4. Juli den Septembertagen gegenüberzustellen.

Am 3. und 4. Juli konnte man, ohne gegen die Wahrheit zu verstoßen, die Frage so stellen: es wäre richtiger, die Macht zu ergreifen, denn die Feinde werden uns sonst ohnedies des Aufstandes bezichtigen und mit uns wie mit Aufständischen abrechnen. Aber daraus durfte man damals nicht den Schluß zugunsten der Machtergreifung ziehen, denn die objektiven Bedingungen für einen siegreichen Aufstand waren damals nicht gegeben.

1. Wir hatten die Klasse, die die Avantgarde der Revolution ist, noch nicht auf unserer Seite.

Wir hatten noch nicht die Mehrheit unter den Arbeitern und Soldaten der Hauptstädte. Jetzt haben wir sie in beiden Sowjets. Sie ist *erst* durch die Geschichte des Juli und August geschaffen worden, durch die Erfahrungen der „Abrechnung“ mit den Bolschewiki und durch die Erfahrungen des Kornilowputsches.

2. Es fehlte damals der revolutionäre Aufschwung des ganzen Volkes. Jetzt, nach dem Kornilowputsch, ist er da. Die Provinz und die Machtergreifung durch die Sowjets an vielen Orten beweisen es.

3. Es fehlten damals die *Schwankungen* im großen, allgemein politischen Maßstabe unter unseren Feinden und in den Reihen des unentschiedenen Kleinbürgertums. Jetzt sind die Schwankungen gewaltig: unser Hauptfeind, der Imperialismus — der alliierte und der Weltimperialismus, denn die „Alliierten“ stehen an der Spitze des Weltimperialismus —, hat zwischen dem Krieg bis zum Siege und einem Separatfrieden gegen Rußland *zu schwanken begonnen*. Unsere kleinbürgerlichen Demokraten, die offenkundig die Mehrheit im Volke einbüßten, haben gewaltig zu schwanken begonnen, sie haben auf den Block, d. h. auf die Koalition mit den Kadetten verzichtet.

4. Der Aufstand wäre daher am 3. und 4. Juli ein Fehler gewesen:

wir hätten die Macht weder physisch noch politisch behaupten können. Physisch nicht, denn obwohl Petrograd zeitweise in unseren Händen war, wären unsere Arbeiter und Soldaten damals nicht bereit gewesen, um des Besitzes von Petrograd willen *sich zu schlagen und zu sterben*: noch fehlte die „äußerste Wut“, der glühende Haß *sowohl gegen Kerenski wie gegen Zereteli-Tschernow*, noch waren unsere Leute nicht gestählt durch die Erfahrungen der Verfolgungen gegen die Bolschewiki, an denen sich die Sozialrevolutionäre und Menschewiki beteiligten.

Politisch hätten wir die Macht am 3. und 4. Juli nicht behaupten können, denn *vor dem Kornilowputsch* hätten die Armee und die Provinz gegen Petrograd marschieren können — und wären marschiert.

Jetzt ist das Bild ein ganz anderes.

Mit uns ist die Mehrheit der *Klasse*, der Avantgarde der Revolution, der Avantgarde des Volkes, die fähig ist, die Massen mitzureißen.

Mit uns ist die *Mehrheit* des Volkes, denn der Rücktritt Tschernows ist bei weitem nicht das einzige, aber das sichtbarste, anschaulichste Anzeichen dafür, daß die Bauernschaft von dem Block der Sozialrevolutionäre (und von den Sozialrevolutionären selber) *keinen Grund und Boden bekommen* wird. Das aber ist der Kernpunkt, der der Revolution den Charakter einer allgemeinen Volksrevolution verleiht.

Wir sind in der vorteilhaften Lage einer Partei, die inmitten unerhörter Schwankungen sowohl des *gesamten Imperialismus* als auch des ganzen Blocks der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre genau ihren Weg kennt.

*Der Sieg ist uns sicher*, denn das Volk ist der Verzweiflung schon ganz nahe, wir aber weisen dem gesamten Volk den sicheren Ausweg, da wir dem gesamten Volk „in den Kornilowtagen“ die Bedeutung unserer Führung gezeigt und den Blockisten ein Kompromiß *vorgeschlagen* haben, das *diese ablehnten*, wobei die Schwankungen ihrerseits nicht aufhörten.

Es wäre der größte Fehler, zu glauben, daß unser Kompromißvorschlag *noch nicht abgelehnt* sei, daß die „Demokratische Beratung“ ihn *noch akzeptieren* könne. Den Kompromißvorschlag machte die *Partei* den *Parteien*. Anders konnte er nicht gemacht werden. Die *Parteien* haben ihn abgelehnt.\* Die Demokratische Beratung ist nur eine *Beratung*, nichts weiter. Man darf das eine nicht vergessen: die *Mehrheit* des revolutionären Volkes, die arme und erbitterte Bauernschaft, ist dort nicht vertreten. Das ist eine Beratung der *Minderheit des Volkes* —

\* Vgl. zu dieser Frage den Artikel Lenins „Über Kompromisse“, Sämtl. Werke, Bd. XXI, S. 163—169. *Der Übers.*



man darf diese offensichtliche Wahrheit nicht vergessen. Es wäre der größte Fehler, der schlimmste parlamentarische Kretinismus unsererseits, in der Demokratischen Beratung ein Parlament sehen zu wollen, denn selbst *wenn* sie sich als Parlament und als souveränes Parlament der Revolution proklamierte, so würde sie dennoch *nichts entscheiden*: die Entscheidung liegt *außerhalb der Demokratischen Beratung*, sie liegt in den Arbeitervierteln Petrograds und Moskaus.

Alle objektiven Voraussetzungen eines erfolgreichen Aufstandes sind gegeben. Wir haben die außerordentlichen Vorzüge einer Lage vor uns, wo *nur* unser Sieg im Aufstand den für das Volk qualvollen Schwankungen ein Ende setzen wird, die die unerträglichste Sache in der Welt sind; wo *nur unser* Sieg im Aufstand das Spiel mit dem Separatfrieden gegen die Revolution *vereiteln* wird, vereiteln durch das offene Angebot eines vollständigeren, gerechteren, baldigeren Friedens, eines Friedens *zum Nutzen* der Revolution.

Nur unsere Partei wird schließlich, wenn sie im Aufstand gesiegt hat, Petrograd retten *können*, denn wenn unser Friedensangebot abgelehnt wird und wir nicht einmal einen Waffenstillstand erhalten, dann werden *wir* zu „Vaterlandsverteidigern“ werden, dann werden wir *an die Spitze der Kriegsparteien* treten, werden wir die „*kriegerischste*“ aller Parteien werden, werden wir den Krieg wirklich revolutionär führen. Wir werden den Kapitalisten alles Brot und alle Stiefel wegnehmen. Wir werden ihnen nur Krusten lassen, werden ihnen Bastische geben. Wir werden alles Brot und alles Schuhwerk an die Front schicken.

Und dann werden wir Petrograd behaupten.

Die materiellen sowohl wie die moralischen Hilfsquellen für einen wirklich revolutionären Krieg sind in Rußland noch unermesslich groß; die Chancen sprechen 99 zu 100 dafür, daß die Deutschen uns zum mindesten einen Waffenstillstand zugestehen werden. Jetzt aber einen Waffenstillstand erhalten, heißt schon die *ganze Welt* besiegen.

\* \* \*

Nachdem wir die absolute Notwendigkeit des Aufstandes der Arbeiter Petrograds und Moskaus für die Rettung der Revolution und für die Rettung vor der „separaten“ Aufteilung Rußlands durch die Imperialisten beider Koalitionen erkannt haben, müssen wir erstens unsere politische Taktik auf der Beratung den Bedingungen des heranreifenden Aufstands anpassen; zweitens müssen wir beweisen, daß wir den Marxschen Gedanken von der Notwendigkeit, sich zum Aufstand als zu einer Kunst zu verhalten, nicht bloß in Worten anerkennen.

Wir müssen auf der Beratung sofort die Fraktion der Bolschewiki fest zusammenfassen, ohne einer hohen Zahl nachzujagen und ohne uns davor zu fürchten, die Schwankenden im Lager der Schwankenden zu lassen; sie sind *dort* für die Sache der Revolution nützlicher als im Lager der entschlossenen und vorbehaltlos ergebener Kämpfer.

Wir müssen eine kurze Deklaration der Bolschewiki abfassen, in der wir aufs schärfste betonen, daß lange Reden, das „Reden“ überhaupt unangebracht sind, daß eine sofortige Aktion zur Rettung der Revolution notwendig ist, daß der völlige Bruch mit der Bourgeoisie absolut notwendig ist, daß die ganze jetzige Regierung völlig abgesetzt werden muß, daß mit den Wegbereitern einer „separaten“ Aufteilung Rußlands durch die englischen und französischen Imperialisten völlig gebrochen werden muß und daß die gesamte Macht sofort in die Hände der *von dem revolutionären Proletariat geführten revolutionären Demokratie* übergehen muß.

Unsere Deklaration muß die kürzeste und schärfste Formulierung dieser Schlußfolgerung sein in Verbindung mit den Programmpunkten: Friede den Völkern, Grund und Boden den Bauern, Beschlagnahme der skandalösen Profite und Zügelung der skandalösen Schädigung der Produktion durch die Kapitalisten.

Je kürzer, je schärfer die Deklaration sein wird, desto besser. In ihr muß man nur noch zwei äußerst wichtige Punkte klar hervorheben: das Volk ist der Schwankungen müde, die Unentschlossenheit der Sozialrevolutionäre und Menschewiki hat die Geduld des Volkes erschöpft; wir brechen endgültig mit diesen *Parteien*, denn sie haben die Revolution verraten.

Und der andere Punkt: das sofortige Angebot eines Friedens ohne Annexionen, der sofortige Bruch mit den Ententeimperialisten und mit allen Imperialisten bringt uns sofort entweder den Waffenstillstand, oder das ganze revolutionäre Proletariat geht auf den Standpunkt der Vaterlandsverteidigung über und die revolutionäre Demokratie wird unter seiner Führung einen wirklich gerechten, einen wirklich revolutionären Krieg führen.

Nachdem wir diese Deklaration verlesen, nachdem wir aufgerufen haben werden, sich zu *entscheiden* und nicht zu *reden*, zu *handeln* und nicht Resolutionen zu schreiben, müssen wir unsere ganze Fraktion *in die Betriebe und Kasernen werfen*: dort ist ihr Platz, dort ist der Nerv des Lebens, dort ist die Quelle der Rettung der Revolution, dort ist die treibende Kraft der Demokratischen Beratung.

Dort müssen wir in glühenden, leidenschaftlichen Reden unser Programm auseinandersetzen und die Frage so stellen: entweder *restlose*

Annahme dieses Programms durch die Beratung oder Aufstand. Einen Mittelweg gibt es nicht. Warten darf man nicht. Die Revolution geht zugrunde.

Wenn wir die Frage so stellen und unsere ganze Fraktion in den Betrieben und Kasernen konzentrieren, *werden wir den Zeitpunkt für den Beginn des Aufstandes richtig wählen.*

Um uns aber zum Aufstand marxistisch, d. h. wie zu einer Kunst zu verhalten, müssen wir gleichzeitig, ohne eine Minute zu verlieren, einen *Stab* der aufständischen Abteilungen organisieren, die Kräfte verteilen, die ergebenen Regimenter an den wichtigsten Punkten einsetzen, das Alexandertheater umzingeln, die Peter-Pauls-Festung<sup>23</sup> besetzen, den Generalstab und die Regierung verhaften, gegen die Offizierschüler und gegen die Wilde Division<sup>24</sup> solche Truppen schicken, die eher zu sterben bereit sind, als den Feind in die Zentren der Stadt vordringen zu lassen; wir müssen die bewaffneten Arbeiter mobilisieren, sie zum letzten, verzweifelten Kampf aufrufen; wir müssen sofort das Telegraphen- und das Telephonamt besetzen, *unseren* Aufstandsstab beim zentralen Telephonamt unterbringen, mit ihm alle Fabriken, alle Regimenter, alle Punkte des bewaffneten Kampfes usw. telephonisch verbinden.

Das alles natürlich beispielsweise, nur als *Illustration* dafür, daß man im jetzigen Augenblick dem Marxismus, der Revolution nicht treu bleiben kann, *wenn man sich nicht zum Aufstand als zu einer Kunst verhält.*

Geschrieben am 26.—27. (13.—14.)  
September 1917.

Veröffentlicht in der Zeitschrift  
„Proletarskaja Rewoluzija“ Nr. 2, 1921.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXI, S. 246—252.

## DIE AUFGABEN DER REVOLUTION

Rußland ist ein kleinbürgerliches Land. Die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung gehört der Klasse der Kleinbürger an. Ihr Schwanken zwischen Bourgeoisie und Proletariat ist unvermeidlich. Nur wenn sie sich dem Proletariat anschließt, ist ein leichter, friedlicher, rascher und ruhiger Sieg der Sache der Revolution, der Sache des Friedens, der Freiheit sowie die Übergabe des Grund und Bodens an die Werktätigen gesichert.

Der Verlauf unserer Revolution zeigt uns dieses Schwanken in der Praxis. Machen wir uns also keine Illusionen über die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki, schreiten wir unbeirrt auf unserem proletarischen Klassenwege weiter. Das Elend der armen Bauern, die Schrecken des Krieges, die Schrecken des Hungers — all das zeigt den Massen die Richtigkeit des proletarischen Weges, die Notwendigkeit der Unterstützung der proletarischen Revolution immer anschaulicher und anschaulicher.

Die „friedlichen“ kleinbürgerlichen Hoffnungen auf die „Koalition“ mit der Bourgeoisie, auf das Paktieren mit ihr, auf die Möglichkeit, „ruhig“ den „baldigen“ Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung abzuwarten usw., — all das wird vom Verlauf der Revolution rücksichtslos, grausam, unerbittlich zerschlagen. Der Kornilowputsch war die letzte harte Lehre, eine Lehre in großem Maßstab, die zu den Tausenden und aber Tausenden von kleineren Lehren hinzukommt, zu den Lehren, die darin bestehen, daß die Arbeiter und Bauern im Lande von den Kapitalisten und Gutsbesitzern, daß die Soldaten von den Offizieren betrogen werden usw. usf.

Die Unzufriedenheit, Empörung und Erbitterung in der Armee, in der Bauernschaft, unter den Arbeitern wachsen an. Die alles versprechende und nichts erfüllende „Koalition“ der Sozialrevolutionäre und Menschewiki mit der Bourgeoisie macht die Massen nervös, öffnet ihnen die Augen, treibt sie zum Aufstand.

Die Opposition der Linken in den Reihen der Sozialrevolutionäre (Spiridonowa u. a.) und in den Reihen der Menschewiki (Martow u. a.)

wächst an, sie hat bereits im „Rat“ und auf dem „Parteitag“ dieser Parteien bis zu 40 Prozent erreicht. Und in den *unteren* Schichten, im Proletariat und in der Bauernschaft, besonders in der armen Bauernschaft, besteht die *Mehrheit* der Sozialrevolutionäre und Menschewiki aus „*Linken*“.

Der Kornilowputsch lehrt. Der Kornilowputsch hat bereits vieles gelehrt.

Man kann nicht wissen, ob die Sowjets jetzt imstande sein werden, weiter zu gehen als die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki und dadurch eine friedliche Entwicklung der Revolution zu sichern, oder ob sie wieder auf der Stelle treten und damit den proletarischen Aufstand unvermeidlich machen werden.

Das kann man nicht wissen.

Unsere Sache ist es, zu helfen, damit alles getan werde, um die „letzte“ Chance einer friedlichen Entwicklung der Revolution zu sichern, und zwar dadurch zu helfen, daß wir unser Programm darlegen, daß wir dessen gesamtnationalen Charakter klarlegen, dessen absolute Übereinstimmung mit den Interessen und Forderungen der gewaltigen Mehrheit der Bevölkerung.

Die hier folgenden Zeilen sind denn auch ein Versuch, dieses Programm darzulegen.

Gehen wir mit diesem Programm mehr zu den „unteren“ Schichten, zu den Massen, den Angestellten, den Arbeitern, den Bauern, nicht nur zu denen, die zu uns gehören, sondern besonders auch zu den sozialrevolutionären, den parteilosen, den unaufgeklärten Massen. Bemühen wir uns, sie zum selbständigen Denken, zu eigenen Beschlüssen, zur Entsendung *ihrer* Delegationen zur Beratung, in die Sowjets, zur Regierung zu bringen — dann wird unsere Arbeit nicht verloren sein, *wie immer* der Ausgang der Beratung *auch sein mag*. Dann wird sie sowohl bei der Beratung und bei den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung wie auch bei jeder politischen Tätigkeit im allgemeinen Nutzen bringen.

Das Leben lehrt, daß das bolschewistische Programm und die bolschewistische Taktik richtig sind. Vom 20. April bis zum Kornilowputsch ist so wenig Zeit verstrichen und so viel geschehen.

Die eigene Erfahrung hat den *Massen*, die eigene Erfahrung hat den *unterdrückten* Klassen in dieser Zeit ungeheuer viel gegeben, während die Führer der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sich von den Massen völlig losgelöst haben. Das wird am sichersten gerade an Hand eines ganz konkreten Programms aufgezeigt werden können, sofern es gelingt, dieses Programm unter den Massen zu erörtern.

## DAS PAKTIEREN MIT DEN KAPITALISTEN IST VERDERBLICH

1. Läßt man die Vertreter der Bourgeoisie, wenn auch nur in geringer Zahl, an der Macht, läßt man so notorische Kornilowleute wie die Generale Alexejew, Klembowski, Bagration, Gagarin usw. am Ruder, oder Leute, die ihre völlige Ohnmacht gegenüber der Bourgeoisie und ihre Fähigkeit, auf bonapartistische Art zu handeln, bewiesen haben, wie z. B. Kerenski, so heißt das einerseits der Hungersnot und einer unabwendbaren, von den Kapitalisten absichtlich beschleunigten und verschärften wirtschaftlichen Katastrophe, andererseits aber einer militärischen Katastrophe Tür und Tor öffnen, denn die Armee haßt das Hauptquartier und kann am imperialistischen Kriege nicht mit Begeisterung teilnehmen. Außerdem werden die Kornilowschen Generale und Offiziere, wenn sie an der Macht bleiben, zweifellos *absichtlich den Deutschen die Front öffnen*, wie sie es mit Galizien und Riga getan haben. Verhüten kann das nur die Bildung einer neuen Regierung auf neuen Grundlagen, von denen weiter unten die Rede sein wird. Wollten die Sozialrevolutionäre und Menschewiki nach all dem, was wir seit dem 20. April erlebt haben, das Paktieren mit der Bourgeoisie — gleichviel in welcher Weise — fortsetzen, so wäre das von ihnen nicht nur ein Fehler, sondern direkter Verrat am Volke und an der Revolution.

## DIE MACHT DEN SOWJETS

2. Die gesamte Macht im Staate muß ausschließlich an die Vertreter der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten übergehen, und zwar auf Grund eines bestimmten Programms und bei voller Verantwortlichkeit der Regierung gegenüber den Sowjets. Es müssen sofort Neuwahlen zu den Sowjets vorgenommen werden, damit sowohl der gesamten Erfahrung des Volkes in den letzten, besonders inhaltsreichen Wochen der Revolution Rechnung getragen werde, als auch die schreienden Ungerechtigkeiten (Fälle von nichtproportionalen Wahlen, von Ungleichheiten bei den Wahlen usw.), die an manchen Orten unkorrigiert geblieben sind, beseitigt werden.

An jenen Orten, wo noch keine demokratisch gewählten Körperschaften vorhanden sind, und in der Armee muß die gesamte Macht ausschließlich an die örtlichen Sowjets und an die von ihnen gewählten Kommissare und andere, jedoch nur gewählte Körperschaften übergehen.

Allerorts und unbedingt muß mit voller Unterstützung des Staates die Bewaffnung der Arbeiter und der revolutionären Truppen durchgeführt werden, d. h. der Truppen, die in der Tat gezeigt haben, daß sie fähig sind, die Kornilowleute niederzuschlagen.

### FRIEDE DEN VÖLKERN

3. Die Sowjetregierung muß *unverzüglich allen* kriegführenden Völkern (d. h. gleichzeitig sowohl ihren Regierungen als auch den Arbeiter- und Bauernmassen) vorschlagen, sofort einen allgemeinen Frieden auf demokratischer Grundlage sowie auch unverzüglich einen Waffenstillstand zu schließen (sei es auch nur für drei Monate).

Die Hauptbedingung für einen demokratischen Frieden ist der Verzicht auf Annexionen (Eroberungen) — nicht in dem falschen Sinne, daß allen Mächten das Verlorene zurückgegeben wird, sondern in dem einzig richtigen Sinne, daß ausnahmslos *jede* Völkerschaft, sowohl in Europa wie in den Kolonien, die Freiheit und die Möglichkeit erhält, selbst zu entscheiden, ob sie einen *besonderen* Staat bilden oder einem beliebigen anderen Staat angehören will.

Mit dem Angebot der Friedensbedingungen muß die Sowjetregierung sofort selbst an deren tatsächliche Erfüllung schreiten, d. h. sie muß die Geheimverträge, durch die wir auch heute noch gebunden sind, die der Zar abgeschlossen hat und die den russischen Kapitalisten die Ausplünderung der Türkei, Österreichs usw. versprechen, veröffentlichen und zerreißen. Ferner ist es unsere Pflicht, sofort die Bedingungen der Ukrainer und Finnländer zu erfüllen, ihnen, wie auch allen anderen Nationalitäten in Rußland, die volle Freiheit einschließlich der Freiheit der Lostrennung zu sichern, dasselbe Prinzip auf *ganz* Armenien anzuwenden, uns zu verpflichten, Armenien und die von uns besetzten türkischen Gebiete zu räumen usw.

Solche Friedensbedingungen werden bei den Kapitalisten keine wohlwollende Aufnahme finden, werden aber bei allen Völkern eine so ungeheure Sympathie wecken und einen so gewaltigen, welthistorischen Ausbruch der Begeisterung und der allgemeinen Empörung über die Hinausziehung des räuberischen Krieges hervorrufen, daß wir höchstwahrscheinlich sofort einen Waffenstillstand und die Zustimmung zur Eröffnung von Friedensverhandlungen erhalten werden. Denn die Arbeiterrevolution gegen den Krieg ist überall in unaufhaltsamem Wachsen begriffen, und nicht Phrasen über den Frieden (mit denen *alle* imperialistischen Regierungen, darunter auch unsere

Kerenskiregierung, die Arbeiter und Bauern seit langem betrügen), sondern nur der Bruch mit den Kapitalisten und das Friedensangebot sind imstande, diese Revolution vorwärtszutreiben.

Wenn das am wenigsten Wahrscheinliche eintreten sollte, d. h. wenn kein einziger kriegführender Staat auch nur auf den Waffenstillstand eingehen sollte, dann wird der Krieg unsrerseits tatsächlich ein aufgezwungener, tatsächlich ein gerechter Verteidigungskrieg sein. Schon allein der Umstand, daß das Proletariat und die arme Bauernschaft das erkennen werden, wird Rußland auch in militärischer Hinsicht um ein Vielfaches stärker machen, besonders nach dem völligen Bruch mit den Kapitalisten, die das Volk ausplündern, ganz zu schweigen davon, daß dann der Krieg unsrerseits nicht in Worten, sondern in der Tat ein Krieg im Bündnis mit den unterdrückten Klassen aller Länder, ein Krieg im Bündnis mit den unterdrückten Völkern der ganzen Welt sein wird.

Insbesondere muß das Volk vor jener Behauptung der Kapitalisten gewarnt werden, der mitunter die am meisten eingeschüchterten Leute und Spießbürger Glauben schenken und die darin besteht, daß die englischen und anderen Kapitalisten für den Fall, daß wir unser jetziges, räuberisches Bündnis mit ihnen zerreißen, der russischen Revolution schweren Schaden zufügen könnten. Diese Behauptung ist durch und durch verlogen, denn die „finanzielle Unterstützung seitens der Verbündeten“, an der sich die Bankiers bereichern, „unterstützt“ die russischen Arbeiter und Bauern bloß so, wie der Strick den Gehängten unterstützt. In Rußland gibt es genügend Getreide, Kohle, Erdöl und Eisen, und es bedarf nur der Erlösung von den das Volk ausplündernden Gutsbesitzern und Kapitalisten, damit diese Produkte richtig verteilt werden können. Was aber die Möglichkeit einer militärischen Bedrohung des russischen Volkes durch seine jetzigen Verbündeten anbelangt, so ist die Annahme, die Franzosen und die Italiener könnten ihre Truppen mit den deutschen vereinigen und sie gegen Rußland, das einen gerechten Frieden angeboten hat, marschieren lassen, offenkundig unsinnig; England, Amerika und Japan aber könnten, selbst wenn sie Rußland den Krieg erklärten (was für sie im höchsten Maße schwierig sein würde, sowohl weil ein solcher Krieg bei den Massen außerordentlich unpopulär wäre als auch weil die materiellen Interessen der Kapitalisten dieser Länder in der Frage der Aufteilung Asiens und insbesondere der Ausplünderung Chinas auseinandergehen), Rußland nicht den hundertsten Teil des Schadens und der Leiden zufügen, den der Krieg gegen Deutschland, Österreich und die Türkei dem Lande zufügt.



## DER BODEN DEN WERKTÄTIGEN

4. Die Sowjetregierung muß sofort die entschädigungslose Aufhebung des Privateigentums an den gutsherrlichen Ländereien verkünden und diese Ländereien den Bauernkomitees zur Verwaltung übergeben, bis zur Entscheidung dieser Frage durch die Konstituierende Versammlung. Auch das Inventar der Gutsbesitzer muß denselben Bauernkomitees zur Verwaltung übergeben werden, damit es unbedingt in erster Linie den armen Bauern unentgeltlich zur Benutzung überlassen wird.

Diese Maßnahmen, die von der gewaltigen Mehrheit der Bauernschaft schon lange, sowohl in den Resolutionen ihrer Tagungen wie in Hunderten von örtlichen Wähleraufträgen (wie dies unter anderem auch aus der Zusammenfassung der 242 Wähleraufträge in den „Iswestija des Sowjets der Bauerndeputierten“ ersichtlich ist), gefordert werden, sind unbedingt notwendig und ohne Aufschub durchzuführen. Es dürfen keinerlei Verzögerungen mehr geduldet werden, unter denen die Bauernschaft zur Zeit der „Koalitions“regierung so sehr gelitten hat.

Jede Regierung, die mit der Durchführung dieser Maßnahmen zögern würde, muß als *volksfeindliche* Regierung betrachtet werden, die verdient, durch den Aufstand der Arbeiter und Bauern gestürzt und zertreten zu werden. Und umgekehrt, nur die Regierung, die diese Maßnahmen durchgeführt hat, wird eine Volksregierung sein.

## DER KAMPF GEGEN HUNGER UND ZERRÜTTUNG

5. Die Sowjetregierung muß sofort im gesamtstaatlichen Maßstab die Arbeiterkontrolle über Produktion und Verbrauch einführen. Geschieht das nicht, so sind, wie die Erfahrung seit dem 6. Mai bereits gezeigt hat, alle Versprechungen von Reformen und alle Versuche ihrer Durchführung machtlos, und das ganze Land wird von Woche zu Woche immer mehr vom Hunger und von einer beispiellosen Katastrophe bedroht.

Notwendig ist die sofortige Nationalisierung der Banken und des Versicherungswesens sowie der wichtigsten Industriezweige (der Erdöl-, Steinkohlen-, Hütten-, Zucker- usw. Industrie), außerdem die unbedingte Abschaffung des Geschäftsgeheimnisses und die Einführung einer unablässigen Aufsicht der Arbeiter und Bauern über die verschwindende Minderheit, die Kapitalisten, die sich an den staatlichen

Lieferungen bereichern und sich der Rechenschaftslegung und der gerechten Besteuerung ihrer Profite und Vermögen entziehen.

Diese Maßnahmen, die weder den Mittelbauern noch den Kosaken oder den kleinen Gewerbetreibenden auch nur eine Kopeke ihres Eigentums nehmen, sind unbedingt gerecht im Interesse der gleichmäßigen Verteilung der Lasten des Krieges und unaufschiebbar im Interesse der Bekämpfung des Hungers. Erst wenn den marodierenden Kapitalisten Zügel angelegt werden und der absichtlichen Stilllegung der Produktion durch sie ein Ende gemacht wird, wird eine Steigerung der Arbeitsproduktivität, die Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht, der richtige Austausch von Getreide gegen Industrieprodukte, der Rückfluß von Milliardensummen an Papiergeld, das jetzt von den Reichen versteckt gehalten wird, in die Staatskasse erreicht werden können.

Ohne diese Maßnahmen ist auch die entschädigungslose Aufhebung des Privateigentums an den gutsherrlichen Ländereien unmöglich, denn die gutsherrlichen Ländereien sind zum größten Teil in den Banken verpfändet, und die Interessen der Gutsbesitzer und Kapitalisten sind unzertrennlich miteinander verflochten.

Die letzte Resolution der Wirtschaftsabteilung des Allrussischen Zentralexekutivkomitees der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten („Rabotschaja Gaseta“ Nr. 152) anerkennt nicht nur das „Verderbliche“ der Regierungsmaßnahmen (wie z. B. der Hinaufsetzung der Getreidepreise zur Bereicherung der Gutsbesitzer und der Kulaken), nicht nur „die Tatsache der völligen Untätigkeit der bei der Regierung gebildeten Zentralorgane zur Regulierung des Wirtschaftslebens“, sondern sogar die „Verletzung der Gesetze“, durch diese Regierung. Dieses Geständnis der regierenden Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zeigt ein übriges Mal das ganze Verbrechen der Politik des Paktierens mit der Bourgeoisie.

## DER KAMPF GEGEN DIE KONTERREVOLUTION DER GUTSBESITZER UND KAPITALISTEN

6. Der Kornilowsche und Kaledinsche Aufstand<sup>25</sup> wurde unterstützt von der gesamten Klasse der Gutsbesitzer und Kapitalisten, mit der Partei der Kadetten (der „Volksfreiheit“) an der Spitze. Das ist schon durch die in den „Iswestija“ des Zentralexekutivkomitees veröffentlichten Tatsachen vollkommen erwiesen.

Doch ist weder zur vollständigen Unterdrückung dieser Konter-

revolution noch selbst zu ihrer Untersuchung auch nur das geringste getan worden, und es kann auch ohne den Übergang der Macht an die Sowjets nichts Ernstes getan werden. Keine Kommission ist imstande, wenn sie nicht über die Staatsgewalt verfügt, eine gründliche Untersuchung durchzuführen, die Schuldigen zu verhaften usw. Nur die Sowjetregierung kann und muß das tun. Nur die Sowjetregierung, die dazu übergeht, die Kornilowschen Generale und die Häuptlinge der bürgerlichen Konterrevolution (Gutschkow, Miljukow, Rjabuschinski, Maklakow und Konsorten) zu verhaften, die konterrevolutionären Verbände (die Reichsduma, die Offiziersverbände usw.) aufzulösen, deren Mitglieder unter die Aufsicht der örtlichen Sowjets zu stellen und die konterrevolutionären Truppenteile aufzulösen, kann Rußland vor einer unvermeidlichen Wiederholung „Kornilowscher“ Anschläge schützen.

Nur die Sowjetregierung kann eine Kommission zur gründlichen und öffentlichen Untersuchung der Affäre der Kornilowleute einsetzen, wie auch aller übrigen Affären, die — sei es auch von der Bourgeoisie — aufgerollt wurden; die Partei der Bolschewiki würde ihrerseits die Arbeiter auffordern, nur einer solchen Kommission unbedingt Folge zu leisten und sie zu unterstützen.

Nur die Sowjetregierung könnte erfolgreich gegen eine so schreiende Ungerechtigkeit ankämpfen, wie z. B. die Aneignung der größten Druckereien und der meisten Zeitungen durch die Kapitalisten, die sich zu diesem Zwecke der aus dem Volke herausgepreßten Millionen bedienen. Die bürgerlichen konterrevolutionären Zeitungen („Rjetsch“, „Russkoje Slowo“ usw.) müssen verboten, ihre Druckereien beschlagnahmt werden, Privatanzeigen in den Zeitungen müssen zum Staatsmonopol erklärt und der Regierungszeitung zugeleitet werden, die von den Sowjets herausgegeben wird und den Bauern die Wahrheit sagt. Nur so kann und muß der Bourgeoisie die mächtige Waffe der ungestraften Lüge und Verleumdung, des Volksbetruges, der Irreführung der Bauernschaft, der Vorbereitung der Konterrevolution aus der Hand geschlagen werden.

## DIE FRIEDLICHE ENTWICKLUNG DER REVOLUTION

7. Der Demokratie Rußlands, den Sowjets, den Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki bietet sich jetzt die in der Geschichte der Revolution außerordentlich seltene Möglichkeit, die Einberufung der Konstituierenden Versammlung zur angesetzten Zeit ohne neue

Verschleppungen zu sichern, die Möglichkeit, das Land vor der Gefahr einer militärischen und wirtschaftlichen Katastrophe zu schützen, die Möglichkeit, eine friedliche Entwicklung der Revolution zu sichern.

Wenn die Sowjets jetzt die Staatsmacht ganz und gar in ihre Hände nehmen, um das oben dargelegte Programm durchzuführen, so ist ihnen nicht nur die Unterstützung von neun Zehnteln der Bevölkerung Rußlands, der Arbeiterklasse und der ungeheuren Mehrheit der Bauernschaft gesichert. Den Sowjets ist auch der gewaltigste revolutionäre Enthusiasmus der Armee und der Mehrheit des Volkes sicher, jener Enthusiasmus, ohne den der Sieg über den Hunger und über den Krieg unmöglich ist.

Von irgendeinem Widerstand gegen die Sowjets könnte jetzt überhaupt keine Rede sein, wenn sie ihrerseits keine Schwankungen an den Tag legten. Keine einzige Klasse wird es wagen, einen Aufstand gegen die Sowjets zu entfachen, und die durch die Erfahrung des Kornilowputsches belehrten Gutsbesitzer und Kapitalisten würden angesichts einer ultimativen Forderung der Sowjets die Macht friedlich abtreten. Um den Widerstand der Kapitalisten gegen das Programm der Sowjets zu überwinden, würde es genügen, die Ausbeuter durch die Arbeiter und Bauern beaufsichtigen zu lassen und über die Widergesetzlichen solche Strafen zu verhängen wie die Beschlagnahme des gesamten Vermögens, verbunden mit einer kurzen Haft.

Durch die Übernahme der ganzen Macht könnten die Sowjets jetzt noch — und wahrscheinlich ist das ihre letzte Chance — eine friedliche Entwicklung der Revolution sichern, friedliche Wahlen der Deputierten durch das Volk, einen friedlichen Kampf der Parteien innerhalb der Sowjets, die Prüfung der Programme der verschiedenen Parteien in der Praxis, den friedlichen Übergang der Macht aus der Hand einer Partei in die einer anderen.

Läßt man diese Möglichkeit ungenutzt vorübergehen, so weist der ganze Entwicklungsgang der Revolution, angefangen von der Bewegung des 20. April bis zum Kornilowputsch, auf die Unvermeidlichkeit des schärfsten Bürgerkrieges zwischen Bourgeoisie und Proletariat hin. Die unabwendbare Katastrophe wird diesen Krieg näher bringen. Er wird, wie alle dem menschlichen Verstande zugänglichen Erfahrungen und Erwägungen zeigen, mit einem vollen Sieg der Arbeiterklasse enden, die bei der Durchführung des dargelegten Programms von den armen Bauern unterstützt werden wird, aber dieser Krieg kann sich als sehr schwer und sehr blutig erweisen, er kann Zehntausenden von Gutsbesitzern und Kapitalisten sowie Offizieren, die mit ihnen sympathisieren, das Leben kosten. Das Proletariat wird vor keinen Opfern haltmachen,

um die Revolution zu retten, die jedoch anders als durch das dargelegte Programm nicht gerettet werden kann. Das Proletariat würde aber die Sowjets mit allen Mitteln unterstützen, wenn sie ihre letzte Chance einer friedlichen Entwicklung der Revolution ausnutzen würden.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Rabotschi Putj“ Nr. 20 und 21,  
9. und 10. Oktober (26. und  
27. September) 1917.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke,  
Bd. XXI, S. 282—292.

## RATSCHLÄGE EINES AUSSENSTEHENDEN

Ich schreibe diese Zeilen am 8. Oktober und habe wenig Hoffnung, daß die Petrograder Genossen sie schon am 9. in Händen haben werden. Es ist möglich, daß meine Zeilen zu spät kommen, denn der Kongreß der Sowjets des Nordens ist für den 10. Oktober angesetzt. Ich will aber dennoch versuchen, mit meinen „Ratschlägen eines Außenstehenden“ hervorzutreten für den Fall, daß die wahrscheinliche Aktion der Arbeiter und Soldaten Petrograds und des ganzen „Kreises“ bald stattfinden wird, aber noch nicht stattgefunden hat.

Daß die ganze Macht an die Sowjets übergehen muß, ist klar. Genau so unstrittig muß es für jeden Bolschewik sein, daß einer revolutionären proletarischen (oder bolschewistischen — das ist jetzt ein und dasselbe) Macht die größten Sympathien und die rückhaltlose Unterstützung aller Werktätigen und Ausgebeuteten in der ganzen Welt überhaupt, namentlich in den kriegführenden Ländern, und insbesondere in der russischen Bauernschaft sicher sind. Es verlohnt sich nicht, bei dieser allzu bekannten und längst bewiesenen Wahrheit zu verweilen.

Dagegen muß man bei dem verweilen, was kaum allen Genossen ganz klar sein dürfte, nämlich: daß der Übergang der Macht an die Sowjets jetzt in der Praxis den bewaffneten Aufstand bedeutet. Man sollte meinen, das sei augenfällig, und doch durchdachten und durchdenken das nicht alle. Jetzt auf den bewaffneten Aufstand verzichten, hieße auf die Hauptlösung des Bolschewismus (Alle Macht den Sowjets) und überhaupt auf den ganzen revolutionären, proletarischen Internationalismus verzichten.

Doch der bewaffnete Aufstand ist eine *besondere* Form des politischen Kampfes, die besonderen Gesetzen unterworfen ist, und diese müssen gründlich durchdacht werden. Außerordentlich plastisch hat Karl Marx diese Wahrheit ausgedrückt, als er schrieb, daß der bewaffnete „Aufstand genau wie der Krieg eine Kunst“ ist.

Die wichtigsten Regeln dieser Kunst sind nach Marx:

1. Man darf nie mit dem Aufstand *spielen*, hat man ihn aber einmal begonnen, so muß man genau wissen, daß man *bis zu Ende gehen* muß.

2. Am entscheidenden Ort und im entscheidenden Augenblick muß ein *großes Übergewicht an Kräften* konzentriert werden, denn sonst wird der Feind, der besser ausgebildet und organisiert ist, die Aufständischen vernichten.

3. Sobald der Aufstand begonnen hat, gilt es, mit der größten *Entschiedenheit* zu handeln und unter allen Umständen und unbedingt *die Offensive* zu ergreifen. „Die Defensive ist der Tod der bewaffneten Erhebung.“

4. Man muß bestrebt sein, den Feind zu überraschen und den Augenblick abzapfen, wo seine Truppen zerstreut sind.

5. Es gilt, *täglich* (handelt es sich um eine Stadt, so können wir sagen stündlich), wenn auch kleine Erfolge zu erreichen, und dadurch um jeden Preis das „*moralische Übergewicht*“ festzuhalten.

Marx hat die Lehren aus allen Revolutionen über den bewaffneten Aufstand mit „den Worten Dantons, des größten bisher bekannten Meisters revolutionärer Taktik“, so zusammengefaßt: „De l'audace, de l'audace, encore de l'audace!“ \*

Auf Rußland und auf den Oktober 1917 angewandt, heißt das: gleichzeitige, möglichst überraschende und schnelle Offensive auf Petrograd, unbedingt sowohl von außen wie von innen, sowohl aus den Arbeitervierteln wie aus Finnland, aus Reval und aus Kronstadt, Offensive der *gesamten* Flotte und Konzentrierung eines *ungeheuren* *Kräfteübergewichtes* gegen unsere 15000- bis 20000köpfige (vielleicht auch stärkere) „Bürgerwehr“ (Offiziersschüler), unsere „Vendée-Truppen“ (ein Teil der Kosaken) usw.

Unsere *drei* Hauptkräfte: die Flotte, die Arbeiter und die Truppenteile, sind so zu kombinieren, daß unbedingt besetzt und um den Preis *beliebiger Verluste* behauptet werden: a) das Telephonamt, b) das Telegraphenamt, c) die Bahnhöfe und vor allem d) die Brücken.

Aus den *entschlossensten* Elementen (aus unseren „Stoßtruppen“ und der *Arbeiterjugend* und ebenso aus den besten Matrosen) sind kleine Abteilungen zu bilden, die die wichtigsten Punkte besetzen und überall, bei allen wichtigen Operationen *eingesetzt* werden, zum Beispiel:

Petrograd umzingeln und abschneiden, es durch einen kombinierten Angriff der Flotte, der Arbeiter und der Truppen einnehmen, — das ist eine Aufgabe, die *Geschick* und *dreifache Kühnheit* erfordert.

Aus den besten Arbeitern sind mit Gewehren und Bomben bewaff-

\* „Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit!“ *Der Übers.*

nete Abteilungen zu bilden, um die „Zentren“ des Feindes (Offizierschulen, Telegraphen-, Telephonamt und so weiter) anzugreifen und zu umzingeln. Die Losung dieser Abteilungen muß sein: *auch wenn wir alle zugrunde gehen, der Feind wird nicht durchgelassen.*

Wir wollen hoffen, daß, wenn die Aktion beschlossen wird, die Führer mit Erfolg das große Vermächtnis von Danton und Marx befolgen werden.

Der Erfolg der russischen sowohl wie der Weltrevolution hängt von zwei, drei Tagen des Kampfes ab.

Geschrieben am 21. (8.) Oktober 1917.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 250,  
7. November 1920.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXI, S. 407—409.



## **RESOLUTION ÜBER DEN BEWAFFNETEN AUFSTAND**

Das Zentralkomitee stellt fest, daß sowohl die internationale Lage der russischen Revolution (der Aufstand in der deutschen Flotte als höchster Ausdruck des Heranreifens der sozialistischen Weltrevolution in ganz Europa, ferner die Drohung der Welt der Imperialisten, die Revolution in Rußland zu erdrosseln) als auch die militärische Lage (der nicht zu bezweifelnde Entschluß der russischen Bourgeoisie und Kerenskis und Konsorten, Petrograd den Deutschen auszuliefern) und die Eroberung der Mehrheit in den Sowjets durch die proletarische Partei, — daß alles dies in Zusammenhang mit dem Bauernaufstand und mit der Tatsache, daß sich das Vertrauen des Volkes unserer Partei zugewandt hat (Wahlen in Moskau), und endlich die offenkundige Vorbereitung eines zweiten Kornilowputsches (Abtransport von Truppen aus Petrograd, Zusammenziehung von Kosaken bei Petrograd, Umzingelung von Minsk durch Kosaken usw.), — daß all dies den bewaffneten Aufstand auf die Tagesordnung setzt.

Das Zentralkomitee stellt somit fest, daß der bewaffnete Aufstand unumgänglich und völlig herangereift ist, und fordert alle Parteiorganisationen auf, sich hiervon leiten zu lassen und von diesem Gesichtspunkt aus alle praktischen Fragen zu behandeln und zu entscheiden (Sowjetkongreß des Nordgebiets, Abtransport von Truppen aus Petrograd, die Aktionen der Moskauer und der Minsker usw.).

Geschrieben am 10. Oktober 1917.

Veröffentlicht in der Zeitschrift  
„Prosektor“ Nr. 12 (42),  
31. Oktober 1924.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXI, S. 419.

## BRIEF AN DIE MITGLIEDER DER PARTEI DER BOLSCHEWIKI

Genossen! Ich habe noch nicht die Möglichkeit gehabt, die Petrograder Zeitungen vom Mittwoch, den 18. Oktober, zu bekommen. Als man mir telephonisch den vollständigen Text der Erklärung Kamenews und Sinowjews mitteilte, die in dem außerparteilichen Blatt „Nowaja Shisn“ veröffentlicht wurde, sträubte ich mich, es zu glauben. Zweifel sind jedoch unmöglich, und ich bin gezwungen, die Gelegenheit zu benutzen, um diesen Brief den Parteimitgliedern bis Donnerstag abend oder Freitag früh zukommen zu lassen, denn es wäre ein Verbrechen, die Tatsache eines so unerhörten *Streikbruchs* mit Schweigen zu übergehen.

Je ernster die praktische Frage, je verantwortlicher und je „prominenter“ die Leute, die den Streikbruch begehen, um so gefährlicher ist er, um so entschiedener muß man die Streikbrecher hinauswerfen, um so unverzeihlicher wäre ein Schwanken, sei es auch wegen etwaiger früherer „Verdienste“ der Streikbrecher.

Man bedenke nur! In Parteikreisen ist bekannt, daß die Partei seit September die Frage des Aufstandes erörtert. Niemand hat von einem einzigen Brief oder Schreiben auch nur einer der genannten Personen je etwas gehört! Jetzt, sozusagen am Vorabend des Sowjetkongresses, treten zwei prominente Bolschewiki *gegen* die Mehrheit und somit offenkundig *gegen das Zentralkomitee* auf. Das wird nicht offen gesagt, und dadurch wird der Schaden für die Sache noch größer, denn in Andeutungen zu sprechen ist noch gefährlicher.

Aus dem Wortlaut der Erklärung Kamenews und Sinowjews geht ganz klar hervor, daß sie sich gegen das Zentralkomitee wenden, sonst wäre ihre Erklärung sinnlos; *welchen* Beschluß des Zentralkomitees sie anfechten, wird aber nicht gesagt.

Warum?

Das ist klar: weil das Zentralkomitee diesen Beschluß nicht veröffentlicht hat.

Was ergibt sich also?

Am Vorabend des kritischen Tages, des 20. Oktober, greifen zwei „prominente Bolschewiki“ in der allerwichtigsten Kampffrage einen unveröffentlichten Beschluß der Parteizentrale in einem außerparteilichen Presseorgan an, noch dazu in einer Zeitung, die in dieser Frage *Hand in Hand mit der Bourgeoisie gegen die Arbeiterpartei* geht!

Das ist ja tausendmal niederträchtiger und *millionenmal schädlicher* als alle Äußerungen z. B. Plechanows in der außerparteilichen Presse in den Jahren 1906—1907, die von der Partei so scharf verurteilt wurden! Damals handelte es sich schließlich nur um die Wahlen, während es jetzt um den Aufstand zur Eroberung der Macht geht!

Und in einer solchen Frage, nach Beschlußfassung der Zentrale, diesen *unveröffentlichten* Beschluß vor den Rodsjanko und Kerenski in einem außerparteilichen Blatt anzufechten — kann man sich ein verräterischeres, streikbrecherischeres Vorgehen vorstellen?

Ich würde es als eine Schmach für mich betrachten, wenn ich aus Rücksicht auf meine früheren engeren Beziehungen zu diesen ehemaligen Genossen schwankte, sie zu verurteilen. Ich sage offen, daß ich beide nicht mehr als Genossen betrachte und mit aller Kraft sowohl im Zentralkomitee als auch auf dem Parteitag für den Ausschluß der beiden aus der Partei kämpfen werde.

Denn eine Arbeiterpartei, die durch das Leben selbst immer öfter unmittelbar vor den Aufstand gestellt wird, ist nicht imstande, diese schwere Aufgabe zu lösen, wenn unveröffentlichte Beschlüsse der Zentrale, nach ihrer Annahme, in der außerparteilichen Presse angefochten und Schwankungen und Verwirrung in die Reihen der Kämpfer hineingetragen werden.

Mögen die Herren Sinowjew und Kamenew mit dem Dutzend Leuten, die den Kopf verloren haben, oder mit Kandidaten für die Konstituierende Versammlung ihre eigene Partei gründen. Arbeiter werden einer solchen Partei nicht beitreten, denn die erste Losung dieser Partei wird lauten:

„Mitgliedern des Zentralkomitees, die in der Frage des Entscheidungskampfes in der Sitzung des Zentralkomitees niedergestimmt werden, ist es gestattet, sich der außerparteilichen Presse zu bedienen, um unveröffentlichte Parteibeschlüsse anzugreifen.“

Mögen sie sich eine *solche* Partei aufbauen; unsere bolschewistische Arbeiterpartei wird dadurch nur gewinnen.

Wenn alle Dokumente veröffentlicht sein werden, wird der Streikbruch Sinowjews und Kamenews noch viel klarer zutage treten. Inzwischen mögen die Arbeiter sich folgende Frage stellen:

„Nehmen wir an, der Vorstand des Allrussischen Gewerkschaftsbundes hätte nach einmonatiger Beratung und mit einer Mehrheit von über 80 Prozent beschlossen, einen Streik vorzubereiten, über den Zeitpunkt aber und über andere Umstände vorläufig nichts zu veröffentlichen. Nehmen wir an, zwei Mitglieder schreiben, unter dem Vorwand einer abweichenden Meinung, *nach* dem Beschluß nicht nur Briefe an die Ortsgruppen, in denen sie die Revision des Beschlusses fordern, sondern veröffentlichen auch ihre Briefe in der *außerparteilichen* Presse. Nehmen wir endlich an, sie greifen auch selbst den Beschluß in der außerparteilichen Presse an, obwohl er noch nicht veröffentlicht ist, und schmähen den Streik vor den Kapitalisten.“

Es fragt sich, würden die Arbeiter schwanken, solche Streikbrecher aus ihren Reihen auszustoßen?

\* \* \*

Was die Frage des Aufstands jetzt, so kurz vor dem 20. Oktober betrifft, so kann ich aus der Ferne nicht beurteilen, wie weit die Sache durch dieses streikbrecherische Auftreten in der außerparteilichen Presse verdorben wurde. Ohne Zweifel ist *praktisch* ein sehr großer Schaden angerichtet worden. Um die Sache wiedergutzumachen, muß vor allem die Einheit der bolschewistischen Front durch Ausschluß der Streikbrecher wiederhergestellt werden.

Die Schwäche der ideologischen Argumente gegen den Aufstand wird um so klarer, je mehr wir sie ans Tageslicht ziehen. Ich habe dieser Tage einen Artikel darüber an den „Rabotschi Putj“<sup>26</sup> geschickt, und wenn die Redaktion es nicht für möglich halten sollte, diesen Artikel zu bringen, werden ihn die Parteimitglieder wahrscheinlich im Manuskript kennenlernen.\*

Diese mit Verlaub zu sagen „ideologischen Argumente“ lassen sich auf zwei reduzieren. Erstens: das „Abwarten“ der Konstituierenden Versammlung. Warten wir ab, vielleicht können wir die Sache noch hinziehen. Das ist das ganze Argument. Vielleicht können wir trotz Hunger, trotz Zerrüttung, trotzdem die Geduld der Soldaten erschöpft ist, trotz der Rotsjankoschen Schritte zur Auslieferung Petrograds an die Deutschen, trotz der Arbeiteraussperrungen die Sache noch hinziehen.

„Vielleicht“ und „mag sein“, darin liegt die ganze Kraft des Arguments.

Zweitens: ein hysterischer Pessimismus. Bei der Bourgeoisie und

---

\* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXI, S. 423. Der Übers.

bei Kerenski stehe alles ausgezeichnet, bei uns dagegen alles schlecht. Bei den Kapitalisten sei alles großartig vorbereitet, bei den Arbeitern dagegen alles schlecht. Die „Pessimisten“ in bezug auf die militärische Seite der Sache schreien aus vollem Halse, während die „Optimisten“ schweigen, denn außer Streikbrechern bringt es wohl kaum jemand fertig, gewisse Dinge vor Rodsjanko und Kerenski aufzudecken.

\* \* \*

Schwere Zeiten. Eine schwere Aufgabe. Ein schwerer Verrat. Und trotzdem wird die Aufgabe gelöst werden, die Arbeiter werden sich zusammenschließen, der Bauernaufstand und die äußerste Ungeduld der Soldaten an der Front werden das ihrige tun! Schließen wir die Reihen enger — das Proletariat muß siegen!

Geschrieben am 31. (18.) Oktober 1917.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 250,  
1. November 1927.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke,  
Bd. XXI, S. 445—448.

## BRIEF AN DIE MITGLIEDER DES ZENTRALKOMITEES

Genossen!

Ich schreibe diese Zeilen am 24. Oktober abends. Die Lage ist äußerst kritisch. Es ist sonnenklar, daß jetzt eine Verzögerung des Aufstandes schon wahrhaftig den Tod bedeutet.

Unter Aufbietung aller Kraft bemühe ich mich, die Genossen zu überzeugen, daß jetzt alles an einem Haar hängt, daß auf der Tagesordnung Fragen stehen, die nicht durch Beratungen, nicht durch Kongresse (selbst nicht durch Sowjetkongresse) entschieden werden, sondern ausschließlich durch die Völker, durch die Masse, durch den Kampf der bewaffneten Massen.

Der Ansturm der Bourgeoisie durch die Kornilowleute, die Entfernung Werchowskis<sup>27</sup> zeigt, daß nicht gewartet werden darf. Man muß um jeden Preis heute abend, heute nacht die Regierung verhaften, nachdem man die Offizierschüler entwaffnet hat (nachdem man sie besiegt hat, wenn sie Widerstand leisten werden) usw.

Man darf nicht warten!! Man kann alles verlieren!!

Der Gewinn von der sofortigen Machtübernahme ist: Schutz des *Volkes* (nicht des Kongresses, sondern des Volkes, in erster Linie der Armee und der Bauern) vor der Kornilowschen Regierung, die Werchowski verjagt und eine zweite Kornilowverschwörung eingefädelt hat.

Wer soll die Macht übernehmen?

Das ist jetzt nicht wichtig: mag sie das Revolutionäre Militärkomitee übernehmen „oder eine andere Körperschaft“, die erklären wird, daß sie die Macht nur den wahren Vertretern der Interessen des Volkes, der Interessen der Armee (sofortiges Friedensangebot), der Interessen der Bauern (vom Boden muß sofort Besitz ergriffen, das Privateigentum aufgehoben werden), der Interessen der Hungernden übergeben wird.

Es ist notwendig, daß alle Bezirke, alle Regimenter, alle Kräfte sofort mobilisiert werden und unverzüglich Delegationen zum Revo-

lutionären Militärkomitee, zum Zentralkomitee der Bolschewiki entsenden und dringend fordern: auf keinen Fall darf die Macht bis zum 25. Oktober in den Händen Kerenskis und Konsorten belassen werden, unter keinen Umständen; die Sache ist unbedingt heute abend oder heute nacht zu entscheiden.

Eine Verzögerung wird die Geschichte den Revolutionären nicht verzeihen, die heute siegen können (und heute bestimmt siegen werden), während sie morgen Gefahr laufen, vieles, ja alles zu verlieren.

Wenn wir heute die Macht ergreifen, so ergreifen wir sie nicht gegen die Sowjets, sondern für sie.

Die Machtergreifung ist Sache des Aufstands; ihr politisches Ziel wird nach der Machtergreifung klarwerden.

Es wäre Verderb oder Formalität, die unsichere Abstimmung am 25. Oktober abzuwarten, das Volk hat das Recht und die Pflicht, solche Fragen nicht durch Abstimmungen, sondern durch Gewalt zu entscheiden; das Volk hat das Recht und die Pflicht, in kritischen Augenblicken der Revolution seinen Vertretern, selbst seinen besten Vertretern, die Richtung zu weisen und nicht auf sie zu warten.

Das hat die Geschichte aller Revolutionen bewiesen, und maßlos wäre das Verbrechen der Revolutionäre, wenn sie den Augenblick vorübergehen ließen, obwohl sie wissen, daß die *Rettung der Revolution*, das Friedensangebot, die Rettung Petrograds, die Rettung vor dem Hunger, die Übergabe des Grund und Bodens an die Bauern von ihnen abhängen.

Die Regierung schwankt. Man muß ihr *den Rest geben*, koste es, was es wolle!

Eine Verzögerung der Aktion bedeutet den Tod.

Geschrieben am 6. November  
(24. Oktober) 1917.

Veröffentlicht im Jahre 1925.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXI, S. 461/62.

# STAAT UND REVOLUTION

DIE LEHRE DES MARXISMUS VOM STAAT UND DIE AUFGABEN  
DES PROLETARIATS IN DER REVOLUTION

## VORWORT ZUR ERSTEN AUFLAGE

Die Frage des Staates gewinnt gegenwärtig besondere Bedeutung sowohl in theoretischer als auch in praktisch-politischer Beziehung. Der imperialistische Krieg hat den Prozeß der Umwandlung des monopolistischen Kapitalismus in staatsmonopolistischen Kapitalismus außerordentlich beschleunigt und verschärft. Die ungeheuerliche Knechtung der werktätigen Massen durch den Staat, der immer inniger mit den allmächtigen Kapitalistenverbänden verschmilzt, wird immer ungeheuerlicher. Die fortgeschrittenen Länder verwandeln sich — wir sprechen von ihrem „Hinterland“ — in Militärzuchthäuser für die Arbeiter.

Die unerhörten Greuel und Unbilden des sich in die Länge ziehenden Krieges machen die Lage der Massen unerträglich und steigern ihre Empörung. Sichtlich reift die internationale proletarische Revolution heran. Die Frage nach ihrem Verhältnis zum Staat gewinnt praktische Bedeutung.

Die in Jahrzehnten einer verhältnismäßig friedlichen Entwicklung angesammelten Elemente des Opportunismus haben die in den offiziellen sozialistischen Parteien der ganzen Welt herrschende Strömung des Sozialchauvinismus geschaffen. Diese Strömung (Plechanow, Potressow, Breschkowskaja, Rubanowitsch, dann in leicht verhüllter Form die Herren Zereteli, Tschernow und Konsorten in Rußland; Scheidemann, Legien, David usw. in Deutschland; Renaudel, Guesde, Vandervelde in Frankreich und Belgien; Hyndman und die Fabier in England usw. usw.) — Sozialismus in Worten, Chauvinismus in der Tat — ist gekennzeichnet durch die niederträchtige, lakaienhafte Anpassung der „Führer“ des „Sozialismus“ an die Interessen nicht nur „ihrer“ nationalen Bourgeoisie, sondern namentlich auch „ihres“



Staates, denn die meisten sogenannten Großmächte beuten seit langem eine ganze Reihe kleiner und schwacher Völkerschaften aus und unterjochen sie. Der imperialistische Krieg ist ja gerade ein Krieg um die Teilung und Neuaufteilung dieser Art von Beute. Der Kampf um das Freimachen der werktätigen Massen von dem Einfluß der Bourgeoisie im allgemeinen und der imperialistischen Bourgeoisie im besonderen ist ohne Bekämpfung der opportunistischen Vorurteile in bezug auf den „Staat“ unmöglich.

Wir wollen zuerst die Staatslehre von Marx und Engels betrachten und besonders eingehend bei den in Vergessenheit geratenen oder opportunistisch entstellten Seiten dieser Lehre verweilen. Darauf werden wir uns insbesondere mit dem Hauptvertreter dieser Entstellungen befassen, mit Karl Kautsky, dem bekanntesten Führer der II. Internationale (1889—1914), die in diesem Kriege einen so jämmerlichen Bankrott erlitten hat. Endlich werden wir die Hauptergebnisse der Erfahrungen der russischen Revolution von 1905 und besonders der von 1917 zusammenfassen. Diese letztere schließt anscheinend gegenwärtig (Anfang August 1917) die erste Phase ihrer Entwicklung ab, diese ganze Revolution kann jedoch überhaupt nur verstanden werden als eines der Glieder in der Kette der sozialistischen proletarischen Revolutionen, die durch den imperialistischen Krieg hervorgerufen werden. Die Frage des Verhältnisses der sozialistischen Revolution des Proletariats zum Staat gewinnt somit nicht nur eine praktischpolitische, sondern auch eine höchst aktuelle Bedeutung als eine Frage der Aufklärung der Massen darüber, was sie zu ihrer Befreiung vom Joch des Kapitals in der nächsten Zukunft zu tun haben.

*Der Verfasser*

August 1917

## VORWORT ZUR ZWEITEN AUFLAGE

Die vorliegende zweite Auflage wird fast ohne Änderungen gedruckt. Hinzugefügt ist nur der Abschnitt 3 des Kapitels II.

*Der Verfasser*

Moskau,  
den 17. Dezember 1918

## I. KAPITEL

### KLASSENGESELLSCHAFT UND STAAT

#### 1. Der Staat — ein Produkt der Unversöhnlichkeit der Klassengegensätze

Mit der Lehre von Marx geschieht jetzt dasselbe, was in der Geschichte wiederholt mit den Lehren revolutionärer Denker und Führer der unterdrückten Klassen in ihrem Befreiungskampf geschah. Zu Lebzeiten der großen Revolutionäre hatten die unterdrückenden Klassen für sie nur ständige Verfolgungen übrig, sie begegneten ihrer Lehre mit wildestem Ingrim, wütendstem Haß, zügellosem Lügen- und Verleumdungsfeldzug. Nach ihrem Tode versucht man, sie in harmlose Götzen zu verwandeln, sie sozusagen heiligzusprechen, ihrem *Namen* einen gewissen Ruhm einzuräumen zur „Tröstung“ und Beterung der unterdrückten Klassen, indem man die revolutionäre Lehre des *Inhalts* beraubt, ihr die revolutionäre Spitze abbricht, sie vulgariert. In einer solchen „Bearbeitung“ des Marxismus finden sich jetzt die Bourgeoisie und die Opportunisten innerhalb der Arbeiterbewegung zusammen. Man vergift, verdrängt, verzerrt die revolutionäre Seite der Lehre, ihren revolutionären Geist. Man schiebt in den Vordergrund, man rühmt das, was für die Bourgeoisie annehmbar ist oder als annehmbar erscheint. Alle Sozialchauvinisten sind heutzutage „Marxisten“ — Spaß beiseite! Und immer häufiger sprechen deutsche bürgerliche Gelehrte, deren Spezialfach gestern noch die Ausrottung des Marxismus war, von dem „national-deutschen“ Marx, der die zur Führung des Raubkrieges so glänzend organisierten Arbeiterverbände erzogen haben soll!

Bei dieser Sachlage, bei der unerhörten Verbreitung, die die Entstellungen des Marxismus gefunden haben, besteht unsere Aufgabe in erster Linie in der *Wiederherstellung* der wahren Marxschen Lehre vom Staat. Dazu wird es notwendig sein, eine ganze Reihe langer Zitate aus den eigenen Werken von Marx und Engels anzuführen. Gewiß,

die langen Zitate werden die Darstellung schwerfällig machen und ihrer Gemeinverständlichkeit keineswegs förderlich sein. Es ist aber absolut unmöglich, ohne sie auszukommen. Alle, oder zumindest alle entscheidenden Stellen aus den Werken von Marx und Engels über die Frage des Staates müssen unbedingt möglichst vollständig angeführt werden, damit sich der Leser ein selbständiges Urteil bilden kann über die gesamten Auffassungen der Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und über die Entwicklung dieser Auffassungen, dann aber auch, damit die Entstellung durch das heute herrschende „Kautskyanerium“ dokumentarisch nachgewiesen und anschaulich vor Augen geführt werde.

Wir beginnen mit dem verbreitetsten Werk von F. Engels: „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats“, das 1894 in Stuttgart bereits in sechster Auflage erschienen ist.

„Der Staat“, sagt Engels bei der Zusammenfassung seiner geschichtlichen Analyse, „ist also keineswegs eine der Gesellschaft von außen aufgezwungene Macht; ebenso wenig ist er ‚die Wirklichkeit der sittlichen Idee‘, ‚das Bild und die Wirklichkeit der Vernunft‘, wie Hegel behauptet. Er ist vielmehr ein Produkt der Gesellschaft auf bestimmter Entwicklungsstufe; er ist das Eingeständnis, daß diese Gesellschaft sich in einen unlösbaren Widerspruch mit sich selbst verwickelt, sich in unversöhnliche Gegensätze gespalten hat, die zu bannen sie ohnmächtig ist. Damit aber diese Gegensätze, Klassen mit widerstreitenden ökonomischen Interessen, nicht sich und die Gesellschaft in fruchtlosem Kampf verzehren, ist eine scheinbar über der Gesellschaft stehende Macht nötig geworden, die den Konflikt dämpfen, innerhalb der Schranken der ‚Ordnung‘ halten soll; und diese, aus der Gesellschaft hervorgegangne, aber sich über sie stellende, sich ihr mehr und mehr entfremdende Macht ist der Staat.“ (S. 177—178 der sechsten deutschen Aufl., Stuttgart 1894.)

Hier ist mit voller Klarheit der Grundgedanke des Marxismus über die historische Rolle und die Bedeutung des Staates zum Ausdruck gebracht. Der Staat ist das Produkt und die Äußerung der *Unversöhnlichkeit* der Klassengegensätze. Der Staat entsteht dort, dann und insofern, wo, wann und inwiefern die Klassengegensätze objektiv *nicht* versöhnt werden können. Und umgekehrt: das Bestehen des Staates beweist, daß die Klassengegensätze unversöhnlich sind.

Gerade in diesem wichtigsten und grundlegenden Punkt beginnt die Entstellung des Marxismus, und diese verläuft in zwei Hauptlinien.

Auf der einen Seite pflegen bürgerliche und insbesondere kleinbürgerliche Ideologen — die sich unter dem Druck unbestreitbarer geschichtlicher Tatsachen gezwungen sehen anzuerkennen, daß der Staat nur dort vorhanden ist, wo es Klassengegensätze und Klassenkampf gibt — Marx in der Weise zu „verbessern“, daß der Staat sich als Organ der *Klassenversöhnung* erweist. Nach Marx hätte der Staat

weder entstehen noch bestehen können, wenn eine Versöhnung der Klassen möglich wäre. Bei den kleinbürgerlichen und philiströsen Professoren und Publizisten kommt es — oft unter wohlwollenden Hinweisen auf Marx! — so heraus, daß der Staat gerade die Klassen versöhne. Nach Marx ist der Staat ein Organ der *Klassenherrschaft*, ein Organ der *Unterdrückung* der einen Klasse durch die andere, ist die Errichtung derjenigen „Ordnung“, die diese Unterdrückung sanktioniert und festigt, indem sie den Konflikt der Klassen dämpft. Nach Ansicht der kleinbürgerlichen Politiker ist die Ordnung gerade die Versöhnung der Klassen und nicht die Unterdrückung der einen Klasse durch die andere; den Konflikt dämpfen, heiße versöhnen und nicht den unterdrückten Klassen bestimmte Mittel und Methoden des Kampfes zum Sturz der Unterdrücker entziehen.

Alle Sozialrevolutionäre und Menschewiki zum Beispiel sind während der Revolution von 1917, als die Frage nach der Bedeutung und der Rolle des Staates sich gerade in ihrer ganzen Größe erhob, sich praktisch, als Frage der sofortigen Aktion, und zwar der Massenaktion erhob — alle sind mit einem Schlag gänzlich zur kleinbürgerlichen Theorie der „Versöhnung“ der Klassen durch den „Staat“ hinabgerutscht. Die zahllosen Resolutionen und Artikel der Politiker dieser beiden Parteien sind völlig von dieser kleinbürgerlichen und philiströsen Theorie der „Versöhnung“ durchdrungen. Daß der Staat das Organ der Herrschaft einer bestimmten Klasse ist, die mit ihrem Antipoden (der ihr entgegengesetzten Klasse) *nicht* versöhnt werden *kann*, das vermag die kleinbürgerliche Demokratie nie zu begreifen. Im Verhältnis zum Staat tritt am anschaulichsten zutage, daß unsere Sozialrevolutionäre und Menschewiki gar keine Sozialisten sind (was wir Bolschewiki immer schon nachwiesen), sondern kleinbürgerliche Demokraten mit einer fast-sozialistischen Phraseologie.

Auf der anderen Seite ist die „kautskyische“ Entstellung des Marxismus viel feiner. „Theoretisch“ wird weder in Abrede gestellt, daß der Staat ein Organ der *Klassenherrschaft* ist, noch daß die *Klassengegensätze* unversöhnlich sind. Außer acht gelassen oder vertuscht wird aber folgendes: wenn der Staat das Produkt der Unversöhnlichkeit der *Klassengegensätze* ist, wenn er eine *über* der Gesellschaft stehende und „*sich ihr mehr und mehr entfremdende*“ Macht ist, so ist es klar, daß die Befreiung der unterdrückten Klasse unmöglich ist nicht nur ohne gewaltsame Revolution, *sondern auch ohne Vernichtung* des von der herrschenden Klasse geschaffenen Apparates der Staatsgewalt, in dem sich diese „Entfremdung“ verkörpert. Diese theoretisch von selbst einleuchtende Schlußfolgerung hat Marx, wie

wir weiter unten sehen werden, auf Grund einer konkreten historischen Analyse der Aufgaben der Revolution mit der größten Bestimmtheit gezogen. Und gerade diese Schlußfolgerung hat Kautsky, wir werden das ausführlich in unserer weiteren Darlegung nachweisen, . . . „vergessen“ und entstellt.

## 2. Besondere Formationen bewaffneter Menschen, Gefängnisse usw.

„Gegenüber der alten Gentilordnung“, fährt Engels fort, „kennzeichnet sich der Staat erstens durch die Einteilung der Staatsangehörigen *nach dem Gebiet*“ . . . Uns kommt diese Einteilung „natürlich“ vor, sie hat aber einen langwierigen Kampf gegen die alte Organisation nach Geschlechtern und Stämmen gekostet.

„Das zweite ist die Einrichtung einer *öffentlichen Gewalt*, welche nicht mehr unmittelbar zusammenfällt mit der, sich selbst als bewaffnete Macht organisierenden Bevölkerung. Diese besondere, öffentliche Gewalt ist nötig, weil eine selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung unmöglich geworden seit der Spaltung in Klassen . . . Diese öffentliche Gewalt existiert in jedem Staat; sie besteht nicht bloß aus bewaffneten Menschen, sondern auch aus sächlichen Anhängeln, Gefängnissen und Zwangsanstalten aller Art, von denen die Gentilgesellschaft nichts wußte . . .“

Engels entwickelt nun den Begriff jener „Macht“, die man als Staat bezeichnet, der Macht, die aus der Gesellschaft hervorgegangen ist, sich aber über sie stellt und sich ihr mehr und mehr entfremdet. Worin besteht hauptsächlich diese Macht? In besonderen Formationen bewaffneter Menschen, die Gefängnisse usw. zu ihrer Verfügung haben.

Wir sind berechtigt, von besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu sprechen, weil die jedem Staat eigentümliche öffentliche Gewalt „nicht mehr unmittelbar zusammenfällt“ mit der bewaffneten Bevölkerung, mit ihrer „selbsttätigen bewaffneten Organisation“.

Wie alle großen revolutionären Denker, sucht Engels die Aufmerksamkeit der klassenbewußten Arbeiter gerade auf das zu lenken, was dem herrschenden Spießertum am wenigsten beachtenswert, am gewohntesten erscheint, auf das, was nicht nur durch fest eingewurzelte, sondern, man kann sagen, durch erstarrte Vorurteile geheiligt ist. Das stehende Heer und die Polizei sind die Hauptwerkzeuge der Gewaltausübung der Staatsmacht, aber — kann denn das anders sein?

Vom Standpunkt der ungeheuren Mehrheit der Europäer am Ausgang des 19. Jahrhunderts, an die sich Engels wandte und die keine einzige große Revolution selbst miterlebt oder aus der Nähe beobachtet hatten, kann das nicht anders sein. Für sie ist es völlig unverständlich, was das für eine „selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung“ ist. Auf die Frage, warum besondere, über die Gesellschaft gestellte und sich ihr entfremdende Formationen bewaffneter

Menschen (Polizei, stehendes Heer) nötig geworden seien, ist der westeuropäische und russische Philister geneigt, mit ein paar bei Spencer oder Michailowski<sup>28</sup> entlehnten Phrasen zu antworten, auf die Komplizierung des öffentlichen Lebens, die Differenzierung der Funktionen hinzuweisen u. dgl.

Ein solcher Hinweis hat den Anschein der „Wissenschaftlichkeit“ und schläfert den Spießer vortrefflich ein, da er das Wichtigste und Grundlegende verdunkelt: die Spaltung der Gesellschaft in einander unversöhnlich feindliche Klassen.

Ohne diese Spaltung würde sich die „selbsttätige bewaffnete Organisation der Bevölkerung“ zwar durch ihre Kompliziertheit, die Höhe ihrer Technik usw. von der primitiven Organisation der Herde Affen, die zu Stöcken greifen, oder den Urmenschen oder den in der Gentilgesellschaft zusammengeschlossenen Menschen unterscheiden, aber eine derartige Organisation wäre möglich.

Sie ist unmöglich, weil die zivilisierte Gesellschaft in feindliche und noch dazu unversöhnlich feindliche Klassen gespalten ist, deren „selbsttätige“ Bewaffnung zu einem bewaffneten Kampf unter ihnen führen würde. Es bildet sich der Staat heraus, es wird eine besondere Macht geschaffen, besondere Formationen bewaffneter Menschen entstehen, und jede Revolution, die den Staatsapparat zerstört, zeigt uns aufs deutlichste, wie die herrschende Klasse die *ihr* dienenden besonderen Formationen bewaffneter Menschen zu erneuern sucht und wie die unterdrückte Klasse eine neue Organisation dieser Art zu schaffen strebt, die fähig wäre, nicht den Ausbeutern, sondern den Ausbeuteten zu dienen.

Engels wirft in der angeführten Betrachtung theoretisch dieselbe Frage auf, vor die uns jede große Revolution praktisch, anschaulich und dabei im Ausmaß der Massenaktion stellt, nämlich die Frage nach dem Wechselverhältnis zwischen den „besonderen“ Formationen bewaffneter Menschen und der „selbsttätigen bewaffneten Organisation der Bevölkerung“. Wir werden sehen, welche konkrete Illustration zu dieser Frage die Erfahrungen der europäischen und der russischen Revolutionen geliefert haben.

Doch kehren wir zur Darstellung von Engels zurück.

Er weist darauf hin, daß zuweilen, zum Beispiel hier und dort in Nordamerika, diese öffentliche Gewalt schwach ist (es handelt sich um eine für die kapitalistische Gesellschaft seltene Ausnahme und um diejenigen Teile Nordamerikas in seiner vorimperialistischen Periode, wo der freie Kolonist vorherrschte), daß sie aber, allgemein gesprochen, sich verstärkt:

„... Sie“ (die öffentliche Gewalt) „verstärkt sich aber in dem Maß, wie die Klassengegensätze innerhalb des Staats sich verschärfen, und wie die einander begrenzenden Staaten größer und volkreicher werden — man sehe nur unser heutiges Europa an, wo Klassenkampf und Eroberungskonkurrenz die öffentliche Macht auf eine Höhe emporgeschraubt haben, auf der sie die ganze Gesellschaft und selbst den Staat zu verschlingen droht.“

Das ist nicht später als Anfang der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts geschrieben worden. Das letzte Vorwort von Engels datiert vom 16. Juni 1891. Damals nahm die Wendung zum Imperialismus — sowohl im Sinne der völligen Herrschaft der Truste als auch im Sinne der Allmacht der Riesenbanken wie im Sinne einer grandiosen Kolonialpolitik usw. — in Frankreich gerade erst ihren Anfang, noch schwächer war sie in Nordamerika und Deutschland. Seitdem hat die „Eroberungskonkurrenz“ einen gigantischen Schritt vorwärts getan, um so mehr, als zu Beginn des zweiten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts der Erdball endgültig unter diese „konkurrierenden Eroberer“, d. h. die großen Räuberstaaten, aufgeteilt war. Die Rüstungen zu Land und zu Wasser sind seitdem ins Ungeheure gewachsen, und der Raubkrieg 1914—1917 um die Beherrschung der Welt durch England oder durch Deutschland, um die Teilung der Beute hat das „Verschlingen“ aller Gesellschaftskräfte durch die räuberische Staatsmacht einer völligen Katastrophe nahegebracht.

Engels wußte schon 1891 auf die „Eroberungskonferenz“ als auf eines der wichtigsten Unterscheidungsmerkmale der Außenpolitik der Großmächte hinzuweisen, aber in den Jahren 1914—1917, als gerade diese um ein Vielfaches verschärfte Konkurrenz den imperialistischen Krieg hervorgerufen hat, bemänteln die Lumpen des Sozialchauvinismus die Verteidigung der Raubinteressen „ihrer“ Bourgeoisie mit Phrasen über „Verteidigung des Vaterlandes“, über „Schutz der Republik und der Revolution“ usw.!

### 3. Der Staat — ein Werkzeug zur Ausbeutung der unterdrückten Klasse

Zur Aufrechterhaltung einer besonderen, über der Gesellschaft stehenden öffentlichen Gewalt sind Steuern und Staatsschulden nötig.

„Im Besitz der öffentlichen Gewalt und des Rechts der Steuereintreibung“, schreibt Engels, „stehn die Beamten nun da als Organe der Gesellschaft über der Gesellschaft. Die freie, willige Achtung, die den Organen der Gentilverfassung gezollt wurde, genügt ihnen nicht, selbst wenn sie sie haben könnten...“ Es werden Ausnahmegesetze über die Heiligkeit und Unverletzlichkeit der Beamten geschaffen. „Der lumpigste Polizeidiener... hat mehr ‚Autorität‘ als alle Organe der Gentilgesellschaft zusammengenommen; aber der mächtigste Fürst und der größte Staatsmann oder Feldherr der Zivilisation kann den geringsten Gentilvorsteher beneiden um die unerzwungene und unbestrittene Achtung, die ihm gezollt wird.“

Die Frage nach der privilegierten Stellung der Beamten als Organe der Staatsgewalt ist hier angeschnitten. Als das Grundlegende wird hervorgehoben: was stellt sie *über* die Gesellschaft? Wir werden sehen, wie die Pariser Kommune 1871 diese theoretische Frage praktisch zu lösen suchte und wie Kautsky 1912 sie reaktionär vertuschte.

„Da der Staat entstanden ist aus dem Bedürfnis, Klassengegensätze im Zaum zu halten; da er aber gleichzeitig mitten im Konflikt dieser Klassen entstanden ist, so ist er in der Regel Staat der mächtigsten, ökonomisch herrschenden Klasse, die vermittelt seiner auch politisch herrschende Klasse wird, und so neue Mittel erwirbt zur Niederhaltung und Ausbeutung der unterdrückten Klasse...“ Nicht nur der antike und der Feudalstaat waren Organe der Ausbeutung der Sklaven und leibeignen und hörigen Bauern, sondern es ist auch „der moderne Repräsentativstaat Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital. Ausnahmsweise indes kommen Perioden vor, wo die kämpfenden Klassen einander so nahe das Gleichgewicht halten, daß die Staatsgewalt als scheinbare Vermittlerin momentan eine gewisse Selbständigkeit gegenüber beiden erhält“ ... So die absolute Monarchie des 17. und 18. Jahrhunderts, so der Bonapartismus des ersten und des zweiten Kaiserreichs in Frankreich, so Bismarck in Deutschland.

Und so — fügen wir von uns hinzu — die Regierung Kerenskis im republikanischen Rußland, nachdem sie dazu übergegangen ist, das revolutionäre Proletariat zu verfolgen, in einem Moment, da die Sowjets dank der Führung der kleinbürgerlichen Demokraten *schon* machtlos sind und die Bourgeoisie *noch* nicht stark genug ist, um sie direkt auseinanderzujagen.

In der demokratischen Republik, fährt Engels fort, „übt der Reichtum seine Macht indirekt, aber um so sicherer aus“, und zwar erstens durch die „direkte Beamtenkorruption“ (Amerika) und zweitens durch die „Allianz von Regierung und Börse“ (Frankreich und Amerika).

Heute haben der Imperialismus und die Herrschaft der Banken diese beiden Methoden, die Allmacht des Reichtums in jeder beliebigen demokratischen Republik zu behaupten und auszuüben, zu einer außergewöhnlichen Kunst „entwickelt“. Wenn beispielsweise schon in den ersten Monaten der demokratischen Republik in Rußland, sozusagen im Honigmond des Ehebundes der „Sozialisten“ — der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki — mit der Bourgeoisie, Herr Paltschinski in der Koalitionsregierung alle Maßnahmen zur Zügelung der Kapitalisten und ihrer Raubgier, ihrer Ausplünderung des Staatssäckels durch Heereslieferungen, sabotierte, wenn dann der vom Ministerium zurückgetretene Herr Paltschinski (der natürlich durch einen anderen, genau ebensolchen Paltschinski ersetzt worden ist) von den Kapitalisten durch ein Pöstchen mit einem Gehalt von 120000 Rubel jährlich „belohnt“ wurde — wie nennt man das dann? Direkte Bestechung oder indirekte?



Allianz der Regierung mit den Syndikaten oder „nur“ freundschaftliche Beziehungen? Welche Rolle spielen die Tschernow und Zereteli, die Awxentjew und Skobelew? Sind sie „direkte“ Bundesgenossen der Millionäre, die den Staat bestehen, oder nur indirekte?

Die Allmacht des „Reichtums“ ist in der demokratischen Republik deshalb *sicherer*, weil sie nicht von einer schlechten politischen Hülle des Kapitalismus abhängig ist. Die demokratische Republik ist die denkbar beste politische Hülle des Kapitalismus, und daher begründet das Kapital, nachdem es (durch die Paltschinski, Tschernow, Zereteli und Konsorten) von dieser besten Hülle Besitz ergriffen hat, seine Macht derart zuverlässig, derart sicher, daß *kein* Wechsel, weder der Personen noch der Institutionen noch der Parteien der bürgerlichen demokratischen Republik, diese Macht erschüttert.

Es sei noch hervorgehoben, daß Engels mit der größten Bestimmtheit das allgemeine Stimmrecht als Werkzeug der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Das allgemeine Stimmrecht, sagt er, unter offensichtlicher Berücksichtigung der langjährigen Erfahrungen der deutschen Sozialdemokratie, ist

„der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat“.

Die kleinbürgerlichen Demokraten in der Art unserer Sozialrevolutionäre und Menschewiki sowie ihre leiblichen Brüder, alle Sozialchauvinisten und Opportunisten Westeuropas, erwarten eben vom allgemeinen Wahlrecht „mehr“. Sie selber teilen den falschen Gedanken und suggerieren ihn dem Volke, das allgemeine Wahlrecht sei „im heutigen Staat“ imstande, den Willen der Mehrheit der Werktätigen wirklich zum Ausdruck zu bringen und seine Durchführung zu sichern.

Wir können hier diesen falschen Gedanken nur festhalten, nur darauf hinweisen, daß die vollkommen klare, genaue, konkrete Engelsche Erklärung in der Propaganda und Agitation der „offiziellen“ (d. h. opportunistischen) sozialistischen Parteien auf Schritt und Tritt entstellt wird. Eine ausführliche Klarlegung der ganzen Falschheit des Gedankens, den Engels hier verwirft, erfolgt durch unsere weiteren Darlegungen der Auffassungen von Marx und Engels über den „*heutigen*“ Staat.

Engels faßt seine Auffassungen in seinem populärsten Werk in folgenden Worten zusammen:

„Der Staat ist also nicht von Ewigkeit her. Es hat Gesellschaften gegeben, die ohne ihn fertig wurden, die von Staat und Staatsgewalt keine Ahnung hatten. Auf einer bestimmten Stufe der ökonomischen Entwicklung, die mit Spaltung der Gesellschaft in Klassen notwendig verbunden war, wurde durch diese Spaltung der Staat

eine Notwendigkeit. Wir nähern uns jetzt mit raschen Schritten einer Entwicklungsstufe der Produktion, auf der das Dasein dieser Klassen nicht nur aufgehört hat, eine Notwendigkeit zu sein, sondern ein positives Hindernis der Produktion wird. Sie werden fallen, ebenso unvermeidlich, wie sie früher entstanden sind. Mit ihnen fällt unvermeidlich der Staat. Die Gesellschaft, die die Produktion auf Grundlage freier und gleicher Assoziation der Produzenten neu organisiert, versetzt die ganze Staatsmaschine dahin, wohin sie dann gehören wird: ins Museum der Altertümer, neben das Spinnrad und die bronzene Axt.“

Nicht oft trifft man dieses Zitat in der Propaganda- und Agitationsliteratur der heutigen Sozialdemokratie. Aber selbst dann, wenn dieses Zitat vorkommt, gebraucht man es meistens so, als würde man eine Art Verbeugung vor einem Heiligenbild machen, d. h. als offizielle Bekundung der Ehrerbietung vor Engels, ohne jeden Versuch, zu erfassen, einen wie weittragenden und tiefgreifenden Aufschwung der Revolution diese „Versetzung der ganzen Staatsmaschine ins Museum der Altertümer“ voraussetzt. Meistenteils fehlt sogar das Verständnis für das, was Engels als Staatsmaschine bezeichnet.

#### 4. Das „Absterben“ des Staates und die gewaltsame Revolution

Die Engelsschen Worte über das „Absterben“ des Staates sind weit und breit so bekannt, sie werden so oft zitiert, zeigen so plastisch, worin die Quintessenz der landläufigen Verfälschung des Marxismus zum Opportunismus besteht, daß es geboten erscheint, eingehend bei ihnen zu verweilen. Wir zitieren den ganzen Passus, dem sie entnommen sind:

„Das Proletariat ergreift die Staatsgewalt und verwandelt die Produktionsmittel zunächst in Staatseigentum. Aber damit hebt es sich selbst als Proletariat, damit hebt es alle Klassenunterschiede und Klassengegensätze auf, und damit auch den Staat als Staat. Die bisherige, sich in Klassengegensätzen bewegende Gesellschaft hatte den Staat nötig, das heißt eine Organisation der jedesmaligen ausbeutenden Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer äußern Produktionsbedingungen, also namentlich zur gewaltsamen Niederhaltung der ausgebeuteten Klasse in den durch die bestehende Produktionsweise gegebenen Bedingungen der Unterdrückung (Sklaverei, Leibeigenschaft oder Hörigkeit, Lohnarbeit). Der Staat war der offizielle Repräsentant der ganzen Gesellschaft, ihre Zusammenfassung in einer sichtbaren Körperschaft, aber er war dies nur, insofern er der Staat derjenigen Klasse war, welche selbst für ihre Zeit die ganze Gesellschaft vertrat: im Altertum Staat der sklavenhaltenden Staatsbürger, im Mittelalter des Feudaladels, in unsrer Zeit der Bourgeoisie. Indem er endlich tatsächlich Repräsentant der ganzen Gesellschaft wird, macht er sich selbst überflüssig. Sobald es keine Gesellschaftsklasse mehr in der Unterdrückung zu halten gibt, sobald mit der Klassenherrschaft und dem in der bisherigen Anarchie der Produktion begründeten Kampf ums Einzeldasein auch die daraus entspringenden Kollisionen und Exzesse beseitigt sind, gibt es nichts mehr zu reprimieren, das eine besondere Repressionsgewalt, einen Staat, nötig machte. Der erste Akt, worin der Staat wirklich als Repräsentant der ganzen Gesellschaft auftritt — die Besitzergreifung der Produktionsmittel im

Namen der Gesellschaft — ist zugleich sein letzter selbständiger Akt als Staat. Das Eingreifen einer Staatsgewalt in gesellschaftliche Verhältnisse wird auf einem Gebiete nach dem andern überflüssig und schläft dann von selbst ein. An die Stelle der Regierung über Personen tritt die Verwaltung von Sachen und die Leitung von Produktionsprozessen. Der Staat wird nicht ‚abgeschafft‘, *er stirbt ab*. Hieran ist die Phrase vom ‚freien Volksstaat‘ zu messen, also sowohl nach ihrer zeitweiligen agitatorischen Berechtigung, wie nach ihrer endgültigen wissenschaftlichen Unzulänglichkeit; hieran ebenfalls die Forderung der sogenannten Anarchisten, der Staat solle von heute auf morgen abgeschafft werden.“ („Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft“, dritte Aufl., Stuttgart 1894, S. 301 bis 303.)

Ohne einen Fehlschluß zu fürchten, darf man sagen, daß von dieser wunderbar gedankenreichen Engelsschen Betrachtung nur so viel wirkliches Gemeingut des sozialistischen Denkens in den heutigen sozialistischen Parteien geworden ist, daß der Staat nach Marx „abstirbt“, im Unterschied zur anarchistischen Lehre von der „Abschaffung“ des Staates. Den Marxismus so zurechtstutzen, heißt ihn auf Opportunismus reduzieren, denn bei einer solchen „Auslegung“ bleibt nur die vage Vorstellung von einer langsamen, gleichmäßigen, stetigen Veränderung übrig, als würden alle Sprünge und Stürme, als würde die Revolution ausbleiben. Das „Absterben“ des Staates im landläufigen, allgemein verbreiteten Sinne, wenn man so sagen darf, im Massensinne, bedeutet zweifellos eine Vertuschung, wenn nicht gar eine Verneinung der Revolution.

Indessen bedeutet eine solche „Auslegung“ die größte, nur für die Bourgeoisie vorteilhafte Verbalhornung des Marxismus, die theoretisch auf der Außerachtlassung der wichtigsten Umstände und Erwägungen beruht, wie sie allein schon in der gleichen, von uns vollständig zitierten, „zusammenfassenden“ Betrachtung von Engels dargestellt sind.

Erstens. Ganz zu Anfang dieser Betrachtung sagt Engels, daß das Proletariat durch das Ergreifen der Staatsgewalt „den Staat als Staat aufhebt“. Darüber nachzudenken, was das zu bedeuten hat, ist „nicht üblich“. Gewöhnlich wird dies entweder gänzlich ignoriert oder als eine Art „hegelianische“ „Schwäche“ von Engels angesehen. In Wirklichkeit ist in diesen Worten kurz die Erfahrung einer der größten proletarischen Revolutionen, die Erfahrung der Pariser Kommune von 1871, ausgedrückt, worüber an passender Stelle ausführlicher gesprochen werden soll. In Wirklichkeit spricht hier Engels von der „Aufhebung“ des Staates der *Bourgeoisie* durch die proletarische Revolution, während die Worte vom Absterben sich auf die Überreste des *proletarischen* Staatswesens nach der sozialistischen Revolution beziehen. Der bürgerliche Staat „stirbt“ nach Engels nicht „ab“, sondern er

wird in der Revolution vom Proletariat „aufgehoben“. Nach dieser Revolution stirbt der proletarische Staat oder Halbstaat ab.

Zweitens. Der Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“. Engels gibt hier diese großartige und überaus tiefe Definition in vollkommener Klarheit. Aus ihr folgt aber, daß die „besondere Repressionsgewalt“ der Bourgeoisie gegen das Proletariat, einer Handvoll reicher Leute gegen die Millionen der Werktätigen, abgelöst werden muß durch eine „besondre Repressionsgewalt“ des Proletariats gegen die Bourgeoisie (die Diktatur des Proletariats). Hierin besteht eben die „Aufhebung des Staates als Staat“. Hierin besteht eben der „Akt“ der Besitzergreifung der Produktionsmittel im Namen der Gesellschaft. Und es ist ohne weiteres klar, daß eine *solche* Ablösung der einen (bürgerlichen) „besondren Repressionsgewalt“ durch eine andere (proletarische) „besondre Repressionsgewalt“ unter keinen Umständen in Form des „Absterbens“ erfolgen kann.

Drittens. Das „Absterben“ und — sogar noch plastischer und farbiger — das „Einschlafen“ bezieht sich bei Engels ganz klar und eindeutig auf die Epoche *nach* der „Besitzergreifung der Produktionsmittel (durch den Staat) im Namen der Gesellschaft“, d. h. *nach* der sozialistischen Revolution. Wir alle wissen, daß die politische Form des „Staates“ in dieser Zeit die vollkommenste Demokratie ist. Aber keinem der Opportunisten, die den Marxismus schamlos verzerren, kommt es in den Sinn, daß hier bei Engels also von dem „Einschlafen“ und „Absterben“ der *Demokratie* die Rede ist. Auf den ersten Blick mag das sehr sonderbar erscheinen. Aber „unverständlich“ bleibt das nur dem, der nicht bedacht hat, daß die Demokratie *auch* ein Staat ist und daß folglich auch die Demokratie verschwinden wird, sobald der Staat verschwindet. Den bürgerlichen Staat kann nur die Revolution „aufheben“. Der Staat überhaupt, d. h. die vollkommenste Demokratie, kann nur „absterben“.

Viertens. Nachdem Engels seinen berühmten Satz: „Der Staat stirbt ab“ aufgestellt hat, erläutert er sofort konkret, daß dieser Satz sich sowohl gegen die Opportunisten als auch gegen die Anarchisten richtet. Dabei steht bei Engels an erster Stelle diejenige Folgerung aus dem Satz vom „Absterben des Staates“, die gegen die Opportunisten gerichtet ist.

Man könnte wetten, daß von 10 000 Menschen, die vom „Absterben“ des Staates gelesen oder gehört haben, 9990 überhaupt nicht wissen oder sich nicht entsinnen, daß Engels seine Schlußfolgerungen aus diesem Satz *nicht nur* gegen die Anarchisten richtete. Und von den übrigen zehn Menschen wissen neun sicherlich nicht, was der „freie

Volksstaat“ ist und warum in dem Angriff auf diese Losung ein Angriff auf die Opportunisten steckt. So wird Geschichte geschrieben! So wird die große revolutionäre Lehre unmerklich dem herrschenden Spießbürgertum angepaßt. Die Schlußfolgerung gegen die Anarchisten wurde tausende Male wiederholt, banalisiert, möglichst versimpelt in die Köpfe eingehämmert und gewann die Festigkeit eines Vorurteils. Die Schlußfolgerung gegen die Opportunisten aber wurde vertuscht und „vergessen“!

Der „freie Volksstaat“ war eine Programmforderung und landläufige Losung der deutschen Sozialdemokraten der siebziger Jahre. Irgendeinen politischen Inhalt, außer einer kleinbürgerlich schwülstigen Umschreibung des Begriffs Demokratie, hat diese Losung nicht. Soweit in ihr legal die demokratische Republik angedeutet wurde, war Engels bereit, aus agitatorischen Gründen „zeitweilig“ die „Berechtigung“ dieser Losung gelten zu lassen. Diese Losung war aber opportunistisch, denn sie brachte nicht nur eine Beschönigung der bürgerlichen Demokratie, sondern auch eine Verkennung der sozialistischen Kritik an jedwedem Staat überhaupt zum Ausdruck. Wir sind für die demokratische Republik als die für das Proletariat unter dem Kapitalismus beste Staatsform, aber wir dürfen nicht vergessen, daß auch in der allerdemokratischsten bürgerlichen Republik Lohnsklaverei das Los des Volkes ist. Ferner. Jedweder Staat ist „eine besondere Repressionsgewalt“ gegen die unterdrückte Klasse. Darum ist ein *jeder* Staat unfrei und *kein* Volksstaat. Marx und Engels haben das ihren Parteigenossen in den siebziger Jahren wiederholt auseinandergesetzt.

Fünftens. In dem gleichen Werk von Engels, in dem die Betrachtung über das Absterben des Staates enthalten ist — an die sich alle erinnern —, finden sich Ausführungen über die Bedeutung der gewaltsamen Revolution. Die geschichtliche Bewertung ihrer Rolle wird bei Engels zu einer wahren Lobrede auf die gewaltsame Revolution. Dessen aber „erinnert sich niemand“; über die Bedeutung dieses Gedankens zu reden, ja sogar bloß nachzudenken, ist in den heutigen sozialistischen Parteien nicht üblich, in der täglichen Propaganda und Agitation unter den Massen spielen diese Gedanken gar keine Rolle. Indes sind sie mit dem „Absterben“ des Staates untrennbar zu einem harmonischen Ganzen verbunden.

Hier diese Ausführungen von Engels:

„... Daß die Gewalt aber noch eine andre Rolle“ (als die einer Vollbringerin des Bösen) „in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger

geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene, politische Formen zerbricht — davon kein Wort bei Herrn Dühring. Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde — leider! denn jede Gewaltanwendung demoralisire den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und das in Deutschland, wo ein gewaltsamer Zusammenstoß, der dem Volk ja aufgenötigt werden kann, wenigstens den Vorteil hätte, die aus der Erniedrigung des Dreißigjährigen Kriegs in das nationale Bewußtsein gedrungne Bedientenhaftigkeit auszutilgen. Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?“ (S. 193, dritte Aufl., Schluß des IV. Kapitels, Zweiter Abschnitt.)

Wie läßt sich diese Lobrede auf die gewaltsame Revolution, die Engels beharrlich von 1878 bis 1894, d. h. bis zu seinem Tode, den deutschen Sozialdemokraten darbietet, mit der Theorie vom „Absterben“ des Staates in einer Lehre vereinen?

Gewöhnlich vereint man beides mit Hilfe des Eklektizismus, eines ideenlosen oder sophistischen Herausgreifens willkürlich (oder den Machthabern zu Gefallen) bald der einen, bald der anderen Betrachtung, wobei in 99 von 100 Fällen, wenn nicht noch öfter, gerade das „Absterben“ in den Vordergrund geschoben wird. Die Dialektik wird durch Eklektizismus ersetzt: das ist in bezug auf den Marxismus die üblichste, verbreitetste Erscheinung in der offiziellen sozialdemokratischen Literatur unserer Tage. Ein solcher Ersatz ist natürlich nichts Neues, er war sogar in der Geschichte der klassischen griechischen Philosophie zu beobachten. Bei der Umfälschung des Marxismus in Opportunismus pflegt die Umfälschung der Dialektik in Eklektizismus die Massen am leichtesten zu täuschen, sie gewährt eine scheinbare Befriedigung, berücksichtigt scheinbar alle Seiten des Prozesses, alle Entwicklungstendenzen, alle widerspruchsvollen Einflüsse usw., während sie in Wirklichkeit gar keine einheitliche und revolutionäre Auffassung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses gibt.

Wir haben schon oben davon gesprochen und werden in der weiteren Darstellung ausführlicher zeigen, daß die Lehre von Marx und Engels von der Unvermeidlichkeit der gewaltsamen Revolution sich auf den bürgerlichen Staat bezieht. Dieser *kann* durch den proletarischen Staat (die Diktatur des Proletariats) *nicht* auf dem Wege des „Absterbens“ abgelöst werden, sondern, als allgemeine Regel, nur durch eine gewaltsame Revolution. Der Lobgesang, den Engels auf die gewaltsame Revolution anstimmt und der den vielfachen Erklärungen von Marx durchaus entspricht (erinnern wir uns an den Schluß des „Elends der Philosophie“ und des „Kommunistischen Manifests“

mit der stolzen und offenen Erklärung, daß die gewaltsame Revolution unausbleiblich ist; erinnern wir uns an die Kritik des Gothaer Programms vom Jahre 1875<sup>29</sup>, fast dreißig Jahre später, wo Marx den Opportunismus dieses Programms schonungslos geißelt) — dieser Lobgesang ist durchaus keine „Schwärmerei“, durchaus keine Deklamation, kein polemischer Ausfall. Die Notwendigkeit, die Massen systematisch in *diesen* und gerade in diesen Auffassungen über die gewaltsame Revolution zu erziehen, liegt der *ganzen* Lehre von Marx und Engels zugrunde. Der Verrat an ihrer Lehre durch die heutzutage vorherrschenden Strömungen des Sozialchauvinismus und Kautskyanismus kommt besonders plastisch darin zum Ausdruck, daß der eine wie der andere *diese* Propaganda, diese Agitation vergessen haben.

Die Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen ist ohne gewaltsame Revolution unmöglich. Die Aufhebung des proletarischen Staates, d. h. die Aufhebung jeglichen Staates, ist nicht anders möglich als auf dem Wege des „Absterbens“.

Eine ausführliche und konkrete Entwicklung dieser Auffassungen lieferten Marx und Engels, indem sie jede einzelne revolutionäre Situation studierten, die Lehren aus den Erfahrungen jeder einzelnen Revolution analysierten. Wir gehen nunmehr zu diesem fraglos wichtigsten Teil ihrer Lehre über.

## II. KAPITEL

### STAAT UND REVOLUTION. DIE ERFAHRUNGEN DER JAHRE 1848—1851

#### *1. Der Vorabend der Revolution*

Die ersten Werke des reifen Marxismus, „Das Elend der Philosophie“ und das „Kommunistische Manifest“, stammen aus der Zeit unmittelbar vor dem Ausbruch der Revolution des Jahres 1848. Infolgedessen besitzen wir hier neben einer Darlegung der allgemeinen Grundlagen des Marxismus bis zu einem gewissen Grade ein Spiegelbild der damaligen konkreten revolutionären Situation, und darum dürfte es zweckmäßiger sein, zu untersuchen, was die Verfasser dieser Werke über den Staat ausführten, unmittelbar bevor sie ihre Folgerungen aus den Erfahrungen der Jahre 1848 bis 1851 zogen.

„Die arbeitende Klasse“, schreibt Marx im „Elend der Philosophie“, „wird im Laufe der Entwicklung an die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft eine Assoziation

setzen, welche die Klassen und ihren Gegensatz ausschließt, und es wird keine eigentliche politische Gewalt mehr geben, weil gerade die politische Gewalt der offizielle Ausdruck des Klassengegengesatzes innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft ist.“ (S. 182 der deutschen Ausgabe von 1885.)

Es ist lehrreich, dieser allgemeinen Darlegung des Gedankens über das Verschwinden des Staates nach der Aufhebung der Klassen die Ausführungen gegenüberzustellen, die in dem einige Monate später, nämlich im November 1847, von Marx und Engels verfaßten „Kommunistischen Manifest“ enthalten sind:

„Indem wir die allgemeinsten Phasen der Entwicklung des Proletariats zeichneten, verfolgten wir den mehr oder minder versteckten Bürgerkrieg innerhalb der bestehenden Gesellschaft bis zu dem Punkt, wo er in eine offene Revolution ausbricht, und durch den gewaltsamen Sturz der Bourgeoisie das Proletariat seine Herrschaft begründet ...

Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiter-Revolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie ist.

Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ (S. 31 und 37, siebente deutsche Aufl., 1906.)

Hier haben wir die Formulierung einer der bedeutsamsten und wichtigsten Ideen des Marxismus in der Frage des Staates, nämlich der Idee der „Diktatur des Proletariats“ (wie Marx und Engels nach der Pariser Kommune sich auszudrücken begannen), ferner eine höchst interessante Definition des Staates, die gleichfalls zu den „vergessenen Worten“ des Marxismus gehört. *„Der Staat, d. h. das als herrschende Klasse organisierte Proletariat.“*

Nicht nur, daß diese Definition des Staates niemals in der herrschenden Propaganda- und Agitationsliteratur der offiziellen sozialdemokratischen Parteien erläutert worden ist. Mehr als das. Sie ist direkt vergessen worden, da sie mit dem Reformismus völlig unvereinbar ist, da sie den landläufigen opportunistischen Vorurteilen und kleinbürgerlichen Illusionen über eine „friedliche Entwicklung der Demokratie“ ins Gesicht schlägt.

Das Proletariat braucht den Staat — das wiederholen alle Opportunisten, Sozialchauvinisten und Kautskyner, wobei sie beteuern, dies sei die Lehre von Marx, sie „vergessen“ aber hinzuzufügen, daß erstens das Proletariat nach Marx nur einen absterbenden Staat braucht, d. h. einen Staat, der so beschaffen ist, daß er sofort absterben beginnt und gar nicht anders als absterben kann. Und zweitens brauchen die Werktätigen den „Staat“, „d. h. das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“.



Der Staat ist eine besondere Machtorganisation, eine Organisation der Gewalt zur Unterdrückung einer Klasse. Welche Klasse aber muß vom Proletariat unterdrückt werden? Natürlich nur die Ausbeuterklasse, d. h. die Bourgeoisie. Die Werktätigen brauchen den Staat nur, um den Widerstand der Ausbeuter niederzuhalten, aber diese Niederhaltung zu leiten, sie in die Tat umzusetzen ist allein das Proletariat imstande als die einzige bis zum letzten revolutionäre Klasse, als einzige Klasse, die fähig ist, alle Werktätigen und Ausgebeuteten im Kampf gegen die Bourgeoisie zu deren völliger Beseitigung zu vereinigen.

Die ausbeutenden Klassen bedürfen der politischen Herrschaft im Interesse der Aufrechterhaltung der Ausbeutung, d. h. im eigennützigen Interesse einer verschwindend kleinen Minderheit gegen die ungeheure Mehrheit des Volkes. Die ausgebeuteten Klassen bedürfen der politischen Herrschaft im Interesse der völligen Aufhebung jeder Ausbeutung, d. h. im Interesse der ungeheuren Mehrheit des Volkes gegen die verschwindend kleine Minderheit der modernen Sklavenhalter, d. h. der Gutsbesitzer und Kapitalisten.

Die kleinbürgerlichen Demokraten, diese angeblichen Sozialisten, die den Klassenkampf durch Träumereien von der Klassenharmonie ersetzen, stellten sich auch die sozialistische Umgestaltung träumerisch vor, nicht als Sturz der Herrschaft der ausbeutenden Klasse, sondern als friedliche Unterordnung der Minderheit unter die sich ihrer Aufgaben bewußt gewordene Mehrheit. Diese mit der Anerkennung eines über den Klassen stehenden Staates unzertrennlich verbundene kleinbürgerliche Utopie führte in der Praxis zum Verrat an den Interessen der werktätigen Klassen, wie dies z. B. die Geschichte der französischen Revolutionen von 1848 und 1871, wie dies die Erfahrungen der Teilnahme von „Sozialisten“ an bürgerlichen Ministerien in England, Frankreich, Italien und anderen Ländern am Ausgang des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gezeigt haben.

Marx bekämpfte sein ganzes Leben lang diesen kleinbürgerlichen Sozialismus, der jetzt in Rußland durch die Parteien der Sozialrevolutionäre und Menschewiki zu neuem Leben erweckt ist. Marx entwickelte die Lehre vom Klassenkampf konsequent bis zu der Lehre von der politischen Macht, vom Staat.

Der Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie ist nur möglich seitens des Proletariats als einer besonderen Klasse, deren wirtschaftliche Existenzbedingungen es zu diesem Sturz vorbereiten, ihm die Möglichkeit und Kraft geben, ihn zu vollbringen. Während die Bourgeoisie die Bauernschaft und alle kleinbürgerlichen Schichten zersplittert und zerstäubt, schließt sie das Proletariat zusammen, einigt und organi-

siert es. Nur das Proletariat ist — kraft seiner ökonomischen Rolle in der Großproduktion — fähig, der Führer *aller* werktätigen und ausgebeuteten Massen zu sein, die von der Bourgeoisie vielfach nicht weniger, ja noch mehr ausgebeutet, geknechtet und bedrückt werden als die Proletarier, die aber zu einem *selbständigen* Kampf um ihre Befreiung nicht fähig sind.

Die Lehre vom Klassenkampf, von Marx auf die Frage des Staates und der sozialistischen Revolution angewandt, führt notwendig zur Anerkennung der *politischen Herrschaft* des Proletariats, seiner Diktatur, d. h. einer ungeteilten und sich unmittelbar auf die bewaffnete Gewalt der Massen stützenden Macht. Der Sturz der Bourgeoisie ist nur zu verwirklichen durch die Erhebung des Proletariats zur *herrschenden Klasse*, die fähig ist, den unvermeidlichen, verzweifelten Widerstand der Bourgeoisie niederzuhalten und für die Neuordnung der Wirtschaft *alle* werktätigen und ausgebeuteten Massen zu organisieren.

Das Proletariat bedarf der Staatsmacht, einer zentralisierten Organisation der Macht, einer Organisation der Gewalt, sowohl zur Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter als auch zur *Leitung* der ungeheuren Masse der Bevölkerung, der Bauernschaft, des Kleinbürgertums, der Halbproletarier, um die sozialistische Wirtschaft „in Gang zu bringen“.

Durch Erziehung der Arbeiterpartei erzieht der Marxismus die Avantgarde des Proletariats, die fähig ist, die Macht zu ergreifen und *das ganze Volk* zum Sozialismus *zu führen*, die neue Ordnung zu leiten und zu organisieren, Lehrer, Leiter, Führer aller Werktätigen und Ausgebeuteten zu sein bei der Gestaltung ihres gesellschaftlichen Lebens ohne die Bourgeoisie und gegen die Bourgeoisie. Der heute herrschende Opportunismus dagegen erzieht aus der Arbeiterpartei die Vertreter der besser bezahlten Arbeiter, die sich den Massen entfremden, sich unter dem Kapitalismus leidlich „einzurichten“ wissen, ihr Erstgeburtsrecht für ein Linsengericht verkaufen, d. h. die Rolle revolutionärer Führer des Volkes gegen die Bourgeoisie preisgeben.

„Der Staat, d. h. das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ — diese Theorie von Marx hängt unzertrennlich mit seiner ganzen Lehre von der revolutionären Rolle des Proletariats in der Geschichte zusammen. Die Vollendung dieser Rolle ist die proletarische Diktatur, die politische Herrschaft des Proletariats.

Bedarf aber das Proletariat des Staates als einer *besonderen* Gewaltorganisation *gegen* die Bourgeoisie, so drängt sich von selbst die Frage auf, ob es denkbar ist, eine solche Organisation zu schaffen ohne vorherige Abschaffung, ohne Zerstörung derjenigen Staatsmaschine, die

die Bourgeoisie für sich geschaffen hat. Zu dieser Schlußfolgerung führt uns unmittelbar das „Kommunistische Manifest“, und von ihr spricht Marx, wenn er das Fazit aus den Erfahrungen der Revolution von 1848 bis 1851 zieht.

## 2. Die Ergebnisse der Revolution

In der uns interessierenden Frage des Staates zieht Marx die Ergebnisse der Revolution von 1848 bis 1851 in folgenden Ausführungen seines Werkes „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ zusammen:

„Aber die Revolution ist gründlich. Sie ist noch auf der Reise durch das Fegefeuer begriffen. Sie vollbringt ihr Geschäft mit Methode. Bis zum 2. Dezember 1851“ (dem Tage des Staatsstreichs Louis Bonapartes) „hatte sie die eine Hälfte ihrer Vorbereitung absolviert, sie absolviert jetzt die andere. Sie vollendete erst die parlamentarische Gewalt, um sie stürzen zu können. Jetzt, wo sie dies erreicht, vollendet sie die Exekutivgewalt, reduziert sie auf ihren reinsten Ausdruck, isoliert sie, stellt sie sich als einzigen Vorwurf gegenüber, um alle ihre Kräfte der Zerstörung gegen sie zu konzentrieren“ (von mir hervorgehoben). „Und wenn sie diese zweite Hälfte ihrer Vorarbeit vollbracht hat, wird Europa von seinem Sitze aufspringen und jubeln: Brav gewühlt, alter Maulwurf!

Diese Exekutivgewalt mit ihrer ungeheuern bürokratischen und militärischen Organisation, mit ihrer weitschichtigen und künstlichen Staatsmaschinerie, ein Beamtenheer von einer halben Million neben einer Armee von einer andern halben Million, dieser fürchterliche Parasitenkörper, der sich wie eine Netzhaut um den Leib der französischen Gesellschaft schlingt und ihr alle Poren verstopft, entstand in der Zeit der absoluten Monarchie, beim Verfall des Feudalwesens, den er beschleunigen half.“ Die erste französische Revolution entwickelte die Zentralisation, „aber zugleich den Umfang, die Attribute und die Handlanger der Regierungsgewalt. Napoleon vollendete diese Staatsmaschinerie. Die legitime Monarchie und die Julimonarchie fügten nichts hinzu, als eine größere Teilung der Arbeit.

Die parlamentarische Republik endlich sah sich in ihrem Kampfe wider die Revolution gezwungen, mit den Repressivmaßnahmen die Mittel und die Zentralisation der Regierungsgewalt zu verstärken. *Alle Umwälzungen vervollkommneten diese Maschine statt sie zu brechen*“ (von mir hervorgehoben). „Die Parteien, die abwechselnd um die Herrschaft rangen, betrachteten die Besitznahme dieses ungeheuren Staatsgebäudes als die Hauptbeute des Siegers.“ („Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“, S. 98 und 99, vierte Aufl., Hamburg 1907.)

In dieser großartigen Betrachtung macht der Marxismus im Vergleich zu dem „Kommunistischen Manifest“ einen gewaltigen Schritt vorwärts. Dort wird die Frage des Staates noch äußerst abstrakt, in ganz allgemeinen Begriffen und Wendungen behandelt. Hier wird die Frage konkret gestellt, und es wird eine äußerst genaue, bestimmte, praktisch-greifbare Schlußfolgerung gezogen: alle früheren Revolutionen haben die Staatsmaschinerie vervollkommnet, man muß sie aber zerschlagen, brechen.

Diese Folgerung ist das Wichtigste und Grundlegende in der Lehre des Marxismus vom Staat. Und gerade dieses Grundlegende ist von den herrschenden offiziellen sozialdemokratischen Parteien nicht nur total vergessen, sondern auch (wie wir weiter unten sehen werden) von dem prominentesten Theoretiker der II. Internationale, K. Kautsky, direkt *entstellt* worden.

Im „Kommunistischen Manifest“ sind die allgemeinen Ergebnisse der Geschichte zusammengefaßt, die uns zwingen, im Staat ein Organ der Klassenherrschaft zu sehen, und uns zu dem unbedingten Schluß gelangen lassen, daß das Proletariat die Bourgeoisie nicht stürzen kann, ohne vorher die politische Macht erobert, ohne die politische Herrschaft erlangt und den Staat in das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ verwandelt zu haben, und daß dieser proletarische Staat sofort nach seinem Sieg abzusterben beginnen wird, denn in einer Gesellschaft ohne Klassengegensätze ist der Staat unnötig und unmöglich. Hier wird nicht die Frage aufgeworfen, wie — vom Standpunkt der historischen Entwicklung aus gesehen — diese Ablösung des bürgerlichen Staates durch den proletarischen erfolgen soll.

Eben diese Frage stellt und löst Marx im Jahre 1852. Getreu seiner Philosophie des dialektischen Materialismus, nimmt Marx als Grundlage die historische Erfahrung der großen Revolutionsjahre 1848 bis 1851. Die Lehre von Marx ist hier wie stets eine von tiefer philosophischer Weltanschauung und reicher Kenntnis der Geschichte durchleuchtete *Zusammenfassung der Erfahrung*.

Die Frage des Staates wird konkret gestellt: wie ist der bürgerliche Staat, diese für die Herrschaft der Bourgeoisie notwendige Staatsmaschinerie, historisch entstanden? Welcher Art sind ihre Veränderungen, welches ist ihre Evolution im Verlauf der bürgerlichen Revolutionen und angesichts der selbständigen Aktionen der unterdrückten Klassen? Welches sind die Aufgaben des Proletariats in bezug auf diese Staatsmaschinerie?

Die der bürgerlichen Gesellschaft eigentümliche zentralisierte Staatsgewalt entstand in der Epoche des Niedergangs des Absolutismus. Zwei Institutionen sind für diese Staatsmaschinerie besonders kennzeichnend: das Beamtentum und das stehende Heer. Wie diese Institutionen durch tausenderlei Fäden namentlich mit der Bourgeoisie verknüpft sind, davon ist in den Werken von Marx und Engels oft die Rede. Die Erfahrungen eines jeden Arbeiters verdeutlichen diesen Zusammenhang mit der größten Anschaulichkeit und Eindringlichkeit. Die Arbeiterklasse lernt diesen Zusammenhang am eigenen Leibe kennen, — deshalb erfaßt sie auch so leicht die Wissenschaft von der Unvermeid-

lichkeit dieses Zusammenhangs und eignet sie sich so gründlich an, eine Wissenschaft, die die kleinbürgerlichen Demokraten entweder aus Unwissenheit und Leichtfertigkeit ablehnen, oder noch leichtfertiger „im allgemeinen“ anerkennen, wobei sie vergessen, die entsprechenden praktischen Konsequenzen zu ziehen.

Das Beamtentum und die stehende Armee, das ist der „Parasit“ am Leib der bürgerlichen Gesellschaft, ein Parasit, der aus den inneren Widersprüchen, die diese Gesellschaft zerklüften, entstanden ist, aber eben ein Parasit, der die Lebensporen „verstopft“. Der jetzt in der offiziellen Sozialdemokratie herrschende kautskyanische Opportunismus hält die Anschauung, die im Staat einen *Parasitenkörper* erblickt, für ein besonderes und ausschließliches Attribut des Anarchismus. Diese Entstellung des Marxismus paßt natürlich den Kleinbürgern ausgezeichnet, die den Sozialismus auf die unerhörte Schmach einer Rechtfertigung und Beschönigung des imperialistischen Krieges heruntergebracht haben, indem sie den Begriff der „Vaterlandsverteidigung“ auf diesen Krieg anwandten, aber dennoch bleibt es eine unbedingte Entstellung.

Durch alle bürgerlichen Revolutionen hindurch, die Europa seit dem Verfall des Feudalismus in großer Anzahl erlebt hat, geht die Entwicklung, Vervollkommnung, Festigung dieses Beamten- und Militärapparats. Insbesondere wird gerade das Kleinbürgertum weitgehend vermittels dieses Apparates, der den oberen Schichten der Bauern, kleinen Handwerker, Händler usw. verhältnismäßig bequeme, ruhige und ehrenvolle Pöstchen verschafft, die deren Inhaber über das Volk stellen, auf die Seite der Großbourgeoisie hinübergezogen und ihr unterworfen. Man betrachte, was in Rußland während des halben Jahres nach dem 12. März (27. Februar) 1917 vor sich gegangen ist: Beamtenstellen, die früher vorzugsweise den Schwarzhundertern zufielen, sind zum Beuteobjekt der Kadetten, Menschewiki und Sozialrevolutionäre geworden. An irgendwelche ernststen Reformen dachte man im Grunde genommen nicht, man war bemüht, sie „bis zur Konstituierenden Versammlung“ hinauszuschieben — die Einberufung der Konstituierenden Versammlung aber sachte bis zum Kriegsende zu verschleppen! Mit der Teilung der Beute, mit der Besetzung der Pöstchen der Minister, der Staatssekretäre, der Generalgouverneure usw. usw. wurde dagegen nicht gezögert und auf keine Konstituierende Versammlung gewartet! Die Spielerei mit den verschiedenen Kombinationen bei der Regierungsbildung war im Grunde lediglich der Ausdruck dieser Teilung und Neuverteilung der „Beute“, die sowohl oben als auch unten, im ganzen Lande, in der ganzen zentralen und lokalen

Verwaltung vor sich ging. Das Ergebnis, das objektive Ergebnis des halben Jahres vom 12. März (27. Februar) bis zum 9. September (27. August) 1917 steht fest: die Reformen sind zurückgestellt, die Verteilung der Beamtenpöstchen hat stattgefunden, und die „Fehler“ der Verteilung wurden durch einige Neuaufteilungen gutgemacht.

Aber je mehr „Neuaufteilungen“ des Beamtenapparates unter die verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien (unter die Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki, wenn man das russische Beispiel nimmt) stattfinden, um so klarer wird den unterdrückten Klassen und dem Proletariat an ihrer Spitze ihre unversöhnliche Feindschaft gegenüber der *ganzen* bürgerlichen Gesellschaft. Hieraus ergibt sich für alle bürgerlichen Parteien, selbst für die allerdemokratischsten und darunter für die „revolutionär-demokratischen“, die Notwendigkeit, die Repressivmaßregeln gegen das revolutionäre Proletariat zu verschärfen, den Repressionsapparat, d. h. diese selbe Staatsmaschine, zu verstärken. Dieser Gang der Ereignisse zwingt die Revolution, „*alle ihre Kräfte der Zerstörung zu konzentrieren*“ gegen die Staatsgewalt, zwingt sie, sich nicht die Verbesserung der Staatsmaschinerie, sondern ihre *Zerstörung*, ihre *Vernichtung* zur Aufgabe zu machen.

Nicht logische Erwägungen, sondern die tatsächliche Entwicklung der Ereignisse, die lebendige Erfahrung der Jahre 1848—1851 haben dazu geführt, daß diese Aufgabe so gestellt wurde. Wie streng sich Marx an die Tatsachenbasis der geschichtlichen Erfahrung hält, geht daraus hervor, daß er 1852 noch nicht konkret die Frage stellt, *wodurch* diese zu vernichtende Staatsmaschinerie zu ersetzen sei. Die Erfahrung gab damals noch keine Unterlagen für diese Frage, die von der Geschichte später, im Jahre 1871, auf die Tagesordnung gesetzt wurde. 1852 konnte man mit der Genauigkeit einer naturgeschichtlichen Beobachtung lediglich feststellen, daß die proletarische Revolution an die Aufgabe *herangekommen* war, „*alle ihre Kräfte der Zerstörung zu konzentrieren*“ gegen die Staatsgewalt, an die Aufgabe, die Staatsmaschinerie zu „brechen“.

Hier kann die Frage auftauchen, ob eine Verallgemeinerung der Erfahrung, der Beobachtungen und Schlußfolgerungen von Marx, ob ihre Übertragung auf umfassendere Gebiete als das der Geschichte Frankreichs während der drei Jahre 1848—1851 richtig ist. Zur Untersuchung dieser Frage erinnern wir zunächst an eine Bemerkung von Engels, um dann zu dem Tatsachenmaterial überzugehen.

„Frankreich“, schrieb Engels in der Vorrede zur dritten Auflage des „Achtzehnten Brumaire“, „ist das Land, wo die geschichtlichen Klassenkämpfe mehr als anderswo jedesmal bis zur Entscheidung durchgeföhrt wurden, wo also auch die wechselnden

politischen Formen, innerhalb deren sie sich bewegen und in denen ihre Resultate sich zusammenfassen, in den schärfsten Umrissen ausgeprägt sind. Mittelpunkt des Feudalismus im Mittelalter, Musterland der einheitlichen ständischen Monarchie seit der Renaissance, hat Frankreich in der großen Revolution den Feudalismus zertrümmert und die reine Herrschaft der Bourgeoisie begründet in einer Klassizität wie kein anderes europäisches Land. Und auch der Kampf des aufstrebenden Proletariats gegen die herrschende Bourgeoisie tritt hier in einer, anderswo unbekanntem, akuten Form auf.“ (S. 4 der Aufl. von 1907.)

Die letzte Bemerkung ist veraltet, da seit 1871 im revolutionären Kampf des französischen Proletariats eine Unterbrechung eingetreten ist, obgleich diese Unterbrechung, wie lange sie auch dauern möge, keineswegs die Möglichkeit ausschließt, daß in der kommenden proletarischen Revolution Frankreich sich als das klassische Land des Klassenkampfes bis zur Entscheidung erweisen wird.

Werfen wir jedoch einen allgemeinen Blick auf die Geschichte der fortgeschrittenen Länder am Ausgang des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts. Wir werden sehen, daß sich langsamer, vielgestaltiger, auf viel weiterem Schauplatz der gleiche Prozeß abspielte: einerseits der Ausbau der „parlamentarischen Macht“ sowohl in den republikanischen Ländern (Frankreich, Amerika, Schweiz) als auch in den monarchistischen (England, bis zu einem gewissen Grade Deutschland, Italien, die skandinavischen Länder usw.), — andererseits der Kampf um die Macht zwischen den verschiedenen bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien, die bei unveränderter Basis der bürgerlichen Ordnung die „Beute“ der Beamtenpöstchen aufteilen und neu verteilen, — endlich die Vervollkommnung und Festigung der „Exekutivgewalt“, ihres Beamten- und Militärapparates.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß dies gemeinsame Züge der ganzen neueren Entwicklung der kapitalistischen Staaten überhaupt sind. Frankreich hat in den drei Jahren 1848 bis 1851 in rascher, jäher, konzentrierter Form dieselben Entwicklungsprozesse aufgewiesen, die der ganzen kapitalistischen Welt eigen sind.

Insbesondere aber weist der Imperialismus, die Epoche des Bankkapitals, der gigantischen kapitalistischen Monopole, die Epoche des Hinüberwachsens des monopolistischen Kapitalismus in den staatsmonopolistischen Kapitalismus, eine ungewöhnliche Stärkung der „Staatsmaschinerie“ auf, ein unerhörtes Anwachsen ihres Beamten- und Militärapparates in Verbindung mit einer Verstärkung der Repressivmaßregeln gegen das Proletariat sowohl in den monarchistischen als auch in den freiesten, republikanischen Ländern.

Die Weltgeschichte führt jetzt zweifellos in ungleich größerem Ausmaß, als das 1852 der Fall war, zur „Konzentrierung aller Kräfte“

der proletarischen Revolution auf die „Zerstörung“ der Staatsmaschinerie.

Was das Proletariat an ihre Stelle setzen wird, darüber hat die Pariser Kommune höchst lehrreiches Material geliefert.

### 3. Marx' Fragestellung im Jahre 1852\*

Im Jahre 1907 veröffentlichte Mehring in der „Neuen Zeit“ (XXV, 2, S. 164) Auszüge aus einem Brief von Marx an Weydemeyer vom 5. März 1852. In diesem Brief findet sich unter anderem folgende bemerkenswerte Betrachtung:

„Was mich nun betrifft, so gebührt mir nicht das Verdienst, weder die Existenz der Klassen in der modernen Gesellschaft, noch ihren Kampf untereinander entdeckt zu haben. Bürgerliche Geschichtsschreiber hatten längst vor mir die historische Entwicklung dieses Kampfes der Klassen, und bürgerliche Ökonomen die ökonomische Anatomie der Klassen dargestellt. Was ich neu tat, war, nachzuweisen: 1. daß die Existenz der Klassen bloß an bestimmte, historische Entwicklungsphasen der Produktion gebunden sei, 2. daß der Klassenkampf notwendig zur Diktatur des Proletariats führe; 3. daß diese Diktatur selbst nur den Übergang zur Aufhebung aller Klassen und zu einer klassenlosen Gesellschaft bilde.“

In diesen Worten ist es Marx gelungen, mit erstaunlicher Prägnanz erstens den Haupt- und Grundunterschied seiner Lehre von der Lehre der führenden und tiefsten Denker der Bourgeoisie und zweitens das Wesen seiner Lehre vom Staat zum Ausdruck zu bringen.

Das Wesentliche in der Lehre von Marx sei der Klassenkampf. Das wird sehr oft gesagt und geschrieben. Aber das ist unrichtig. Und aus dieser Unrichtigkeit ergibt sich auf Schritt und Tritt eine opportunistische Verbalhornung des Marxismus, seine Verfälschung in dem Geiste, der ihn für die Bourgeoisie annehmbar macht. Denn die Lehre vom Klassenkampf ist nicht von Marx, sondern vor ihm von der Bourgeoisie geschaffen worden und ist, allgemein gesprochen, für die Bourgeoisie annehmbar. Wer nur den Klassenkampf anerkennt, der ist noch kein Marxist, der kann noch in den Grenzen bürgerlichen Denkens und bürgerlicher Politik geblieben sein. Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf beschränken, heißt den Marxismus stützen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der Diktatur des Proletariats erstreckt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten vom durchschnittlichen Klein- (und auch Groß-) Bourgeois. Das muß der Prüfstein für das wirkliche Verstehen und Anerkennen des Marxismus sein. Und kein Wunder,

\* Hinzugefügt in der zweiten Auflage 1919. Der Übers.



daß, als die Geschichte Europas diese Frage der Arbeiterklasse *praktisch* nahebrachte, nicht nur alle Opportunisten und Reformisten, sondern auch alle „Kautskyaner“ (Leute, die zwischen Reformismus und Marxismus pendeln) sich als erbärmliche Philister und kleinbürgerliche Demokraten erwiesen, die die Diktatur des Proletariats *ablehnen*. Kautskys Broschüre „Die Diktatur des Proletariats“, die im August 1918, d. h. lange nach der ersten Auflage des vorliegenden Buches, erschienen ist, ist ein Musterstück kleinbürgerlicher Verzerrung des Marxismus und seiner niederträchtigen Verleugnung *in der Tat*, bei einer heuchlerischen Anerkennung des Marxismus *in Worten* (siehe meine Broschüre „Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky“, Petrograd und Moskau 1918).

Der heutige Opportunismus in der Person seines Hauptvertreters, des früheren Marxisten K. Kautsky, fällt ganz unter die angeführte Marxsche Charakteristik der *bürgerlichen* Haltung, denn dieser Opportunismus beschränkt das Gebiet der Anerkennung des Klassenkampfes auf das Gebiet bürgerlicher Verhältnisse. (Und innerhalb dieses Gebiets, im Rahmen dieses Gebiets, wird es kein einziger gebildeter Liberaler ablehnen, den Klassenkampf „prinzipiell“ anzuerkennen!) Der Opportunismus *macht* in der Anerkennung des Klassenkampfes gerade vor der Hauptsache *halt*, vor der Periode des Überganges vom Kapitalismus zum Kommunismus, vor der Periode des *Sturzes* der Bourgeoisie und ihrer völligen Vernichtung. In Wirklichkeit ist diese Periode unvermeidlich eine Periode unerhört erbitterten Klassenkampfes, unerhört scharfer Formen dieses Kampfes, folglich muß auch der Staat dieser Periode unvermeidlich *auf neue Art* demokratisch (für die Proletarier und überhaupt für die Besitzlosen) und *auf neue Art* diktatorisch (gegen die Bourgeoisie) sein.

Weiter. Das Wesen der Marxschen Lehre vom Staat hat nur erfaßt, wer begriffen hat, daß die Diktatur *einer* Klasse nicht nur schlechthin für jede Klassengesellschaft notwendig ist, nicht nur für das *Proletariat*, das die Bourgeoisie gestürzt hat, sondern auch für die ganze *historische Periode*, die den Kapitalismus von der „klassenlosen Gesellschaft“, vom Kommunismus, trennt. Die Formen der bürgerlichen Staaten sind außerordentlich mannigfaltig, ihr Wesen ist aber ein und dasselbe: alle diese Staaten sind so oder so, aber in letzter Instanz unbedingt eine *Diktatur der Bourgeoisie*. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus muß natürlich eine ungeheure Fülle und Mannigfaltigkeit der politischen Formen hervorbringen, aber das Wesentliche wird dabei unbedingt das *eine* sein: die *Diktatur des Proletariats*.

## III. KAPITEL

STAAT UND REVOLUTION. DIE ERFAHRUNGEN  
DER PARISER KOMMUNE VOM JAHRE 1871.  
DIE ANALYSE VON MARX1. *Worin bestand der Heroismus des Versuchs der Kommunarden?*

Es ist bekannt, daß Marx einige Monate vor der Kommune, im Herbst 1870, die Pariser Arbeiter warnte und nachwies, daß der Versuch, die Regierung zu stürzen, eine verzweifelte Torheit wäre. Als aber im März 1871 den Arbeitern der Entscheidungskampf *aufgezwungen* wurde und sie ihn aufnahmen, als der Aufstand zur Tatsache geworden war, begrüßte Marx, trotz der schlimmen Vorzeichen, die proletarische Revolution mit der größten Begeisterung. Marx versteifte sich nicht auf eine pedantische Verurteilung der „unzeitgemäßen“ Bewegung, wie das der zu trauriger Berühmtheit gelangte russische Renegat des Marxismus, Plechanow, tat, der im November 1905 im Geiste der Ermunterung der Arbeiter und Bauern zum Kampf geschrieben hatte, nach dem Dezember 1905 aber wie ein regelrechter Liberaler zeterte: „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen.“

Marx begnügte sich jedoch nicht damit, daß er dem Heroismus der, wie er sich ausdrückte, „himmelstürmenden“ Kommunarden Begeisterung zollte. Er sah in der revolutionären Massenbewegung, selbst dann, wenn sie ihr Ziel nicht erreichte, einen historischen Versuch von ungeheurer Tragweite, einen gewissen Schritt vorwärts in der proletarischen Weltrevolution, einen praktischen Schritt, der wichtiger ist als Hunderte von Programmen und Auseinandersetzungen. Diesen Versuch zu analysieren, aus ihm Lehren für die Taktik zu ziehen, auf Grund dieses Versuches die eigene Theorie zu überprüfen — das war die Aufgabe, die sich Marx stellte.

Die einzige „Korrektur“, die Marx am „Kommunistischen Manifest“ vorzunehmen für notwendig erachtete, machte er auf Grund der revolutionären Erfahrungen der Pariser Kommunarden.

Die letzte Vorrede zur neuen deutschen Auflage des „Kommunistischen Manifestes“, die von seinen beiden Verfassern unterzeichnet ist, datiert vom 24. Juni 1872. In dieser Vorrede erklären die Verfasser, Karl Marx und Friedrich Engels, daß das Programm des Kommunistischen Manifestes „heute stellenweise veraltet“ sei.

„... Namentlich“, fahren sie fort, „hat die Kommune den Beweis geliefert, daß die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“...“

Die in einfache Anführungszeichen gesetzten Worte dieses Zitats haben seine Verfasser der Marxschen Schrift „Der Bürgerkrieg in Frankreich“ entnommen.

Somit maßen Marx und Engels der einen Haupt- und Grundlehre der Pariser Kommune eine so ungeheure Bedeutung bei, daß sie sie als wesentliche Korrektur zum „Kommunistischen Manifest“ einfügten.

Es ist überaus bezeichnend, daß gerade diese wesentliche Korrektur von den Opportunisten entstellt worden ist, und daß ihr Sinn sicherlich neun von zehn, wenn nicht gar neunundneunzig von hundert Lesern des „Kommunistischen Manifestes“ unbekannt ist. Ausführlicher kommen wir auf diese Entstellung weiter unten in dem Kapitel zu sprechen, das sich speziell mit den Entstellungen befaßt. Vorläufig mag der Hinweis genügen, daß die landläufige, vulgäre „Auffassung“ des von uns zitierten berühmten Ausspruchs von Marx darin besteht, daß Marx hier angeblich die Idee der allmählichen Entwicklung im Gegensatz zur Ergreifung der Macht unterstreiche und dergleichen mehr.

In Wirklichkeit ist es gerade umgekehrt. Der Marxsche Gedanke besteht darin, daß die Arbeiterklasse „die fertige Staatsmaschine“ zerschlagen, zerbrechen muß und sich nicht einfach auf ihre Besitzergreifung beschränken darf.

Am 12. April 1871, d. h. gerade während der Kommune, schrieb Marx an Kugelmann:

„Wenn Du das letzte Kapitel meines ‚Achtzehnten Brumaire‘ nachsiehst, wirst Du finden, daß ich als nächsten Versuch der französischen Revolution ausspreche, nicht mehr wie bisher die bürokratisch-militärische Maschinerie aus einer Hand in die andere zu übertragen, sondern sie zu zerbrechen“ (von Marx hervorgehoben), „und dies ist die Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution auf dem Kontinent. Dies ist auch der Versuch unserer heroischen Pariser Parteigenossen.“ (S. 709 der „Neuen Zeit“, Bd. XX, 1, Jahrgang 1901/02.) (Die Briefe von Marx an Kugelmann sind in russischer Sprache in nicht weniger als zwei Ausgaben erschienen, eine davon unter meiner Redaktion und mit einem Vorwort von mir.)\*

In diesen Worten: „die bürokratisch-militärische Maschinerie zu zerbrechen“, ist, kurz ausgedrückt, die Hauptlehre des Marxismus von den Aufgaben des Proletariats in der Revolution gegenüber dem Staat enthalten. Und gerade diese Lehre ist nicht nur völlig vergessen, sondern durch die herrschende, kautskyanische „Auslegung“ des Marxismus geradezu entstellt worden!

Was den Hinweis von Marx auf den „Achtzehnten Brumaire“ anbelangt, so haben wir die betreffende Stelle weiter oben vollständig zitiert.

\* Die russische Ausgabe mit dem Vorwort von Lenin erschien 1907 in Petersburg. Deutsch siehe K. Marx, Briefe an Kugelmann, Moskau 1940, S. 110. Der Übers.

Es ist von Interesse, zwei Stellen aus der angeführten Betrachtung von Marx besonders hervorzuheben. Erstens beschränkt er seine Schlußfolgerung auf den Kontinent. Das war 1871 verständlich, als England noch das Muster eines rein kapitalistischen Landes war, aber eines Landes ohne Militarismus und in hohem Grade ohne Bürokratie. Marx schloß daher England aus, wo eine Revolution und selbst eine Volksrevolution *ohne* die Vorbedingung der Zerstörung der „fertigen Staatsmaschine“ damals möglich zu sein schien und möglich war.

Jetzt, im Jahre 1917, in der Epoche des ersten großen imperialistischen Krieges, fällt diese Einschränkung von Marx fort. Sowohl England als auch Amerika, die im Sinne des Nichtvorhandenseins von Militarismus und Bürokratismus größten und letzten Vertreter angelsächsischer „Freiheit“ in der ganzen Welt, sind vollständig in den allgemeinen europäischen, schmutzigen, blutigen Sumpf der bürokratisch-militärischen Institutionen hinabgesunken, die sich alles unterordnen, die alles erdrücken. Jetzt bildet sowohl für England als auch für Amerika die *Zerbrechung*, die *Zerstörung* der „fertigen Staatsmaschine“ (die dort in den Jahren 1914—1917 die „europäische“, allgemein-imperialistische Vollkommenheit erreicht hat) die „Vorbedingung jeder wirklichen Volksrevolution“.

Zweitens verdient besondere Beachtung die außerordentlich tiefe Bemerkung von Marx, daß die Zerstörung der bürokratisch-militärischen Staatsmaschinerie „die Vorbedingung jeder wirklichen *Volks*-revolution“ bilde. Dieser Begriff der „Volks“revolution mutet im Munde von Marx sonderbar an, und die russischen Plechanowisten und Menschewiki, diese Nachfolger Struves, die als Marxisten gelten möchten, könnten am Ende diesen Ausdruck von Marx als „falschen Zungenschlag“ hinstellen. Sie haben den Marxismus auf ein so armselig-liberales Zerrbild heruntergebracht, daß für sie außer der Gegenüberstellung von bürgerlicher und proletarischer Revolution nichts anderes existiert, und selbst diese Gegenüberstellung wird von ihnen unglaublich starr aufgefaßt.

Nimmt man als Beispiel die Revolutionen des 20. Jahrhunderts, so wird man natürlich sowohl die portugiesische als auch die türkische Revolution als bürgerliche auffassen müssen. Aber weder die eine noch die andere ist eine „Volks“revolution, denn die Volksmasse, die ungeheure Mehrheit des Volkes, ist weder in der einen noch in der anderen Revolution aktiv, selbständig, mit ihren eigenen wirtschaftlichen und politischen Forderungen sichtbar hervorgetreten. Dagegen war die russische bürgerliche Revolution von 1905—1907, obgleich ihr so „glänzende“ Erfolge versagt blieben, wie sie zeitweilig der por-

tugiesischen und der türkischen Revolution beschieden waren, zweifellos eine „wirkliche Volksrevolution“, denn die Masse des Volkes, seine Mehrheit, die „untersten“ Gesellschaftsschichten, zermürbt durch Unterjochung und Ausbeutung, erhoben sich selbständig, drückten dem ganzen Verlauf der Revolution den Stempel *ihrer* Forderungen auf, *ihrer* Versuche, auf eigene Art eine neue Gesellschaft an Stelle der zu zerstörenden alten aufzubauen.

Auf dem europäischen Kontinent bildete 1871 das Proletariat in keinem Lande die Mehrheit des Volkes. Eine „Volks“revolution, die tatsächlich die Mehrheit des Volkes in die Bewegung einbezieht, konnte nur dann eine solche sein, wenn sie sowohl das Proletariat als auch die Bauernschaft erfaßte. Diese beiden Klassen bildeten damals eben das „Volk“. Beide Klassen sind dadurch vereint, daß die „bürokratisch-militärische Staatsmaschinerie“ sie knechtet, bedrückt, ausbeutet. Diese Maschinerie zu *zerschlagen*, sie zu *zerbrechen* — das verlangt das wirkliche Interesse des „Volkes“, seiner Mehrheit, der Arbeiter und der Mehrzahl der Bauern, das ist die „Vorbedingung“ für ein freies Bündnis der armen Bauern mit den Proletariern, und ohne dieses Bündnis ist die Demokratie nicht von Dauer und die sozialistische Umgestaltung unmöglich.

Zu einem solchen Bündnis bahnte sich bekanntlich denn auch die Pariser Kommune den Weg, die ihr Ziel infolge einer Reihe von inneren und äußeren Gründen nicht erreichte.

Folglich hat Marx, als er von einer „wirklichen Volksrevolution“ sprach, ohne die Eigentümlichkeiten des Kleinbürgertums im geringsten zu vergessen (er sprach viel und oft von ihnen), das tatsächliche Kräfteverhältnis der Klassen in den meisten kontinentalen Staaten Europas vom Jahre 1871 ganz genau berücksichtigt. Andererseits aber konstatierte er, daß das „Zerschlagen“ der Staatsmaschinerie im Interesse sowohl der Arbeiter als auch der Bauern notwendig ist, sie einigt, sie vor die gemeinsame Aufgabe stellt, den „Parasiten“ zu beseitigen und ihn durch etwas Neues zu ersetzen.

Und zwar wodurch?

## 2. Wodurch ist die zerschlagene Staatsmaschinerie zu ersetzen?

Auf diese Frage gab Marx 1847, im „Kommunistischen Manifest“, eine noch völlig abstrakte Antwort, richtiger: eine Antwort, die die Aufgaben, nicht aber die Methoden ihrer Lösung aufzeigte. Sie ist zu ersetzen durch die „Organisation des Proletariats als herrschende Klasse“, durch die „Erkämpfung der Demokratie“ — das war die Antwort des „Kommunistischen Manifestes“.

Ohne sich auf Utopien einzulassen, erwartete Marx von der *Erfahrung* der Massenbewegung eine Antwort auf die Frage, welche konkreten Formen diese Organisation des Proletariats als herrschende Klasse annehmen, in welcher Weise diese Organisation sich mit der möglichst vollständigen und folgerichtigen „Erkämpfung der Demokratie“ vereinigen lassen würde.

Die Erfahrungen der Kommune, so gering sie auch waren, werden von Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich“ der genauesten Analyse unterzogen. Wir führen hier die wichtigsten Stellen aus dieser Schrift an:

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich die aus dem Mittelalter stammende „zentralisierte Staatsmacht, mit ihren allgegenwärtigen Organen — stehende Armee, Polizei, Bürokratie, Geistlichkeit, Richterstand“. Mit der Entwicklung des Klassengegensatzes zwischen Kapital und Arbeit „erhielt die Staatsmacht mehr und mehr den Charakter einer öffentlichen Gewalt zur Unterdrückung der Arbeiterklasse, einer Maschine der Klassenherrschaft. Nach jeder Revolution, die einen Fortschritt des Klassenkampfes bezeichnet, tritt der rein unterdrückende Charakter der Staatsmacht offener und offener hervor.“ Die Staatsmacht wird nach der Revolution von 1848 bis 1849 „das nationale Kriegswerkzeug des Kapitals gegen die Arbeit“. Das zweite Kaiserreich festigt dieses.

„Der gerade Gegensatz des Kaisertums war die Kommune.“ „Die Kommune war die bestimmte Form“ „einer Republik, die nicht nur die monarchische Form der Klassenherrschaft beseitigen sollte, sondern die Klassenherrschaft selbst...“

Worin bestand nun diese „bestimmte“ Form der proletarischen, sozialistischen Republik? Wie war der Staat beschaffen, den sie aufzubauen begonnen hatte?

„... Das erste Dekret der Kommune war ... die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk...“

Diese Forderung steht heute in den Programmen aller Parteien, die als sozialistische gelten wollen. Aber was ihre Programme wert sind, erkennt man am besten aus dem Verhalten unserer Sozialrevolutionäre und Menschewiki, die gerade nach der Revolution vom 27. Februar auf die Verwirklichung dieser Forderung in der Praxis verzichtet haben!

„Die Kommune bildete sich aus den durch allgemeines Stimmrecht in den verschiedenen Bezirken von Paris gewählten Stadträten. Sie waren verantwortlich und jederzeit absetzbar. Ihre Mehrzahl bestand selbstredend aus Arbeitern oder anerkannten Vertretern der Arbeiterklasse ... Die Polizei, bisher das Werkzeug der Staatsregierung, wurde sofort aller ihrer politischen Eigenschaften entkleidet und in das verantwortliche und jederzeit absetzbare Werkzeug der Kommune verwandelt. Ebenso die Beamten aller andern Verwaltungszweige. Von den Mitgliedern der Kommune an abwärts mußte der öffentliche Dienst für *Arbeiterlohn* besorgt werden. Die erworbenen Anrechte und die Repräsentationsgelder der hohen Staatswürdenträger

verschwanden mit diesen Würdenträgern selbst ... Das stehende Heer und die Polizei, die Werkzeuge der materiellen Macht der alten Regierung einmal beseitigt, ging die Kommune sofort darauf aus, das geistliche Unterdrückungswerkzeug, die Pfaffenmacht, zu brechen ... Die richterlichen Beamten verloren jene scheinbare Unabhängigkeit ... sie sollten fernerhin gewählt, verantwortlich und absetzbar sein ...“

Die zerschlagene Staatsmaschinerie wurde also von der Kommune scheinbar „nur“ durch eine vollständigere Demokratie ersetzt: Beseitigung des stehenden Heeres, vollkommene Wählbarkeit und Absetzbarkeit aller Amtspersonen. In Wirklichkeit jedoch bedeutet dieses „Nur“, daß im riesigen Ausmaß die einen Institutionen durch Institutionen prinzipiell anderer Art ersetzt wurden. Hier ist gerade einer der Fälle des „Umschlagens von Quantität in Qualität“ wahrzunehmen: die mit dieser denkbar größten Vollständigkeit und Folgerichtigkeit durchgeführte Demokratie verwandelt sich aus der bürgerlichen Demokratie in die proletarische, aus dem Staat (= einer besonderen Gewalt zur Unterdrückung einer bestimmten Klasse) in etwas, was eigentlich kein Staat mehr ist.

Es ist immer noch notwendig, die Bourgeoisie und ihren Widerstand niederzuhalten. Für die Kommune war das ganz besonders notwendig, und eine der Ursachen ihres Scheiterns bestand darin, daß sie das nicht entschlossen genug getan hat. Aber das unterdrückende Organ ist hier schon die Mehrheit und nicht, wie dies immer, sei es unter der Sklaverei, der Leibeigenschaft oder der Lohnsklaverei der Fall war, die Minderheit der Bevölkerung. Wenn aber die Mehrheit des Volkes *selbst* ihre Bedrücker unterdrückt, so ist eine „besondere Repressionsgewalt“ *schon nicht mehr nötig!* In diesem Sinne *beginnt* der Staat *abzusterben*. An Stelle besonderer Institutionen einer bevorzugten Minderheit (privilegiertes Beamtentum, Kommandobestand des stehenden Heeres) kann das die Mehrheit selbst unmittelbar besorgen, und je größeren Anteil das gesamte Volk an der Ausübung der Funktionen der Staatsmacht hat, um so weniger bedarf es dieser Macht.

Besonders bemerkenswert ist in dieser Beziehung eine von Marx hervorgehobene Maßnahme der Kommune: die Beseitigung der Repräsentationsgelder jeder Art, aller finanziellen Privilegien der Beamten, die Reduzierung der Gehälter *aller* Amtspersonen im Staat auf das Niveau des „Arbeiterlohnes“. Hier gerade kommt am klarsten der *Umschwung* zum Ausdruck — von der bürgerlichen Demokratie zur proletarischen, von der Unterdrückerdemokratie zur Demokratie der unterdrückten Klassen, vom Staat als „*besonderer Gewalt*“ zur Niederhaltung einer bestimmten Klasse, zur Niederhaltung der Unterdrücker durch die *allgemeine Gewalt* der Mehrheit des Volkes, der Arbeiter

und Bauern. Und gerade in diesem, besonders anschaulichen — was den Staat betrifft, wohl wichtigsten — Punkt hat man die Marx'schen Lehren am gründlichsten vergessen! In den populären Kommentaren, deren Zahl Legion ist, wird davon nicht gesprochen. Es ist „üblich“, darüber zu schweigen, als handelte es sich um eine überlebte „Naivität“, ungefähr so, wie die Christen die „Naivitäten“ des Urchristentums mit seinem demokratisch-revolutionären Geiste „vergessen“, nachdem das Christentum zur Staatsreligion erhoben worden war.

Die Herabsetzung der Gehälter der höheren Staatsbeamten erscheint „einfach“ als Forderung eines naiven, primitiven Demokratismus. Einer der „Begründer“ des neuesten Opportunismus, der frühere Sozialdemokrat Ed. Bernstein, übte sich wiederholt im Nachplappern der trivialen bürgerlichen Spötteleien über den „primitiven“ Demokratismus. Wie alle Opportunisten, wie auch die jetzigen Kautskyaner, hat er absolut nicht begriffen, erstens, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne eine gewisse „Rückkehr“ zu „primitivem“ Demokratismus *unmöglich* ist (wie soll denn sonst der Übergang zur Ausübung der staatlichen Funktionen durch die Mehrheit der Bevölkerung, ja durch die ganze Bevölkerung ohne Ausnahme erfolgen?), und zweitens, daß „primitiver Demokratismus“ auf der Basis des Kapitalismus und der kapitalistischen Kultur etwas anderes ist als der primitive Demokratismus der Urzeit oder der vorkapitalistischen Zeit. Die kapitalistische Kultur hat Großproduktion, Fabriken, Eisenbahnen, Post, Telephon usw. *geschaffen*, und *auf dieser Basis* sind die meisten Funktionen der alten „Staatsmacht“ so vereinfacht worden und können auf so einfache Operationen der Registrierung, Buchung, Kontrolle zurückgeführt werden, daß diese Funktionen jedem Nicht-analphabeten zugänglich sind, so daß man sie für gewöhnlichen „Arbeiterlohn“ wird leisten und daß man ihnen jeden Schimmer eines Vorrechts, eines „Vorgesetztenrechts“ wird nehmen können (und müssen).

Die völlige und jederzeitige Wählbarkeit und Absetzbarkeit ausnahmslos aller beamteten Personen, die Reduzierung ihrer Gehälter auf den gewöhnlichen „Arbeiterlohn“, diese einfachen und „selbstverständlichen“ demokratischen Maßnahmen, in denen sich die Interessen der Arbeiterschaft völlig mit denen der Mehrheit der Bauern vereinigen, dienen gleichzeitig als Brücke, die vom Kapitalismus zum Sozialismus führt. Diese Maßnahmen betreffen die staatliche, rein politische Umgestaltung der Gesellschaft, aber sie bekommen vollen Sinn und Bedeutung selbstverständlich erst im Zusammenhang mit der in Verwirklichung oder Vorbereitung begriffenen „Expropriation der



Expropriateure“, d. h. mit dem Übergang des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum.

„Die Kommune“, schrieb Marx, „machte das Stichwort aller Bourgeoisrevolutionen — wohlfeile Regierung — zur Wahrheit, indem sie die beiden größten Ausgabequellen, die Armee und das Beamtentum, aufhob.“

Aus der Bauernschaft wie auch aus den anderen Schichten des Kleinbürgertums gelangt nur eine geringfügige Minderheit „nach oben“, „bringt es zu etwas“ im bürgerlichen Sinne, d. h. wird entweder zu wohlhabenden Leuten, zu Bourgeois, oder zu gut versorgten, privilegierten Beamten. Die gewaltige Mehrheit der Bauern wird in jedem kapitalistischen Lande, in dem es überhaupt Bauern gibt (was in den meisten kapitalistischen Ländern der Fall ist), von der Regierung unterdrückt, sehnt deren Sturz, sehnt eine „wohlfeile“ Regierung herbei. Verwirklichen kann das *nur* das Proletariat, und indem es das verwirklicht, macht es zugleich einen Schritt zur sozialistischen Umgestaltung des Staates.

### 3. Aufhebung des Parlamentarismus

„Die Kommune“, schrieb Marx, „sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit ...

Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“

Diese bemerkenswerte Kritik des Parlamentarismus, die aus dem Jahre 1871 stammt, gehört jetzt infolge des herrschenden Sozialchauvinismus und Opportunismus ebenfalls zu den „vergessenen Worten“ des Marxismus. Die Minister und Berufsparlamentarier, die Verräter am Proletariat und „Geschäfts“-Sozialisten unserer Tage überließen die Kritik des Parlamentarismus gänzlich den Anarchisten und verschrien aus diesem erstaunlich vernünftigen Grunde *jede* Kritik am Parlamentarismus als „Anarchismus“!! Es ist durchaus nicht verwunderlich, daß das Proletariat der „fortgeschrittenen“ parlamentarischen Länder, angeekelt durch den Anblick solcher „Sozialisten“ wie der Scheidemann, David, Legien, Sembat, Renaudel, Henderson, Vandervelde, Stauning, Branting, Bissolati und Konsorten, seine Sympathien immer öfter dem Anarchosyndikalismus zuwandte, obwohl dieser der leibliche Bruder des Opportunismus war.

Doch für Marx war die revolutionäre Dialektik nie jenes leere Modewort, jene Kinderklapper, zu der sie Plechanow, Kautsky u. a. gemacht

haben. Marx verstand es, mit den Anarchisten rücksichtslos zu brechen, weil diese es nicht vermochten, sogar den „Stall“ des bürgerlichen Parlamentarismus auszunutzen, besonders in Zeiten, da offensichtlich keine revolutionäre Situation vorhanden ist; gleichzeitig verstand er aber auch, eine wahrhaft revolutionär-proletarische Kritik am Parlamentarismus zu üben.

Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll — das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus, und dies nicht nur in den parlamentarisch-konstitutionellen Monarchien, sondern auch in den allerdemokratischsten Republiken.

Wirft man aber die Frage des Staates auf, betrachtet man den Parlamentarismus als eine der Institutionen des Staates, unter dem Gesichtspunkt der Aufgaben des Proletariats auf *diesem* Gebiet, wo ist dann der Ausweg aus dem Parlamentarismus? wie soll man da ohne ihn auskommen?

Wieder und immer wieder muß man sagen: die auf dem Studium der Kommune begründeten Marxschen Lehren sind so gründlich vergessen worden, daß dem heutigen „Sozialdemokraten“ (lies: dem heutigen Verräter am Sozialismus) eine andere Kritik des Parlamentarismus als eine anarchistische oder reaktionäre einfach unverständlich ist.

Der Ausweg aus dem Parlamentarismus ist natürlich nicht in der Aufhebung der Vertretungskörperschaften und der Wählbarkeit zu suchen, sondern in der Umwandlung der Vertretungskörperschaften aus Schwatzbuden in „arbeitende“ Körperschaften. „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit.“

„Nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft“ — das trifft haarscharf auf die modernen Parlamentarier und parlamentarischen „Schoßbündchen“ der Sozialdemokratie zu! Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an, von Amerika bis zur Schweiz, von Frankreich bis England, Norwegen usw.: die eigentlichen „Staats“geschäfte werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien, Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwätzt, speziell zum Zweck, das „gemeine Volk“ zu betölpeln. Das ist so wahr, daß selbst in der russischen Republik, in der bürgerlich-demokratischen Republik sich sofort, noch bevor sie Zeit fand, ein richtiges Parlament zu schaffen, alle diese Sünden des Parlamentarismus geltend machten. Solche Helden des moderigen Spießbürgertums wie die Skobelew und Zereteli, Tschernow

und Awxentjew haben es zuwege gebracht, auch die Sowjets nach dem Vorbild des schäbigsten bürgerlichen Parlamentarismus zu versauen und sie in bloße Schwatzbuden zu verwandeln. In den Sowjets hauen die Herren „sozialistischen“ Minister die vertrauensseligen Bäuerlein mit Phrasen und Resolutionen übers Ohr. In der Regierung wird ein ewiger Tanz aufgeführt, einerseits, um der Reihe nach möglichst viele Sozialrevolutionäre und Menschewiki „an die Krippe“ gut bezahlter und ehrenvoller Posten heranzulassen, und andererseits, um die Aufmerksamkeit des Volkes zu „beschäftigen“. In den Kanzleien, in den Stäben wird inzwischen „Staats“arbeit „geleistet“!

„Djelo Naroda“, das Organ der regierenden Partei der „Sozialrevolutionäre“, gestand kürzlich in einem redaktionellen Leitartikel — mit der unnachahmlichen Offenherzigkeit der Menschen aus der „guten Gesellschaft“, in der „alle“ politische Prostitution treiben —, daß selbst in den (mit Verlaub zu sagen) von „Sozialisten“ geleiteten Ministerien, daß selbst in diesen der gesamte Beamtenapparat eigentlich der alte bleibt, auf die alte Weise funktioniert und jedes revolutionäre Beginnen durchaus „frei“ sabotiert! Ja, selbst wenn dieses Geständnis nicht vorläge, ist denn die tatsächliche Geschichte der Beteiligung der Sozialrevolutionäre und Menschewiki an der Regierung nicht ein Beweis dafür? Bezeichnend ist hier nur, daß die Herren Tschernow, Russanow, Sensinow und sonstigen Redakteure des „Djelo Naroda“, die mit den Kadetten in der Regierung sitzen, dermaßen jede Scham verloren haben, daß sie sich nicht scheuen — als handle es sich um eine Bagatelle —, öffentlich zu erzählen, ohne zu erröten, daß „bei ihnen“ in den Ministerien alles beim alten ist!! Revolutionär-demokratische Phrasen zur Betörung der einfältigen Bauern, bürokratischer Kanzleischlendrian zur „Zufriedenstellung“ der Kapitalisten — da habt ihr das *Wesen* der „ehrichen“ Koalition.

Den korrupten und verfaulten Parlamentarismus der bürgerlichen Gesellschaft ersetzt die Kommune durch Körperschaften, in denen die Freiheit des Urteils und der Beratung nicht in Betrug ausartet, denn da müssen die Parlamentarier selbst arbeiten, selbst ihre Gesetze ausführen, selbst kontrollieren, was bei der Durchführung herauskommt, selbst unmittelbar vor ihren Wählern die Verantwortung tragen. Die Vertretungskörperschaften bleiben, aber der Parlamentarismus als besonderes System, als Trennung der gesetzgebenden von der vollziehenden Tätigkeit, als Vorzugsstellung für Abgeordnete besteht hier *nicht*. Ohne Vertretungskörperschaften können wir uns eine Demokratie nicht denken, auch die proletarische Demokratie nicht; ohne Parlamentarismus können und *müssen* wir sie uns denken, soll die Kritik an

der bürgerlichen Gesellschaft für uns nicht ein leeres Gerede sein, soll das Streben nach dem Sturz der Herrschaft der Bourgeoisie aufrichtig und ernst gemeint und nicht eine „Wahl“parole sein, um Arbeiterstimmen zu fangen, wie es bei den Menschewiki und Sozialrevolutionären, den Scheidemann und Legien, den Sembat und Vandervelde der Fall ist.

Es ist äußerst lehrreich, daß Marx da, wo er auf die Funktionen jener Beamtenschaft zu sprechen kommt, die auch die Kommune und die proletarische Demokratie braucht, zum Vergleich die Angestellten eines „jeden anderen Arbeitgebers“ heranzieht, d. h. ein gewöhnliches kapitalistisches Unternehmen mit „Arbeitern, Aufsehern und Buchhaltern“.

Bei Marx findet man auch nicht die Spur von Utopismus in dem Sinne, daß er die „neue“ Gesellschaft erdichtete, zusammenphanta-sierte. Nein, er studiert — wie einen naturgeschichtlichen Prozeß — die *Geburt* der neuen Gesellschaft aus der alten, studiert die Übergangsformen von der letzteren zur ersten. Er hält sich an die tatsächliche Erfahrung der proletarischen Massenbewegung und ist bemüht, aus ihr praktische Lehren zu ziehen. Er „lernt“ von der Kommune, wie alle großen revolutionären Denker sich nicht gescheut haben, aus den Erfahrungen der großen Bewegungen der unterdrückten Klasse zu lernen, ohne jemals pedantische „Moralpredigten“ an sie zu richten (in der Art des Plechanowschen „Man hätte nicht zu den Waffen greifen sollen“ oder des Zeretelischen „Eine Klasse muß sich Selbstbeschränkung auferlegen“).

Von einer Vernichtung des Beamtentums mit einem Schlag, überall, restlos kann keine Rede sein. Das wäre eine Utopie. Aber mit einem Schlag die alte Beamtenmaschinerie *zerbrechen* und sofort mit dem Bau einer neuen beginnen, die allmählich jegliches Beamtentum überflüssig macht und aufhebt — das ist *keine* Utopie, das ist eine Erfahrungslehre der Kommune, das ist die direkte, nächstliegende Aufgabe des revolutionären Proletariats.

Der Kapitalismus vereinfacht die Funktionen der „Staats“verwaltung, er macht es möglich, das „Vorgesetztenwesen“ auszuschalten und das Ganze auf die Organisation der Proletarier (als herrschende Klasse) zu reduzieren, die im Namen der gesamten Gesellschaft „Arbeiter, Aufseher und Buchhalter“ einstellen wird.

Wir sind keine Utopisten. Wir „träumen“ nicht davon, wie man *unplötzlich* ohne jede Verwaltung, ohne jede Unterordnung auskommen könnte; diese anarchistischen Träumereien, die auf einem Verkennen der Aufgaben der Diktatur des Proletariats beruhen, sind dem Marxis-

mus wesensfremd, sie dienen in Wirklichkeit nur dazu, die sozialistische Revolution auf die Zeit zu verschieben, da die Menschen anders geworden sein werden. Nein, wir wollen die sozialistische Revolution mit den Menschen, wie sie gegenwärtig sind, den Menschen, die ohne Unterordnung, ohne Kontrolle, ohne „Aufseher und Buchhalter“ nicht auskommen werden.

Aber unterzuordnen hat man sich der bewaffneten Avantgarde aller Ausgebeuteten und Werktätigen — dem Proletariat. Die spezifische „Vorgesetztenrolle“ der Staatsbeamten kann und muß man sofort, von heute auf morgen, durch die einfachen Funktionen von „Aufsehern und Buchhaltern“ zu ersetzen beginnen, Funktionen, denen der heutige Stadtmensch bei seinem Entwicklungsniveau im allgemeinen schon durchaus gewachsen ist, und die für einen „Arbeiterlohn“ durchaus ausführbar sind.

Organisieren wir, Arbeiter, *selber* die Großproduktion, von dem ausgehend, was der Kapitalismus bereits geschaffen hat, auf unsere Arbeitererfahrung gestützt, mit Hilfe der strengsten, eisernen Disziplin, die von der Staatsgewalt der bewaffneten Arbeiter aufrechterhalten wird; machen wir die Staatsbeamten zu einfachen Vollstreckern unserer Aufträge, zu verantwortlichen, absetzbaren, bescheiden bezahlten „Aufsehern und Buchhaltern“ (natürlich einschließlich der Techniker jeder Art, jeden Ranges und Grades), — das ist *unsere* proletarische Aufgabe, damit kann und muß man bei der Durchführung der proletarischen Revolution *beginnen*. Ein solcher Anfang auf der Basis der Großproduktion führt von selbst zum allmählichen „Absterben“ jedweden Beamtentums, zur allmählichen Schaffung einer solchen Ordnung, — Ordnung ohne Gänsefüßchen, einer Ordnung, die mit Lohnsklaverei nichts zu tun hat, — einer Ordnung, bei der die sich immer mehr vereinfachenden Funktionen der Aufsicht und Rechenschaftslegung der Reihe nach von allen ausgeübt, später zur Gewohnheit werden und schließlich als *Sonderfunktionen* einer besonderen Schicht von Menschen in Fortfall kommen.

Ein geistreicher deutscher Sozialdemokrat der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts bezeichnete die *Post* als Muster sozialistischer Wirtschaft. Das stimmt auch. Gegenwärtig ist die Post ein Betrieb, der nach dem Typus des staatskapitalistischen Monopols organisiert ist. Der Imperialismus verwandelt nach und nach alle Truste in Organisationen ähnlicher Art. Über den „einfachen“ Werktätigen, die schuften und darben, steht hier die gleiche bürgerliche Bürokratie. Doch der Mechanismus der gesellschaftlichen Wirtschaftsführung steht hier schon fertig da. Man stürze die Kapitalisten, man breche mit der eisernen

Faust der bewaffneten Arbeiter den Widerstand dieser Ausbeuter, man zerschlage die bürokratische Maschinerie des modernen Staates — und wir haben einen von dem „Parasiten“ befreiten, technisch hoch ausgestalteten Mechanismus vor uns, den die vereinigten Arbeiter sehr wohl selbst in Gang bringen können, indem sie Techniker, Aufseher, Buchhalter anstellen und ihrer *aller* Arbeit, wie die Arbeit *aller* „Staats“-beamten überhaupt, mit dem Arbeiterlohn bezahlen. Das ist eine konkrete, praktische Aufgabe, die in bezug auf alle Truste sofort ausführbar ist, die die Werktätigen von der Ausbeutung befreit und die Erfahrung verwertet, die bereits die Kommune (insbesondere auf dem Gebiet des Staatsaufbaus) praktisch zu machen begann.

Unser nächstes Ziel ist, die *ganze* Volkswirtschaft nach dem Vorbild der Post zu organisieren, und zwar so, daß die unter der Kontrolle und Leitung des bewaffneten Proletariats stehenden Techniker, Aufseher, Buchhalter sowie *alle* beamteten Personen ein den „Arbeiterlohn“ nicht übersteigendes Gehalt beziehen. Das ist der Staat, das ist die wirtschaftliche Grundlage des Staates, wie wir sie brauchen. Das wird uns die Aufhebung des Parlamentarismus und die Beibehaltung der Vertretungskörperschaften geben, das wird die arbeitenden Klassen von der Prostituirung dieser Institutionen durch die Bourgeoisie befreien.

#### 4. *Organisierung der Einheit der Nation*

„... In einer kurzen Skizze der nationalen Organisation, die die Kommune nicht die Zeit hatte, weiter auszuarbeiten, heißt es ausdrücklich, daß die Kommune die politische Form selbst des kleinsten Dorfs sein ... sollte.“ Von den Kommunen sollte auch die „Nationaldelegation“ in Paris gewählt werden.

„... Die wenigen, aber wichtigen Funktionen, welche dann noch für eine Zentralregierung übrigblieben, sollten nicht, wie dies absichtlich gefälscht worden, abgeschafft, sondern an kommunale, d. h. streng verantwortliche Beamte übertragen werden.

... Die Einheit der Nation sollte nicht gebrochen, sondern im Gegenteil organisiert werden durch die Kommunalverfassung; sie sollte eine Wirklichkeit werden durch die Vernichtung jener Staatsmacht, welche sich für die Verkörperung dieser Einheit ausgab, aber unabhängig und überlegen sein wollte gegenüber der Nation, an deren Körper sie doch nur ein Schmarotzerauswuchs war. Während es galt, die bloß unterdrückenden Organe der alten Regierungsmacht abzuschneiden, sollten ihre berechtigten Funktionen einer Gewalt, die über der Gesellschaft zu stehn beanspruchte, entrisen und den verantwortlichen Dienern der Gesellschaft zurückgegeben.“

In welchem Grad die Opportunisten der modernen Sozialdemokratie diese Ausführungen von Marx nicht verstanden haben — vielleicht richtiger: nicht verstehen wollten —, beweist das herostratisch berühmte Buch des Renegaten Bernstein: „Die Voraussetzungen des

Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“. Gerade in bezug auf die zitierten Worte von Marx schrieb Bernstein, darin sei ein Programm entwickelt, „das seinem politischen Gehalt nach in allen wesentlichen Zügen die größte Ähnlichkeit aufweist mit dem Föderalismus — Proudhons ... Bei allen sonstigen Verschiedenheiten zwischen Marx und dem ‚Kleinbürger‘ Proudhon“ (Bernstein setzt das Wort „Kleinbürger“ in Gänsefüßchen, die nach seiner Meinung Ironie ausdrücken sollen) „ist in diesen Punkten der Gedankengang bei ihnen so nahe wie nur möglich.“ Natürlich, fährt Bernstein fort, wächst die Bedeutung der Munizipalitäten, doch meint er: „Ob freilich eine solche Auflösung der modernen Staatswesen und die völlige Umwandlung ihrer Organisation, wie Marx und Proudhon sie schildern (die Bildung der Nationalversammlung aus Delegierten der Provinz- bzw. der Bezirksversammlungen, die ihrerseits aus Delegierten der Kommunen zusammenzusetzen wären), das erste Werk der Demokratie zu sein hätte, so daß also die bisherige Form der Nationalvertretungen wegfiel, erscheint mir zweifelhaft.“ (Bernstein, „Die Voraussetzungen des Sozialismus ...“, S. 134 und 136 der Ausgabe von 1899.) Das ist geradezu ungeheuerlich: Marx' Ansichten über die „Vernichtung der Staatsmacht, des Schmarotzerauswuchses“ mit dem Föderalismus Proudhons in einen Topf zu werfen! Das ist aber kein Zufall, denn dem Opportunisten kommt es nicht einmal in den Sinn, daß Marx hier gar nicht vom Föderalismus im Gegensatz zum Zentralismus spricht, sondern von der Zerschlagung der alten, bürgerlichen, in allen bürgerlichen Ländern bestehenden Staatsmaschinerie.

Dem Opportunisten kommt nur das in den Sinn, was er in dem Milieu kleinbürgerlichen Spießertums und „reformistischer“ Stagnation um sich herum sieht, nämlich nur die „Munizipalitäten“! Der Opportunist hat verlernt, an die Revolution des Proletariats auch nur zu denken.

Das ist zum Lachen. Bemerkenswert ist aber, daß über diesen Punkt mit Bernstein nicht gestritten wurde. Bernstein wurde von vielen widerlegt, in der russischen Literatur insbesondere von Plechanow, in der westeuropäischen von Kautsky, aber der eine wie der andere hat über *diese* Entstellung von Marx durch Bernstein *nicht* gesprochen.

Der Opportunist hat so sehr verlernt, revolutionär zu denken und sich über die Revolution Gedanken zu machen, daß er Marx „Föderalismus“ zuschreibt und ihn mit Proudhon, dem Begründer des Anarchismus, verwechselt. Und die Kautsky und Plechanow, die orthodoxe Marxisten sein möchten, die die Lehre des revolutionären Marxismus verteidigen wollen, schweigen dazu! Hier liegt eine der

Wurzeln jener äußersten Vulgarisierung der Ansichten über den Unterschied zwischen Marxismus und Anarchismus, die sowohl den Kautskyanern als auch den Opportunisten eigen ist und auf die wir noch zu sprechen kommen werden.

In den angeführten Betrachtungen von Marx über die Erfahrungen der Kommune findet sich auch nicht eine Spur von Föderalismus. Marx stimmt mit Proudhon gerade in dem überein, was der Opportunist Bernstein nicht sieht. Marx geht mit Proudhon gerade da auseinander, wo Bernstein ihre Analogie sieht.

Marx stimmt mit Proudhon darin überein, daß sie beide für das „Zerschlagen“ der heutigen Staatsmaschine sind. Diese Übereinstimmung des Marxismus mit dem Anarchismus (sowohl mit Proudhon als auch mit Bakunin) wollen weder die Opportunisten noch die Kautskyaner sehen, denn sie haben in diesem Punkt dem Marxismus den Rücken gekehrt.

Marx geht sowohl mit Proudhon als auch mit Bakunin gerade in der Frage des Föderalismus auseinander (von der Diktatur des Proletariats schon gar nicht zu reden). Aus den kleinbürgerlichen Anschauungen des Anarchismus ergibt sich prinzipiell der Föderalismus. Marx ist Zentralist. Und in seinen hier zitierten Darlegungen ist nicht die geringste Abweichung vom Zentralismus enthalten. Nur Leute, die vom kleinbürgerlichen „Aberglauben“ an den Staat erfüllt sind, können die Vernichtung der bürgerlichen Maschinerie für eine Vernichtung des Zentralismus halten!

Nun, wenn aber das Proletariat und die arme Bauernschaft die Staatsgewalt in ihre Hände nehmen, sich vollkommen frei in Kommunen organisieren und das Wirken dieser Kommunen *vereinigen*, um das Kapital zu schlagen, den Widerstand der Kapitalisten zu brechen und das Privateigentum an den Eisenbahnen, Fabriken, am Grund und Boden usw. der *gesamten* Nation, der *gesamten* Gesellschaft zu übertragen — wird das etwa nicht Zentralismus sein? Wird das nicht der konsequenteste demokratische Zentralismus sein? Und dazu noch proletarischer Zentralismus?

Bernstein kann es einfach nicht in den Sinn kommen, daß ein freiwilliger Zentralismus, eine freiwillige Vereinigung der Kommunen zur Nation, eine freiwillige Verschmelzung der proletarischen Kommunen zum Zweck der Zerstörung der bürgerlichen Herrschaft und der bürgerlichen Staatsmaschine möglich ist. Bernstein, wie jedem Philister, erscheint der Zentralismus als etwas, das nur von oben, nur von der Beamtenschaft und dem Militär aufgezungen und aufrecht-erhalten werden kann.



Marx betonte ausdrücklich, als ob er die Möglichkeit einer Verzerrung seiner Ansichten vorausgesehen hätte, daß die gegen die Kommune erhobene Anschuldigung, sie hätte die Einheit der Nation vernichten, die Zentralregierung abschaffen wollen, eine bewußte Fälschung ist. Marx gebraucht absichtlich den Ausdruck „Die Einheit der Nation sollte organisiert werden“, um den klassenbewußten, demokratischen, proletarischen Zentralismus dem bürgerlichen, militärischen, bürokratischen entgegenzustellen.

Aber ... schlimmer als jeder Taube ist, wer nicht hören will. Und die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie wollen eben von einer Vernichtung der Staatsmacht, von einem Abschneiden des Schmarotzerauswuchses nichts hören.

### 5. Vernichtung des Schmarotzers Staat

Wir haben bereits die entsprechenden Stellen aus Marx angeführt, wir müssen sie ergänzen.

„... Es ist das gewöhnliche Schicksal neuer geschichtlicher Schöpfungen“, schrieb Marx, „für das Seitenstück älterer und selbst verlebter Formen des gesellschaftlichen Lebens versehen zu werden, denen sie einigermaßen ähnlich sehn. So ist diese neue Kommune, die die moderne Staatsmacht bricht, angesehen worden für eine Wiederbelebung der mittelalterlichen Kommunen ... einen Bund kleiner Staaten, wie Montesquien und die Girondins ihn träumten ... für eine übertriebne Form des alten Kampfes gegen Überzentralisation ...“

„... Die Kommunalverfassung würde im Gegenteil dem gesellschaftlichen Körper alle die Kräfte zurückgegeben haben, die bisher der Schmarotzerauswuchs ‚Staat‘, der von der Gesellschaft sich nährt und ihre freie Bewegung hemmt, aufgezehrt hat. Durch diese Tat allein würde sie die Wiedergeburt Frankreichs in Gang gesetzt haben ...“

„... In Wirklichkeit aber hätte die Kommunalverfassung die ländlichen Produzenten unter die geistige Führung der Bezirkshauptstädte gebracht und ihnen dort, in den städtischen Arbeitern, die natürlichen Vertreter ihrer Interessen gesichert. — Das bloße Bestehn der Kommune führte, als etwas Selbstverständliches, die lokale Selbstregierung mit sich, aber nun nicht mehr als Gegengewicht gegen die, ‚jetzt überflüssig gemachte, Staatsmacht.‘“

„Vernichtung der Staatsmacht“, die ein „Schmarotzerauswuchs“ war, ihre „Abschneidung“, ihre „Zerstörung“, „die jetzt überflüssig gemachte Staatsmacht“ — das sind die Ausdrücke, in denen Marx vom Staat sprach, als er die Erfahrungen der Kommune beurteilte und analysierte.

Dies alles ist nahezu vor einem halben Jahrhundert geschrieben worden; heute muß man gewissermaßen Ausgrabungen machen, um dem Bewußtsein der breiten Massen den unverfälschten Marxismus nahezubringen. Die Schlußfolgerungen aus den Beobachtungen der

letzten von Marx erlebten großen Revolution hat man gerade dann vergessen, als die Zeit der folgenden großen Revolutionen des Proletariats kam.

„... Die Mannigfaltigkeit der Deutungen, denen die Kommune unterlag, und die Mannigfaltigkeit der Interessen, die sich in ihr ausgedrückt fanden, beweisen, daß sie eine durch und durch ausdehnungsfähige politische Form war, während alle früheren Regierungsformen wesentlich unterdrückend gewesen waren. Ihr wahres Geheimnis war dies: sie war wesentlich eine *Regierung der Arbeiterklasse*, das Resultat des Kampfs der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte ...

Ohne diese letzte Bedingung war die Kommunalverfassung eine Unmöglichkeit und eine Täuschung ...“

Die Utopisten befaßten sich mit der „Entdeckung“ politischer Formen, unter denen die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft vor sich gehen sollte. Die Anarchisten wollten von der Frage nach den politischen Formen überhaupt nichts wissen. Die Opportunisten der heutigen Sozialdemokratie betrachteten die bürgerlichen politischen Formen des parlamentarischen demokratischen Staates als die Grenze, die nicht überschritten werden darf, sie schlugen sich bei ihrem Kotsaumachen vor diesem „Vorbild“ die Stirnen wund und erklärten jedes Bestreben, diese Formen zu *brechen*, als Anarchismus.

Marx hat aus der ganzen Geschichte des Sozialismus und des politischen Kampfes gefolgert, daß der Staat verschwinden muß, daß die Übergangsform seines Verschwindens (der Übergang vom Staat zum Nichtstaat) das „als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ sein wird. Marx unternahm es aber nicht, die politischen *Formen* dieser Zukunft zu *entdecken*. Er beschränkte sich auf eine genaue Beobachtung der französischen Geschichte, analysierte sie und zog die Schlußfolgerung, die sich aus dem Jahre 1851 ergab: die *Zerstörung* der bürgerlichen Staatsmaschinerie rückt heran.

Und als die revolutionäre Massenbewegung des Proletariats ausgebrochen war, begann Marx, trotz des Mißerfolges dieser Bewegung, trotz ihrer kurzen Dauer und augenfälligen Schwäche, zu forschen, welche Formen sie *entdeckt* hat.

Die Kommune ist die von der proletarischen Revolution „endlich entdeckte“ Form, unter der sich die ökonomische Befreiung der Arbeit vollziehen kann.

Die Kommune ist der erste Versuch der proletarischen Revolution, die bürgerliche Staatsmaschine zu *zerschlagen*, ist die „endlich entdeckte“ politische Form, durch die man das *Zerschlagene ersetzen* kann und muß.

Wir werden in der weiteren Darlegung sehen, daß die russischen

Revolutionen von 1905 und 1917 in einer anderen Situation, unter anderen Umständen, das Werk der Kommune fortsetzen und die geniale historische Analyse von Marx bestätigen.

#### IV. KAPITEL

#### FORTSETZUNG.

#### ERGÄNZENDE ERLÄUTERUNGEN VON ENGELS

Marx trug zur Frage der Beurteilung der Erfahrungen der Kommune das Grundlegende bei. Engels kam wiederholt auf dasselbe Thema zurück, indem er die Analyse und die Schlußfolgerungen von Marx erläuterte und mitunter mit einer solchen Kraft und Anschaulichkeit andere Seiten der Frage beleuchtete, daß man auf diese Erläuterungen besonders eingehen muß.

##### 1. „Zur Wohnungsfrage“

In seiner Abhandlung über die Wohnungsfrage (1872) verwertet Engels bereits die Erfahrungen der Kommune und kommt einige Male auf die Aufgaben der Revolution in bezug auf den Staat zu sprechen. Es ist interessant, daß an einem konkreten Thema anschaulich aufgezeigt werden: einerseits die Züge, die den proletarischen Staat dem jetzigen Staat ähnlich machen, Züge, die Anlaß geben, in beiden Fällen von einem Staat zu sprechen, und andererseits die Unterscheidungsmerkmale oder der Übergang zur Aufhebung des Staates.

„Wie ist nun die Wohnungsfrage zu lösen? In der heutigen Gesellschaft gerade wie eine jede andere gesellschaftliche Frage gelöst wird: durch die allmähliche ökonomische Ausgleichung von Nachfrage und Angebot, eine Lösung, die die Frage selbst immer wieder von neuem erzeugt, also keine Lösung ist. Wie eine soziale Revolution diese Frage lösen würde, hängt nicht nur von den jedesmaligen Umständen ab, sondern auch zusammen mit viel weitergehenden Fragen, unter denen die Aufhebung des Gegensatzes von Stadt und Land eine der wesentlichsten ist. Da wir keine utopistischen Systeme für die Einrichtung der künftigen Gesellschaft zu machen haben, wäre es mehr als müßig, hierauf einzugehen. Soviel aber ist sicher, daß schon jetzt in den großen Städten hinreichend Wohngebäude vorhanden sind, um bei rationeller Benutzung derselben jeder wirklichen ‚Wohnungsnot‘ sofort abzuhelfen. Dies kann natürlich nur durch Expropriation der heutigen Besitzer, resp. durch Bequartierung ihrer Häuser mit obdachlosen oder in ihren bisherigen Wohnungen übermäßig zusammengedrängten Arbeitern geschehen, und sobald das Proletariat die politische Macht erobert hat, wird eine solche, durch das öffentliche Wohl gebotene Maßregel ebenso leicht ausführbar sein, wie andere Expropriationen und Einquartierungen durch den heutigen Staat.“ (S. 22 der Ausgabe von 1887.)

Hier wird nicht die veränderte Form der Staatsmacht behandelt, sondern nur der Inhalt ihrer Tätigkeit. Expropriationen und Einquartierungen erfolgen auch auf Verfügung des jetzigen Staates. Formell betrachtet, wird auch der proletarische Staat Einquartierungen und Expropriationen von Häusern „verfügen“. Es ist aber klar, daß der alte Vollzugsapparat, die mit der Bourgeoisie verbundene Beamten-schaft, zur Durchführung der Verfügungen des proletarischen Staates einfach untauglich wäre.

„Übrigens muß konstatiert werden, daß die ‚faktische Besitzergreifung‘ sämtlicher Arbeitsinstrumente, die Inbesitznahme der gesamten Industrie von seiten des arbeitenden Volks, das gerade Gegenteil ist von der proudhonistischen ‚Ablösung‘. Bei der letzteren wird der *einzelne Arbeiter* Eigentümer der Wohnung, des Bauernhofs, des Arbeitsinstruments; bei der ersteren bleibt das ‚arbeitende Volk‘ Gesamteigentümer der Häuser, Fabriken und Arbeitsinstrumente, und wird deren Nießbrauch, wenigstens während einer Übergangszeit, schwerlich ohne Entschädigung der Kosten an einzelne oder Gesellschaften überlassen. Gerade wie die Abschaffung des Grundeigentums nicht die Abschaffung der Grundrente ist, sondern ihre Übertragung, wenn auch in modifizierter Weise, an die Gesellschaft. Die faktische Besitznahme sämtlicher Arbeitsinstrumente durch das arbeitende Volk schließt also die Beibehaltung des Mietverhältnisses keineswegs aus.“ (S. 69.)

Die in diesen Darlegungen angeschnittene Frage, nämlich die Frage nach den ökonomischen Grundlagen des Absterbens des Staates, wollen wir im nächsten Kapitel behandeln. Engels drückt sich äußerst vorsichtig aus, wenn er sagt, daß der proletarische Staat „schwerlich“ die Wohnungen ohne Entgelt verteilen werde, „wenigstens während einer Übergangszeit“. Die Überlassung von Wohnungen, die dem ganzen Volke gehören, an einzelne Familien gegen Entgelt setzt auch die Erhebung dieses Mietgelds, eine gewisse Kontrolle und diese oder jene Normierung bei der Verteilung der Wohnungen voraus. Alles das erfordert eine gewisse Staatsform, erfordert aber keineswegs einen besonderen militärischen und bürokratischen Apparat mit beamteten Personen in besonders bevorzugter Stellung. Der Übergang zu einer Ordnung der Dinge, bei der es möglich sein wird, die Wohnungen kostenlos zu überlassen, ist mit dem völligen „Absterben“ des Staates verknüpft.

Wo Engels darauf zu sprechen kommt, daß die Blanquisten nach der Kommune und beeinflußt durch deren Erfahrungen prinzipiell die Stellung des Marxismus bezogen, formuliert er beiläufig diese Stellung folgendermaßen:

„... Notwendigkeit der politischen Aktion des Proletariats und seiner Diktatur als Übergang zur Abschaffung der Klassen und, mit ihnen, des Staates ...“ (S. 55.)

Liebhaber von Wortklaubereien oder bürgerliche „Marxistenfresser“ mögen wohl einen Widerspruch finden zwischen diesem *Bekanntnis*

zur „Abschaffung des Staates“ und der Ablehnung einer Formel wie der anarchistischen in dem früher zitierten Passus aus dem „Anti-Dühring“. Es wäre nicht verwunderlich, wenn die Opportunisten auch Engels zum „Anarchisten“ stempelten — wird es doch bei den Sozialchauvinisten jetzt immer mehr Sitte, die Internationalisten des Anarchismus zu bezichtigen.

Daß mit der Abschaffung der Klassen auch die Abschaffung des Staates erfolgen wird, das hat der Marxismus stets gelehrt. Die allgemein bekannte Stelle über das „Absterben des Staates“ im „Anti-Dühring“ macht den Anarchisten nicht einfach zum Vorwurf, daß sie für die Abschaffung des Staates eintreten, sondern daß sie predigen, man könne den Staat „von heute auf morgen“ abschaffen.

Da die gegenwärtig herrschende „sozialdemokratische“ Doktrin das Verhältnis des Marxismus zum Anarchismus in der Frage der Abschaffung des Staates vollkommen entstellt, wird es besonders nützlich sein, an eine Polemik von Marx und Engels gegen die Anarchisten zu erinnern.

## 2. Polemik gegen die Anarchisten

Diese Polemik fällt in das Jahr 1873. Marx und Engels schrieben für einen italienischen sozialistischen Almanach Artikel gegen die Proudhonisten, die „Autonomisten“ oder „Antiautoritären“, aber erst im Jahre 1913 erschienen diese Artikel in deutscher Übersetzung in der „Neuen Zeit“.

„Wenn der politische Kampf der Arbeiterklasse“, schrieb Marx, über die Anarchisten und ihre Ablehnung der Politik spottend, „revolutionäre Form annimmt, wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, dann begehen sie das schreckliche Verbrechen der Prinzipienbeleidigung, denn um ihre kläglichen profanen Tagesbedürfnisse zu befriedigen, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, geben sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form, statt die Waffen niederzulegen und den Staat abzuschaffen...“ („Neue Zeit“, 32. Jahrgang, Bd. I, 1913/14, S. 40.)

Also ausschließlich gegen diese „Abschaffung“ des Staates wandte sich Marx bei seiner Widerlegung der Anarchisten! Gar nicht dagegen, daß der Staat mit dem Verschwinden der Klassen verschwinden oder mit der Abschaffung der Klassen abgeschafft werden wird, sondern dagegen, daß die Arbeiter auf die Anwendung von Waffen, auf die organisierte Gewalt, *das heißt auf den Staat*, verzichten sollen, der dem Ziel zu dienen hat: „den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen“.

Marx betont absichtlich — um einer Entstellung des wahren Sinnes seines Kampfes gegen den Anarchismus vorzubeugen — die „revo-

lutionäre und *vorübergehende* Form“ des Staates, den das Proletariat braucht. Das Proletariat braucht den Staat nur zeitweilig. In der Frage der Abschaffung des Staates als *Ziel* gehen wir mit den Anarchisten gar nicht auseinander. Wir behaupten, daß zur Erreichung dieses Ziels eine zeitweilige Ausnutzung der Organe, Mittel, Methoden der Staatsgewalt *gegen* die Ausbeuter notwendig ist, ebenso wie zur Aufhebung der Klassen die vorübergehende Diktatur der unterdrückten Klasse notwendig ist. Marx greift gegen die Anarchisten zur schroffsten und klarsten Fragestellung: sollen die Arbeiter „die Waffen niederlegen“, wenn sie das Joch der Kapitalisten abwerfen, oder sollen sie diese Waffen gegen die Kapitalisten ausnutzen, um deren Widerstand zu brechen? Aber die systematische Ausnutzung der Waffen durch eine Klasse gegen eine andere Klasse, was ist das denn anderes als eine „vorübergehende Form“ des Staates?

Jeder Sozialdemokrat möge sich fragen, ob er in seiner Polemik gegen die Anarchisten die Frage des Staates so gestellt hat, ob die überwältigende Mehrheit der offiziellen sozialistischen Parteien der II. Internationale diese Frage so gestellt hat?

Engels entwickelt dieselben Gedanken noch viel ausführlicher und populärer. Zunächst verspottet er die Konfusion in den Köpfen der Proudhonisten, die sich als „Antiautoritäre“ bezeichneten, d. h. jegliche Autorität, jegliche Unterordnung, jegliche Regierungsgewalt verneinten. Man nehme eine Fabrik, eine Eisenbahn, ein Schiff auf hoher See, sagt Engels, ist es denn nicht klar, daß ohne eine gewisse Unterordnung, also ohne eine gewisse Autorität oder Macht ein Funktionieren keines dieser komplizierten technischen Betriebe, die auf der Verwendung von Maschinen und dem planmäßigen Zusammenarbeiten vieler Personen beruhen, möglich wäre?

„... Wenn ich diese Argumente“, schreibt Engels, „den rabiatesten Antiautoritären entgegenstelle, können sie mir nur die folgende Antwort geben: Ah! Das ist wahr, es handelt sich aber hier nicht um die Autorität, die wir den Delegierten verleihen, *sondern um einen Auftrag*. Diese Leute glauben, daß sie eine Sache ändern können, wenn sie ihren Namen ändern ...“

Nachdem Engels so gezeigt hat, daß Autorität und Autonomie relative Begriffe sind, daß ihr Geltungsbereich sich mit den verschiedenen Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung ändert, daß es ein Widersinn ist, sie für etwas Absolutes zu halten, und nachdem er hinzugefügt hat, daß der Geltungsbereich der Maschinen und der Großproduktion sich immer mehr erweitert, geht er von den allgemeinen Betrachtungen über Autorität zur Frage des Staates über.

„Hätten sich die Autonomisten“, schreibt er, „begnügt, zu sagen, daß die soziale Organisation der Zukunft die Autorität nur in den Grenzen zulassen wird, die durch die Produktionsverhältnisse unvermeidlich gezogen werden, dann hätte man sich mit ihnen verständigen können; sie sind aber blind für alle Tatsachen, welche die Autorität notwendig machen, und kämpfen leidenschaftlich gegen das Wort.“

Warum beschränken sich die Antiautoritären nicht darauf, gegen die politische Autorität, gegen den Staat zu schreiben? Alle Sozialisten sind darin einverstanden, daß der Staat und mit ihm die politische Autorität infolge der künftigen sozialen Revolution verschwinden werden; das heißt, daß die öffentlichen Funktionen ihren politischen Charakter verlieren und sich in einfache administrative Funktionen verwandeln werden, die die sozialen Interessen überwachen. Die Antiautoritären aber fordern, daß der politische Staat mit einem Schläge abgeschafft werde, noch früher, als die sozialen Verhältnisse abgeschafft sind, die ihn erzeugt haben. Sie fordern, daß der erste Akt der sozialen Revolution die Abschaffung der Autorität sein soll.

Haben sie einmal eine Revolution gesehen, diese Herren? Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem anderen Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten. Und hätte sich die Pariser Kommune nicht der Autorität eines bewaffneten Volkes gegen die Bourgeoisie bedient, hätte sie sich länger als einen Tag behauptet? Können wir sie nicht umgekehrt tadeln, daß sie sich zu wenig dieser Autorität bedient habe? Also: entweder — oder: Entweder die Antiautoritären wissen selbst nicht, was sie sagen; und in diesem Falle schaffen sie nur Konfusion, oder sie wissen es, und in diesem Falle verraten sie die Sache des Proletariats. In beiden Fällen dienen sie nur der Reaktion.“ (S. 39.)

In dieser Betrachtung sind Fragen berührt, die im Zusammenhang mit dem Thema über das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie beim Absterben des Staates betrachtet werden müssen (diesem Thema ist das nachfolgende Kapitel gewidmet). Das sind: die Frage der Umwandlung der öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache administrative und die Frage des „politischen Staates“. Dieser letzte Ausdruck, der besonders geeignet ist, Mißverständnisse hervorzurufen, deutet auf den Prozeß des Absterbens des Staates hin: den absterbenden Staat kann man auf einer gewissen Stufe seines Absterbens als unpolitischen Staat bezeichnen.

Am bemerkenswertesten ist in dieser Engellschen Betrachtung wiederum die gegen die Anarchisten gebrauchte Fragestellung. Die Sozialdemokraten, die Schüler von Engels sein wollen, haben seit 1873 millionenmal sich mit den Anarchisten herumgestritten, aber gerade *nicht* so, wie Marxisten streiten können und sollen. Die anarchistische Vorstellung von der Abschaffung des Staates ist konfus und *unrevolutionär* — so stellte Engels die Frage. Die Anarchisten wollen gerade die Revolution in ihrem Entstehen und in ihrer Entwicklung, in ihren

spezifischen Aufgaben hinsichtlich der Gewalt, der Autorität, der Macht, des Staates nicht sehen.

Die übliche Kritik des Anarchismus lief bei den heutigen Sozialdemokraten auf die reinste kleinbürgerliche Banalität hinaus: „Wir erkennen den Staat an, die Anarchisten nicht!“ Natürlich muß etwas so Banales auf einigermaßen denkende und revolutionäre Arbeiter abstoßend wirken. Engels sagt etwas anderes: er betont, daß alle Sozialisten das Verschwinden des Staates als Folge der sozialistischen Revolution anerkennen. Er stellt dann konkret die Frage der Revolution, eben jene Frage, die die Sozialdemokraten aus Opportunismus zu umgehen pflegen, deren „Bearbeitung“ sie sozusagen ausschließlich den Anarchisten überlassen. Und während Engels diese Frage stellt, packt er den Stier bei den Hörnern: hätte sich die Kommune der *revolutionären* Macht des Staates, d. h. des bewaffneten, als herrschende Klasse organisierten Proletariats, nicht *mehr* bedienen sollen?

Die herrschende offizielle Sozialdemokratie pflegte die Frage nach den konkreten Aufgaben des Proletariats während der Revolution entweder einfach mit Philisterspötteleien oder, bestenfalls, mit der ausweichenden sophistischen Redewendung abzutun: „Das werden wir dann sehen.“ Und die Anarchisten durften mit Recht von dieser Sozialdemokratie behaupten, daß sie ihre Aufgabe preisgebe, die Arbeiter im revolutionären Geiste zu erziehen. Engels nutzt die Erfahrungen der letzten proletarischen Revolution gerade zu einer ganz konkreten Erforschung der Frage aus, was das Proletariat sowohl in bezug auf die Banken als auch in bezug auf den Staat zu tun hat und wie das zu tun ist.

### 3. Ein Brief an Bebel

Eine der bemerkenswertesten, wenn nicht die bemerkenswerteste Betrachtung in den Werken von Marx und Engels über den Staat ist folgende Stelle in einem Brief von Engels an Bebel vom 18./28. März 1875. Dieser Brief ist — in Klammern sei es bemerkt — unseres Wissens zum ersten Male von Bebel im Zweiten Teil seiner Memoiren („Aus meinem Leben“) veröffentlicht worden, die 1911, d. h. sechs- unddreißig Jahre nach Niederschrift und Absendung des Briefes, erschienen sind.

Engels kritisierte in seinem Brief an Bebel denselben Entwurf des Gothaer Programms, an dem auch Marx in seinem berühmten Brief an Bracke Kritik übte. Speziell zur Frage des Staates schrieb Engels folgendes:



„Der freie Volksstaat ist in den freien Staat verwandelt. Grammatikalisch genommen ist ein freier Staat ein solcher, wo der Staat frei gegenüber seinen Bürgern ist, also ein Staat mit despotischer Regierung. Man sollte das ganze Gerede vom Staat fallen lassen, besonders seit der Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war. Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden, obwohl schon die Schrift Marx' gegen Proudhon und nachher das ‚Kommunistische Manifest‘ direkt sagen, daß mit Einführung der sozialistischen Gesellschaftsordnung der Staat sich von selbst auflöst und verschwindet. Da nun der ‚Staat‘ doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um seine Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom ‚freien Volksstaat‘ zu sprechen; solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen. Wir würden daher vorschlagen, überall statt ‚Staat‘ ‚Gemeinwesen‘ zu setzen, ein gutes altes deutsches Wort, das das französische ‚Kommune‘ sehr gut vertreten kann.“ (S. 322.)

Man muß im Auge behalten, daß dieser Brief sich auf das Parteiprogramm bezieht, das Marx in einem nur wenige Wochen später geschriebenen Brief (datiert vom 5. Mai 1875) kritisierte, und daß Engels damals, mit Marx zusammen, in London lebte. Wenn also Engels im letzten Satz „wir“ sagt, so empfiehlt er zweifellos in seinem und Marx' Namen dem Führer der deutschen Arbeiterpartei, das Wort „Staat“ *aus dem Programm zu streichen* und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen.

Welches Geheul über „Anarchismus“ würden die Häuptlinge des jetzigen, für die Opportunisten gebrauchsfertig zurechtgemachten „Marxismus“ erheben, wenn man ihnen eine solche Korrektur am Programm vorschlagen wollte!

Mögen sie heulen. Dafür werden sie von der Bourgeoisie gelobt werden.

Wir aber werden unser Werk weiter tun. Bei der Überprüfung unseres Parteiprogramms muß der Ratschlag von Engels und Marx unbedingt berücksichtigt werden, um der Wahrheit näherzukommen, um den Marxismus wiederherzustellen und ihn von Entstellungen zu säubern, um den Kampf der Arbeiterklasse für ihre Befreiung sicherer zu lenken. Unter den Bolschewiki werden sich gewiß keine Gegner des Ratschlages von Engels und Marx finden. Die Schwierigkeit dürfte wohl nur im Terminus liegen. Im Deutschen gibt es zwei Wörter: „Gemeinde“ und „Gemeinwesen“, von denen Engels dasjenige wählte, das *nicht* die einzelne Gemeinde, sondern die Gesamtheit, das System der Gemeinden, bedeutet. Im Russischen gibt es kein entsprechendes Wort, und man wird sich vielleicht für das französische Wort „Kommune“ entscheiden müssen, obgleich auch das seine Nachteile hat.

„Die Kommune, die schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr war“ — das ist die theoretisch höchst wichtige Behauptung von Engels. Nach dem oben Dargelegten ist diese Behauptung durchaus begrifflich. Die Kommune *hörte auf*, ein Staat zu sein, insofern sie nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung, sondern eine Minderheit (die Ausbeuter) niederzuhalten hatte; die bürgerliche Staatsmaschine wurde von ihr zerschlagen; an Stelle einer *besonderen* Repressionsgewalt trat die Bevölkerung selbst auf den Plan. Alles das sind Abweichungen vom Staat im eigentlichen Sinne. Und hätte sich die Kommune behauptet, so wären in ihr die Spuren des Staates von selbst „abgestorben“, sie hätte seine Institutionen nicht „abzuschaffen“ brauchen: diese hätten in dem Maße aufgehört zu funktionieren, wie sie nichts mehr zu tun gehabt hätten.

„Der ‚Volksstaat‘ ist uns von den Anarchisten bis zum Überdruß in die Zähne geworfen worden“, sagt Engels und meint in erster Linie Bakunin und dessen Ausfälle gegen die deutschen Sozialdemokraten. Engels erkennt diese Ausfälle *so weit* für berechtigt an, als der „Volksstaat“ ein ebensolcher Unsinn und ein ebensolches Abweichen vom Sozialismus ist, wie der „freie Volksstaat“ auch. Engels ist bemüht, den Kampf der deutschen Sozialdemokraten gegen die Anarchisten zu korrigieren, diesem Kampf die prinzipiell richtige Linie zu geben, ihn von den opportunistischen Vorurteilen in bezug auf den „Staat“ zu reinigen. Aber leider! Der Brief von Engels hat sechsunddreißig Jahre lang in einer Schreibtischlade gelegen. Wir werden weiter unten sehen, daß auch nach der Veröffentlichung dieses Briefes Kautsky im wesentlichen die gleichen Fehler hartnäckig wiederholt, vor denen Engels warnte.

Bebel antwortete Engels mit einem Brief vom 21. September 1875, in dem er unter anderm schrieb, daß er mit Engels' Urteil über die Programmvorlage „vollkommen übereinstimme“ und daß er Liebknecht Nachgiebigkeit vorgeworfen hätte (Bebel: „Aus meinem Leben“, Zweiter Teil, S. 304). Nimmt man jedoch Bebels Broschüre „Unsere Ziele“ zur Hand, so findet man in ihr vollkommen falsche Betrachtungen über den Staat:

„Der Staat soll also aus einem auf *Klassenherrschaft* beruhenden Staat in einen *Volksstaat* verwandelt werden.“ („Unsere Ziele“, Ausgabe von 1886, S. 14.)

So zu lesen in der *neunten* (neunten!) Auflage der Bebel'schen Broschüre! Kein Wunder, daß die so hartnäckig wiederholten opportunistischen Rasonnements über den Staat von der deutschen Sozialdemokratie aufgesaugt wurden, besonders da die revolutionären Erläuterungen von Engels vor der Welt geheimgehalten wurden, und

die ganzen Lebensverhältnisse für lange Zeit von der Revolution „entwöhnten“.

#### 4. Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms

Die Kritik des Entwurfs des Erfurter Programms<sup>30</sup>, die Engels am 29. Juni 1891 an Kautsky sandte und die erst zehn Jahre später in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht wurde, darf bei der Analyse der marxistischen Lehre vom Staat nicht übergangen werden, da sie hauptsächlich gerade der Kritik der *opportunistischen* Anschauungen der Sozialdemokratie in den Fragen der *Staatsordnung* gewidmet ist.

Nebenbei sei bemerkt, daß in Fragen der Ökonomie Engels ebenfalls einen außerordentlich wertvollen Fingerzeig gibt, der beweist, wie aufmerksam und überlegt er namentlich die Veränderungen des modernen Kapitalismus verfolgte, und wie er es daher verstand, bis zu einem gewissen Grad die Aufgaben unserer, der imperialistischen, Epoche vorwegzunehmen. Hier dieser Fingerzeig: über das Wort „Planlosigkeit“, das im Programmentwurf zur Kennzeichnung des Kapitalismus angewendet wurde, schreibt Engels:

„Wenn wir von den Aktiengesellschaften übergehen zu den Trusts, die ganze Industriezweige beherrschen und monopolisieren, so hört da nicht nur die Privatproduktion auf, sondern auch die Planlosigkeit.“ („Neue Zeit“, 20. Jahrgang, 1901/02, Bd. I, S. 8.)

Hier ist das Grundlegende in der theoretischen Bewertung des neuesten Kapitalismus, d. h. des Imperialismus, gegeben, nämlich, daß der Kapitalismus sich in monopolistischen *Kapitalismus* verwandelt. Das letztere muß besonders hervorgehoben werden, denn zu den verbreitetsten Irrtümern gehört die bürgerlich-reformistische Behauptung, der monopolistische oder staatsmonopolistische Kapitalismus sei *schon kein* Kapitalismus mehr, er könne bereits als „Staatssozialismus“ bezeichnet werden und ähnliches mehr. Eine vollständige Planmäßigkeit boten die Truste natürlich nicht, bieten sie bis auf den heutigen Tag nicht und können sie auch nicht bieten. Soweit sie auch Planmäßigkeit bieten, soweit die Kapitalmagnaten den Umfang der Produktion in nationalem oder gar internationalem Maßstab im voraus auch berechnen, soweit sie die Produktion auch planmäßig regulieren — wir verbleiben trotz allem im *Kapitalismus*, wenn auch in einem neuen Stadium, aber doch unverkennbar im Kapitalismus. Die „Nähe“ eines *solchen* Kapitalismus zum Sozialismus muß für wirkliche Vertreter des Proletariats ein Beweisgrund sein für die Nähe, Leichtigkeit, Durchführbarkeit, Dringlichkeit der sozialistischen Revolution, keineswegs aber ein Argument dafür, daß man die Ablehnung dieser Revo-

lution und die Beschönigung des Kapitalismus, wie es alle Reformisten tun, tolerant hinnehmen solle.

Doch kehren wir zur Frage des Staates zurück. Dreierlei besonders wertvolle Hinweise gibt hier Engels: erstens in der Frage der Republik; zweitens über den Zusammenhang zwischen der nationalen Frage und der Staatsordnung, und drittens über die lokale Selbstverwaltung.

Was die Republik betrifft, so hat Engels sie zum Schwerpunkt seiner Kritik am Entwurf des Erfurter Programms gemacht. Und wenn wir bedenken, welche Bedeutung das Erfurter Programm in der ganzen internationalen Sozialdemokratie gewonnen hat, daß es für die gesamte II. Internationale zum Vorbild geworden ist, so wird man ohne Übertreibung sagen dürfen, daß Engels hier den Opportunismus der gesamten II. Internationale kritisiert.

„Die politischen Forderungen des Entwurfes“, schreibt Engels, „haben einen großen Fehler. Das, was eigentlich gesagt werden sollte, *steht nicht drin*.“ (Von Engels hervorgehoben.)

Und weiter wird auseinandergesetzt, daß die deutsche Reichsverfassung im Grunde einen Abklatsch der äußerst reaktionären Verfassung vom Jahre 1850 bilde, daß der Reichstag nach einem Ausspruch Wilhelm Liebknechts nur das „Feigenblatt des Absolutismus“ sei, daß auf Grundlage dieser Verfassung, die die Kleinstaaterei und den Bund der deutschen Kleinstaaten sanktioniert, eine „Umwandlung aller Arbeitsmittel in Gemeineigentum“ durchführen zu wollen, „augenscheinlich sinnlos“ sei.

„Daran zu tasten ist aber gefährlich“, fügt Engels hinzu, der nur zu gut weiß, daß es unmöglich ist, in Deutschland im Programm die Forderung der Republik legal zu erheben. Aber mit dieser einleuchtenden Erwägung, mit der sich „alle“ zufrieden geben, findet sich Engels nicht ohne weiteres ab. Er fährt fort: „Und dennoch muß so oder so die Sache angegriffen werden. Wie nötig das ist, beweist gerade jetzt der in einem großen Teile der sozialdemokratischen Presse einreißende Opportunismus. Aus Furcht vor einer Erneuerung des Sozialistengesetzes<sup>31</sup>, aus der Erinnerung an allerlei unter der Herrschaft jenes Gesetzes gefallenem voreiligen Äußerungen soll jetzt auf einmal der gegenwärtige gesetzliche Zustand in Deutschland der Partei genügen können, alle ihre Forderungen auf friedlichem Wege durchzuführen...“

Daß die deutschen Sozialdemokraten aus Furcht vor einer Wiedereinführung des Ausnahmegesetzes handelten, diese grundlegende Tatsache rückt Engels in den Vordergrund und bezeichnet sie ohne Umschweife als Opportunismus; gerade weil in Deutschland Republik und Freiheit fehlen, erklärt er die Träume von einem „friedlichen“ Weg für völlig sinnlos. Engels ist vorsichtig genug, sich nicht die Hände zu binden. Er gibt zu, daß man sich in Republiken oder sonst in Ländern mit weitgehender Freiheit eine friedliche Entwicklung zum

Sozialismus „vorstellen kann“ (bloß „vorstellen“!), aber in Deutschland, wiederholt er,

„... in Deutschland, wo die Regierung fast allmächtig und der Reichstag und alle anderen Vertretungskörper ohne wirkliche Macht, in Deutschland so etwas proklamieren und noch dazu ohne Not, heißt das Feigenblatt dem Absolutismus abnehmen und sich selbst vor die Blöße binden“.

Als Schirmer des Absolutismus erwies sich denn auch in der Tat die überwiegende Mehrheit der offiziellen Führer der deutschen sozialdemokratischen Partei, die diese Hinweise ad acta gelegt hatte.

„... Eine solche Politik kann nur die eigene Partei auf die Dauer irreführen. Man schiebt allgemeine, abstrakte politische Fragen in den Vordergrund und verdeckt dadurch die nächsten konkreten Fragen, die Fragen, die bei den ersten großen Ereignissen, bei der ersten politischen Krise sich selbst auf die Tagesordnung setzen. Was kann dabei herauskommen, als daß die Partei plötzlich im entscheidenden Moment ratlos ist, daß über die entscheidendsten Punkte Unklarheit und Uneinigkeit herrscht, weil diese Punkte nie diskutiert worden sind ...

Dies Vergessen der großen Hauptgesichtspunkte über den augenblicklichen Interessen des Tages, dies Ringen und Trachten nach dem Augenblickserfolg ohne Rücksicht auf die späteren Folgen, dies Preisgeben der Zukunft der Bewegung um der Gegenwart der Bewegung willen mag ‚ehrlich‘ gemeint sein, aber Opportunismus ist und bleibt es, und der ‚ehrliche‘ Opportunismus ist vielleicht der gefährlichste von allen ...

Wenn etwas feststeht, so ist es dies, daß unsere Partei und die Arbeiterklasse nur zur Herrschaft kommen kann unter der Form der demokratischen Republik. Diese ist sogar die spezifische Form für die Diktatur des Proletariats, wie schon die große französische Revolution gezeigt hat ...“

Engels wiederholt hier in besonders plastischer Form jenen Grundgedanken, der sich wie ein roter Faden durch alle Werke von Marx zieht, nämlich, daß die demokratische Republik der nächste Zugang zur Diktatur des Proletariats ist. Denn diese Republik, die in keiner Weise die Herrschaft des Kapitals und somit die Unterdrückung der Massen und den Klassenkampf beseitigt, führt unvermeidlich zu einer solchen Ausdehnung, Entfaltung, Entblößung und Verschärfung dieses Kampfes, daß, sobald einmal die Möglichkeit entsteht, die Grundinteressen der unterdrückten Massen zu befriedigen, diese Möglichkeit unausbleiblich und allein durch die Diktatur des Proletariats, durch die Führung dieser Massen durch das Proletariat verwirklicht wird. Für die gesamte II. Internationale sind auch das „vergessene Worte“ des Marxismus, und dieses Vergessen trat außerordentlich kraß in der Geschichte der menschevistischen Partei während des ersten halben Jahres der russischen Revolution von 1917 zutage.

Zur Frage der Föderativrepublik im Zusammenhang mit der nationalen Zusammensetzung der Bevölkerung schrieb Engels:

„Was soll an die Stelle“ (des jetzigen Deutschland mit seiner reaktionären monarchistischen Verfassung und der ebenso reaktionären Kleinstaateri, die das spezifische „Preußentum“ verewigt, anstatt sie in Deutschland als Ganzem aufgehen zu lassen) „treten? Nach meiner Ansicht kann das Proletariat nur die Form der einen und unteilbaren Republik gebrauchen. Die Föderativrepublik ist auf dem Riesengebiet der Vereinigten Staaten jetzt noch im Ganzen eine Notwendigkeit, obgleich sie im Osten bereits ein Hindernis wird. Sie wäre ein Fortschritt in England, wo vier Nationen auf den beiden Inseln wohnen und trotz eines Parlaments schon jetzt dreierlei Gesetzssysteme nebeneinander bestehen. Sie ist in der kleinen Schweiz schon längst ein Hindernis geworden, erträglich nur, weil die Schweiz sich damit begnügt, ein rein passives Glied des europäischen Staatensystems zu sein. Für Deutschland wäre die föderalistische Verschweizerung ein enormer Rückschritt. Zwei Punkte unterscheiden den Bundesstaat vom Einheitsstaat, daß jeder verbündete Einzelstaat, jeder Kanton seine eigene Zivil- und Kriminalgesetzgebung und Gerichtsverfassung hat, und dann, daß neben dem Volkshaus ein Staatenhaus besteht, worin jeder Kanton, groß oder klein, als solcher stimmt.“ In Deutschland ist der Bundesstaat der Übergang zu einem ausgesprochenen Einheitsstaat, und die 1866 und 1870 gemachte „Revolution von Oben“<sup>32</sup> darf man nicht wieder rückgängig machen, sondern muß sie durch eine „Bewegung von Unten“ ergänzen.

Die Staatsformen sind Engels keineswegs gleichgültig, er ist im Gegenteil bemüht, mit außerordentlicher Sorgfalt gerade die Übergangsformen zu analysieren, um je nach den konkret-historischen Eigentümlichkeiten jedes Einzelfalles festzustellen, *wovon* und *wozu* die betreffende Form den Übergang bildet.

Engels, wie auch Marx, verfißt vom Standpunkt des Proletariats und der proletarischen Revolution aus den demokratischen Zentralismus, die eine und unteilbare Republik. Die föderative Republik betrachtet er entweder als Ausnahmefall und als Hindernis der Entwicklung oder als Übergang von der Monarchie zur zentralistischen Republik, unter bestimmten besonderen Verhältnissen als einen „Fortschritt“. Und unter diesen besonderen Verhältnissen rückt die Nationalitätenfrage in den Vordergrund.

Bei Engels, wie auch bei Marx, findet man, trotz ihrer schonungslosen Kritik an der reaktionären Kleinstaateri und an der Verschleierung dieses ihres reaktionären Charakters durch die nationale Frage in bestimmten konkreten Fällen, nirgends die leiseste Spur eines Bestrebens, der nationalen Frage aus dem Wege zu gehen, eines Bestrebens, das sich häufig die holländischen und polnischen Marxisten zuschulden kommen lassen, die von dem durchaus berechtigten Kampf gegen den spießhaft-beschränkten Nationalismus „ihrer“ kleinen Staaten ausgehen.

Selbst in England, wo sowohl die geographischen Bedingungen als auch die Gemeinsamkeit der Sprache und die Geschichte vieler Jahrhunderte die nationale Frage in den einzelnen kleinen Teilen Englands

„erledigt“ zu haben scheinen, selbst hier trägt Engels klar der Tatsache Rechnung, daß die nationale Frage noch nicht überwunden ist, und erblickt darum in der föderativen Republik einen „Fortschritt“. Selbstverständlich ist hier auch nicht der geringste Verzicht auf eine Kritik an den Mängeln der föderativen Republik, auf die entschiedenste Propaganda und den Kampf für eine einheitliche, zentralistisch-demokratische Republik zu finden.

Engels faßt aber den demokratischen Zentralismus keineswegs in dem bürokratischen Sinne auf, in dem die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Ideologen, darunter auch die Anarchisten, diesen Begriff gebrauchen. Der Zentralismus schließt für Engels nicht im geringsten jene weitgehende lokale Selbstverwaltung aus, die, bei freiwilliger Wahrung der Einheit des Staates durch die „Kommunen“ und Provinzen, jeden Bürokratismus und jedes „Kommandieren“ von oben unbedingt beseitigt.

„Also einheitliche Republik“, schreibt Engels, die programmatischen Ansichten des Marxismus über den Staat entwickelnd. „Aber nicht im Sinne der heutigen französischen, die weiter nichts ist als das 1798 begründete Kaiserreich ohne den Kaiser. Von 1792 bis 1798 besaß jedes französische Departement, jede Gemeinde vollständige Selbstverwaltung nach amerikanischem Muster, und das müssen wir auch haben. Wie die Selbstverwaltung einzurichten ist und wie man ohne Bürokratie fertig werden kann, das bewies uns Amerika und die erste französische Republik, und noch heute Australien, Kanada und die anderen englischen Kolonien.

Und eine solche provinzielle und gemeindliche Selbstverwaltung ist weit freier als zum Beispiel der Schweizer Föderalismus, wo der Kanton zwar sehr unabhängig ist gegenüber dem Bund“ (d. h. dem föderativen Gesamtstaat), „aber auch gegenüber dem Bezirk und der Gemeinde. Die Kantonalregierungen ernennen Bezirksstatthalter und Präfekten, wovon man in den Ländern englischer Zunge nichts weiß und die wir uns ebenso höflichst in Zukunft verboten haben wollen, wie die preußischen Landräte und Regierungsräte“ (Kommissare, Kreispolizeichefs, Gouverneure, überhaupt alle von oben ernannte Beamte). Engels empfiehlt dementsprechend, im Programm den Punkt über die Selbstverwaltung wie folgt zu formulieren: „Vollständige Selbstverwaltung in Provinz“ (Gouvernement oder Gebiet), „Kreis und Gemeinde durch nach allgemeinem Stimmrecht gewählte Beamte. Abschaffung aller von Staats wegen ernannten Lokal- und Provinzialbehörden.“

In der von der Regierung Kerenskis und der anderen „sozialistischen“ Minister verbotenen „Prawda“ (Nr. 68 vom 28. Mai 1917) hatte ich bereits Gelegenheit, darauf hinzuweisen\*, wie in diesem Punkt — freilich nicht nur in diesem allein — unsere angeblich sozialistischen Vertreter einer angeblich revolutionären angeblichen Demokratie sich himmelschreiende Verstöße gegen den *Demokratismus* leisteten. Es ist

\* Vgl. zu dieser Frage den Artikel Lenins „Eine grundsätzliche Frage“, Sämtl. Werke, Bd. XX, 2. Halbbd., S. 56—59. *Der Übers.*

begreiflich, daß Leute, die sich durch eine „Koalition“ mit der imperialistischen Bourgeoisie gebunden haben, für diese Hinweise taub blieben.

Es ist äußerst wichtig hervorzuheben, daß Engels an Hand von Tatsachen, an einem ganz genauen Beispiel, das besonders unter der kleinbürgerlichen Demokratie weitverbreitete Vorurteil widerlegt, die föderative Republik bedeute unbedingt mehr Freiheit als die zentralistische. Das ist falsch. Das widerlegen die Tatsachen, die Engels über die zentralistische französische Republik der Jahre 1792—1798 und die föderalistische schweizerische Republik anführt. Die wirklich demokratische zentralistische Republik bot *mehr* Freiheit als die föderalistische. Oder anders ausgedrückt: die *größte* lokale, provinzielle usw. Freiheit, die die Geschichte kennt, hat die *zentralistische* und nicht die föderative Republik geboten.

Dieser Tatsache, wie überhaupt der ganzen Frage der föderativen und zentralistischen Republik sowie der lokalen Selbstverwaltung, wurde und wird in unserer Parteipropaganda und -agitation nicht genügend Beachtung geschenkt.

##### 5. Die Einleitung vom Jahre 1891 zu Marx' „Bürgerkrieg in Frankreich“

In seiner Einleitung zur dritten Auflage des „Bürgerkriegs in Frankreich“ — diese Einleitung datiert vom 18. März 1891 und war ursprünglich in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht — gibt Engels neben interessanten beiläufigen Bemerkungen über Fragen, die mit dem Verhältnis zum Staat zusammenhängen, eine überaus prägnante Zusammenfassung der Lehren der Kommune. Diese Zusammenfassung, vertieft durch die ganze Erfahrung eines Zeitabschnitts von zwanzig Jahren, der den Verfasser von der Kommune trennte, und speziell gerichtet gegen die in Deutschland verbreitete „abergläubische Verehrung des Staats“, kann mit Recht als das *letzte Wort* des Marxismus zu der Frage, die wir hier untersuchen, bezeichnet werden.

In Frankreich, bemerkt Engels, waren nach jeder Revolution die Arbeiter bewaffnet, „für die am Staatsruder befindlichen Bourgeois war daher Entwaffnung der Arbeiter erstes Gebot. Daher nach jeder, durch die Arbeiter erkämpften Revolution ein neuer Kampf, der mit der Niederlage der Arbeiter endet“.

Die Bilanz der Erfahrung der bürgerlichen Revolutionen ist ebenso kurz wie eindrucksvoll. Das Wesen der Sache — unter anderem auch in der Frage des Staates (*ob die unterdrückte Klasse Waffen besitzt*) — ist hier treffend erfaßt. Gerade diesen Kern umgehen meistens sowohl die unter dem Einfluß der bürgerlichen Ideologie



stehenden Professoren als auch die kleinbürgerlichen Demokraten. In der russischen Revolution von 1917 fiel dem „Menschewik“ und „Auch-Marxisten“ Zereteli die Ehre zu (eine Cavaignacsche Ehre), dieses Geheimnis der bürgerlichen Revolutionen auszuplaudern. In seiner „historischen“ Rede vom 9. Juni plauderte Zereteli aus, die Bourgeoisie sei entschlossen, die Petrograder Arbeiter zu entwaffnen, wobei er natürlich diesen Beschluß auch als seinen eigenen wie überhaupt als eine „Staats“notwendigkeit hinstellte!

Die historische Rede Zereteli vom 9. Juni wird natürlich für jeden Geschichtsschreiber der Revolution von 1917 eine der anschaulichsten Illustrationen dafür bieten, wie der von Herrn Zereteli geführte Block der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sich auf die Seite der Bourgeoisie gegen das revolutionäre Proletariat geschlagen hat.

Eine andere beiläufige Bemerkung von Engels, die ebenfalls mit der Frage des Staates zusammenhängt, bezieht sich auf die Religion. Es ist bekannt, daß die deutsche Sozialdemokratie in dem Maße, wie sie versümpfte und immer opportunistischer wurde, immer öfter und öfter zu einer philisterhaften Falschdeutung der berühmten Formel: „Erklärung der Religion zur Privatsache“ hinabglitt. Nämlich: diese Formel wurde so gedeutet, als sei *auch für die Partei* des revolutionären Proletariats die Frage der Religion Privatsache!! Gegen diesen völligen Verrat am revolutionären Programm des Proletariats machte eben Engels Front, der 1891 erst ganz schwache Keime des Opportunismus in seiner Partei beobachtete und sich daher äußerst vorsichtig ausdrückte:

„Wie in der Kommune fast nur Arbeiter oder anerkannte Arbeitervertreter saßen, so trugen auch ihre Beschlüsse einen entschieden proletarischen Charakter. Entweder dekretierten sie Reformen, die die republikanische Bourgeoisie nur aus Feigheit unterlassen hatte, die aber für die freie Aktion der Arbeiterklasse eine notwendige Grundlage bildeten, wie die Durchführung des Satzes, daß *dem Staat gegenüber* die Religion bloße Privatsache sei; oder sie erließ Beschlüsse direkt im Interesse der Arbeiterklasse, und teilweise tief einschneidend in die alte Gesellschaftsordnung.“

Engels unterstrich die Worte „dem Staat gegenüber“ mit Vorbedacht, um haargenau den deutschen Opportunismus zu treffen, der die Religion zur Privatsache *der Partei gegenüber* erklärte und auf diese Weise die Partei des revolutionären Proletariats auf das Niveau eines banalen „freidenkerischen“ Spießertums herabdrückte, das bereit ist, Konfessionslosigkeit zu dulden, aber auf den Kampf der Partei gegen das volksverdummende Opium Religion verzichtet.

Der künftige Geschichtsschreiber der deutschen Sozialdemokratie wird bei der Aufspürung der Wurzeln ihres schmachvollen Zusammen-

bruchs im Jahre 1914 recht viel interessantes Material zu dieser Frage vorfinden, angefangen von den ausweichenden, dem Opportunismus Tür und Tor öffnenden Erklärungen in den Artikeln Kautskys, des ideologischen Führers der Partei, bis zu dem Verhalten der Partei zu der „Los-von-der-Kirche-Bewegung“ im Jahre 1913.

Gehen wir jedoch zu den Lehren über, die Engels zwanzig Jahre nach der Kommune aus ihren Erfahrungen für das kämpfende Proletariat zog.

Das sind die Lehren, die Engels in den Vordergrund rückte:

„... Gerade die unterdrückende Macht der bisherigen zentralisierten Regierung, Armee, politische Polizei, Bürokratie, die Napoleon 1798 geschaffen und die seitdem jede neue Regierung als willkommenes Werkzeug übernommen und gegen ihre Gegner ausgenutzt hatte, gerade diese Macht sollte überall fallen, wie sie in Paris bereits gefallen war.

Die Kommune mußte gleich von vornherein anerkennen, daß die Arbeiterklasse, einmal zur Herrschaft gekommen, nicht fortwirtschaften könne mit der alten Staatsmaschine; daß diese Arbeiterklasse, um nicht ihrer eignen, erst eben eroberten Herrschaft wieder verlustig zu gehn, einerseits alle die alte, bisher gegen sie selbst ausgenutzte Unterdrückungsmaschinerie beseitigen, andererseits aber sich sichern müsse gegen ihre eignen Abgeordneten und Beamten, indem sie diese, ohne alle Ausnahme, für jederzeit absetzbar erklärte...“

Engels unterstreicht immer wieder, daß nicht nur in der Monarchie, sondern *auch in der demokratischen Republik* der Staat Staat bleibt, d. h. sein grundlegendes Unterscheidungsmerkmal beibehält: die beamteten Personen, die „Diener der Gesellschaft“, ihre Organe in *Herren* über die Gesellschaft zu verwandeln.

„Gegen diese, in allen bisherigen Staaten unumgängliche Verwandlung des Staats und der Staatsorgane aus Dienern der Gesellschaft in Herren der Gesellschaft wandte die Kommune zwei-unfehlbare Mittel an. Erstens besetzte sie alle Stellen, verwaltende, richtende, lehrende, durch Wahl nach allgemeinem Stimmrecht der Beteiligten, und zwar auf jederzeitigen Widerruf durch dieselben Beteiligten. Und zweitens zahlte sie für alle Dienste, hohe wie niedrige, nur den Lohn, den andre Arbeiter empfangen. Das höchste Gehalt, das sie überhaupt zahlte, war 6000 Franken\*. Damit war der Stellenjägererei und dem Strebertum ein sicherer Riegel vorgeschoben, auch ohne die gebundenen Mandate bei Delegierten zu Vertretungskörpern, die noch zum Überfluß hinzugefügt wurden...“

Engels gelangt hier an jene denkwürdige Grenze, wo eine konsequente Demokratie sich auf der einen Seite in Sozialismus *verwandelt*

\* Nominell waren das zirka 2400 Rubel, nach dem heutigen Kurs (geschrieben im August 1917. *Der Übers.*) zirka 6000 Rubel. Ganz unverzeihlich handeln die Bolschewiki, die zum Beispiel vorschlagen, in den Stadtparlamenten Gehälter von 9000 Rubel einzuführen, statt ein Maximum von 6000 Rubel für den ganzen Staat zu beantragen — eine Summe, die durchaus genügen dürfte.

und auf der anderen Seite den Sozialismus *erfordert*. Denn zur Aufhebung des Staates ist nötig, daß die Funktionen des Staatsdienstes sich in solche einfachen Operationen der Kontrolle und Rechnungslegung verwandeln, die für die ungeheure Mehrheit der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung ohne Ausnahme verständlich und ausführbar sind. Zur völligen Beseitigung des Strebertums ist es erforderlich, daß ein „Ehrenamt“ im Staatsdienst, auch wenn es nichts einbringt, *nicht* als Sprungbrett dienen kann, um in hochbezahlte Stellungen bei Banken und Aktiengesellschaften zu gelangen, wie das in allen kapitalistischen Ländern, auch den freiesten, *ständig* vorkommt.

Engels begeht aber nicht den Fehler, den zum Beispiel manche Marxisten in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen begehen: unter dem Kapitalismus sei die Selbstbestimmung unmöglich und unter dem Sozialismus überflüssig. Eine derartige, anscheinend geistreiche, in Wirklichkeit aber falsche Argumentation ließe sich über jede *beliebige* demokratische Einrichtung wiederholen, auch über die bescheidenen Beamtengehälter, denn ein restlos konsequenter Demokratismus ist unter dem Kapitalismus unmöglich, unter dem Sozialismus wird aber jede Demokratie *absterben*.

Das ist eine Sophisterei, die an die alte Scherzfrage erinnert, ob ein Mensch beginnt kahlköpfig zu werden, wenn er *ein* Haar vom Kopfe verliert.

Entwicklung der Demokratie *bis ans Ende*, Auffinden der *Formen* einer solchen Entwicklung, ihre Erprobung durch die *Praxis* usw. — das alles bildet eine der integrierenden Aufgaben des Kampfes um die soziale Revolution. Für sich genommen, wird kein Demokratismus den Sozialismus bringen. Im Leben aber wird der Demokratismus nie „für sich genommen“, sondern er wird mit anderen Erscheinungen „zusammengenommen“, er wird seinen Einfluß auch auf die Ökonomie ausüben, *ihre* Umgestaltung fördern, dem Einfluß der ökonomischen Entwicklung unterliegen usw. Das ist die Dialektik der lebendigen Geschichte.

Engels fährt fort:

„Diese Sprengung der bisherigen Staatsmacht und ihre Ersetzung durch eine neue, in Wahrheit demokratische, ist im dritten Abschnitt des ‚Bürgerkriegs‘ eingehend geschildert. Es war aber nötig, hier nochmals kurz auf einige Züge derselben einzugehen, weil gerade in Deutschland der Aberglaube an den Staat aus der Philosophie sich in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat. Nach der philosophischen Vorstellung ist der Staat die ‚Verwirklichung der Idee‘ oder das ins Philosophische übersetzte Reich Gottes auf Erden, das Gebiet, worauf die ewige Wahrheit und Gerechtigkeit sich verwirklicht oder verwirklichen soll. Und daraus folgt dann eine abergläubische Verehrung des Staats und alles dessen,

was mit dem Staat zusammenhängt, und die sich um so leichter einstellt, als man sich von Kindesbeinen daran gewöhnt hat, sich einzubilden, die der ganzen Gesellschaft gemeinsamen Geschäfte und Interessen könnten nicht anders besorgt werden, als wie sie bisher besorgt worden sind, nämlich durch den Staat und seine wohlbestallten Behörden. Und man glaubt schon einen ganz gewaltig kühnen Schritt getan zu haben, wenn man sich frei gemacht vom Glauben an die erbliche Monarchie und auf die demokratische Republik schwört. In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie; und im besten Fall ein Übel, das dem im Kampf um die Klassenherrschaft siegreichen Proletariat vererbt wird, und dessen schlimmste Seiten es, ebensowenig wie die Kommune, umhin können wird, sofort möglichst zu beschneiden, bis ein in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsenes Geschlecht imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun.“

Engels ermahnte die Deutschen, bei der Ersetzung der Monarchie durch eine Republik die Grundlagen des Sozialismus in der Frage des Staates überhaupt nicht zu vergessen. Seine Warnungen lesen sich jetzt geradezu wie eine Lektion an die Herren Zereteli und Tschernow, die in ihrer „Koalitions“praxis ihren Aberglauben an den Staat und ihre abergläubische Verehrung des Staates offenbart haben!

Noch zwei Bemerkungen. Erstens: Wenn Engels sagt, daß in einer demokratischen Republik der Staat „nicht minder“ als in der Monarchie eine „Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre“ bleibt, so bedeutet das durchaus nicht, daß die *Form* der Unterdrückung dem Proletariat gleichgültig sei, wie manche Anarchisten „lehren“. Eine breitere, freiere, offenere *Form* des Klassenkampfes und der Klassenunterdrückung bedeutet für das Proletariat eine riesige Erleichterung im Kampf für die Aufhebung der Klassen überhaupt.

Zweitens: Die Frage, warum erst eine neue Generation imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun, hängt mit der Frage der Überwindung der Demokratie zusammen, einer Frage, zu der wir nun übergehen.

### 6. Engels über die Überwindung der Demokratie

Engels hatte Gelegenheit, sich darüber zu äußern im Zusammenhang mit der Frage der *wissenschaftlichen* Unrichtigkeit der Bezeichnung „Sozialdemokrat“.

Im Vorwort zu einer Ausgabe seiner vermischten Aufsätze aus den siebziger Jahren hauptsächlich „internationalen“ Inhalts („Internationales aus dem Volksstaat“), einem Vorwort, das vom 3. Januar 1894 datiert, also anderthalb Jahre vor Engels' Tod geschrieben worden ist, heißt es, daß in allen Aufsätzen das Wort „Kommunist“

und nicht „Sozialdemokrat“ gebraucht worden sei, denn damals hätten sich die Proudhonisten in Frankreich und die Lassalleaner in Deutschland Sozialdemokraten genannt.

„... Für Marx und mich“, fährt Engels fort, „war es daher rein unmöglich, zur Bezeichnung unseres speziellen Standpunkts einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit zu wählen. Heute ist das anders, und so mag das Wort („Sozialdemokrat“) passieren, so unpassend es bleibt für eine Partei, deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch, und deren politisches letztes Endziel die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie ist. Die Namen *wirklicher*“ (von Engels hervorgehoben) „politischer Parteien stimmen aber nie ganz; die Partei entwickelt sich, der Name bleibt.“

Der Dialektiker Engels bleibt am Ende seiner Tage der Dialektik treu. Marx und ich, sagte er, hatten einen ausgezeichneten, wissenschaftlich exakten Namen für die Partei, aber es fehlte die wirkliche, d. h. proletarische Massenpartei. Jetzt (Ende des 19. Jahrhunderts) ist eine wirkliche Partei da, aber ihr Name ist wissenschaftlich unrichtig. Tut nichts, es „mag passieren“, wenn nur die Partei *sich entwickelt*, wenn nur die wissenschaftliche Ungenauigkeit ihres Namens der Partei selbst nicht verborgen bleibt und sie nicht daran hindert, sich auf der richtigen Linie zu entwickeln!

Mancher Spaßvogel könnte am Ende auch uns, die Bolschewiki, nach der Art von Engels trösten wollen: wir haben eine wirkliche Partei, sie entwickelt sich vorzüglich; es mag also auch ein so sinnloses und monströses Wort wie „Bolschewik“ „passieren“, das nichts weiter ausdrückt als den rein zufälligen Umstand, daß wir 1903 auf dem Parteitag in Brüssel-London die Mehrheit<sup>33</sup> hatten... Jetzt, nachdem die Juli- und Augustverfolgungen unserer Partei von seiten der Republikaner und der „revolutionären“ kleinbürgerlichen Demokratie das Wort „Bolschewik“ im ganzen Volke zu einem Ehrennamen gemacht, jetzt, da diese Verfolgungen außerdem einen so gewaltigen, historischen Fortschritt unserer Partei in ihrer *wirklichen* Entwicklung markiert haben — jetzt würde auch ich vielleicht Bedenken tragen, wie im April vorzuschlagen, den Namen unserer Partei zu ändern. Vielleicht würde ich meinen Genossen ein „Kompromiß“ vorschlagen: uns Kommunistische Partei zu nennen und das Wort Bolschewiki in Klammern beizubehalten...

Doch die Frage nach der Benennung der Partei ist unvergleichlich weniger wichtig als die Frage nach dem Verhältnis des revolutionären Proletariats zum Staat.

In den landläufigen Betrachtungen über den Staat wird fortwährend der Fehler begangen, vor dem hier Engels warnt und den wir in den

vorhergegangenen Darlegungen beiläufig gestreift haben. Man vergißt nämlich immer, daß die Aufhebung des Staates auch die Aufhebung der Demokratie bedeutet, daß das Absterben des Staates ein Absterben der Demokratie ist.

Auf den ersten Blick mag diese Behauptung höchst sonderbar und unverständlich erscheinen; bei manchem dürfte sogar die Befürchtung aufkommen, daß wir den Anbruch einer Gesellschaftsordnung erwarten, in der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht eingehalten werden würde, denn Demokratie sei doch eben die Anerkennung dieses Prinzips!

Mitnichten. Demokratie ist *nicht* identisch mit Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit. Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender *Staat*, d. h. eine Organisation zur systematischen *Gewaltanwendung* einer Klasse gegen die andere, eines Teiles der Bevölkerung gegen den anderen.

Als Endziel setzen wir uns die Abschaffung des Staates, d. h. jeder organisierten und systematischen Gewalt, jeder Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt. Wir erwarten nicht den Anbruch einer Gesellschaftsordnung, in der das Prinzip der Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit nicht eingehalten werden würde. Aber in unserem Streben zum Sozialismus sind wir überzeugt, daß er in den Kommunismus hinüberwachsen wird, und im Zusammenhang damit jede Notwendigkeit der Gewaltanwendung gegen Menschen überhaupt, der *Unterordnung* eines Menschen unter den anderen, eines Teiles der Bevölkerung unter den anderen verschwinden wird, denn die Menschen werden sich *gewöhnen*, die elementaren Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens *ohne Gewalt* und *ohne Unterordnung* einzuhalten.

Um dieses Element der Gewohnheit zu betonen, spricht Engels eben von einem neuen *Geschlecht*, das, „in neuen, freien Gesellschaftszuständen herangewachsen, imstande sein wird, den ganzen Staatsplunder von sich abzutun“, — jedes Staatswesen, auch das demokratisch-republikanische.

Um das klarzumachen, bedarf es einer Untersuchung der Frage nach den ökonomischen Grundlagen für das Absterben des Staates.

## V. KAPITEL

DIE ÖKONOMISCHEN GRUNDLAGEN FÜR DAS ABSTERBEN  
DES STAATES

Am ausführlichsten erörtert Marx diese Frage in seiner „Kritik des Gothaer Programms“ (Brief an Bracke vom 5. Mai 1875, veröffentlicht erst 1891 in der „Neuen Zeit“, Jahrgang 9, Band I, in russischer Sprache als Broschüre erschienen). Der polemische Teil dieses bedeutenden Werkes, der aus einer Kritik des Lassalleantums besteht, hat seinen positiven Teil sozusagen in den Schatten gestellt, nämlich: die Analyse des Zusammenhangs zwischen der Entwicklung des Kommunismus und dem Absterben des Staates.

## 1. Die Fragestellung bei Marx

Bei einem oberflächlichen Vergleich des Briefes von Marx an Bracke vom 5. Mai 1875 mit dem früher erwähnten Brief von Engels an Bebel vom 28. März 1875 könnte es scheinen, als wäre Marx viel mehr „Staatsanhänger“ als Engels und als bestünde zwischen den Auffassungen der beiden Verfasser über den Staat ein ganz erheblicher Unterschied.

Engels empfiehlt Bebel, das ganze Gerede vom Staat überhaupt fallen zu lassen, das Wort „Staat“ gänzlich aus dem Programm zu entfernen und es durch das Wort „Gemeinwesen“ zu ersetzen; Engels erklärt sogar, die Kommune sei kein Staat im eigentlichen Sinne mehr gewesen. Marx dagegen spricht sogar vom „zukünftigen Staatswesen der kommunistischen Gesellschaft“, d. h. erkennt scheinbar die Notwendigkeit des Staates selbst unter dem Kommunismus an.

Eine derartige Auffassung wäre jedoch grundfalsch. Eine nähere Betrachtung ergibt, daß die Ansichten von Marx und die von Engels über den Staat und dessen Absterben sich durchaus decken, der erwähnte Ausdruck von Marx bezieht sich aber gerade auf dieses *absterbende* Staatswesen.

Es ist klar, daß von einer Bestimmung des Zeitpunktes des *künftigen* „Absterbens“ nicht einmal die Rede sein kann, um so mehr, als es sich bekanntlich um einen langwierigen Prozeß handelt. Der scheinbare Unterschied zwischen Marx und Engels erklärt sich aus der Verschiedenheit der Gegenstände, die sie behandelten, der Aufgaben, die sie verfolgten. Engels machte sich zur Aufgabe, Bebel anschaulich, scharf, in großen Zügen die ganze Unsinnigkeit der landläufigen (und in nicht geringem Maße von Lassalle geteilten) Vorurteile in bezug auf den Staat nachzuweisen. Marx streift *diese* Frage nur nebenbei; ihn

interessiert ein anderes Thema: die *Entwicklung* der kommunistischen Gesellschaft.

Die ganze Theorie von Marx ist eine Anwendung der Entwicklungstheorie — in ihrer konsequentesten, vollkommensten, durchdachtsten und inhaltsreichsten Form — auf den modernen Kapitalismus. Es ist nur natürlich, daß sich dabei für Marx die Frage nach der Anwendung dieser Theorie auch auf den *bevorstehenden* Zusammenbruch des Kapitalismus und die *künftige* Entwicklung des *künftigen* Kommunismus erhob.

Auf Grund welcher *Unterlagen* kann aber die Frage nach der künftigen Entwicklung des künftigen Kommunismus aufgeworfen werden?

Auf Grund der Tatsache, daß er aus dem Kapitalismus *hervorgeht*, sich historisch aus dem Kapitalismus entwickelt, das Resultat der Wirkungen einer gesellschaftlichen Kraft ist, die der Kapitalismus *erzeugt* hat. Bei Marx findet sich auch nicht die Spur eines Versuches, Utopien zu konstruieren, ins Blaue hinein Mutmaßungen anzustellen über das, was man nicht wissen kann. Marx stellt die Frage des Kommunismus so, wie der Naturforscher die Frage der Entwicklung einer neuen, sagen wir, biologischen Abart stellen würde, wenn ihm bekannt wäre, daß sie so und so entstanden ist und sich in der und der bestimmten Richtung modifiziert.

Marx räumt vor allem mit der Konfusion auf, die durch das Gothaer Programm in die Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft hineingetragen wird.

„Die ‚heutige Gesellschaft‘ ist die kapitalistische Gesellschaft“, schreibt er, „die in allen Kulturländern existiert, mehr oder weniger frei von mittelaltigem Beisatz, mehr oder weniger durch die besondere geschichtliche Entwicklung jedes Landes modifiziert, mehr oder weniger entwickelt. Dagegen der ‚heutige Staat‘ wechselt mit der Landesgrenze. Er ist ein anderer im preußisch-deutschen Reich als in der Schweiz, ein anderer in England als in den Vereinigten Staaten. ‚Der heutige Staat‘ ist also eine Fiktion.

Jedoch haben die verschiedenen Staaten der verschiedenen Kulturländer trotz ihrer bunten Formverschiedenheit alle das gemein, daß sie auf dem Boden der modernen bürgerlichen Gesellschaft stehn, nur einer mehr oder minder kapitalistisch entwickelten. Sie haben daher auch gewisse wesentliche Charaktere gemein. In diesem Sinne kann man von ‚heutigem Staatswesen‘ sprechen, im Gegensatz zur Zukunft, worin seine jetzige Wurzel, die bürgerliche Gesellschaft, abgestorben ist.

Es fragt sich dann: welche Umwandlung wird das Staatswesen in einer kommunistischen Gesellschaft erleiden? In andern Worten, welche gesellschaftlichen Funktionen bleiben dort übrig, die jetzigen Staatsfunktionen analog sind? Diese Frage ist nur wissenschaftlich zu beantworten, und man kommt dem Problem durch tausendfache Zusammensetzung des Wortes Volk mit dem Wort Staat auch nicht um einen Flohsprung näher.“



Nachdem Marx auf diese Weise alles Gerede vom „Volksstaat“ verlacht hat, gibt er die Problemstellung und warnt gewissermaßen davor, bei der wissenschaftlichen Beantwortung der Frage anders als mit feststehenden wissenschaftlichen Angaben zu operieren.

Das erste, was durch die ganze Entwicklungstheorie, die ganze Wissenschaft überhaupt ganz genau festgestellt ist, was die Utopisten vergaßen und die jetzigen Opportunisten, die sich vor der sozialistischen Revolution fürchten, vergessen, — ist der Umstand, daß es geschichtlich zweifellos ein besonderes Stadium oder eine besondere Etappe des *Übergangs* vom Kapitalismus zum Kommunismus geben muß.

## 2. Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft“, fährt Marx fort, „liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die *revolutionäre Diktatur des Proletariats*.“<sup>34</sup>

Diese Schlußfolgerung beruht bei Marx auf der Analyse der Rolle, die das Proletariat in der modernen kapitalistischen Gesellschaft spielt, auf den Tatsachen der Entwicklung dieser Gesellschaft und der Unversöhnlichkeit der einander entgegengesetzten Interessen des Proletariats und der Bourgeoisie.

Früher wurde die Frage so gestellt: das Proletariat muß, um seine Befreiung zu erlangen, die Bourgeoisie stürzen, die politische Macht erobern und seine revolutionäre Diktatur errichten.

Jetzt wird die Frage etwas anders gestellt: der Übergang von der kapitalistischen Gesellschaft, die sich zum Kommunismus hin entwickelt, zur kommunistischen Gesellschaft ist unmöglich ohne eine „politische Übergangsperiode“, und der Staat dieser Periode kann nur die *revolutionäre Diktatur des Proletariats* sein.

In welchem Verhältnis steht nun diese Diktatur zur Demokratie?

Wir haben gesehen, daß das „Kommunistische Manifest“ einfach zwei Begriffe: „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ und „Erkämpfung der Demokratie“ nebeneinander stellt. Auf Grund alles oben Gesagten läßt sich genauer bestimmen, wie sich die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus verändert.

In der kapitalistischen Gesellschaft, ihre günstigste Entwicklung vorausgesetzt, haben wir in der demokratischen Republik einen mehr oder weniger vollständigen Demokratismus. Dieser Demokratismus ist jedoch durch den engen Rahmen der kapitalistischen Ausbeutung stets eingeeengt und bleibt daher im Grunde genommen stets ein Demokratis-

mus für die Minderheit; nur für die besitzenden Klassen, nur für die Reichen. Die Freiheit der kapitalistischen Gesellschaft bleibt immer ungefähr die gleiche, die sie in den antiken griechischen Republiken war: Freiheit für die Sklavenhalter. Die modernen Lohnsklaven bleiben infolge der Bedingungen der kapitalistischen Ausbeutung so von Not und Elend bedrückt, daß sie „andere Sorgen haben“ als Demokratie und Politik, daß bei dem gewöhnlichen, friedlichen Gang der Ereignisse die Mehrheit der Bevölkerung von der Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben ausgeschlossen ist.

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird vielleicht am anschaulichsten durch Deutschland bestätigt, da gerade in diesem Staat die verfassungsmäßige Legalität sich erstaunlich lange und stabil, nahezu ein halbes Jahrhundert (1871—1914), behauptet hat, während die Sozialdemokratie es verstanden hat, in dieser Zeit viel mehr als in anderen Ländern die „Legalität auszunutzen“ und einen so großen Teil der Arbeiterschaft in der politischen Partei zu organisieren, wie das sonst nirgends in der Welt der Fall war.

Wie groß ist nun dieser höchste in der kapitalistischen Gesellschaft je beobachtete Teil der politisch bewußten und aktiven Lohnsklaven? Eine Million Mitglieder der sozialdemokratischen Partei — von fünfzehn Millionen Lohnarbeitern! Drei Millionen gewerkschaftlich Organisierter — von fünfzehn Millionen!

Demokratie für eine verschwindende Minderheit, Demokratie für die Reichen — so sieht der Demokratismus der kapitalistischen Gesellschaft aus. Sieht man sich den Mechanismus der kapitalistischen Demokratie genauer an, so erblickt man überall, sowohl an den „geringfügigen“, angeblich „geringfügigen“, Einzelheiten des Wahlrechts (Ansässigkeitsklausel, Ausschließung der Frauen usw.) als auch an der Technik der Vertretungskörperschaften, den tatsächlichen Behinderungen des Versammlungsrechts (die öffentlichen Gebäude sind nicht für „Habenichtse“ da!) oder an der rein kapitalistischen Organisation der Tagespresse und so weiter und so fort — überall, wo man hinblickt, Beschränkungen auf Beschränkungen des Demokratismus. Diese Beschränkungen, Ausnahmen, Ausschließungen, Behinderungen für die Armen erscheinen gering, besonders demjenigen, der selbst nie Not gekannt hat und mit dem Leben der unterdrückten Klassen in ihrer Masse nicht in Berührung gekommen ist (und das trifft für neun Zehntel, wenn nicht gar für neunundneunzig Hundertstel der bürgerlichen Publizisten und Politiker zu) — aber zusammengenommen bewirken diese Beschränkungen die Ausschließung, die Verdrängung der armen Bevölkerung von der Politik, von der aktiven Beteiligung an der Demokratie.

Marx hat dieses *Wesen* der kapitalistischen Demokratie glänzend erfaßt, als er in seiner Analyse der Erfahrungen der Kommune sagte: den Unterdrückten wird in mehreren Jahren einmal gestattet, darüber zu entscheiden, welcher Vertreter der unterdrückenden Klasse sie im Parlament ver- und zertreten soll!

Aber von dieser kapitalistischen Demokratie — die unvermeidlich eng ist, die sich die Armen im stillen vom Leibe hält und daher durch und durch heuchlerisch und verlogen ist — führt die weitere Entwicklung nicht einfach, geradeswegs und glatt, „zu immer größerer Demokratie“, wie die liberalen Professoren und kleinbürgerlichen Opportunisten die Sache darzustellen pflegen. Nein. Die Fortentwicklung, d. h. die Entwicklung zum Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats und kann auch gar nicht anders gehen, denn außer dem Proletariat ist niemand imstande, den *Widerstand* der kapitalistischen Ausbeuter zu *brechen*, und auf anderem Wege ist er nicht zu brechen.

Die Diktatur des Proletariats aber, d. h. die Organisierung der Avantgarde der Unterdrückten zur herrschenden Klasse zwecks Niederhaltung der Unterdrücker, kann nicht einfach nur eine Erweiterung der Demokratie ergeben. *Zugleich* mit der gewaltigen Erweiterung des Demokratismus, der *zum erstenmal* ein Demokratismus für die Armen, für das Volk wird und nicht ein Demokratismus für die Reichen, bringt die Diktatur des Proletariats eine Reihe von Freiheitsbeschränkungen für die Unterdrücker, die Ausbeuter, die Kapitalisten. Diese müssen wir niederhalten, um die Menschheit von der Lohnsklaverei zu befreien, ihr Widerstand muß mit Gewalt gebrochen werden, — es ist klar, daß es dort, wo es Unterdrückung, wo es Gewalt gibt, keine Freiheit, keine Demokratie gibt.

Engels hat das ausgezeichnet in seinem Brief an Bebel zum Ausdruck gebracht, wenn er, wie der Leser sich entsinnen wird, sagt, daß „... solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen“.

Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter, der Unterdrücker des Volkes, d. h. ihre Ausschließung von der Demokratie — diese Modifizierung erfährt die Demokratie beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Erst in der kommunistischen Gesellschaft, wenn der Widerstand der Kapitalisten schon endgültig gebrochen ist, wenn die Kapitalisten verschwunden sind, wenn es keine Klassen (d. h. keinen Unterschied

zwischen den Mitgliedern der Gesellschaft in ihrem Verhältnis zu den gesellschaftlichen Produktionsmitteln) mehr gibt — erst dann „hört der Staat auf zu bestehen“ und „kann von Freiheit die Rede sein“. Erst dann ist eine tatsächlich vollkommene Demokratie, tatsächlich ohne jede Ausnahme, möglich und wird verwirklicht werden. Und erst dann beginnt die Demokratie *abzusterben*, infolge des einfachen Umstands, daß die von der kapitalistischen Sklaverei, von den ungezählten Greueln, Brutalitäten, Widersinnigkeiten, Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung befreiten Menschen sich nach und nach *gewöhnen* werden, die elementaren, von alters her bekannten und seit Jahrtausenden in allen Vorschriften gepredigten Regeln des Zusammenlebens einzuhalten, sie ohne Gewalt, ohne Zwang, ohne Unterordnung, *ohne den besonderen Zwangsapparat*, der sich Staat nennt, einzuhalten.

Der Ausdruck „der Staat *stirbt ab*“ ist sehr treffend gewählt, denn er deutet sowohl auf die Stetigkeit als auch auf das Elementare des Prozesses hin. Nur die Gewöhnung kann und wird zweifellos eine solche Wirkung ausüben, denn wir beobachten rings um uns millionenfach, wie leicht sich Menschen an die Einhaltung der für sie notwendigen Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnen, wenn die Ausbeutung fehlt, wenn nichts vorhanden ist, was sie empört, zu Protest und Auflehnung herausfordert, was die Notwendigkeit der *Niederhaltung* schafft.

Also: in der kapitalistischen Gesellschaft haben wir eine gestutzte, dürftige, falsche Demokratie, eine Demokratie nur für die Reichen, für eine Minderheit. Die Diktatur des Proletariats, die Periode des Übergangs zum Kommunismus, wird zum erstenmal Demokratie für das Volk, für die Mehrheit bringen, aber zugleich wird sie notwendigerweise eine Minderheit, die Ausbeuter, niederhalten. Einzig und allein der Kommunismus ist imstande, eine wahrhaft vollständige Demokratie zu bieten, und je vollständiger diese sein wird, um so schneller wird sie entbehrlich werden, wird von selbst absterben.

Mit anderen Worten: im Kapitalismus haben wir den Staat im eigentlichen Sinne des Wortes, eine besondere Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andere, und zwar der Mehrheit durch eine Minderheit. Damit eine solche Sache wie die systematische Unterdrückung der Mehrheit der Ausgebeuteten durch die Minderheit der Ausbeuter erfolgreich ist, bedarf es natürlich der größten Grausamkeit und bestialischer Unterdrückung, sind Meere von Blut nötig, durch die denn auch die Menschheit im Zustand der Sklaverei, der Leibeigenschaft, der Lohnarbeit ihren Weg geht.

Weiter. Beim *Übergang* vom Kapitalismus zum Kommunismus ist die Unterdrückung *noch* notwendig, aber schon ist es eine Unterdrückung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Ausbeuteten. Ein besonderer Apparat, eine besondere Unterdrückungsmaschine, ein „Staat“ ist *noch* notwendig, aber es ist bereits ein Übergangstaat, kein Staat im eigentlichen Sinne mehr, denn die Niederhaltung der Minderheit der Ausbeuter durch die Mehrheit der Lohnsklaven *von gestern* ist eine so verhältnismäßig leichte, einfache und natürliche Sache, daß sie viel weniger Blut kosten wird als die Unterdrückung von Aufständen der Sklaven, Leibeigenen und Lohnarbeiter, daß sie der Menschheit weit billiger zu stehen kommen wird. Und sie ist durchaus vereinbar mit der Ausdehnung der Demokratie auf eine so überwältigende Mehrheit der Bevölkerung, daß die Notwendigkeit einer *besonderen Maschine* zur Unterdrückung zu schwinden beginnt. Die Ausbeuter sind natürlicherweise nicht imstande, das Volk niederzuhalten ohne eine sehr komplizierte Maschine zur Erfüllung dieser Aufgabe, das *Volk* aber vermag die Ausbeuter mit einer sehr einfachen „Maschine“, ja nahezu ohne „Maschine“, ohne einen besonderen Apparat niederzuhalten, durch eine einfache *Organisation der bewaffneten Massen* (in der Art der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, wie vorauseilend bemerkt sei).

Schließlich macht allein der Kommunismus den Staat völlig überflüssig, denn es ist *niemand* niederzuhalten, „niemand“ im Sinne einer *Klasse*, im Sinne des systematischen Kampfes gegen einen bestimmten Teil der Bevölkerung. Wir sind keine Utopisten und leugnen durchaus nicht die Möglichkeit und Unvermeidlichkeit von Ausschreitungen *einzelner Personen*, ebensowenig wie die Notwendigkeit, *solche* Ausschreitungen zu unterdrücken. Aber erstens bedarf es dazu keiner besonderen Maschine, keines besonderen Unterdrückungsapparates; das wird das bewaffnete Volk selbst mit derselben Selbstverständlichkeit und Leichtigkeit bewerkstelligen, mit der die erste beste Ansammlung zivilisierter Menschen sogar in der heutigen Gesellschaft Raufende auseinanderbringt oder eine Frau vor Gewalt schützt. Zweitens wissen wir, daß die soziale Grundursache der Ausschreitungen, die eine Verletzung der Regeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens bedeuten, in der Ausbeutung der Massen, ihrer Not und ihrem Elend zu suchen ist. Mit der Beseitigung dieser Hauptursache werden die Ausschreitungen unvermeidlich „*abzusterben*“ beginnen. Wir wissen nicht, wie rasch und in welcher Aufeinanderfolge das geschehen wird, aber wir wissen, daß sie absterben werden. Mit dem Absterben der Ausschreitungen wird auch der Staat *absterben*.

Ohne sich auf Utopien einzulassen, hat Marx das näher bestimmt, was sich *jetzt* über diese Zukunft bestimmen läßt, nämlich den Unterschied zwischen der niederen und der höheren Phase (Stufe, Etappe) der kommunistischen Gesellschaft.

### 3. Die erste Phase der kommunistischen Gesellschaft

In der „Kritik des Gothaer Programms“ widerlegt Marx eingehend die Lassallesche Idee, der Arbeiter werde unter dem Sozialismus den „unverkürzten“ oder „vollen Arbeitsertrag“ erhalten. Marx zeigt, daß von dem genossenschaftlichen Gesamtprodukt der ganzen Gesellschaft ein Reservefonds abzuziehen ist, ein Fonds für Ausdehnung der Produktion, ferner für Ersatz der „verbrauchten“ Maschinen usw., sodann aus den Konsumtionsmitteln ein Fonds für Verwaltungskosten, für Schulen, Krankenhäuser, Altersheime usw.

An Stelle der nebelhaften, unklaren, allgemeinen Phrase Lassalles („dem Arbeiter den vollen Arbeitsertrag“) gibt Marx eine nüchterne Berechnung, wie die sozialistische Gesellschaft zu wirtschaften gezwungen sein wird. Marx geht an die *konkrete* Analyse der Lebensbedingungen einer solchen Gesellschaft, in der es keinen Kapitalismus geben wird, und sagt:

„Womit wir es hier zu tun haben“ (bei der Erörterung des Programms der Arbeiterpartei), „ist eine kommunistische Gesellschaft, nicht wie sie sich auf ihrer eigenen Grundlage *entwickelt* hat, sondern umgekehrt, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft *hervorgeht*; die also in jeder Beziehung, ökonomisch, sittlich, geistig, noch behaftet ist mit den Muttermalen der alten Gesellschaft, aus deren Schoß sie herkommt.“

Eben diese kommunistische Gesellschaft, die gerade aus dem Schoße des Kapitalismus ans Tageslicht tritt, die in jeder Beziehung mit den Muttermalen der alten Gesellschaft behaftet ist, bezeichnet Marx als die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft.

Die Produktionsmittel sind schon nicht mehr Privateigentum einzelner Personen. Die Produktionsmittel gehören der ganzen Gesellschaft. Jedes Mitglied der Gesellschaft leistet einen gewissen Teil gesellschaftlich notwendiger Arbeit und erhält von der Gesellschaft einen Schein darüber, daß es ein gewisses Quantum Arbeit geliefert hat. Auf diesen Schein erhält es ein entsprechendes Quantum Produkte aus den gesellschaftlichen Vorräten von Konsumtionsmitteln. Nach Abzug des Arbeitsquantums, das für die gemeinschaftlichen Fonds bestimmt ist, erhält jeder Arbeiter also von der Gesellschaft so viel zurück, wie er ihr gegeben hat.

Es herrscht gewissermaßen „Gleichheit“.

Wenn aber Lassalle von dieser Gesellschaftsordnung (die gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, während Marx sie als erste Phase des Kommunismus bezeichnet) meint, das wäre eine „gerechte Verteilung“, „gleiches Recht auf den gleichen Arbeitsertrag“, so irrt er, und Marx deckt seinen Irrtum auf.

„Gleiches Recht“, sagt Marx, haben wir hier allerdings, es ist aber *noch* das „bürgerliche Recht“, das, wie alles Recht, *Ungleichheit voraussetzt*. Jedes Recht besteht in Anwendung von *gleichem* Maßstab auf *ungleiche* Individuen, die in Wirklichkeit verschieden, untereinander ungleich sind; das „gleiche Recht“ ist daher eine Verletzung der Gleichheit und eine Ungerechtigkeit. In der Tat erhält jeder, der den gleichen Teil gesellschaftlicher Arbeit geleistet hat wie die anderen, den gleichen Anteil am gesellschaftlichen Produkt (nach den erwähnten Abzügen).

Indes sind die einzelnen Menschen nicht gleich: der eine ist stärker, der andere schwächer; der eine ist verheiratet, der andere nicht, der eine hat mehr Kinder als der andere usw.

„Bei gleicher Arbeitsleistung“, folgert Marx, „und daher gleichem Anteil an dem gesellschaftlichen Konsumtionsfonds erhält also der eine faktisch mehr als der andre, ist der eine reicher als der andre etc. Um alle diese Mißstände zu vermeiden, müßte das Recht, statt gleich, vielmehr ungleich sein.“

Gerechtigkeit und Gleichheit kann also die erste Phase des Kommunismus noch nicht bringen: Unterschiede im Reichtum, und zwar ungerechte Unterschiede bleiben bestehen, unmöglich aber wird die *Ausbeutung* des Menschen durch den Menschen sein, denn es wird nicht mehr möglich sein, die *Produktionsmittel*, die Fabriken, Maschinen, den Grund und Boden usw., als Privateigentum an sich zu reißen. Marx erledigt die kleinbürgerliche, unklare Phrase Lassalles von der „Gleichheit“ und „Gerechtigkeit“ *überhaupt* und zeigt dabei den *Entwicklungsgang* der kommunistischen Gesellschaft, die *gezwungen* ist, zunächst *nur* die „Ungerechtigkeit“ zu beseitigen, daß die Produktionsmittel von einzelnen Personen angeeignet sind, und vorerst *nicht imstande* ist, mit einem Schlage auch die weitere Ungerechtigkeit zu beseitigen, die in der Verteilung der Konsumtionsmittel „nach der Arbeitsleistung“ (und nicht nach den Bedürfnissen) besteht.

Die Vulgärökonomien, darunter bürgerliche Professoren, und unter ihnen „unser“ Tugan, machen den Sozialisten ständig zum Vorwurf, daß sie die Ungleichheit der Menschen vergessen und von einer Beseitigung dieser Ungleichheit „träumen“. Ein solcher Vorwurf beweist, wie wir sehen, nur die größte Ignoranz der Herren bürgerlichen Ideologen.

Marx zieht nicht nur auf das genaueste die unvermeidliche Ungleichheit der Menschen in Betracht, er berücksichtigt auch noch, daß der bloße Übergang der Produktionsmittel in das Gemeineigentum der Gesamtgesellschaft („Sozialismus“ im landläufigen Gebrauch des Wortes) die Mängel der Verteilung und die Ungleichheit des „bürgerlichen Rechtes“ *nicht beseitigt*, das *weiter herrscht*, da die Produkte „nach der Arbeitsleistung“ verteilt werden.

„Aber diese Mißstände“, fährt Marx fort, „sind unvermeidbar in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist. Das Recht kann nie höher sein als die ökonomische Gestaltung und dadurch bedingte Kulturentwicklung der Gesellschaft.“

Somit wird in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft (die gewöhnlich Sozialismus genannt wird) das „bürgerliche Recht“ *nicht* vollständig abgeschafft, sondern nur zum Teil, nur entsprechend der bereits erreichten ökonomischen Umwälzung, d. h. lediglich in bezug auf die Produktionsmittel. Das „bürgerliche Recht“ erkennt sie als Privateigentum einzelner Individuen an. Der Sozialismus macht sie zum Gemeineigentum. *Insofern* — und nur *insofern* — fällt das „bürgerliche Recht“ fort.

Es bleibt jedoch in seinem anderen Teil bestehen, es bleibt als Regulator (Ordner) bei der Verteilung der Produkte und der Arbeit unter die Mitglieder der Gesellschaft. „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“, dieses sozialistische Prinzip ist *schon* verwirklicht; „für das gleiche Quantum Arbeit das gleiche Quantum Produkte“ — auch dieses sozialistische Prinzip ist *schon* verwirklicht. Das ist jedoch noch nicht Kommunismus, und das beseitigt noch nicht das „bürgerliche Recht“, das ungleichen Individuen für ungleiche (faktisch ungleiche) Arbeitsmengen die gleiche Menge Produkte zuweist.

Das ist ein „Mißstand“, sagt Marx, aber er ist in der ersten Phase des Kommunismus unvermeidlich, denn ohne in Utopien zu verfallen, darf man nicht annehmen, daß die Menschen sofort nach dem Sturz des Kapitalismus lernen werden, *ohne alle Rechtsnormen* für die Allgemeinheit zu arbeiten, sind doch die ökonomischen Voraussetzungen für eine *solche* Änderung durch die Abschaffung des Kapitalismus *mit einem Male nicht gegeben*.

Andere Normen aber als die des „bürgerlichen Rechtes“ sind nicht da. Insofern bleibt noch die Notwendigkeit des Staates bestehen, der unter Wahrung des gesellschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln die Gleichheit der Arbeitsleistung und die Gleichheit bei der Verteilung der Produkte zu schützen hat.



Der Staat stirbt ab, soweit es keine Kapitalisten, keine Klassen mehr gibt und man daher auch keine *Klasse* mehr *unterdrücken* kann.

Der Staat ist aber noch nicht ganz abgestorben, denn noch bleibt die Wahrung des „bürgerlichen Rechts“, das die faktische Ungleichheit sanktioniert. Zum vollständigen Absterben des Staates bedarf es des vollständigen Kommunismus.

#### 4. Die höhere Phase der kommunistischen Gesellschaft

Marx fährt fort:

„In einer höhern Phase der kommunistischen Gesellschaft, nachdem die knechtende Unterordnung der Individuen unter die Teilung der Arbeit, damit auch der Gegensatz geistiger und körperlicher Arbeit verschwunden ist; nachdem die Arbeit nicht nur Mittel zum Leben, sondern selbst das erste Lebensbedürfnis geworden; nachdem mit der allseitigen Entwicklung der Individuen auch die Produktionskräfte gewachsen sind, und alle Springquellen des genossenschaftlichen Reichtums voller fließen — erst dann kann der enge bürgerliche Rechtshorizont ganz überschritten werden und die Gesellschaft auf ihre Fahnen schreiben: Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen!“

Erst jetzt können wir die ganze Richtigkeit der Bemerkungen von Engels einschätzen, in denen er unerbittlich die Unsinnigkeit einer Verbindung der Wörter „Freiheit“ und „Staat“ verhöhnte. Solange es einen Staat gibt, gibt es keine Freiheit. Wenn es Freiheit geben wird, wird es keinen Staat geben.

Die ökonomische Grundlage für das vollständige Absterben des Staates ist eine so hohe Entwicklung des Kommunismus, daß der Gegensatz von geistiger und körperlicher Arbeit verschwindet, folglich eine der wichtigsten Quellen der heutigen *gesellschaftlichen* Ungleichheit beseitigt wird, und zwar eine Quelle, die durch den bloßen Übergang der Produktionsmittel in Gemeineigentum, durch die bloße Expropriation der Kapitalisten keinesfalls mit einemmal aus der Welt geschafft werden kann.

Diese Expropriation wird eine enorme Entwicklung der Produktivkräfte *ermöglichen*. Und wenn wir sehen, wie schon jetzt der Kapitalismus in unglaublicher Weise diese Entwicklung *aufhält*, wie vieles auf Grund der heutigen, bereits erreichten Technik vorwärtsgebracht werden könnte, so sind wir berechtigt, mit voller Überzeugung zu sagen, daß die Expropriation der Kapitalisten unausbleiblich eine gewaltige Entwicklung der Produktivkräfte der menschlichen Gesellschaft zur Folge haben wird. Wie rasch aber diese Entwicklung weitergehen wird, wie schnell sie zur Aufhebung der Arbeitsteilung, zur Beseitigung des Gegensatzes von geistiger und körperlicher Arbeit, zur

Verwandlung der Arbeit in „das erste Lebensbedürfnis“ führen wird, das wissen wir nicht und *können wir nicht wissen*.

Wir sind daher auch nur berechtigt, von dem unvermeidlichen Absterben des Staates zu sprechen. Dabei betonen wir, daß dieser Prozeß von langer Dauer ist und vom Entwicklungstempo der *höheren Phase* des Kommunismus abhängt, wobei wir die Frage der Fristen oder der konkreten Formen des Absterbens vollkommen offenlassen, denn Unterlagen zur Entscheidung dieser Fragen *gibt es nicht*.

Der Staat wird dann völlig absterben können, wenn die Gesellschaft den Grundsatz: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ verwirklicht haben wird, d. h. wenn die Menschen sich so an das Befolgen der Grundregeln des gesellschaftlichen Zusammenlebens gewöhnt haben werden und ihre Arbeit so produktiv sein wird, daß sie freiwillig *nach ihren Fähigkeiten* arbeiten werden. Der „enge bürgerliche Rechtshorizont“, der dazu zwingt, mit der Hartherzigkeit eines Shylock bedacht zu sein, nur ja nicht eine halbe Stunde länger zu arbeiten als der andere und keine geringere Bezahlung zu erhalten als der andere — dieser enge Horizont wird dann überschritten sein. Die Verteilung der Produkte wird dann keine Normierung der jedem einzelnen zukommenden Menge von seiten der Gesellschaft erfordern; jeder wird frei „nach seinen Bedürfnissen“ nehmen.

Vom bürgerlichen Standpunkt aus fällt es leicht, eine solche Gesellschaftsstruktur als „reine Utopie“ hinzustellen und darüber zu grinsen, daß die Sozialisten jedem das Recht zusichern, von der Gesellschaft ohne jegliche Kontrolle über die Arbeitsleistung des einzelnen Bürgers eine beliebige Menge Trüffeln, Automobile, Klaviere u. a. m. zu erhalten. Die meisten bürgerlichen „Gelehrten“ beschränken sich auch bis auf den heutigen Tag auf dieses Grinsen und veraten dadurch nur ihre Unwissenheit und ihre eigennützige Verteidigung des Kapitalismus.

Unwissenheit, denn es ist keinem Sozialisten je eingefallen, zu „versprechen“, daß die höhere Phase der Entwicklung des Kommunismus eintreten wird; die *Voraussicht* der großen Sozialisten aber, daß sie eintreten wird, hat nicht die heutige Arbeitsproduktivität und *nicht den heutigen* Spießer zur Voraussetzung, der es fertigbrächte, etwa wie die Seminaristen bei Pomjalowski<sup>35</sup>, „aus Spaß“, Magazine gesellschaftlicher Vorräte zu beschädigen und Unmögliches zu verlangen.

Bis die „höhere“ Phase des Kommunismus eingetreten sein wird, fordern die Sozialisten die *strengste* Kontrolle seitens der Gesellschaft und *seitens des Staates* über das Maß der Arbeit und das Maß der Konsumtion, aber diese Kontrolle muß mit der Expropriation der Kapita-

listen *beginnen*, mit der Kontrolle der Arbeiter über die Kapitalisten, und muß nicht durch einen Beamtenstaat durchgeführt werden, sondern durch den Staat der *bewaffneten Arbeiter*.

Die Eigennützigkeit der Verteidigung des Kapitalismus durch die bürgerlichen Ideologen (und ihre Schleppenträger vom Schlage der Herren Zereteli, Tschernow und Konsorten) besteht ja gerade darin, daß sie die dringende und aktuelle Frage der *heutigen* Politik in Diskussionen und Gerede über die ferne Zukunft *umfälschen*, und zwar die Frage der Expropriation der Kapitalisten, der Umwandlung *aller* Bürger in Arbeiter und Angestellte *eines* großen „Syndikats“, nämlich des ganzen Staates, und der völligen Unterordnung der gesamten Arbeit dieses ganzen Syndikats unter den wahrhaft demokratischen Staat, *den Staat der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten*.

Wenn der gelehrte Professor und mit ihm der-Spießer und die Herren Zereteli und Tschernow von den hirnverbrannten Utopien, von den demagogischen Versprechungen der Bolschewiki, von der Unmöglichkeit der „Einführung“ des Sozialismus reden, dann meinen sie im Grunde genommen das höhere Stadium, die höhere Phase des Kommunismus, den „einzuführen“ niemand versprochen, ja nicht einmal im Sinne gehabt hat, denn „einführen“ läßt er sich überhaupt nicht.

Und hier sind wir bei der Frage des wissenschaftlichen Unterschieds zwischen Sozialismus und Kommunismus angelangt, die Engels in seiner oben erwähnten Betrachtung über die Unrichtigkeit der Bezeichnung „Sozialdemokraten“ berührt. Politisch wird der Unterschied zwischen der ersten oder niederen und der höheren Phase des Kommunismus mit der Zeit wahrscheinlich ungeheuer groß sein, doch wäre es lächerlich, jetzt, unter dem Kapitalismus, diesen Unterschied hervorzuheben, und ihn in den Vordergrund rücken könnten höchstens vereinzelte Anarchisten (falls unter den Anarchisten noch Leute übriggeblieben sind, die nichts hinzulernt haben nach der „Plechanowistischen“ Mauserung der Kropotkin, Grave, Cornelissen und anderer „Leuchten“ des Anarchismus in Sozialchauvinisten oder in Schützengraben-Anarchisten — wie sich Ge, einer der wenigen Anarchisten, die noch Ehre und Gewissen bewahrt haben, ausgedrückt hat).

Der wissenschaftliche Unterschied zwischen Sozialismus und Kommunismus ist aber klar. Was gewöhnlich als Sozialismus bezeichnet wird, nannte Marx die „erste“ oder niedere Phase der kommunistischen Gesellschaft. Insofern die Produktionsmittel *Gemeineigentum* werden, ist das Wort „Kommunismus“ auch hier anwendbar, wenn man nicht vergißt, daß es *kein* vollkommener Kommunismus ist. Die weitreichende Bedeutung der Marxschen Erklärungen besteht darin, daß

er auch hier konsequent die materialistische Dialektik, die Entwicklungslehre, anwendet, indem er den Kommunismus als etwas betrachtet, das sich *aus* dem Kapitalismus entwickelt. An Stelle scholastisch ausgeklügelter, „erdachter“ Definitionen und unfruchtbarer Wortklaubereien (was Sozialismus, was Kommunismus sei) liefert Marx eine Analyse dessen, was man als Stufen der ökonomischen Reife des Kommunismus bezeichnen könnte.

In seiner ersten Phase, auf seiner ersten Stufe kann der Kommunismus ökonomisch noch *nicht* völlig reif, völlig frei von den Traditionen oder Spuren des Kapitalismus sein. Daraus erklärt sich eine so interessante Erscheinung wie das Fortbestehen des „engen *bürgerlichen* Rechtshorizonts“ während der ersten Phase des Kommunismus. Das bürgerliche Recht setzt natürlich in bezug auf die Verteilung der *Konsumtionsmittel* unvermeidlich auch den *bürgerlichen Staat* voraus, denn Recht ist nichts ohne einen Apparat, der imstande wäre, die Einhaltung der Rechtsnormen zu *erzwingen*.

So ergibt sich der Schluß, daß unter dem Kommunismus nicht nur das bürgerliche Recht eine gewisse Zeit fortbesteht, sondern sogar auch der bürgerliche Staat, ohne Bourgeoisie!

Das mag paradox oder einfach als dialektisches Gedankenspiel erscheinen, wie das vielfach dem Marxismus von Leuten zum Vorwurf gemacht wird, die sich nicht im geringsten die Mühe genommen haben, seinen überaus tiefen Gehalt zu ergründen.

In Wirklichkeit aber zeigt uns das Leben auf Schritt und Tritt, sowohl in der Natur als auch in der Gesellschaft, Überreste des Alten im Neuen. Und Marx hat nicht willkürlich ein Stückchen „bürgerlichen“ Rechts in den Kommunismus hineingeschoben, sondern hat das genommen, was wirtschaftlich und politisch in einer *aus dem Schoß* des Kapitalismus hervorgehenden Gesellschaft unvermeidlich ist.

Die Demokratie ist im Befreiungskampf der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten von gewaltiger Bedeutung. Die Demokratie ist aber durchaus nicht die Grenze, die nicht überschritten werden kann, sondern lediglich eine der Etappen auf dem Wege vom Feudalismus zum Kapitalismus und vom Kapitalismus zum Kommunismus.

Demokratie bedeutet Gleichheit. Es ist begreiflich, welche große Bedeutung der Kampf des Proletariats um Gleichheit und die Losung der Gleichheit haben, wenn man diese richtig, im Sinne der Aufhebung der *Klassen* auffaßt. Aber Demokratie bedeutet nur *formale* Gleichheit. Und sofort nach der Verwirklichung der Gleichheit aller Mitglieder der Gesellschaft *in bezug* auf den Besitz der Produktionsmittel, d. h. der Gleichheit der Arbeit, Gleichheit des Arbeitslohnes, wird

sich vor der Menschheit unvermeidlich die Frage erheben, wie sie von der formalen zur tatsächlichen Gleichheit, d. h. zur Verwirklichung des Satzes: „Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“, weiterschreiten soll. Welche Etappen die Menschheit auf dem Wege zu diesem höheren Ziel durchschreiten wird, welche praktischen Maßnahmen sie hierzu ergreifen wird, — wissen wir nicht und können wir nicht wissen. Es ist aber wichtig, daß wir uns darüber klarwerden, wie unendlich verlogen die landläufige bürgerliche Vorstellung ist, der Sozialismus sei etwas Totes, Erstarrtes, ein für allemal Gegebenes, während in Wirklichkeit erst mit dem Sozialismus die rasche, wirkliche, wahrhafte Vorwärtsbewegung der Massen auf allen Gebieten des öffentlichen und persönlichen Lebens, zunächst unter Teilnahme der *Mehrheit* der Bevölkerung und später der gesamten Bevölkerung, einsetzen wird.

Die Demokratie ist eine Staatsform, eine der Spielarten des Staates. Folglich ist sie, wie jeder Staat, eine organisierte, systematische Gewaltanwendung gegenüber Menschen. Das ist die eine Seite. Andererseits bedeutet Demokratie aber die formale Anerkennung der Gleichheit zwischen den Bürgern, des gleichen Rechtes aller, die Staatsverfassung zu bestimmen und den Staat zu verwalten. Das wiederum hat zur Folge, daß die Demokratie auf einer bestimmten Entwicklungsstufe erstens die dem Kapitalismus gegenüber revolutionäre Klasse, das Proletariat, zusammenschließt und ihr die Möglichkeit gibt, die bürgerliche, und sei es auch eine bürgerlich-republikanische, Staatsmaschine — das stehende Heer, Polizei, Beamtentum — zu zerbrechen, in Scherben zu schlagen, aus der Welt zu schaffen, sie zwar durch eine *demokratischere* Staatsmaschine, aber immerhin noch durch eine Staatsmaschine zu ersetzen, bestehend aus bewaffneten Arbeitermassen, die zur Beteiligung des gesamten Volkes an der Miliz übergehen.

Hier „schlägt Quantität in Qualität um“: eine *solche* Stufe des Demokratismus ist mit der Sprengung des Rahmens der bürgerlichen Gesellschaft, mit dem Beginn ihrer sozialistischen Umgestaltung verbunden. Wenn tatsächlich *alle* an der Verwaltung des Staates teilnehmen, dann kann sich der Kapitalismus nicht länger halten. Die Entwicklung des Kapitalismus schafft ihrerseits die *Voraussetzungen* dafür, daß wirklich „alle“ an der Leitung des Staates teilnehmen *können*. Zu diesen Voraussetzungen gehört die allgemeine Schulbildung, die bereits in den fortgeschrittensten kapitalistischen Ländern eingeführt ist, ferner die „Schulung und Disziplinierung“ der Millionen von Arbeitern durch den umfassenden, komplizierten, vergesellschafteten Apparat der Post, der Eisenbahnen, der Großbetriebe, des Großhandels, des Bankwesens usw. usf.

Unter solchen *ökonomischen* Voraussetzungen ist es durchaus möglich, unverzüglich, von heute auf morgen, dazu überzugehen, die Kapitalisten und Beamten, nach ihrem Sturz, bei der *Kontrolle* über die Produktion und Verteilung, bei der *Registrierung* der Arbeit und der Produkte durch bewaffnete Arbeiter, durch das gesamte bewaffnete Volk zu ersetzen. (Man verwechsle nicht die Frage der Kontrolle und Rechnungslegung mit der Frage des wissenschaftlich ausgebildeten Personals, der Ingenieure, Agronomen usw.: diese Herrschaften arbeiten heute und fügen sich den Kapitalisten, sie werden morgen noch besser arbeiten und sich den bewaffneten Arbeitern fügen.)

Rechnungslegung und Kontrolle — das ist das *Wichtigste*, was zum Ingangsetzen, zum richtigen Funktionieren der kommunistischen Gesellschaft in ihrer *ersten Phase* erforderlich ist. *Alle* Bürger verwandeln sich hier in entlohnte Angestellte des Staates, den die bewaffneten Arbeiter bilden. *Alle* Bürger werden Angestellte und Arbeiter *eines* das gesamte Volk umfassenden Staats„syndikats“. Es handelt sich nur darum, daß sie alle in gleicher Weise arbeiten, das Maß ihrer Arbeit richtig einhalten und gleichmäßigen Lohn bekommen. Die Registrierung dessen, die Kontrolle darüber ist durch den Kapitalismus bis zum äußersten *vereinfacht*, in außergewöhnlich einfache, jedem Nicht-analphabeten zugängliche Operationen der Beaufsichtigung und Notierung verwandelt, zu deren Verrichtung die Beherrschung der vier Rechnungsarten und die Ausstellung entsprechender Quittungen genügt.\*

Wenn die *Mehrheit* des Volkes anfangen wird, selbständig und allorts eine solche Rechnungslegung, eine solche Kontrolle über die Kapitalisten (die nunmehr Angestellte geworden sind) und über die Herren Intellektuellen, die kapitalistische Allüren beibehalten haben, auszuüben, dann wird diese Kontrolle eine wirklich universelle, allgemeine, durch das gesamte Volk ausgeübte Kontrolle werden, dann wird man sich ihr auf keine Weise entziehen können, wird man sich vor ihr „nirgends retten“ können.

Die gesamte Gesellschaft wird *ein* Büro und *eine* Fabrik mit gleicher Arbeit und gleichem Lohn sein.

Aber diese „Fabrik“disziplin, die das siegreiche Proletariat nach dem Sturz der Kapitalisten, nach Beseitigung der Ausbeuter auf die

\* Wenn der Staat im wesentlichen Teil seiner Funktionen auf eine solche Rechnungslegung und Kontrolle durch die Arbeiter selbst reduziert wird, hört er auf, ein „politischer Staat“ zu sein, dann „verwandeln sich die öffentlichen Funktionen aus politischen in einfache, administrative Funktionen“ (vgl. oben, Kapitel IV, Abschnitt 2, über Engels' Polemik gegen die Anarchisten).

gesamte Gesellschaft erstrecken wird, ist nichts weniger als unser Ideal oder unser Endziel, sie ist nur eine *Stufe*, die notwendig ist zur radikalen Reinigung der Gesellschaft von den Niederträchtigkeiten und Gemeinheiten der kapitalistischen Ausbeutung und zum *weiteren Vortwärtsschreiten*.

Von dem Augenblick an, da alle Mitglieder der Gesellschaft oder wenigstens ihre übergroße Mehrzahl *selbst* gelernt haben, den Staat zu regieren, selbst die Staatsregierung in ihre Hände genommen haben, die Kontrolle „in Gang gebracht“ haben über die verschwindende Minderheit der Kapitalisten, über die Herrchen, die die kapitalistischen Allüren gern bewahren möchten, über die Arbeiter, die durch den Kapitalismus tief demoralisiert worden sind, — von diesem Augenblick an beginnt die Notwendigkeit irgendeines Regierens überhaupt zu schwinden. Je vollständiger die Demokratie, um so näher der Augenblick, in dem sie überflüssig wird. Je demokratischer der „Staat“, der aus bewaffneten Arbeitern besteht und der „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“ ist, um so rascher beginnt *jeder* Staat abzusterben.

Denn wenn *alle* gelernt haben werden, selbständig die gesellschaftliche Produktion zu leiten und sie in der Tat leiten werden, selbständig die Rechnungslegung und die Kontrolle über die Müßiggänger, die Herrensöhnchen, die Gauner und ähnliche „Hüter der Traditionen des Kapitalismus“ verwirklichen werden, dann wird die Umgehung dieser vom ganzen Volk durchgeführten Rechnungslegung und Kontrolle unvermeidlich so ungeheuer schwierig werden, eine so höchst seltene Ausnahme bilden und wahrscheinlich eine so rasche und ernsthafte Bestrafung nach sich ziehen (denn die bewaffneten Arbeiter sind Menschen des praktischen Lebens und keine sentimentalen Intelligenzler und werden kaum mit sich spaßen lassen), daß die *Notwendigkeit* zur Einhaltung der unkomplizierten Grundregeln für jedes Zusammenleben von Menschen sehr bald zur *Gewohnheit* werden wird.

Und dann wird das Tor zum Übergang von der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft zu ihrer höheren Phase und damit auch zum völligen Absterben des Staates sperrangelweit geöffnet sein.

## VI. KAPITEL

### DIE VULGARISIERUNG DES MARXISMUS DURCH DIE OPPORTUNISTEN

Die Frage nach dem Verhältnis des Staates zur sozialen Revolution und der sozialen Revolution zum Staat hat die prominentesten

Theoretiker und Publizisten der II. Internationale (1889 bis 1914) sehr wenig beschäftigt, ebensowenig wie die Frage der Revolution überhaupt. Aber das Charakteristischste an dem Prozeß des stetigen Anwachsens des Opportunismus, der 1914 zum Zusammenbruch der II. Internationale geführt hat, ist, daß man selbst da, wo man an diese Frage hart herangekommen war, sie *zu umgehen suchte* oder sie nicht bemerkte.

Im großen und ganzen kann man sagen, daß das *Ausweichen* vor der Frage des Verhältnisses der proletarischen Revolution zum Staat, ein Ausweichen, das den Opportunismus begünstigte und nährte, zur *Entstellung* und völligen Verflachung des Marxismus geführt hat.

Um diesen traurigen Prozeß wenigstens in aller Kürze zu kennzeichnen, wenden wir uns den angesehensten Theoretikern des Marxismus, Plechanow und Kautsky, zu.

### 1. Plechanows Polemik gegen die Anarchisten

Plechanow hat der Frage des Verhältnisses zwischen Anarchismus und Sozialismus eine besondere Broschüre „Anarchismus und Sozialismus“ gewidmet, die 1894 in deutscher Sprache erschienen ist.

Plechanow brachte es fertig, dieses Thema zu behandeln und dabei den aktuellsten, brennendsten und politisch wesentlichsten Punkt im Kampf gegen den Anarchismus, nämlich das Verhältnis der Revolution zum Staat wie überhaupt die Frage des Staates, völlig zu umgehen! In seiner Broschüre zeichnen sich zwei Teile aus: der eine Teil ist ein historisch literarischer mit wertvollem Material zur Geschichte der Ideen Stirners, Proudhons usw., der andere Teil ist philiströs mit platten Betrachtungen darüber, daß ein Anarchist von einem Banditen nicht zu unterscheiden sei.

Eine höchst kuriose Themenverknüpfung, die für die ganze Tätigkeit Plechanows am Vorabend der Revolution und während der Revolutionsperiode in Rußland äußerst charakteristisch ist: Plechanow entpuppte sich denn auch in den Jahren 1905 bis 1917 halb als Doktrinär und halb als Philister, der in der Politik im Nachtrab der Bourgeoisie einherging.

Wir haben gesehen, daß Marx und Engels in ihrer Polemik gegen die Anarchisten am eingehendsten ihre Ansichten über das Verhältnis der Revolution zum Staat klarlegten. Als Engels im Jahre 1891 die Marxsche „Kritik des Gothaer Programms“ herausgab, schrieb er:

„Wir“ (d. h. Engels und Marx) „lagen damals, kaum zwei Jahre nach dem Haager Kongreß der (I.) Internationale, im heftigsten Kampf mit Bakunin und seinen Anarchisten.“



Die Anarchisten versuchten, eben die Pariser Kommune sozusagen „für sich“ in Anspruch zu nehmen, als eine Bestätigung ihrer Lehre, wobei sie die Lehren der Kommune und die Analyse dieser Lehren durch Marx absolut nicht begriffen. Zu den konkret-politischen Fragen: soll man die alte Staatsmaschinerie *zerschlagen*? — und *wodurch* ist sie zu ersetzen? — hat der Anarchismus nichts beigetragen, was auch nur annähernd an die Wahrheit heranreichte.

Aber über „Anarchismus und Sozialismus“ reden und dabei der ganzen Frage des Staates ausweichen, die ganze Entwicklung des Marxismus vor und nach der Kommune *übersehen*, das hieß, unvermeidlich zum Opportunismus ableiten. Denn der Opportunismus hat ja nichts nötiger, als daß die beiden von uns soeben bezeichneten Fragen überhaupt *nicht* angeschnitten werden. Das allein bedeutet *schon* einen Sieg des Opportunismus.

## 2. Kautskys Polemik gegen die Opportunisten

In der russischen Literatur gibt es zweifellos ungleich mehr Übersetzungen von Kautskys Schriften als in irgendeiner anderen. Nicht mit Unrecht sagen manche deutsche Sozialdemokraten im Scherz, Kautsky werde in Rußland mehr gelesen als in Deutschland (in Parenthese bemerkt, enthält dieser Scherz einen viel tieferen historischen Sinn, als seine Urheber vermuten, nämlich: die russischen Arbeiter, die 1905 einen wahren Heißhunger nach den besten Werken der besten sozialdemokratischen Literatur der Welt an den Tag gelegt und die eine im Vergleich mit anderen Ländern unerhört große Menge von Übersetzungen und Ausgaben solcher Werke erhalten hatten, übertrugen damit sozusagen auf den jungen Boden unserer proletarischen Bewegung in beschleunigter Weise die reiche Erfahrung des fortgeschrittenen Nachbarlandes).

Besonders bekannt ist Kautsky bei uns, abgesehen von seiner populären Darstellung des Marxismus, durch seine Polemik gegen die Opportunisten und ihren Anführer Bernstein. Kaum bekannt ist aber eine Tatsache, die nicht umgangen werden darf, wenn man sich die Aufgabe stellt zu verfolgen, wie Kautsky zu der unglaublich schmachvollen Ratlosigkeit und Verteidigung des Sozialchauvinismus in der Zeit der schwersten Krise 1914—1915 hinabgesunken ist. Nämlich die Tatsache, daß Kautsky vor seinem Auftreten gegen die angesehensten Vertreter des Opportunismus in Frankreich (Millerand und Jaurès) und Deutschland (Bernstein) sehr stark geschwankt hat. Die marxistische „Sarja“, die 1901—1902 in Stuttgart erschien und revolutionär-proletarische

Anschauungen vertrat, sah sich gezwungen, gegen Kautsky zu *polemisieren*, seine aus Halbheiten bestehende, ausweichende, den Opportunisten gegenüber versöhnliche Resolution auf dem Pariser Internationalen Sozialistenkongreß im Jahre 1900 als „kautschukartig“ zu bezeichnen. In der deutschen Literatur sind Briefe von Kautsky veröffentlicht worden, die zeigten, daß er vor seinem Feldzug gegen Bernstein nicht weniger schwankte.

Von ungleich größerer Bedeutung ist jedoch der Umstand, daß wir selbst in seiner Polemik gegen die Opportunisten, in seiner Fragestellung und seiner Art der Behandlung der Frage jetzt, da wir die *Geschichte* des neuesten Verrats Kautskys am Marxismus untersuchen, ein systematisches Hinneigen zum Opportunismus gerade in der Frage des Staates feststellen können.

Nehmen wir Kautskys erstes größeres Werk gegen den Opportunismus, sein Buch „Bernstein und das sozialdemokratische Programm“. Bernstein wird von Kautsky ausführlich widerlegt. Charakteristisch ist aber folgendes. Bernstein erhebt in seinen herostratisch berühmt gewordenen „Voraussetzungen des Sozialismus“ gegen den Marxismus den Vorwurf des „*Blanquismus*“ (ein Vorwurf, den seither die Opportunisten und die liberalen Bourgeois in Rußland Tausende von Malen gegen die Vertreter des revolutionären Marxismus, die Bolschewiki, wiederholten). Dabei geht Bernstein besonders auf den Marxschen „Bürgerkrieg in Frankreich“ ein und versucht — wie wir gesehen haben, höchst erfolglos —, die Marxschen Ansichten über die Lehren der Kommune mit denen Proudhons zu identifizieren. Die besondere Beachtung Bernsteins findet die Schlußfolgerung von Marx, die er im Vorwort von 1872 zum „*Kommunistischen Manifest*“ unterstrichen hat, und die besagt, daß „die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann“.

Bernstein hat dieser Ausspruch so sehr „gefallen“, daß er ihn in seinem Buch nicht weniger als dreimal wiederholt, um ihn in einem ganz entstellten, opportunistischen Sinne auszulegen.

Marx will, wie wir gesehen haben, sagen, daß die Arbeiterklasse die ganze Staatsmaschine *zerschlagen, zerbrechen, sprengen* muß (der Ausdruck „Sprengung“ wird von Engels gebraucht). Bernstein dagegen stellt es so hin, als hätte Marx mit diesen Worten die Arbeiterklasse *vor* revolutionärem Übereifer bei der Ergreifung der Macht warnen wollen.

Eine gröbere und abscheulichere Verdrehung des Marxschen Gedankens läßt sich kaum denken.

Was tat nun Kautsky in seiner sehr eingehenden Widerlegung der Bernsteiniaede?

Er wich einer Untersuchung der ganzen Tiefe der Entstellung des Marxismus durch den Opportunismus in diesem Punkt aus. Er führte die oben zitierte Stelle aus dem Engelsschen Vorwort zum „Bürgerkrieg“ von Marx an und beschränkte sich darauf zu sagen, nach Marx könne die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen, aber überhaupt könne sie sie in Besitz nehmen, weiter nichts. Davon, daß Bernstein Marx *das gerade Gegenteil* des wirklichen Marxschen Gedankens zuschrieb, daß Marx seit 1852 als Aufgabe der proletarischen Revolution das „Zerschlagen“ der Staatsmaschinerie in den Vordergrund rückte, findet sich bei Kautsky nicht ein Wort.

So kam es, daß der wesentlichste Unterschied zwischen Marxismus und Opportunismus hinsichtlich der Aufgaben der proletarischen Revolution bei Kautsky verkleistert wurde!

„Die Entscheidung über das Problem der proletarischen Diktatur“, schrieb Kautsky, „gegen“ Bernstein, „können wir wohl ganz ruhig der Zukunft überlassen.“ (S. 172.)

Das ist keine Polemik gegen Bernstein, sondern im Grunde ein *Zugeständnis* an ihn, eine Kapitulation vor dem Opportunismus, denn vorerst brauchen die Opportunisten ja nichts weiter, als daß alle grundlegenden Fragen nach den Aufgaben der proletarischen Revolution „ganz ruhig der Zukunft überlassen“ werden.

Marx und Engels haben von 1852 bis 1891, vierzig Jahre hindurch, das Proletariat gelehrt, es müsse die Staatsmaschinerie zerschlagen. 1899 bringt es aber Kautsky fertig, angesichts des völligen Verrats, den die Opportunisten in diesem Punkte am Marxismus geübt haben, die Frage, ob man diese Maschine zerschlagen müsse, zu *vertauschen* gegen die Frage nach den konkreten Formen dieses Zerschlagens, und rettet sich unter die Fittiche der „unbestreitbaren“ (und unfruchtbaren) philisterhaften Wahrheit, daß man die konkreten Formen nicht im voraus kennen könne!!

Ein Abgrund klafft zwischen Marx und Kautsky in ihrem Verhältnis zu der Aufgabe der proletarischen Partei, die Arbeiterklasse auf die Revolution vorzubereiten.

Nehmen wir ein späteres, reiferes Werk von Kautsky, das in beträchtlichem Maße ebenfalls einer Widerlegung der Irrtümer des Opportunismus gewidmet ist. Es ist seine Broschüre „Die soziale Revolution“. Der Verfasser behandelt hier speziell das Thema der „proletarischen Revolution“ und des „proletarischen Regimes“. Der Verfasser hat

hier sehr viel außerordentlich Wertvolles geboten, aber gerade die Frage des Staates hat er *umgangen*. In der Broschüre ist überall von der Eroberung der Staatsgewalt die Rede, weiter nichts, d. h. es ist eine Formulierung gewählt, die den Opportunisten entgegenkommt, da sie die Eroberung der Macht *ohne* eine Zerstörung der Staatsmaschinerie *zuläßt*. Gerade das, was Marx 1872 im Programm des „Kommunistischen Manifestes“ als „veraltet“ erklärt, wird von Kautsky 1902 *wieder aufgewärmt*.

In der Broschüre ist ein besonderer Abschnitt den „Formen und Waffen der sozialen Revolution“ gewidmet. Hier wird wohl vom politischen Massenstreik gesprochen, ebenso vom Bürgerkrieg und von den „Machtmitteln des modernen Großstaates, seiner Bürokratie und Armee“, aber kein Sterbenslaut darüber, was die Kommune die Arbeiter bereits gelehrt hat. Augenscheinlich hat Engels die Sozialisten, insbesondere die deutschen, nicht ohne Grund vor der „abergläubischen Verehrung“ des Staates gewarnt.

Kautsky schildert die Sache folgendermaßen: das siegreiche Proletariat wird „das demokratische Programm zur Wahrheit machen“, und er erläutert die einzelnen Punkte dieses Programms. Darüber aber, was das Jahr 1871 in der Frage der Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die proletarische Demokratie Neues gebracht hat, kein Wort. Kautsky begnügt sich mit solchen „solide“ klingenden Banalitäten wie:

„Und doch ist es selbstverständlich, daß wir nicht zur Herrschaft kommen unter den heutigen Verhältnissen. Die Revolution selbst setzt lange und tiefgehende Kämpfe voraus, die bereits unsere heutige politische und soziale Struktur verändern werden.“

Freilich ist das „selbstverständlich“, ebensogut wie die Wahrheit, daß Pferde Hafer fressen und die Wolga in das Kaspische Meer fließt. Schade nur, daß mit Hilfe der hohlen und schwülstigen Phrase über „tiefgehende“ Kämpfe die für das revolutionäre Proletariat wesentliche Frage *umgangen* wird, die Frage, *worin denn* die „Tiefe“ *seiner* Revolution gegenüber dem Staat, gegenüber der Demokratie zum Unterschied von den früheren, nichtproletarischen Revolutionen, zum Ausdruck kommt.

Indem Kautsky diese Frage umgeht, macht er *in der Tat* in diesem wesentlichsten Punkt ein Zugeständnis an den Opportunismus, auch wenn er *in Worten* ihm einen erbitterten Krieg ansagt, die Bedeutung der „Idee der Revolution“ unterstreicht (was mag diese „Idee“ wert sein, wenn man sich fürchtet, unter den Arbeitern die konkreten Lehren der Revolution zu propagieren?) oder sagt: „revolutionären Idealismus

vor allem“, oder erklärt, daß die englischen Arbeiter „heute kaum noch etwas anderes als kleine Bourgeois“ seien.

„Die verschiedensten Formen des Betriebes“, schreibt Kautsky, „bürokratischer (??), gewerkschaftlicher, genossenschaftlicher, Alleinbetrieb ... können nebeneinander in einer sozialistischen Gesellschaft existieren ... Es gibt z. B. Betriebe, die ohne eine bürokratische (??) Organisation nicht auskommen, wie die Eisenbahnen. Die demokratische Organisation kann sich da so gestalten, daß die Arbeiter Delegierte wählen, die eine Art Parlament bilden, welches die Arbeitsordnung feststellt und die Verwaltung des bürokratischen Apparates überwacht. Andere Betriebe kann man der Verwaltung der Gewerkschaften übergeben, wieder andere können genossenschaftlich betrieben werden.“

Diese Betrachtung ist falsch. Sie bedeutet einen Rückschritt im Vergleich mit dem, was Marx und Engels in den siebziger Jahren am Beispiel der Lehren der Kommune gezeigt haben.

Vom Standpunkt einer angeblich notwendigen „bürokratischen“ Organisation unterscheiden sich die Eisenbahnen absolut durch nichts von allen sonstigen Betrieben der maschinellen Großindustrie, von einer beliebigen Fabrik, einem großen Geschäft, einem großkapitalistischen landwirtschaftlichen Unternehmen. In allen solchen Betrieben schreibt die Technik unbedingt die strengste Disziplin vor, die größte Genauigkeit bei Ausführung der jedem zugewiesenen Teilarbeit, da sonst die Stilllegung des Gesamtbetriebes, eine Beschädigung des Mechanismus, eine Beschädigung des Produkts zu befürchten wäre. In allen diesen Unternehmen werden die Arbeiter natürlich „Delegierte wählen, die *eine Art Parlament* bilden“.

Aber das ist ja eben der ganze Witz, daß diese „Art Parlament“ *kein* Parlament im Sinne der bürgerlich-parlamentarischen Körperschaften sein wird. Das ist ja der Witz, daß diese „Art Parlament“ *nicht* nur die „Arbeitsordnung feststellen und die Verwaltung des bürokratischen Apparates überwachen“ wird, wie Kautsky sich das ausmalt, dessen Gedanken über den Rahmen des bürgerlichen Parlamentarismus nicht hinausgehen. In der sozialistischen Gesellschaft wird natürlich „eine Art Parlament“ von Arbeiterdeputierten die „Arbeitsordnung feststellen“ und die „Verwaltung des Apparates überwachen“, *aber* dieser Apparat wird *nicht* „bürokratisch“ sein. Die Arbeiter werden nach Eroberung der politischen Macht den alten bürokratischen Apparat zerschlagen, ihn bis auf den Grund zerstören, von ihm nicht einen Stein auf dem anderen lassen; sie werden ihn durch einen neuen, aus denselben Arbeitern und Angestellten gebildeten Apparat ersetzen, *gegen* deren Verwandlung in Bürokraten man sofort die von Marx und Engels eingehend besprochenen Maßnahmen treffen

wird: 1. nicht nur Wählbarkeit, sondern auch jederzeitige Absetzbarkeit; 2. eine den Arbeiterlohn nicht übersteigende Bezahlung; 3. sofortiger Übergang dazu, daß *alle* die Funktionen der Kontrolle und Aufsicht verrichten, daß *alle* eine Zeitlang zu „Bürokraten“ werden, so daß daher *niemand* zum „Bürokraten“ werden kann.

Die Worte von Marx: „Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“, hat Kautsky absolut nicht durchdacht.

Kautsky hat absolut nicht den Unterschied begriffen zwischen bürgerlichem Parlamentarismus, der die Demokratie (*nicht für das Volk*) mit dem Bürokratismus (*gegen das Volk*) verbindet, und dem proletarischen Demokratismus, der sofort Maßnahmen ergreifen wird, um den Bürokratismus radikal zu unterbinden, und der imstande sein wird, diese Maßnahmen zu Ende zu führen, bis zur völligen Vernichtung des Bürokratismus, bis zur Einführung der vollen Demokratie für das Volk.

Kautsky offenbarte hier immer noch die gleiche „abergläubische Verehrung“ des Staates, das gleiche „abergläubische Vertrauen“ zu dem Bürokratismus.

Gehen wir zum letzten und besten Werk Kautskys gegen die Opportunisten über, zu seiner Broschüre „Der Weg zur Macht“ (die, glaube ich, keine russische Ausgabe erlebte, da sie im Jahre 1909 erschienen ist, zur Zeit, als bei uns die schwärzeste Reaktion herrschte). Diese Broschüre bedeutet einen erheblichen Schritt vorwärts, da in ihr nicht von einem revolutionären Programm im allgemeinen, wie 1899 in der Schrift gegen Bernstein, nicht von den Aufgaben der sozialen Revolution, ohne Bezugnahme auf die Zeit ihres Anbruchs, wie 1902 in der Broschüre „Die soziale Revolution“, die Rede ist, sondern von den konkreten Bedingungen, die uns zwingen anzuerkennen, daß die „Ära der Revolutionen“ *anhebt*.

Der Verfasser weist mit Bestimmtheit auf die Verschärfung der Klassengegensätze im allgemeinen und auf den Imperialismus hin, der in dieser Beziehung eine besonders große Rolle spielt. Nach dem „revolutionären Zeitalter 1789—1871“ für Westeuropa beginne seit 1905 ein ähnliches Zeitalter für den Osten. Der Weltkrieg rücke mit bedrohlicher Geschwindigkeit nahe. „Es (das Proletariat) kann nicht mehr von einer vorzeitigen Revolution reden.“ „Wir sind in eine revolutionäre Periode eingetreten.“ Die „revolutionäre Ära hebt an“.

Diese Erklärungen sind völlig klar. Diese Schrift Kautskys muß als Gradmesser dafür dienen, was die deutsche Sozialdemokratie vor dem imperialistischen Krieg *zu sein versprach* und wie tief sie (mit-

samt Kautsky selbst) bei Ausbruch des Krieges gesunken ist. „Die heutige Situation“, schrieb Kautsky in der angeführten Broschüre, „bringt aber die Gefahr mit sich, daß wir (d. h. die deutsche Sozialdemokratie) leicht ‚gemäßigter‘ aussehen, als wir sind.“ Es hat sich aber herausgestellt, daß die deutsche sozialdemokratische Partei unvergleichlich gemäßigter und opportunistischer war, als sie zu sein schien!

Um so bezeichnender ist es, daß Kautsky trotz dieser Bestimmtheit seiner Erklärungen über die bereits angebrochene Ära der Revolutionen auch in dieser Broschüre, die nach seinen eigenen Worten der Erörterung der Frage gerade der „politischen Revolution“ gewidmet ist, wiederum die Frage des Staates völlig umgeht.

Die Summe dieser Umgehungen der Frage, dieses Verschweigens und Ausweichens ergab unvermeidlich jenes völlige Abschwenken zum Opportunismus, über das wir nun zu sprechen haben werden.

In der Person Kautskys erklärte die deutsche Sozialdemokratie gleichsam: Ich bleibe bei den revolutionären Anschauungen (1899). Ich erkenne insbesondere die Unausbleiblichkeit der sozialen Revolution des Proletariats an (1902). Ich erkenne den Anbruch einer neuen Ära der Revolutionen an (1909). Aber dennoch gehe ich hinter das zurück, was Marx bereits 1852 gesagt hat, wenn es sich um die Frage nach den Aufgaben der proletarischen Revolution in bezug auf den Staat handelt (1912).

So nämlich wurde die Frage mit aller Eindeutigkeit in der Polemik Kautskys gegen Pannekoek gestellt.

### 3. Kautskys Polemik gegen Pannekoek

Pannekoek trat gegen Kautsky als ein Vertreter jener „links-radikalen“ Strömung auf, die Rosa Luxemburg, Karl Radek und andere in ihren Reihen zählte und die bei der Verfechtung der revolutionären Taktik einig war in der Überzeugung, daß Kautsky die Position des prinzipienlos zwischen Marxismus und Opportunismus hin und her pendelnden „Zentrums“ beziehe. Die Richtigkeit dieser Ansicht wurde durch den Krieg vollauf bewiesen, als die Richtung des „Zentrums“ (das zu Unrecht marxistisch genannt wird) oder des „Kautskyanertums“ sich in ihrer ganzen widerlichen Jämmerlichkeit zeigte.

In dem Artikel „Massenaktion und Revolution“ („Neue Zeit“, 1912, XXX, 2), in dem die Frage des Staates berührt wird, charakterisierte Pannekoek die Stellung Kautskys als die des „passiven Radikalismus“, als „die Theorie des aktionslosen Abwartens“. „Kautsky übersieht

den Prozeß der Revolution“ (S. 616). Dadurch, daß Pannekoek die Frage auf diese Weise stellte, kam er auf das uns interessierende Thema, die Aufgaben der proletarischen Revolution gegenüber dem Staat, zu sprechen.

„Der Kampf des Proletariats“, schrieb er, „ist nicht einfach ein Kampf gegen die Bourgeoisie um die Staatsgewalt als Objekt, sondern ein Kampf gegen die Staatsgewalt... Der Inhalt dieser Revolution ist die Vernichtung und Auflösung der Machtmittel des Staates durch die Machtmittel des Proletariats (S. 544)... Der Kampf hört erst auf, wenn als Endresultat die völlige Zerstörung der staatlichen Organisation eingetreten ist. Die Organisation der Mehrheit hat dann ihre Überlegenheit dadurch erwiesen, daß sie die Organisation der herrschenden Minderheit vernichtet hat.“ (S. 548.)

Die Formulierung, in die Pannekoek seine Gedanken kleidete, weist sehr große Mängel auf. Aber der Gedanke ist immerhin klar, und es ist interessant, wie Kautsky ihn widerlegte.

„Bisher“, schrieb er, „bestand der Gegensatz zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten darin, daß jene die Staatsgewalt erobern, diese sie zerstören wollten. Pannekoek will beides.“ (S. 724.)

Wenn bei Pannekoek die Darstellung an Unklarheit leidet und der Konkretheit ermangelt (von anderen Mängeln seines Artikels, die zu dem in Rede stehenden Thema nicht gehören, ganz abgesehen), so hat Kautsky gerade das von Pannekoek angedeutete *prinzipielle* Wesen der Sache hervorgehoben, und in dieser *grundlegenden prinzipiellen* Frage hat er die Position des Marxismus gänzlich verlassen und ist ganz und gar zum Opportunismus hinübergeschwenkt. Der Unterschied, den er zwischen Sozialdemokraten und Anarchisten macht, ist grundfalsch, der Marxismus ist bei ihm endgültig entstellt und verflacht.

Der Unterschied zwischen Marxisten und Anarchisten besteht darin, daß 1. die Marxisten, die sich die völlige Aufhebung des Staates zum Ziel setzen, dieses Ziel für erreichbar halten erst nach der Aufhebung der Klassen durch die sozialistische Revolution, als Resultat der Aufrichtung des Sozialismus, der zum Absterben des Staates führt; die Anarchisten wollen die völlige Aufhebung des Staates von heute auf morgen, ohne die Bedingungen für die Durchführbarkeit einer solchen Aufhebung zu begreifen. 2. Die Marxisten halten es für notwendig, daß das Proletariat nach Eroberung der politischen Macht die alte Staatsmaschinerie völlig zerstört, um sie durch eine neue — die nach dem Typus der Kommune gebildete Organisation der bewaffneten Arbeiter — zu ersetzen; die Anarchisten, die auf die Zerstörung der Staatsmaschinerie schwören, stellen sich ganz unklar vor, was das Proletariat an ihre Stelle



setzen und *wie* es die revolutionäre Macht gebrauchen wird; die Anarchisten verwerfen sogar die Ausnutzung der Staatsgewalt durch das revolutionäre Proletariat, dessen revolutionäre Diktatur. 3. Die Marxisten fordern die Vorbereitung des Proletariats auf die Revolution durch Ausnutzung des heutigen Staates; die Anarchisten lehnen das ab.

Kautsky gegenüber vertritt eben Pannekoek in dieser Kontroverse den Marxismus, denn gerade Marx hat uns gelehrt, daß das Proletariat nicht einfach die Staatsmacht erobern kann in dem Sinne, daß der alte Staatsapparat in neue Hände übergeht, sondern daß es diesen Apparat zerschlagen, zerbrechen, ihn durch einen neuen ersetzen muß.

Kautsky wechselt vom Marxismus zu den Opportunisten hinüber, denn bei ihm verschwindet gänzlich gerade die für die Opportunisten völlig unannehmbare Zerstörung der Staatsmaschine, und es bleibt für sie ein Hintertürchen offen dadurch, daß die „Eroberung“ als einfache Erlangung der Mehrheit ausgelegt wird.

Um seine Entstellung des Marxismus zu bemänteln, verfährt Kautsky wie der bibelfeste Mann: er läßt „ein Zitat“ von Marx selbst vom Stapel. 1850 schrieb Marx über die Notwendigkeit der „entschiedensten Zentralisation der Gewalt in den Händen der Staatsmacht“. Und Kautsky fragt triumphierend: will denn Pannekoek den „Zentralismus“ zerstören?

Das ist schon einfach eine Taschenspielerlei, die der Bernsteinischen Identifizierung von Marxismus und Proudhonismus in den Anschauungen über Föderation statt Zentralismus ähnlich sieht.

Das „Zitat“ paßt bei Kautsky wie die Faust aufs Auge. Zentralismus ist sowohl bei der alten als auch bei der neuen Staatsmaschinerie möglich. Wenn die Arbeiter freiwillig ihre bewaffneten Kräfte vereinigen werden, so wird das Zentralismus sein, aber er wird auf der „völligen Zerstörung“ des zentralistischen Staatsapparats, des stehenden Heeres, der Polizei, der Bürokratie beruhen. Kautsky schwindelt geradezu, wenn er die wohlbekanntenen Darlegungen von Marx und Engels über die Kommune umgeht und ein Zitat hervorholt, das mit der Frage nichts zu tun hat.

„Will er“ (Pannekoek) „vielleicht die staatlichen Funktionen der Beamten aufheben?“, fährt Kautsky fort. „Aber wir kommen in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte aus, geschweige denn in der Staatsverwaltung. Unser Programm fordert denn auch nicht Abschaffung der staatlichen Beamten, sondern die Erwählung der Behörden durch das Volk ... Nicht darum handelt es sich bei unserer jetzigen Erörterung, wie sich der Verwaltungsapparat des ‚Zukunftsstaates‘ gestalten wird, sondern darum, ob unser politischer Kampf die Staatsgewalt auflöst, *ehe wir sie noch erobert haben*“ (von Kautsky hervorgehoben). „Welches Ministerium mit seinen Beamten könnte aufgehoben werden?“ Es werden die Ministerien des Unterrichts, der Justiz,

der Finanzen, des Heereswesens aufgezählt. „Nein, keines der heutigen Ministerien wird durch unsern politischen Kampf gegen die Regierungen beseitigt werden... Ich wiederhole es, um Mißverständnissen vorzubeugen: hier ist nicht die Rede von der Gestaltung des ‚Zukunftsstaats‘ durch die siegreiche Sozialdemokratie, sondern von der des Gegenwartstaates durch unsere Opposition.“ (S. 725.)

Dies ist eine offensichtliche Unterstellung. Pannekoek rollte gerade die Frage der *Revolution* auf. Das wird sowohl in der Überschrift seines Artikels als auch in den angeführten Stellen klar gesagt. Indem Kautsky auf die Frage der „Opposition“ hinüberspringt, fälscht er gerade den revolutionären Standpunkt in einen opportunistischen um. Bei ihm läuft es darauf hinaus: nun machen wir Opposition, *nach* Eroberung der Macht werden wir das Weitere sehen. *Die Revolution verschwindet!* Das war gerade das, was die Opportunisten brauchten.

Es handelt sich nicht um Opposition und nicht um den politischen Kampf im allgemeinen, sondern eben um die *Revolution*. Die Revolution besteht darin, daß das Proletariat den „Verwaltungsapparat“, ja den *gesamten* Staatsapparat *zerstört* und ihn durch einen neuen, aus bewaffneten Arbeitern bestehenden Apparat ersetzt. Kautsky offenbart eine „abergläubische Verehrung“ der „Ministerien“, weshalb aber sollten diese nicht ersetzt werden können, sagen wir, durch Kommissionen von Fachleuten bei den Sowjets der Arbeiter- und Soldaten-deputierten, denen die ganze und ungeteilte Macht gehört?

Der Kern der Frage besteht durchaus nicht darin, ob „Ministerien“ bestehen bleiben, ob es „Kommissionen von Fachleuten“ oder irgendwelche andere Institutionen geben wird; das ist ganz belanglos. Die entscheidende Frage ist, ob die alte Staatsmaschinerie (die durch tausend Fäden mit der Bourgeoisie verbunden und durch und durch von Routine und vom Geist der Trägheit durchsetzt ist) aufrechterhalten bleibt, oder ob sie *zerstört* und durch eine *neue* ersetzt wird. Die Revolution darf nicht darin bestehen, daß die neue Klasse mit Hilfe der *alten* Staatsmaschinerie kommandiert, regiert, sondern sie muß darin bestehen, daß sie diese Maschine *zerschlägt* und mit Hilfe einer *neuen* Maschine kommandiert und regiert — diesen *grundlegenden* Gedanken des Marxismus vertuscht Kautsky, oder aber er hat ihn gar nicht begriffen.

Seine Frage bezüglich der Beamten beweist anschaulich, daß er die Lehren der Kommune und die Marxsche Lehre nicht begriffen hat. „Wir kommen in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte aus ...“

Wir kommen *unter dem Kapitalismus, unter der Herrschaft der Bourgeoisie* ohne Beamte nicht aus. Das Proletariat ist geknechtet,

die werktätigen Massen sind durch den Kapitalismus versklavt. Unter dem Kapitalismus ist die Demokratie durch die ganzen Verhältnisse der Lohnsklaverei, der Not und des Elends der Massen eingengt, eingeschnürt, gestutzt, verstümmelt. Aus diesem Grund, und nur aus diesem, werden die beamteten Personen in unseren politischen und gewerkschaftlichen Organisationen durch die Verhältnisse des Kapitalismus demoralisiert (oder, genauer gesagt, haben sie die Tendenz, demoralisiert zu werden) und neigen dazu, sich in Bürokraten, d. h. in den Massen entfremdete, über den Massen stehende, privilegierte Personen zu verwandeln.

Darin besteht das *Wesen* des Bürokratismus, und solange die Kapitalisten nicht expropriert sind, solange die Bourgeoisie nicht gestürzt ist — solange ist eine gewisse „Bürokratisierung“ sogar der proletarischen beamteten Personen unvermeidlich.

Bei Kautsky sieht die Sache so aus: da nun einmal gewählte beamtete Personen bleiben, so bleiben auch die Beamten unter dem Sozialismus, bleibt die Bürokratie! Und gerade das ist falsch. Gerade am Beispiel der Kommune hat Marx gezeigt, daß unter dem Sozialismus die beamteten Personen aufhören, „Bürokraten“, „Beamte“ zu sein, sie hören *in dem Maße* auf, es zu sein, wie außer der Wählbarkeit *auch noch* die jederzeitige Absetzbarkeit eingeführt wird, *dazu noch* die Reduzierung des Gehalts auf den durchschnittlichen Arbeiterlohn, *dazu noch* die Ersetzung der parlamentarischen Körperschaften durch „arbeitende Körperschaften, die vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit“ sind.

Im Grunde genommen läuft die ganze Argumentation Kautskys gegen Pannekoek und insbesondere der großartige Einwand Kautskys, wir kämen auch in Partei und Gewerkschaft nicht ohne Beamte aus, auf eine Wiederholung der alten „Argumente“ Bernsteins gegen den Marxismus überhaupt hinaus. In seinem Renegatenbuch „Die Voraussetzungen des Sozialismus“ bekämpft Bernstein die Ideen der „primitiven“ Demokratie, bekämpft er das, was er als „doktrinären Demokratismus“ bezeichnet: gebundene Mandate, unbesoldete Amtspersonen, machtlose Zentralvertretung usw. Als Beweis für die Unhaltbarkeit dieses „primitiven“ Demokratismus beruft sich Bernstein auf die Erfahrungen der englischen Trade-Unions, wie sie das Ehepaar Webb interpretiert. Während der siebzig Jahre ihrer Entwicklung hätten die Trade-Unions, die sich angeblich „in voller Freiheit“ entwickelt haben (S. 137), sich von der Unbrauchbarkeit des „primitiven“ Demokratismus überzeugt und ihn durch den üblichen Demokratismus ersetzt: Parlamentarismus, gepaart mit Bürokratismus.

In Wirklichkeit haben sich die Trade-Unions nicht „in voller Freiheit“, sondern in voller kapitalistischer Sklaverei entwickelt, wobei man natürlich ohne eine Reihe Zugeständnisse an das herrschende Übel, an Gewalt, Lüge, Ausschluß der Armen von der „höheren“ Verwaltung „nicht auskommen konnte“. Unter dem Sozialismus wird unvermeidlich vieles von der „primitiven“ Demokratie wieder aufleben, denn zum erstenmal in der Geschichte der zivilisierten Gesellschaften wird die Masse der Bevölkerung sich zur selbständigen Teilnahme nicht nur an Abstimmungen und Wahlen, sondern auch an der laufenden Verwaltungsarbeit erheben. Unter dem Sozialismus werden alle der Reihe nach regieren und sich schnell daran gewöhnen, daß keiner regiert.

Marx hat mit seinem genialen kritisch-analytischen Verstand in den praktischen Maßnahmen der Kommune jenen Umschwung erkannt, den die Opportunisten fürchten und den sie aus Feigheit nicht anerkennen wollen, weil sie mit der Bourgeoisie nicht unwiderruflich brechen möchten, und den die Anarchisten nicht sehen wollen, sei es aus Eilfertigkeit, sei es aus einem Verkennen der Bedingungen der sozialen Massenumwandlungen überhaupt. „An die Zerstörung der alten Staatsmaschinerie ist gar nicht zu denken — wie sollen wir denn da ohne Ministerien und ohne Beamte auskommen?“ rät der durch und durch verspießerte Opportunist, der im Grunde genommen an die Revolution, an die Schöpferkraft der Revolution nicht nur nicht glaubt, sondern vor ihr tödliche Angst empfindet (wie unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre).

„Es gilt nur, die alte Staatsmaschinerie zu zerstören, man braucht nicht in die konkreten Lehren der früheren proletarischen Revolutionen einzudringen und zu analysieren, wodurch und wie das Zerstörte ersetzt werden soll“, rät der Anarchist (natürlich, der beste unter den Anarchisten, und nicht einer, der mit den Herren Kropotkin und Konsorten hinter der Bourgeoisie einhertrottet); daher kommt beim Anarchisten eine Taktik der Verzweiflung heraus an Stelle einer schonungslos kühnen und gleichzeitig die praktischen Bedingungen der Massenbewegung berücksichtigenden revolutionären Arbeit an konkreten Aufgaben.

Marx lehrt uns, beide Fehler zu vermeiden, er lehrt uns grenzenlose Kühnheit bei der Zerstörung der gesamten alten Staatsmaschinerie, und gleichzeitig lehrt er uns, die Frage konkret zu stellen: die Kommune vermochte es, in einigen Wochen den Bau einer neuen, proletarischen Staatsmaschine in Angriff zu nehmen und auf die und die Weise die erwähnten Maßnahmen zu größerem Demokratismus und zur Ausrottung des Bürokratismus durchzuführen. Wir wollen von den Kom-

munarden revolutionäre Kühnheit lernen, wir wollen ihre praktischen Maßnahmen als *Skizzierung* der praktisch-dringlichen und sofort durchführbaren Maßnahmen betrachten, und wir werden, *wenn wir diesen Weg verfolgen*, die völlige Vernichtung des Bürokratismus erreichen.

Die Möglichkeit einer solchen Vernichtung ist dadurch gesichert, daß der Sozialismus den Arbeitstag verkürzen, die *Massen* zu neuem Leben emporheben und die *Mehrheit* der Bevölkerung in Verhältnisse versetzen wird, die *allen* ohne Ausnahme gestatten werden, „Staatsfunktionen“ auszuüben. Das aber führt zum *völligen Absterben* jedweden Staates überhaupt.

„... Seine“ (des Massenstreiks) „Aufgabe“, fährt Kautsky fort, „kann nicht die sein, die Staatsgewalt zu *zerstören*, sondern nur die, eine Regierung zur Nachgiebigkeit in einer bestimmten Frage zu bringen, oder eine dem Proletariat feindselige Regierung durch eine ihm entgegenkommende zu ersetzen ... Aber nie und nimmer kann dies“ (d. h. der Sieg des Proletariats über die feindselige Regierung) „zu einer *Zerstörung* der Staatsgewalt, sondern stets nur zu einer *Verschiebung* der Machtverhältnisse *innerhalb der Staatsgewalt* führen ... Und das Ziel unseres politischen Kampfes bleibt dabei das gleiche, das es bisher gewesen: Eroberung der Staatsgewalt durch Gewinnung der Mehrheit im Parlament und Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung.“ (S. 726, 727, 732.)

Das ist schon waschechter und trivialster Opportunismus, ist die Preisgabe der Revolution in der Tat bei einem Lippenbekenntnis zur Revolution. Kautskys Gedanke geht über eine „dem Proletariat entgegenkommende Regierung“ nicht hinaus — ein Schritt zurück zum Philistertum verglichen mit 1847, da das „Kommunistische Manifest“ die „Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse“ proklamierte.

Kautsky wird nichts übrigbleiben, als die von ihm geliebte „Einheit“ mit den Scheidemännern, den Plechanow und Vandervelde zu verwirklichen, die alle bereit sind, für eine „dem Proletariat entgegenkommende Regierung“ zu kämpfen.

Wir aber werden es auf eine Spaltung von diesen Verrätern am Sozialismus ankommen lassen und werden für die Zerstörung der ganzen alten Staatsmaschinerie kämpfen, auf daß das bewaffnete Proletariat selbst *die Regierung sei*. Das sind zwei grundverschiedene Dinge.

Kautsky wird die angenehme Gesellschaft der Legien, David, Plechanow, Potressow, Zereteli, Tschernow teilen müssen, die alle durchaus bereit sind, für eine „Verschiebung der Machtverhältnisse innerhalb der Staatsgewalt“, für die „Gewinnung der Mehrheit im Parlament und die Erhebung des Parlaments zum Herrn der Regierung“ zu kämpfen — ein hochedles Ziel, an dem für die Opportunisten alles akzeptabel ist, bei dem alles im Rahmen der bürgerlichen parlamentarischen Republik bleibt.

Wir aber werden es auf eine Spaltung von den Opportunisten ankommen lassen; und das ganze klassenbewußte Proletariat wird mit uns sein im Kampf nicht um eine „Verschiebung der Machtverhältnisse“, sondern um den Sturz der *Bourgeoisie*, um die Zerstörung des bürgerlichen Parlamentarismus, um die demokratische Republik vom Typus der Kommune oder die Republik der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, um die revolutionäre Diktatur des Proletariats.

\* \* \*

Noch weiter rechts als Kautsky befinden sich im internationalen Sozialismus solche Richtungen wie die der „Sozialistischen Monatshefte“ in Deutschland (Legien, David, Kolb und viele andere, einschließlich der Skandinavier Stauning und Branting), die Jaurèsisten und Vandervelde in Frankreich und Belgien, Turati, Treves und andere Vertreter des rechten Flügels der italienischen Partei, die Fabier und die „Unabhängigen“ („Unabhängige Arbeiterpartei“, die sich in Wirklichkeit stets in Abhängigkeit von den Liberalen befand) in England u. ä. Alle diese Herrschaften, die in der parlamentarischen Arbeit und in der Parteiliteratur eine ungeheure, sehr oft eine ausschlaggebende Rolle spielen, lehnen die Diktatur des Proletariats rundweg ab und vertreten einen unverhüllten Opportunismus. Für diese Herrschaften „widerspricht“ die „Diktatur“ des Proletariats der Demokratie!! Im Grunde genommen unterscheiden sie sich ernsthaft durch nichts von den kleinbürgerlichen Demokraten.

Ziehen wir diesen Umstand in Betracht, so sind wir zu der Schlußfolgerung berechtigt, daß die II. Internationale in der überwältigenden Mehrheit ihrer offiziellen Vertreter sich vollkommen dem Opportunismus verschrieben hat. Die Erfahrungen der Kommune wurden nicht nur vergessen, sondern entstellt. Den Arbeitermassen wurde nicht nur nicht eingeprägt, daß die Zeit naht, wo sie sich werden erheben und die alte Staatsmaschine zerbrechen müssen, um sie durch eine neue zu ersetzen und auf diese Weise ihre politische Herrschaft zur Grundlage der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft zu machen — das Gegenteil wurde den Massen eingeprägt, und die „Eroberung der Macht“ wurde so dargestellt, daß dem Opportunismus tausende Hintertüren offenblieben.

Es konnte gar nicht anders sein, als daß die Entstellung und das Verschweigen der Frage, wie sich die proletarische Revolution zum Staat verhält, eine ungeheure Rolle spielen mußte zu einer Zeit, da die Staaten mit ihrem infolge der imperialistischen Konkurrenz verstärkten militärischen Apparat sich in Kriegsungeheuer verwandelten,

die Millionen von Menschen vernichten, um den Streit zu entscheiden, ob England oder Deutschland, ob dieses oder jenes Finanzkapital die Welt beherrschen soll.\*

\* Im Manuskript folgt:

## VII. KAPITEL

### ERFAHRUNGEN DER RUSSISCHEN REVOLUTIONEN VON 1905 UND 1917

Das in dieser Kapitelüberschrift genannte Thema ist so unermeßlich groß, daß man darüber Bände schreiben könnte und schreiben müßte. In der vorliegenden Schrift werde ich mich natürlich auf die Hauptlehren beschränken müssen, soweit sie unmittelbar auf die Aufgaben des Proletariats in der Revolution der Staatsmacht gegenüber Bezug haben. (*Hier bricht das Manuskript ab. Der Übers.*)

## NACHWORT ZUR ERSTEN AUFLAGE

Die vorliegende Schrift wurde im August und September 1917 niedergeschrieben. Ich hatte bereits den Plan des nächsten, des siebenten Kapitels: „Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917“; fertig. Aber außer der Überschrift habe ich keine Zeile dieses Kapitels schreiben können: die politische Krise, der Vorabend der Oktoberrevolution von 1917, „verhinderte“ es. Über eine solche „Verhinderung“ kann man sich nur freuen. Allerdings wird der zweite Teil der Broschüre (der den „Erfahrungen der russischen Revolutionen von 1905 und 1917“ gewidmet sein soll) wohl auf lange Zeit zurückgestellt werden müssen; es ist angenehm und nützlicher, die „Erfahrungen der Revolution“ durchzumachen, als über sie zu schreiben.

*Der Verfasser*

Petrograd, den 30. November 1917.

Geschrieben im August 1917.  
Veröffentlicht als Einzelausgabe 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXI,  
S. 463—577.

# **DER ZWEITE ALLRUSSISCHE KONGRESS DER SOWJETS DER ARBEITER- UND SOLDATENDEPUTIERTEN**

25.—26. OKTOBER 1917

1

## **AN DIE ARBEITER, SOLDATEN UND BAUERN!**

Der Zweite Allrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten ist eröffnet. Auf diesem Kongreß ist die gewaltige Mehrheit der Sowjets vertreten. Auf dem Kongreß ist auch eine Reihe von Delegierten der Bauernsowjets anwesend. Die Vollmachten des paktiererischen Zentralexekutivkomitees sind abgelaufen. Gestützt auf den Willen der gewaltigen Mehrheit der Arbeiter, Soldaten und Bauern, gestützt auf den in Petrograd vollbrachten siegreichen Aufstand der Arbeiter und der Garnison, nimmt der Kongreß die Macht in seine Hände.

Die Provisorische Regierung ist gestürzt. Die meisten Mitglieder der Provisorischen Regierung sind bereits verhaftet.

Die Sowjetmacht wird sofort allen Völkern einen demokratischen Frieden und den sofortigen Waffenstillstand an allen Fronten anbieten. Sie wird die entschädigungslose Übergabe der Gutsbesitzer-, Kron- und Klosterländereien in die Verfügungsgewalt der Bauernkomitees sicherstellen, die Rechte der Soldaten schützen, indem sie die volle Demokratisierung der Armee durchführt, sie wird die Arbeiterkontrolle über die Produktion einführen und die rechtzeitige Einberufung der Konstituierenden Versammlung gewährleisten, sie wird dafür sorgen, daß die Städte mit Brot und die Dörfer mit Gegenständen des dringendsten Bedarfs beliefert werden, sie wird allen in Rußland lebenden Völkern das wirkliche Recht auf Selbstbestimmung sichern.

Der Kongreß beschließt: die ganze Macht geht allerorts an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten über, die eine wirkliche revolutionäre Ordnung zu gewährleisten haben.



Der Kongreß fordert die Soldaten in den Schützengräben zur Wachsamkeit und Standhaftigkeit auf. Der Sowjetkongreß ist überzeugt, daß die revolutionäre Armee es verstehen wird, die Revolution gegen jegliche Anschläge des Imperialismus zu verteidigen, bis die neue Regierung den Abschluß eines demokratischen Friedens erzielt hat, den sie unmittelbar allen Völkern anbieten wird. Die neue Regierung wird alle Maßnahmen treffen, um durch eine entschlossene Politik von Requisitionen und Besteuerungen der besitzenden Klassen die revolutionäre Armee mit allem Nötigen zu versorgen, und wird auch die Lage der Soldatenfamilien verbessern.

Die Kornilowleute — Kerenski, Kaledin u. a. — versuchen, Truppen gegen Petrograd zu führen. Einige Truppenteile, die Kerenski auf betrügerische Weise in Bewegung gesetzt hatte, sind auf die Seite des aufständischen Volkes übergegangen.

*Soldaten, setzt dem Kornilowmann Kerenski aktiven Widerstand entgegen! Seid auf der Hut!*

*Eisenbahner, haltet alle Truppentransporte an, die Kerenski gegen Petrograd schickt!*

*Soldaten, Arbeiter, Angestellte! Das Schicksal der Revolution und das Schicksal des demokratischen Friedens liegt in euren Händen!*

*Es lebe die Revolution!*

*Der Allrussische Kongreß der Sowjets  
der Arbeiter- und Soldatendeputierten.  
Die Delegierten der Bauernsowjets*

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Rabotschi i Soldat“ Nr. 9,  
8. November (26. Oktober) 1917.

## REDE ÜBER DEN FRIEDEN AM 26. OKTOBER 1917

Die Friedensfrage ist eine brennende Frage, eine schmerzliche Frage der Gegenwart. Über sie ist viel gesprochen und geschrieben worden, und ihr alle habt sie wahrscheinlich nicht wenig erörtert. Gestattet mir deshalb, zur Verlesung der Deklaration überzugehen, die die von euch gewählte Regierung zu erlassen haben wird.

### *Dekret über den Frieden*

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.—25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, schlägt allen kriegsführenden Völkern und ihren Regierungen vor, sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden zu beginnen.

Ein gerechter oder demokratischer Friede, den die überwältigende Mehrheit der durch den Krieg erschöpften, gepeinigten und gemarterten Klassen der Arbeiter und der Werktätigen aller kriegsführenden Länder ersehnt und den die russischen Arbeiter und Bauern nach dem Sturz der Zarenmonarchie auf das Entschiedenste und Beharrlichste forderten, — ein solcher Friede ist nach der Auffassung der Regierung ein sofortiger Friede ohne Annexionen (d. h. ohne Aneignung fremder Territorien, ohne gewaltsame Angliederung fremder Völkerschaften) und ohne Kontributionen.

Die Regierung Rußlands schlägt allen kriegsführenden Völkern vor, unverzüglich einen solchen Frieden zu schließen, wobei sie sich bereit erklärt, sofort, ohne die geringste Verzögerung, alle entscheidenden Schritte zu unternehmen — bis zur endgültigen Bestätigung aller Bedingungen eines solchen Friedens durch die bevollmächtigten Versammlungen der Volksvertreter aller Länder und aller Nationen.

Unter Annexion oder Aneignung fremder Territorien versteht die Regierung, im Einklang mit dem Rechtsbewußtsein der Demokratie im allgemeinen und der werktätigen Klassen im besonderen, jede An-

gliederung einer kleinen oder schwachen Völkerschaft an einen großen oder mächtigen Staat, ohne daß diese Völkerschaften ihr Einverständnis und ihren Wunsch genau, klar und freiwillig zum Ausdruck gebracht haben, unabhängig davon, wann diese gewaltsame Angliederung erfolgt ist, sowie unabhängig davon, wie entwickelt oder rückständig eine solche mit Gewalt angegliederte oder mit Gewalt innerhalb der Grenzen eines gegebenen Staates festgehaltene Nation ist, und schließlich unabhängig davon, ob diese Nation in Europa oder in fernen, überseeischen Ländern lebt.

Wenn irgendeine Nation mit Gewalt in den Grenzen eines gegebenen Staates festgehalten wird, wenn dieser Nation entgegen ihrem zum Ausdruck gebrachten Wunsche — gleichviel, ob dieser Wunsch in der Presse oder in Volksversammlungen, in Beschlüssen der Parteien oder in Empörungen und Aufständen gegen die nationale Unterdrückung geäußert wurde — das Recht vorenthalten wird, nach vollständiger Zurückziehung der Truppen der die Angliederung vornehmenden oder überhaupt der stärkeren Nation, in freier Abstimmung über die Formen ihrer staatlichen Existenz, ohne den mindesten Zwang selbst zu entscheiden, so ist eine solche Angliederung eine Annexion, d. h. eine Eroberung und Vergewaltigung.

Diesen Krieg fortzusetzen, um die Frage zu entscheiden, wie die starken und reichen Nationen die von ihnen annektierten schwachen Völkerschaften unter sich aufteilen sollen, hält die Regierung für das größte Verbrechen an der Menschheit, und sie verkündet feierlich ihre Entschlossenheit, unverzüglich die Bedingungen eines Friedens zu unterzeichnen, der diesem Krieg unter den obengenannten, für ausnahmslos alle Völkerschaften gleich gerechten Bedingungen ein Ende macht.

Gleichzeitig erklärt die Regierung, daß sie die obengenannten Friedensbedingungen keineswegs als ultimatim betrachtet, d. h. daß sie bereit ist, auch jegliche anderen Friedensbedingungen zu erwägen, und lediglich darauf besteht, daß die Friedensbedingungen von irgend-einem kriegführenden Lande möglichst rasch und mit vollster Klarheit, bei unbedingter Ausschaltung jeder Zweideutigkeit und Geheimhaltung angeboten werden.

Die Regierung schafft die Geheimdiplomatie ab, sie erklärt, daß sie ihrerseits fest entschlossen ist, alle Verhandlungen völlig offen vor dem ganzen Volke zu führen, und geht unverzüglich dazu über, alle Geheimverträge zu veröffentlichen, die von der Regierung der Gutsbesitzer und Kapitalisten in der Zeit vom Februar bis zum 25. Oktober 1917 bestätigt oder abgeschlossen wurden. Der ganze Inhalt dieser Geheim-

verträge, soweit er, wie es zumeist der Fall war, den Zweck hatte, den russischen Gutsbesitzern und Kapitalisten Vorteile und Privilegien zu verschaffen, die Annexionen der Großrussen aufrechtzuerhalten oder zu erweitern, wird von der Regierung bedingungslos und sofort für ungültig erklärt.

Indem sich die Regierung an die Regierungen und Völker aller Länder mit dem Vorschlag wendet, sofort offene Verhandlungen über den Friedensschluß aufzunehmen, gibt sie ihrerseits ihrer Bereitschaft Ausdruck, diese Verhandlungen sowohl schriftlich, telegraphisch als auch durch mündliche Unterhandlungen mit Vertretern der verschiedenen Länder oder auf Konferenzen dieser Vertreter zu führen. Um solche Unterhandlungen zu erleichtern, entsendet die Regierung ihren bevollmächtigten Vertreter in die neutralen Länder.

Die Regierung schlägt allen Regierungen und Völkern aller kriegführenden Länder vor, sofort einen Waffenstillstand abzuschließen, wobei sie es ihrerseits für wünschenswert hält, daß dieser Waffenstillstand auf mindestens drei Monate abgeschlossen werde, d. h. auf eine Frist, die völlig ausreicht sowohl für den Abschluß von Friedensverhandlungen, an denen Vertreter ausnahmslos aller Völkerschaften oder Nationen teilnehmen sollen, die in den Krieg hineingezogen oder hineingezwungen wurden, als auch für die Einberufung bevollmächtigter Versammlungen der Volksvertreter aller Länder zur endgültigen Bestätigung der Friedensbedingungen.

Die Provisorische Arbeiter- und Bauernregierung Rußlands, die dieses Friedensangebot an die Regierungen und an die Völker aller kriegführenden Länder richtet, wendet sich gleichzeitig insbesondere an die klassenbewußten Arbeiter der drei fortgeschrittensten Nationen der Menschheit und der größten am gegenwärtigen Kriege beteiligten Staaten: Englands, Frankreichs und Deutschlands. Die Arbeiter dieser Länder haben der Sache des Fortschritts und des Sozialismus die größten Dienste erwiesen — in den großen Vorbildern der Chartistenbewegung in England<sup>36</sup>, in der Reihe der Revolutionen von weltgeschichtlicher Bedeutung, die das französische Proletariat vollbracht hat, und schließlich im heroischen Kampf gegen das Sozialistengesetz sowie in der für die Arbeiter der ganzen Welt mustergültigen langwierigen und beharrlichen disziplinierten Arbeit an der Schaffung von proletarischen Massenorganisationen in Deutschland. Alle diese Vorbilder proletarischen Heldentums und geschichtlicher Schöpferkraft sind für uns eine Bürgschaft, daß die Arbeiter der genannten Länder die ihnen jetzt gestellte Aufgabe der Befreiung der Menschheit von den Schrecken des Krieges und seinen Folgen begreifen werden; denn diese Arbeiter

werden uns durch ihre allseitige, entschiedene, rückhaltlos energische Tätigkeit helfen, die Sache des Friedens und zugleich damit die Sache der Befreiung der werktätigen und ausgebeuteten Volksmassen von jeder Sklaverei und jeder Ausbeutung erfolgreich zu Ende zu führen.

Die Arbeiter- und Bauernregierung, die durch die Revolution vom 24.–25. Oktober geschaffen wurde und sich auf die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten stützt, muß sofort Friedensverhandlungen einleiten. Unser Aufruf muß sowohl an die Regierungen als auch an die Völker gerichtet werden. Wir können die Regierungen nicht ignorieren, denn dadurch wird die Möglichkeit des Friedensschlusses hinausgezögert; dies aber darf eine Volksregierung nicht tun. Wir haben jedoch nicht das geringste Recht, uns nicht auch zugleich an die Völker zu wenden. Überall bestehen Gegensätze zwischen Regierungen und Völkern, und deshalb müssen wir den Völkern helfen, in die Fragen des Krieges und des Friedens einzugreifen. Wir werden natürlich unser ungekürztes Programm eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen in jeder Weise verteidigen. Wir werden nicht davon abgehen, aber wir müssen unseren Feinden die Möglichkeit nehmen, zu sagen, daß ihre Bedingungen andere seien und daß es deshalb zwecklos sei, mit uns in Verhandlungen zu treten. Nein, wir müssen ihnen diesen Trumpf aus den Händen schlagen und dürfen unsere Bedingungen nicht ultimativ stellen. Deshalb haben wir auch den Satz mit aufgenommen, daß wir jegliche Friedensbedingungen, alle Vorschläge erwägen werden. Erwägen heißt noch nicht annehmen. Wir werden sie der Konstituierenden Versammlung zur Beratung vorlegen, die nun schon zu entscheiden haben wird, worin man nachgeben kann und worin nicht. Wir kämpfen gegen den Betrug der Regierungen, die alle die Worte Friede und Gerechtigkeit im Munde führen, in der Tat aber räuberische Eroberungskriege führen. Keine einzige Regierung spricht alles aus, was sie denkt. Wir aber sind gegen die Geheimdiplomatie und werden offen vor dem ganzen Volke handeln. Wir schließen und schlossen niemals die Augen vor Schwierigkeiten. Der Krieg kann nicht durch die Weigerung, Krieg zu führen, beendet werden, der Krieg kann nicht durch eine der Parteien beendet werden. Wir schlagen einen Waffenstillstand auf drei Monate vor, lehnen aber auch eine kürzere Frist nicht ab, damit die abgequälte Armee wenigstens für einige Zeit frei aufatmen kann; außerdem ist es nötig, in allen Kulturstaaten Volksversammlungen einzuberufen, um über die Bedingungen zu beraten.

Mit dem Vorschlag, unverzüglich einen Waffenstillstand zu schließen, wenden wir uns zugleich an die klassenbewußten Arbeiter jener Länder, die für die Entwicklung der proletarischen Bewegung viel getan haben. Wir wenden uns an die Arbeiter Englands, wo es die Chartistenbewegung gegeben hat, an die Arbeiter Frankreichs, die wiederholt in Aufständen die ganze Stärke ihres Klassenbewußtseins bewiesen haben, und an die Arbeiter Deutschlands, die den Kampf gegen das Sozialistengesetz bestanden und mächtige Organisationen geschaffen haben.

In dem Manifest vom 14. März riefen wir dazu auf, die Bankiers zu stürzen, stürzten aber nicht nur nicht unsere eigenen, sondern schlossen sogar ein Bündnis mit ihnen. Jetzt haben wir die Regierung der Bankiers gestürzt.

Die Regierung und die Bourgeoisie werden alles daransetzen, um sich zusammenzuschließen und die Arbeiter- und Bauernrevolution im Blute zu ersticken. Aber die drei Kriegsjahre haben die Massen genügend belehrt. Wir sehen eine Sowjetbewegung auch in anderen Ländern, wir sehen den Aufstand in der deutschen Flotte, der von den Schergen des Henkers Wilhelm niedergeworfen wurde. Und schließlich dürfen wir nicht vergessen, daß wir nicht im tiefen Afrika leben, sondern in Europa, wo alles schnell bekannt wird.

Die Arbeiterbewegung wird die Oberhand gewinnen und dem Frieden und dem Sozialismus den Weg bahnen.

Veröffentlicht in den Zeitungen  
„Iswestija des ZEK“ Nr. 208 und  
„Prawda“ Nr. 171, 9.—10. November  
(27.—28. Oktober) 1917.

## SCHLUSSWORT ZUR REDE ÜBER DEN FRIEDEN AM 26. OKTOBER 1917

Ich will nicht über den allgemeinen Charakter der Deklaration sprechen. Die Regierung, die von eurem Kongreß eingesetzt wird, wird in unwesentlichen Punkten auch Änderungen vornehmen können.

Ich bin entschieden dagegen, daß unsere Friedensforderung in ultimativer Form gehalten sein soll. Eine ultimative Form kann für unsere ganze Sache verhängnisvoll werden. Wir können es nicht darauf ankommen lassen, daß irgendeine unwesentliche Abweichung von unseren Forderungen den imperialistischen Regierungen die Handhabe gibt, zu sagen, daß sie wegen unserer Unversöhnlichkeit keine Friedensverhandlungen mit uns aufnehmen konnten.

Wir werden unseren Aufruf überall verbreiten, alle werden von ihm erfahren. Es wird nicht möglich sein, die von unserer Arbeiter- und Bauernregierung aufgestellten Bedingungen zu verheimlichen.

Unsere Arbeiter- und Bauernrevolution, die die Regierung der Bankiers und Gutsbesitzer gestürzt hat, läßt sich nicht verheimlichen.

Stellen wir unsere Forderungen ultimativ, so brauchen die Regierungen darauf nicht zu antworten, bei unserer Fassung aber müssen sie antworten. Mag jedermann erfahren, was seine Regierung denkt. Wir wollen keine Geheimnisse. Wir wollen, daß die Regierung stets unter der Kontrolle der öffentlichen Meinung ihres Landes steht.

Was würde der Bauer irgendeines abgelegenen Gouvernements sagen, wenn er wegen des ultimativen Charakters unserer Forderungen nicht wissen würde, was die andere Regierung will. Er würde sagen: Genossen, weshalb habt ihr es unmöglich gemacht, daß man beliebige Friedensbedingungen anbietet. Ich hätte sie besprochen, hätte sie erwogen und dann meinen Vertretern in der Konstituierenden Versammlung Anweisungen gegeben, was sie zu tun haben. Ich bin bereit, einen revolutionären Kampf für gerechte Bedingungen zu führen, wenn die Regierungen sich nicht einverstanden erklären werden. Es kann jedoch für einige Länder solche Bedingungen geben, daß ich bereit wäre, diesen Regierungen zu empfehlen, den Kampf selber weiterzu-

führen. Die völlige Verwirklichung unserer Ideen hängt nur von dem Sturz der gesamten kapitalistischen Ordnung ab. Das könnte uns der Bauer entgegenhalten; er würde uns allzu große Unnachgiebigkeit in Kleinigkeiten vorwerfen, in einem Augenblick, wo für uns die Hauptsache ist, die ganze Gemeinheit, die ganze Nichtswürdigkeit der Bourgeoisie und ihrer gekrönten und ungekrönten Henker, die an der Spitze der Regierungen stehen, aufzudecken.

Wir dürfen und sollen den Regierungen auf keinen Fall die Möglichkeit geben, sich hinter unserer Unnachgiebigkeit zu verstecken und den Völkern zu verheimlichen, wofür sie zur Schlachtbank geführt werden. Das ist nur ein Tropfen, aber wir dürfen und sollen nicht auf diesen Tropfen verzichten, der den Stein der kapitalistischen Eroberungspolitik aushöhlt. Ultimative Forderungen würden unseren Gegnern die Lage erleichtern. Wir aber werden dem Volke alle Bedingungen zeigen. Wir werden unsere Bedingungen allen Regierungen stellen, mögen sie ihren Völkern Rede und Antwort stehen. Wir werden der Konstituierenden Versammlung alle Friedensbedingungen zur Prüfung vorlegen.

Genossen, es gibt noch eine Frage, der ihr größte Aufmerksamkeit zuwenden müßt. Die Geheimverträge müssen veröffentlicht werden. Die Punkte über Annexionen und Kontributionen müssen aufgehoben werden. Es gibt da verschiedene Punkte, Genossen, denn die räuberischen Regierungen haben nicht nur über Räubereien Abkommen getroffen, sondern haben neben solchen Abkommen auch wirtschaftliche Abmachungen getroffen und verschiedene andere Punkte über gutnachbarliche Beziehungen festgelegt.

Wir sind durch die Verträge nicht gebunden. Wir lassen uns nicht durch Verträge umgarnen. Wir lehnen alle Punkte über Raub und Vergewaltigung ab, aber alle Punkte, in denen gutnachbarliche Beziehungen und wirtschaftliche Abkommen vereinbart sind, nehmen wir freudig an, diese Punkte können wir nicht ablehnen. Wir schlagen einen Waffenstillstand für drei Monate vor. Wir wählen eine lange Frist, weil die Völker erschöpft sind, weil sie danach lechzen, von diesem blutigen Gemetzel auszuruhen, das nun ins vierte Jahr geht. Wir müssen verstehen, daß die Völker über die Friedensbedingungen beraten, ihren Willen unter Teilnahme des Parlaments zum Ausdruck bringen müssen; und dazu bedarf es einer bestimmten Frist. Wir fordern einen langen Waffenstillstand, damit die Armee in den Schützengräben sich von dem Alpdruck des ewigen Mordens erholen könne, aber wir werden auch Angebote eines kürzeren Waffenstillstands nicht ablehnen, wir werden sie prüfen und werden sie annehmen müssen, selbst wenn man



uns einen Waffenstillstand von einem Monat oder anderthalb Monaten anböte. Auch unser Waffenstillstandsangebot darf keinen ultimativen Charakter tragen, denn wir werden unseren Feinden nicht die Möglichkeit geben, sich hinter unserer Unversöhnlichkeit zu verstecken und den Völkern die ganze Wahrheit zu verheimlichen. Unser Angebot darf nicht ultimativ sein, denn verbrecherisch ist eine Regierung, die keinen Waffenstillstand wünscht. Wenn wir daher unserem Waffenstillstandsangebot einen nichtultimativen Charakter verleihen, so zwingen wir dadurch die Regierungen, in den Augen des Volkes zu Verbrechern zu werden, mit solchen Verbrechern aber werden die Völker nicht viel Umstände machen. Man wendet dagegen ein, daß unsere nichtultimativen Forderungen unsere Schwäche offenbaren würden. Es ist aber an der Zeit, mit all der bürgerlichen Heuchelei von der Stärke eines Volkes aufzuräumen. Nach bürgerlichen Begriffen kann dann von Stärke gesprochen werden, wenn die Massen den Befehlen der imperialistischen Regierungen gehorchen und blindlings zur Schlachtbank gehen. Die Bourgeoisie hält nur dann einen Staat für stark, wenn er mit der ganzen Macht des Regierungsapparates die Massen dorthin zu dirigieren vermag, wohin es die bürgerlichen Machthaber wollen. Unser Begriff von Stärke ist ein anderer. Nach unseren Begriffen ist es die Bewußtheit der Massen, die den Staat stark macht. Er ist dann stark, wenn die Massen alles wissen, über alles urteilen können und alles bewußt tun. Wir brauchen uns nicht davor zu fürchten, die Wahrheit über die Müdigkeit zu sagen, denn welcher Staat ist jetzt nicht müde, welches Volk spricht nicht offen darüber? Nehmt Italien, wo infolge dieser Müdigkeit eine anhaltende revolutionäre Bewegung einsetzte, die die Einstellung des Gemetzels forderte. Finden in Deutschland etwa keine Massendemonstrationen der Arbeiter statt, in denen die Losungen der Beendigung des Krieges aufgestellt werden? Ist etwa nicht die Müdigkeit die Ursache jenes Aufstandes in der deutschen Flotte, den der Henker Wilhelm und seine Handlanger so erbarmungslos unterdrückt haben? Wenn solche Erscheinungen in einem so disziplinierten Lande wie Deutschland möglich sind, wo man von Müdigkeit, von der Beendigung des Krieges zu reden anfängt, so brauchen wir keine Scheu davor zu haben, ebenfalls offen davon zu reden, denn das ist die Wahrheit, die in gleichem Maße sowohl für uns als auch für alle kriegführenden, ja sogar für die am Kriege nicht beteiligten Länder gilt.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 171, 10. November  
(28. Oktober) 1917.

## REDE ÜBER DIE BODENFRAGE AM 26. OKTOBER 1917

Wir sind der Meinung, daß die Revolution gezeigt und bewiesen hat, wie wichtig es ist, daß die Bodenfrage in aller Klarheit gestellt wird. Der Ausbruch des bewaffneten Aufstandes, der zweiten, der Oktoberrevolution, beweist ganz klar, daß der Grund und Boden den Bauern übergeben werden muß. Ein Verbrechen haben die gestürzte Regierung und die Paktierparteien der Menschewiki und Sozialrevolutionäre begangen, die die Lösung der Bodenfrage unter verschiedenen Vorwänden verschleppten und damit das Land zum Ruin und zum Bauernaufstand führten. Heuchelei und feiger Betrug klingen aus ihren Worten über Pogrome und Anarchie im Dorfe. Wo und wann sind jemals Pogrome und Anarchie im Dorfe durch vernünftige Maßnahmen hervorgerufen worden? Wenn die Regierung vernünftig gehandelt hätte, wenn ihre Maßnahmen den Nöten der armen Bauern entgegengekommen wären, hätte dann die Bauernmasse in Unruhe geraten können? Aber die Maßnahmen der Regierung, die von den Sowjets der Awxentjew und Dan gebilligt wurden, waren gegen die Bauern gerichtet und trieben sie zum Aufstand.

Nachdem die Regierung den Aufstand hervorgerufen hatte, erhob sie ein Geschrei über Pogrome und Anarchie, die sie doch selber verursacht hatte. Sie wollte den Aufstand mit Blut und Eisen unterdrücken, wurde aber selbst durch den bewaffneten Aufstand der revolutionären Soldaten, Matrosen und Arbeiter hinweggefegt. Die Regierung der Arbeiter- und Bauernrevolution muß vor allem die Bodenfrage lösen, jene Frage, die die gewaltigen Massen der armen Bauern beruhigen und zufriedenstellen kann. Ich will euch die Punkte des Dekrets verlesen, das eure Sowjetregierung erlassen muß. In einem der Punkte dieses Dekrets ist ein Wählerauftrag an die Bodenkomitees enthalten, der auf Grund von 242 Wähleraufträgen der örtlichen Sowjets der Bauerndeputierten abgefaßt worden ist.

*Dekret über den Grund und Boden*

1. Das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird unverzüglich ohne jede Entschädigung aufgehoben.

2. Die Güter der Gutsbesitzer sowie alle Kron-, Kloster- und Kirchenländereien mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör gehen bis zur Konstituierenden Versammlung in die Verfügungsgewalt der Bezirksbodenkomitees und der Kreissowjets der Bauerndeputierten über.

3. Jegliche Beschädigung des beschlagnahmten Besitzes, der von nun an dem ganzen Volke gehört, wird als schweres Verbrechen erachtet, das vom Revolutionsgericht zu ahnden ist. Die Kreissowjets der Bauerndeputierten ergreifen alle erforderlichen Maßnahmen zur Wahrung der strengsten Ordnung bei der Beschlagnahme der Güter der Gutsbesitzer, zur Feststellung, welche Grundstücke und Grundstücke welchen Umfangs der Beschlagnahme unterliegen, zur Aufstellung eines genauen Verzeichnisses des gesamten der Beschlagnahme unterliegenden Besitzes und zur strengsten revolutionären Bewachung der ganzen ins Eigentum des Volkes übergehenden Wirtschaft mit allen Baulichkeiten, Geräten, Vieh, Lebensmittelvorräten usw.

4. Als Richtschnur für die Durchführung der großen Agrarumgestaltungen muß überall bis zur endgültigen Entscheidung dieser Frage durch die Konstituierende Versammlung der folgende bäuerliche Wählerauftrag dienen, der unter Zugrundelegung von 242 Aufträgen der örtlichen bäuerlichen Wähler von der Redaktion der „Iswestija des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten“ zusammengestellt und in der Nr. 88 dieser „Iswestija“ (Petrograd, Nr. 88 vom 19. August 1917) veröffentlicht wurde.

5. Der Boden der einfachen Bauern und einfachen Kosaken unterliegt nicht der Beschlagnahme.

## BÄUERLICHER WÄHLERAUFTRAG ZUR BODENFRAGE

„Die Bodenfrage kann in ihrem ganzen Umfang nur durch die vom gesamten Volk gewählte Konstituierende Versammlung gelöst werden.

Die gerechteste Lösung der Bodenfrage ist die folgende:

1. *Das Recht des Privateigentums an Grund und Boden wird für immer aufgehoben; der Boden darf weder verkauft noch gekauft, weder in Pacht gegeben noch verpfändet, noch auf irgendeine andere Weise veräußert werden.*

*Der gesamte Boden, mag er dem Staate, der Krone, der Domänenverwaltung, den Klöstern, Kirchen, Majoraten, Privatbesitzern, Gemeinden, Bauern usw. gehören oder Possessionsland sein, wird entschädigungslos enteignet, zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt und allen, die ihn bearbeiten, zur Nutzung übergeben.*

Den durch die Umwälzung der Eigentumsverhältnisse Geschädigten steht lediglich das Recht auf öffentliche Unterstützung zu für die Zeit, die zur Anpassung an die neuen Existenzbedingungen erforderlich ist.

2. Alle Bodenschätze: Erze, Erdöl, Kohle, Salz usw., ebenso die Waldungen und Gewässer von allgemeinstaatlicher Bedeutung gehen in die ausschließliche Nutzung des Staates über. Alle kleinen Flüsse, Seen, Wälder usw. gehen in die Nutzung der Gemeinden über, unter der Bedingung, daß sie von den örtlichen Selbstverwaltungsorganen verwaltet werden.

3. Ländereien mit *hochentwickelten* Wirtschaften: Gärten, Plantagen, Pflanzschulen, Baumschulen, Treibhäuser usw. *unterliegen nicht der Aufteilung, sondern werden in Musterwirtschaften verwandelt* und je nach ihrer Größe dem Staat oder den Gemeinden zur ausschließlichen Nutzung übergeben.

Das Hofland, ferner der den Städten und Dörfern gehörende Boden, ebenso die Haus- und Gemüsegärten verbleiben in Nutzung der jetzigen Besitzer, wobei der Umfang dieser Ländereien und die Höhe der Steuern für deren Nutzung auf gesetzgeberischem Wege festgelegt werden.

4. Gestüte, fiskalische und private Rassevieh- und Geflügelzüchtereien usw. werden beschlagnahmt, zum Eigentum des ganzen Volkes erklärt und gehen, je nach ihrer Größe und Bedeutung, in die ausschließliche Nutzung entweder des Staates oder der Gemeinde über.

Die Frage der Entschädigung unterliegt der Prüfung durch die Konstituierende Versammlung.

5. Das gesamte lebende und tote Wirtschaftsinventar der konfiszierten Ländereien, je nach ihrer Größe und Bedeutung, geht ohne jede Entschädigung in die ausschließliche Nutzung des Staates oder der Gemeinde über.

Die Bestimmung über die Beschlagnahme des Inventars erstreckt sich nicht auf die landarmen Bauern.

6. Das Recht der Bodennutzung erhalten alle Bürger des Russischen Staates (ohne Unterschied des Geschlechts), die den Boden selbst, mit Unterstützung ihrer Familie oder genossenschaftlich bearbeiten wollen, und zwar nur für so lange, wie sie imstande sind, ihn zu bearbeiten. Lohnarbeit ist nicht gestattet.

Wird ein Mitglied einer Landgemeinde vorübergehend auf die Dauer bis zu zwei Jahren arbeitsunfähig, so ist die Gemeinde verpflichtet, ihm innerhalb dieser Zeit bis zur Wiederherstellung seiner Arbeitsfähigkeit durch gesellschaftliche Bearbeitung seines Bodens zu helfen.

Ackerbautreibende, die durch Alter oder Invaldität für immer die Möglichkeit verloren haben, den Boden selbst zu bearbeiten, gehen des Nutzungsrechts auf ihn verlustig, werden aber statt dessen vom Staate durch Pension versorgt.

7. Die Bodennutzung muß eine ausgleichende sein, d. h. der Boden wird je nach den örtlichen Verhältnissen auf Grund der Arbeitsnorm oder Verbrauchsnorm unter die Werktätigen aufgeteilt.

Die Formen der Bodennutzung müssen vollständig frei sein, es können Einzelwirtschaften, Einzelgehöfte, Gemeinde- und Artelwirtschaften sein, je nachdem, wie die einzelnen Dörfer und Siedlungen beschließen.

8. Der gesamte Boden geht, nach seiner Enteignung, in den Bodenfonds über, der Eigentum des ganzen Volkes ist. Die Verteilung des Bodens unter die Werktätigen wird von den örtlichen und zentralen Selbstverwaltungskörperschaften geleitet, von den demokratisch organisierten, ständelosen ländlichen und städtischen Gemeinden bis zu den zentralen Gebietsinstitutionen.

Der Bodenfonds wird periodisch neu aufgeteilt, je nach dem Bevölkerungs-

zuwachs, der Hebung der Produktivität der Landwirtschaft und der Höhe der Bodenkultur.

Bei der Änderung der Grenzen der Anteile muß der ursprüngliche Kern des Anteils unangetastet bleiben.

Der Boden der ausscheidenden Mitglieder fällt an den Bodenfonds zurück, jedoch erhalten die nächsten Verwandten der ausscheidenden Mitglieder und die von ihnen bezeichneten Personen das Vorzugsrecht bei der Zuweisung dieser Anteile.

Bei der Rückgabe eines Bodenanteils an den Bodenfonds müssen die für den Boden aufgewendeten Summen für Düngung und Melioration (grundlegende Verbesserungen), soweit sie nicht ausgenutzt worden sind, zurückerstattet werden.

Wenn es sich erweist, daß in einzelnen Ortschaften der vorhandene Bodenfonds für die Befriedigung der gesamten örtlichen Bevölkerung nicht ausreicht, so ist die überschüssige Bevölkerung anderweitig anzusiedeln.

Die Organisierung der Übersiedlung sowie die Unkosten für die Übersiedlung und die Versorgung mit Inventar usw. soll der Staat übernehmen.

Die Übersiedlung geht in folgender Reihenfolge vor sich: landlose Bauern, die eine Übersiedlung wünschen, sodann Gemeindemitglieder, die sich etwas zuschulden kommen ließen, Deserteure u. a. und schließlich durch das Los oder nach Übereinkunft.“

Der ganze Inhalt dieses Wählerauftrages wird als Ausdruck des unbedingten Willens der gewaltigen Mehrheit der politisch aufgeklärten Bauern ganz Rußlands zum provisorischen Gesetz erklärt, das bis zum Zusammentritt der Konstituierenden Versammlung nach Möglichkeit sofort, in gewissen Teilen aber in der erforderlichen Reihenfolge durchgeführt werden soll, die von den Kreissowjets der Bauerndeputierten festzusetzen ist.

Hier wurden Stimmen laut, das Dekret und der Wählerauftrag selbst seien ja von den Sozialrevolutionären abgefaßt worden. Mag sein. Es ist einerlei, von wem sie abgefaßt worden sind, als demokratische Regierung können wir jedoch einen Beschluß der Volksmassen nicht umgehen, auch wenn wir mit ihm nicht einverstanden wären. Sobald die Bauern ihn in der Praxis anwenden und bei sich zu Hause durchführen, werden sie in der lebendigen Wirklichkeit selbst erkennen, wo die Wahrheit liegt. Und sogar wenn die Bauern den Sozialrevolutionären weiterhin Gefolgschaft leisten, selbst wenn sie dieser Partei die Mehrheit in der Konstituierenden Versammlung geben, werden wir wiederum sagen: mag es so sein. Das Leben ist der beste Lehrmeister, es wird zeigen, wer recht hat; sollen die Bauern an die Lösung dieser Frage von dem einen Ende herangehen und wir von dem anderen. Das Leben wird es mit sich bringen, daß wir in dem allgemeinen Strom der revolutionären schöpferischen Arbeit, bei der Ausarbeitung der neuen Staatsformen einander näherkommen. Wir müssen mit dem Leben Schritt halten, wir müssen der schöpferischen Kraft der Volksmassen

volle Freiheit gewähren. Die alte, durch den bewaffneten Aufstand gestürzte Regierung wollte die Bodenfrage mit Hilfe der nicht abgesetzten alten zaristischen Bürokratie lösen. Aber anstatt die Frage zu lösen, führte die Bürokratie lediglich einen Kampf gegen die Bauern. Die Bauern haben in den acht Monaten unserer Revolution manches gelernt, sie wollen selber alle Bodenfragen lösen. Deshalb sind wir gegen jede Abänderung dieses Gesetzentwurfs, wir wollen keine Detaillierung, weil wir eben ein Dekret und kein Aktionsprogramm schreiben. Rußland ist groß, und die örtlichen Verhältnisse in Rußland sind mannigfaltig. Wir glauben, daß die Bauernschaft selbst besser als wir es verstehen wird, die Frage richtig, so wie es notwendig ist, zu lösen. Ob das in unserem Geiste oder im Geiste des Programms der Sozialrevolutionäre geschieht — das ist nicht das Wesentliche. Das Wesentliche ist, daß die Bauernschaft die feste Überzeugung gewinnt, daß es auf dem Lande keine Gutsbesitzer mehr gibt, daß es den Bauern selbst überlassen wird, alle Fragen zu entscheiden, selbst ihr Leben zu gestalten. (Lauter Beifall.)

Veröffentlicht in den Zeitungen  
„Iswestija des ZEK“ Nr. 209 und  
„Prawda“ Nr. 171, 10. November (28. Oktober) 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, -  
Bd. XXII, S. 5—23.

## ENTWURF DER BESTIMMUNGEN ÜBER DIE ARBEITERKONTROLLE

1. In allen Industrie-, Handels-, Bank-, landwirtschaftlichen und sonstigen Betrieben mit (insgesamt) nicht weniger als fünf Arbeitern und Angestellten oder mit einem Jahresumsatz von nicht weniger als 10000 Rubel wird die *Arbeiterkontrolle* über die Herstellung, die Aufbewahrung und den Kauf und Verkauf aller Produkte und Rohstoffe eingeführt.

2. Die Arbeiterkontrolle wird von allen Arbeitern und Angestellten des Betriebes durchgeführt, entweder direkt, wenn der Betrieb so klein ist, daß dies möglich ist, oder von ihren gewählten Vertretern, die *sofort* in allgemeinen Versammlungen zu wählen sind; über die Wahlen sind Protokolle zu führen und die Namen der Gewählten sind der Regierung und den örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten mitzuteilen.

3. Ohne Erlaubnis der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten ist es kategorisch verboten, einen Betrieb oder Produktionszweig, der allgemeinstaatliche Bedeutung hat (siehe Paragraph 7), stillzulegen oder irgendwelche Änderungen in seiner Tätigkeit vorzunehmen.

4. Diesen gewählten Vertretern muß die Einsicht in ausnahmslos *alle* Bücher und Dokumenté offenstehen, ebenso die Prüfung ausnahmslos *aller* Lager und Vorräte an Materialien, Werkzeugen und Produkten.

5. Die Beschlüsse der gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten sind für die Besitzer der Betriebe verbindlich und können nur durch die Gewerkschaftsverbände und -kongresse aufgehoben werden.

6. In allen Betrieben von allgemeinstaatlicher Bedeutung tragen *alle* Besitzer und *alle* gewählten Vertreter der Arbeiter und Angestellten, die zur Durchführung der Arbeiterkontrolle gewählt wurden, dem Staate gegenüber die Verantwortung für die strengste Ordnung und Disziplin und für den Schutz der Vermögenswerte. Wer sich der

Fahrlässigkeit, der Verheimlichung von Vorräten und von Rechenschaftsberichten usw. schuldig macht, wird mit Konfiskation des gesamten Vermögens und Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft.

7. Als Betriebe von allgemeinstaatlicher Bedeutung gelten alle Betriebe, die für die Landesverteidigung arbeiten, ebenso die Betriebe, die in dieser oder jener Beziehung zur Herstellung der für die Existenz der Volksmassen notwendigen Produkte stehen.

8. Ausführlichere Regeln für die Arbeiterkontrolle werden von den örtlichen Sowjets der Arbeiterdeputierten und den Konferenzen der Betriebsräte sowie der Angestelltenausschüsse in allgemeinen Versammlungen ihrer Vertreter festgesetzt.

Veröffentlicht in der Zeitung

„Prawda“ Nr. 178,

16. (3.) November 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,

Bd. XXII, S. 26/27.



**VOM ZENTRAKKOMITEE  
DER SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI  
RUSSLANDS (BOLSCHEWIKI)**

AN ALLE PARTEIMITGLIEDER UND AN ALLE WERKTÄTIGEN  
KLASSEN RUSSLANDS

Genossen!

Es ist allen bekannt, daß der Zweite Allrussische Sowjetkongreß der Arbeiter- und Soldatendeputierten eine Mehrheit von Delegierten der bolschewistischen Partei ergeben hat.

Diese Tatsache ist von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der soeben in Petrograd wie in Moskau und in ganz Rußland vollbrachten siegreichen Revolution. Gerade diese Tatsache vergessen und umgehen ständig alle Anhänger der Kapitalisten und ihre unbedauerten Handlanger, die das Grundprinzip der neuen Revolution, nämlich: *Alle Macht den Sowjets*, untergraben. In Rußland darf es keine andere Regierung geben als die *Sowjetregierung*. In Rußland ist die Sowjetmacht erkämpft worden, und der Übergang der Regierung aus den Händen einer Sowjetpartei in die Hände einer anderen Sowjetpartei ist ohne jede Revolution, durch einfachen Beschluß der Sowjets, durch einfache Neuwahlen der Sowjetdeputierten sichergestellt.

Der Zweite Allrussische Sowjetkongreß hat der Partei der Bolschewiki die Mehrheit gebracht. Nur eine aus Vertretern dieser Partei zusammengesetzte Regierung ist deshalb eine Sowjetregierung. Und es ist allen bekannt, daß das Zentralkomitee der Partei der Bolschewiki einige Stunden vor der Bildung der neuen Regierung, bevor die Liste der Regierungsmitglieder dem Zweiten Allrussischen Sowjetkongreß vorgelegt wurde, drei angesehene Mitglieder der Gruppe der linken Sozialrevolutionäre, nämlich die Genossen Kamkow, Spiro und Karelín, zur Sitzung des Zentralkomitees eingeladen und ihnen vorgeschlagen hat, sich an der neuen Regierung zu beteiligen. Wir bedauern außerordentlich, daß die Genossen linken Sozialrevolutionäre abgelehnt haben. Wir betrachten ihre Ablehnung als unzulässig für Revolutionäre und

Vorkämpfer der Werktätigen. Wir sind jederzeit bereit, die linken Sozialrevolutionäre in die Regierung aufzunehmen, aber wir erklären, daß wir als Partei, die auf dem Zweiten Allrussischen Sowjetkongreß die Mehrheit erhalten hat, berechtigt und dem Volke gegenüber *verpflichtet* sind, die Regierung zu bilden.

Es ist allen bekannt, daß das Zentralkomitee unserer Partei dem Zweiten Allrussischen Sowjetkongreß eine rein bolschewistische Liste der Volkskommissare vorgeschlagen und daß *der Kongreß diese Liste einer rein bolschewistischen Regierung gebilligt hat.*

Deshalb sind die betrügerischen Erklärungen, die bolschewistische Regierung sei *keine* Sowjetregierung, absolut verlogen, sie gehen nur von Feinden des Volkes, nur von Feinden der Sowjetmacht aus und können nur von ihnen ausgehen. Im Gegenteil, *nur* eine bolschewistische Regierung kann jetzt, nach dem Zweiten Allrussischen Sowjetkongreß, bis zur Einberufung des dritten Sowjetkongresses oder bis zu den Neuwahlen der Sowjets oder bis zur Bildung einer neuen Regierung durch das Zentralexekutivkomitee, — *nur* eine bolschewistische Regierung kann jetzt als *Sowjetregierung* anerkannt werden.

\* \* \*

Genossen! Mehrere Mitglieder des Zentralkomitees unserer Partei und des Rates der Volkskommissare, Kamenew, Sinowjew, Nogin, Rykow, Miljutin und einige wenige andere, sind gestern, am 4. November, aus dem Zentralkomitee unserer Partei ausgetreten und die drei letzten auch aus dem Rate der Volkskommissare. In einer so großen Partei wie der unseren war es trotz des proletarisch-revolutionären Kurses unserer Politik unvermeidlich, daß es einzelne Genossen gab, die sich im Kampfe gegen die Volksfeinde als nicht genügend standhaft und fest erwiesen. Die Aufgaben, vor denen jetzt unsere Partei steht, sind wahrhaft unermesslich, die Schwierigkeiten sind riesengroß, und einige Mitglieder unserer Partei, die früher verantwortliche Posten bekleideten, sind durch den Ansturm der Bourgeoisie wankend geworden und aus unseren Reihen weggelaufen. Die gesamte Bourgeoisie und alle ihre Helfershelfer frohlocken darüber, äußern ihre Schadenfreude, faseln von Zerfall, prophezeien den Untergang der bolschewistischen Regierung.

Genossen! Glaubt diesen Lügen nicht. Die zurückgetretenen Genossen haben wie Deserteure gehandelt, nicht nur, weil sie die ihnen anvertrauten Posten verlassen haben, sondern auch, weil sie den ausdrücklichen Beschluß des Zentralkomitees unserer Partei durchbrochen haben, daß sie mit ihrem Rücktritt wenigstens bis zur Stellungnahme

der Petrograder und Moskauer Parteiorganisationen warten sollen. Wir verurteilen diese Desertion aufs entschiedenste. Wir sind zutiefst überzeugt, daß alle klassenbewußten Arbeiter, Soldaten und Bauern, die unserer Partei angehören oder mit ihr sympathisieren, die Handlungsweise der Deserteure ebenso entschieden verurteilen werden.

Wir erklären jedoch, daß die Desertion einiger Leute aus den Spitzen unserer Partei auch nicht für einen Augenblick und um keine Haaresbreite die Einheit der *Massen*, die unserer Partei folgen, erschüttern wird und daher auch unsere Partei nicht ins Wanken bringen wird.

Genossen, denkt daran, daß zwei dieser Deserteure, Kamenew und Sinowjew, schon vor dem Aufstand in Petrograd als Deserteure und Streikbrecher aufgetreten sind, denn sie haben nicht nur in der entscheidenden Sitzung des Zentralkomitees am 10. Oktober 1917 gegen den Aufstand gestimmt, sondern haben auch *nach* der Beschlußfassung durch das Zentralkomitee vor den Parteifunktionären gegen den Aufstand agitiert. Alle wissen, daß die Zeitungen, die Angst haben, sich auf die Seite der Arbeiter zu stellen, und die mehr zur Bourgeoisie neigen (z. B. „Nowaja Shisn“), damals im Verein mit der gesamten bürgerlichen Presse ein Geschrei und Gezeter erhoben über den „Zerfall“ unserer Partei, über das „Scheitern des Aufstands“ u. dgl. m. Aber das Leben hat die Lügen und Verleumdungen der einen, die Zweifel, die Schwankungen und die Feigheit der anderen rasch widerlegt. Der „Sturm“, den man aus Anlaß der Schritte Kamenews und Sinowjews zur Vereitelung des Petrograder Aufstands entfachen wollte, erwies sich als ein *Sturm im Wasserglas*, und der gewaltige Aufschwung der Massen, der gewaltige Heroismus von Millionen Arbeitern, Soldaten und Bauern in Petrograd und Moskau, an der Front, in den Schützengräben und in den Dörfern hat die Deserteure mit derselben Leichtigkeit beiseitegeschoben, mit der ein Eisenbahnzug Holzspäne beiseiteschleudert.

Mögen sich alle Kleinmüttigen, alle Schwankenden, alle Zweifelnden, alle, die sich von der Bourgeoisie einschüchtern oder vom Geschrei ihrer direkten und indirekten Helfershelfer beeinflussen ließen, schämen. *In den Massen* der Petrograder, Moskauer und der übrigen Arbeiter und Soldaten gibt es *keine Spur* von Schwankungen. Unsere Partei steht fest und einig da, wie ein Mann, und schützt die Sowjetmacht, wacht über die Interessen aller Werktätigen, in erster Linie der Arbeiter und armen Bauern!

Die Meute der bürgerlichen Federfuchser und der Leute, die sich von der Bourgeoisie einschüchtern ließen, beschuldigt uns, wir seien

unnachgiebig, wir seien unversöhnlich, wir wollten die Macht mit keiner anderen Partei teilen. Das ist nicht wahr, Genossen! *Wir haben* den linken Sozialrevolutionären *angeboten*, mit uns die Macht zu teilen, und halten diesen Vorschlag aufrecht. Es ist nicht unsere Schuld, wenn *sie abgelehnt haben*. Wir haben die Verhandlungen aufgenommen und haben, nachdem die Teilnehmer des Zweiten Sowjetkongresses abgereist waren, in diesen Verhandlungen alle möglichen Zugeständnisse gemacht und sind sogar so weit gegangen, daß wir uns bedingt damit einverstanden erklärten, Vertreter eines Teiles der Petrograder Stadtduma zuzulassen, dieses Nestes der Kornilowleute, das in erster Linie vom Volke hinweggefegt werden wird, wenn die Kornilowhalunken, wenn die Kapitalisten- und Gutsbesitzersöhnchen, die Offiziersschüler wieder versuchen sollten, sich dem Willen des Volkes zu widersetzen, wie sie es am vergangenen Sonntag in Petrograd versucht haben und wie sie es von neuem versuchen wollen (das ist durch die Aufdeckung der Verschwörung Purischkewitschs<sup>37</sup> und durch die bei ihm gestern, am 3. November, beschlagnahmten Dokumente erwiesen). Aber die Herrschaften, die hinter dem Rücken der linken Sozialrevolutionäre stehen und durch diese im Interesse der Bourgeoisie tätig sind, haben unsere Nachgiebigkeit als Schwäche ausgelegt und sie dazu ausgenutzt, uns neue Ultimata zu stellen. In der Sitzung vom 3. November erschienen die Herren Abramowitsch und Martow und stellten uns ein Ultimatum: keinerlei Verhandlungen, solange unsere Regierung die Verhaftungen nicht einstellt und mit dem Verbot bürgerlicher Zeitungen nicht aufhört.

Sowohl unsere Partei als auch das Zentralexekutivkomitee des Sowjetkongresses haben dieses Ultimatum *abgelehnt*, das offenkundig von den Anhängern Kaledins, der Bourgeoisie, Kerenskis und Kornilows ausgeht. Die Verschwörung Purischkewitschs und das Eintreffen einer Delegation von einem Truppenteil des 17. Armeekorps in Petrograd am 5. November, die uns mit einem Marsch auf Petrograd drohte (eine lächerliche Drohung, denn die Vortrupps dieser Kornilowleute sind bereits geschlagen worden und haben bei Gatschina die Flucht ergriffen, während der größte Teil von ihnen es abgelehnt hat, gegen die Sowjets zu marschieren), — alle diese Ereignisse haben gezeigt, von wem *in Wirklichkeit* das Ultimatum der Herren Abramowitsch und Martow ausging, wem diese Leute *in Wirklichkeit* dienen.

Mögen alle Werktätigen ruhig und standhaft bleiben! Unsere Partei wird niemals vor den Ultimata der Minderheit der Sowjets zurückweichen, einer Minderheit, die sich von der Bourgeoisie einschüchtern ließ und faktisch, in der Tat, entgegen ihren eigenen

„guten Absichten“, als Drahtpuppe in den Händen der Kornilowleute dient.

Wir halten fest an dem Grundsatz der Sowjetmacht, d. h. der Macht der *Mehrheit*, die sich auf dem letzten Sowjetkongreß ergeben hat, wir sind *nach wie vor damit einverstanden*, die Macht mit der Minderheit der Sowjets zu teilen, unter der Bedingung einer loyalen, ehrlichen Verpflichtung dieser Minderheit, sich der Mehrheit unterzuordnen und das Programm durchzuführen, das der *gesamte* Zweite Allrussische Sowjetkongreß *gebilligt* hat und das in allmählichen, aber festen und entschiedenen Schritten zum Sozialismus besteht. Aber wir werden uns *keinerlei* Ultimata von Intellektuellengröppchen unterwerfen, hinter denen keine Massen stehen, hinter denen *in Wirklichkeit* nur die Kornilowleute, Sawinkowleute, Offiziersschüler u. dgl. m. stehen.

Mögen alle Werktätigen ruhig und standhaft bleiben! Unsere Partei, die Partei der Mehrheit in den Sowjets, wacht einmütig und geschlossen über ihre Interessen, und hinter unserer Partei stehen nach wie vor die Millionen der Arbeiter in den Städten, der Soldaten in den Schützengräben, der Bauern in den Dörfern, bereit, den Sieg des Friedens und den Sieg des Sozialismus um jeden Preis herbeizuführen.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 182,  
20. (7.) November 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 59—63.

## DAS BÜNDNIS DER ARBEITER MIT DEN WERKTÄTIGEN UND AUSGEBEUTETEN BAUERN

BRIEF AN DIE REDAKTION DER „PRAWDA“

Heute, am Sonnabend, dem 18. November, als ich auf dem Bauernkongreß sprach, wurde mir öffentlich eine Frage gestellt, auf die ich sofort geantwortet habe. Es ist notwendig, daß diese Frage und meine Antwort sofort der gesamten Leserschaft bekanntwerden, denn obwohl ich formal nur in meinem eigenen Namen sprach, sprach ich im Grunde genommen im Namen der gesamten Partei der Bolschewiki.

Die Sache verhielt sich folgendermaßen.

Als ich die Frage des Bündnisses der bolschewistischen Arbeiter mit den linken Sozialrevolutionären berührte, denen jetzt viele Bauern Vertrauen schenken, wies ich in meiner Rede nach, daß dieses Bündnis eine „ehrlische Koalition“, ein ehrliches Bündnis sein *kann*, denn grundlegende Differenzen zwischen den Interessen der Lohnarbeiter und den Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Bauern bestehen *nicht*. Der Sozialismus ist *durchaus* imstande, die Interessen sowohl der einen wie der anderen zu befriedigen. *Nur* der Sozialismus kann ihre Interessen befriedigen. Daraus ergibt sich die Möglichkeit und Notwendigkeit einer „ehrlischen Koalition“ zwischen den Proletariern und den werktätigen und ausgebeuteten Bauern. Dagegen kann eine „Koalition“ (ein Bündnis) zwischen den werktätigen und ausgebeuteten Klassen einerseits und der Bourgeoisie andererseits *keine* „ehrlische Koalition“ sein, weil die Interessen dieser Klassen grundverschieden sind.

Stellt euch vor — sagte ich —, daß die Bolschewiki die Mehrheit und die linken Sozialrevolutionäre die Minderheit in der Regierung bilden, nehmen wir sogar an, daß nur ein einziger linker Sozialrevolutionär als Kommissar für Landwirtschaft der Regierung angehört. Können die Bolschewiki in diesem Falle eine ehrliche Koalition durchführen?

Jawohl, denn während die Bolschewiki im Kampfe gegen die konterrevolutionären Elemente (darunter auch gegen die rechten Sozialrevolutionäre und die Vaterlandsverteidiger) unversöhnlich sind, wären sie verpflichtet, sich *der Stimme zu enthalten*, wenn Fragen zur Abstimmung kommen, die rein sozialrevolutionäre Punkte des Agrarprogramms betreffen, das vom Zweiten Allrussischen Sowjetkongreß bestätigt wurde. Ein solcher Punkt ist z. B. der Punkt über die ausgleichende Bodennutzung und die Neuaufteilungen des Bodens unter die kleinen Landwirte.

Wenn sich die Bolschewiki bei der Abstimmung über einen solchen Punkt der Stimme enthalten, werden sie ihrem Programm nicht im geringsten untreu. Denn unter der Bedingung des Sieges des Sozialismus (Arbeiterkontrolle über die Fabriken, darauffolgende Expropriierung der Fabriken, Nationalisierung der Banken, Schaffung eines Obersten Wirtschaftsrates, der die gesamte Volkswirtschaft reguliert), unter dieser Bedingung sind die Arbeiter *verpflichtet*, sich mit den Übergangsmaßnahmen *einverstanden zu erklären*, die von den werktätigen und ausgebeuteten Kleinbauern vorgeschlagen werden, wenn diese Maßnahmen der Sache des Sozialismus *nicht schaden*. Als Kautsky noch Marxist war (in den Jahren 1899—1909), hat er auch wiederholt zugegeben — sagte ich —, daß die Übergangsmaßnahmen zum Sozialismus in den Ländern mit landwirtschaftlichen Großbetrieben und in den Ländern mit landwirtschaftlichen Kleinbetrieben nicht die gleichen sein können.

Wir Bolschewiki wären verpflichtet, uns im Rate der Volkskommissare oder im Zentralexekutivkomitee bei der Abstimmung über einen solchen Punkt der Stimme zu enthalten, denn beim Einverständnis der linken Sozialrevolutionäre (sowie der auf ihrer Seite stehenden Bauern) mit der Arbeiterkontrolle, mit der Nationalisierung der Banken usw. wäre die ausgleichende Bodennutzung nur eine der *Übergangsmaßnahmen zum vollen Sozialismus*. Es wäre unsinnig, wenn das Proletariat solche Übergangsmaßnahmen *aufzwingen* wollte: das Proletariat ist im Interesse des Sieges des Sozialismus verpflichtet, den werktätigen und ausgebeuteten Kleinbauern bei der Auswahl dieser *Übergangsmaßnahmen Zugeständnisse zu machen*, denn der Sache des Sozialismus würde daraus kein *Schaden* entstehen.

Ein linker Sozialrevolutionär (wenn ich nicht irre, war es Genosse Feofilaktow) stellte mir daraufhin folgende Frage:

„Was werden die Bolschewiki aber tun, wenn die Bauern in der Konstituierenden Versammlung das Gesetz über die ausgleichende Bodennutzung durchsetzen wollen, die Bourgeoisie gegen die Bauern

sein wird und die Entscheidung von den Bolschewiki abhängen wird?“

Ich antwortete darauf: Das Bündnis der Arbeiter mit den werktätigen und ausgebeuteten Bauern wird in diesem Falle, wo die Sache des Sozialismus durch die Einführung der Arbeiterkontrolle, durch die Nationalisierung der Banken usw. gesichert sein wird, die Partei des Proletariats dazu verpflichtet, für die Bauern, gegen die Bourgeoisie zu stimmen. Die Bolschewiki werden dann meiner Auffassung nach bei der Abstimmung das Recht haben, eine besondere Erklärung abzugeben, den Vorbehalt zu machen, daß sie nicht einverstanden seien usw., aber eine Stimmenthaltung wäre in diesem Falle gleichbedeutend mit einem Verrat an unseren Bundesgenossen im *Kampfe für den Sozialismus* wegen Meinungsverschiedenheiten in einer Teilfrage. Niemals würden die Bolschewiki in einer solchen Lage die Bauern verraten. *Niemals* werden die ausgleichende Bodennutzung und ähnliche Maßnahmen dem Sozialismus schaden, wenn die Macht in den Händen der Arbeiter- und Bauernregierung liegt, wenn die Arbeiterkontrolle eingeführt, wenn die Nationalisierung der Banken durchgeführt, wenn ein oberstes Wirtschaftsorgan der Arbeiter und Bauern geschaffen ist, das die *ganze* Volkswirtschaft leitet (reguliert) usw.

Das war meine Antwort.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 194,  
2. Dezember (19. November) 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 86—88.



## THESEN ÜBER DIE KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG

1. Die Forderung nach Einberufung der Konstituierenden Versammlung gehörte mit vollem Recht zum Programm der revolutionären Sozialdemokratie, da die Konstituierende Versammlung in der bürgerlichen Republik die höchste Form des Demokratismus ist und da die imperialistische Republik mit Kerenski an der Spitze bei der Bildung des Parlaments durch eine Reihe von Verstößen gegen den Demokratismus die Fälschung der Wahlen vorbereitete.

2. Die revolutionäre Sozialdemokratie hat bei der Aufstellung der Forderung nach Einberufung der Konstituierenden Versammlung seit Beginn der Revolution von 1917 wiederholt betont, daß die Republik der Sowjets eine höhere Form des Demokratismus ist als die gewöhnliche bürgerliche Republik mit der Konstituierenden Versammlung.

3. Für den Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, für die Diktatur des Proletariats, ist die Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten nicht nur eine Form demokratischer Einrichtungen von höherem Typus (im Vergleich zur gewöhnlichen bürgerlichen Republik mit einer Konstituierenden Versammlung als ihrer Krönung), sondern sie ist auch die einzige Form, die imstande ist, den schmerzlosesten Übergang zum Sozialismus zu sichern.

4. Die Einberufung der Konstituierenden Versammlung in unserer Revolution auf Grund der Kandidatenlisten, die Mitte Oktober 1917 eingereicht worden sind, geht unter Verhältnissen vor sich, die es unmöglich machen, daß der Wille des Volkes im allgemeinen und der werktätigen Massen im besonderen bei den Wahlen zu dieser Konstituierenden Versammlung richtig zum Ausdruck kommt.

5. Erstens, das proportionelle Wahlrecht offenbart nur dann den wahren Willen des Volkes, wenn die Kandidatenlisten der Parteien wirklich der realen Gliederung des Volkes in jene Parteigruppierungen entsprechen, die in diesen Listen ihren Ausdruck fanden. Bei uns dagegen hat bekanntlich die Partei, die vom Mai bis Oktober die größte Zahl der Anhänger im Volke und besonders unter der Bauernschaft

hatte, nämlich die Partei der Sozialrevolutionäre, Mitte Oktober 1917 einheitliche Kandidatenlisten für die Konstituierende Versammlung eingereicht, sich jedoch nach den Wahlen zu der Konstituierenden Versammlung, noch vor ihrer Einberufung, gespalten.

Daher besteht zwischen dem Willen der Wähler in ihrer Masse und der Zusammensetzung der in die Konstituierende Versammlung Gewählten nicht einmal eine formale Übereinstimmung und kann auch nicht bestehen.

6. Zweitens, eine noch wichtigere, nicht formale oder juristische, sondern gesellschaftlich-ökonomische, klassenmäßige Quelle des Mißverhältnisses zwischen dem Willen des Volkes und besonders der werktätigen Klassen einerseits und der Zusammensetzung der Konstituierenden Versammlung andererseits ist der Umstand, daß die Wahlen zur Konstituierenden Versammlung zu einer Zeit vor sich gingen, als die erdrückende Mehrheit des Volkes noch nicht die ganze Tragweite und Bedeutung der Oktoberrevolution, der Sowjetrevolution, der proletarisch-bäuerlichen Revolution erkennen konnte, die am 25. Oktober 1917, d. h. nach der Einreichung der Kandidatenlisten für die Konstituierende Versammlung, begonnen hat.

7. Die Oktoberrevolution, die die Macht für die Sowjets eroberte, die politische Herrschaft den Händen der Bourgeoisie entriß und sie in die Hände des Proletariats und der armen Bauernschaft legte, durchläuft vor unseren Augen folgerichtig die Etappen ihrer Entwicklung.

8. Sie begann mit dem Siege vom 24.—25. Oktober in der Hauptstadt, als der Zweite Allrussische Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, dieser Vorhut der Proletarier und des politisch aktivsten Teils der Bauernschaft, der Partei der Bolschewiki das Übergewicht gab und sie an die Macht brachte.

9. Die Revolution erfaßte dann im Laufe des November und Dezember die gesamte Masse der Armee und der Bauernschaft; sie äußerte sich vor allem in der Absetzung und in der Neuwahl der alten Spitzenorganisationen (Armeekomitees, Gouvernements-Bauernkomitees, Zentralexekutivkomitee des Allrussischen Sowjets der Bauerndeputierten usw.); welche die überholte, paktiererische Phase der Revolution, ihre bürgerliche und nicht proletarische Etappe verkörpert hatten und deshalb unter dem Ansturm immer neuer und breiterer Volksmassen unweigerlich vom Schauplatz abtreten mußten.

10. Diese machtvolle Bewegung der ausgebeuteten Massen zur Neuschaffung der leitenden Körperschaften ihrer Organisationen ist auch jetzt, Mitte Dezember 1917, noch nicht abgeschlossen; der noch

nicht beendete Eisenbahnerkongreß ist eine der Etappen dieser Bewegung.

11. Die Gruppierung der Klassenkräfte Rußlands in ihrem Klassenkampfe ist also in Wirklichkeit im November und Dezember 1917 eine prinzipiell andere als jene, die in den Kandidatenlisten der Parteien zur Konstituierenden Versammlung Mitte Oktober 1917 ihren Ausdruck finden konnte.

12. Die letzten Ereignisse in der Ukraine (teilweise auch in Finnland, in Bjelorußland und ebenso im Kaukasus) weisen gleichfalls auf die Neugruppierung der Klassenkräfte hin, wie sie im Prozesse des Kampfes zwischen dem bürgerlichen Nationalismus der Ukrainischen Rada<sup>88</sup>, des Finnischen Landtags usw. einerseits und der Sowjetmacht, der proletarisch-bäuerlichen Revolution jeder einzelnen dieser nationalen Republiken andererseits vor sich geht.

13. Schließlich hat der Bürgerkrieg, der durch den konterrevolutionären Aufstand der Kadetten und Kaledinleute gegen die Sowjetmacht, gegen die Arbeiter- und Bauernregierung begonnen wurde, den Klassenkampf aufs äußerste verschärft und jede Möglichkeit beseitigt, auf formal-demokratischem Wege die brennendsten Fragen zu entscheiden, vor die die Völker Rußlands und in erster Linie seine Arbeiterklasse und seine Bauernschaft von der Geschichte gestellt wurden.

14. Nur der volle Sieg der Arbeiter und Bauern über den Aufstand der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer (der in der Bewegung der Kadetten und Kaledinleute seinen Ausdruck gefunden hat), nur die rücksichtslose militärische Unterdrückung dieses Aufstands der Sklavhalter vermag die proletarisch-bäuerliche Revolution wirklich zu sichern. Der Gang der Ereignisse und die Entwicklung des Klassenkampfes in der Revolution haben dazu geführt, daß die Losung „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung“, die den Errungenschaften der Arbeiter- und Bauernrevolution nicht Rechnung trägt, die die Sowjetmacht, die Beschlüsse des Zweiten Allrussischen Kongresses der Sowjets der Arbeiter- und Soldatendeputierten, des Zweiten Allrussischen Kongresses der Bauerndeputierten usw. außer acht läßt, daß diese Losung *in Wirklichkeit* zu einer Losung der Kadetten und Kaledinleute und ihrer Helfershelfer *geworden ist*. Dem ganzen Volke wird es klar, daß diese Losung faktisch den Kampf für die Beseitigung der Sowjetmacht bedeutet und daß die Konstituierende Versammlung, falls sie in einen Gegensatz zur Sowjetmacht geriete, unweigerlich zum politischen Tode verurteilt wäre.

15. Zu den besonders brennenden Fragen des Volkslebens gehört die Frage des Friedens. Ein wirklich revolutionärer Kampf für den

Frieden begann in Rußland erst nach dem Siege der Revolution vom 25. Oktober; die ersten Früchte dieses Sieges waren die Veröffentlichung der Geheimverträge, der Abschluß des Waffenstillstands und die Aufnahme öffentlicher Verhandlungen über einen allgemeinen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen.

Die breiten Volksmassen erhalten erst jetzt tatsächlich die Möglichkeit, offen und in vollem Umfange die Politik des revolutionären Kampfes für den Frieden zu sehen und ihre Ergebnisse zu prüfen.

Während der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung hatten die Volksmassen diese Möglichkeit nicht.

Auch wenn man diese Seite der Sache nimmt, ist es klar, daß zwischen der Zusammensetzung der Deputierten zur Konstituierenden Versammlung und dem wirklichen Volkswillen in der Frage der Beendigung des Krieges ein Mißverhältnis unvermeidlich ist.

16. Aus der Gesamtheit der oben dargelegten Umstände ergibt sich, daß eine Konstituierende Versammlung, die auf Grund der Kandidatenlisten jener Parteien einberufen wird, wie sie vor der proletarisch-bäuerlichen Revolution, zu einer Zeit bestanden, als die Bourgeoisie herrschte, unvermeidlich mit dem Willen und den Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Klassen in Konflikt gerät, die am 25. Oktober die sozialistische Revolution gegen die Bourgeoisie begonnen haben. Natürlich stehen die Interessen dieser Revolution höher als die formalen Rechte der Konstituierenden Versammlung, selbst wenn diese formalen Rechte nicht dadurch beeinträchtigt wären, daß in dem Gesetz über die Konstituierende Versammlung die Anerkennung des Rechtes des Volkes fehlt, seine Deputierten zu beliebiger Zeit neu zu wählen.

17. Jeder direkte oder indirekte Versuch, die Frage der Konstituierenden Versammlung vom normalen juristischen Standpunkt aus, im Rahmen der gewöhnlichen bürgerlichen Demokratie, unter Außerachtlassung des Klassenkampfes und des Bürgerkrieges zu betrachten, wäre Verrat an der Sache des Proletariats und Übergang zum Standpunkt der Bourgeoisie. Es ist die unbedingte Pflicht der revolutionären Sozialdemokratie, jedermann vor diesem Fehler zu warnen, in den einige wenige bolschewistische Spitzenfunktionäre verfallen, die den Oktoberaufstand und die Aufgaben der Diktatur des Proletariats nicht richtig einzuschätzen vermochten.

18. Die einzige Aussicht auf eine schmerzlose Lösung der Krise, die infolge des Mißverhältnisses zwischen den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung und dem Volkswillen sowie den Interessen der werktätigen und ausgebeuteten Klassen entstanden ist, besteht

darin, daß das Volk in möglichst weitem Maße und möglichst rasch von dem Recht auf Neuwahl der Mitglieder der Konstituierenden Versammlung Gebrauch macht, daß sich die Konstituierende Versammlung selbst dem Gesetz des Zentralexekutivkomitees über diese Neuwahlen anschließt und erklärt, daß sie vorbehaltlos die Sowjetmacht, die Sowjetrevolution, deren Politik in der Friedensfrage, in der Bodenfrage und in der Frage der Arbeiterkontrolle anerkennt und daß die Konstituierende Versammlung sich entschlossen dem Lager der Gegner der kadettisch-kaledinschen Konterrevolution anschließt.

19. Ohne diese Vorbedingungen kann die im Zusammenhang mit der Konstituierenden Versammlung entstandene Krise nur auf revolutionärem Wege, durch die allerenergischsten, raschesten, festesten und entschiedensten revolutionären Maßnahmen der Sowjetmacht gegen die kadettische und kaledinsche Konterrevolution gelöst werden, gleichviel hinter welchen Losungen und Körperschaften (sei es auch hinter der Zugehörigkeit zur Konstituierenden Versammlung) sich diese Konterrevolution verstecken mag. Jeder Versuch, der Sowjetmacht in diesem Kampfe die Hände zu binden, würde bedeuten, der Konterrevolution Vorschub zu leisten.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 213,  
26. (13.) Dezember 1917.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 132—136.

## ENTWURF DES DEKRETS ÜBER DIE SOZIALISIERUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT

Die kritische Lage der Lebensmittelversorgung, die Gefahr einer Hungersnot, die durch die Spekulation, die Sabotage der Kapitalisten und Beamten sowie durch die allgemeine Zerrüttung heraufbeschworen wurde, machen es notwendig, außerordentliche revolutionäre Maßnahmen zur Bekämpfung dieses Übels zu ergreifen.

Damit alle Staatsbürger, in erster Linie aber alle werktätigen Klassen, unter Führung ihrer Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten sofort, allseitig, ohne vor etwas haltzumachen und auf dem revolutionärsten Wege diesen Kampf beginnen und die Organisation eines geregelten Wirtschaftslebens im Lande in Angriff nehmen können, werden folgende Bestimmungen erlassen:

## ENTWURF DES DEKRETS ÜBER DIE DURCHFÜHRUNG DER NATIONALISIERUNG DER BANKEN UND ÜBER DIE IM ZUSAMMENHANG DAMIT ERFORDERLICHEN MASSNAHMEN

1. Alle Betriebe der Aktiengesellschaften werden zum Eigentum des Staates erklärt.

2. Die Mitglieder des Verwaltungsrates und die Direktoren der Aktiengesellschaften sowie alle Aktionäre, die den reichen Klassen angehören (d. h. deren Eigentum insgesamt 5000 Rubel oder deren Einkommen 500 Rubel monatlich übersteigt), sind verpflichtet, die Geschäfte der Betriebe in voller Ordnung weiterzuführen, dabei das Gesetz über die Arbeiterkontrolle zu befolgen, der Staatsbank alle Aktien vorzuweisen und den lokalen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten allwöchentlich Berichte über ihre Tätigkeit vorzulegen.

3. Die Staatsanleihen, die inländischen wie die ausländischen, werden annulliert (für ungültig erklärt).

4. Die Interessen der kleinen Inhaber von Obligationen sowie von Aktien jeglicher Art, d. h. der Inhaber, die zu den werktätigen Klassen der Bevölkerung gehören, werden restlos gewahrt.

5. Es wird die allgemeine Arbeitsdienstpflicht eingeführt; alle Bürger beiderlei Geschlechts von 16 bis 55 Jahren sind verpflichtet, die Arbeiten auszuführen, die von den örtlichen Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten oder von anderen Organen der Sowjetmacht angeordnet werden.

6. Als erster Schritt zur Einführung der allgemeinen Arbeitsdienstpflicht wird verfügt, daß Angehörige der reichen Klassen (siehe Paragraph 2) verpflichtet sind, ein Konsum- und Arbeitsbuch oder ein Budget- und Arbeitsbuch zu besitzen und regelmäßig zu führen, das den entsprechenden Arbeiterorganisationen oder den örtlichen Sowjets und ihren Organen allwöchentlich zur Eintragung eines Vermerks über die Ausführung der übernommenen Arbeit vorgelegt werden muß.

7. Zwecks ordnungsgemäßer Bestandsaufnahme und Verteilung sowohl der Lebensmittel als auch anderer notwendiger Erzeugnisse sind alle Staatsbürger verpflichtet, sich irgendeiner Konsumgenossenschaft anzuschließen. Die Lebensmittelverwaltungen, die Versorgungsausschüsse und ähnliche Organisationen ebenso wie die Eisenbahner- und Transportarbeiterverbände führen unter der Leitung der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten eine Kontrolle über die Durchführung dieses Gesetzes ein. Die Angehörigen der reichen Klassen sind insbesondere verpflichtet, jene Arbeiten zur Organisierung und Verwaltung der Konsumgenossenschaften auszuführen, die die Sowjets ihnen übertragen werden.

8. Die Verbände der Eisenbahnarbeiter und -angestellten sind verpflichtet, schnellstens *außerordentliche* Maßnahmen für ein geregelteres Funktionieren des Verkehrswesens, insbesondere für die Zufuhr von Nahrungsmitteln, Brennstoffen und anderen dringend notwendigen Gebrauchsgegenständen auszuarbeiten und unverzüglich mit ihrer Durchführung zu beginnen. Dabei müssen insbesondere die Bestellungen und Aufträge der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten und dann der Institutionen berücksichtigt werden, die von den Sowjets und vom Obersten Volkswirtschaftsrat Vollmachten besitzen. Ebenso wird den Eisenbahnernverbänden zur Pflicht gemacht, Hand in Hand mit den örtlichen Sowjets in energischster Weise und ohne vor revolutionären Maßnahmen haltzumachen, den Kampf gegen die Hamsterei zu führen und gegen alle Spekulanten schonungslos vorzugehen.

9. Die Arbeiterorganisationen, die Angestelltenverbände und die örtlichen Sowjets müssen unverzüglich darangehen, die Betriebe, die

stillgelegt oder demobilisiert werden, sowie die Arbeitslosen zu nützlicher Arbeit und zur Herstellung von notwendigen Produkten überzuführen und Aufträge, Rohstoffe und Brennmaterialien zu beschaffen. Die örtlichen Gewerkschaftsverbände und Sowjets, die diese Arbeit auf keinen Fall hinausschieben dürfen und die auch an die Organisation des Austausches der ländlichen Erzeugnisse gegen städtische zu schreiten haben, ohne besondere Anweisungen von oben abzuwarten, sind verpflichtet, sich streng an die Direktiven und Anordnungen des Obersten Volkswirtschaftsrates zu halten.

10. Die Angehörigen der reichen Klassen sind verpflichtet, alle ihre Geldbeträge in der Staatsbank und deren Zweigstellen oder in den Sparkassen zu deponieren, und dürfen nicht mehr als 100 bis 125 Rubel wöchentlich (je nach der Verfügung der örtlichen Sowjets) für Konsumzwecke beheben. Für Produktions- und Handelszwecke dürfen sie Gelder nur auf Grund von schriftlichen Bescheinigungen der Organe der Arbeiterkontrolle erhalten.

Zur Überwachung der wirklichen Durchführung dieses Gesetzes werden Bestimmungen über den Umtausch des jetzt gültigen Papiergelds gegen anderes erlassen werden; Personen, die sich des Betrugs am Staate und am Volke schuldig machen, werden mit Konfiskation ihres gesamten Vermögens bestraft.

11. Zur gleichen Strafe sowie zu Gefängnishaft, zum Abtransport an die Front oder zu Zwangsarbeiten werden alle Personen verurteilt, die diesem Gesetz zuwiderhandeln, ferner Saboteure, streikende Beamte sowie Spekulanten. Die örtlichen Sowjets und die ihnen angeschlossenen Institutionen sind verpflichtet, unverzüglich die revolutionärsten Maßnahmen zum Kampf gegen diese wahren Volksfeinde auszuarbeiten.

12. Die Gewerkschaften und andere Organisationen der Werktätigen organisieren unter Mitwirkung der örtlichen Sowjets und unter Beteiligung der zuverlässigsten, von den Partei- und anderen Organisationen empfohlenen Personen fliegende Gruppen von Kontrolleuren zur Überwachung der Durchführung dieses Gesetzes, zur Prüfung der Quantität und Qualität der Arbeit und zur Übergabe derjenigen, die sich der Verletzung oder Umgehung des Gesetzes schuldig machen, an die revolutionären Gerichte.

Geschrieben im Dezember 1917.  
Veröffentlicht in der Zeitschrift  
„Narodnoje Chosjaistwo“ Nr. 11,  
1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 139—142.



## **FRAGEN AN DIE DELEGIERTEN DES ERSTEN DEMOBILISIERUNGSKONGRESSES DER GESAMTARMEE**

1. Besteht eine geringe oder große Möglichkeit, daß die Deutschen in der nächsten Zeit die Offensive eröffnen:

a) vom Standpunkt der physischen und technischen Möglichkeit einer Offensive im Winter;

b) vom Standpunkt der Stimmung der deutschen Soldatenmassen; ist diese Stimmung imstande, eine Offensive zu verhindern oder zumindest aufzuhalten?

2. Kann man annehmen, daß die Deutschen, falls wir sofort die Friedensverhandlungen abbrechen, bei sofortigem Übergang ihrer Truppen zur Offensive imstande sein werden, uns eine entscheidende Niederlage beizubringen? Sind sie imstande, Petrograd zu nehmen?

3. Ist zu befürchten, daß die Nachricht über den Abbruch der Friedensverhandlungen in der Armee eine anarchische Stimmung und eine Flucht von der Front als Massenerscheinung hervorrufen wird, oder kann man dessen gewiß sein, daß die Armee auch nach einer solchen Nachricht standhaft die Front halten wird?

4. Ist unsere Armee, was ihre Kampfkraft betrifft, imstande, einer deutschen Offensive standzuhalten, wenn sie am 14. (1.) Januar beginnen sollte? Wenn nicht, innerhalb welcher Frist könnte unsere Armee imstande sein, der deutschen Offensive Widerstand zu leisten?

5. Wäre unsere Armee im Falle einer raschen deutschen Offensive imstande, einen geordneten Rückzug anzutreten und ihre Artillerie zu behalten? Wenn ja, könnte man unter solchen Umständen längere Zeit den Vormarsch der Deutschen ins Innere Rußlands aufhalten?

6. Allgemeine Schlußfolgerung: soll man unter Berücksichtigung des Zustandes der Armee versuchen, die Friedensverhandlungen hinauszuzögern, oder ist ein mit revolutionärer Schärfe und sofort durchzuführender Abbruch der Friedensverhandlungen wegen der annexionistischen Forderungen der Deutschen als entschiedener,

fester Übergang zur Vorbereitung auf einen revolutionären Krieg vorzuziehen?

7. Soll man sofort zu einer Verstärkung der Agitation gegen die Annexionsforderungen der Deutschen und zur Agitation für den revolutionären Krieg übergehen?

8. Kann man in sehr kurzer Frist (z. B. in fünf bis zehn Tagen) eine Befragung beträchtlicher Teile der Feldarmee durchführen, um der Form entsprechendere und vollständigere Antworten auf die oben gestellten Fragen zu erhalten?

9. Ist zu hoffen, daß der Zwist mit den Ukrainern seine Schärfe einbüßen oder bei der Nachricht über die Annexionsforderungen der Deutschen sogar durch einen einmütigen Zusammenschluß der Kräfte abgelöst werden wird, oder ist zu erwarten, daß die Ukrainer die schwierigere Lage der Großrussen zur Verschärfung ihres Kampfes gegen die Großrussen ausnutzen werden?

10. Wenn die Armee abstimmen könnte, würde sie für einen sofortigen Frieden unter annexionistischen (Verlust aller besetzten Gebiete) und wirtschaftlich für Rußland außerordentlich schweren Bedingungen oder für die äußerste Anspannung der Kräfte zur Führung eines revolutionären Krieges, d. h. für den Widerstand gegen die Deutschen, sein?

Geschrieben Ende Dezember 1917.  
Veröffentlicht in den „Sapiski  
Instituta Lenina“, II, 1927.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 152/53.

## WIE SOLL MAN DEN WETTBEWERB ORGANISIEREN?

Die bürgerlichen Schriftsteller schrieben und schreiben ganze Berge von Papier voll, um die Konkurrenz, den privaten Unternehmungsgeist und sonstige prächtige Tugenden und Reize der Kapitalisten und der kapitalistischen Ordnung zu verherrlichen. Den Sozialisten wurde vorgeworfen, daß ihnen der Wille abgehe, die Bedeutung dieser Tugenden zu erkennen und der „Natur des Menschen“ Rechnung zu tragen. In Wirklichkeit aber hat der Kapitalismus längst die selbständige kleine Warenproduktion, unter der die Konkurrenz in einigermaßen *breitem* Ausmaß Unternehmungsgeist, Energie, kühne Initiative entwickeln konnte, durch die fabrikmäßige Produktion in Groß- und Riesenbetrieben, durch Aktiengesellschaften, Syndikate und andere Monopole ersetzt. Die Konkurrenz unter einem *solchen* Kapitalismus bedeutet eine unerhört brutale Unterdrückung des Unternehmungsgeistes, der Energie und der kühnen Initiative der *Massen* der Bevölkerung, der gigantischen Mehrheit der Bevölkerung, von neunundneunzig Prozent der Werktätigen, bedeutet ferner, auf den oberen Sprossen der sozialen Leiter, die Ersetzung des Wettbewerbs durch Finanzschwindel, Despotismus, Liebedienerei.

Der Sozialismus erstickt keineswegs den Wettbewerb, im Gegenteil, er schafft erstmalig die Möglichkeit, ihn wirklich auf *breiter* Grundlage, wirklich im *Massenumfange* anzuwenden, die Mehrheit der Werktätigen wirklich auf ein Tätigkeitsfeld zu führen, auf dem sie sich hervortun, ihre Fähigkeiten entfalten, jene Talente offenbaren können, die das Volk, einem unversiegbaren Quell gleich, hervorbringt und die der Kapitalismus zu Tausenden und Millionen zertreten, niedergehalten und erdrückt hat.

Jetzt, wo eine sozialistische Regierung an der Macht ist, besteht unsere Aufgabe darin, den Wettbewerb zu organisieren.

Die Nachläufer und Kostgänger der Bourgeoisie schilderten den Sozialismus als einförmige, eintönige, graue Staatskaserne. Die Lakaien des Geldsacks, die Soldknechte der Ausbeuter, die Herren bürgerlichen Intellektuellen „schreckten“ mit dem Sozialismus das Volk, das gerade

unter dem Kapitalismus zur Zwangsarbeit und zum Kasernendasein der übermäßigen, eintönigen Arbeit, zum Hungerdasein und schweren Elend verurteilt ist. Der erste Schritt zur Befreiung der Werktätigen von dieser Zwangsarbeit ist die Konfiskation der Ländereien der Gutsbesitzer, die Einführung der Arbeiterkontrolle, die Nationalisierung der Banken. Die nächsten Schritte werden sein: die Nationalisierung der Fabriken und Werke, der zwangsweise Zusammenschluß der gesamten Bevölkerung in Konsumgenossenschaften, die gleichzeitig Absatzgenossenschaften sind, die Einführung des Staatsmonopols für den Getreidehandel und für den Handel mit anderen notwendigen Bedarfsgegenständen.

Erst jetzt wird im wahrhaft breiten Massenausmaß die Möglichkeit geschaffen, Unternehmungsgeist, Wettbewerb und kühne Initiative zu entfalten. Jede Fabrik, aus der der Kapitalist hinausgeworfen wurde oder wo er zumindest durch eine wirkliche Arbeiterkontrolle im Zaum gehalten wird, jedes Dorf, wo der Ausbeuter, der Gutsbesitzer, ausgeräuchert und sein Boden beschlagnahmt wurde, ist jetzt, erst jetzt zu einem Betätigungsfeld geworden, auf dem der Arbeitsmann sich hervortun, auf dem er den Rücken ein wenig geradebiegen, sich aufrichten und sich als Mensch fühlen kann. Zum erstenmal nach Jahrhunderten der Arbeit für andere, der unfreien Arbeit für die Ausbeuter, bietet sich ihm jetzt die Möglichkeit, *für sich selbst zu arbeiten*, und zwar zu arbeiten, gestützt auf alle Errungenschaften der modernen Technik und Kultur.

Natürlich kann diese in der Geschichte der Menschheit gewaltigste Ablösung der unfreien Arbeit durch die Arbeit für sich selbst nicht ohne Reibungen, Schwierigkeiten, Konflikte, nicht ohne Gewaltanwendung gegenüber den eingefleischten Schmarotzern und ihrem Anhang vor sich gehen. Darüber macht sich kein einziger Arbeiter Illusionen: die in langen, langen Jahren der Zwangsarbeit für die Ausbeuter, die durch endlosen Hohn und Schimpf seitens der Ausbeuter abgehärteten und durch schwere Not gestählten Arbeiter und armen Bauern wissen, daß man Zeit braucht, um den Widerstand der Ausbeuter zu *brechen*. Die Arbeiter und Bauern sind nicht im geringsten von den sentimental Illusionen der Herren-Intelligenzler, dieser ganzen haltlosen Bande aus der „Nowaja Shisn“ u. a. angesteckt, die sich gegen die Kapitalisten heiser „schrien“, gegen sie „gestikulierten“, sie „verdonnerten“, um zu heulen und sich wie verprügelte junge Hunde zu benehmen, als es *zum Handeln*, zur Verwirklichung der Drohungen, zur praktischen Durchführung des *Sturzes* der Kapitalisten kam.

Die gewaltige Ablösung der unfreien Arbeit durch die Arbeit für

sich selbst, durch die planmäßig organisierte Arbeit in gigantischem, gesamtstaatlichem Maßstab (in gewissem Maße auch im internationalen, im Weltmaßstab), erfordert außer „militärischen“ Maßnahmen zur Unterdrückung des Widerstands der Ausbeuter auch riesige *organisatorische* Anstrengungen des Proletariats und der armen Bauernschaft. Die organisatorische Aufgabe ist mit der Aufgabe der schonungslosen militärischen Niederhaltung der Sklavenhalter von gestern (der Kapitalisten) und der Meute ihrer Lakaien, der Herren bürgerlichen Intellektuellen, zu einem untrennbaren Ganzen verflochten. Wir waren immer die Organisatoren und Leiter, wir haben kommandiert — sagen und denken die Sklavenhalter von gestern und ihre Handlanger aus den Reihen der Intellektuellen —, wir wollen es auch weiter bleiben, wir werden dem „einfachen Volk“, den Arbeitern und Bauern, nicht gehorchen, wir werden uns ihnen nicht unterordnen, wir werden unser Wissen in eine Waffe zur Verteidigung der Vorrechte des Geldsacks und der Herrschaft des Kapitals über das Volk verwandeln.

So reden, denken und handeln die Bourgeois und die bürgerlichen Intellektuellen. Vom *egoistischen* Standpunkt ist ihr Verhalten begreiflich: den Speichelleckern und Kostgängern der fronherrlichen Gutsbesitzer, den Pfaffen, Amtsschreibern, den Beamten, wie sie Gogol schilderte, den „Intellektuellen“, die Bjelinski<sup>39</sup> haßten, fiel es ebenfalls „schwer“, sich von der Leibeigenschaft zu trennen. Aber die Sache der Ausbeuter und ihres Intellektuellentrosses ist eine aussichtslose Sache. Die Arbeiter und Bauern brechen ihren Widerstand — leider noch nicht entschieden, energisch und rücksichtslos genug — *und werden ihn endgültig brechen.*

„Sie“ glauben, daß das „einfache Volk“, die „einfachen“ Arbeiter und armen Bauern, mit der gewaltigen, im weltgeschichtlichen Sinne des Wortes wahrhaft heroischen Aufgabe organisatorischen Charakters, vor die die sozialistische Revolution die Werktätigen gestellt hat, nicht fertig werden. „Ohne uns werden sie nicht auskommen“, trösten sich die Intellektuellen, die gewohnt sind, den Kapitalisten und dem kapitalistischen Staat zu dienen. Ihre dreisten Erwartungen werden sich nicht erfüllen: es gibt jetzt schon gebildete Menschen, die ihnen den Rücken kehren, die auf die Seite des Volkes, auf die Seite der Werktätigen treten und diesen helfen, den Widerstand der Lakaien des Kapitals zu brechen. Organisatorische Talente aber gibt es unter der Bauernschaft und der Arbeiterklasse eine Menge, und diese Talente beginnen eben erst sich ihrer selbst bewußt zu werden, zu erwachen, nach lebendiger, schöpferischer, großer Arbeit zu streben, den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft selbständig in Angriff zu nehmen.

Eine der wichtigsten Aufgaben, wenn nicht die wichtigste, besteht jetzt darin, diese selbständige Initiative der Arbeiter und überhaupt aller Werktätigen und Ausgebeuteten bei der schöpferischen *organisatorischen* Arbeit in möglichst breitem Umfange zu entwickeln. Mit dem alten, *albernen*, unsinnigen, schändlichen und niederträchtigen Vorurteil, nur die sogenannten „höheren Klassen“, nur die Reichen oder diejenigen, die die Schule der reichen Klassen durchgemacht haben, seien imstande, den Staat zu verwalten, den organisatorischen Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu leiten, muß unter allen Umständen gebrochen werden.

Das ist ein Vorurteil. Aufrechterhalten wird es durch den faulen Hang am Alten, die Verknöcherung, die sklavische Gewohnheit und noch mehr durch den schmutzigen Eigennutz der Kapitalisten, die daran interessiert sind, zu regieren und dabei zu plündern — zu plündern und dabei zu regieren. Nein! Die Arbeiter werden keinen Augenblick vergessen, daß ihnen die Macht des Wissens not tut. Der ungewöhnliche Drang nach Bildung, den die Arbeiter an den Tag legen, gerade jetzt an den Tag legen, ist ein Beweis dafür, daß man sich in dieser Hinsicht im Proletariat keinem Irrtum hingibt noch hingeben kann. Der Arbeit eines *Organisators* ist aber auch der *einfache* Arbeiter und Bauer gewachsen, der lesen und schreiben kann, der Menschenkenntnis und praktische Erfahrung besitzt. Unter dem „einfachen Volk“, von dem die bürgerlichen Intellektuellen so hochmütig und geringschätzig reden, gibt es eine *Masse* solcher Leute. Die Arbeiterklasse und die Bauernschaft ist ein noch unberührter und reichhaltiger Quell solcher Talente.

Die Arbeiter und Bauern sind noch „zaghaft“, sie haben sich noch nicht daran gewöhnt, daß sie jetzt die *herrschende* Klasse sind, sie sind noch nicht entschlossen genug. Diese Eigenschaften konnte der Umsturz in Millionen und aber Millionen Menschen, die ihr ganzes Leben lang durch Hunger und Not gezwungen waren, unter der Fuchtel zu arbeiten, nicht *mit einem Schlage* hervorrufen. Aber gerade darin besteht die Stärke, darin besteht die Lebensfähigkeit, darin besteht die Unbesiegbarkeit der Oktoberrevolution von 1917, daß sie diese Eigenschaften *weckt*, alle alten Hindernisse beseitigt, die morschen Fesseln sprengt, die Werktätigen auf den Weg des *selbständigen* schöpferischen Aufbaus eines neuen Lebens führt.

Rechnungsführung und Kontrolle — das ist die *wichtigste* wirtschaftliche Aufgabe eines jeden Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten, einer jeden Konsumgenossenschaft, eines jeden Versorgungsverbandes oder -ausschusses, eines jeden Betriebsrats oder Organs der Arbeiterkontrolle überhaupt.

Der Kampf gegen die alte Gewohnheit — das Arbeitsmaß und die Produktionsmittel vom Standpunkt des unfreien Menschen zu betrachten, der danach strebt, eine Last mehr loszuwerden, der *Bourgeoisie* wenigstens einen Happen zu entreißen —, dieser Kampf ist unerläßlich. Diesen Kampf haben die fortgeschrittenen klassenbewußten Arbeiter bereits dadurch begonnen, daß sie jenen Neulingen unter den Arbeitern eine entschiedene Abfuhr erteilen, die während des Krieges besonders zahlreich in die Fabriken gekommen sind, und die sich jetzt zur Fabrik des *Volkes*, zur Fabrik, die Eigentum des Volkes geworden ist, so verhalten wollen, wie sie es früher getan haben, als sie nur den einen Gedanken kannten, „möglichst viel herauszuschlagen und sich davonzumachen“. Alle selbstbewußten, ehrlichen, denkenden Elemente der Bauernschaft und der werktätigen Massen werden in diesem Kampfe auf die Seite der fortgeschrittenen Arbeiter treten.

Die Rechnungsführung und Kontrolle, wenn sie von den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten als der obersten Staatsmacht oder auf Anweisung, im Auftrage *dieser* Staatsmacht durchgeführt werden; die allorts durchzuführende, allgemeine und universelle Rechnungsführung und Kontrolle; die Rechnungsführung und Kontrolle über die Arbeitsmenge und über die Verteilung der Erzeugnisse — darin besteht das *Wesen* der sozialistischen Umgestaltung, nachdem die politische Herrschaft des Proletariats begründet und gesichert worden ist.

Die Rechnungsführung und Kontrolle, die für den Übergang zum Sozialismus notwendig sind, können nur das Werk der Massen sein. Nur durch die freiwillige und gewissenhafte, mit revolutionärem Enthusiasmus geleistete Mitarbeit der *Massen* der Arbeiter und Bauern an der Rechnungsführung und Kontrolle *über die Reichen, die Gauner, die Schmarotzer und Rowdys* ist es möglich, diese Überbleibsel der fluchbeladenen kapitalistischen Gesellschaft, diesen Auswurf der Menschheit, diese rettungslos verfaulten und verkommenen Elemente, diese Seuche, diese Pest, diese Eiterbeule zu besiegen, die der Kapitalismus dem Sozialismus als Erbschaft hinterlassen hat.

Arbeiter und Bauern! Werktätige und Ausgebeutete! Der Grund und Boden, die Banken, die Fabriken, die Werke sind Eigentum des ganzen Volkes geworden! Nehmt *selbst* die Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse in die Hand — darin und *nur* darin liegt der Weg zum Siege des Sozialismus, die Bürgschaft für seinen Sieg, die Bürgschaft für den Sieg über jede Ausbeutung, über Not und Elend! Denn in Rußland ist genug Getreide, Eisen, Holz, Wolle, Baumwolle und Flachs für alle da.

Man muß nur die Arbeit und die Erzeugnisse richtig verteilen, man muß nur eine allgemeine *sachliche, praktische* Kontrolle des ganzen Volkes über diese Verteilung einführen und *nicht nur* in der Politik, sondern auch im *täglichen wirtschaftlichen* Leben die Volksfeinde, die Reichen und ihre Kostgänger, sodann die Gauner, Müßiggänger und Rowdys besiegen.

Für diese Feinde des Volkes, für diese Feinde des Sozialismus und der Werktätigen darf es keine Schonung geben. Kampf auf Leben und Tod gegen die Reichen und ihre Kostgänger, die bürgerlichen Intellektuellen, gegen die Gauner, Rowdys und Müßiggänger. Die einen wie die anderen, diese wie jene, sind leibliche Brüder, Sprößlinge des Kapitalismus, Söhnchen der feudalen und der bürgerlichen Gesellschaft, einer Gesellschaft, in der ein kleines Häuflein das Volk ausplünderte und das Volk verhöhnte, einer Gesellschaft, in der Not und Elend Tausende und aber Tausende auf den Weg des Rowdytums, der Bestechlichkeit, der Gaunerei stieß und sie aller menschlichen Züge beraubte, einer Gesellschaft, in der unvermeidlich bei den Werktätigen das Bestreben entwickelt wurde: der Ausbeutung zu entrinnen, sei es auch durch Betrug, sich herauszuwinden, die widerwärtige Arbeit loszuwerden, sei es auch für einen Augenblick, auf irgendeine Weise, koste es, was es wolle, wenigstens ein Stück Brot herauszuschlagen, um nicht zu hungern, um nicht samt der Familie am Hungertuche zu nagen.

Die Reichen und die Gauner — das sind zwei Seiten ein und derselben Medaille, zwei Hauptarten von *Parasiten*, die der Kapitalismus großgezogen hat, sie sind die Hauptfeinde des Sozialismus; diese Feinde müssen unter die besondere Aufsicht der ganzen Bevölkerung gestellt werden; gegen sie muß rücksichtslos vorgegangen werden, sobald sie die Regeln und Gesetze der sozialistischen Gesellschaft auch nur im geringsten übertreten. Jede Schwäche, jedes Schwanken, jede Sentimentalität in dieser Hinsicht wäre das größte Verbrechen am Sozialismus.

Um die sozialistische Gesellschaft vor diesen Parasiten zu sichern, muß man eine allgemeine, von Millionen und aber Millionen Arbeitern und Bauern freiwillig, energisch, mit revolutionärem Enthusiasmus durchgeführte Rechnungsführung und Kontrolle des Volkes über die Menge der Arbeit, die Herstellung und die Verteilung der Erzeugnisse organisieren. Um aber diese Rechnungsführung und Kontrolle zu organisieren, die jedem ehrlichen, verständigen und tüchtigen Arbeiter und Bauern *durchaus zugänglich* sind, denen er durchaus gewachsen ist, muß man die aus den Reihen der Arbeiter und Bauern selbst hervorgehenden organisatorischen Talente zum Leben erwecken, muß man



unter ihnen den *Wettbewerb* auf dem Gebiete der organisatorischen Erfolge entfachen und im gesamtstaatlichen Maßstabe in Gang bringen, müssen die Arbeiter und Bauern klar den Unterschied erkennen zwischen dem notwendigen Ratschlag des gebildeten Menschen und der notwendigen Kontrolle des „einfachen“ Arbeiters und Bauern über die *Schlamperei*, die bei den „Gebildeten“ eine so gewöhnliche Erscheinung ist.

Diese Schlamperei, Nachlässigkeit, Unordentlichkeit, Ungenauigkeit, die nervöse Hast, die Neigung, Taten durch Diskussionen, Arbeit durch Gerede zu ersetzen, diese Neigung, alles in der Welt anzufangen und nichts zu Ende zu führen, ist eine jener Eigenschaften der „Gebildeten“, die sich keineswegs aus ihrer schlechten Natur und noch weniger aus Böswilligkeit, sondern aus allen ihren Lebensgewohnheiten, ihren Arbeitsverhältnissen, ihrer Übermüdung, der abnormalen Trennung der geistigen Arbeit von der körperlichen usw. usf. ergeben.

Unter den Fehlern, Mängeln, Mißgriffen unserer Revolution spielen jene Fehler usw. eine nicht geringe Rolle, die durch diese bedauerlichen — aber im gegebenen Augenblick unvermeidlichen — Eigenschaften der Intellektuellen aus unserer Mitte und durch das *Fehlen* einer genügenden Kontrolle der Arbeiter über die *organisatorische* Arbeit der Intellektuellen hervorgerufen werden.

Die Arbeiter und Bauern sind noch „zaghaft“. Von dieser „Zaghaftigkeit“ müssen sie sich befreien und werden sie sich *zweifellos* befreien. Ohne Ratschläge, ohne Anleitung durch die Gebildeten, die Intellektuellen, die Fachleute, kann man nicht auskommen. Jeder halbwegs verständige Arbeiter und Bauer versteht diese ihre Überlegenheit, und die Intellektuellen in unserer Mitte können sich nicht über Mangel an Aufmerksamkeit und kameradschaftlicher Achtung seitens der Arbeiter und Bauern beklagen. Aber Ratschläge und Anleitungen sind eine Sache — und Organisation der *praktischen* Rechnungsführung und Kontrolle sind eine andere Sache. Die Intellektuellen geben sehr oft ausgezeichnete Ratschläge und Anleitungen, es ist jedoch geradezu lächerlich, *absurd*, schändlich, wie unbeholfen, wie unfähig sie sind, diese Ratschläge und Anleitungen tatsächlich *durchzuführen* und eine *praktische Kontrolle* darüber zu schaffen, daß das Wort auch zur Tat werde.

Hier kann man auf keinen Fall ohne die Hilfe und *ohne die führende Rolle* der praktischen Organisatoren „aus dem Volke“, aus den Reihen der Arbeiter und werktätigen Bauern auskommen. „Nicht Götter brennen die Tontöpfe!“ Diese Wahrheit müssen sich die Arbeiter und Bauern ganz besonders fest einprägen. Sie müssen begreifen, daß

jetzt alles auf die *Praxis* ankommt, daß gerade jener geschichtliche Augenblick eingetreten ist, wo die Theorie in die Praxis umgesetzt wird, durch die Praxis belebt, durch die Praxis korrigiert, durch die Praxis erprobt wird, wo die Marxschen Worte sich besonders bewahrheiten: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme“<sup>40</sup>, — jeder Schritt der praktischen, wirklichen Zügelung und Beschränkung, der restlosen Registrierung und Überwachung der Reichen und Gauner ist wichtiger als ein Dutzend ausgezeichnete Betrachtungen über den Sozialismus. Denn „grau, teurer Freund, ist alle Theorie, und grün des Lebens goldner Baum“.

Es gilt, einen Wettbewerb der praktischen Organisatoren aus den Reihen der Arbeiter und Bauern untereinander zu organisieren. Jede Schablonisierung und jeder Versuch, von oben eine Einförmigkeit festzulegen, wozu die Intellektuellen so sehr neigen, muß bekämpft werden. Mit dem demokratischen und sozialistischen Zentralismus hat weder das Schablonisieren noch das Festlegen der Einförmigkeit von oben irgend etwas gemein. Die Einheit im grundlegenden, im wichtigsten, im wesentlichen wird nicht gestört, sondern gesichert durch die *Mannigfaltigkeit* der Einzelheiten, der lokalen Besonderheiten, der Methoden des *Heran-gehens* an die Dinge, der *Methoden* der Durchführung der Kontrolle, der *Wege* zur Ausrottung und Unschädlichmachung der Parasiten (der Reichen und Gauner, der Schlampigen und Hysterischen unter der Intelligenz usw. usf.).

Die Pariser Kommune war ein großes Vorbild dafür, wie Initiative, Selbständigkeit, Freiheit der Bewegung, Schwungkraft von unten mit einem freiwilligen, dem Schablonenhaften fremden Zentralismus gepaart werden können. Unsere Sowjets gehen denselben Weg. Aber sie sind noch „zaghaf“, sie haben noch nicht den richtigen Schwung, haben sich noch nicht in ihre neue, große, schöpferische Arbeit zur Schaffung der sozialistischen Ordnung „hineingekniet“. Die Sowjets müssen mit größerer Kühnheit und Initiative an die Arbeit gehen. Jede „Kommune“, — jede beliebige Fabrik, jedes beliebige Dorf, jede beliebige Konsumgenossenschaft, jeder beliebige Versorgungsausschuß — sie alle müssen, untereinander in *Wettbewerb* stehend, als praktische Organisatoren der Rechnungsführung und Kontrolle über die Arbeit und die Verteilung der Erzeugnisse auftreten. Das Programm dieser Rechnungsführung und Kontrolle ist einfach, klar, jedem verständlich: jeder soll Brot haben, alle sollen feste Schuhe und ganze Kleidung tragen, eine warme Wohnung haben, gewissenhaft arbeiten, kein einziger Gauner (auch keiner von denen, die sich vor der Arbeit drücken) darf frei herumspazieren, sondern muß im Gefängnis sitzen oder als

Strafe schwerste Zwangsarbeit verrichten; kein einziger Reicher, der die Regeln und Gesetze des Sozialismus verletzt, darf dem Schicksal des Gauners entgehen, das mit Recht das Schicksal des Reichen werden muß. „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen!“ — das ist das *praktische* Gebot des Sozialismus. Das ist es, was in der *Praxis* durchgeführt werden muß. Auf solche *praktischen* Erfolge sollen unsere „Kommunen“ und unsere Organisatoren aus den Reihen der Arbeiter und Bauern und um so mehr aus den Reihen der Intellektuellen stolz sein (um so *mehr*, weil sie sich *zu sehr*, *allzusehr* daran gewöhnt haben, auf ihre allgemeinen Anweisungen und Resolutionen stolz zu sein).

Tausenderlei Formen und Methoden der Rechnungsführung und Kontrolle in der Praxis über die Reichen, über die Gauner und Müßiggänger müssen von den Kommunen selbst, von den kleinen Zellen in Stadt und Land ausgearbeitet und in der Praxis erprobt werden. Mannigfaltigkeit ist hier eine Bürgschaft für Lebensfähigkeit, eine Gewähr für den Erfolg bei der Erreichung des gemeinsamen, einheitlichen Ziels: der *Säuberung* der russischen Erde von allen schädlichen Insekten, von den Flöhen — den Gaunern, von den Wanzen — den Reichen usw. usf. An einem Ort wird man zehn Reiche, ein Dutzend Gauner, ein halbes Dutzend Arbeiter, die sich vor der Arbeit drücken (ebenso fliegelhaft wie viele Setzer in Petrograd, besonders in den Partei-druckereien), ins Gefängnis stecken. An einem anderen Ort wird man sie die Klosetts reinigen lassen. An einem dritten Ort wird man ihnen nach Abbüßung ihrer Freiheitsstrafe gelbe Pässe aushändigen, damit das ganze Volk sie bis zu ihrer Besserung als *schädliche* Elemente überwache. An einem vierten Ort wird man einen von zehn, die sich des Müßigganges schuldig machen, auf der Stelle erschießen. An einem fünften Ort wird man eine Kombination verschiedener Mittel ersinnen und z. B. durch eine bedingte Freilassung eine rasche Besserung jener Elemente unter den Reichen, den bürgerlichen Intellektuellen, den Gaunern und Rowdys erzielen, die der Besserung fähig sind. Je mannigfaltiger, desto besser, desto reicher wird die allgemeine Erfahrung sein, desto sicherer und rascher wird der Erfolg des Sozialismus sein, desto leichter wird die Praxis — denn nur die Praxis ist dazu imstande — die *besten* Methoden und Mittel des Kampfes ausarbeiten.

In welcher Kommune, in welchem Viertel einer großen Stadt, in welcher Fabrik, in welchem Dorfe gibt es *keine* Hungrigen, *keine* Arbeitslosen, *keine* reichen Müßiggänger, *keine* Halunken, Lakaieri der Bourgeoisie, Saboteure, die sich Intellektuelle nennen? Wo ist mehr getan worden für die Steigerung der Produktivität der Arbeit, für den Bau neuer guter Häuser für die Armen, für ihre Unterbringung in den Häusern

der Reichen, für die regelmäßige Versorgung aller Kinder der armen Familien mit je einer Flasche Milch? Das sind die Fragen, um die sich der *Wettbewerb* der Kommunen, der Gemeinden, der Konsum- und Produktivgenossenschaften, der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten entfalten muß. Das ist die Arbeit, bei der in der *Praxis* die *organisatorischen Talente* hervortreten und sich zur Teilnahme an der Verwaltung des ganzen Staates emporarbeiten müssen. Es gibt viele solcher Talente im Volke. Sie sind nur niedergehalten worden. Man muß ihnen helfen, sich zu entfalten. *Sie und nur sie* können mit Unterstützung der Massen Rußland und die Sache des Sozialismus retten.

Geschrieben am 7.—10. Januar 1918

(25.—28. Dezember 1917).

Veröffentlicht in der Zeitung

„Práwda“ Nr. 17, 20. Januar 1929.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,

Bd. XXII, S. 160—170.

## **ENTWURF DER DEKLARATION DER RECHTE DES WERKTÄTIGEN UND AUSGEBEUTETEN VOLKES<sup>41</sup>**

Die Konstituierende Versammlung beschließt:

I. 1. Rußland wird zu einer Republik der Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten erklärt. Die gesamte zentrale und lokale Staatsmacht gehört diesen Sowjets.

2. Die Sowjetrepublik Rußland wird auf Grund eines freien Bundes freier Nationen, als Föderation nationaler Sowjetrepubliken errichtet.

II. Die Konstituierende Versammlung sieht ihre Hauptaufgabe in der Abschaffung jeder Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, in der völligen Aufhebung der Teilung der Gesellschaft in Klassen, in der schonungslosen Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter, in der Schaffung einer sozialistisch organisierten Gesellschaft und im Sieg des Sozialismus in allen Ländern und beschließt ferner:

1. Das Privateigentum an Grund und Boden wird aufgehoben. Der gesamte Grund und Boden mit allen Baulichkeiten, allem Inventar und allem sonstigen Zubehör der landwirtschaftlichen Produktion wird zum Eigentum des gesamten werktätigen Volkes erklärt.

2. Zur Sicherung der Herrschaft des werktätigen Volkes über die Ausbeuter und als erster Schritt zum völligen Übergang der Fabriken, Werke, Bergwerke, Eisenbahnen und sonstigen Produktions- und Verkehrsmittel in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates wird das von den Sowjets erlassene Gesetz über die Arbeiterkontrolle und über den Obersten Volkswirtschaftsrat bestätigt.

3. Der Übergang aller Banken in das Eigentum des Arbeiter- und Bauernstaates, als eine der Vorbedingungen für die Befreiung der werktätigen Massen vom Joch des Kapitals, wird bestätigt.

4. Um die parasitären Schichten der Gesellschaft zu beseitigen, wird die allgemeine Arbeitsdienstpflicht eingeführt.

5. Um den werktätigen Massen die unumschränkte Macht zu sichern und jede Möglichkeit einer Wiederherstellung der Macht der Ausbeuter

auszuschließen, wird die Bewaffnung der Werktätigen, die Bildung einer sozialistischen Roten Armee der Arbeiter und Bauern und die völlige Entwaffnung der besitzenden Klassen dekretiert.

III. 1. Die Konstituierende Versammlung gibt ihrer unerschütterlichen Entschlossenheit Ausdruck, die Menschheit den Klauen des Finanzkapitals und des Imperialismus zu entreißen, die in diesem verbrecherischsten aller Kriege die Erde mit Strömen von Blut getränkt haben, und billigt restlos die von der Sowjetmacht durchgeführte Politik der Zerreißung der Geheimverträge, der Organisierung der breitesten Verbrüderung mit den Arbeitern und Bauern der gegenwärtig gegeneinander Krieg führenden Armeen sowie des um jeden Preis und mit revolutionären Maßnahmen zu erzielenden demokratischen Friedens zwischen den Völkern, eines Friedens ohne Annexionen und Kontributionen, auf der Grundlage der freien Selbstbestimmung der Nationen.

2. Zu demselben Zweck besteht die Konstituierende Versammlung auf dem völligen Bruch mit der barbarischen Politik der bürgerlichen Zivilisation, die den Wohlstand der Ausbeuter einiger weniger ausgewählter Nationen auf der Versklavung der hunderte Millionen zählenden werktätigen Bevölkerung in Asien, in den Kolonien überhaupt und in den kleinen Ländern begründete.

Die Konstituierende Versammlung begrüßt die Politik des Rates der Volkskommissare, der die völlige Unabhängigkeit Finnlands proklamiert, mit der Zurückziehung der Truppen aus Persien begonnen und die Freiheit der Selbstbestimmung Armeniens verkündet hat.

3. Als ersten Schlag gegen das internationale Bank- und Finanzkapital betrachtet die Konstituierende Versammlung das Sowjetgesetz über die Annullierung (Nichtigkeitserklärung) der Anleihen, die von den Regierungen des Zaren, der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie aufgenommen wurden, und gibt ihrer Zuversicht Ausdruck, daß die Sowjetmacht auf diesem Wege entschlossen fortschreiten wird bis zum vollen Sieg des internationalen Arbeiteraufstandes gegen das Joch des Kapitals.

IV. In Anbetracht des Umstandes, daß die Konstituierende Versammlung auf Grund von Kandidatenlisten gewählt worden ist, die von den Parteien vor der Oktoberrevolution aufgestellt wurden, als das Volk noch nicht imstande war, sich in seiner ganzen Masse gegen die Ausbeuter zu erheben, als es die ganze Stärke des Widerstandes der Ausbeuter bei der Verteidigung ihrer Klassenprivilegien nicht kannte und den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft praktisch noch nicht in Angriff genommen hatte — in Anbetracht dieses Umstandes würde es die Konstituierende Versammlung selbst vom formalen Stand-

punkt aus für grundfalsch halten, sich der Sowjetmacht gegenüberzustellen.

Im Wesen der Sache ist die Konstituierende Versammlung der Auffassung, daß jetzt, im Augenblick des letzten Kampfes des Volkes gegen seine Ausbeuter, die Ausbeuter in kein einziges Organ der Staatsmacht zugelassen werden können. Die Macht muß gänzlich und ausschließlich den werktätigen Massen und ihrer bevollmächtigten Vertretung — den Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten — gehören.

Die Konstituierende Versammlung, die die Sowjetmacht und die Dekrete des Rates der Volkskommissare unterstützt, erachtet, daß ihre Aufgaben mit der Festlegung der grundlegenden Richtlinien für die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft erschöpft sind.

Zugleich bestrebt, ein wirklich freies und freiwilliges und folglich um so engeres und festeres Bündnis der werktätigen Klassen aller Nationen Rußlands herzustellen, beschränkt die Konstituierende Versammlung ihre Aufgabe auf die Festlegung der Hauptgrundsätze der Föderation der Sowjetrepubliken Rußlands und überläßt es den Arbeitern und Bauern jeder Nation, selbständig auf ihrem eigenen souveränen Sowjetkongreß zu beschließen, ob und auf welcher Grundlage sie sich an der föderativen Regierung und an den übrigen föderativen Sowjetinstitutionen beteiligen wollen.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 2, 17. (4.) Januar 1918.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 175—177.

## ENTWURF DES DEKRETS ÜBER DIE AUFLÖSUNG DER KONSTITUIERENDEN VERSAMMLUNG<sup>42</sup>

Die russische Revolution hat von ihrem Anbeginn an die Sowjets der Arbeiter-, Soldaten- und Bauerndeputierten hervorgebracht als Massenorganisation aller werktätigen und ausgebeuteten Klassen, als die Organisation, die allein imstande ist, den Kampf dieser Klassen für ihre völlige politische und wirtschaftliche Befreiung zu leiten.

Im Laufe der ganzen ersten Periode der russischen Revolution mehrten sich die Sowjets, sie wuchsen und erstarkten, sie überwandten auf Grund der eigenen Erfahrungen die Illusionen des Paktierens mit der Bourgeoisie, sie erkannten, daß die Formen des bürgerlich-demokratischen Parlamentarismus trügerisch sind, und zogen praktisch die Schlußfolgerung, daß die Befreiung der unterdrückten Klassen unmöglich ist ohne den Bruch mit diesen Formen und mit jedwedem Paktieren. Ein solcher Bruch war die Oktoberrevolution, die die ganze Macht in die Hände der Sowjets legte.

Die Konstituierende Versammlung, gewählt auf Grund von Kandidatenlisten, die vor der Oktoberrevolution aufgestellt worden waren, brachte das alte politische Kräfteverhältnis zum Ausdruck, aus einer Zeit, als die Paktierer und die Kadetten an der Macht waren. Das Volk konnte damals, als es für die Kandidaten der Partei der Sozialrevolutionäre stimmte, nicht zwischen den rechten Sozialrevolutionären, den Anhängern der Bourgeoisie, und den linken Sozialrevolutionären, den Anhängern des Sozialismus, seine Wahl treffen. So kam es, daß sich diese Konstituierende Versammlung, die die Krönung der bürgerlichen parlamentarischen Republik sein sollte, der Oktoberrevolution und der Sowjetmacht unvermeidlich in den Weg stellen mußte.

Die Oktoberrevolution rief dadurch, daß sie den Sowjets und durch die Sowjets den werktätigen und ausgebeuteten Klassen die Macht gab, den verzweifelten Widerstand der Ausbeuter hervor und offenbarte sich bei der Unterdrückung dieses Widerstands vollauf als Beginn der sozialistischen Revolution. Die werktätigen Klassen mußten sich auf Grund der eigenen Erfahrung davon überzeugen, daß sich der alte bürgerliche Parlamentarismus überlebt hat, daß er mit den Aufgaben der Verwirklichung des Sozialismus absolut unvereinbar ist, daß nicht gesamt-nationale, sondern nur Klasseninstitutionen (wie es die Sowjets sind) imstande sind, den Widerstand der besitzenden



Klassen zu brechen und das Fundament der sozialistischen Gesellschaft zu legen. Jeder Verzicht auf die uneingeschränkte Macht der Sowjets, auf die vom Volke eroberte Sowjetrepublik zugunsten des bürgerlichen Parlamentarismus und der Konstituierenden Versammlung wäre jetzt ein Schritt rückwärts, würde den Zusammenbruch der ganzen Oktoberrevolution der Arbeiter und Bauern bedeuten.

Die am 5. Januar zusammengetretene Konstituierende Versammlung brachte aus den obenerwähnten Gründen der Partei der rechten Sozialrevolutionäre, der Partei Kerenskis, Awxentjews und Tschernows, die Mehrheit. Natürlich hat diese Partei es abgelehnt, den absolut genauen, klaren, jede Mißdeutung ausschließenden Antrag des Zentralexekutivkomitees der Sowjets, des obersten Organs der Sowjetmacht, zur Beratung zu stellen, das Programm der Sowjetmacht, die „Deklaration der Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ sowie die Oktoberrevolution und die Sowjetmacht anzuerkennen. Damit hat die Konstituierende Versammlung alle Bande zwischen sich und der Sowjetrepublik Rußland zerrissen. Es war daher unvermeidlich, daß die Fraktion der Bolschewiki und die der linken Sozialrevolutionäre, die jetzt offenkundig die ungeheure Mehrheit in den Sowjets bilden und das Vertrauen der Arbeiter und der Mehrheit der Bauern genießen, diese Konstituierende Versammlung verließen.

In der Tat führen die Parteien der rechten Sozialrevolutionäre und Menschewiki außerhalb der Konstituierenden Versammlung den erbittertsten Kampf gegen die Sowjetmacht, fordern in ihrer Presse offen zum Sturz der Sowjetmacht auf, bezeichnen die zur Befreiung von der Ausbeutung notwendige, gewaltsame Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter durch die werktätigen Klassen als Willkür und Ungesetzlichkeit, nehmen die im Dienste des Kapitals stehenden Saboteure in Schutz und gehen so weit, daß sie unverhüllt zum Terror aufrufen, mit dessen Anwendung „unbekannte Gruppen“ bereits begonnen haben. Es ist klar, daß der übriggebliebene Teil der Konstituierenden Versammlung infolgedessen nur die Rolle einer Kulisse spielen könnte, hinter der der Kampf der Konterrevolutionäre für den Sturz der Sowjetmacht vor sich gehen würde.

Deshalb beschließt das Zentralexekutivkomitee:

Die Konstituierende Versammlung wird aufgelöst.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Iswestija des ZEK“ Nr. 5,  
7. Januar 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 189/90.

## THESEN ÜBER DEN SOFORTIGEN ABSCHLUSS EINES ANNEXIONISTISCHEN SEPARATFRIEDENS

1. Die Lage der russischen Revolution im gegenwärtigen Augenblick ist derart, daß fast alle Arbeiter und die gewaltige Mehrheit der Bauern zweifellos auf der Seite der Sowjetmacht und der von ihr begonnenen sozialistischen Revolution stehen. Insofern ist der Erfolg der sozialistischen Revolution in Rußland gesichert.

2. Gleichzeitig hat der Bürgerkrieg, der durch den wütenden Widerstand der besitzenden Klassen hervorgerufen wurde, die sehr gut begriffen haben, daß sie vor dem letzten und entscheidenden Kampf um die Erhaltung des Privateigentums an Grund und Boden und den Produktionsmitteln stehen, seinen Höhepunkt noch nicht erreicht. Der Sieg der Sowjetmacht in diesem Kampfe ist sicher, aber unvermeidlich wird noch eine gewisse Zeit vergehen, unvermeidlich wird eine große Anspannung der Kräfte erforderlich sein, wird eine gewisse Periode der akuten Zerrüttung und des Chaos, die die Folge eines jeden Krieges, besonders eines Bürgerkrieges sind, unvermeidlich sein — bis der Widerstand der Bourgeoisie gebrochen sein wird.

3. Außerdem hat sich dieser Widerstand in seinen weniger aktiven und nichtmilitärischen Formen: Sabotage, Bestechung des Lumpenproletariats, Bestechung der Agenten der Bourgeoisie, die sich in die Reihen der Sozialisten einschleichen, um deren Sache zugrunde zu richten usw. usf., als so hartnäckig und fähig erwiesen, so verschiedenartige Formen anzunehmen, daß der Kampf gegen diesen Widerstand sich unvermeidlich noch eine Zeitlang hinziehen und in seinen Hauptformen wohl kaum vor einigen Monaten beendet sein wird. Aber ohne einen entscheidenden Sieg über diesen passiven und versteckten Widerstand der Bourgeoisie und ihrer Anhänger ist ein Erfolg der sozialistischen Revolution unmöglich.

4. Schließlich sind die organisatorischen Aufgaben der sozialistischen Umgestaltung in Rußland so gewaltig und so schwierig, daß zu ihrer Lösung — bei der Unmenge von kleinbürgerlichen Mitläufern des

sozialistischen Proletariats und bei seinem niedrigen Kulturniveau — ebenfalls eine recht beträchtliche Zeit notwendig ist.

5. Aus allen diesen Umständen zusammengenommen ergibt sich ganz klar, daß für den Erfolg des Sozialismus in Rußland eine gewisse Zeitspanne, nicht weniger als einige Monate, notwendig ist, in der die sozialistische Regierung völlig freie Hand haben muß für den Sieg über die Bourgeoisie zunächst im eigenen Lande und für die Inangriffnahme einer breit angelegten und gründlichen organisatorischen Arbeit unter den Massen.

6. Die Lage der sozialistischen Revolution in Rußland muß einer jeden Bestimmung der internationalen Aufgaben unserer Sowjetmacht zugrunde gelegt werden, denn die internationale Lage hat sich im vierten Kriegsjahre so gestaltet, daß der wahrscheinliche Augenblick des Ausbruchs der Revolution und des Sturzes irgendeiner der europäischen imperialistischen Regierungen (darunter auch der deutschen) sich überhaupt nicht berechnen läßt. Es besteht kein Zweifel, daß die sozialistische Revolution in Europa kommen muß und kommen wird. Alle unsere Hoffnungen auf den *endgültigen* Sieg des Sozialismus gründen sich auf dieser Überzeugung und dieser wissenschaftlichen Voraussicht. Unsere propagandistische Tätigkeit im allgemeinen und die Organisation der Verbrüderung im besonderen müssen gesteigert und entwickelt werden. Es wäre aber ein Fehler, die Taktik der sozialistischen Regierung in Rußland darauf aufzubauen, daß man festzustellen versucht, ob die europäische und insbesondere die deutsche sozialistische Revolution im nächsten Halbjahr (oder in einer ähnlichen kurzen Frist) ausbrechen werde oder nicht. Da man das auf keinen Fall bestimmen kann, so würden alle solche Versuche objektiv auf ein blindes Hasardspiel hinauslaufen.

7. Die Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk haben im gegenwärtigen Zeitpunkt, d. h. am 7. Januar 1918, ganz klar gezeigt, daß in der deutschen Regierung (die die übrigen Regierungen des Viererbundes vollkommen am Zügel hat) die Kriegspartei unbedingt die Oberhand gewonnen hat, die im Grunde genommen Rußland bereits ein Ultimatum gestellt hat (man kann und muß täglich auch mit der offiziellen Übergabe dieses Ultimatums rechnen). Der Inhalt des Ultimatums ist folgender: entweder Fortsetzung des Krieges oder annexionsistischer Frieden, d. h. ein Frieden unter der Bedingung, daß wir das ganze von uns besetzte Territorium abtreten, daß die Deutschen das *ganze* von ihnen besetzte Territorium behalten und uns eine Kontribution auferlegen (unter dem Deckmantel einer Bezahlung für den Unterhalt der Kriegsgefangenen), eine Kontribution von ungefähr

drei Milliarden *Rubel*, die im Laufe einiger Jahre bezahlt werden müssen.

8. Die sozialistische Regierung Rußlands steht vor der unaufschiebbaren Entscheidung der Frage, ob sie diesen annexionistischen Frieden jetzt annehmen oder sofort einen revolutionären Krieg beginnen soll. Irgendwelche Mittelwege sind hier im Grunde genommen ausgeschlossen. Ein weiterer Aufschub ist nicht mehr möglich; denn wir haben *bereits* alles Mögliche und Unmögliche getan, die Verhandlungen künstlich in die Länge zu ziehen.

9. Wenn wir die Argumente für einen sofortigen revolutionären Krieg betrachten, so stoßen wir vor allem auf das Argument, daß ein Separatfrieden jetzt objektiv ein Abkommen mit den deutschen Imperialisten, ein „imperialistischer Schacher“ usw. wäre, und daß folglich ein solcher Frieden einen völligen Bruch mit den Grundprinzipien des proletarischen Internationalismus bedeuten würde.

Aber dieses Argument ist offenkundig falsch. Arbeiter, die einen Streik verlieren und Bedingungen für die Arbeitsaufnahme unterzeichnen, die nicht für sie, sondern für die Kapitalisten günstig sind, begehen keinen Verrat am Sozialismus. Verrat am Sozialismus begehen nur diejenigen, die Vorteile für einen Teil der Arbeiter gegen Vorteile für die Kapitalisten eintauschen. Nur solche Abkommen sind prinzipiell unzulässig.

Wer den Krieg gegen den deutschen Imperialismus als Verteidigungskrieg, als gerechten Krieg bezeichnet, in Wirklichkeit aber von den englischen und französischen Imperialisten unterstützt wird und dem Volke die Geheimverträge mit ihnen verheimlicht, der begeht Verrat am Sozialismus. Wer dem Volke nichts verheimlicht, keinerlei Geheimverträge mit den Imperialisten schließt und, wenn im gegebenen Augenblick keine Kräfte für die Fortsetzung des Krieges vorhanden sind, sich einverstanden erklärt, Friedensbedingungen zu unterzeichnen, die für eine schwache Nation ungünstig, für eine Gruppe von Imperialisten günstig sind, begeht nicht den geringsten Verrat am Sozialismus.

10. Ein anderes Argument für den sofortigen Krieg besteht darin, daß wir durch einen Friedensschluß objektiv zu Agenten des deutschen Imperialismus werden, denn wir geben ihm die Möglichkeit, die Truppen von unserer Front und Millionen von Gefangenen freizubekommen, usw. Aber auch dieses Argument ist offenkundig falsch, denn ein revolutionärer Krieg im gegenwärtigen Augenblick würde uns objektiv zu Agenten des englischen und französischen Imperialismus machen und ihm Hilfskräfte für seine Zwecke geben. Die Engländer haben unserem Oberbefehlshaber Krylenko offen hundert Rubel monat-

lich für jeden unserer Soldaten angeboten, wenn wir den Krieg fortsetzen. Auch wenn wir von den Engländern und Franzosen keine Kopeke annehmen, werden wir ihnen doch objektiv helfen, indem wir einen Teil der deutschen Truppen fesseln.

Von diesem Gesichtspunkt reißen wir uns in beiden Fällen von der einen oder anderen imperialistischen Verbindung nicht völlig los, und es ist ganz klar, daß man sich nicht völlig losreißen kann, wenn man nicht den Weltimperialismus gestürzt hat. Die richtige Schlußfolgerung daraus ist, daß man seit dem Siege der sozialistischen Regierung in *einem* Lande die Fragen nicht von dem Standpunkt entscheiden darf, ob dieser oder jener Imperialismus vorzuziehen sei, sondern ausschließlich vom Standpunkt der besten Bedingungen für die Entwicklung und die Stärkung der sozialistischen Revolution, die bereits begonnen hat.

Mit anderen Worten: Wir müssen jetzt bei unserer Taktik nicht von dem Prinzip ausgehen, welcher von beiden imperialistischen Gruppen es jetzt vorteilhafter sei zu helfen, sondern davon, wie man am sichersten und besten der sozialistischen Revolution die Möglichkeit geben kann, sich zu festigen oder sich wenigstens in *einem* Lande so lange zu halten, bis andere Länder sich anschließen werden.

11. Man sagt, daß die deutschen Kriegsgegner unter den Sozialdemokraten jetzt „Defaitisten“ geworden seien und von uns verlangen, daß wir dem deutschen Imperialismus keine Zugeständnisse machen sollen. Wir haben jedoch den Defaitismus nur gegenüber der *eigenen* imperialistischen Bourgeoisie anerkannt, und einen Sieg über den ausländischen Imperialismus, einen Sieg, der in einem formellen oder faktischen Bündnis mit dem „befreundeten“ Imperialismus erreicht wird, haben wir stets als eine prinzipiell unzulässige und überhaupt untaugliche Methode abgelehnt.

Dieses Argument ist also nur eine Abart des vorhergehenden. Wenn die deutschen linken Sozialdemokraten uns vorschlagen wollten, den Separatfrieden auf eine *bestimmte* Frist hinauszuzögern, und uns eine revolutionäre Aktion in Deutschland zu dieser Frist garantierten, dann *könnte* die Frage anders gestellt werden. Aber die deutschen Linken sagen das nicht nur nicht, sondern, im Gegenteil, sie erklären in aller Form: „Haltet euch, solange ihr könnt, entscheidet aber die Frage vom Gesichtspunkt der Lage der *russischen* sozialistischen Revolution, denn wir können euch nichts Positives in bezug auf die deutsche Revolution versprechen.“

12. Man sagt, daß wir in einer Reihe von Erklärungen der Partei einen revolutionären Krieg direkt „versprochen“ haben und daß der Abschluß eines Separatfriedens ein Wortbruch sein werde.

Das ist nicht richtig. Wir haben davon gesprochen, daß eine sozialistische Regierung in der Epoche des Imperialismus einen revolutionären Krieg „vorbereiten und führen“ muß, wir haben davon gesprochen, um gegen den abstrakten Pazifismus, gegen die Theorie der völligen Ablehnung der „Vaterlandsverteidigung“ in der Epoche des Imperialismus und schließlich gegen die rein egoistischen Instinkte eines Teils der Soldaten anzukämpfen, aber wir haben nicht die Verpflichtung übernommen, einen revolutionären Krieg zu beginnen, ohne Rücksicht darauf, ob man ihn in diesem oder jenem Zeitpunkt führen kann.

Wir müssen auch jetzt unbedingt einen revolutionären Krieg *vorbereiten*. Wir halten dieses Versprechen, so wie wir es überhaupt mit allen unseren Versprechen, die man sofort durchführen konnte, getan haben: wir haben die Geheimverträge annulliert, haben allen Völkern einen gerechten Frieden angeboten, haben in jeder Weise und wiederholt die Friedensverhandlungen in die Länge gezogen, um den übrigen Völkern Zeit zum Anschluß zu lassen.

Aber die Frage, ob man *sofort, unmittelbar* einen revolutionären Krieg führen kann, muß man entscheiden, indem man ausschließlich die materiellen Bedingungen seiner Durchführbarkeit und die Interessen der bereits begonnenen sozialistischen Revolution in Rechnung stellt.

13. Faßt man die Beurteilung der Argumente für einen sofortigen revolutionären Krieg zusammen, so muß man zu der Schlußfolgerung kommen, daß eine solche Politik vielleicht dem Drang eines Menschen nach dem Schönen, Effektvollen und Blendenden entspricht, aber das objektive Verhältnis der Klassenkräfte und der materiellen Faktoren im gegenwärtigen Augenblick der begonnenen sozialistischen Revolution absolut nicht berücksichtigt.

14. Es besteht kein Zweifel, daß unsere Armee im gegenwärtigen Augenblick und in den nächsten Wochen (wahrscheinlich auch in den nächsten Monaten) absolut nicht imstande sein wird, eine deutsche Offensive erfolgreich abzuwehren: erstens, wegen der außerordentlichen Ermüdung und Erschöpfung der Mehrheit der Soldaten bei der unerhörten Zerrüttung des Ernährungswesens, der Unmöglichkeit der Ablösung der erschöpften Soldaten usw.; zweitens, wegen der völligen Untauglichkeit des Pferdebestandes, was unvermeidlich zum Verlust unserer Artillerie führen wird; drittens, weil es ganz unmöglich ist, die Küste von Riga bis Reval zu verteidigen, die dem Gegner die beste Möglichkeit gibt, den übrigen Teil Livlands, dann Estland zu erobern und einen großen Teil unserer Truppen im Rücken zu umgehen und schließlich Petrograd zu nehmen.

15. Ferner besteht auch kein Zweifel, daß die bäuerliche Mehrheit

unserer Armee im gegenwärtigen Augenblick sich unbedingt für einen annexionistischen Frieden aussprechen würde, nicht aber für einen sofortigen revolutionären Krieg, denn die revolutionäre Reorganisation der Armee, die Einverleibung von Abteilungen der Roten Garde in die Armee usw. hat eben erst begonnen.

Bei der völligen Demokratisierung der Armee wäre es eine Abenteuerpolitik, einen Krieg gegen den Willen der Mehrheit der Soldaten zu führen. Um aber eine wirklich starke, ideologisch gefestigte sozialistische Arbeiter- und Bauernarmee zu schaffen, bedarf es mindestens noch vieler Monate.

16. Die arme Bauernschaft in Rußland ist imstande, die von der Arbeiterklasse geführte sozialistische Revolution zu unterstützen, sie ist aber nicht imstande, sofort, im gegebenen Augenblick, einen ernstesten revolutionären Krieg zu führen. Dieses objektive Kräfteverhältnis der Klassen in dieser Frage zu ignorieren, wäre ein verhängnisvoller Fehler.

17. Mit dem revolutionären Krieg steht es also im gegenwärtigen Augenblick folgendermaßen:

Wenn die deutsche Revolution in den nächsten drei, vier Monaten ausbricht und siegt, dann würde vielleicht die Taktik des sofortigen revolutionären Krieges unsere sozialistische Revolution nicht zu grunde richten.

Wenn die deutsche Revolution in den nächsten Monaten nicht ausbricht, so werden die Ereignisse bei einer Fortsetzung des Krieges unvermeidlich so verlaufen, daß schwerste Niederlagen Rußland zwingen werden, einen noch ungünstigeren Separatfrieden zu schließen, und zwar wird dieser Frieden nicht von der sozialistischen Regierung geschlossen werden, sondern von irgendeiner anderen (z. B. von einem Block der bürgerlichen Rada und der Anhänger Tschernows oder irgend etwas Ähnliches). Denn die bäuerliche Armee, die durch den Krieg aufs äußerste erschöpft ist, wird bereits nach den ersten Niederlagen, nicht nach einigen Monaten, sondern wahrscheinlich nach einigen Wochen, die sozialistische Arbeiterregierung stürzen.

18. Bei einer solchen Lage der Dinge wäre es eine absolut unzulässige Taktik, das Schicksal der bereits begonnenen sozialistischen Revolution in Rußland aufs Spiel zu setzen nur wegen der Hoffnung auf den Ausbruch der deutschen Revolution in der nächsten, kürzesten, nach Wochen zählenden Frist. Eine solche Taktik wäre Abenteuerpolitik. Wir haben kein Recht, ein solches Wagnis einzugehen.

19. Und die deutsche Revolution wird, was ihre objektiven Grundlagen betrifft, keineswegs erschwert werden, wenn wir einen Separatfrieden schließen. Wahrscheinlich wird der Taumel des Chauvinismus

sie für eine Zeitlang schwächen, aber die Lage Deutschlands bleibt außerordentlich schwer, der Krieg gegen England und Amerika wird sich in die Länge ziehen, der aggressive Imperialismus ist auf beiden Seiten voll und ganz entlarvt worden. Das Beispiel der sozialistischen Sowjetrepublik in Rußland wird als lebendiges Vorbild vor den Völkern aller Länder stehen, und die propagandistische, revolutionierende Wirkung dieses Vorbilds wird gewaltig sein. Hier — die bürgerliche Ordnung und der völlig als Eroberungskrieg entlarvte Krieg zweier Gruppen von Räubern. Dort — der Frieden und die sozialistische Republik der Sowjets.

20. Indem wir einen Separatfrieden schließen, befreien wir uns im höchsten für den gegebenen Augenblick möglichen Grade von beiden einander bekämpfenden imperialistischen Gruppen, nutzen ihre Feindschaft und ihren Krieg — der es ihnen erschwert, ein Abkommen gegen uns zu treffen — aus, bekommen für eine gewisse Periode die Hände frei, um die sozialistische Revolution fortzusetzen und zu festigen. Die Umgestaltung Rußlands auf der Basis der Diktatur des Proletariats, der Nationalisierung der Banken und der Großindustrie, bei einem Warenaustausch in natura zwischen der Stadt und den ländlichen Konsumvereinen der Kleinbauern, ist wirtschaftlich durchaus möglich, wenn uns einige Monate friedlicher Arbeit gesichert werden. Eine solche Umgestaltung aber wird sowohl in Rußland als auch in der ganzen Welt den Sozialismus unbesiegbar machen und zugleich eine feste wirtschaftliche Basis für eine mächtige Rote Armee der Arbeiter und Bauern schaffen.

21. Ein wirklich revolutionärer Krieg im gegenwärtigen Augenblick wäre ein Krieg der sozialistischen Republik gegen die bürgerlichen Länder mit dem klar gestellten und von der sozialistischen Armee vollkommen gebilligten Ziel, die Bourgeoisie in den anderen Ländern zu stürzen. Aber im gegenwärtigen Augenblick können wir uns bekanntlich ein solches Ziel noch nicht stellen. Wir würden jetzt objektiv wegen der Befreiung Polens, Litauens und Kurlands Krieg führen. Aber kein einziger Marxist kann, ohne mit den Grundsätzen des Marxismus und des Sozialismus überhaupt zu brechen, bestreiten, daß die Interessen des Sozialismus höher stehen als die Interessen des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Unsere sozialistische Republik hat alles, was sie konnte, getan und tut auch weiter alles zur Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechts Finnlands, der Ukraine u. a. Aber wenn die Dinge sich konkret so gestaltet haben, daß die Existenz der sozialistischen Republik im gegenwärtigen Augenblick gefährdet wird wegen der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts einiger Nationen (Polens,



Litauens, Kurlands u. a.), so versteht es sich von selbst, daß die Interessen der Erhaltung der sozialistischen Republik höher stehen.

Wer also sagt: „Wir können nicht einen solchen schimpflichen, schändlichen usw. Frieden unterzeichnen, Polen verraten usw.“, der bemerkt nicht, daß er durch den Abschluß eines Friedens unter der Bedingung der Befreiung Polens den deutschen Imperialismus in seinem Kampfe gegen England, gegen Belgien, Serbien und andere Länder nur *noch mehr* stärken würde. Ein Frieden unter der Bedingung der Befreiung Polens, Litauens, Kurlands wäre ein „patriotischer“ Frieden vom *Standpunkt Rußlands*, würde aber keineswegs aufhören, ein Frieden mit den *Annexionisten*, den deutschen Imperialisten zu sein.

Geschrieben am 20. (7.) Januar 1918.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 34, 24. Februar 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 191—199.

## DAS SOZIALISTISCHE VATERLAND IN GEFAHR!

21. Februar 1918

Um das erschöpfte und geplagte Land vor neuen Kriegsprüfungen zu retten, brachten wir ein gewaltiges Opfer und erklärten den Deutschen unsere Bereitschaft, ihre Friedensbedingungen zu unterzeichnen. Unsere Parlamentäre sind am 20. (7.) Februar abends aus Reshiza nach Dwinsk gefahren und bis jetzt ist keine Antwort da. Die deutsche Regierung zögert augenscheinlich die Beantwortung hinaus. Sie will offenkundig keinen Frieden. In Durchführung des Auftrags der Kapitalisten aller Länder will der deutsche Militarismus die russischen und ukrainischen Arbeiter und Bauern erdrosseln, das Land den Gutsbesitzern, die Fabriken und Werke — den Bankiers und die Macht — der Monarchie zurückgeben. Die deutschen Generale wollen ihre „Ordnung“ in Petrograd und Kiew aufrichten: Die sozialistische Republik der Sowjets befindet sich in größter Gefahr. Bis zu dem Augenblick, wo sich das Proletariat Deutschlands erhebt und siegt, ist die rückhaltlose Verteidigung der Sowjetrepublik gegen die Heerhaufen des bürgerlich-imperialistischen Deutschland heilige Pflicht der Arbeiter und Bauern Rußlands.

Der Rat der Volkskommissare verordnet: 1. Alle Kräfte und Mittel des Landes werden restlos in den Dienst der revolutionären Verteidigung gestellt. 2. Allen Sowjets und revolutionären Organisationen wird zur Pflicht gemacht, jede Stellung bis zum letzten Tropfen Bluts zu verteidigen. 3. Die Organisationen der Eisenbahner und die mit ihnen verbundenen Sowjets sind verpflichtet, mit allen Kräften zu verhindern, daß der Feind sich des Apparats der Eisenbahnen bedient; bei einem Rückzug sind die Strecken zu zerstören und die Eisenbahnanlagen zu sprengen und zu verbrennen; das ganze rollende Material — Waggons und Lokomotiven — unverzüglich nach Osten, ins Innere des Landes, zu leiten. 4. Alle Getreide- und überhaupt Lebensmittelvorräte, alle wertvollen Güter, die in die Hände des Feindes zu fallen drohen, müssen unbedingt vernichtet werden; die Beaufsichtigung darüber wird den

örtlichen Sowjets unter persönlicher Verantwortung ihrer Vorsitzenden übertragen. 5. Die Arbeiter und Bauern von Petrograd und Kiew sowie allen Städten, Gemeinden, Dörfern und Flecken im Bereich der neuen Front müssen Bataillone aufstellen, um unter Führung militärischer Fachleute Schützengräben zu bauen. 6. In diese Bataillone müssen alle arbeitsfähigen Mitglieder der bürgerlichen Klasse, Männer und Frauen, unter Aufsicht von Rotgardisten eingereiht werden; wer sich widersetzt, ist zu erschießen. 7. Alle Publikationen, die der Sache der revolutionären Verteidigung entgegenwirken und in denen für die deutsche Bourgeoisie Partei ergriffen wird, sowie diejenigen, in denen versucht wird, den Einbruch der imperialistischen Heerhaufen zum Sturze der Sowjetmacht auszunutzen, werden verboten; die arbeitsfähigen Redakteure und Mitarbeiter dieser Zeitungen werden zum Bau von Schützengräben und zu anderen Verteidigungsarbeiten mobilisiert. 8. Feindliche Agenten, Spekulanten, Verbrecher, Rowdys, konterrevolutionäre Agitatoren und deutsche Spione sind am Tatort zu erschießen.

Das sozialistische Vaterland ist in Gefahr! Es lebe das sozialistische Vaterland! Es lebe die sozialistische Weltrevolution!

Der Rat der Volkskommissare

Veröffentlicht in *W. I. Lenin*, Aus der  
Epoche des Bürgerkrieges, 1934, S. 29/30 russ.

## SELTSAMES UND UNGEHEUERLICHES

In einer am 24. Februar 1918 angenommenen Resolution sprach das Moskauer Gebietsbüro unserer Partei dem Zentralkomitee sein Mißtrauen aus, lehnte es ab, sich den Beschlüssen unterzuordnen, „die sich aus der Durchführung der Bedingungen des Friedensvertrages mit Österreich und Deutschland ergeben werden“, und erklärte in einer „Erläuterung“ zur Resolution, daß es „die Spaltung der Partei in der nächsten Zeit für kaum abwendbar halte“\*.

In alledem ist nicht nur nichts Ungeheuerliches, sondern auch nichts Seltsames enthalten. Es ist ganz natürlich, daß Genossen, die im scharfen Gegensatz zum Zentralkomitee in der Frage des Separatfriedens stehen, das Zentralkomitee scharf verurteilen und ihre Überzeugung von der Unvermeidlichkeit der Spaltung zum Ausdruck bringen. Das alles ist das elementarste Recht der Parteimitglieder. Das ist durchaus begreiflich.

Aber seltsam und ungeheuerlich ist folgendes. Der Resolution ist eine „Erläuterung“ beigelegt worden. Der vollständige Text dieser Erläuterung lautet:

„Das Moskauer Gebietsbüro hält die Spaltung der Partei in der nächsten Zeit für kaum abwendbar und stellt sich die Aufgabe, alle konsequenten, revolutionären kommunistischen Elemente zusammenzufassen, die in gleicher Weise sowohl gegen die Anhänger des Abschlusses eines Separatfriedens als auch gegen alle gemäßigten opportunistischen Elemente der Partei den Kampf führen. *Im Interesse der internationalen Revolution halten wir es für zweckmäßig, es auf die*

---

\* Der vollständige Text dieser Resolution lautet: „Nach der Diskussion über die Tätigkeit des Zentralkomitees drückt das Moskauer Gebietsbüro der SDAPR dem Zentralkomitee wegen seiner politischen Linie und seiner Zusammensetzung sein Mißtrauen aus und erklärt, daß es so bald wie möglich Neuwahlen fordern werde. Außerdem hält das Moskauer Gebietsbüro sich nicht für verpflichtet, sich um jeden Preis den Beschlüssen des Zentralkomitees unterzuordnen, die sich aus der Durchführung der Bedingungen des Friedensvertrages mit Österreich und Deutschland ergeben werden.“ Die Resolution wurde einstimmig angenommen.

*Möglichkeit der Preisgabe der Sowjetmacht, die jetzt rein formal wird, ankommen zu lassen.* Wir sehen nach wie vor unsere Hauptaufgabe in der Verbreitung der Idee der sozialistischen Revolution in allen übrigen Ländern, in der entschiedenen Durchführung der Arbeiterdiktatur, in der schonungslosen Unterdrückung der bürgerlichen Konterrevolution in Rußland.“

Wir haben hier die Worte hervorgehoben, die ... seltsam und ungeheuerlich sind.

In diesen Worten liegt der Kern der Sache.

Diese Worte führen die ganze Linie der Verfasser der Resolution ad absurdum. Diese Worte enthüllen mit außerordentlicher Klarheit die Wurzel ihres Fehlers.

„Im Interesse der internationalen Revolution es für zweckmäßig halten, es auf die Möglichkeit der Preisgabe der Sowjetmacht ankommen zu lassen...“ Das ist seltsam, denn hier besteht nicht einmal ein Zusammenhang zwischen Voraussetzung und Schlußfolgerung. „Im Interesse der internationalen Revolution ist es zweckmäßig, es auf eine *militärische Niederlage* der Sowjetmacht ankommen zu lassen“ — eine solche These könnte richtig oder falsch sein, aber man könnte sie nicht als seltsam bezeichnen. Das erstens.

Zweitens: Die Sowjetmacht „wird jetzt rein formal“. Das ist schon nicht mehr seltsam, sondern geradezu ungeheuerlich. Es ist klar, daß die Verfasser hier die schlimmste Verwirrung angerichtet haben. Wir müssen die Sache entwirren.

Was die erste Frage betrifft, so besteht offenbar der Gedanke der Verfasser darin, daß es im Interesse der internationalen Revolution zweckmäßig sei, es auf die Möglichkeit einer Niederlage im Kriege ankommen zu lassen, die zum Verlust der Sowjetmacht führt, d. h. zum Sieg der Bourgeoisie in Rußland. Indem die Verfasser diesen Gedanken aussprechen, geben sie indirekt die Richtigkeit dessen zu, was ich in den Thesen (vom 7. Januar 1918, die in der „Prawda“ vom 24. Februar 1918 erschienen sind) ausgesprochen habe, nämlich, daß die Ablehnung der von Deutschland vorgeschlagenen Friedensbedingungen Rußland zur Niederlage und zum Sturz der Sowjetmacht führen werde.

Also, la raison finit toujours par avoir raison — die Wahrheit setzt sich immer durch! Meine „extremen“ Gegner, die Moskauer, die mit der Spaltung drohen, mußten — gerade weil sie sich offen bis zur Spaltung verstiegen haben — auch ihre *konkreten* Auffassungen bis zu Ende aussprechen, jene Auffassungen, die Leute zu umgehen vorziehen, welche sich auf allgemeine Phrasen vom revolutionären Krieg beschränken.

Das Wesentliche meiner Thesen und meiner Argumente (wie jeder sehen wird, der meine Thesen vom 7. Januar 1918 aufmerksam durchlesen will) besteht in dem Hinweis darauf, daß wir den ungeheuer schweren Frieden *jetzt*, im gegenwärtigen Augenblick, annehmen und uns gleichzeitig ernsthaft auf einen revolutionären Krieg *vorbereiten* müssen (und auch gerade im *Interesse* einer solchen ernsthaften Vorbereitung). Diejenigen, die sich auf allgemeine Phrasen vom revolutionären Krieg beschränkten, umgingen das Wesentliche meiner Argumente oder bemerkten es nicht, wollten es nicht bemerken. Und jetzt muß ich gerade meinen „extremen“ Gegnern, den Moskauern, aus tiefstem Herzen dafür danken, daß sie den „Bann des Schweigens“ über das *Wesentliche* meiner Argumente gebrochen haben. Die Moskauer haben als *erste* auf diese Argumente geantwortet.

Und welche Antwort haben sie erteilt?

Die Antwort bestand in der *Anerkennung der Richtigkeit* meines *konkreten* Arguments: ja, geben die Moskauer zu, uns steht wirklich eine Niederlage bevor, wenn wir sofort den Kampf gegen die Deutschen aufnehmen.\* Jawohl, diese Niederlage wird wirklich zum Sturz der Sowjetmacht führen.

Ich muß aber und abermals wiederholen: ich bin meinen „extremen“ Gegnern, den Moskauern, von ganzem Herzen dafür dankbar, daß sie den „Bann des Schweigens“ über das Wesentliche meiner Argumente, gerade über meine *konkreten* Hinweise auf die Bedingungen des Krieges, für den Fall, daß wir ihn sofort aufnehmen, gebrochen haben, auch dafür, daß sie ohne zu zagen die Richtigkeit meines konkreten Hinweises anerkannt haben.

Weiter. Worin besteht nun die Widerlegung meiner Argumente, deren prinzipielle Richtigkeit im wesentlichen die Moskauer zugeben mußten?

Darin, daß man im Interesse der internationalen Revolution es auf die Preisgabe der Sowjetmacht ankommen lassen *muß*.

Warum erfordern das die Interessen der internationalen Revolution? Hier ist der Kern, hier ist das Wesen der Argumentation für diejenigen, die meine Argumente widerlegen möchten. Und gerade

---

\* Auf den Gegeneinwand, daß man sowieso einem Kampf nicht ausweichen könne, ist die Antwort durch die Tatsachen erteilt worden: am 8. Januar wurden meine Thesen verlesen; am 15. Januar *konnten* wir Frieden haben. Eine Atempause wäre uns ganz sicher gewesen (und für uns hätte auch die kürzeste Atempause die größte, sowohl materielle als auch moralische Bedeutung, denn die *Deutschen* hätten einen *neuen* Krieg erklären müssen), wenn ... wenn nicht die revolutionäre Phrase gewesen wäre.

über diesen wichtigsten, grundlegenden, wesentlichen Punkt ist weder in der Resolution noch in der Erläuterung auch nur ein Sterbenswörtchen gesagt worden. Die Verfasser der Resolution haben Zeit und Raum gefunden, um über allgemein bekannte und unstrittige Dinge zu sprechen — sowohl über die „schonungslose Unterdrückung der bürgerlichen Konterrevolution in Rußland“ (etwa mit den Mitteln und Methoden einer Politik, die zur Preisgabe der Sowjetmacht führt?) als auch über den Kampf gegen alle gemäßigten opportunistischen Elemente innerhalb der Partei, aber über das, was gerade strittig ist, was gerade das Wesentliche in der Stellung der Friedensgegner betrifft — keine Silbe!

Seltsam. Außerordentlich seltsam. Haben etwa die Verfasser der Resolution deshalb darüber geschwiegen, weil sie in diesem Punkt ihre besondere Schwäche fühlten? Klar aussprechen, *warum* (das die Interessen der internationalen Revolution erfordern), würde am Ende bedeuten, daß man sich selbst entlarvt...

Wie dem auch sei, wir müssen die Argumente *suchen*, von denen sich die Verfasser der Resolution leiten lassen *konnten*.

Sind vielleicht die Verfasser der Meinung, daß die Interessen der internationalen Revolution jedweden Frieden mit den Imperialisten verbieten? Eine solche Auffassung ist von einigen Friedensgegnern in einer Petrograder Beratung vertreten worden, wurde aber nur von einer verschwindenden Minderheit derjenigen unterstützt, die gegen den Separatfrieden waren. Es ist klar, daß diese Auffassung zur Leugnung der Zweckmäßigkeit der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk und zur Ablehnung des Friedens führt, „sogar“ wenn Polen, Lettland und Kurland zurückgegeben werden. Die Unrichtigkeit derartiger Ansichten (die z. B. von der Mehrheit der Petrograder Friedensgegner abgelehnt werden) sticht in die Augen. Nach diesen Auffassungen könnte eine sozialistische Republik, die von imperialistischen Staaten umgeben ist, überhaupt keine Wirtschaftsverträge schließen, könnte nicht existieren, es sei denn auf dem Monde.

Vielleicht nehmen die Verfasser an, die Interessen der internationalen Revolution erfordern, daß man die Revolution *vorantreibt*, und ein solches Vorantreiben sei nur der Krieg, keinesfalls aber ein Frieden, der bei den Massen den Eindruck einer Art von „Legitimierung“ des Imperialismus erwecken könnte? Eine solche „Theorie“ wäre ein völliger Bruch mit dem Marxismus, der stets ein „Vorantreiben“ der Revolution abgelehnt hat, die sich in dem Maße entwickelt, wie die die Revolution erzeugenden Klassengegensätze sich verschärfen. Eine solche Theorie käme der Auffassung gleich, der bewaffnete Aufstand sei eine

stets und unter allen Umständen obligatorische Kampfform. In Wirklichkeit erfordern die Interessen der internationalen Revolution, daß die Sowjetmacht, die die Bourgeoisie im Lande gestürzt hat, dieser Revolution *helfe*, aber eine ihren Kräften entsprechende *Form* der Hilfe wähle. Daß man der sozialistischen Revolution im internationalen Maßstab hilft, wenn man es auf die Niederlage dieser Revolution in einem *gegebenen* Lande ankommen läßt, — eine solche Auffassung ergibt sich nicht einmal aus der Theorie des Vorantreibens.

Vielleicht sind die Verfasser der Resolution der Ansicht, daß die Revolution in Deutschland bereits begonnen habe, daß sie dort bereits in einen offenen, die ganze Nation erfassenden Bürgerkrieg übergegangen sei, daß wir deshalb unsere Kräfte für die Hilfe der deutschen Arbeiter einsetzen müssen, daß wir selber untergehen müssen („Preisgabe der Sowjetmacht“), um die deutsche Revolution zu *retten*, die bereits ihre entscheidende Schlacht begonnen habe und in eine schwere Lage geraten sei? Nach dieser Auffassung würden wir durch unseren Untergang einen Teil der Kräfte der deutschen Konterrevolution ablenken und dadurch die deutsche Revolution retten.

Es ist durchaus denkbar, daß es unter solchen Voraussetzungen nicht nur „zweckmäßig“ (wie sich die Verfasser der Resolution ausdrückten), sondern eine direkte *Pflicht* wäre, es auf die Möglichkeit der Niederlage und der Preisgabe der Sowjetmacht ankommen zu lassen. Aber es ist klar, daß diese Voraussetzungen nicht vorliegen. Die deutsche Revolution reift heran, aber in Deutschland ist es noch keineswegs bis zur Explosion, bis zum Bürgerkrieg gekommen. Würden wir es auf „die Preisgabe der Sowjetmacht ankommen lassen“, so würden wir das Heranreifen der deutschen Revolution keineswegs fördern, sondern *behindern*. Wir würden damit der deutschen Reaktion nur helfen, würden Wasser auf ihre Mühle gießen, würden die sozialistische Bewegung in Deutschland erschweren, würden vom Sozialismus breite Massen der Proletarier und Halbproletarier Deutschlands abstoßen, die noch nicht zum Sozialismus übergegangen sind, die durch die Niederschlagung Sowjetrußlands ebenso eingeschüchtert worden wären wie die englischen Arbeiter durch die Niederschlagung der Kommune im Jahre 1871.

Wie man es auch drehen und wenden mag, Logik ist in den Betrachtungen des Verfassers nicht zu finden. Vernünftige Argumente dafür, daß es „im Interesse der internationalen Revolution zweckmäßig sei, es auf die Möglichkeit der Preisgabe der Sowjetmacht ankommen zu lassen“, gibt es nicht.

„Die Sowjetmacht wird jetzt rein formal“ — das ist die ungeheuer-



liche Behauptung, zu der sich, wie wir gesehen haben, die Verfasser der Moskauer Resolution verstiegen haben.

Da die deutschen Imperialisten uns einen Tribut auferlegen, da sie uns die Propaganda und Agitation gegen Deutschland verbieten werden, so verliert auch die Sowjetmacht ihre Bedeutung, so „wird sie rein formal“, — das ist wahrscheinlich der „Gedankengang“ der Verfasser der Resolution. Wir sagen, „wahrscheinlich“, denn die Verfasser haben nichts Klares und Deutliches zur Unterstützung ihrer These angeführt.

Eine Stimmung des tiefsten, hoffnungslosen Pessimismus, ein Gefühl der völligen Verzweiflung — das bildet den Inhalt der „Theorie“ von der angeblich formalen Bedeutung der Sowjetmacht und der Zulässigkeit einer Taktik, die die Möglichkeit eines Verlustes der Sowjetmacht in Kauf nimmt. Es gibt sowieso keine Rettung, also möge sogar die Sowjetmacht untergehen — dieses Gefühl hat die ungeheuerliche Resolution diktiert. Die angeblichen „wirtschaftlichen“ Argumente, in die man mitunter solche Gedanken kleidet, laufen auf denselben hoffnungslosen Pessimismus hinaus: was ist das schon für eine Sowjetrepublik, wenn man ihr einen solchen Tribut, einen zweiten, einen dritten usw. auferlegen kann!

Nichts als Verzweiflung: der Untergang ist sowieso unvermeidlich!

In der ungeheuer schweren Lage, in der sich Rußland befindet, ist das ein verständliches Gefühl. Aber nicht „verständlich“ ist dieses Gefühl bei bewußten Revolutionären. Charakteristisch ist gerade, daß es die Auffassungen der Moskauer ad absurdum führt. Die Franzosen von 1793 würden niemals gesagt haben, daß ihre Errungenschaften, die Republik und die Demokratie, rein formal werden, daß man es auf die Möglichkeit der Preisgabe der Republik ankommen lassen müsse. Sie wären nicht von Verzweiflung, sondern von Glauben an den Sieg erfüllt. Zum revolutionären Krieg auffordern und gleichzeitig in einer offiziellen Resolution davon sprechen, daß man es auf „die Möglichkeit der Preisgabe der Sowjetmacht ankommen lassen müsse“, heißt sich selbst völlig entlarven.

Preußen und eine Reihe anderer Länder zu Beginn des 19. Jahrhunderts, zur Zeit der napoleonischen Kriege, hatten unvergleichlich, unermesslich schwerere, drückendere Niederlagen, Eroberungen, Erniedrigungen, Unterdrückungen durch die Eroberer zu erdulden als Rußland im Jahre 1918. Und dennoch gerieten die besten Männer Preußens, von Napoleon hundertmal stärker mit dem Militärstiefel getreten, als man das jetzt imstande war, mit uns zu tun, nicht in Verzweiflung und sprachen nicht von der „rein formalen“ Bedeutung

ihrer nationalen politischen Institutionen. Sie gaben nicht alle Hoffnung auf, erlagen nicht dem Gefühl, daß „der Untergang sowieso unvermeidlich“ sei. Sie unterzeichneten unermeßlich schwerere, räuberischere, schändlichere, drückendere Friedensverträge als den Friedensvertrag von Brest-Litowsk, sie verstanden dann abzuwarten, ertrugen standhaft das Joch des Eroberers, führten abermals Krieg, gerieten abermals unter das Joch des Eroberers, unterzeichneten wieder schändliche und die allerschändlichsten Friedensverträge, erhoben sich wieder und *befreiten sich letzten Endes* (nicht ohne Ausnutzung der Zwistigkeiten unter den stärkeren, miteinander konkurrierenden Eroberern).

Warum sollte sich nicht etwas Ähnliches in unserer Geschichte wiederholen?

Warum müssen wir in Verzweiflung geraten und Resolutionen schreiben — Resolutionen, die wahrlich viel schändlicher sind als der schändlichste Frieden —, Resolutionen darüber, daß „die Sowjetmacht rein formal wird“?

Warum sollen die überaus schweren militärischen Niederlagen im Kampfe gegen die Kolosse des modernen Imperialismus nicht auch in Rußland imstande sein, den Volkscharakter zu stählen, die eigene Disziplin zu festigen, die Prahlerei und das Phrasendreschen zu beseitigen, Ausdauer zu lehren, die Massen zu der richtigen Taktik der Preußen, die von Napoleon erdrückt worden waren, zu bringen, die schändlichsten Friedensverträge zu unterzeichnen, wenn man keine Armee hat, seine Kräfte zu sammeln, um sich dann wieder und immer wieder von neuem zu erheben?

Warum müssen wir bei dem ersten unerhört schweren Friedensvertrag in Verzweiflung geraten, wenn andere Völker es verstanden haben, auch die schwersten Leiden standhaft zu ertragen?

Entspricht die Standhaftigkeit des Proletariers, der weiß, daß man sich fügen muß, wenn man keine Kräfte hat, und es dann nichtsdestoweniger, trotz alledem, versteht, sich wieder und immer wieder zu erheben, unter *allen* Umständen Kräfte zu sammeln — entspricht die Standhaftigkeit des Proletariers dieser Verzweiflungstaktik oder die Charakterlosigkeit des Kleinbürgers, der bei uns in Gestalt der Partei der linken Sozialrevolutionäre im Phrasendreschen über den revolutionären Krieg einen Rekord geschlagen hat?

Nein, meine werten „extremen“ Moskauer Genossen! Jeder Tag der Prüfungen wird gerade die klassenbewußtesten und standhaftesten Arbeiter von euch abstoßen. Sie werden sagen, daß die Sowjetmacht nicht rein formal *ist* noch *werden wird*, nicht nur dann, wenn der Eroberer in Pskow steht und uns einen Zehnmilliardentribut an Getreide,

Erzen und Geld auferlegt, sondern auch dann, wenn der Gegner in Nishni-Nowgorod und in Rostow am Don stehen und uns einen Zwanzigmilliardentribut auferlegen wird.

Niemals wird irgendeine ausländische Eroberung eine politische Institution des Volkes (die Sowjetmacht aber ist *nicht* nur eine politische Institution, sondern eine Institution, die viel, viel höher steht als alles, was die Geschichte bisher gekannt hat) „rein formal“ machen können. Im Gegenteil. Eine ausländische Eroberung wird die Sympathien des Volkes für die Sowjetmacht nur stärken, wenn sie ... wenn sie sich nicht auf Abenteuer einlassen wird.

Wenn man keine Armee hat, so ist die Ablehnung der Unterzeichnung des schändlichsten Friedens ein Abenteuer, und das Volk ist berechtigt, die Regierung, die das getan hat, dafür anzuklagen.

Beispiele der Unterzeichnung eines unermeßlich schwereren und schändlicheren Friedens, als es der Frieden von Brest-Litowsk ist, hat es in der Geschichte gegeben (wir haben oben Beispiele angeführt), und das hat nicht zum Verlust des Prestiges der Staatsmacht geführt, hat sie nicht formal gemacht, hat weder die Staatsmacht noch das Volk zugrunde gerichtet, hat vielmehr das Volk gestählt, dem Volk die schwierige und mühselige Wissenschaft *beigebracht*, eine bedeutende Armee sogar in einer verzweifelt schweren Lage, unter dem Druck des Militärstiefels des Eroberers zu schaffen.

Rußland geht einem neuen und wirklich vaterländischen Krieg entgegen, einem Krieg für die Erhaltung und Festigung der Sowjetmacht. Es ist möglich, daß die nächste Epoche — wie die Epoche der napoleonischen Kriege — eine Epoche der *Befreiungskriege* (der *Kriege*, und nicht eines einzelnen Krieges) sein wird, die Sowjetrußland von den Eroberern aufgezwungen werden. Das ist möglich.

Und schändlicher als ein noch so schwerer, entsetzlich schwerer Frieden, der durch das Fehlen einer Armee diktiert wird, schändlicher als irgendein schändlicher Frieden ist deshalb — die schändliche Verzweiflung. Selbst durch ein Dutzend überaus schwerer Friedensverträge werden wir nicht untergehen, wenn wir uns zum Aufstand und zum Krieg *ernst* verhalten werden. Wir werden durch die Eroberer nicht untergehen, wenn wir uns nicht durch die Verzweiflung und die Phrase zugrunde richten lassen werden.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 37 und 38,  
28. Februar und 1. März 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 322—331.

## AUF SACHLICHER BASIS

Der revolutionäre Aufschwung, der durch den verräterischen Überfall der deutschen Weißgardisten auf die russische Revolution hervorgerufen worden ist, ist eine Tatsache. Von überall laufen Telegramme ein, in denen die Bereitschaft zum Ausdruck gebracht wird, sich zur Verteidigung der Sowjetmacht zu erheben und bis zum letzten Mann zu kämpfen. Ein anderes Verhalten zur eigenen Arbeiter- und Bauernmacht war auch nicht zu erwarten.

Aber Enthusiasmus allein genügt nicht, um einen Krieg gegen einen Gegner wie den deutschen Imperialismus zu führen. Größte Naivität, ja sogar ein Verbrechen wäre eine leichtfertige Einstellung zum gegenwärtigen, *wirklichen, hartnäckigen, blutigen* Krieg.

Einen Krieg muß man so führen, wie es sich gehört, oder überhaupt nicht. Einen Mittelweg kann es hier nicht geben. Da die deutschen Imperialisten uns den Krieg aufzwingen, so ist es unsere heilige Pflicht, unsere Lage nüchtern einzuschätzen, die Kräfte in Rechnung zu stellen und den Wirtschaftsmechanismus zu prüfen. Alles das muß mit der in Kriegszeiten notwendigen Schnelligkeit getan werden, denn jede Verzögerung in unserer jetzigen Lage „bedeutet wirklich den Tod“. Hannibal vor den Toren! — das dürfen wir keinen einzigen Augenblick vergessen.

Um den Krieg so zu führen, *wie es sich gehört*, bedarf es eines festen, organisierten Hinterlandes. Die beste Armee, die der Sache der Revolution ergebensten Menschen werden vom Gegner sofort vernichtet werden, wenn sie nicht genügend bewaffnet, gepflegt und ausgebildet sind. Das ist so klar, daß es keiner weiteren Erläuterung bedarf.

In welchem Zustand befindet sich das Hinterland unserer revolutionären Armee? Im traurigsten — um nicht mehr zu sagen. Durch den vorangegangenen Krieg ist unser Verkehrswesen vollkommen zerrüttet, der Warenaustausch zwischen Stadt und Land erschüttert worden, und die direkte und unmittelbare Folge davon ist der Hunger in den großen Städten.

Unter den Schlägen des Feindes reorganisiert sich unsere Armee von Grund auf. Die alte Armee, die mit den Bedingungen der Kriegführung unter den jetzigen Verhältnissen bekannt war, besteht nicht mehr. Die durch den vorangegangenen Krieg völlig erschöpfte, von den dreieinhalb Jahren Schützengraben tödlich ermattete Armee ist in militärischer Hinsicht eine Größe, die gleich Null zu setzen ist. Die Rote Armee hat bestimmt ein prächtiges kampffähiges Menschenmaterial, aber es ist unbearbeitetes Rohmaterial. Damit sie nicht zum Kanonenfutter für die deutschen Geschütze werde, muß man sie ausbilden, disziplinieren.

Wir stehen vor riesigen Schwierigkeiten. Alle örtlichen Sowjets müssen sofort, gleich nach der Absendung des Telegramms über die Bereitschaft, gegen den äußeren Feind zu kämpfen, mitteilen, wieviel Waggons Getreide nach Petrograd abgesandt worden sind, welche Anzahl von Truppen sie sofort an die Front schicken können, welche Zahl von Rotarmisten militärisch ausgebildet wird. Sämtliche Waffen und Munition müssen registriert werden. Die Herstellung neuer Waffen und Munition muß sofort wiederaufgenommen werden. Die Eisenbahnen müssen von den Hamsterern und Rowdys befreit werden. Überall muß die strengste revolutionäre Disziplin hergestellt werden. Nur wenn man *alle* diese Bedingungen einhält, kann man *ernsthaft* von Krieg reden. Sonst wird alles Gerede vom „revolutionärsten Krieg“ zur Phrase. Die Phrase aber ist immer schädlich, im gegenwärtigen kritischen Augenblick kann sie eine verhängnisvolle Rolle spielen.

Ich bin tief überzeugt, daß unsere Revolution mit den riesigen Schwierigkeiten des jetzigen Augenblicks fertig werden wird. Sie hat bereits eine gewaltige Arbeit vollbracht, aber für die erfolgreiche Beendigung unseres Werkes müssen wir unsere Energie steigern.

Nur dann werden wir siegen.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 38, 1. März 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 332/33.

## EINE ERNSTE LEHRE UND EINE ERNSTE VERANTWORTUNG

Unsere jämmerlichen „Linken“, die gestern mit einem eigenen Organ „Der Kommunist“<sup>43</sup> (man sollte hinzufügen: Kommunist der vormarxistischen Epoche) hervorgetreten sind, gehen der Lehre und den Lehren der Geschichte aus dem Wege und drücken sich vor der Verantwortung.

Vergebliche Ausflüchte! Es wird ihnen nicht gelingen, sich zu drücken.

Sie machen krampfhaftige Anstrengungen, füllen die Zeitungsspalten mit zahllosen Artikeln, mühen sich im Schweiß ihres Angesichts ab, sparen „nicht einmal“ Druckerschwärze, um die „Theorie“ von der „Atempause“ als eine haltlose und schlechte „Theorie“ hinzustellen.

O weh! Ihre Bemühungen sind nicht imstande, Tatsachen zu widerlegen. Tatsachen sind ein hartnäckig Ding, wie es mit Recht in einem englischen Sprichwort heißt. Tatsache ist, daß wir seit dem 3. März, wo die Deutschen um 1 Uhr mittags die militärischen Operationen einstellten, und bis zum 5. März 7 Uhr abends, wo ich diese Zeilen schreibe, eine Atempause haben und diese zwei Tage uns *bereits* zunutze gemacht haben für eine *wirkliche* (nicht in Phrasen, sondern in Taten sich äußernde) Verteidigung des sozialistischen Vaterlandes. Das ist eine Tatsache, die mit jedem Tag für die Massen immer offenkundiger werden wird. Es ist eine Tatsache, daß in dem Augenblick, wo die Armee in panischem Schrecken von der Front davonläuft, die Geschütze im Stiche läßt und es nicht einmal fertigbringt, die Brücken zu sprengen, wo die Feldarmee kampfunfähig ist, die Verteidigung des Vaterlandes und die *Hebung* seiner Wehrfähigkeit nicht in dem Geschwätz vom revolutionären Krieg besteht (in einem Augenblick, wo die Armee panikartig flüchtet und die Anhänger des revolutionären Kriegs *keine einzige Abteilung zurückgehalten haben*, ist dieses Geschwätz einfach eine Schande), sondern in dem geordneten Rückzug zur Rettung der Überreste der Armee, zur Ausnutzung eines jeden Tages der Atempause für diesen Zweck.

Tatsachen sind ein hartnäckig Ding!

Unsere jämmerlichen „Linken“, die sich vor den Tatsachen, vor ihren Lehren, vor der Frage der Verantwortung drücken, versuchen, dem Leser die jüngste, ganz frische, historisch bedeutsame Vergangenheit zu *unterschlagen* und sie durch Berufung auf das längst Vergangene und Unwesentliche zu *vertuschen*. Um nur ein Beispiel anzuführen: K. Radek erinnert in seinem Artikel daran, daß er im Dezember (im Dezember!) darüber geschrieben habe, daß man der Armee helfen müsse, sich zu halten, daß er darüber „in einem Bericht an den Rat der Volkskommissare“ geschrieben habe. Ich hatte nicht die Möglichkeit, diesen Bericht zu lesen, und ich frage mich: weshalb veröffentlicht Karl Radek nicht den *vollständigen Text* dieses Berichts? Weshalb erklärt er nicht klar und deutlich, was er denn damals unter einem „Kompromißfrieden“ verstanden hat? Weshalb erinnerte er nicht an die nähere Vergangenheit, als er in der „Prawda“ von seiner Illusion (der allerschlimmsten) über die Möglichkeit des Abschlusses eines Friedens mit den deutschen Imperialisten unter der Bedingung der Rückgabe Polens schrieb?

Weshalb?

Deshalb, weil die jämmerlichen „Linken“ gezwungen sind, die Tatsachen zu vertuschen, die *ihre*, der „Linken“, Verantwortung für die Verbreitung der Illusionen enthüllen, die in Wirklichkeit den deutschen Imperialisten *geholfen* und das Wachstum und die Entwicklung der Revolution in Deutschland *behindert* haben.

N. Bucharin versucht jetzt sogar die Tatsache zu bestreiten, daß er und seine Freunde behauptet haben, der Deutsche werde nicht imstande sein, die Offensive aufzunehmen. Aber sehr, sehr viele wissen, daß das eine Tatsache ist, daß Bucharin und seine Freunde das behauptet haben, daß sie durch die Verbreitung einer solchen Illusion dem deutschen Imperialismus *geholfen* und das Wachstum der deutschen Revolution *behindert* haben, die jetzt dadurch geschwächt worden ist, daß der großrussischen Sowjetrepublik bei der panischen Flucht der Bauernarmee tausende und aber tausende Geschütze, hunderte und aber hunderte Millionen von Schätzen weggenommen worden sind. Ich habe das klar und deutlich in den Thesen vom 7. Januar vorausgesagt. Wenn N. Bucharin jetzt gezwungen ist, zu „bestreiten“, dann um so schlimmer für ihn. Jeder, der sich an die Worte Bucharins und seiner Freunde über die Unmöglichkeit einer Offensive der Deutschen erinnert, wird darüber die Achseln zucken, daß N. Bucharin seine eigenen Worte „bestreiten“ mußte.

Wer sich aber nicht an diese Worte erinnert, wer sie nicht gehört

hat, den verweisen wir auf ein Dokument, das *jetzt* etwas wertvoller, interessanter und lehrreicher ist als das Geschreibsel K. Radeks vom Dezember. Dieses Dokument, das leider die „Linken“ ihren Lesern unterschlagen haben, ist (erstens) das Resultat der Abstimmungen vom 21. Januar 1918 in der Beratung des Zentralkomitees unserer Partei zusammen mit der jetzigen „linken“ Opposition und (zweitens) der Abstimmung des Zentralkomitees vom 17. Februar 1918.

Als am 21. Januar 1918 die Frage gestellt wurde, ob man die Verhandlungen mit den Deutschen sofort abbrechen sollte, da stimmte (von den Mitarbeitern des pseudolinken „Kommunist“) nur Stukow *dafür*. Alle übrigen — *dagegen*.

Bei der Frage, ob die Unterzeichnung eines annexionistischen Friedens *zulässig* sei, wenn die Deutschen die Verhandlungen abbrechen oder ein Ultimatum stellen, stimmten nur Obolenski (wann werden „seine“ Thesen veröffentlicht werden, weshalb schweigt der „Kommunist“ über sie?) und Stukow *dagegen*. Alle übrigen stimmten *dafür*.

Bei der Frage, ob man in einem solchen Falle den angebotenen Frieden unterzeichnen *müsse*, stimmten nur Obolenski und Stukow *dagegen*, die übrigen „Linken“ *enthielten sich der Stimme!!* Das ist eine Tatsache.

Als am 17. Februar 1918 die Frage gestellt wurde, wer für den revolutionären Krieg sei, lehnten es Bucharin und Lomow ab, „angesichts einer solchen Fragestellung an der Abstimmung teilzunehmen“. Niemand stimmte *dafür*. Das ist eine Tatsache!

Bei der Frage, ob man „mit der Wiederaufnahme der Friedensverhandlungen so lange warten sollte, bis die deutsche Offensive genügend (buchstäblich so!) in Erscheinung treten und ihr Einfluß auf die deutsche Arbeiterbewegung sich zeigen werde“, stimmten von den jetzigen Mitarbeitern der „linken“ Zeitung *dafür*: Bucharin, Lomow und Uritzki.

In der Frage, „ob wir Frieden schließen, wenn die deutsche Offensive zur Tatsache wird, aber in Deutschland und Österreich kein revolutionärer Aufschwung einsetzt“, *enthielten sich* Lomow, Bucharin und Uritzki *der Stimme*.

Tatsachen sind ein hartnäckig Ding. Die Tatsachen aber besagen, daß Bucharin die Möglichkeit einer deutschen Offensive geleugnet, Illusionen gesät hat, die *in Wirklichkeit* gegen seinen eigenen Wunsch den deutschen Imperialisten *geholfen*, das Wachstum der deutschen Revolution *behindert haben*. Eben das ist das Wesen der revolutionären Phrase. Man will in ein bestimmtes Zimmer, gerät aber an eine falsche Tür.



N. Bucharin wirft mir vor, daß ich die Bedingungen des jetzigen Friedens nicht konkret analysiere. Es ist aber nicht schwer zu verstehen, daß das für meine Argumentation und für das Wesen der Sache absolut nicht notwendig war und nicht notwendig ist. Es genügte der Beweis, daß für uns nur ein einziges wirkliches, nicht zusammenphantasiertes Dilemma vorhanden war: entweder *solche* Bedingungen, die uns wenigstens auf einige Tage eine Atempause gewähren, oder die Lage Belgiens und Serbiens. Und das hat Bucharin nicht einmal für Petrograd widerlegt. Das hat sein Kollege M. N. Pokrowski zugegeben.

Daß aber die neuen Bedingungen schlimmer, schwerer, erniedrigender sind als die schlimmen, schweren und erniedrigenden Bedingungen von Brest-Litowsk, *daran tragen die Schuld* gegenüber der großen Sowjetrepublik Rußland *unsere pseudo-linken* Bucharin, Lomow, Uritzki und Konsorten. Das ist eine geschichtliche Tatsache, die durch die obenerwähnten Abstimmungen bewiesen ist. Diese Tatsache kann man durch keinerlei Ausflüchte aus der Welt schaffen. *Man gab* euch die Friedensbedingungen von Brest-Litowsk, ihr aber habt darauf mit Phrasendreschen und Schwadronieren geantwortet und die Bedingungen *verschlechtert*. Das ist eine Tatsache. Und die Verantwortung dafür werdet ihr nicht von euch abwälzen können.

In meinen Thesen vom 7. Januar 1918 habe ich ganz klar vorausgesagt, daß infolge des Zustandes unserer Armee (den man mit dem Phrasendreschen „gegen“ die ermüdeten Bauernmassen nicht ändern konnte) Rußland einen *schlechteren* Separatfrieden *werden* schließen *müssen*, wenn es nicht den Frieden von Brest-Litowsk annimmt.

Die „Linken“ sind der russischen Bourgeoisie in die Falle gegangen, die es *nötig* hatte, uns in einen Krieg zu treiben, der für uns *am allerungünstigsten* ist.

Daß die „linken Sozialrevolutionäre“ dadurch, daß sie für einen sofortigen Krieg eintreten, in einen ausgesprochenen Gegensatz zu den Bauern geraten sind, ist eine Tatsache. Und diese Tatsache ist ein Beweis für den *unernsten Charakter* der Politik der linken Sozialrevolutionäre; genau so wie die scheinbar „revolutionäre“ Politik aller Sozialrevolutionäre im Sommer 1917 unernst war.

Daß die klassenbewußtesten und fortgeschrittensten Arbeiter sich von dem Rausch der revolutionären Phrase rasch befreien, zeigt das Beispiel Petrograds und Moskaus. In Petrograd sind die besten Arbeiterbezirke, Wiborg und Wassilij-Ostrow, bereits zur Besinnung gekommen. Der Petrograder Sowjet der Arbeiterdeputierten ist nicht für einen *somitigen* Krieg, er hat begriffen, daß man ihn *vorbereiten* muß, und

bereitet ihn auch vor. In Moskau haben in der Stadtkonferenz der Bolschewiki vom 3. und 4. März 1918 bereits die Gegner der revolutionären Phrase gesiegt.

Bis zu welcher ungeheuerlichen Selbstverblendung sich die „Linken“ verstiegen, sieht man aus einem Satz eines Artikels von Pokrowski, in dem es heißt: „Wenn man Krieg führen will, so muß man ihn *jetzt* führen“ (hervorgehoben von Pokrowski), „... wo“ hört, hört! „die russische Armee noch nicht demobilisiert ist, einschließlich der neugebildeten Truppenteile.“

Wer über Tatsachen nicht einfach hinweggeht, der weiß, daß das größte Hindernis für einen Widerstand gegen die Deutschen sowohl in Großrußland als auch in der Ukraine und in Finnland im Februar 1918 *unsere nicht demobilisierte Armee* war. Das ist eine Tatsache. Denn es war unvermeidlich, daß sie panikartig davonlief und dabei die Rotarmistenabteilungen mit sich riß.

Wer aus den Lehren der Geschichte lernen will, sich nicht vor der Verantwortung für diese Lehren drücken will, nicht über sie hinweggehen will, der wird sich zumindest an den Krieg Napoleons I. gegen Deutschland erinnern.

Preußen und Deutschland haben mehrmals mit dem Eroberer *zehnfach* drückendere und erniedrigendere (als unsere) Friedensverträge abgeschlossen, mußten sogar eine ausländische Polizei dulden, mußten sogar die Verpflichtung übernehmen, ihre Truppen zur Unterstützung der Eroberungsfeldzüge Napoleons I. herzugeben. In seinen Verträgen mit Preußen peinigte und zerstückelte Napoleon I. Deutschland zehnmal mehr, als Hindenburg und Wilhelm jetzt uns niedergedrückt haben. Und nichtsdestoweniger fanden sich in Preußen Männer, die nicht schwadronierten, sondern die aller„schändlichsten“ Friedensverträge unterzeichneten, sie unterzeichneten, weil sie keine Armee hatten, zehnfach drückendere und erniedrigendere Bedingungen unterzeichneten, sich dann aber *trotzdem* zum Aufstand und Krieg erhoben. Das war nicht einmal, sondern vielmal der Fall. Die Geschichte kennt mehrere solcher Friedensverträge und Kriege. Mehrere Fälle von Atempause. Mehrere neue Kriegserklärungen des Eroberers. Mehrere Fälle von Bündnissen einer unterdrückten Nation mit einer Unterdrückernation, die der Konkurrent des Eroberers und eine ebensolche Eroberernation war (zur Kenntnis der Anhänger des „revolutionären Krieges“ *ohne* Annahme einer Unterstützung von den Imperialisten!).

So war der Lauf der Geschichte.

So war es. So wird es sein. Wir sind in die Epoche einer *Reihe* von Kriegen eingetreten. Wir gehen einem neuen *vaterländischen* Krieg

entgegen. Wir gehen ihm entgegen in einer Zeit der heranreifenden sozialistischen Revolution. Und auf diesem schweren Wege wird das russische Proletariat und die russische Revolution sich vom Schwadronieren, von der revolutionären Phrase befreien, wird es verstehen, auch die allerdrückendsten Friedensverträge anzunehmen und sich von neuem zu erheben.

Wir haben einen *Tilsiter Frieden* geschlossen. Wir werden auch zu unserem Sieg gelangen, zu unserer Befreiung, genau so wie die Deutschen nach dem Frieden von Tilsit 1807—1810 ihre Befreiung von Napoleon in den Jahren 1813 und 1814 erlangt haben. Der Zeitraum, der unseren Tilsiter Frieden von unserer Befreiung trennt, wird wahrscheinlich kürzer sein, denn die Geschichte schreitet schneller.

Nieder mit dem Schwadronieren! An die ernste Arbeit für Disziplin und Organisation!

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 42, 6. März 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 334—340.

## **REDE ÜBER KRIEG UND FRIEDEN AUF DEM VII. PARTEITAG AM 7. MÄRZ 1918**

Der politische Bericht könnte aus der Aufzählung der Maßnahmen des Zentralkomitees bestehen, aber im gegenwärtigen Augenblick ist nicht ein solcher Bericht notwendig, sondern ein Überblick über unsere Revolution in ihrer Gesamtheit. Nur ein solcher Überblick kann die einzige marxistische Begründung für alle unsere Beschlüsse liefern. Wir müssen den ganzen bisherigen Entwicklungsgang der Revolution untersuchen und klarstellen, warum ihre weitere Entwicklung sich geändert hat. In unserer Revolution haben wir Wendepunkte, die für die internationale Revolution von gewaltiger Bedeutung sein werden. Ich meine die Oktoberrevolution.

Die ersten Erfolge der Februarrevolution waren dadurch bedingt, daß dem Proletariat nicht nur die Bauernmasse, sondern auch die Bourgeoisie Gefolgschaft leistete. Daher die Leichtigkeit des Sieges über den Zarismus, den wir im Jahre 1905 nicht zu erringen vermochten. Die eigenmächtige, spontane Schaffung der Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Februarrevolution wiederholte die Erfahrung von 1905. Wir proklamierten das Prinzip der Sowjetmacht. Die Massen lernten auf Grund ihrer eigenen Kampferfahrung die Aufgaben der Revolution verstehen. Die Ereignisse vom 20.—21. April waren eine eigenartige Kombination von Demonstration und einer Art bewaffneten Aufstandes. Das genügte zum Sturz der bürgerlichen Regierung. Es beginnt eine langwierige Paktierpolitik, die sich aus dem ganzen Wesen der am Ruder stehenden kleinbürgerlichen Regierung ergab. Die Juliereignisse waren noch nicht imstande, die Diktatur des Proletariats zu verwirklichen. Die Massen waren noch nicht vorbereitet. Deshalb hatte auch keine einzige verantwortliche Organisation dazu aufgefordert. Aber als Auskundschaftung des feindlichen Lagers hatten die Juliereignisse eine gewaltige Bedeutung. Der Kornilowputsch und die späteren Ereignisse, als praktische Lehren, machten den Oktobersieg möglich. Der Fehler derjenigen, die auch im Oktober die Macht

teilen wollten, bestand darin, daß sie den Oktobersieg nicht mit den Julitagen, der Offensive, dem Kornilowputsch usw. usf. in Verbindung brachten, was die Millionenmassen zu der Erkenntnis geführt hatte, daß die Sowjetmacht unvermeidlich geworden war. Dann folgte unser Triumphzug durch ganz Rußland, der vom Streben aller nach Frieden begleitet war. Wir wissen, daß wir durch einen einseitigen Verzicht auf den Krieg keinen Frieden erlangen werden. Darauf haben wir bereits auf der Aprilkonferenz<sup>44</sup> hingewiesen. Die Soldaten erkannten in der Zeit vom April bis Oktober ganz klar, daß die Paktiererpolitik den Krieg immer weiter in die Länge zieht, zu tollen, sinnlosen Versuchen der Imperialisten führt, Offensiven zu eröffnen, sich in den Krieg noch tiefer zu verwickeln, der sich hätte Jahre hinziehen können. Unter diesen Verhältnissen mußte man um jeden Preis möglichst schnell zu einer aktiven Friedenspolitik übergehen, mußten die Sowjets die Macht übernehmen und den gutsherrlichen Bodenbesitz restlos beseitigen. Sie wissen, daß nicht nur Kerenski, sondern auch Awxentjew den gutsherrlichen Bodenbesitz unterstützten und daß dabei so weit gingen, daß sie sogar die Mitglieder der Bodenkomitees verhaften ließen. Und diese Politik, diese Lösung: „Die Macht den Sowjets“, die wir in das Bewußtsein der breitesten Volksmassen einpflanzten, gab uns im Oktober die Möglichkeit, in Petersburg so leicht zu siegen, und verwandelte die letzten Monate der russischen Revolution in einen einzigen Triumphzug.

Der Bürgerkrieg ist zur Tatsache geworden. Was wir zu Beginn der Revolution und sogar zu Beginn des Krieges voraussagten und was damals ein erheblicher Teil der sozialistischen Kreise mit Mißtrauen und sogar mit Spott aufnahm, nämlich die Umwandlung des imperialistischen Krieges in den Bürgerkrieg, ist am 25. Oktober 1917 für eines der größten und rückständigsten Länder, die am Kriege teilgenommen haben, zur Tatsache geworden. Es zeigte sich, daß die erdrückende Mehrheit der Bevölkerung in diesem Bürgerkrieg auf unserer Seite stand, deshalb fiel uns der Sieg so außerordentlich leicht.

Die Truppen, die die Front verließen, brachten, wohin sie nur kamen, die größte revolutionäre Entschlossenheit mit, dem Paktierertum ein Ende zu bereiten, und die paktiererischen Elemente, die weiße Garde, die Gutsbesitzersöhnchen verloren jede Stütze in der Bevölkerung. Der Krieg gegen sie verwandelte sich allmählich, mit dem Übergang der breiten Massen und der gegen uns eingesetzten Truppenteile auf die Seite der Bolschewiki, in einen Triumphzug der Revolution. Das sahen wir in Petersburg, an der Front bei Gatschina, wo die Kosaken, die Kerenski und Krasnow gegen die rote Haupt-

stadt zu führen versuchten, schwankend wurden, das sahen wir dann in Moskau, in Orenburg, in der Ukraine. Über ganz Rußland ergoß sich die Welle des Bürgerkrieges, und überall siegten wir mit ungewöhnlicher Leichtigkeit, eben weil die Frucht herangereift war, weil die Massen bereits die ganze Erfahrung des Paktierens mit der Bourgeoisie durchgemacht hatten. Die Losung „Alle Macht den Sowjets“ war von den Massen an Hand einer langen historischen Erfahrung praktisch erprobt worden, war ihnen in Fleisch und Blut übergegangen.

Deshalb waren die ersten Monate der russischen Revolution nach dem 25. Oktober 1917 ein einziger Triumphzug. Infolge dieses einzigen Triumphzuges wurden die Schwierigkeiten, auf die die sozialistische Revolution sofort stieß und stoßen mußte, vergessen und in den Hintergrund gedrängt. Einer der Hauptunterschiede zwischen der bürgerlichen und der sozialistischen Revolution besteht darin, daß für die bürgerliche Revolution, die aus dem Feudalismus hervorwächst, im Schoße der alten Ordnung die neuen Wirtschaftsorganisationen allmählich entstehen, die nach und nach alle Seiten der feudalen Gesellschaft ändern. Die bürgerliche Revolution stand nur vor *einer* Aufgabe: alle Fesseln der früheren Gesellschaft hinwegzufegen, beiseitezwerfen, zu zerstören. Jede bürgerliche Revolution, die diese Aufgabe erfüllt, erfüllt alles, was von ihr verlangt wird: sie stärkt das Wachstum des Kapitalismus.

In einer ganz anderen Lage befindet sich die sozialistische Revolution. Je rückständiger das Land ist, das, infolge der Zickzackbewegungen der Geschichte, die sozialistische Revolution beginnen mußte, desto schwieriger ist für dieses Land der Übergang von den alten kapitalistischen Verhältnissen zu sozialistischen. Hier kommen zu den Aufgaben der Zerstörung neue, unerhört schwierige organisatorische Aufgaben hinzu. Wenn die Schöpferkraft des Volkes in der russischen Revolution, eine Kraft, die die große Erfahrung des Jahres 1905 durchgemacht hat, nicht schon im Februar 1917 Sowjets geschaffen hätte, so hätten sie auf keinen Fall vermocht, im Oktober die Macht zu ergreifen, denn der Erfolg hing lediglich davon ab, ob bereits fertige Organisationsformen der Bewegung vorhanden waren, die Millionen umfaßte. Diese fertige Form waren die Sowjets, und deshalb erwarteten uns auf politischem Gebiet jene glänzenden Erfolge, jener ununterbrochene Triumphzug, den wir erlebten, denn die neue Form der politischen Macht war da, und wir brauchten nur mit einigen Dekreten die Sowjetmacht aus dem Embryonalzustand, in dem sie sich in den ersten Monaten der Revolution befand, zur gesetzlich anerkannten Form zu machen, die im Russischen Staat — in der Russischen

Sowjetrepublik feste Gestalt erhalten hat. Sie entstand auf einmal, sie entstand so leicht, weil die Massen im Februar 1917 die Sowjets schufen, noch bevor irgendeine Partei diese Losung ausgegeben hatte. Die Schöpferkraft des Volkes, das die bittere Erfahrung von 1905 durchgemacht hat, durch sie gewitzigt wurde, sie war es, die diese Form der proletarischen Macht schuf. Die Aufgabe des Sieges über den inneren Feind war eine äußerst leichte Aufgabe. Die Aufgabe der Schaffung einer politischen Macht war äußerst leicht, denn die Massen gaben uns das Gerippe, die Grundlage dieser Macht. Die Republik der Sowjets entstand auf einen Schlag. Aber es blieben noch zwei ungeheuer schwierige Aufgaben, deren Lösung auf keinen Fall ein Triumphzug sein konnte, wie ihn unsere Revolution in den ersten Monaten erlebte. Es bestand und konnte auch kein Zweifel bei uns darüber bestehen, daß die sozialistische Revolution in der Folge vor Aufgaben von ungeheurer Schwierigkeit gestellt werden wird.

Erstens waren das Aufgaben der inneren Organisation, vor denen jede sozialistische Revolution steht. Der Unterschied zwischen der sozialistischen und der bürgerlichen Revolution besteht gerade darin, daß die bürgerliche Revolution die fertigen Formen der kapitalistischen Verhältnisse vorfindet, während die Sowjetmacht, die proletarische Macht diese fertigen Verhältnisse nicht vorfindet, abgesehen von den entwickeltsten Formen des Kapitalismus, die im Grunde genommen nur unbedeutende Spitzen der Industrie erfaßt und die Landwirtschaft erst ganz wenig berührt haben. Die Organisierung der Rechnungsführung, die Kontrolle über die Großbetriebe, die Umwandlung des ganzen staatlichen Wirtschaftsmechanismus in eine einzige große Maschine, in einen Wirtschaftsorganismus, der so arbeitet, daß sich hunderte Millionen Menschen von einem einzigen Plan leiten lassen — das ist die gigantische organisatorische Aufgabe, die uns zugefallen ist. Unter den jetzigen Arbeitsbedingungen ist eine Bewältigung dieser Aufgabe im Sturmlaufen, in der Art, wie wir die Aufgaben des Bürgerkrieges zu lösen vermochten, in keiner Weise möglich. Das Wesen der Sache selbst machte das unmöglich. Wenn wir unsere Kaledin-Leute so leicht besiegt und die Sowjetrepublik ohne nennenswerten Widerstand geschaffen haben, wenn dieser Gang der Ereignisse durch die ganze objektive vorangegangene Entwicklung vorherbestimmt war, so daß wir nur das letzte Wort zu sagen, das Aushängeschild zu ändern und die Inschrift: „Der Sowjet besteht als eine gewerkschaftliche Organisation“ umzuändern hatten in: „Der Sowjet ist die einzige Form der Staatsmacht“ — so verhielt es sich mit den organisatorischen Aufgaben ganz anders. Hier stießen wir auf ungeheure Schwierigkeiten. Hier

wurde jedem, der sich ernsthaft mit den Aufgaben unserer Revolution beschäftigte, sofort klar, daß man nur auf dem beschwerlichen, langen Weg der Selbstdisziplin jener Zersetzung Herr werden kann, die der Krieg in die kapitalistische Gesellschaft hineingetragen hat, daß wir nur auf diesem außerordentlich schwierigen, langen Weg, den wir hartnäckig verfolgen müssen, diese Zersetzung überwinden und die Elemente besiegen können, die sie steigern, die die Revolution als ein Mittel betrachteten, die alten Fesseln loszuwerden, die möglichst viel von ihr zu erraffen versuchen. Das Auftauchen dieser Elemente in großer Zahl war in einem kleinbürgerlichen Lande, in einem Augenblick unglaublicher Zerrüttung unvermeidlich, und der Kampf gegen sie wird hundertmal schwerer sein und uns keine effektvolle Position versprechen. Diesen Kampf haben wir eben erst begonnen. Wir stehen auf der ersten Stufe dieses Kampfes. Hier stehen uns schwere Prüfungen bevor. Hier können wir auf Grund der objektiven Lage der Dinge uns auf keinen Fall auf einen Triumphzug mit entrollten Fahnen — so wie wir im Kampfe gegen die Kaledin-Leute schritten — beschränken. Jeder, der versuchen wollte, diese Kampfmethodik auf die organisatorischen Aufgaben zu übertragen, vor denen die Revolution steht, würde als Politiker, als Sozialist, als Kämpfer der sozialistischen Revolution völligen Bankrott erleiden.

Das gleiche Schicksal erwartete einige unserer vom anfänglichen Triumphzug der Revolution hingerissenen jungen Genossen, als konkret die zweite ungeheure Schwierigkeit vor der russischen Revolution auftauchte — die internationale Frage. Wenn wir mit den Banden Kerenskis so leicht fertig wurden, wenn wir so leicht eine Staatsmacht bei uns schufen, wenn wir ohne die geringste Mühe das Dekret über die Sozialisierung des Bodens, über die Arbeiterkontrolle bekamen, wenn wir das alles so leicht erzielten, so war das nur möglich, weil eine günstige Gestaltung der Verhältnisse uns für einen kurzen Augenblick vor dem internationalen Imperialismus schützte. Der internationale Imperialismus mit der ganzen Macht seines Kapitals, mit seiner hochorganisierten militärischen Technik, die eine wirkliche Macht, eine wirkliche Festung des internationalen Kapitals darstellt, konnte sich auf keinen Fall, unter keinen Umständen mit der Sowjetrepublik vertragen, sowohl infolge seiner objektiven Lage als auch infolge der ökonomischen Interessen der Kapitalistenklasse, die in ihm verkörpert war, er konnte es nicht wegen der Handelsverbindungen, der internationalen Finanzbeziehungen. Hier ist ein Konflikt unvermeidlich. Hier haben wir die größte Schwierigkeit der russischen Revolution, ihr größtes historisches Problem: die Notwendigkeit, die internationalen Aufgaben zu lösen, die



Notwendigkeit, die internationale Revolution auszulösen, den Übergang zu vollziehen von unserer Revolution als einer eng nationalen zur Weltrevolution. Diese Aufgabe erstand vor uns in ihrer ganzen unerhörten Schwere. Ich wiederhole, daß sehr viele unserer jungen Freunde, die sich für Linke halten, das Wichtigste zu vergessen anfangen, nämlich: warum wir im Laufe der Wochen und Monate des größten Triumphes nach dem Oktober die Möglichkeit hatten, so leicht von Triumph zu Triumph zu schreiten. Das war aber indessen nur deshalb möglich, weil eine besondere internationale Konstellation uns eine Zeitlang vor dem Imperialismus deckte. Er hatte andere Sorgen, als sich mit uns zu beschäftigen. Und uns schien es, daß auch wir uns nicht mit dem Imperialismus zu beschäftigen brauchen. Die einzelnen Imperialisten konnten sich aber nur deswegen nicht mit uns beschäftigen, weil die ganze gewaltige sozialpolitische und militärische Macht des jetzigen Weltimperialismus um diese Zeit durch den gegenseitigen Krieg in zwei Gruppen gespalten war. Die imperialistischen Räuber, die sich in diesen Kampf verwickelt hatten, gingen bis zum Äußersten, bis zum Kampf um Leben und Tod, gerieten in eine Lage, wo keine einzige dieser Gruppen imstande war, irgendwelche bedeutsamen Kräfte gegen die russische Revolution zu konzentrieren. Wir hatten im Oktober gerade einen solchen Augenblick, unsere Revolution ging gerade — das klingt paradox, ist aber richtig — in dem glücklichen Augenblick vor sich, als unerhörte Leiden über die große Mehrzahl der imperialistischen Länder in Form der Vernichtung von Millionen Menschen hereingebrochen waren, als der Krieg die Völker durch unerhörte Leiden erschöpft hatte, als im vierten Kriegsjahr die kriegführenden Länder in eine Sackgasse geraten, am Scheideweg angelangt waren, wo durch die objektiven Umstände die Frage aufgeworfen wurde: können die bis zu einem solchen Zustand gebrachten Völker weiter Krieg führen? Nur dank dem Umstande, daß sich unsere Revolution in diesem glücklichen Augenblick vollzog, wo keine der beiden gigantischen Räubergruppen imstande war, sich unverzüglich auf die andere zu stürzen oder sich gegen uns zusammenzuschließen, konnte unsere Revolution diesen Augenblick und nur diesen Augenblick der internationalen politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ausnutzen und nutzte ihn aus, um ihren glänzenden Triumphzug durch das europäische Rußland zu erleben, nach Finnland überzugreifen, mit der Eroberung des Kaukasus und Rumäniens zu beginnen. Nur dadurch erklärt es sich, daß in den führenden Kreisen unserer Partei, unter den Parteiarbeitern intellektuelle Übermenschen auftauchten, die sich durch den Triumphzug hinreißen ließen und erklärten: mit dem internationalen

Imperialismus werden wir schon fertig werden, auch dort werden wir einen Triumphzug erleben, wirkliche Schwierigkeiten sind dort nicht vorhanden. Hier eben ist die Abweichung von der objektiven Lage der russischen Revolution, die nur zeitweilig die Verzögerung des internationalen Imperialismus ausnutzte, weil zeitweilig die Maschine ins Stoppen kam, die gegen uns losfahren sollte, so wie ein Eisenbahnzug gegen eine Karre losfährt und sie zertrümmert. Die Maschine kam aber ins Stoppen, weil zwei Gruppen von Räubern aufeinandergeraten waren. Hier und dort wuchs die revolutionäre Bewegung, aber in allen imperialistischen Ländern ohne Ausnahme befand sie sich meistens noch im Anfangsstadium. Ihr Entwicklungstempo war keineswegs das gleiche wie bei uns. Jedem, der sich in die ökonomischen Voraussetzungen der sozialistischen Revolution in Europa vertiefte, mußte es klar sein, daß es in Europa unermesslich schwieriger ist, die Revolution zu beginnen, daß es bei uns unermesslich leichter ist zu beginnen, aber schwieriger als dort sein wird, sie fortzuführen. Diese objektive Lage führte dazu, daß wir eine außerordentlich schwere, schroffe Wendung der Geschichte durchmachen mußten. Von dem ununterbrochenen Triumphzug im Oktober, November, Dezember an unserer inneren Front, gegen unsere Konterrevolution, gegen die Feinde der Sowjetmacht, mußten wir zum Kampf gegen den wirklichen internationalen Imperialismus mit seinem wirklich feindlichen Verhalten zu uns übergehen. Von der Periode des Triumphzuges mußten wir zu einer ungewöhnlich schwierigen und drückenden Periode übergehen, die man natürlich mit Worten, glänzenden Losungen nicht abtun kann — so angenehm das auch wäre. Denn die Massen waren in unserem zerrütteten Lande unglaublich erschöpft. Sie waren so weit gebracht worden, daß eine Fortsetzung des Krieges ganz unmöglich war, sie waren durch den qualvollen dreijährigen Krieg derart zermürbt worden, daß sie für den Krieg absolut untauglich wurden. Schon vor der Oktoberrevolution sahen wir Vertreter der Soldatenmassen, die nicht zu der Partei der Bolschewiki gehörten, sich jedoch nicht scheuten, vor der gesamten Bourgeoisie die Wahrheit auszusprechen, nämlich, daß die russische Armee nicht kämpfen werde. Dieser Zustand der Armee schuf eine ungeheure Krise. Das seiner Zusammensetzung nach kleinbäuerliche Land, das durch den Krieg zerrüttet und in einen furchtbaren Zustand gebracht worden war, befindet sich in einer außerordentlich schweren Lage: wir haben keine Armee, müssen aber neben einem bis an die Zähne bewaffneten Räuber leben, der vorläufig noch ein Räuber ist und bleibt, den unsere Agitation für einen Frieden ohne Annexionen und Kontributionen natürlich kalt lassen mußte. Ein

friedliches Haustier lag neben einem Tiger und wollte ihn überzeugen, daß ein Friede ohne Annexionen und Kontributionen geschlossen werden müsse, während das nur durch einen Überfall auf den Tiger erreicht werden konnte. Über diese Perspektive versuchten die Spitzen unserer Partei — Intellektuelle und ein Teil der Arbeiterorganisationen — sich hauptsächlich mit Phrasen und Ausflüchten hinwegzusetzen: das darf nicht sein. Dieser Friede war eine allzu unwahrscheinliche Perspektive: wie konnten wir, die wir bisher mit entrollten Fahnen in den offenen Kampf zogen und mit Hurrageschrei alle Feinde überrannten, zurückweichen und demütigende Bedingungen annehmen? Niemals! Wir sind zu stolze Revolutionäre, wir erklären vor allem: „Der Deutsche kann nicht angreifen!“

Das war die erste Ausflucht, mit der sich diese Leute trösteten. Die Geschichte hat uns jetzt in eine außerordentlich schwierige Lage gebracht: wir müssen durch eine unerhört schwierige organisatorische Arbeit eine Reihe qualvoller Niederlagen überwinden. Gewiß, wenn man an die Dinge den welthistorischen Maßstab anlegt, so kann auch nicht der geringste Zweifel darüber bestehen, daß der Endsieg unserer Revolution eine hoffnungslose Sache wäre, wenn sie allein bliebe, wenn es in den anderen Ländern keine revolutionäre Bewegung gäbe. Wenn wir, die bolschewistische Partei, allein das ganze Werk in unsere Hände genommen haben, so haben wir das in der Überzeugung getan, daß die Revolution in allen Ländern heranreift, daß die internationale sozialistische Revolution letzten Endes — und nicht gleich zu Anbeginn — ausbrechen wird, trotz aller Schwierigkeiten, die wir durchzumachen haben werden, trotz aller Niederlagen, die uns beschieden sein werden, — denn die internationale sozialistische Revolution marschiert; denn sie reift und wird völlig ausreifen. Unsere Rettung aus all diesen Schwierigkeiten — das wiederhole ich nochmals — ist die Revolution in ganz Europa. Wenn wir von dieser Wahrheit, dieser ganz abstrakten Wahrheit ausgehen, wenn wir uns von ihr leiten lassen, so müssen wir darauf achten, daß sie nicht mit der Zeit zur Phrase werde, denn jede abstrakte Wahrheit wird zur Phrase, wenn man sie ohne jegliche Analyse anwendet. Wenn man sagt, daß hinter jedem Streik die Hydra der Revolution steckt und daß der kein Sozialist ist, der das nicht begreift, so ist das richtig. Ja, hinter jedem Streik steckt die sozialistische Revolution. Aber, wenn man sagt, daß jeder gegebene Streik ein unmittelbarer Schritt zur sozialistischen Revolution sei, dann ist das eine leere Phrase. Das haben wir unzählige Male bis zum Überdruß gehört, und die Arbeiter haben deshalb alle diese anarchistischen Phrasen zurückgewiesen, denn genau so, wie nicht daran gezweifelt

werden kann, daß hinter jedem Streik die Hydra der sozialistischen Revolution steckt, ist es klar, daß die Behauptung, man könne von jedem Streik zur Revolution übergehen, Unsinn ist. Genau so, wie absolut nicht bestritten werden kann, daß alle Schwierigkeiten unserer Revolution erst dann überwunden sein werden, wenn die jetzt überall heranreifende sozialistische Weltrevolution vollständig ausgereift sein wird, genau so ist auch die Behauptung ganz absurd, daß wir jede gegebene konkrete, augenblickliche Schwierigkeit unserer Revolution dadurch bemänteln müssen, daß wir sagen: „Ich setze auf die internationale sozialistische Bewegung, ich darf jede beliebige Dummheit machen“. „Liebknecht wird uns aus der Klemme helfen, weil er sowieso siegen wird!“ Er werde eine so großartige Organisation schaffen, werde alles im voraus so festlegen, daß wir nur die fertigen Formen zu übernehmen brauchen werden, so wie wir die fertige marxistische Lehre aus Westeuropa übernommen haben. Gerade deshalb habe sie bei uns gewissermaßen in wenigen Monaten gesiegt, während im Westen zu ihrem Sieg Jahrzehnte erforderlich waren. Also, es ist ein ganz sinnloses Abenteuer, die alte Methode, Fragen des Kampfes im Triumphzug zu lösen, auf die neue historische Periode zu übertragen, die herangebrochen ist, die uns nicht Schwächlinge wie Kerenski und Kornilow, sondern einen internationalen Räuber — das imperialistische Deutschland — entgegenstellte, wo die Revolution eben erst heranreift, aber bekanntlich noch nicht ausgereift ist. Ein ebensolches Abenteuer war die Behauptung, daß der Feind sich nicht zum Angriff auf die Revolution entschließen werde. Während der Verhandlungen in Brest-Litowsk brauchten wir noch nicht jede beliebigen Friedensbedingungen anzunehmen. Das objektive Kräfteverhältnis war so, daß die Erlangung einer Atempause für uns zu wenig war. Die Verhandlungen in Brest-Litowsk sollten dann zeigen, daß der Deutsche angreifen wird, daß die deutsche Gesellschaft noch nicht so schwanger mit der Revolution geht, daß diese sofort ausbrechen müßte. Und man kann es den deutschen Imperialisten nicht als Schuld anrechnen, daß sie durch ihr Verhalten diesen Ausbruch noch nicht vorbereitet haben oder, wie sich unsere jungen Freunde, die sich für Linke halten, ausdrücken, noch keine solche Lage geschaffen haben, wo die Deutschen angreifen können. Wenn man ihnen sagt, daß wir keine Armee haben, daß wir gezwungen waren zu demobilisieren — gezwungen waren, obwohl wir keineswegs vergessen hatten, daß neben unserem friedlichen Haustier ein Tiger lag —, dann wollen sie es nicht begreifen. Wenn wir gezwungen waren, die Armee zu demobilisieren, so hatten wir doch keineswegs vergessen, daß man

durch den einseitigen Befehl, die Waffen hinzuwerfen, den Krieg nicht beenden kann.

Wie kam es überhaupt, daß keine einzige Strömung, keine einzige Richtung, keine einzige Organisation unserer Partei gegen diese Demobilisierung war? Hatten wir denn ganz den Verstand verloren? Keineswegs. Offiziere, keine Bolschewiki, erklärten bereits vor dem Oktober, daß die Armee nicht kämpfen könne, daß es unmöglich sei, sie auch nur einige Wochen an der Front zu halten. Nach dem Oktober wurde das für jeden augenscheinlich, der die Tatsachen, die unerfreuliche, bittere Wirklichkeit sehen und sich nicht verstecken oder sich die Mütze über die Augen schieben und mit stolzen Phrasen über sie hinweggehen wollte. Eine Armee gab es nicht, sie zurückzuhalten war unmöglich. Das Beste, was man tun konnte, war, sie möglichst schnell zu demobilisieren. Das ist ein kranker Teil eines Organismus, der unerhörte Leiden ertrug, durch die Entbehrungen des Krieges zermürbt war, in den er technisch unvorbereitet hineingegangen und aus dem er in einem Zustande herausgekommen war, wo jeder Angriff bei ihm eine Panik hervorruft. Man darf den Menschen, die diese unerhörten Leiden ertragen haben, daraus keinen Vorwurf machen. Wir haben in hunderten Resolutionen, in aller Offenheit, selbst noch in der ersten Periode der russischen Revolution erklärt: „Wir haben das Blutvergießen satt, wir sind nicht imstande zu kämpfen!“ Man konnte die Beendigung des Krieges künstlich hinauszögern, man konnte die Betrügermethode Kerenskis anwenden, man konnte das Ende um einige Wochen hinausschieben, aber die objektive Wirklichkeit mußte sich durchsetzen. Die Armee ist ein krankes Glied des russischen Staatsorganismus, das die Bürden dieses Krieges nicht länger ertragen kann. Je schneller wir sie demobilisieren, je schneller sie in den wenigen kranken Teilen des Organismus aufgeht, desto schneller wird unser Land imstande sein, neue schwere Prüfungen zu ertragen. Von diesen Empfindungen waren wir durchdrungen, als wir einstimmig, ohne den geringsten Protest, den vom Standpunkt der außenpolitischen Ereignisse unsinnigen Beschluß faßten, die Armee zu demobilisieren. Das war ein richtiger Schritt. Wir sagten, daß es eine leichtfertige Illusion sei, zu glauben, man könne die Armee zurückhalten. Je schneller die Armee demobilisiert wird, um so schneller wird die Gesundung des gesamten gesellschaftlichen Organismus einsetzen. Deshalb war es ein so schwerer Fehler, eine so bittere Überschätzung der Ereignisse, die revolutionäre Phrase zu prägen: „Der Deutsche kann nicht angreifen“, woraus sich eine zweite Phrase ergab: „Wir können die Einstellung des Kriegszustandes erklären. Weder Krieg noch Unterzeich-

nung des Friedens!“ Aber wenn der Deutsche doch angreifen wird? „Nein, er kann nicht angreifen.“ Und ihr habt kein Recht, die internationale Revolution aufs Spiel zu setzen, ihr müßt euch vielmehr die konkrete Frage stellen, ob ihr euch nicht als Helfershelfer des deutschen Imperialismus erweisen werdet, wenn dieser Zeitpunkt eintritt. Aber wir, die wir alle seit dem Oktober 1917 Vaterlandsverteidiger geworden sind, die die Verteidigung des Vaterlandes anerkennen, wir alle wissen, daß wir mit den Imperialisten gebrochen haben, nicht nur in Worten, sondern in der Tat: wir haben die Geheimverträge zerrissen, haben die Bourgeoisie bei uns besiegt und einen offenen ehrlichen Frieden vorgeschlagen, so daß alle Völker unsere Absichten wirklich sehen konnten. Wie konnten sich Leute, die den Standpunkt der Verteidigung der Sowjetrepublik ernsthaft vertreten, sich auf dieses Abenteuer einlassen, das seine Früchte gezeitigt hat? Das ist aber eine Tatsache, denn die schwere Krise, die unsere Partei durchmacht angesichts der Entstehung einer linken Opposition innerhalb der Partei, ist eine der größten Krisen, die die russische Revolution durchzumachen hat.

Wir werden diese Krise überwinden. Auf keinen Fall wird unsere Partei oder unsere Revolution sich dabei das Genick brechen, obwohl das im gegebenen Augenblick ganz nahe, durchaus im Bereich des Möglichen lag. Eine Garantie dafür, daß wir uns bei dieser Frage das Genick nicht brechen werden, bildet der Umstand, daß an Stelle der alten Methode, fraktionelle Meinungsverschiedenheiten zu entscheiden, die darin bestand, daß man eine außerordentliche Menge Literatur produzierte, endlose Diskussionen führte und eine beträchtliche Anzahl von Spaltungen vornahm, die Ereignisse den Menschen eine neue Methode des Lernens beigebracht haben. Diese Methode besteht darin, daß man alles an Hand der Tatsachen, Ereignisse, Lehren der Weltgeschichte nachprüft. Ihr sagt, der Deutsche könne nicht angreifen. Aus eurer Taktik folgte, daß man den Kriegszustand für eingestellt erklären konnte. Die Geschichte hat euch eines Besseren belehrt, sie hat diese Illusionen zunichte gemacht. Ja, die deutsche Revolution wächst, aber nicht so, wie wir es haben möchten, nicht mit der Schnelligkeit, die den russischen Intellektuellen angenehm wäre, nicht in dem Tempo, das unsere Geschichte im Oktober einschlug, als wir in einer beliebigen Stadt ankamen, die Sowjetmacht proklamierten und neun Zehntel der Arbeiter im Laufe einiger Tage für uns gewannen. Die deutsche Revolution hat das Unglück, nicht so rasch zu schreiten. Aber wer muß nun mit dem andern rechnen: wir mit ihr oder sie mit uns? Ihr wünschtet, daß sie mit euch rechne, aber die Geschichte hat euch eines Besseren belehrt. Das ist eine Lehre, denn es ist absolut

wahr, daß wir ohne die deutsche Revolution zugrunde gehen. Vielleicht nicht in Petrograd, nicht in Moskau, sondern in Wladiwostok oder in noch ferneren Gegenden, wohin wir uns vielleicht werden zurückziehen müssen, deren Entfernung wohl noch größer ist als die zwischen Petrograd und Moskau, aber wir werden auf jeden Fall trotz allen nur denkbaren Wendungen zugrunde gehen, wenn die deutsche Revolution nicht eintritt. Nichtsdestoweniger wird das nicht im geringsten unsere Überzeugung erschüttern, daß wir auch die schwierigste Lage ohne Schwadronieren ertragen müssen.

Die Revolution kommt nicht so rasch, wie wir erwartet haben. Das hat die Geschichte bewiesen, das müssen wir verstehen, als Tatsache hinzunehmen. Wir müssen verstehen, damit zu rechnen, daß die sozialistische Weltrevolution in den fortgeschrittenen Ländern nicht so leicht beginnen kann wie in Rußland, dem Lande Nikolaus' und Rasputins, wo es einem gewaltigen Teil der Bevölkerung absolut gleichgültig war, welche Völker in den Randgebieten wohnten und was dort vor sich ging. In einem solchen Land war es leicht, die Revolution zu beginnen. Das war ein Kinderspiel.

Aber in einem Lande, in dem sich der Kapitalismus entwickelt und jedem Menschen demokratische Kultur und Organisation beigebracht hat, die Revolution ohne Vorbereitung zu beginnen, wäre falsch, wäre Unsinn. Dort nähern wir uns erst der qualvollen Periode des Beginns der sozialistischen Revolutionen. Das ist eine Tatsache. Wir wissen es nicht, niemand weiß es, vielleicht — das ist durchaus möglich — wird sie in einigen Wochen oder sogar in einigen Tagen siegen, aber darauf darf man nicht bauen. Wir müssen auf außerordentliche Schwierigkeiten, auf außerordentlich schwere Niederlagen gefaßt sein, die unvermeidlich sind, weil die Revolution in Europa noch nicht begonnen hat, obwohl sie morgen beginnen kann. Und wenn sie beginnt, dann werden uns natürlich keine unserer Zweifel mehr plagen, dann werden wir keine Fragen des revolutionären Krieges mehr haben, sondern einen einzigen ununterbrochenen Triumphzug. Das wird eintreten, wird unvermeidlich eintreten, ist aber noch nicht der Fall. Das ist die einfache Tatsache, die uns die Geschichte gelehrt hat, die sie uns in sehr schmerzlicher Weise beigebracht hat. Aber ein durch Schläge Gewitzigter gilt gleich zweien! Deshalb bin ich der Auffassung, daß, nachdem die Geschichte unsere Hoffnung — der Deutsche wird nicht imstande sein anzugreifen, und wir werden alles im Sturme nehmen — so schmerzlich zuschanden gemacht hat, diese Lehre dank unserer Sowjetorganisationen sehr rasch ins Bewußtsein der Massen ganz Sowjetrußlands eindringen wird. Diese Massen

sind in dauernder Bewegung, halten Versammlungen ab, bereiten sich zum Sowjetkongreß vor, nehmen Resolutionen an, denken über das nach, was geschehen ist. Das sind nicht mehr die alten vorrevolutionären Streitigkeiten, die über den Rahmen der engen Parteikreise nicht hinausgingen. Alle Beschlüsse werden den Massen zur Beurteilung vorgelegt, die fordern, daß man diese Beschlüsse an Hand der Erfahrung, in der Praxis prüfe, die sich nie durch leichtfertige Reden hinreißen, sich nie von dem durch den objektiven Gang der Ereignisse vorgezeichneten Weg abbringen lassen. Natürlich kann ein Intellektueller oder ein linker Bolschewik sich über die Schwierigkeiten hinwegsetzen, vor denen wir stehen; er kann sich natürlich über die Tatsachen hinwegsetzen, daß wir keine Armee haben, daß die Revolution in Deutschland noch nicht begonnen hat. Die Millionenmassen aber — und die Politik beginnt dort, wo man mit Millionen zu tun hat; nicht dort, wo man mit Tausenden, sondern dort, wo man mit Millionen zu tun hat, beginnt erst die ernste Politik —, die Millionenmassen wissen, was eine Armee bedeutet, sie haben die Soldaten gesehen, die von der Front zurückkehren. Sie wissen — wenn man nicht einzelne Personen, sondern die wirkliche Masse nimmt —, daß wir nicht kämpfen können, daß jeder an der Front alles erduldet hat, was nur denkbar war. Die Masse hat die Wahrheit begriffen, daß wir den schwersten, erniedrigendsten Friedensvertrag unterzeichnen müssen, weil wir keine Armee haben und neben uns ein Räuber steht. Das ist unvermeidlich, solange die Revolution nicht ausbricht, solange wir unsere Armee nicht heilen, solange wir sie nicht in die Heimat zurückbringen. Bis dahin wird der Kranke nicht genesen. Den deutschen Räuber aber werden wir nicht im Sturme unterkriegen, nicht so loswerden, wie wir Kerenski, Kornilow losgeworden sind. Das ist die Lehre, die sich die Massen zu eigen gemacht haben, ohne die Vorbehalte, die einige Leute, welche sich über die bittere Wirklichkeit hinwegsetzen wollten, ihnen zu präsentieren versuchten.

Zuerst der ununterbrochene Triumphzug im Oktober, November. Dann wird plötzlich die russische Revolution im Laufe von einigen Wochen von dem deutschen Räuber geschlagen, und die russische Revolution ist bereit, die Bedingungen des räuberischen Vertrags anzunehmen. Ja, die Wendungen der Geschichte sind sehr schwer. Bei uns sind alle solche Wendungen schwer. Als wir im Jahre 1907 in Rußland den unerhört schändlichen innerpolitischen Vertrag mit Stolypin unterzeichneten, als wir gezwungen waren, durch den Stall der Stolypinschen Duma hindurchzugehen, Verpflichtungen übernahmen und monarchistische Papierchen<sup>45</sup> unterschrieben, da machten wir in



kleinerem Maßstabe — im Vergleich zu heute — dasselbe durch. Damals sagten Leute, die zur besten Vorhut der Revolution gehörten (sie zweifelten ebenfalls nicht im geringsten daran, daß sie im Recht waren): „Wir sind stolze Revolutionäre, wir glauben an die russische Revolution; wir werden niemals in die legalen Stolypinschen Institutionen hineingehen.“ Ihr werdet doch hineingehen. Das Leben der Massen, die Geschichte ist stärker als eure Versicherungen. Wenn ihr nicht hineingehen wollt, so wird euch die Geschichte dazu zwingen. Das waren ganz Linke, von deren Fraktion nach der ersten Wendung der Geschichte nichts als eine Rauchwolke übrigblieb. Wenn wir es verstanden haben, Revolutionäre zu bleiben, unter entsetzlichen Verhältnissen zu arbeiten und aus jener Lage wieder herauszukommen, so werden wir das auch jetzt verstehen, weil das keine Laune von uns, weil das die objektive Notwendigkeit ist, die in dem aufs äußerste zerrütteten Lande dadurch entstanden ist, daß die europäische Revolution entgegen unseren Wünschen sich erlaubte, zu verspäten, während der deutsche Imperialismus entgegen unseren Wünschen sich erlaubte, die Offensive aufzunehmen.

Hier muß man verstehen, sich zurückzuziehen. Über die unendlich bittere, traurige Wirklichkeit kann man sich nicht durch Phrasen hinwegtäuschen. Man muß sagen: Gebe Gott, daß wir den Rückzug halbwegs geordnet durchführen können. Aber wir sind nicht imstande, uns geordnet zurückzuziehen, und müßten deshalb zufrieden sein, wenn wir uns nur halbwegs geordnet zurückziehen und ein klein wenig Zeit gewinnen könnten, damit der kranke Teil unseres Organismus wenigstens einigermaßen gesunde. Der Organismus als Ganzes ist gesund: er wird die Krankheit überwinden. Aber man kann nicht verlangen, daß er sie auf einmal, in einem Augenblick überwinde, man kann die fliehende Armee nicht zum Stehen bringen. Als ich einem unserer jungen Freunde, der ein Linker sein wollte, sagte: „Genosse, gehen Sie an die Front und sehen Sie, was dort in der Armee vor sich geht“, wurde das als ein beleidigender Vorschlag aufgefaßt: „Man will uns in die Verbannung schicken, damit wir hier nicht für die großen Prinzipien des revolutionären Krieges agitieren!“ Als ich das vorschlug, dachte ich wahrlich nicht an eine Verbannung der Fraktionsgegner: ich schlug vor, sich persönlich davon zu überzeugen, daß die Armee begonnen hatte, in unerhörter Weise davonzulaufen. Wir wußten das schon früher und durften auch früher nicht die Augen davor verschließen, daß die Zersetzung dort zu unerhörten Dingen führte, zum Verkauf unserer Geschütze an die Deutschen für wenige Groschen. Wir wußten das ebenso, wie wir wissen, daß man die Armee nicht

zurückzuhalten vermag, und die Ausflucht, daß der Deutsche nicht angreifen werde, war die schlimmste Abenteuerpolitik. Wenn die europäische Revolution verspätet ausbricht, dann stehen uns sehr schwere Niederlagen bevor, denn wir haben keine Armee, keine Organisation und können diese beiden Aufgaben nicht sofort lösen. Wenn man sich nicht anpassen kann, wenn man nicht fähig ist, auf dem Bauch durch den Schmutz zu kriechen, dann ist man kein Revolutionär, sondern ein Schwätzer, und ich schlage nicht etwa deswegen vor, sich auf diese Weise vorwärtszubewegen, weil mir das so gefällt, sondern weil es keinen anderen Weg gibt, weil die Geschichte es nicht so angenehm gefügt hat, daß die Revolution überall zu gleicher Zeit ausreift.

Die Dinge entwickelten sich so, daß der Bürgerkrieg als Versuch eines Zusammenstoßes mit dem Imperialismus begann, der bewies, daß der Imperialismus durch und durch verfault ist und daß die proletarischen Elemente innerhalb einer jeden Armee sich zu erheben beginnen. Ja, wir werden die internationale Weltrevolution erleben, aber sie ist zunächst nur ein sehr gutes, sehr schönes Märchen. Ich verstehe durchaus, warum alle Kinder schöne Märchen lieben. Aber ich frage: glaubt ein ernster Revolutionär an Märchen? In jedem Märchen sind Elemente der Wirklichkeit enthalten: wollte man den Kindern ein Märchen erzählen, in dem Hahn und Katze sich nicht in Menschengsprache unterhalten, so würde es sie nicht interessieren. Genau so verhält es sich, wenn ihr dem Volke sagt, daß der Bürgerkrieg in Deutschland kommt, und gleichzeitig die Bürgerschaft dafür übernimmt, daß wir anstatt des Zusammenstoßes mit dem Imperialismus eine Weltrevolution auf dem Schlachtfelde bekommen. Das Volk wird sagen, daß ihr es betrügt. Auf diese Weise geht ihr nur in euren Auffassungen, euren Wünschen über die Schwierigkeiten hinweg, die die Geschichte uns in den Weg gestellt hat. Es wäre schön, wenn das deutsche Proletariat imstande wäre, in Aktion zu treten. Habt ihr das aber ausgemessen, habt ihr ein Gerät gefunden, um zu bestimmen, daß die deutsche Revolution an dem und dem Tage ausbrechen werde? Nein, ihr wißt das nicht, und wir wissen es auch nicht. Ihr setzt alles auf eine Karte. Wenn die Revolution ausbricht, dann ist alles gerettet. Natürlich! Aber wenn sie nicht so kommt, wie wir es wünschen, wenn sie wie zum Trotze nicht schon morgen siegt, was dann? Dann wird euch die Masse sagen: ihr habt wie Abenteurer gehandelt, ihr habt alles auf einen glücklichen Verlauf der Ereignisse gesetzt, der ausgeblieben ist, ihr habt euch unfähig erwiesen in der Lage, die an Stelle der internationalen Revolution eingetreten ist, die unvermeidlich kommen wird, aber jetzt noch nicht ausgereift ist.

Eine Periode schwerster Niederlagen hat begonnen, die der bis an die Zähne bewaffnete Imperialismus einem Lande beigebracht hat, das seine Armee demobilisierte, demobilisieren mußte. Was ich vorausgesagt habe, ist restlos eingetroffen: an Stelle des Friedens von Brest-Litowsk haben wir einen viel demütigeren Frieden bekommen, durch die Schuld derjenigen, die den Frieden von Brest-Litowsk nicht angenommen haben. Wir wußten, daß wir durch Verschulden der Armee mit dem Imperialismus Frieden schließen. Wir saßen an einem Tisch mit Hoffmann<sup>46</sup> und nicht mit Liebknecht. Und damit haben wir der deutschen Revolution geholfen. Jetzt aber helft ihr dem deutschen Imperialismus, weil ihr ihm eure Millionenreichtümer ausgeliefert habt: Geschütze, Geschosse. Das aber mußte jeder voraussagen, der den entsetzlichen Zustand des Heeres gesehen hatte. Wir wären bei dem geringsten Angriff der Deutschen unvermeidlich und todsicher zugrunde gegangen — das sagte jeder gewissenhafte Mensch, der an der Front war. Wir wären binnen wenigen Tagen eine Beute des Feindes geworden.

Nach dieser Lehre werden wir die Spaltung und Krise bei uns überwinden, wie schwer auch diese Krankheit sein mag, denn uns wird ein unermesslich zuverlässiger Verbündeter zu Hilfe kommen: die Weltrevolution. Wenn man mich fragt, ob man diesen Tilsiter Frieden, diesen unerhörten Frieden ratifizieren soll, der erniedrigender, räuberischer als der von Brest-Litowsk ist, so antworte ich: ja, unbedingt! Wir müssen es tun, weil wir die Dinge vom Gesichtspunkt der Massen betrachten. Der Versuch, die im Oktober-November innerhalb eines einzigen Landes angewandte Taktik dieser Triumphperiode der Revolution mit Hilfe unserer Phantasie auf den Verlauf der Weltrevolution zu übertragen, — dieser Versuch ist zum Scheitern verurteilt. Wenn man sagt, die Atempause sei eine Phantasie, wenn eine Zeitung, die sich „Kommunist“ nennt — offenbar nach dem Wort Kommune —, Spalte für Spalte füllt, im Bestreben, die Theorie der Atempause zu widerlegen, dann sage ich: ich habe viele fraktionelle Zusammenstöße und Spaltungen erlebt, so daß ich darin eine große Erfahrung habe, aber ich muß sagen: ich sehe ganz klar, diese Krankheit wird mit dem alten Mittel — fraktionellen Parteispaltungen — nicht geheilt werden, weil das Leben sie früher kurieren wird. Das Leben schreitet sehr rasch voran. In dieser Beziehung wirkt es ausgezeichnet. Die Geschichte jagt ihre Lokomotive so rasch vorwärts, daß die Mehrheit der Petrograder Arbeiter — bevor noch die Redaktion des „Kommunist“ die nächste Nummer herausbringt — sich von diesen Ideen enttäuscht abwenden wird, weil das Leben zeigt, daß die Atempause eine Tat-

sache ist. Wir unterzeichnen jetzt den Frieden, wir haben eine Atempause, wir nutzen sie zur Verteidigung des Vaterlandes besser aus, denn, wenn wir Krieg führten, würden wir jene panikartig fliehende Armee vor uns haben, die man hätte zum Stehen bringen müssen und die unsere Genossen nicht zum Stehen bringen können und auch nicht konnten, weil der Krieg stärker ist als alle Predigten, als zehntausend Reden. Wenn sie die objektive Lage nicht begriffen haben, dann können sie die Armee nicht zum Stehen bringen und hätten das auch nicht tun können. Diese kranke Armee verseuchte den ganzen Organismus, und wir erhielten eine neue beispiellose Niederlage, einen neuen Schlag des deutschen Imperialismus gegen die Revolution, einen schweren Schlag, weil wir uns leichtsinnig ohne Maschinengewehre den Schlägen des Imperialismus ausgesetzt haben. Diese Atempause aber werden wir benutzen, um das Volk zu überzeugen, daß es sich zusammenschließen und kämpfen muß; um den russischen Arbeitern und Bauern zu sagen: „Schafft eine Selbstdisziplin, eine strenge Disziplin, sonst werdet ihr unter den deutschen Stiefel geraten wie jetzt. Und das wird unvermeidlich so bleiben, bis das Volk lernen wird zu kämpfen, eine Armee zu schaffen, die nicht die Flucht ergreift, sondern imstande ist, unerhörte Leiden zu ertragen.“ Das ist unvermeidlich, weil die deutsche Revolution noch nicht da ist und man nicht dafür bürgen kann, daß sie morgen kommt.

Das ist der Grund dafür, daß das Leben selbst die Theorie der Atempause aufstellt, die in einer Unmenge von Artikeln im „Kommunist“ vollständig abgelehnt wird. Jeder sieht, daß die Atempause eine Tatsache ist, daß sie sich jeder zunutze macht. Wir glaubten, daß wir Petrograd in wenigen Tagen verlieren würden, als die anrückenden deutschen Truppen nur wenige Tagemärsche von der Stadt entfernt waren und die besten Matrosen und Arbeiter der Putilow-Werke, bei all ihrem großen Enthusiasmus, allein dastanden, als ein furchtbares Chaos, eine Panik entstand, die dazu führte, daß die Truppen bis Gatschina flohen, als wir erlebten, daß zurückgenommen wurde, was gar nicht aufgegeben worden war. Das ging so vor sich, daß ein Telegraphist zur Station fuhr, sich an den Apparat setzte und telegraphierte: „Gar kein Deutscher da, Station von uns besetzt.“ Einige Stunden später teilte man mir telephonisch aus dem Volkskommissariat für Verkehrswesen mit: „Nächste Station eingenommen, nähern uns Jamburg. Gar kein Deutscher da. Der Telegraphist nimmt seinen Posten ein.“ Solche Dinge haben wir erlebt. Das ist die wirkliche Geschichte jenes elftägigen Krieges. Die Matrosen und Putilow-Arbeiter haben sie uns beschrieben. Man muß sie zum Sowjetkongreß

einladen, damit sie die Wahrheit erzählen. Das ist eine furchtbar bittere, kränkende, peinigende Wahrheit, aber sie ist hundertmal nützlicher, das russische Volk wird sie verstehen.

Ich gestehe euch das Recht zu, von der Weltrevolution auf dem Schlachtfelde zu schwärmen, denn sie wird eintreten. Alles wird zu seiner Zeit eintreten, jetzt aber beginnt mit der Selbstdisziplin, unterordnet euch um jeden Preis, damit wir eine musterhafte Ordnung bekommen, damit die Arbeiter wenigstens eine Stunde am Tage lernen, wie man kämpfen muß. Das ist etwas schwieriger, als ein schönes Märchen zu erzählen. Darauf kommt es jetzt an, damit helft ihr der deutschen, der internationalen Revolution. Wieviel Tage unsere Atempause dauern wird, wissen wir nicht, aber wir haben die Atempause. Wir müssen die Armee schneller demobilisieren, denn sie ist ein krankes Organ. Einstweilen werden wir die finnländische Revolution unterstützen.

Gewiß, wir verletzen den Vertrag, wir haben ihn bereits dreißig-, vierzigmal verletzt. Nur Kinder können nicht verstehen, daß in einer solchen Epoche, wo die qualvolle, langwierige Periode der Befreiung anbricht, die eben erst die Sowjetmacht geschaffen und sie um drei Stufen ihrer Entwicklung emporgehoben hat — nur Kinder können nicht verstehen, daß hier ein langwieriger, umsichtiger Kampf geführt werden muß. Der schändliche Friedensvertrag reizt zum Aufstand, aber wenn ein Genosse vom „Kommunist“ über den Krieg urteilt, dann appelliert er an das Gefühl und vergißt, daß sich den Menschen die Hände zu Fäusten geballt und sie blutüberströmte Kinder vor sich gesehen haben. Was sagen sie eigentlich? „Niemals wird ein bewußter Revolutionär so etwas überleben, niemals wird er eine solche Schmach auf sich nehmen.“ Ihre Zeitung trägt den Namen „Kommunist“, sollte aber „Schlachtschütz“ heißen, denn sie betrachtet die Dinge vom Standpunkt des Schlachtschützen, der, mit dem Degen in der Hand in schöner Pose sterbend, ausrief: „Der Friede ist eine Schmach, der Krieg eine Ehre!“ Sie betrachten die Dinge vom Standpunkt des Schlachtschützen, ich aber vom Standpunkt des Bauern.

Wenn ich den Frieden in einem Augenblick annehme, wo die Armee flieht und fliehen muß, wenn sie nicht tausende Menschen verlieren will, so tue ich das, um Schlimmeres zu verhüten. Ist etwa der Vertrag eine Schande? Jeder ernste Bauer und Arbeiter wird mich rechtfertigen, denn er versteht, daß der Friede ein Mittel zur Sammlung der Kräfte ist. Die Geschichte kennt — darauf habe ich mich bereits mehrmals berufen — die Befreiung der Deutschen von Napoleon nach dem Frieden von Tilsit. Ich habe absichtlich den Frieden einen Tilsiter Frieden

genannt, obwohl wir solche Bedingungen nicht unterschrieben haben, obwohl wir nicht die Verpflichtung übernommen haben, dem Eroberer unsere Truppen für Eroberungszüge gegen andere Völker zur Verfügung zu stellen. So weit aber ist es in der Geschichte schon gekommen und wird es auch bei uns kommen, wenn wir uns auf die Weltrevolution auf dem Schlachtfelde verlassen werden. Gebt acht, daß die Geschichte euch nicht auch bis zu dieser Form der militärischen Sklaverei bringt. Solange die sozialistische Revolution nicht in allen Ländern gesiegt hat, kann die Sowjetrepublik in die Sklaverei geraten. Napoleon hat in Tilsit die Deutschen zu unerhört schmachvollen Friedensbedingungen gezwungen. Damals entwickelten sich die Dinge so, daß der Frieden mehrmals geschlossen wurde. Der damalige Hoffmann — Napoleon — ertappte die Deutschen bei der Verletzung des Friedens, und uns wird Hoffmann ebenfalls dabei ertappen. Wir werden uns aber bemühen, daß er uns nicht so bald ertappe.

Der letzte Krieg hat dem russischen Volke eine bittere, qualvolle, aber ernste Lehre erteilt: die Lehre, daß man sich organisieren, disziplinieren, unterordnen und eine musterhafte Disziplin schaffen muß. Lernt bei dem Deutschen Disziplin, sonst sind wir ein verlorenes Volk und werden uns ewig in der Sklaverei befinden.

So und nur so hat sich die Geschichte entwickelt. Die Geschichte lehrt uns, daß der Friede eine Atempause für den Krieg ist, der Krieg aber ein Mittel, um einen halbwegs besseren oder schlechteren Frieden zu bekommen. In Brest-Litowsk war das Kräfteverhältnis derart, daß wir einen Frieden als Besiegte, aber keinen erniedrigenden Frieden erhalten hätten. Das Kräfteverhältnis in Pskow war derart, daß man uns einen schmachvollen, erniedrigenden Frieden anbot, und in Petrograd und Moskau, in der folgenden Etappe, wird man uns einen viermal erniedrigenden Frieden diktieren. Wir werden nicht sagen, wie uns die jungen Moskauer Freunde sagten, die Sowjetmacht sei nur eine Form, wir werden nicht sagen, daß man um dieser oder jener revolutionären Prinzipien willen den Inhalt opfern könne, sondern werden sagen: das russische Volk muß verstehen, daß es sich disziplinieren und organisieren muß, dann wird es imstande sein, jeden Tilsiter Frieden zu ertragen. Die ganze Geschichte der Befreiungskriege zeigt uns, daß die Befreiung schnell eintritt, wenn diese Kriege die breiten Massen erfassen. Wir sagen: wenn die Geschichte sich so entwickelt, dann werden wir mit dem Frieden Schluß machen, zum Kriege wieder zurückkehren müssen, und das vielleicht schon in den nächsten Tagen. Jeder muß bereit sein. Ich zweifle nicht im geringsten daran, daß die Deutschen sich hinter Narwa vorbereiten, wenn es wahr ist, wie alle Zeitungen

melden, daß die Stadt nicht genommen worden ist. Nicht in Narwa, dann bei Narwa, nicht in Pskow, dann bei Pskow konzentrieren die Deutschen ihre reguläre Armee, ihre Eisenbahnen, um mit dem nächsten Sprung Petrograd zu nehmen. Dieses Raubtier springt gut. Das hat es bewiesen. Es wird nochmal einen Sprung tun. Daran ist nicht im geringsten zu zweifeln. Deshalb muß man bereit sein, darf nicht Phrasen dreschen, sondern muß sogar einen einzigen Tag Atempause annehmen, denn sogar einen einzigen Tag können wir für die Räumung Petrograds ausnutzen, dessen Einnahme Hunderttausenden unserer Proletarier unerhörte Qualen bringen würde. Ich erkläre nochmals, daß ich bereit bin, daß ich es für meine Pflicht halte, einen zwanzigmal, hundertmal demütigenderen Vertrag zu unterschreiben, um nur einige Tage Zeit für die Räumung Petrograds zu bekommen, denn ich erleichtere dadurch die Leiden der Arbeiter, die sonst unter das Joch der Deutschen geraten können. Ich erleichtere dadurch den Abtransport von Material, Pulver usw. aus Petrograd, das wir brauchen, weil ich für den Verteidigungskrieg bin, weil ich für die Schaffung einer Armee bin, sei es auch im fernsten Hinterland, wo man eben die jetzige demobilisierte, kranke Armee kuriert.

Wir wissen nicht, wie lange die Atempause dauern wird, aber wir werden versuchen, den Augenblick auszunutzen. Vielleicht wird die Atempause von längerer Dauer sein, vielleicht aber wird sie nur einige Tage dauern. Alles ist möglich, denn niemand weiß es, niemand kann es wissen, denn alle Großmächte sind gebunden, bedrängt, gezwungen, an mehreren Fronten zu kämpfen. Die Haltung Hoffmanns wird erstens dadurch bestimmt, daß die Sowjetrepublik zerschlagen werden muß, zweitens dadurch, daß bei ihm an einer ganzen Reihe von Fronten Krieg geführt werden muß, und drittens dadurch, daß in Deutschland die Revolution heranreift und wächst. Hoffmann weiß das, er kann nicht, wie man behauptet, Petrograd und Moskau in diesem Augenblick nehmen. Aber er kann das morgen tun. Das ist durchaus möglich. Ich wiederhole, daß wir in einem solchen Augenblick, wo die Erkrankung der Armee eine Tatsache ist, wo wir jede Gelegenheit um jeden Preis ausnutzen, um auch nur einen Tag Atempause zu bekommen, sagen, daß jeder ernste Revolutionär, der mit den Massen verbunden ist und weiß, was Krieg, was Masse heißt, verpflichtet ist, diese Masse zu disziplinieren, zu heilen, auf den neuen Krieg vorzubereiten, — daß jeder ernste Revolutionär uns rechtfertigen wird, die Annahme eines jeden schändlichen Vertrags für richtig anerkennen wird, denn das liegt im Interesse der proletarischen Revolution und der Erneuerung Rußlands, seiner Befreiung von einem kranken Organ.

Dadurch, daß wir diesen Frieden unterschreiben, geben wir — das wird jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand begreifen — unsere Arbeiterrevolution nicht auf. Jeder wird verstehen, daß wir, indem wir den Frieden mit den Deutschen unterzeichnen, unsere militärische Hilfe nicht einstellen: wir schicken den Finnen Waffen, aber keine Abteilungen, die sich als untauglich erweisen.

Vielleicht werden wir den Krieg aufnehmen. Vielleicht werden wir morgen auch Moskau aufgeben, aber dann zur Offensive übergehen und gegen die feindliche Armee unsere Armee aufmarschieren lassen, wenn jener Umschwung in der Volksstimmung eintreten wird, der heranreift, der vielleicht viel Zeit braucht, aber eintreten wird; wenn die breiten Massen eine andere Sprache führen werden als jetzt. Ich bin gezwungen, auch den drückendsten Frieden anzunehmen, weil ich jetzt noch nicht sagen kann, daß diese Zeit gekommen ist. Wenn die Zeit der Erneuerung kommen wird, dann werden es alle fühlen, dann wird man sehen, daß der russische Mensch kein Dummkopf ist. Er sieht, er begreift, daß man sich zurückhalten, daß man diese Losung durchführen muß. Darin besteht die Hauptaufgabe unseres Parteitag und des Sowjetkongresses.

Wir müssen es verstehen, auf der neuen Bahn zu arbeiten. Das ist unermeßlich schwerer, aber keineswegs hoffnungslos. Dadurch wird die Sowjetmacht keineswegs zu Fall gebracht werden, wenn wir nicht selbst durch ein dummes Abenteuer ihren Fall herbeiführen. Es wird die Zeit kommen, wo das Volk sagen wird: ich lasse mich nicht mehr quälen. Aber das kann nur eintreten, wenn wir uns nicht auf dieses Abenteuer einlassen, sondern es verstehen, unter den schweren Bedingungen, unter dem unglaublich erniedrigenden Vertrag zu arbeiten, den wir in diesen Tagen unterschrieben haben, denn durch *einen* Krieg, durch *einen* Friedensvertrag *allein* wird eine solche historische Krise nicht entschieden. Das deutsche Volk war im Jahre 1807 durch seine monarchistische Organisation gebunden, als es — nach mehreren demütigenden Friedensverträgen, die zur Atempause für neue Demütigungen und neue Verletzungen der Verträge wurden — seinen Tilsiter Frieden unterschrieb. Die Sowjetorganisation der Massen wird unsere Aufgabe erleichtern.

Unsere Losung muß sein: das Kriegswesen gründlich erlernen, Ordnung auf den Eisenbahnen schaffen. Ohne Eisenbahnen ist ein sozialistischer revolutionärer Krieg schlimmster Verrat. Wir müssen Ordnung schaffen, müssen jene Energie und Stärke aufbringen, die das Beste schaffen wird, was die Revolution bringen kann.

Nutzt die Atempause, die ihr bekommen habt, wenn auch nur



für eine Stunde, um den Kontakt mit dem fernen Hinterland herzustellen und dort neue Armeen zu schaffen. Fort mit den Illusionen, für die euch das Leben gestraft hat und noch mehr strafen wird. Wir sehen vor uns eine Epoche schwerster Niederlagen. Sie ist eine Tatsache. Mit ihr muß gerechnet werden. Wir müssen bereit sein zu hartnäckiger Arbeit unter illegalen Verhältnissen, unter Verhältnissen ausgesprochener Versklavung durch die Deutschen. Hier ist nichts zu beschönigen. Das ist wirklich ein Tilsiter Frieden. Wenn wir es verstehen, so zu handeln, werden wir trotz der Niederlagen mit absoluter Gewißheit sagen können, daß der Sieg unser sein wird.

Veröffentlicht 1923 in „Der VII. Parteitag  
der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki).  
Stenographischer Bericht. 6.—8. März 1918.“

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 343—367.

## DIE HAUPTAUFGABE UNSERER TAGE

Du bist armselig und reich,  
Mächtig und ohnmächtig zugleich,  
Mütterchen Rußland!

Die Geschichte der Menschheit macht in unseren Tagen eine der größten, schwierigsten Wendungen, die von ungeheurer — man kann ohne die geringste Übertreibung sagen —, von weltgeschichtlicher Bedeutung für die Freiheitsbewegung ist. Die Wendung vom Krieg zum Frieden; vom Krieg zwischen Räubern, die Millionen Ausgebeuteter und Werktätiger auf die Schlachtbank schicken, um eine neue Ordnung der Aufteilung der von den stärksten Räubern zusammengeraubten Beute festzusetzen, zum Krieg der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, für die Befreiung vom Joch des Kapitals; von der Hölle der Leiden, Qualen, des Hungers, der Verwilderung zur lichten Zukunft der kommunistischen Gesellschaft, des allgemeinen Wohlstands und des dauernden Friedens. Kein Wunder, daß an den schwierigsten Punkten dieser scharfen Wendung, wo ringsum das Alte unter setzlichem Donnern und Krachen erschüttert wird und zusammenbricht, während daneben das Neue unter unbeschreiblichen Qualen entsteht, mancher von Schwindel befallen, von Verzweiflung erfaßt wird, mancher vor der mitunter allzu bitteren Wirklichkeit unter den Fittichen der schönen, hinreißenden Phrasen Schutz sucht.

Rußland hat die schärfsten Wendungen der Geschichte, die vom Imperialismus zur kommunistischen Revolution führt, besonders deutlich beobachten, besonders schwer und qualvoll durchleben müssen. Wir haben in wenigen Tagen eine der ältesten, mächtigsten, barbarischsten und bestialischsten Monarchien zerstört. Wir haben in wenigen Monaten eine Reihe von Etappen des Paktierertums mit der Bourgeoisie, der Überwindung der kleinbürgerlichen Illusionen zurückgelegt, wozu andere Länder Jahrzehnte brauchten. Wir haben nach dem Sturz der Bourgeoisie im Laufe von einigen Wochen ihren offenen Widerstand im Bürgerkrieg gebrochen. Der Bolschewismus hat einen

Triumphzug durch das ganze gewaltige Land zurückgelegt. Wir haben die untersten der vom Zarismus und der Bourgeoisie unterdrückten Schichten der werktätigen Massen zur Freiheit und zum selbständigen Leben emporgehoben. Wir haben die Sowjetrepublik geschaffen und gefestigt, einen neuen Staatstypus, der unermesslich höher und demokratischer ist als die besten der bürgerlich-parlamentarischen Republiken. Wir haben die Diktatur des Proletariats, das von der armen Bauernschaft unterstützt wird, errichtet, und haben ein weitgehend geplantes System sozialistischer Umgestaltungen in Angriff genommen. Wir haben in Millionen und aber Millionen Arbeitern aller Länder den Glauben an ihre eigenen Kräfte geweckt und das Feuer der Begeisterung entzündet. Wir haben überall den Schlachtruf der internationalen Arbeiterrevolution ausgegeben. Wir haben den imperialistischen Räubern aller Länder den Fehdehandschuh hingeworfen.

Und im Laufe von einigen Tagen hat uns ein imperialistischer Räuber, der über Wehrlose hergefallen ist, zu Boden geworfen. Er hat uns gezwungen, einen unerhört drückenden und erniedrigenden Frieden zu schließen — ein Tribut dafür, daß wir es wagten, uns, wenn auch nur auf ganz kurze Zeit, den eisernen Klauen des imperialistischen Krieges zu entwinden. Der Räuber drosselt und würgt Rußland, reißt es in Stücke mit um so größerer Wut, je drohender sich vor ihm das Gespenst der Arbeiterrevolution im eigenen Lande erhebt.

Wir waren gezwungen, einen „Tilsiter“ Frieden zu unterzeichnen. Wir dürfen uns keiner Selbsttäuschung hingeben. Wir müssen den Mut haben, der ungeschminkten bitteren Wahrheit gerade ins Antlitz zu schauen. Wir müssen den ganzen Abgrund der Niederlage, der Zerstückelung, Versklavung, Erniedrigung, in den man uns heute gestoßen hat, restlos, bis auf den Grund ausmessen. Je klarer wir das verstehen werden, desto fester, härter, stählerner wird unser Wille zur Befreiung sein, unser Streben, uns aus der Versklavung aufs neue zur Selbständigkeit zu erheben, unsere unbeugsame Entschlossenheit, um jeden Preis durchzusetzen, daß Rußland aufhört, armselig und ohnmächtig zu sein, daß es im vollen Sinne des Wortes mächtig und reich werde.

Rußland kann das werden, denn wir haben immerhin genügend Raum und Naturschätze behalten, um alle und jeden, wenn auch nicht im Überfluß, so doch mit einer ausreichenden Menge von Lebensmitteln zu versorgen. Wir haben sowohl in den Naturschätzen als auch in den Reserven an menschlichen Kräften sowie in dem herrlichen Elan, den die große Revolution der Schöpferkraft des Volkes verliehen hat, die Voraussetzung, um ein wirklich mächtiges und reiches Rußland zu schaffen.

Rußland wird ein solches Land werden, wenn es allen Kleinmut, alle Phrasen abstreift, wenn es die Zähne zusammenbeißt und alle seine Kräfte zusammennimmt, wenn es jeden Nerv anstrengt, jede Muskel anspannt, wenn es begreift, daß die Rettung *nur* auf dem Wege der internationalen Revolution möglich ist, den wir beschritten haben. Auf diesem Wege voranzuschreiten, durch Niederlagen nicht kleinmütig zu werden, Stein um Stein zusammenzutragen für ein festes Fundament der sozialistischen Gesellschaft, an der Schaffung der Disziplin und Selbstdisziplin, an der allgemeinen Stärkung der Organisation, der Ordnung, der Sachlichkeit, des harmonischen Zusammenwirkens der Volkskräfte, der allgemeinen Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte rastlos zu arbeiten — das ist der Weg zur Schaffung einer militärischen Macht und einer sozialistischen Macht.

Es ist eines wirklichen Sozialisten unwürdig, sich aufzublasen oder in Verzweiflung zu geraten, wenn er eine schwere Niederlage erlitten hat. Es ist nicht wahr, daß uns kein Ausweg bleibt und daß wir nur zwischen einem „ruhmlosen“ (vom Standpunkt eines Schlachtschützen) Untergang, den der schwere Frieden darstellt, und einem „ruhmvollen“ Untergang in einem aussichtslosen Kampf zu wählen haben. Es ist nicht wahr, daß wir unsere Ideale oder unsere Freunde durch die Unterzeichnung des „Tilsiter“ Friedens verraten haben. Wir haben niemanden und nichts verraten, wir haben keine einzige Lüge gerechtfertigt oder bemäntelt, wir haben keinem einzigen Freund und Genossen im Unglück die Hilfe verweigert. Wir halfen, womit wir nur konnten, mit allen Mitteln, die uns zur Verfügung standen. Der Heerführer, der die Reste eines geschlagenen oder panikartig fliehenden Heeres in das Innere des Landes zurückführt, der diesen Rückzug schützt, im äußersten Falle sogar mit einem sehr schweren und erniedrigenden Frieden, begeht keinen Verrat an denjenigen Truppenteilen, denen er nicht helfen kann und die durch den Feind abgeschnitten worden sind. Ein solcher Heerführer erfüllt nur seine Pflicht, wenn er den einzigen Weg wählt, um zu retten, was noch zu retten ist, sich nicht auf Abenteuer einläßt, dem Volke die bittere Wahrheit nicht beschönigt, der „Raum aufgibt, um Zeit zu gewinnen“, der *jede*, auch die geringste Atempause ausnutzt, um Kräfte zu sammeln, um der Armee, die an Zersetzung und Demoralisierung erkrankt ist, die Möglichkeit zu geben, Atem zu schöpfen und zu gesunden.

Wir haben einen „Tilsiter“ Frieden unterzeichnet. Als Napoleon I. im Jahre 1807 Preußen den Tilsiter Frieden aufzwang, da hatte der Eroberer alle Armeen der Deutschen vernichtet, die Hauptstadt und

alle großen Städte besetzt, seine eigene Polizei eingeführt, die Besiegten gezwungen, ihm Hilfstruppen zur Führung neuer Räubkriege zur Verfügung zu stellen, da hatte er Deutschland zerstückelt und mit den einen deutschen Staaten Bündnisse gegen andere deutsche Staaten geschlossen. Und nichtsdestoweniger, sogar nach einem *solchen* Frieden, hat sich das deutsche Volk behauptet, hat es verstanden, seine Kräfte zu sammeln, sich zu erheben und sich das Recht auf Freiheit und Selbständigkeit zu erkämpfen.

Jedem, der denken will und zu denken versteht, zeigt das Beispiel des Tilsiter Friedens (der nur einer von jenen vielen drückenden und erniedrigenden Friedensverträgen war, der den Deutschen in der damaligen Epoche aufgezwungen wurde) ganz klar, wie kindisch, wie naiv der Gedanke ist, daß ein drückender Frieden unter allen Umständen den Untergang bedeute, ein Krieg aber der Weg zu Ruhm und Rettung sei. Die Epochen der Kriege lehren uns, daß der Frieden in der Geschichte nicht selten die Rolle einer Atempause und der Sammlung der Kräfte für neue Schlachten gespielt hat. Der Tilsiter Frieden war die größte Erniedrigung Deutschlands, gleichzeitig aber eine Wendung zu einem gewaltigen nationalen Aufschwung. Damals hat die historische Situation diesem Aufschwung keinen anderen Ausweg geboten als den des *bürgerlichen* Staats. Damals, vor mehr als 100 Jahren, machten einige Handvoll Adliger und einige Häuflein bürgerlicher Intellektueller Geschichte, während die Massen der Arbeiter und Bauern einen tiefen Schlaf schiefen. Damals konnte die Geschichte deshalb nur entsetzlich langsam vorankriechen.

Jetzt hat der Kapitalismus die Kultur im allgemeinen und die Kultur der Massen im besonderen auf ein viel höheres Niveau emporgehoben. Der Krieg hat die Massen aufgerüttelt, hat sie durch unerhörte Schrecken und Leiden aus dem Schlaf geweckt. Der Krieg hat die Geschichte vorwärtsgetrieben. Sie fliegt jetzt mit der Geschwindigkeit einer Lokomotive dahin. Millionen und aber Millionen Menschen machen jetzt selbständig Geschichte. Der Kapitalismus ist jetzt reif geworden für den Sozialismus.

Und wenn also Rußland jetzt — woran nicht gezweifelt werden kann — vom „Tilsiter“ Frieden einem nationalen Aufschwung, einem großen vaterländischen Krieg entgegengeht, so ist der Ausweg für diesen Aufschwung nicht der bürgerliche Staat, sondern die internationale sozialistische Revolution. Wir sind seit dem 25. Oktober 1917 Vaterlandsverteidiger. Wir sind für die „Vaterlandsverteidigung“, aber der vaterländische Krieg, dem wir entgegengehen, ist ein Krieg für das sozialistische Vaterland, für den Sozialismus als Vaterland, für die Sowjetrepublik als *Teil* der Weltarmee des Sozialismus.

„Hasse den Deutschen, schlag den Deutschen!“ — das war und ist die Losung des üblichen, d. h. bürgerlichen Patriotismus. Wir aber sagen: „Hasse den imperialistischen Räuber, hasse den Kapitalismus, Tod dem Kapitalismus!“ und fügen gleichzeitig hinzu: „Lerne beim Deutschen! Bleibe dem brüderlichen Bündnis mit den deutschen Arbeitern treu. Sie haben sich mit der Hilfe für uns verspätet. Wir werden Zeit gewinnen, werden auf sie warten, und sie werden uns zu Hilfe kommen.“

Jawohl, lerne beim Deutschen! Die Geschichte macht Zickzackwendungen und führt über Umwege. Es ist so gekommen, daß jetzt gerade der Deutsche neben dem bestialischen Imperialismus das Prinzip der Disziplin, der Organisation, des harmonischen Zusammenwirkens auf dem Boden der modernsten Maschinenindustrie, der strengsten Rechnungsführung und Kontrolle verkörpert.

Und gerade daran mangelt es uns. Gerade das müssen wir lernen. Gerade das fehlt unserer großen Revolution, um vom siegreichen Anfang über eine Reihe von schwereren Prüfungen zum siegreichen Ende zu kommen. Gerade das braucht die Russische Sozialistische Sowjetrepublik, damit sie aufhöre, armselig und ohnmächtig zu sein, damit sie ein für allemal reich und mächtig werde.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Iswestija des ZEK“ Nr. 46,  
12. März 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 412—417.

## DIE NÄCHSTEN AUFGABEN DER SOWJETMACHT

### DIE INTERNATIONALE LAGE DER RUSSISCHEN SOWJET- REPUBLIK UND DIE HAUPTAUFGABEN DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION

Dank dem erreichten Frieden — trotz all seiner Schwere und all seiner Unbeständigkeit — erhält die Russische Sowjetrepublik für eine gewisse Zeit die Möglichkeit, ihre Kräfte auf die wichtigste und schwierigste Seite der sozialistischen Revolution zu konzentrieren, nämlich auf die organisatorische Aufgabe.

Diese Aufgabe wurde vor allen werktätigen und unterdrückten Massen im 4. Absatz (4. Teil) der am 16. März 1918 auf dem Außerordentlichen Sowjetkongreß<sup>47</sup> in Moskau angenommenen Resolution klar und deutlich gestellt, in demselben Absatz bzw. in demselben Teil, in dem von der Selbstdisziplin der Werktätigen und dem schonungslosen Kampf gegen das Chaos und die Desorganisation die Rede ist.

Die Unbeständigkeit des von der Russischen Sowjetrepublik erreichten Friedens wird natürlich nicht dadurch bedingt, daß sie jetzt etwa an die Wiederaufnahme von militärischen Operationen denkt. Mit Ausnahme der bürgerlichen Konterrevolutionäre und ihrer Mitläufer (der Menschewiki usw.) denkt kein einziger zurechnungsfähiger Politiker daran. Die Unbeständigkeit des Friedens wird dadurch bedingt, daß in den an Rußland im Westen und Osten grenzenden imperialistischen Staaten, die über eine ungeheure militärische Macht verfügen, jeden Augenblick die Kriegspartei die Oberhand gewinnen kann, verlockt durch die momentane Schwäche Rußlands und angespornt von den Kapitalisten, die den Sozialismus hassen und auf Raub ausgehen.

Bei dieser Lage der Dinge ist ausschließlich die Zwietracht zwischen den imperialistischen Mächten für uns eine reale, und keine papierne Friedensgarantie. Diese Zwietracht hat die äußersten Grenzen erreicht und kommt einerseits in der Wiederaufnahme des imperialistischen

Völkergemetzels im Westen, andererseits in der außerordentlichen Verschärfung des imperialistischen Wettstreites zwischen Japan und Amerika um die Beherrschung des Stillen Ozeans und seiner Küsten zum Ausdruck.

Es ist begreiflich, daß unsere Sozialistische Sowjetrepublik unter einem so unsicheren Schutz sich in einer außerordentlich unbeständigen, zweifellos kritischen internationalen Lage befindet. Wir müssen alle unsere Kräfte aufs äußerste anspannen, um die uns durch das Zusammentreffen der Umstände gewährte Atempause zur Heilung der schwersten Wunden auszunutzen, die der Krieg dem ganzen gesellschaftlichen Organismus Rußlands geschlagen hat, und zur wirtschaftlichen Hebung des Landes, ohne die von einer einigermaßen ernsthaften Steigerung der Wehrfähigkeit keine Rede sein kann.

Es ist auch begreiflich, daß wir der sozialistischen Revolution im Westen, die sich infolge einer Reihe von Ursachen verspätet hat, eine ernsthafte Unterstützung nur in dem Maße erweisen werden, in dem wir die organisatorische Aufgabe lösen, vor der wir stehen.

Die Hauptbedingungen für die erfolgreiche Lösung der organisatorischen Aufgabe, vor der wir in erster Linie stehen, besteht darin, daß die politischen Führer des Volkes, d. h. die Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), ferner alle bewußten Vertreter der werktätigen Massen sich über den grundlegenden Unterschied zwischen den früheren bürgerlichen Revolutionen und der jetzigen sozialistischen Revolution in dieser Hinsicht völlig klarwerden.

In den bürgerlichen Revolutionen bestand die Hauptaufgabe der werktätigen Massen in der Durchführung der negativen oder zerstörenden Arbeit der Vernichtung des Feudalismus, der Monarchie, des Mittelalterlichen. Die positive oder schöpferische Arbeit der Organisierung der neuen Gesellschaft führte die besitzende, bürgerliche Minderheit der Bevölkerung durch. Und sie löste diese Aufgabe trotz des Widerstandes der Arbeiter und der armen Bauern verhältnismäßig leicht, nicht nur deshalb, weil der Widerstand der durch das Kapital ausgebeuteten Massen damals infolge ihrer Zersplitterung und mangelnden Entwicklung äußerst schwach war, sondern auch, weil in der anarchisch aufgebauten kapitalistischen Gesellschaft der elementar in die Breite und Tiefe wachsende nationale und internationale Markt die grundlegende organisierende Kraft ist.

Dagegen ist die Hauptaufgabe des Proletariats und der von ihm geführten armen Bauernschaft in jeder sozialistischen Revolution — also auch in der von uns am 25. Oktober 1917 begonnenen sozialistischen Revolution in Rußland — die positive oder schöpferische Arbeit der



Schaffung eines außerordentlich komplizierten und feinen Netzes von neuen Organisationsbeziehungen, die die planmäßige Produktion und Verteilung der Produkte, welche zur Existenz von Dutzenden Millionen Menschen notwendig sind, erfassen. Eine solche Revolution kann nur bei selbständigem historischem Schöpfertum der Mehrheit der Bevölkerung, vor allem der Mehrheit der Werktätigen, erfolgreich durchgeführt werden. Nur wenn das Proletariat und die arme Bauernschaft genügend Bewußtheit, Ideentreue, Selbstaufopferung, Beharrlichkeit aufbringen, wird der Sieg der sozialistischen Revolution gesichert sein. Durch die Schaffung eines neuen, sowjetischen Staatstypus, der den werktätigen und unterdrückten Massen die Möglichkeit gibt, an dem selbständigen Aufbau der neuen Gesellschaft tätig Anteil zu nehmen, haben wir nur einen kleinen Teil der schweren Aufgabe gelöst. Die Hauptschwierigkeit liegt auf ökonomischem Gebiete: man muß überall die strengste Rechnungsführung und Kontrolle über Produktion und Verteilung der Produkte durchführen, die Produktivität der Arbeit steigern, die Produktion *in der Tat vergesellschaften*.

Die Entwicklung der Partei der Bolschewiki, die heute Regierungspartei in Rußland ist, zeigt besonders anschaulich, worin der von uns erlebte und die Eigenart des gegenwärtigen politischen Augenblicks kennzeichnende historische Umschwung besteht, der von der Sowjetmacht eine Neuorientierung, d. h. eine neue Festsetzung neuer Aufgaben erfordert.

Die erste Aufgabe jeder Partei der Zukunft besteht darin, die Mehrheit des Volkes von der Richtigkeit ihres Programms und ihrer Taktik zu überzeugen. Diese Aufgabe stand unter dem Zarismus wie auch in der Periode des Paktierens der Tschernow und Zereteli mit Kerenski und Kischkin an erster Stelle. Jetzt ist diese Aufgabe, die natürlich bei weitem noch nicht ganz erfüllt ist und niemals ganz erschöpft werden kann, in der Hauptsache gelöst; denn die Mehrheit der Arbeiter und Bauern Rußlands steht, wie es der letzte Sowjetkongreß in Moskau unwiderlegbar gezeigt hat, offenkundig auf seiten der Bolschewiki.

Die zweite Aufgabe unserer Partei war die Eroberung der politischen Macht und die Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter. Auch diese Aufgabe ist keineswegs vollständig gelöst, und sie zu ignorieren, ist unmöglich; denn die Monarchisten und Kadetten einerseits, ihre Helfershelfer und Handlanger, die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre, andererseits setzen ihre Versuche fort, sich zum Sturz der Sowjetmacht zu vereinigen. In der Hauptsache aber

ist die Aufgabe, den Widerstand der Ausbeuter zu unterdrücken, bereits in der Zeit vom 25. Oktober 1917 bis (ungefähr) Februar 1918 oder bis zur Kapitulation Bogajewskis<sup>48</sup> gelöst worden.

Jetzt kommt als nächste und für die Eigenart des gegenwärtigen Moments charakteristische dritte Aufgabe an die Reihe: die Organisation der *Verwaltung* Rußlands. Selbstverständlich stellten wir diese Aufgabe gleich nach dem 25. Oktober 1917 und gingen an ihre Lösung, aber bis jetzt, solange der Widerstand der Ausbeuter noch die Form eines offenen Bürgerkrieges annahm, konnte die Aufgabe des Verwaltens nicht die *Hauptaufgabe, die zentrale Aufgabe* werden.

Jetzt ist sie das geworden. Wir, die Partei der Bolschewiki, haben Rußland *überzeugt*. Wir haben Rußland den Reichen, den Ausbeutern *entrunnen* und den Armen, den Werktätigen gegeben. Wir müssen jetzt Rußland *verwalten*. Und die ganze Eigenart des gegenwärtigen Moments, die ganze Schwierigkeit besteht darin, daß man die Besonderheiten des Überganges von der Hauptaufgabe, das Volk zu überzeugen und die Ausbeuter mit Waffengewalt zu unterdrücken, zu der Hauptaufgabe des *Verwaltens* verstehen muß.

Zum erstenmal in der Weltgeschichte hat eine sozialistische Partei es fertiggebracht, die Eroberung der Macht und die Niederwerfung der Ausbeuter in den Hauptzügen zu beenden und bis *dicht* an die Aufgabe des *Verwaltens* heranzugehen. Wir müssen uns als würdige Vollbringer dieser schwierigsten (und dankbarsten) Aufgabe der sozialistischen Umwälzung erweisen. Man muß *begreifen*, daß zum erfolgreichen Verwalten *außer* der Fähigkeit zu überzeugen, außer der Fähigkeit, im Bürgerkrieg zu siegen, noch die Fähigkeit des praktischen *Organisierens* notwendig ist. Das ist die schwerste Aufgabe, denn es handelt sich um die Organisation der tiefsten, der ökonomischen Grundlagen des Lebens von Millionen und aber Millionen Menschen auf neue Art. Und das ist die dankbarste Aufgabe, denn erst *nach* ihrer *Lösung* (in den Haupt- und Grundzügen) wird man sagen können, daß Rußland nicht nur eine Sowjetrepublik, sondern auch eine sozialistische Republik *geworden* ist.

## DIE ALLGEMEINE LOSUNG DES AUGENBLICKS

Die oben geschilderte objektive Lage, hervorgerufen durch den äußerst drückenden und unbeständigen Frieden, die entsetzlichste Zerrüttung, die Arbeitslosigkeit und Hungersnot, die wir als Erbe des Krieges und der Herrschaft der Bourgeoisie (in der Person Kerenskis und der Menschewiki und rechten Sozialrevolutionäre, die ihn unter-

stützten) übernommen haben, — das alles führte unvermeidlich zur äußersten Ermattung und sogar Erschöpfung der Kräfte der breiten Masse der Werktätigen. Sie fordert dringend eine gewisse Ruhepause und muß sie fordern. Auf der Tagesordnung steht: die Wiederherstellung der durch den Krieg und das Wirtschaften der Bourgeoisie zerstörten Produktivkräfte; die Heilung der Wunden, die der Krieg, die Niederlage im Kriege, die Spekulation und die Versuche der Bourgeoisie, die gestürzte Macht der Ausbeuter wiederaufzurichten, geschlagen haben; die wirtschaftliche Hebung des Landes; der sichere Schutz der elementaren Ordnung. Es kann paradox erscheinen, steht aber tatsächlich infolge der erwähnten objektiven Bedingungen ganz außer Zweifel, daß die Sowjetmacht im gegenwärtigen Moment den Übergang Rußlands zum Sozialismus nur dann sichern kann, wenn sie, trotz des Widerstandes der Bourgeoisie, der Menschewiki und der rechten Sozialrevolutionäre, gerade diese elementaren, diese elementarsten Aufgaben der Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens praktisch lösen wird. Die praktische Lösung dieser elementarsten Aufgaben und die Überwindung der organisatorischen Schwierigkeiten bei den ersten Schritten zum Sozialismus sind jetzt, infolge der konkreten Besonderheiten der jetzigen Lage und angesichts des Bestehens der Sowjetmacht mit ihren Gesetzen über die Sozialisierung des Grund und Bodens, über die Arbeiterkontrolle usw., zwei Seiten ein und derselben Medaille.

Führt genau und gewissenhaft Rechnung über das Geld, wirtschaftet sparsam, faulenz nicht, steht nicht, beobachtet strengste Disziplin in der Arbeit — gerade solche Losungen, die von den revolutionären Proletariern damals, als die Bourgeoisie mit derartigen Reden ihre Herrschaft als Ausbeuterklasse bemäntelte, mit Recht verlacht wurden, werden jetzt, nach dem Sturz der Bourgeoisie, zu den aktuellsten, wichtigsten Losungen des Augenblicks. Und die praktische Verwirklichung dieser Losungen durch die Masse der Werktätigen ist einerseits die *einzige* Bedingung für die Rettung des Landes, das durch den imperialistischen Krieg und die imperialistischen Räuber (mit Kerenski an der Spitze) fast zu Tode gepeinigt wurde; andererseits aber ist die praktische Verwirklichung dieser Losungen durch die *Sowjetmacht*, mit *ihren* Methoden, auf Grund *ihrer* Gesetze, notwendig und *ausreichend* für den endgültigen Sieg des Sozialismus. Das gerade können diejenigen nicht begreifen, die es verächtlich zurückweisen, daß man solche „abgedroschenen“ und „trivialen“ Losungen in den Vordergrund rücke. In dem kleinbäuerlichen Lande, das erst vor einem Jahr den Zarismus stürzte und vor weniger als einem halben Jahr sich von

den Kerenski befreite, ist natürlich nicht wenig an elementarem Anarchismus übriggeblieben, der durch die Verrohung und Verwilderung gesteigert wurde, die Begleiterscheinung eines jeden langwierigen und reaktionären Krieges sind, sind nicht wenig Stimmungen der Verzweiflung und der gegenstandslosen Erbitterung entstanden. Wenn man die provokatorische Politik der Lakaien der Bourgeoisie (der Menschewiki, der rechten Sozialrevolutionäre usw.) hinzunimmt, so wird es vollkommen klar, was für langwierige und hartnäckige Anstrengungen der besten und bewußtesten Arbeiter und Bauern notwendig sind, um einen vollständigen Umschwung in der Stimmung der Masse, um ihren Übergang zu einer richtigen, ausdauernden und disziplinierten Arbeit herbeizuführen. Nur ein solcher, von der Masse der armen Bevölkerung (der Proletarier und Halbproletarier) durchgeführter Übergang ist imstande, den Sieg über die Bourgeoisie und insbesondere über die bäuerliche Bourgeoisie, die am hartnäckigsten und zahlreichsten ist, zu vollenden.

## DIE NEUE PHASE DES KAMPFES GEGEN DIE BOURGEOISIE

Unsere Bourgeoisie ist besiegt, aber noch nicht mit der Wurzel ausgerottet, nicht vernichtet und nicht einmal endgültig niedergedrückt. Auf die Tagesordnung tritt deshalb eine neue, höhere Form des Kampfes gegen die Bourgeoisie, der Übergang von der sehr einfachen Aufgabe der weiteren Expropriierung der Kapitalisten zu der viel komplizierteren und schwierigeren Aufgabe der Schaffung von Bedingungen, unter denen die Bourgeoisie weder existieren noch von neuem entstehen könnte. Es ist klar, daß das eine unendlich höhere Aufgabe ist und daß es ohne ihre Lösung noch keinen Sozialismus gibt.

Wenn wir die westeuropäischen Revolutionen als Maßstab nehmen, so stehen wir jetzt ungefähr auf dem Niveau dessen, was in den Jahren 1793 und 1871 erreicht worden ist. Wir haben gutes Recht, stolz darauf zu sein, daß wir uns auf dieses Niveau erhoben haben und in einer Hinsicht zweifellos etwas weitergegangen sind, nämlich: daß wir in ganz Rußland den höchsten *Typus* des Staates, die Sowjetmacht, dekretiert und errichtet haben. Wir können uns jedoch auf keinen Fall mit dem Erreichten zufrieden geben, denn wir haben erst den Übergang zum Sozialismus begonnen, haben aber *noch* nicht das Entscheidende in *dieser* Hinsicht verwirklicht.

Von entscheidender Bedeutung ist die Organisierung einer überaus strengen und vom gesamten Volk ausgeübten Rechnungsführung und Kontrolle der Produktion und der Verteilung der Produkte. Aber

in den Betrieben, in den Wirtschaftszweigen und -gebieten, die wir der Bourgeoisie weggenommen, haben wir die Rechnungsführung und Kontrolle *noch* nicht durchgeführt. Ohne sie kann aber keine Rede sein von der zweiten, ebenso wesentlichen, materiellen Vorbedingung für die Errichtung des Sozialismus, nämlich von der Erhöhung der Arbeitsproduktivität im gesamtationalen Maßstab.

Deshalb könnte man die Aufgabe des gegenwärtigen Augenblicks nicht durch die einfache Formel bestimmen: Fortsetzung der Offensive gegen das Kapital. Obwohl wir das Kapital zweifellos noch nicht ganz vernichtet haben und es unbedingt notwendig ist, daß man die Offensive gegen diesen Feind der Werktätigen fortsetzt, wäre eine solche Definition nicht genau, nicht konkret, würde keine Berücksichtigung der *Eigenart* des gegenwärtigen Moments enthalten, wo man im Interesse des Erfolges der *weiteren* Offensive *augenblicklich* die Offensive „unterbrechen“ muß.

Das kann man klarmachen, indem man unsere Lage im Kriege gegen das Kapital mit der Lage eines siegreichen Heeres vergleicht, das — sagen wir — dem Feinde die Hälfte oder zwei Drittel seines Gebiets weggenommen hat und gezwungen ist, die Offensive zu unterbrechen, um Kräfte zu sammeln, die Vorräte an Kampfmitteln zu vergrößern, die Verbindungslinien auszubessern und zu verstärken, neue Versorgungslager zu errichten, neue Reserven heranzubringen usw. Die Unterbrechung der Offensive des siegreichen Heeres unter solchen Bedingungen ist gerade im Interesse der Eroberung des übrigen Gebietes des Feindes, d. h. im Interesse des vollständigen Sieges, notwendig. Wer nicht begriffen hat, daß die durch die objektive Lage im gegenwärtigen Augenblick diktierte „Unterbrechung“ der Offensive gegen das Kapital gerade einen solchen Charakter trägt, der hat nichts vom gegenwärtigen politischen Moment begriffen.

Selbstverständlich kann man von einer „Unterbrechung“ der Offensive gegen das Kapital nur in Anführungszeichen, d. h. nur bildlich sprechen. Im gewöhnlichen Kriege kann man einen allgemeinen Befehl über die Unterbrechung der Offensive erlassen, kann man wirklich den Vormarsch unterbrechen. Im Kriege gegen das Kapital kann man den Vormarsch nicht unterbrechen, und es kann auch nicht die Rede davon sein, daß wir auf die weitere Expropriation des Kapitals verzichten. Es handelt sich hier um eine Verlegung des *Schwerpunkts* unserer wirtschaftlichen und politischen Arbeit. Bisher standen an erster *Stelle* die Maßnahmen zur unmittelbaren Expropriation der Expropriateure. Jetzt tritt an die erste Stelle die Organisierung der Rechnungsführung und der Kontrolle sowohl in den Betrieben, in denen

die Kapitalisten bereits expropriert sind, als auch in allen übrigen Betrieben.

Wenn wir jetzt die Expropriation des Kapitals im früheren Tempo weiter fortsetzen wollten, so würden wir sicherlich eine Niederlage erleiden, denn unsere Arbeit zur Organisierung der proletarischen Rechnungsführung und Kontrolle ist hinter der Arbeit der unmittelbaren „Expropriation der Expropriateure“ zurückgeblieben. Das ist für jeden denkenden Menschen klar und offensichtlich. Wenn wir jetzt mit allen Kräften die Organisierung der Rechnungsführung und Kontrolle in Angriff nehmen, so werden wir diese Aufgabe lösen können, das Versäumte nachholen und unsere „Kampagne“ gegen das Kapital gewinnen.

Ist aber das Eingeständnis, daß wir Versäumtes nachholen müssen, nicht gleichbedeutend mit dem Eingeständnis irgendeines begangenen Fehlers? Nicht im geringsten. Stellen wir wieder einen militärischen Vergleich an. Wenn man den Feind allein mit Abteilungen leichter Kavallerie schlagen und zurückwerfen kann, so muß man das tun. Kann man das aber nur bis zu einer bestimmten Grenze mit Erfolg tun, so ist es durchaus denkbar, daß darüber hinaus die Notwendigkeit der Heranschaffung von schwerer Artillerie entsteht. Wenn wir zugeben, daß man jetzt das Versäumte durch Heranschaffung von schwerer Artillerie nachholen muß, so erkennen wir keineswegs die siegreiche Kavallerieattacke als Fehler an.

Die Lakaien der Bourgeoisie haben uns oft vorgeworfen, daß wir eine „rotgardistische“ Attacke gegen das Kapital geritten hätten. Ein unsinniger Vorwurf, der gerade der Lakaien des Geldsackes würdig ist. Denn die „rotgardistische“ Attacke gegen das Kapital war *seinerzeit* durch die Verhältnisse unbedingt geboten: erstens leistete das Kapital militärischen Widerstand durch Kerenski und Krasnow, Sawinkow und Goz (Gegetschkori leistet auch jetzt noch einen solchen Widerstand), Dutow und Bogajewski. Militärischen Widerstand kann man nicht anders als mit militärischen Mitteln brechen, und die Rotgardisten haben die edelste und größte historische Tat der Befreiung der Werktätigen und Ausgebeuteten von der Unterdrückung durch die Ausbeuter vollbracht.

Zweitens hätten wir damals die Methode der Verwaltung an Stelle der Methode der Unterdrückung schon deshalb nicht in den Vordergrund rücken können, weil die Kunst des Verwaltens den Menschen nicht angeboren ist, sondern durch Erfahrung erworben wird. Damals hatten wir diese Erfahrung nicht. Jetzt haben wir sie. Drittens konnten wir damals keine Spezialisten der verschiedenen Zweige der Wissen-

schaft und Technik zu unserer Verfügung haben, weil sie entweder in den Reihen der Bogajewski kämpften oder aber noch die Möglichkeit hatten, einen systematischen und hartnäckigen passiven Widerstand durch *Sabotage* zu leisten. Jetzt aber haben wir die *Sabotage* gebrochen. Die „rotgardistische“ Attacke gegen das Kapital war erfolgreich, war siegreich, denn wir haben sowohl den militärischen Widerstand als auch die *Sabotage* des Kapitals besiegt.

Bedeutet das etwa, daß die „rotgardistische“ Attacke gegen das Kapital *stets*, unter *allen* Umständen *angebracht* ist, daß wir keine anderen Kampfmittel gegen das Kapital haben? So zu denken, wäre kindisch. Wir haben mit der leichten Kavallerie gesiegt, aber wir haben auch schwere Artillerie. Wir haben mit den Methoden der Unterdrückung gesiegt. Wir werden es verstehen, auch mit den Methoden des Verwaltens zu siegen. Man muß es verstehen, die Methoden des Kampfes gegen den Feind zu ändern, wenn sich die Verhältnisse ändern. Wir werden keinen Augenblick auf die „rotgardistische“ Unterdrückung der Herren Sawinkow und Gegetschkori wie auch aller anderen Konterrevolutionäre unter den Gutsbesitzern und Bourgeois verzichten. Aber wir werden nicht so dumm sein, die „rotgardistischen“ Methoden in einer Zeit an die erste Stelle zu setzen, wo die Epoche, in der „rotgardistische“ Attacken notwendig waren, im wesentlichen abgeschlossen (und siegreich abgeschlossen) ist und die Epoche herannaht, wo die proletarische Staatsmacht die bürgerlichen Spezialisten ausnutzen muß für eine derartige Umpflügung des Bodens, daß auf ihm überhaupt keine Bourgeoisie mehr gedeihen könne.

Das ist eine eigenartige Epoche oder, genauer gesagt, Phase der Entwicklung, und um das Kapital endgültig zu besiegen, muß man es verstehen, die Formen unseres Kampfes den eigenartigen Verhältnissen dieser Phase anzupassen.

Ohne Leitung durch Spezialisten der verschiedenen Zweige der Wissenschaft, der Technik, ohne Erfahrung ist der Übergang zum Sozialismus unmöglich, denn der Sozialismus erfordert eine bewußte Vorwärtsbewegung der Massen zu einer höheren Arbeitsproduktivität als unter dem Kapitalismus, und zwar auf der Basis des durch den Kapitalismus Erreichten. Der Sozialismus muß *auf seine* Art, mit seinen Methoden — sagen wir konkreter, mit *Sowjetmethoden* — diese Vorwärtsbewegung verwirklichen. Die Masse der Spezialisten aber ist nun einmal bürgerlich infolge der ganzen Gestaltung des gesellschaftlichen Lebens, in dem sie zu Spezialisten wurden. Wenn unser Proletariat nach der Machtergreifung schnell die Aufgabe der Rechnungsführung, der Kontrolle, der Organisation im Landesmaßstab gelöst

hätte — (das war infolge des Krieges und der Rückständigkeit Rußlands nicht möglich) —, dann hätten wir uns nach Unterdrückung der Sabotage vermöge der allgemeinen Rechnungsführung und Kontrolle die bürgerlichen Spezialisten vollständig unterworfen. Infolge der erheblichen „Verspätung“ mit der Rechnungsführung und Kontrolle überhaupt haben wir, obwohl wir die Sabotage besiegt haben, *noch nicht* die Verhältnisse geschaffen, unter denen die Spezialisten zu unserer Verfügung stehen würden. Die Masse der Saboteure „geht zum Dienst“, aber die besten Organisatoren und die bedeutendsten Spezialisten können vom Staat entweder auf alte, bürgerliche Art (d. h. gegen hohe Bezahlung) zur Arbeit herangezogen werden oder auf eine neue proletarische Art (d. h. durch Schaffung jenes Systems der allgemeinen Rechnungsführung und Kontrolle von unten, das unvermeidlich und von selbst die Spezialisten unterordnen und heranziehen würde).

Wir mußten jetzt zu dem alten, bürgerlichen Mittel greifen und uns mit einer sehr hohen Bezahlung der „Dienste“ der bedeutendsten bürgerlichen Spezialisten einverstanden erklären. Alle, die die Dinge kennen, sehen das, aber nicht alle dringen in die Bedeutung einer solchen Maßnahme des proletarischen Staates ein. Es ist klar, daß diese Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist, die fordern, daß die Gehälter dem Lohn des Durchschnittsarbeiters angeglichen werden und daß man den Kampf gegen den Karrierismus mit Taten und nicht mit Worten führe.

Aber nicht genug damit. Es ist klar, daß diese Maßnahme nicht nur eine Unterbrechung — auf einem gewissen Gebiete und in einem gewissen Grade — der Offensive gegen das Kapital bedeutet (denn das Kapital ist nicht eine Summe Geld, sondern ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis), sondern auch, daß unsere sozialistische Sowjetstaatsmacht, die von Anfang an eine Politik der Herabsetzung der hohen Gehälter bis zum Lohn des Durchschnittsarbeiters proklamiert und durchgeführt hat, *einen Schritt zurück* macht.

Gewiß, die Lakaien der Bourgeoisie, besonders die kleineren Formats, wie die Menschewiki, die Anhänger der „Nowaja Shisn“, die rechten Sozialrevolutionäre, werden aus Anlaß des Eingeständnisses, daß wir einen Schritt zurück machen, kichern. Aber wir brauchen dem Kichern keine Beachtung zu schenken. Wir müssen die Eigentümlichkeiten des außerordentlich schwierigen und neuen Weges zum Sozialismus studieren, dürfen unsere Fehler und Schwächen nicht verdecken, sondern müssen das Unvollendete rechtzeitig zu vollenden suchen. Den Massen zu verheimlichen, daß die Heranziehung der bürgerlichen Spezialisten



durch außerordentlich hohe Löhne eine Abweichung von den Prinzipien der Kommune ist, würde bedeuten, auf das Niveau der bürgerlichen Politiker hinabzusinken und die Massen zu betrügen. Offen erklären, wie und warum wir den Schritt zurück gemacht haben, dann öffentlich beraten, welche Mittel vorhanden sind, um das Versäumte nachzuholen, — das heißt, die Massen erziehen und zusammen mit ihnen aus der Erfahrung lernen, wie man den Sozialismus aufbauen muß. Es hat wohl kaum einen einzigen siegreichen militärischen Feldzug in der Geschichte gegeben, wo der Sieger nicht einzelne Fehler beging, teilweise Niederlagen erlitt und zeitweilig hier und da sich zurückziehen mußte. Der von uns unternommene „Feldzug“ gegen den Kapitalismus aber ist millionenfach schwieriger als der schwierigste militärische Feldzug, und wegen eines einzelnen und teilweisen Rückzuges kleinstmützig zu werden, wäre dumm und schimpflich.

Treten wir an die Frage von der praktischen Seite heran. Angenommen, die Russische Sowjetrepublik braucht 1000 erstklassige Gelehrte und Spezialisten der verschiedenen Gebiete der Wissenschaft, der Technik, der praktischen Arbeit zur Leitung der Arbeit des Volkes, um die Wirtschaft des Landes möglichst rasch zu heben. Angenommen, daß man jeden dieser „Sterne erster Größe“ — die meisten unter ihnen sind selbstverständlich durch die bürgerlichen Sitten um so mehr verdorben, je mehr sie über die Verdorbenheit der Arbeiter schreien — 25 000 Rubel pro Jahr zahlen muß. Angenommen, daß man diese Summe (25 Millionen Rubel) verdoppeln (Auszahlung von Prämien für besonders erfolgreiche und schnelle Ausführung der wichtigsten organisatorisch-technischen Aufgaben) oder sogar vervierfachen muß (Heranziehung von einigen hundert anspruchsvolleren ausländischen Spezialisten). Nun fragt sich, kann man wirklich annehmen, daß diese Ausgabe von fünfzig oder hundert Millionen Rubel jährlich für die Reorganisation der Volksarbeit nach den neuesten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik für die Sowjetrepublik übermäßig sei oder ihre Kraft übersteige? Gewiß nicht. Die erdrückende Mehrheit der bewußten Arbeiter und Bauern wird eine solche Ausgabe gutheißen, weil sie aus dem praktischen Leben weiß, daß unsere Rückständigkeit uns zwingt, Milliarden zu verlieren, und daß wir *noch nicht* den Grad der Organisation, der Rechnungsführung und Kontrolle erreicht haben, der eine allgemeine und freiwillige Beteiligung der „Leuchten“ der bürgerlichen Intelligenz an *unserer* Arbeit auslösen kann.

Selbstverständlich hat die Frage auch eine andere Seite. Die demoralisierende Wirkung der hohen Gehälter sowohl auf die Sowjetmacht (um so mehr, als bei der Schnelligkeit des Umsturzes unvermeidlich

eine gewisse Anzahl von Abenteurern und Gaunern sich dieser Macht anschloß, die zusammen mit allen möglichen unfähigen oder gewissenlosen Kommissaren nichts dagegen hätten, unter die „Leuchten“ . . . der Kassendiebe zu geraten) als auch auf die Arbeitermasse ist nicht zu bestreiten. Aber alle denkenden und ehrlichen Elemente unter den Arbeitern und armen Bauern werden mit uns einverstanden sein, werden anerkennen, daß wir nicht imstande sind, uns auf einmal von dem schlimmen Erbe des Kapitalismus zu befreien, daß wir die Sowjetrepublik von dem „Tribut“ von 50 oder 100 Millionen Rubel (dem Tribut für unsere eigene Rückständigkeit bei der Organisation der *allgemeinen* Rechnungsführung und Kontrolle *von unten*) nicht anders befreien können als durch Organisation, Heftung der Disziplin unter uns selbst, Säuberung unserer Reihen von allen „Hütern der Erbschaft des Kapitalismus“, „Hütern der Traditionen des Kapitalismus“, d. h. von den Faulenzern, Nichtstuern, den Leuten, die den Staat bestehlen (jetzt ist der gesamte Grund und Boden, sind alle Fabriken, alle Eisenbahnen Staatsbesitz der Sowjetrepublik). Wenn die klassenbewußten, fortgeschrittenen Arbeiter und armen Bauern es mit Hilfe der Sowjetinstitutionen in einem Jahr fertigbringen werden, sich zu organisieren, zu disziplinieren, zusammenzunehmen und eine mächtige Arbeitsdisziplin zu schaffen, dann werden wir uns nach einem Jahr von diesem „Tribut“ befreien, den man sogar früher . . . je nach den Erfolgen unserer proletarisch-bäuerlichen Arbeitsdisziplin und Organisation herabsetzen kann. Je schneller wir selbst, die Arbeiter und Bauern, uns eine bessere Arbeitsdisziplin und eine höhere Arbeitstechnik zu eigen machen und zu diesem Zweck die bürgerlichen Spezialisten ausnutzen, desto eher werden wir uns von jedem „Tribut“ an diese Spezialisten befreien.

Unsere unter Leitung des Proletariats in Angriff genommene Arbeit zur Organisation der vom gesamten Volk durchgeführten Rechnungsführung und Kontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte ist stark hinter unserer Arbeit der unmittelbaren Expropriation der Expropriateure zurückgeblieben. Diese These ist von grundlegender Bedeutung für das Verständnis der Eigentümlichkeiten der augenblicklichen Lage und der daraus sich ergebenden Aufgaben der Sowjetmacht. Der Schwerpunkt im Kampfe gegen die Bourgeoisie verschiebt sich auf die Organisation dieser Rechnungsführung und Kontrolle. Nur wenn man davon ausgeht, kann man die nächsten Aufgaben der Wirtschafts- und Finanzpolitik auf dem Gebiet der Nationalisierung der Banken, der Monopolisierung des Außenhandels, der staatlichen Kontrolle des Geldumlaufs, der Einführung einer dem

proletarischen Standpunkt entsprechenden Vermögens- und Einkommensteuer, der Einführung der Arbeitsdienstpflicht richtig bestimmen.

Mit der sozialistischen Umgestaltung auf diesen Gebieten (das aber sind sehr, sehr wichtige Gebiete) sind wir außerordentlich zurückgeblieben, und gerade deshalb zurückgeblieben, weil die Rechnungsführung und Kontrolle überhaupt nicht genügend organisiert sind. Es versteht sich, daß das eine der schwierigsten Aufgaben ist und daß sie bei der durch den Krieg heraufbeschworenen Zerrüttung nur nach längerer Zeit gelöst werden kann, aber man darf nicht vergessen, daß gerade hier die Bourgeoisie — besonders die zahlreiche Kleinbourgeoisie und die bäuerliche Bourgeoisie — uns die ernsteste Schlacht liefert, indem sie die in Gang kommende Kontrolle untergräbt, z. B. das Getreidemonopol untergräbt und Positionen für die Spekulation und den spekulativen Handel erobert. Was wir bereits dekretiert, haben wir bei weitem noch nicht genügend in die Tat umgesetzt, und die Hauptaufgabe des Augenblicks besteht gerade in der Konzentrierung aller Anstrengungen auf die sachliche, praktische *Verwirklichung* der Grundlagen jener Umgestaltungen, die bereits Gesetz, aber noch nicht Wirklichkeit sind.

Um die Nationalisierung der Banken weiter fortzusetzen und sie unentwegt in Knotenpunkte der gesellschaftlichen Buchführung unter dem Sozialismus zu verwandeln, braucht man vor allem und am meisten reale Erfolge bei der Vermehrung der Filialen der Volksbank, der Heranziehung von Einlagen, der Erleichterung der Operationen der Ein- und Auszahlungen von Geld für das Publikum, der Beseitigung des „Schlangensteinens“, der Ergreifung und *Erschießung* der bestechlichen Elemente und Gauner usw. Zuerst muß man das Einfachste wirklich durchführen, das Vorhandene anständig organisieren — und dann erst das Kompliziertere vorbereiten.

Die bereits eingeführten Staatsmonopole (für Getreide, Leder usw.) muß man festigen und regulieren — und damit die Monopolisierung des Außenhandels durch den Staat vorbereiten. Ohne eine solche Monopolisierung werden wir nicht imstande sein, uns durch Zahlung eines „Tributes“ von dem ausländischen Kapital loszukaufen. Die Möglichkeit des sozialistischen Aufbaus aber hängt ganz davon ab, ob wir im Laufe einer bestimmten Übergangszeit durch Zahlung eines gewissen Tributes an das ausländische Kapital imstande sein werden, unsere innere wirtschaftliche Selbständigkeit zu wahren.

Mit der Erhebung von Steuern im allgemeinen, der Vermögens- und Einkommensteuer im besonderen sind wir ebenfalls außerordent-

lich stark zurückgeblieben. Die Tatsache, daß man der Bourgeoisie Kontributionen auferlegt — eine Maßnahme, die prinzipiell unbedingt zulässig ist und die Billigung des Proletariats verdient —, zeigt, daß wir in dieser Hinsicht noch den Methoden, mit denen wir Rußland den Reichen entrongen und den Armen gegeben haben, näherstehen als den Methoden der Verwaltung. Um aber stärker zu werden und festen Fuß zu fassen, müssen wir zu diesen letzten Methoden übergehen, müssen wir die der Bourgeoisie auferlegte Kontribution durch eine ständig und richtig zu erhebende Vermögens- und Einkommensteuer ersetzen, die dem proletarischen Staat *mehr* geben wird und die von uns gerade verlangt, daß wir uns besser organisieren und die Rechnungsführung und Kontrolle besser in Gang bringen.

Unsere Verspätung mit der Einführung der Arbeitsdienstpflicht zeigt ein übriges Mal, daß gerade die vorbereitende organisatorische Arbeit zur aktuellen Aufgabe wird, die einerseits das Eroberte endgültig verankern soll, andererseits aber notwendig ist, um die Operation vorzubereiten, die das Kapital „einkreisen“ und zur „Kapitulation“ zwingen wird. Die Arbeitsdienstpflicht müßten wir unverzüglich einführen, aber ganz allmählich und umsichtig, wobei wir jeden Schritt durch die praktische Erfahrung prüfen und selbstverständlich als ersten Schritt die Arbeitsdienstpflicht *für die Reichen* einführen müssen. Die Einführung eines Arbeits- und Konsumbuches (Budgetbuches) für jeden Bourgeois, auch für den bäuerlichen, wäre ein ernster Schritt vorwärts zur völligen „Einkreisung“ des Feindes und zur Schaffung einer wirklich vom gesamten Volke ausgeübten Rechnungsführung und Kontrolle der Produktion und Verteilung der Produkte.

## DIE BEDEUTUNG DES KAMPFES FÜR DIE ALLUMFASSENDE RECHNUNGSFÜHRUNG UND KONTROLLE

Der Staat, der jahrhundertlang ein Organ zur Unterdrückung und Ausplünderung des Volkes war, hat uns als Erbe den größten Haß und das Mißtrauen der Massen gegen alles, was mit dem Staat zusammenhängt, hinterlassen. Das zu überwinden, ist eine sehr schwere Aufgabe, der nur die Sowjetmacht gewachsen ist; aber auch sie bedarf dazu längerer Zeit und einer gewaltigen Ausdauer. In der Frage der Rechnungsführung und Kontrolle, dieser Grundfrage für die sozialistische Revolution am Tage nach dem Sturze der Bourgeoisie, zeigt sich dieses „Erbe“ besonders deutlich. Es wird unvermeidlich eine gewisse Zeit vergehen, bis die Massen, die sich nach dem Sturz der Guts-

besitzer und der Bourgeoisie zum erstenmal frei fühlten, nicht aus Büchern, sondern auf Grund der eigenen Erfahrung, der *Sowjet*erfahrung, verstehen und *fühlen* werden, daß ohne eine allseitige staatliche Rechnungsführung und Kontrolle der Produktion und Verteilung der Produkte die Macht der Werktätigen, die Freiheit der Werktätigen sich *nicht* behaupten kann und die Rückkehr unter das Joch des Kapitalismus *unvermeidlich* ist.

Alle Gewohnheiten und Traditionen der Bourgeoisie, und besonders der Kleinbourgeoisie, sind ebenfalls gegen die *staatliche* Kontrolle, für die Unantastbarkeit des „heiligen Privateigentums“, des „heiligen“ Privatunternehmens. Wir sehen jetzt besonders anschaulich, wie sehr der marxistische Grundsatz richtig ist, daß Anarchismus und Anarchosyndikalismus *bürgerliche* Strömungen sind, in welchem unversöhnlichem Gegensatz sie zum Sozialismus, zur proletarischen Diktatur, zum Kommunismus stehen. Der Kampf für die Verwurzelung der Idee der *sowjetischen* staatlichen Kontrolle und Rechnungsführung in den Massen, für die Verwirklichung dieser Idee, für den Bruch mit der verfluchten Vergangenheit, die den Erwerb von Brot und Kleidung als eine „Privatsache“, als Kauf und Verkauf, als ein Geschäft, das „nur mich angeht“, zu betrachten gelehrt hat, — dieser Kampf ist eben der gewaltigste Kampf des sozialistischen Bewußtseins gegen die bürgerlich-anarchistische Spontaneität, ein Kampf von weltgeschichtlicher Bedeutung. Die Arbeiterkontrolle ist bei uns Gesetz geworden, aber ins Leben und sogar ins Bewußtsein der breiten Massen des Proletariats beginnt sie kaum erst einzudringen. Daß das Fehlen einer Rechnungsführung in der Produktion und Verteilung der Produkte Vernichtung der Keime des Sozialismus, Diebstahl am Staatseigentum bedeutet — denn aller Besitz gehört dem Staate, der Staat aber ist die Sowjetmacht, die Macht der Mehrheit der Werktätigen —, daß Nachlässigkeit bei der Rechnungsführung und Kontrolle eine direkte Begünstigung der deutschen und russischen Kornilow bedeutet, die die Macht der Werktätigen *nur* dann stürzen können, wenn wir die Aufgabe der Rechnungsführung und Kontrolle nicht bewältigen, und die mit Hilfe der gesamten bäuerlichen Bourgeoisie, der Kadetten, der Menschewiki, der rechten Sozialrevolutionäre uns „auflauern“, den Augenblick abwarten — darüber sprechen wir nicht genug in unserer Agitation, darüber denken und sprechen die fortgeschrittenen Arbeiter und Bauern nicht genug. Aber solange die Arbeiterkontrolle nicht zur Tatsache geworden ist, solange die fortgeschrittenen Arbeiter nicht den siegreichen und schonungslosen Feldzug gegen diejenigen eingeleitet und durchgeführt haben, die diese Kontrolle verletzen oder sich um sie nicht kümmern — solange kann

man nicht nach dem ersten Schritt (der Arbeiterkontrolle) den zweiten Schritt zum Sozialismus machen, d. h. zur Regulierung der Produktion durch die Arbeiter übergehen.

Der sozialistische Staat kann nur als Netz von Produktiv- und Konsumkommunen entstehen, die ihre Produktion und ihren Konsum gewissenhaft berechnen, Arbeit sparen, die Produktivität der Arbeit unaufhörlich steigern und dadurch die Möglichkeit erlangen, den Arbeitstag auf sieben, auf sechs und noch weniger Stunden herabzusetzen. Ohne Einführung einer überaus strengen, vom gesamten Volk durchgeführten, allumfassenden Rechnungsführung und Kontrolle für *Getreide* und *Getreideproduktion* (und dann auch für alle anderen notwendigen Produkte) kommt man hier nicht aus. Der Kapitalismus hat uns als Erbe Massenorganisationen hinterlassen, die imstande sind, den Übergang zur Rechnungsführung und Kontrolle im Massenumfange bei der Verteilung der Produkte zu erleichtern — die Konsumgenossenschaften. In Rußland sind sie schwächer entwickelt als in den fortgeschrittenen Ländern, aber dennoch umfaßten sie in Rußland mehr als zehn Millionen Mitglieder. Das in diesen Tagen erlassene Dekret über die Konsumgenossenschaften ist eine außerordentlich bedeutsame Erscheinung, die die Eigenart der Lage und die Aufgaben der Sozialistischen Sowjetrepublik im gegebenen Augenblick anschaulich kennzeichnet.

Das Dekret stellt ein Abkommen mit den bürgerlichen Genossenschaften und den Arbeitergenossenschaften dar, die auf dem bürgerlichen Standpunkt verharren. Das Abkommen oder Kompromiß besteht erstens darin, daß die Vertreter der genannten Institutionen nicht nur an der Beratung des Dekrets teilnahmen, sondern auch faktisch beschließendes Stimmrecht erhielten, denn die Teile des Dekrets, die auf eine entschiedene Opposition dieser Institutionen stießen, wurden fallen gelassen. Zweitens besteht das Kompromiß dem Wesen nach in dem Verzicht der Sowjetmacht auf das Prinzip des unentgeltlichen Eintritts in die Genossenschaft (das einzig konsequente proletarische Prinzip) wie auch auf die Zusammenfassung der gesamten Bevölkerung eines gegebenen Ortes in *einer einzigen* Genossenschaft. Als Abweichung von diesem einzig sozialistischen Prinzip, das der Aufgabe der Beseitigung der Klassen entspricht, wurde den „Arbeiter-Klassengenossenschaften“ (die sich in diesem Falle nur deshalb „Klassengenossenschaften“ nennen, weil sie sich den Klasseninteressen der Bourgeoisie unterordnen) das Recht des Weiterbestehens erteilt. Schließlich wurde auch der Vorschlag der Sowjetmacht, die Bourgeoisie aus den Genossenschaftsvorständen ganz auszuschließen, sehr abgeschwächt und das

Verbot der Aufnahme in diese Vorstände nur auf die Inhaber von Handels- und Industrieunternehmen privatkapitalistischen Charakters ausgedehnt.

Wenn das Proletariat, das durch die Sowjetmacht handelt, imstande gewesen wäre, die Rechnungsführung und Kontrolle im gesamtstaatlichen Maßstab oder zumindest die Grundlagen einer solchen Kontrolle zu organisieren, dann wären solche Kompromisse nicht notwendig gewesen. Durch die Lebensmittelabteilungen der Sowjets, die Versorgungsorgane der Sowjets hätten wir die Bevölkerung zu einer einzigen proletarisch geleiteten Genossenschaft zusammengefaßt, ohne Mitwirkung der bürgerlichen Genossenschaften, ohne Zugeständnisse an das rein bürgerliche Prinzip, das die Arbeitergenossenschaft veranlaßt, als Arbeitergenossenschaft *neben* der bürgerlichen weiterzubestehen, *anstatt* sich diese bürgerliche Genossenschaft gänzlich unterzuordnen, sie beide zu verschmelzen, die *gesamte* Verwaltung und die Aufsicht über den Konsum der Reichen in die *eigene* Hand zu nehmen.

Durch den Abschluß dieses Abkommens mit den bürgerlichen Genossenschaften hat die Sowjetmacht ihre taktischen Aufgaben und die eigentümlichen Methoden ihrer Tätigkeit in der gegebenen Phase der Entwicklung konkret bestimmt, und zwar: dadurch, daß wir die bürgerlichen Elemente leiten, sie ausnutzen, ihnen gewisse Teilzugeständnisse machen, schaffen wir die Bedingungen für eine Vorwärtsbewegung, die langsamer sein wird, als wir es ursprünglich annahmen, aber gleichzeitig dauerhafter, mit einer solideren Sicherung der Basis und der Kommunikationslinie, mit einer gründlicheren Befestigung der eroberten Positionen. Die Sowjets können (*und müssen*) jetzt übrigens ihre Erfolge beim sozialistischen Aufbau an einem außerordentlich klaren, einfachen und praktischen Maßstab messen: nämlich daran, in wieviel Gemeinden (Kommunen oder Siedlungen, Stadtvierteln usw.) und wie weit die Entwicklung der Genossenschaften sich dem Zustand nähert, wo die gesamte Bevölkerung erfaßt wird.

## DIE HEBUNG DER ARBEITSPRODUKTIVITÄT

In jeder sozialistischen Revolution tritt, nachdem die Aufgabe der Eroberung der Macht durch das Proletariat entschieden ist und in dem Maße, wie die Aufgabe der Expropriation der Expropriateure in der Hauptsache und im wesentlichen gelöst wird, notwendigerweise die Grundaufgabe der Schaffung einer Gesellschaftsformation in den Vordergrund, die höher ist als der Kapitalismus, nämlich: die Aufgabe

der Hebung der Produktivität der Arbeit und im Zusammenhang damit (und zu diesem Zwecke) ihrer höheren Organisation. Unsere Sowjetmacht befindet sich gerade in einer solchen Lage, in der sie, dank den Siegen über die Ausbeuter — von Kerenski bis Kornilow — die Möglichkeit erhalten hat, unmittelbar an diese Aufgabe heranzutreten und sie gründlich anzupacken. Und hier wird sofort klar: wenn man sich der zentralen Staatsgewalt in einigen Tagen bemächtigen kann, wenn man den militärischen Widerstand und die Sabotage der Ausbeuter sogar in den verschiedenen Ecken und Enden eines großen Landes in einigen Wochen brechen kann, so erfordert eine gründliche Lösung der Aufgabe der Hebung der Arbeitsproduktivität auf jeden Fall (besonders nach einem furchtbar qualvollen und verheerenden Krieg) mehrere Jahre. Der langwierige Charakter der Arbeit wird hier unbedingt durch objektive Umstände bestimmt.

Die Hebung der Arbeitsproduktivität erfordert vor allem die Sicherung der materiellen Grundlage der Großindustrie: die Entwicklung der Produktion von Brennstoff und Eisen, des Maschinenbaues, der chemischen Industrie. Die Russische Sowjetrepublik befindet sich insofern in günstigen Verhältnissen, als sie — sogar nach dem Frieden von Brest-Litowsk — über riesige Vorkommen an Erzen (im Ural), an Brennstoffen in Westsibirien (Steinkohle), im Kaukasus, im Südosten (Erdöl) und im Zentrum (Torf), über gewaltige Reichtümer an Wäldern, Wasserkraften, Rohstoffen für die chemische Industrie (Karabugas) usw. verfügt. Die Ausbeutung dieser Naturschätze unter Anwendung der modernsten technischen Methoden wird die Grundlagen für einen unerhörten Fortschritt der Produktivkräfte schaffen.

Eine andere Bedingung für die Steigerung der Arbeitsproduktivität ist erstens die Hebung des Bildungs- und Kulturniveaus der Masse der Bevölkerung. Dieser Aufstieg geht jetzt mit ungeheurer Schnelligkeit vor sich, was die von der bürgerlichen Schablone geblendeten Menschen nicht sehen, die nicht fähig sind, zu verstehen, welcher Drang zum Licht und wieviel Initiative sich jetzt dank der Sowjetorganisation in den „Tiefen“ des Volkes entfaltet. Voraussetzung des wirtschaftlichen Aufstieges ist zweitens die Hebung der Disziplin der Werktätigen, des Vermögens zu arbeiten, der Geschicklichkeit, der Intensität der Arbeit und ihre bessere Organisation.

In dieser Hinsicht steht die Sache bei uns besonders schlecht, ja sogar hoffnungslos, wenn man den Leuten glauben will, die sich durch die Bourgeoisie einschüchtern ließen oder ihr eigennützig dienen. Diese Leute begreifen nicht, daß es keine Revolution gegeben hat und geben kann, in der nicht die Anhänger des Alten über Zerfall, Anarchie usw.



gezertet hätten. Es ist natürlich, daß in den Massen, die soeben ein unglaublich barbarisches Joch abgeworfen haben, eine außerordentlich tiefe Gärung vor sich geht, daß die Herausbildung von neuen Grundlagen der Arbeitsdisziplin ein sehr langwieriger Prozeß ist, daß vor dem völligen Sieg über die Gutsbesitzer und die Bourgeoisie damit nicht einmal angefangen werden konnte.

Aber wenn wir uns auch nicht im geringsten von jener, oft geheuchelten, Verzweiflung beeinflussen lassen, die die Bourgeois und die bürgerlichen Intellektuellen (die verzweifeln in bezug auf die Aufrechterhaltung ihrer alten Privilegien) verbreiten, so dürfen wir doch auf keinen Fall ein offenes Übel vertuschen. Im Gegenteil, wir werden es aufdecken und die Sowjetmethoden zur Bekämpfung dieses Übels verschärfen, denn der Erfolg des Sozialismus ist undenkbar ohne den Sieg der proletarischen klassenbewußten Disziplin über die zügellose kleinbürgerliche Anarchie, dieses wahre Unterpfand für die Möglichkeit einer Restauration der Herrschaft der Kerenski und Kornilow.

Die klassenbewußte Vorhut des russischen Proletariats hat sich bereits die Aufgabe der Steigerung der Arbeitsdisziplin gestellt. So hat man z. B. im Vorstand des Metallarbeiterverbandes und im Zentralrat der Gewerkschaften mit der Ausarbeitung von entsprechenden Maßnahmen und Dekretentwürfen begonnen. Diese Arbeit muß man unterstützen und mit allen Kräften vorwärtsbringen. Man muß den Stücklohn, die Anwendung von vielem, was an Wissenschaftlichem und Fortschrittlichem im Taylorsystem vorhanden ist, die Anpassung des Verdienstes an die allgemeinen Ergebnisse der Produktionsleistung bzw. an die Ergebnisse der Ausnutzung der Eisenbahnen, der Schifffahrt usw. usf. auf die Tagesordnung stellen, praktisch anwenden und erproben.

Der Russe ist ein schlechter Arbeiter im Vergleich mit den fortgeschrittenen Nationen. Und das konnte unter dem Regime des Zarismus und bei der Lebendigkeit der Überreste der Leibeigenschaft auch nicht anders sein. Arbeiten lernen — diese Aufgabe muß die Sowjetmacht in ihrem ganzen Umfang dem Volk stellen. Das letzte Wort des Kapitalismus in dieser Hinsicht, das Taylorsystem, vereinigt in sich — wie alle Fortschritte des Kapitalismus — die raffinierte Barbarei der bürgerlichen Ausbeutung und eine Reihe von großartigen wissenschaftlichen Errungenschaften in bezug auf die Analyse der mechanischen Bewegungen bei der Arbeit, der Ausschaltung von überflüssigen und ungeschickten Bewegungen, der Ausarbeitung der richtigsten Arbeitsmethoden, der Einführung der besten Systeme der Rechnungsführung und Kontrolle usw. Die Sowjetrepublik muß um jeden Preis

alles Wertvolle übernehmen, was Wissenschaft und Technik auf diesem Gebiet errungen haben. Die Möglichkeit der Verwirklichung des Sozialismus wird gerade durch unsere Erfolge bei der Verknüpfung der Sowjetmacht und der sowjetischen Organisation der Verwaltung mit den jüngsten Fortschritten des Kapitalismus bestimmt werden. Man muß in Rußland das Studium des Taylorsystems, den Unterricht im Taylorsystem, seine systematische Prüfung und Anpassung in Angriff nehmen. Indem wir zur Steigerung der Arbeitsproduktivität schreiten, müssen wir gleichzeitig die Besonderheiten der Übergangszeit zwischen Kapitalismus und Sozialismus berücksichtigen, die einerseits erfordern, daß das Fundament für die sozialistische Organisation des Wettbewerbs gelegt werde, andererseits aber die Anwendung von Zwang erheischen, damit die Losung der Diktatur des Proletariats nicht durch die Praxis eines breiartigen Zustandes der proletarischen Macht beschmutzt werde.

### DIE ORGANISIERUNG DES WETTBEWERBS

Zu den unsinnigen Behauptungen, die die Bourgeoisie mit Vorliebe über den Sozialismus verbreitet, gehört auch die, daß die Sozialisten die Bedeutung des Wettbewerbs leugnen. Tatsächlich aber eröffnet nur der Sozialismus durch die Beseitigung der Klassen und damit der Versklavung der Massen zum ersten Male wirklich den Weg zum Wettbewerb im Massenumfang. Und gerade die Sowjetorganisation, die von dem formalen Demokratismus der bürgerlichen Republik zur wirklichen Teilnahme der werktätigen Massen an der *Verwaltung* übergeht, stellt zum ersten Male den Wettbewerb auf eine breite Basis. Auf politischem Gebiet ist das viel leichter als auf wirtschaftlichem, aber für den Erfolg des Sozialismus ist gerade das letzte wichtig.

Nehmen wir ein solches Mittel zur Organisation des Wettbewerbs wie die Öffentlichkeit. Die bürgerliche Republik sichert sie nur formell, unterstellt in Wirklichkeit die Presse dem Kapital, amüsiert den „Pöbel“ mit pikanten politischen Nichtigkeiten und verheimlicht das, was in Werkstätten, bei Handelsabschlüssen, Lieferungen usw. vor sich geht, unter dem Deckmantel des „Geschäftsgeheimnisses“, das das „heilige Eigentum“ schützt. Die Sowjetmacht hat das Geschäftsgeheimnis abgeschafft, hat einen neuen Weg beschritten, aber zur Ausnutzung der Öffentlichkeit für den wirtschaftlichen Wettbewerb haben wir noch fast nichts getan. Man muß systematisch ans Werk gehen und zugleich mit der schonungslosen Unterdrückung der durch und durch verlogenen

und von Verleumdungen strotzenden bürgerlichen Presse eine Presse schaffen, die die Massen nicht mit politischen Pikanterien und Nichtigkeiten amüsiert und verdummt, sondern gerade die Tagesfragen der Wirtschaft dem Urteil der Masse unterbreitet und hilft, sie ernsthaft zu studieren. Jede Fabrik, jedes Dorf ist eine produzierende und konsumierende Kommune, die das Recht und die Pflicht hat, auf ihre Art die allgemeinen Gesetzesverordnungen der Sowjets anzuwenden („auf ihre Art“ nicht im Sinne ihrer Verletzung, sondern im Sinne der Mannigfaltigkeit der Formen ihrer Durchführung), auf ihre Art das Problem der Rechnungsführung in der Produktion und der Verteilung der Produkte zu lösen. Unter dem Kapitalismus war das eine „Privatsache“ des einzelnen Kapitalisten, Gutsbesitzers und Kulaken. Unter der Sowjetmacht ist das keine Privatsache, sondern wichtigste Staatsangelegenheit.

Und wir sind noch fast gar nicht an die gewaltige, schwierige, dafür aber auch dankbare Arbeit herangetreten, den Wettbewerb der Kommunen zu organisieren, die Rechenschaftsablegung und die Öffentlichkeit bei der Produktion von Getreide, Kleidung usw. einzuführen, die trockenen, toten, bürokratischen Rechenschaftsberichte in lebendige — sowohl abstoßende als auch anziehende — Beispiele zu verwandeln. In der kapitalistischen Produktionsweise war die Bedeutung des einzelnen Beispiels, sagen wir, irgendeiner Produktivgenossenschaft, unvermeidlich äußerst beschränkt, und nur eine kleinbürgerliche Illusion konnte von der „Korrektur“ des Kapitalismus durch den Einfluß von Mustern wohlthätiger Einrichtungen träumen. Nach dem Übergang der politischen Macht in die Hände des Proletariats, nach der Expropriation der Expropriateure ändert sich die Sache von Grund aus und — entsprechend den vielfachen Hinweisen der hervorragendsten Sozialisten — erlangt die Macht des Beispiels zum ersten Male die Möglichkeit, eine Massenwirkung auszuüben. Die Musterkommunen müssen und werden für die zurückgebliebenen Kommunen Erzieher, Lehrer und ein Ansporn sein. Die Presse muß ein Werkzeug des sozialistischen Aufbaus sein, muß über die Erfolge der Musterkommunen in aller Ausführlichkeit informieren, die Ursachen ihres Erfolges, ihre Wirtschaftsmethoden studieren und andererseits diejenigen Kommunen „ans schwarze Brett“ bringen, die hartnäckig die „Traditionen des Kapitalismus“ hüten, d. h. Anarchie, Faulenzerei, Unordnung und Spekulation. Die Statistik war in der kapitalistischen Gesellschaft ein Gegenstand, der ausschließlich von „Amtspersonen“ oder Spezialisten bearbeitet wurde, wir aber müssen sie in die Massen hineinragen, popularisieren, damit die Werktätigen nach und nach

selbst verstehen und sehen lernen, wie und wieviel man arbeiten muß, wie und wieviel man sich erholen kann, damit die Vergleichung der praktischen Wirtschaftsergebnisse einzelner Kommunen zum Gegenstand des allgemeinen Interesses und Studiums werde, damit die hervorragenden Kommunen sofort belohnt werden (durch Verkürzung des Arbeitstags für eine bestimmte Zeit, durch Erhöhung des Lohns, durch Zuteilung einer größeren Zahl von kulturellen oder ästhetischen Gütern und Werten usw.).

Wenn eine neue Klasse als Führer und Leiter der Gesellschaft den Schauplatz der Geschichte betritt, so verläuft das einerseits niemals ohne eine Periode der stärksten „Schwankungen“, der Erschütterungen, des Kampfes und der Stürme, und andererseits nicht ohne eine Periode von unsicheren Schritten, Experimenten, Schwankungen und Unentschlossenheit bei der Wahl von neuen Methoden, die der neuen objektiven Situation entsprechen. Der untergehende Feudaladel rächte sich an der siegenden und ihn verdrängenden Bourgeoisie nicht bloß durch Verschwörungen, Aufstands- und Restaurationsversuche, sondern auch durch eine Unmenge von Spott über die Unbeholfenheit, Ungeschicklichkeit, die Fehler der „Emporkömmlinge“, der „Frechlinge“, die sich erdreisteten, das „heilige Ruder“ des Staates in die eigenen Hände zu nehmen, ohne jene jahrhundertlange Schulung der Fürsten, Barone, Edelleute und Notabeln — ganz genau so, wie jetzt in Rußland die Kornilow und Kerenski, die Goz und Martow, die ganze Heldenschar der bürgerlichen Geschäftemacherei oder der bürgerlichen Skepsis sich an der Arbeiterklasse für ihren „dreisten“ Versuch der Machtergreifung rächen.

Es versteht sich, daß nicht Wochen, sondern lange Monate und Jahre notwendig sind, damit die neue Gesellschaftsklasse, und zwar eine Klasse, die bisher unterdrückt, durch Not und Unwissenheit niedergedrückt war, sich in die neue Lage hineinfinden, sich umsehen, ihre Arbeit in Gang bringen und ihre Organisatoren hervorbringen könne. Es ist verständlich, daß sich in der Partei, die das revolutionäre Proletariat führt, die Erfahrung und die Fertigkeit der großen, auf Millionen und aber Millionen von Bürgern eingestellten Organisations-einrichtungen nicht hatten herausbilden können, daß die Änderung der alten, fast ausschließlich agitatorischen Fertigkeiten eine sehr langwierige Sache ist. Aber hier ist nichts Unmögliches, und wenn wir die klare Erkenntnis von der Notwendigkeit der Änderung, die feste Entschlossenheit, sie zu verwirklichen, die Ausdauer in der Verfolgung des großen und schwierigen Zieles haben werden — dann werden wir sie verwirklichen. Organisatorische Talente sind unter dem „Volke“,

d. h. unter den Arbeitern und jenen Bauern, die keine fremde Arbeit ausbeuten, in Menge vorhanden; sie wurden vom Kapital zu Tausenden zertreten, zugrunde gerichtet und beiseitegeworfen, und auch wir verstehen es noch nicht, sie zu finden, zu ermutigen, auf eigene Füße zu stellen, aufrücken zu lassen. Aber wir werden es lernen, wenn wir — mit dem ganzen revolutionären Enthusiasmus, ohne den es keine siegreichen Revolutionen gibt — darangehen werden.

Keine einzige tiefe und mächtige Volksbewegung in der Geschichte ist ohne einen schmutzigen Schaum vor sich gegangen, ohne daß sich an die unerfahrenen Neuerer Abenteurer und Gauner, Prahlhänse und Schreihälse anbiederten, ohne sinnloses Durcheinander, Wirrwarr, unnütze Geschäftigkeit, ohne Versuche einzelner „Führer“, zwanzig Dinge anzufangen und kein einziges zu Ende zu führen. Mögen die Möpfe der bürgerlichen Gesellschaft, von Belorussow bis Martow, über jeden überflüssigen Span beim Abholzen des großen alten Waldes klaffen und bellen. Eben weil sie Möpfe sind, bellen sie den proletarischen Elefanten an. Mögen sie ruhig bellen. Wir werden unseren Weg gehen und versuchen, möglichst vorsichtig und geduldig wirkliche Organisatoren zu erproben und ausfindig zu machen, Leute mit nüchternem Verstand und praktischer Ader, Leute, die die Treue zum Sozialismus mit der Fähigkeit verbinden, ohne Lärm (und trotz des Wirrwarrs und Lärms) eine feste und gute Zusammenarbeit einer großen Zahl von Menschen im Rahmen der Sowjetorganisation zustande zu bringen. Nur solche Leute soll man nach zehnfacher Prüfung, indem man sie von den einfachsten zu den schwersten Aufgaben übergehen läßt, auf verantwortliche Posten als Leiter der Volksarbeit, Leiter der Verwaltung stellen. Das haben wir noch nicht gelernt. Das werden wir lernen.

### „STRAFFE ORGANISATION“ UND DIKTATUR

Die Resolution des letzten Sowjetkongresses in Moskau stellt als wichtigste Aufgabe des Augenblicks die Schaffung „einer straffen Organisation“ und die Hebung der Disziplin. Alle „stimmen“ jetzt freudig für solche Resolutionen und „unterschreiben“ sie, aber daß ihre Durchführung Zwang erfordert — und Zwang gerade in der Form der Diktatur —, darüber macht man sich gewöhnlich keine Gedanken. Es wäre jedoch die größte Dummheit und der unsinnigste Utopismus zu glauben, daß der Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus ohne Zwang und ohne Diktatur möglich sei. Die Theorie von Marx hat sich vor sehr langer Zeit und mit aller Bestimmtheit gegen diesen klein-

bürgerlich-demokratischen und anarchistischen Unsinn gewandt. Und das Rußland von 1917—1918 bestätigt in dieser Hinsicht die Theorie von Marx mit einer solchen Anschaulichkeit, Handgreiflichkeit und Eindringlichkeit, daß nur Menschen, die hoffnungslos stumpfsinnig sind oder sich hartnäckig von der Wahrheit abwenden, sich in dieser Frage noch irren können. Entweder Diktatur Kornilows (wenn man ihn als russischen Typus des bürgerlichen Cavaignac nimmt) oder Diktatur des Proletariats — von einem anderen Ausweg kann für ein Land, das eine außergewöhnlich schnelle Entwicklung mit außergewöhnlich scharfen Wendungen durchmacht, bei der furchterlichen Zerrüttung, die durch diesen qualvollsten aller Kriege hervorgerufen wurde, *nicht einmal die Rede sein*. Alle Mittelwege sind entweder Betrug des Volkes durch die Bourgeoisie, die nicht die Wahrheit sagen kann, nicht sagen kann, daß sie einen Kornilow braucht, oder Stumpfsinn der kleinbürgerlichen Demokraten, der Tschernow, Zereteli und Martow, mit ihrem Geschwätz von der Einheit der Demokratie, der Diktatur der Demokratie, der allgemein-demokratischen Front und ähnlichem Unsinn. Wen sogar der Gang der russischen Revolution von 1917—1918 nicht darüber belehrt hat, daß Mittelwege unmöglich sind, der ist für immer verloren.

Andererseits ist es nicht schwer, sich zu überzeugen, daß bei jedem Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus die Diktatur aus zwei Hauptgründen oder in zwei Hauptrichtungen notwendig ist. Erstens kann man den Kapitalismus nicht besiegen und ausrotten ohne schonungslose Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter, denen nicht mit einem Schläge ihre Reichtümer, die Vorzüge ihrer Organisation und ihres Wissens genommen werden können, die folglich im Laufe eines ziemlich langen Zeitraums unvermeidlich versuchen werden, die verhaßte Macht der Armen zu stürzen. Zweitens ist jede große Revolution, eine sozialistische aber ganz besonders, auch wenn es keinen äußeren Krieg gegeben hätte, undenkbar ohne einen Krieg im Innern, d. h. einen Bürgerkrieg, der eine noch größere Zerrüttung als ein äußerer Krieg bedeutet, der tausende und Millionen Fälle des Schwankens und Überlaufens von der einen auf die andere Seite bedeutet, der einen Zustand der größten Unbestimmtheit, der Unausgeglichenheit, des Chaos bedeutet. Und selbstverständlich müssen bei einer so tiefgehenden Umwälzung alle Elemente der Auflösung der alten Gesellschaft, die unvermeidlich recht zahlreich sind, die vorwiegend mit dem Kleinbürgertum verbunden sind (denn jeder Krieg und jede Krise ruiniert vor allem das Kleinbürgertum und richtet es zugrunde), „zur Geltung kommen“. Die Elemente der Auflösung aber *können nicht anders zur „Geltung kommen“* als durch Vermehrung der Verbrechen: des Rowdy-

tums, der Bestechung, der Spekulation und aller möglichen Scheußlichkeiten. Um damit fertig zu werden, braucht man Zeit und *eine eiserne Hand*.

Es hat keine einzige große Revolution in der Geschichte gegeben, wo das Volk das nicht instinktiv empfunden und eine heilsame Festigkeit gezeigt hätte, indem es die Diebe am Tatort erschoss. Das Unglück der früheren Revolutionen war, daß der revolutionäre Enthusiasmus der Massen, der ihren gespannten Zustand aufrechterhielt und ihnen die Kraft verlieh, die Elemente der Auflösung schonungslos zu unterdrücken, nicht lange anhält. Die soziale, d. h. die Klassenursache dieser Unbeständigkeit des revolutionären Enthusiasmus der Massen war die Schwäche des Proletariats, das *einzig und allein* imstande ist (wenn es genügend zahlreich, klassenbewußt und diszipliniert ist), die Mehrheit der Werktätigen und Ausgebeuteten (die Mehrheit der Armen, um einfacher und populärer zu sprechen) für sich zu gewinnen und die Macht eine genügend lange Zeit zu behaupten, um alle Ausbeuter und alle Elemente der Auflösung völlig zu unterdrücken.

Diese historische Erfahrung aller Revolutionen, diese welthistorische — wirtschaftliche und politische — Lehre hat eben Marx bestätigt, der die kurze, scharfe, exakte, schlagende Formel prägte: Diktatur des Proletariats. Und daß die russische Revolution an die Verwirklichung dieser weltgeschichtlichen Aufgabe richtig herangegangen ist, das hat der Siegeszug der Sowjetorganisation unter allen Völkern und Volksstämmen Rußlands *bewiesen*. Denn die Sowjetmacht ist nichts anderes als die organisatorische Form der Diktatur des Proletariats, der Diktatur der fortgeschrittenen Klasse, die Millionen und aber Millionen der Werktätigen und Ausgebeuteten zum neuen Demokratismus, zur selbständigen Teilnahme an der Verwaltung des Staates emporhebt, die auf Grund eigener Erfahrung in der disziplinierten und klassenbewußten Vorhut des Proletariats ihren zuverlässigsten Führer sehen lernen.

Aber Diktatur ist ein großes Wort. Und große Worte darf man nicht in den Wind hineinreden. Die Diktatur ist eine eiserne Macht, die mit revolutionärer Kühnheit und Schnelligkeit handelt, die schonungslos ist bei der Unterdrückung sowohl der Ausbeuter als auch der Rowdys. Unsere Macht aber ist übermäßig weich, ist sehr oft mehr einem Brei als Eisen ähnlich. Man darf keinen Augenblick vergessen, daß das bürgerliche und kleinbürgerliche Element in doppelter Weise gegen die Sowjetmacht kämpft: einerseits wirkt es von außen, durch die Methoden der Sawinkow, Goz, Gegetschkori, Kornilow, durch Verschwörungen und Aufstände, durch ihre schmutzige „ideologische“

Widerspiegelung, durch Ströme von Lügen und Verleumdungen in der Presse der Kadetten, der rechten Sozialrevolutionäre und der Menschewiki, andererseits von innen, durch Ausnutzung eines jeden Elements der Zersetzung, einer jeden Schwäche zur Bestechung, zur Verschärfung der Undiszipliniertheit, der Verlotterung, des Chaos. Je näher wir der völligen militärischen Unterdrückung der Bourgeoisie kommen, um so gefährlicher wird für uns das Element der kleinbürgerlichen Anarchie. Und den Kampf gegen dieses Element kann man nicht allein durch Propaganda und Agitation, allein durch Organisation des Wettbewerbs, allein durch Auslese von Organisatoren führen. Den Kampf muß man auch durch Zwang führen.

In dem Maße, wie die Hauptaufgabe der Staatsmacht nicht die militärische Unterdrückung, sondern die Verwaltung wird — wird zum typischen Ausdruck der Unterdrückung und des Zwanges nicht die Erschießung an Ort und Stelle, sondern das Gericht. Auch in dieser Hinsicht haben die revolutionären Massen nach dem 25. Oktober 1917 den richtigen Weg beschritten und die Lebensfähigkeit der Revolution bewiesen, als sie noch vor allen möglichen Dekreten über die Auflösung des bürgerlich-bürokratischen Gerichtsapparates anfangen, ihre eigenen Arbeiter- und Bauerngerichte zu schaffen. Aber unsere Revolutions- und Volksgerichte sind außerordentlich schwach. Man fühlt, daß die aus der Zeit des Jochs der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie übernommene Auffassung des Volkes vom Gericht als etwas Bürokratischem, Fremdem noch nicht endgültig überwunden ist. Es fehlt an der genügenden Erkenntnis, daß das Gericht ein Organ zur Heranziehung gerade der gesamten armen Bevölkerung zur Staatsverwaltung ist (denn die gerichtliche Tätigkeit ist eine der Funktionen der Staatsverwaltung), daß das Gericht ein *Organ* der Macht des Proletariats und der armen Bauernschaft ist, daß das Gericht ein *Werkzeug der Erziehung zur Disziplin* ist. Es fehlt an der genügenden Erkenntnis der einfachen und offensichtlichen Tatsache, daß man, wenn das Hauptunglück Rußlands die Hungersnot und die Arbeitslosigkeit ist, dieses Elend durch keinerlei enthusiastische Anwendung besiegen kann, sondern nur durch eine allseitige, allumfassende, das ganze Volk einschließende Organisation und Disziplin, um die Produktion von Brot für die Menschen und Brot für die Industrie (Brennstoff) zu steigern, um es rechtzeitig heranzuschaffen und richtig zu verteilen; daß deshalb an den Qualen des Hungers und der Arbeitslosigkeit *jeder schuld ist*, der die Arbeitsdisziplin in einem beliebigen Wirtschaftsbetrieb, in einer beliebigen Sache verletzt; daß man es verstehen muß, diejenigen, die schuld daran sind, 'ausfindig zu machen, vor Gericht zu stellen und



schonungslos zu bestrafen. Die kleinbürgerliche Elementargewalt, gegen die wir jetzt den hartnäckigsten Kampf zu führen haben werden, äußert sich gerade darin, daß man so wenig versteht, wie volkswirtschaftlich und politisch die Hungersnot und die Arbeitslosigkeit mit der Verlotterung aller und jeder in bezug auf Organisation und Disziplin zusammenhängen, daß die *Auffassung des Kleineigentümers*: „Wenn ich nur möglichst viel zusammenraffe, alles übrige geht mich nichts an“, sich fest behauptet.

Im Eisenbahnwesen, das wohl am anschaulichsten die wirtschaftlichen Zusammenhänge des durch den Großkapitalismus geschaffenen Organismus verkörpert, tritt dieser Kampf des kleinbürgerlichen Elements der Verlotterung gegen die proletarische Organisiertheit besonders scharf hervor. Das „Verwaltungs“element stellt die Saboteure, die bestechlichen Beamten in Überfluß; das proletarische Element kämpft in seinem besten Teil für die Disziplin, aber unter dem einen und dem anderen Element gibt es natürlich viele Schwankende, „Schwächliche“, die nicht fähig sind, der Verführung der Spekulation, der Bestechung, des persönlichen Vorteils zu widerstehen, der um den Preis der Schädigung des ganzen Apparates erkaufte wird, von dessen richtigem Funktionieren der Sieg über Hungersnot und Arbeitslosigkeit abhängt.

Charakteristisch ist der Kampf, der sich auf diesem Boden um das letzte Dekret über die Verwaltung der Eisenbahnen, um das Dekret über die Erteilung von diktatorischen Vollmachten (oder „unbeschränkten“ Vollmachten) an einzelne Leiter entspann. Bewußte (meistens wohl unbewußte) Vertreter der kleinbürgerlichen Verlotterung wollten in der Erteilung von „unbeschränkten“ (d. h. diktatorischen) Vollmachten an einzelne Personen eine Abweichung vom Prinzip der Kollegialität und des Demokratismus und anderen Prinzipien der Sowjetmacht sehen. Die linken Sozialrevolutionäre entwickelten hier und da eine geradezu rowdyhafte, d. h. an die übelsten Instinkte und an die kleinbürgerlichen Bestrebungen, „etwas zu erraffen“, appellierende Agitation gegen das Dekret über die diktatorischen Vollmachten. Es entstand eine Frage von wirklich ungeheurer Bedeutung: erstens, die prinzipielle Frage, ob überhaupt die Ernennung von einzelnen Personen, die unbeschränkte Vollmachten von Diktatoren erhalten, mit den Grundprinzipien der Sowjetmacht vereinbar ist; zweitens die Frage, in welchem Verhältnis dieser Fall — dieser Präzedenzfall, wenn man will — zu den besonderen Aufgaben der Staatsmacht im gegebenen konkreten Augenblick steht. Sowohl die eine wie die andere Frage muß man sehr aufmerksam prüfen.

Daß in der Geschichte der revolutionären Bewegungen durch die Diktatur einzelner Personen sehr oft die Diktatur der revolutionären Klassen zum Ausdruck gebracht, getragen, vollstreckt wurde, das bezeugt die unbestreitbare Erfahrung der Geschichte. Mit dem bürgerlichen Demokratismus war die Diktatur einzelner Personen zweifellos vereinbar. Aber in diesem Punkt zeigen die bürgerlichen Tadler der Sowjetmacht wie auch ihre kleinbürgerlichen Nachbeter stets eine gewisse Gewandtheit; einerseits erklären sie die Sowjetmacht einfach als etwas Unsinniges, Anarchisches, Wildes und umgehen sorgsam alle unsere historischen Parallelen und theoretischen Beweise, daß die Sowjets die höchste Form des Demokratismus, ja noch mehr — der Anfang der *sozialistischen* Form des Demokratismus sind; andererseits fordern sie von uns einen höheren Demokratismus als den bürgerlichen und sagen: mit eurem bolschewistischen (d. h. nicht bürgerlichen, sondern *sozialistischen*) Sowjetdemokratismus ist eine persönliche Diktatur absolut unvereinbar.

Eine ganz unhaltbare Argumentation. Wenn wir keine Anarchisten sind, müssen wir die Notwendigkeit des Staates, d. h. des *Zwanges* für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus anerkennen. Die Form des Zwanges wird durch den Entwicklungsgrad der gegebenen revolutionären Klasse, ferner durch solche besonderen Umstände wie z. B. die Erbschaft eines langen, reaktionären Krieges, ferner durch die Formen des Widerstandes der Bourgeoisie oder des Kleinbürgertums bestimmt. Deshalb besteht nicht der geringste prinzipielle Widerspruch zwischen dem sowjetischen (d. h. dem sozialistischen) Demokratismus und der Anwendung der diktatorischen Macht einzelner Personen. Der Unterschied zwischen der proletarischen Diktatur und der bürgerlichen besteht darin, daß die erste ihre Schläge gegen die Minderheit der Ausbeuter im Interesse der ausgebeuteten Mehrheit richtet, dann darin, daß die erste — auch durch *einzelne* Personen — nicht bloß von den Massen der Werktätigen und Ausgebeuteten, sondern auch von Organisationen verwirklicht wird, die so aufgebaut sind, daß sie gerade diese Massen zu geschichtlichem Schöpfertum wecken und emporheben (und die Sowjetorganisationen gehören zu dieser Art Organisationen).

Über die zweite Frage, über die Bedeutung gerade der diktatorischen Macht einzelner Personen vom Standpunkt der besonderen Aufgaben des gegebenen Moments muß man sagen, daß jede maschinelle Großindustrie — d. h. gerade die materielle, die Produktionsquelle und das Fundament des Sozialismus — eine unbedingte und strenge Einheit des Willens erfordert, der die gemeinsame Arbeit von hunderten, tausenden und zehntausenden Menschen leitet. Sowohl technisch als

auch ökonomisch und historisch leuchtet diese Notwendigkeit ein und ist stets von allen, die jemals über den Sozialismus nachgedacht haben, als seine Voraussetzung anerkannt worden. Aber wie kann die strengste Einheit des Willens gesichert werden? Durch die Unterordnung des Willens von Tausenden unter den Willen eines einzigen.

Diese Unterordnung kann bei idealer Bewußtheit und Diszipliniertheit der an der gemeinsamen Arbeit Beteiligten mehr an die milde Leitung eines Dirigenten erinnern. Sie kann scharfe diktatorische Formen annehmen, wenn keine ideale Diszipliniertheit und Bewußtheit vorhanden ist. Aber, wie dem auch sein mag, die *unbedingte Unterordnung* unter einen einzigen Willen ist für den Erfolg der Prozesse der Arbeit, die nach dem Typus der maschinellen Großindustrie organisiert wird, eine absolute Notwendigkeit. Für die Eisenbahnen ist sie doppelt und dreifach notwendig. Und dieser Übergang von der einen politischen Aufgabe zu der anderen, die ihr *äußerlich* gar nicht ähnlich sieht, bildet das Originelle des gegenwärtigen Augenblicks. Die Revolution hat soeben die ältesten, stärksten, drückendsten Fesseln zerschlagen, denen sich die Massen unter der Knute gefügt hatten. Das war gestern, heute aber fordert dieselbe Revolution, und zwar im Interesse des Sozialismus, die *unbedingte Unterordnung* der Massen unter den *einheitlichen Willen* der Leiter des Arbeitsprozesses. Es ist verständlich, daß ein solcher Übergang nicht auf einmal möglich ist. Er ist nur zu verwirklichen um den Preis der größten Stöße, Erschütterungen, Rückschläge, der gewaltigsten Anspannung der Energie der proletarischen Avantgarde, die das Volk zum Neuen führt. Darüber denken diejenigen nicht nach, die in die Spießhysterie der „Nowaja Šisn“, „Wperjod“, „Djelo Naroda“ und „Nasch Wjek“<sup>49</sup> verfallen.

Nehmen wir die Mentalität eines gewöhnlichen Durchschnittsvertreters der werktätigen und ausgebeuteten Masse und vergleichen wir diese Mentalität mit den objektiven, materiellen Verhältnissen seines gesellschaftlichen Lebens. Vor der Oktoberrevolution hatte er in der Wirklichkeit noch *nicht* gesehen, daß die besitzenden, ausbeutenden Klassen tatsächlich ernste Opfer gebracht, zu seinen Gunsten auf etwas verzichtet hätten. Er hatte *noch* nicht gesehen, daß man ihm das so oft versprochene Land und die Freiheit, den Frieden gegeben hätte, daß man auf die Interessen der „Großmachtstellung“ und die entsprechenden Geheimverträge, daß man auf das Kapital und den Profit verzichtet hätte. Er hat das erst nach dem 25. Oktober 1917 gesehen, als er es selbst mit Gewalt nahm und das Genommene mit Gewalt gegen die Kerenski, Goz, Gegetschkori, Dutow und Kornilow verteidigen mußte. Es ist begreiflich, daß seine ganze Aufmerksamkeit,

alle Gedanken, alle Geisteskräfte eine gewisse Zeit lang lediglich darauf gerichtet sind, ein wenig aufzuatmen, sich aufzurichten, seine Kräfte zu entfalten und nach den nächstliegenden Gütern des Lebens zu greifen, die man nehmen kann und die ihm die gestürzten Ausbeuter nicht gegeben hatten. Es ist begreiflich, daß eine gewisse Zeit notwendig ist, damit der Durchschnittsvertreter der Masse nicht nur selbst sehe, nicht nur sich überzeuge, sondern auch fühle, daß man nicht so einfach „nehmen“, an sich reißen, an sich raffen darf, daß das zur Verschärfung der Zerrüttung, zum Untergang, zur Rückkehr der Kornilow führt. Der entsprechende Umschwung in den Lebensbedingungen (folglich auch in der Psychologie) der einfachen werktätigen Masse hat eben erst eingesetzt. Und unsere ganze Aufgabe, die Aufgabe der Partei der Kommunisten (Bolschewiki), die das Streben der Ausbeuteten nach Befreiung bewußt zum Ausdruck bringt, besteht darin, diesen Umschwung zu erkennen, seine Notwendigkeit zu begreifen, an die Spitze der erschöpften, müde nach einem Ausweg suchenden Masse zu treten, sie auf den richtigen Weg zu führen, den Weg der Arbeitsdisziplin, der Vereinbarung des Abhaltens von Versammlungen über die Arbeitsbedingungen mit der unbedingten Unterordnung unter den Willen des sowjetischen Leiters, des Diktators, während der Arbeit.

Die Bourgeoisie, die Menschewiki, die Leute von der „Nowaja Shism“, die nur Chaos, Wirrwarr, Ausbrüche des Egoismus der kleinen Besitzer sehen, lachen über den „Versammlungsrummel“ und — was noch öfter vorkommt — fauchen boshaft darüber. Aber ohne das Abhalten von Versammlungen hätte die Masse der Unterdrückten niemals von der durch die Ausbeuter erzwungenen Disziplin zur bewußten und freiwilligen Disziplin übergehen können. Das Abhalten von Versammlungen ist eben der echte Demokratismus der Werktätigen, ihr Sich-aufrichten, ihr Erwachen zum neuen Leben, ihre ersten Schritte auf dem Felde, das sie selbst von den Scheusalen (den Ausbeutern, Imperialisten, Gutsbesitzern, Kapitalisten) gesäubert haben und das sie selbst auf ihre Art, für sich, nach den Grundsätzen ihrer „Sowjet“-macht, nicht aber der fremden, der gutsherrlichen, der bürgerlichen Macht, einrichten lernen wollen. Eben der Oktobersieg der Werktätigen über die Ausbeuter, der ganze historische Abschnitt der anfänglichen Beurteilung der neuen Lebensverhältnisse und neuen Aufgaben durch die Werktätigen selbst war notwendig, damit ein sicherer Übergang zu höheren Formen der Arbeitsdisziplin, zur bewußten Aneignung der Idee von der Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats, zur unbedingten Unterordnung unter die alleinigen Anordnungen der Vertreter der Sowjetmacht während der Arbeitszeit möglich werde.

Dieser Übergang hat jetzt begonnen.

Wir haben die erste Aufgabe der Revolution mit Erfolg gelöst, wir haben gesehen, wie die werktätigen Massen in sich die Grundbedingung ihres Erfolges schufen: die Vereinigung der Anstrengungen zum Sturz der Ausbeuter. Solche Etappen wie der Oktober 1905, der Februar und Oktober 1917 haben weltgeschichtliche Bedeutung.

Wir haben die zweite Aufgabe der Revolution mit Erfolg gelöst, die darin bestand, gerade diejenigen „unteren“ Gesellschaftsschichten zu erwecken und emporzuheben, die von den Ausbeutern hinabgestoßen wurden, und die erst nach dem 25. Oktober 1917 wirklich die Freiheit erlangten, sie zu stürzen und zu beginnen, sich umzuschauen und sich auf eigene Art einzurichten. Das Abhalten von Versammlungen gerade durch die am meisten unterdrückte und verängstigte, am wenigsten geschulte Masse der Werktätigen, ihr Übergang auf die Seite der Bolschewiki, ihr Aufbau der eigenen Sowjetorganisation überall und allerorts — das war die zweite große Etappe der Revolution.

Es beginnt die dritte Etappe. Was wir selbst erobert, was wir dekretiert, zum Gesetz gemacht, beraten und festgesetzt haben, müssen wir in dauerhaften Formen der *täglichen Arbeitsdisziplin* verankern. Das ist die schwerste, aber auch die dankbarste Aufgabe, denn nur, wenn wir sie lösen, werden wir eine sozialistische Ordnung erhalten. Wir müssen es lernen, den stürmischen, wie Hochwasser im Frühjahr über alle Ufer brandenden Versammlungsdemokratismus der werktätigen Massen mit der *eisernen Disziplin* während der Arbeit, mit der *unbedingten Unterordnung* unter den Willen einer Person, des sowjetischen Leiters, während der Arbeit zu vereinigen.

Das haben wir noch nicht gelernt.

Das werden wir lernen.

Die Restauration der bürgerlichen Ausbeutung drohte uns gestern in der Person der Kornilow, Goz, Dutow, Gegetschkori, Bogajewski. Wir haben sie besiegt. Diese Restauration, dieselbe Restauration droht uns heute in einer anderen Form, in der Form der Elementargewalt der kleinbürgerlichen Verlotterung und des Anarchismus, des Grundsatzes des Kleineigentümers: „Geht mich nichts an“, in der Form der alltäglichen, kleinen, dafür aber um so zahlreicheren Angriffe und Überfälle dieses Elements auf die proletarische Diszipliniertheit. Wir müssen diese elementare kleinbürgerliche Anarchie besiegen und werden sie besiegen.

## DIE ENTWICKLUNG DER SOWJETORGANISATION

Der sozialistische Charakter des Sowjetdemokratismus, d. h. des *proletarischen* Demokratismus in seiner konkreten, gegebenen Anwendung besteht erstens darin, daß die werktätigen und ausgebeuteten Massen die Wähler sind, während die Bourgeoisie ausgeschlossen ist; zweitens darin, daß alle bürokratischen Formalitäten und Beschränkungen der Wahlen wegfallen und die Massen die Wahlordnung und Wahltermine selbst festsetzen, bei völliger Freiheit der Abberufung der Gewählten; drittens darin, daß die beste Massenorganisation der Vorhut der Werktätigen, des großindustriellen Proletariats, geschaffen wird, die es ihm möglich macht, die breitesten Massen der Ausgebeuteten zu leiten, sie zum selbständigen politischen Leben zu bringen, sie auf Grund ihrer eigenen Erfahrung politisch zu erziehen; daß auf diese Weise zum erstenmal damit der Anfang gemacht wird, daß tatsächlich die *ganze* Bevölkerung ausnahmslos verwalten lerne und zu verwalten anfangen.

Das sind die hauptsächlichsten Unterscheidungsmerkmale des in Rußland angewandten Demokratismus, der ein höherer Typus des Demokratismus, der Bruch mit seiner bürgerlichen Entstellung, der Übergang zum sozialistischen Demokratismus und zu Bedingungen ist, die es ermöglichen, daß der Staat abzusterben beginnt.

Es versteht sich, daß das Element der kleinbürgerlichen Desorganisation (das in jeder proletarischen Revolution in diesem oder jenem Maße *unvermeidlich* hervortreten wird, in unserer Revolution aber infolge des kleinbürgerlichen Charakters des Landes, seiner Rückständigkeit und der Folgen des reaktionären Krieges besonders stark hervortritt) auch den Sowjets seinen Stempel aufdrücken muß.

An dem Ausbau der Organisation der Sowjets und der Sowjetmacht muß unermüdlich gearbeitet werden. Es besteht eine kleinbürgerliche Tendenz zur Verwandlung der Mitglieder der Sowjets in „Parlamentarier“ oder, andererseits, in Bürokraten. Dagegen muß man kämpfen und *alle* Mitglieder der Sowjets zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung heranziehen. Die Abteilungen der Sowjets verwandeln sich an vielen Orten in Organe, die sich nach und nach mit den Kommissariaten verschmelzen. Unser Ziel ist die Heranziehung der *gesamten armen Bevölkerung* zur praktischen Teilnahme an der Verwaltung, und alle möglichen Schritte zur Verwirklichung dieses Zieles — je mannigfaltiger sie sind, desto besser — müssen sorgfältig registriert, studiert, systematisiert, durch größere Erfahrungen erprobt und gesetzlich festgelegt werden. Unser Ziel ist, daß *jeder* Werktätige nach Erfüllung

der achtstündigen „Aufgabe“ der produktiven Arbeit *unentgeltlich* seine Staatspflichten ausübe. Der Übergang dazu ist besonders schwer, aber nur in diesem Übergang liegt die Bürgschaft für die endgültige Festigung des Sozialismus. Die Neuheit und die Schwierigkeit der Änderung rufen natürlich eine Menge von Maßnahmen hervor, die sozusagen tastend durchgeführt werden, eine Menge von Fehlern, Schwankungen. Ohne das ist eine entschiedene Vorwärtsentwicklung unmöglich. Die ganze Originalität der gegenwärtigen Lage besteht vom Standpunkt vieler, die als Sozialisten gelten möchten, darin, daß die Leute sich an die abstrakte Gegenüberstellung von Kapitalismus und Sozialismus gewöhnt haben und daß sie nur zwischen beide in tief sinniger Weise das Wort „Sprung“ setzten (manche, die sich an Stellen in Engels' Schriften erinnerten, fügten noch tief sinniger hinzu: „Der Sprung aus dem Reiche der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit“). Darüber, daß die Lehrmeister des Sozialismus einen Umschwung unter dem Gesichtspunkt der Wendungen der Weltgeschichte als „Sprung“ bezeichneten und daß solche Sprünge Perioden von zehn und vielleicht noch mehr Jahren umfassen, darüber verstehen die meisten sogenannten Sozialisten nicht nachzudenken, die den Sozialismus „aus Büchern kennen“, aber niemals ernsthaft in die Sache eingedrungen sind. Natürlicherweise stellt die berühmte „Intelligenz“ in solchen Zeiten eine unendliche Zahl von Klageweibern: die einen beweinen die konstituierende Versammlung, die anderen die bürgerliche Disziplin, die dritten die kapitalistische Ordnung, die vierten den gebildeten Gutsbesitzer, die fünften die imperialistische Großmachtstellung und so weiter und so fort.

Das wirkliche Interesse der Epoche der großen Sprünge besteht darin, daß die Unmenge der Trümmer des Alten, die sich mitunter schneller anhäufen als die Keime des Neuen (die nicht immer auf einmal sichtbar werden), erfordert, daß man es verstehe, das Wesentlichste in der Linie oder der Kette der Entwicklung herauszugreifen. Es gibt historische Momente, wo es für den Erfolg der Revolution am wichtigsten ist, möglichst viel Trümmer anzuhäufen, d. h. möglichst viel alte Einrichtungen zu sprengen. Es gibt Momente, wo genügend gesprengt worden ist und die „prosaische“ (für den kleinbürgerlichen Revolutionär „langweilige“) Arbeit der Reinigung des Bodens von den Trümmern auf die Tagesordnung tritt. Es gibt Momente, wo die sorgsame Pflege der Keime des Neuen am wichtigsten ist, die unter den Trümmern auf dem vom Schutt noch schlecht gesäuberten Boden hervorsprossen.

Es genügt nicht, einfach Revolutionär und Anhänger des Sozialis-

mus oder Kommunist zu sein. Man muß es verstehen, in jedem Augenblick jenes besondere Glied der Kette zu finden, das man mit aller Kraft anpacken muß, um die ganze Kette festzuhalten und den Übergang zum nächsten Glied gründlich vorzubereiten, wobei die Ordnung der Glieder, ihre Form, ihre Verbindung, ihr Unterschied voneinander in der historischen Kette der Ereignisse nicht so einfach und nicht so simpel sind wie in einer gewöhnlichen, von einem Schmied hergestellten Kette.

Der Kampf gegen die bürokratische Entstellung der Sowjetorganisation wird durch die Festigkeit der Verbindung der Sowjets mit dem „Volke“, d. h. mit den Werktätigen und Ausgebeuteten, durch die Biegsamkeit und Geschmeidigkeit dieser Verbindung ermöglicht. Die bürgerlichen Parlamente, sogar in der hinsichtlich des Demokratismus besten kapitalistischen Republik, werden niemals von der armen Bevölkerung als „ihre“ Einrichtungen angesehen. Die Sowjets aber sind für die Massen der Arbeiter und Bauern etwas „Eigenes“ und nicht etwas Fremdes. Die jetzigen „Sozialdemokraten“ vom Schlage Scheidemanns oder, was fast dasselbe ist, Martows fühlen sich von den Sowjets genau so angewidert und von einem wohlhabenden bürgerlichen Parlament oder einer Konstituierenden Versammlung genau so angezogen, wie es Turgenjew vor 60 Jahren zu einer gemäßigt monarchistischen und auf den Adel sich stützenden Verfassung hinzog und dem die bäuerliche Demokratie von Dobroljubow und Tschernyschewski widerwärtig war.

Gerade die Verbundenheit der Sowjets mit dem „Volke“ der Werktätigen schafft besondere Formen der Abberufung und einer anderen Kontrolle von unten, die jetzt besonders eifrig entwickelt werden müssen. So zum Beispiel verdienen die Sowjets der Volksbildung als periodische Konferenzen der Sowjetwähler und ihrer Delegierten zur Beratung und Kontrolle über die Tätigkeit der Sowjetbehörden auf diesem Gebiete stärkste Sympathie und Unterstützung. Es gibt nichts Dümmeres als die Verwandlung der Sowjets in etwas Starres, sich selbst Genügendes. Je entschlossener wir jetzt für eine rücksichtslos starke Macht, für die Diktatur einzelner Personen *in bestimmten Arbeitsprozessen*, in bestimmten Momenten *lediglich ausführender Funktionen* eintreten müssen, desto mannigfaltiger müssen die Formen und Methoden der Kontrolle von unten sein, um jede Spur einer Möglichkeit der Entstellung der Sowjetmacht zu paralysieren, um das Unkraut des Bürokratismus unaufhörlich, unermüdlich auszureißen.



## SCHLUSS

Eine außerordentlich schwere und gefährliche internationale Lage; die Notwendigkeit zu lavieren und sich zurückzuziehen; eine Periode des Abwartens neuer Ausbrüche der Revolution, die entsetzlich langsam im Westen heranreift; im Innern des Landes eine Periode des langsamen Aufbaus und des schonungslosen „Anspornens“, des langwierigen und hartnäckigen Kampfes der proletarischen strengen Diszipliniertheit gegen die drohende elementare kleinbürgerliche Verlotterung und Anarchie — das sind in Kürze die Kennzeichen der besonderen gegenwärtigen Phase der sozialistischen Revolution. Das ist jenes Glied in der historischen Kette der Ereignisse, das wir jetzt mit aller Kraft anpacken müssen, um auf der Höhe der Aufgabe bis zum Übergang zu dem nächstfolgenden Glied zu sein, das uns durch seinen besonderen Glanz, den Glanz der Siege der internationalen proletarischen Revolution, anzieht.

Versuchen wir, den üblichen, landläufigen Begriff des „Revolutionärs“ mit den Lösungen zu vergleichen, die sich aus den Besonderheiten der jetzigen Phase ergeben: lavieren, sich zurückziehen, abwarten, langsam aufbauen, schonungslos anspornen, streng disziplinieren, der Verlotterung zu Leibe gehen... Ist es ein Wunder, daß manche „Revolutionäre“, wenn sie das hören, von edler Entrüstung erfaßt werden und anfangen, uns wegen Vergessens der Traditionen der Oktoberrevolution, wegen Paktierens mit den bürgerlichen Spezialisten, wegen Kompromissen mit der Bourgeoisie, wegen Kleinbürgerlichkeit, Reformismus usw. usf. zu „verdönnern“?

Das Pech dieser jämmerlichen Revolutionäre besteht darin, daß es sogar denen unter ihnen, die von den allerbesten Motiven geleitet werden und sich durch unbedingte Ergebenheit für die Sache des Sozialismus auszeichnen, an Verständnis für den besonderen und „besonders unangenehmen“ Zustand mangelt, durch den das rückständige Land unvermeidlich hindurch mußte, das durch den reaktionären und unglücklichen Krieg ausgeblutet war, das die sozialistische Revolution viel früher als die fortgeschritteneren Länder begonnen hat; daß es ihnen an Ausdauer in den schwierigen Augenblicken des schwierigen Übergangs mangelt. Es ist verständlich, daß die Partei der „linken Sozialrevolutionäre“ gegen unsere Partei eine *solche* „offizielle“ Opposition treibt. Persönliche Ausnahmen unter den Gruppen- und Klassertypen sind natürlich vorhanden und werden stets vorhanden sein. Aber die sozialen Typen bleiben. In einem Lande mit einer Bevölkerung, unter der die Klleineigentümer ein ungeheures Übergewicht über die

rein proletarischen Elemente haben, wird der Unterschied zwischen dem proletarischen und dem kleinbürgerlichen Revolutionär unvermeidlich hervortreten, und von Zeit zu Zeit in besonders scharfer Form hervortreten. Der kleinbürgerliche Revolutionär schwankt und wankt bei jeder Wendung der Ereignisse hin und her, geht vom krassen Radikalismus im März 1917 zu Lobliedern auf die „Koalition“ im Mai über; zum Haß gegen die Bolschewiki (oder zum Beweinen ihres „Abenteurer-tums“) im Juli, zum ängstlichen Abrücken von ihnen Ende Oktober, zu ihrer Unterstützung im Dezember — und schließlich, im März und April 1918, rümpfen diese Typen am häufigsten geringschätzig die Nase und sagen: „Wir gehören nicht zu denen, die Hymnen auf die ‚organische‘ Arbeit, den Praktizismus und die Allmählichkeit anstimmen.“

Der soziale Ursprung dieser Typen ist der Kleineigentümer, der durch die Schrecken des Krieges, den plötzlichen Ruin, die unerhörten Qualen des Hungers und der Zerrüttung wild geworden ist, der hysterisch hin und her läuft, nach einem Ausweg und nach Rettung sucht und zwischen Vertrauen zum Proletariat und seiner Unterstützung einerseits und Anfällen von Verzweiflung andererseits hin und her schwankt. Man muß sich klarmachen und fest einprägen, daß auf dieser sozialen Basis kein Sozialismus aufgebaut werden kann. Die werktätigen und ausgebeuteten Massen kann nur eine Klasse führen, die ohne Schwankungen ihren Weg geht, nicht kleinmütig wird und bei den schwierigsten, mühseligsten und gefährlichsten Übergängen nicht in Verzweiflung gerät. Hysterische Aufwallungen brauchen wir nicht. Wir brauchen den gemessenen Schritt der eisernen Bataillone des Proletariats.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Iswestija des ZEK“ Nr. 85,  
28. April 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXII, S. 491—534.

**Die Periode der ausländischen  
militärischen Intervention  
und des Bürgerkrieges**



## ÜBER DIE HUNGERSNOT

### BRIEF AN DIE PETROGRADER ARBEITER

Genossen! Dieser Tage war euer Delegierter bei mir, ein Parteigenosse, ein Arbeiter der Putilow-Werke. Dieser Genosse schilderte mir in allen Einzelheiten das außerordentlich drückende Bild der Hungersnot in Petrograd. Wir alle wissen, daß in einer ganzen Reihe von Industriegouvernements die Ernährungsfrage ebenso scharf steht, der Hunger ebenso quälend an die Tür der Arbeiterwohnungen und die der Armen überhaupt pocht.

Daneben aber beobachten wir eine zügellose Spekulation mit Getreide und anderen Lebensmitteln. Die Hungersnot rührt nicht daher, daß es in Rußland kein Getreide gibt, sondern daher, daß die Bourgeoisie und alle Reichen der Herrschaft der Werktätigen, dem Arbeiterstaat, der Sowjetmacht in der wichtigsten und brennendsten Frage, der Frage des Brotes, die letzte, entscheidende Schlacht liefern. Die Bourgeoisie und alle Reichen, einschließlich der Dorfreichen, der Kulaken, sprengen das Getreidemonopol, untergraben die staatliche Getreideverteilung zugunsten und im Interesse der Brotversorgung der ganzen Bevölkerung und in erster Linie der Arbeiter, der Werktätigen, der Bedürftigen. Die Bourgeoisie untergräbt die festen Preise, spekuliert mit dem Getreide, profitiert hundert, zweihundert und mehr Rubel an einem Pud Getreide, zerrüttet das Getreidemonopol und die richtige Verteilung des Getreides, zerrüttet es durch Schmiergelder, durch Bestechung, durch böswillige Unterstützung alles dessen, was der Arbeitermacht verderblich ist, die die Verwirklichung des ersten, grundlegenden Hauptprinzips des Sozialismus erstrebt: „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen.“

„Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“ — das ist jedem Werktätigen verständlich. Damit sind alle Arbeiter, alle armen Bauern und sogar die Mittelbauern einverstanden, alle, die im Leben Not gekannt, alle, die jemals von ihrer Hände Arbeit gelebt haben. Neun Zehntel der Bevölkerung Rußlands sind mit dieser Wahrheit einver-

standen. In dieser einfachen, überaus einfachen und offenkundigen Wahrheit liegt der Grundgedanke des Sozialismus, die unerschöpfliche Quelle seiner Kraft, das unzerstörbare Unterpfand seines Endsieges.

Aber das ist es eben, daß es eine Sache ist, sein Einverständnis mit dieser Wahrheit zu bescheinigen, zu schwören, daß man sie teile, ein Lippenbekenntnis für sie abzulegen, und daß es eine andere Sache ist zu verstehen, sie in die Tat umzusetzen. Wenn hunderttausende und Millionen Menschen Hungerqualen leiden (in Petrograd, in den Getreidezuschuß-Gouvernements, in Moskau) — in einem Lande, in dem Millionen und aber Millionen Pud Getreide von Reichen, den Kulaken und Spekulanten, versteckt gehalten werden, in einem Lande, das sich Sozialistische Sowjetrepublik nennt, — dann liegt da etwas vor, worüber jeder klassenbewußte Arbeiter und Bauer ernst und tief nachdenken sollte.

„Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen“ — wie ist das in die Tat umzusetzen? Es ist so klar wie der lichte Tag, daß zur Verwirklichung dieses Grundsatzes erstens das staatliche Getreidemonopol notwendig ist, d. h. das unbedingte Verbot jedes privaten Handels mit Getreide, die Pflichtablieferung aller Getreideüberschüsse zu festen Preisen an den Staat, das unbedingte Verbot für jeden, wer es auch sei, Getreideüberschüsse zurückzuhalten und zu verheimlichen. Zweitens ist dazu die strengste Registrierung aller Getreideüberschüsse erforderlich sowie die tadellos geregelte Zufuhr von Getreide aus den Überschußgebieten nach den Getreidezuschußgebieten, verbunden mit der Anlegung von Vorräten für den Verbrauch, die Verarbeitung und die Aussaat. Drittens ist dazu eine geregelte, gerechte, dem Reichen keinerlei Privilegien und Vorteile gewährende Verteilung des Getreides an alle Bürger des Staates unter Kontrolle des proletarischen, des Arbeiterstaates notwendig.

Es genügt, auch nur ein klein wenig über diese Bedingungen des Sieges über den Hunger nachzudenken, um den ganzen Abgrund der Borniertheit jener verächtlichen Schwätzer des Anarchismus zu erkennen, die die Notwendigkeit einer Staatsgewalt (und zwar in ihrer Härte gegenüber der Bourgeoisie und ihrer Festigkeit gegenüber den Desorganisatoren schonungslosen Gewalt) für den Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus, für die Erlösung der Werktätigen von jeglichem Joch, von jeglicher Ausbeutung verneinen. Gerade jetzt, wo unsere Revolution unmittelbar, konkret, praktisch — und darin liegt ihr unzerstörbares Verdienst — an die Aufgaben der Verwirklichung des Sozialismus herangetreten ist, gerade jetzt und gerade in der Hauptfrage, in der Getreidefrage, zeigt sich klipp und klar die

Notwendigkeit einer eisernen revolutionären Macht, der Diktatur des Proletariats, der Organisierung der Beschaffung von Produkten, ihrer Zufuhr und Verteilung im Massenmaßstab, im Rahmen der Gesamtnation, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse von Dutzenden und hunderten Millionen Menschen, unter Berechnung der Bedingungen und der Ergebnisse der Produktion auf ein Jahr, ja auf viele Jahre im voraus (denn es kommen Mißerntejahre vor, zur Erhöhung des Ernteertrages sind Meliorationen notwendig, die langjährige Arbeiten erfordern usw.).

Romanow und Kerenski haben der Arbeiterklasse ein durch ihren verbrecherischen und drückenden Raubkrieg bis auf den Grund zerstüttetes Land als Erbe hinterlassen, ein Land, das durch die russischen und ausländischen Imperialisten bis aufs letzte ausgeplündert ist. Das Brot wird nur bei strengster Registrierung eines jeden Puds, nur bei unbedingt gleichmäßiger Verteilung eines jeden Pfundes für alle reichen. An Brot für die Maschinen, das heißt an Brennstoff, herrscht gleichfalls der größte Mangel: die Eisenbahnen und Fabriken werden stillstehen, Arbeitslosigkeit und Hunger werden das ganze Volk zugrunde richten, wenn nicht alle Kräfte angespannt werden, um eine rücksichtslos strenge Sparsamkeit im Verbrauch, eine rücksichtslos strenge Regelung der Verteilung durchzusetzen. Wir stehen vor der Katastrophe, sie ist ganz, ganz nahe herangerückt. Auf den so maßlos schweren Mai folgen noch schwerere Monate, Juni, Juli und August.

Das staatliche Getreidemonopol besteht bei uns dem Gesetz nach, in Wirklichkeit aber durchbricht die Bourgeoisie es auf Schritt und Tritt. Der Dorfreiche, der Kulak, der Blutsauger des Dorfes, der jahrzehntelang den ganzen Umkreis ausplünderte, zieht es vor, sich durch Spekulation und Schnapsbrennen zu bereichern: das ist ja so vorteilhaft für seine Tasche; die Schuld am Hunger aber schiebt er der Sowjetmacht zu. Genau so verfahren die politischen Verteidiger des Kulaken, die Kadetten, die rechten Sozialrevolutionäre, die Menschewiki, die offen und geheim gegen das Getreidemonopol und gegen die Sowjetmacht „arbeiten“. Die Partei der Charakterlosen, d. h. die linken Sozialrevolutionäre, ist auch hier charakterlos: sie gibt dem habsüchtigen Geschrei und Gejammer der Bourgeoisie nach, sie zetert gegen das Getreidemonopol, sie „protestiert“ gegen die Ernährungs-diktatur, sie läßt sich von der Bourgeoisie einschüchtern, sie fürchtet den Kampf gegen den Kulaken, weiß in ihrer Hysterie nicht aus noch ein und rät, die Festpreise zu erhöhen, den Privathandel zu gestatten und ähnliches mehr.

Diese Partei der Charakterlosen widerspiegelt in der Politik ungefähr das, was sich im Leben abspielt, wenn der Kulak die Dorfarmut

gegen die Sowjets aufhetzt, sie besticht, wenn er beispielsweise irgend-einem armen Bauern ein Pud Getreide nicht für sechs, sondern für drei Rubel abläßt, damit dieser korrumpierte arme Bauer selber aus der Spekulation „Nutzen ziehe“, selber „profitiere“ durch den spekulativen Verkauf dieses Puds für 150 Rubel, selber zum Schreier gegen die Sowjets werde, die den Privathandel mit Getreide verbieten.

Wer fähig ist zu denken, wer auch nur ein ganz klein wenig nachdenken will, für den ist es klar, auf welcher Linie der Kampf vor sich geht:

Entweder werden die fortgeschrittenen, klassenbewußten Arbeiter siegen, nachdem sie die Masse der Armen um sich vereinigt, eine eiserne Ordnung, eine rücksichtslos strenge Macht, eine wirkliche Diktatur des Proletariats aufgerichtet haben, werden den Kulaken zwingen, sich zu unterwerfen, indem sie eine geregelte Verteilung des Getreides und des Brennstoffs für das ganze Staatsgebiet herbeiführen — oder die Bourgeoisie wird mit Hilfe der Kulaken, mit indirekter Unterstützung durch die charakterlosen Konfusionsräte (die Anarchisten und die linken Sozialrevolutionäre) die Sowjetmacht stürzen und einen russisch-deutschen oder einen russisch-japanischen Kornilow einsetzen, der dem Volk den sechzehnständigen Arbeitstag, eine Wochenration von einem achtel Pfund Brot, Massenerschießungen von Arbeitern, Folterungen in den Kerkern, so wie in Finnland, wie in der Ukraine, bringen wird.

Entweder — oder.

Einen Mittelweg gibt es nicht.

Die Lage des Landes hat sich bis zum äußersten zugespitzt.

Wer sich in das politische Leben hineindenkt, der muß unbedingt sehen, daß die Kadetten mit den rechten Sozialrevolutionären und den Menschewiki darüber kuhhandeln, ob ein russisch-deutscher oder ein russisch-japanischer Kornilow „genehmer“ ist, ob ein gekrönter oder ein republikanischer Kornilow die Revolution besser und sicherer niederschlagen wird.

Es ist an der Zeit, daß sich alle klassenbewußten, alle fortgeschrittenen Arbeiter einig werden. Es ist an der Zeit, daß sie sich aufraffen und begreifen, daß jede Minute des Zögerns Land und Revolution mit dem Untergang bedroht.

Mit halben Maßnahmen ist nichts getan. Klagen führen zu nichts. Die Versuche, Getreide oder Brennstoffe „en détail“ für sich, d. h. für den „eigenen“ Betrieb, für das „eigene“ Unternehmen zu beschaffen, vergrößern nur die Desorganisation, erleichtern nur den Spekulanten ihr eigennütziges, schmutziges und dunkles Handwerk.



Und darum erlaube ich mir, mich mit einem Brief an euch, Genossen Petrograder Arbeiter, zu wenden. Petrograd ist nicht Rußland, die Petrograder Arbeiter sind ein kleiner Teil der Arbeiter Rußlands; aber sie sind eine der besten, eine der fortgeschrittensten, der klassenbewußtesten, der revolutionärsten und festesten Abteilungen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen Rußlands, die der hohlen Phrase, der charakterlosen Verzweiflung und der Einschüchterung durch die Bourgeoisie am wenigsten zugänglich ist. Und in kritischen Augenblicken im Leben der Völker war es mehr als einmal der Fall, daß selbst zahlenmäßig schwache, fortgeschrittene Abteilungen der führenden Klassen alle mit sich rissen, in den Massen das Feuer des revolutionären Enthusiasmus entzündeten und die größten historischen Heldentaten vollbrachten.

Wir hatten vierzigtausend Arbeiter in den Putilow-Werken, sagte mir der Delegierte der Petrograder Arbeiter, aber die meisten von ihnen waren 'zeitweilige' Arbeiter, keine Proletarier, unzuverlässige, schlappe Leute. Jetzt sind fünfzehntausend geblieben, aber das sind Proletarier, im Kampf erprobt und gestählt.

Eben diese Avantgarde der Revolution — in Petrograd wie im ganzen Lande — muß ihren Ruf erschallen lassen, muß sich als *Masse erheben*, muß begreifen, daß in ihren Händen die Rettung des Landes liegt, daß von ihr nicht weniger Heroismus gefordert wird als im Januar und im Oktober 1905, als im Februar und im Oktober 1917, daß ein gewaltiger „Kreuzzug“ gegen die Getreidespekulanten, die Kulaken, die Blutsauger des Dorfes, die Desorganisatoren und die bestechlichen Elemente organisiert werden muß, ein gewaltiger „Kreuzzug“ gegen alle, die die strengste staatliche Ordnung bei der Beschaffung, Zufuhr und Verteilung des Brotes für Menschen und Maschinen zerrütten.

Nur der Elan der Massen der fortgeschrittenen Arbeiter vermag Land und Revolution zu retten. Man braucht Zehntausende von Vorkämpfern, von gestählten Proletariern, die klassenbewußt genug sind, um den Millionen von Armen in allen Ecken und Enden des Landes die Sache klarzumachen und sich an die Spitze dieser Millionen zu stellen; die standhaft genug sind, um schonungslos jeden von sich abzuschütteln und zu erschießen, der sich — wie das mitunter vorkommt — durch die Verlockungen der Spekulation „verführen“ ließe und sich aus einem Kämpfer für die Sache des Volkes in einen Plünderer verwandelte; die fest genug und der Revolution ergeben genug sind, um organisiert alle Lasten des *Feldzuges* zu tragen, der im ganzen Land für die Herstellung der Ordnung, für die Festigung der örtlichen Organe

der Sowjetmacht, für die örtliche Kontrolle über jedes Pud Getreide, jedes Pud Brennstoff zu führen ist.

Das zu tun ist etwas schwieriger, als einige Tage lang Heroismus an den Tag zu legen, ohne das warme Nest zu verlassen, ohne ins Feld zu ziehen, ohne über den spontanen Aufstand gegen den Idioten und Bösewicht Romanow oder den Trottel und Prahlhans Kerenski hinauszugehen. Der Heroismus einer langwierigen, hartnäckigen organisatorischen Arbeit im Rahmen des ganzen Staates ist unermesslich schwieriger, dafür aber auch unermesslich größer als der Heroismus der Aufstände. Aber die Stärke der Arbeiterparteien und der Arbeiterklasse beständ noch stets darin, der Gefahr kühn, gerade und offen ins Gesicht zu schauen, sie ohne Furcht anzuerkennen, nüchtern abzuwägen, welche Kräfte im „eigenen“ und welche im „fremden“ Lager, im Lager der Ausbeuter, stehen. Die Revolution schreitet vorwärts, entwickelt sich und wächst. Es wachsen auch die Aufgaben, vor denen wir stehen. Der Kampf wächst in die Breite und in die Tiefe. Die geregelte Verteilung des Getreides und der Brennstoffe, die Steigerung ihrer Gewinnung, strengste Rechnungsführung und Kontrolle darüber *durch die Arbeiter*, und zwar im Rahmen des ganzen Staates — das ist die eigentliche und wichtigste Vorstufe zum Sozialismus. Das ist schon nicht mehr eine „allgemein revolutionäre“, sondern eben eine *kommunistische* Aufgabe, eben eine solche Aufgabe, wo die Werktätigen und Armen dem Kapitalismus die Entscheidungsschlacht liefern müssen.

Für diesen Kampf lohnt es, alle Kräfte herzugeben: groß sind seine Schwierigkeiten, aber groß ist auch das Werk, für das wir kämpfen — die Vernichtung der Unterdrückung und Ausbeutung.

Wenn das Volk hungert, wenn die Arbeitslosigkeit immer drohender wütet, ist jeder, der ein überschüssiges Pud Getreide verbirgt, jeder, der den Staat um ein Pud Brennstoff bringt, der größte Verbrecher.

In einer solchen Zeit — und für die wahrhaft kommunistische Gesellschaft trifft das immer zu — ist jedes Pud Getreide und Brennstoff ein wahres Heiligtum, nicht zu vergleichen mit den Heiligtümern, mit denen die Pfaffen den Dummen den Kopf verdrehen, wenn sie das Himmelreich als Lohn für die irdische Sklaverei verheißen. Um aber von diesem wirklichen Heiligtum jeden Rest pfäffischer „Heiligkeit“ abzustreifen, muß man sich *seiner praktisch bemächtigen*, muß man *in der Tat* seine geregelte Verteilung durchsetzen, muß man alle Getreideüberschüsse ausnahmslos, restlos dem Staatsfonds zuführen, muß man *das ganze Land* von verborgenen oder nicht eingesammelten Getreideüberschüssen säubern, muß man mit harter Arbeiterfaust die

äußerste Ausspannung der Kräfte zur Steigerung der Brennstoffgewinnung, größte Sparsamkeit bei der Verwendung, größte Ordnung bei der Zufuhr und beim Verbrauch der Brennstoffe durchsetzen.

Notwendig ist ein Massen„kreuzzug“ der fortgeschrittenen Arbeiter nach jeder Produktionsstätte von Getreide und Brennstoffen, nach jedem Punkt, der für ihre Zufuhr und Verteilung wichtig ist, zwecks Steigerung der Arbeitsenergie, zur Verzehnfachung dieser Energie, zur Unterstützung der örtlichen Organe der Sowjetmacht bei der Rechnungsführung und Kontrolle, zur Ausrottung der Spekulation, der Bestechlichkeit und Schlamperei mit Waffengewalt. Diese Aufgabe ist nicht neu. Neue Aufgaben stellt die Geschichte im Grunde genommen nicht, — sie vergrößert nur das Ausmaß und die Tragweite der alten Aufgaben in dem Maße, wie sich die Tragweite der Revolution vergrößert, ihre Schwierigkeiten zunehmen, die Größe ihrer weltgeschichtlichen Aufgabe wächst.

Eines der größten unzerstörbaren Werke des Oktober-, des Sowjetumsturzes besteht darin, daß der fortgeschrittene Arbeiter *als Leiter* der Armen, *als Führer* der werktätigen bäuerlichen Massen, *als Erbauer des Staates der Arbeit* „ins Volk“ gegangen ist. Petrograd und auch die anderen proletarischen Zentren haben an das Dorf Tausende und aber Tausende der besten Arbeiter abgegeben. Abteilungen zum Kampf gegen Kaledin und Dutow, Abteilungen für Lebensmittelbeschaffung — das alles ist nicht neu. Die Aufgabe besteht nur darin, daß die Nähe der Katastrophe, die Schwere der Lage zu einer *zehnmal* größeren Leistung als früher verpflichtet.

Der Arbeiter ist dadurch, daß er zum Vorkämpfer und Führer der armen Bevölkerung geworden ist, kein Heiliger geworden. Er führte das Volk vorwärts, aber er wurde manchmal auch selbst von den Krankheiten des kleinbürgerlichen Verfalls angesteckt. Je weniger Abteilungen aus den bestorganisierten, klassenbewußtesten, diszipliniertesten und standhaftesten Arbeitern vorhanden waren, desto häufiger zersetzten sich diese Abteilungen, desto häufiger waren die Fälle, wo das Kleineigentümerelement der Vergangenheit über das proletarisch-kommunistische Bewußtsein der Zukunft den Sieg davontrug.

Die Arbeiterklasse kann, nachdem sie die kommunistische Revolution begonnen hat, nicht mit einem Schlag die Schwächen und Laster abstreifen, die von der Gesellschaft der Gutsbesitzer und Kapitalisten hinterlassen worden sind, von der Gesellschaft der Ausbeuter und Blutsauger, der Gesellschaft des schmutzigen Eigennutzes und der persönlichen Bereicherung weniger, bei gleichzeitiger Armut vieler.

Doch die Arbeiterklasse kann die alte Welt, ihre Laster und Schwächen besiegen. — *und wird sie schließlich bestimmt und unweigerlich besiegen* —, wenn gegen den Feind immer neue, immer zahlreichere, durch die Erfahrung immer aufgeklärtere, durch die Schwierigkeiten des Kampfes immer gestältere Arbeiterabteilungen eingesetzt werden.

So, gerade so stehen heute die Dinge in Rußland: Vereinzelt und zersplittert kann man den Hunger und die Arbeitslosigkeit nicht besiegen. Notwendig ist ein Massen„kreuzzug“ der fortgeschrittenen Arbeiter nach allen Ecken und Enden des Riesenlandes. Zehnmal soviel *eiserne Abteilungen* des klassenbewußten und dem Kommunismus grenzenlos ergebenen Proletariats sind notwendig. Dann werden wir den Hunger und die Arbeitslosigkeit besiegen. Dann werden wir die Revolution auf die wirkliche Vorstufe des Sozialismus emporheben. Dann werden wir auch in der Lage sein, gegen die imperialistischen Räuber einen siegreichen Verteidigungskrieg zu führen.

Geschrieben am 22. Mai 1918.  
Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 101, 24. Mai 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXIII, S. 33—41.

## AN ALLE GOUVERNEMENTS- UND KREISSOWJETS

Was muß unternommen werden bei einem Überfall des Feindes auf die Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik, die ihren festen Friedenswillen bewiesen hat.

(Direktive an alle Ortssowjets und die gesamte Bevölkerung.)

In der Ukraine ist es mehr als einmal vorgekommen, daß die Bauern und Arbeiter sich dem Abtransport oder der Vernichtung des Hab und Guts widersetzen, in der Hoffnung, es für sich wahren zu können. Sie wurden hart bestraft. Die Eindringlinge beschlagnahmten alles: Getreide, Vieh, Kohle, Metall, Maschinen und führten es nach Deutschland aus. Das Beispiel der Ukraine sollte für ganz Rußland eine schreckliche Lehre sein.

Deshalb ist die örtliche Bevölkerung, wenn der Feind zur Offensive überzugehen versucht, verpflichtet, unter Leitung der örtlichen Sowjets folgenden Befehl aufs strengste zu befolgen:

In erster Linie sind alle Heeresvorräte fortzuschaffen. Alles, was nicht fortgeschafft wird, muß in Brand gesteckt oder gesprengt werden.

Korn und Mehl sind fortzuschaffen oder zu vergraben. Was nicht vergraben werden kann, ist zu vernichten.

Das Vieh ist fortzutreiben.

Maschinen sind als ganzes oder in Teile zerlegt wegzuschaffen. Was nicht abtransportiert werden kann, muß zerstört werden.

Nicht abtransportierte Metalle sind zu vergraben.

Lokomotiven und Waggons sind fortzuleiten.

Die Schienen sind aufzureißen.

Die Brücken sind zu minieren und zu sprengen.

Die im Rücken des Feindes liegenden Wälder und Saaten sind in Brand zu stecken.

Mit allen Kräften und Mitteln ist der Vormarsch des Feindes zu erschweren. Hinterhalte sind zu legen. Schußwaffen und blanke Waffen sind zur Anwendung zu bringen.

Das eigene Hinterland ist zu sichern. Und zu diesem Zweck sind alle Spione, Provokateure, Weißgardisten, konterrevolutionäre Veräter, die den Feind direkt oder indirekt unterstützen, samt und sonders auszurotten.

Vorsitzender des Allrussischen Zentralexekutivkomitees

*J. Swerdlow*

Rat der Volkskommissare.

Vorsitzender des Rates der Volkskommissare

*W. Uljanow (Lenin)*

(2. Juni 1918).

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 54,  
23. Februar 1942.

## **GENOSSEN ARBEITER!**

### **AUF IN DEN LETZTEN, ENTSCHEIDENDEN KAMPF!**

Die Sowjetrepublik ist von Feinden umringt. Aber sie wird sowohl die äußeren als auch die inneren Feinde besiegen. Schon ist unter den Arbeitermassen der Aufschwung sichtbar, der den Sieg sichert. Schon sieht man die Funken und die Ausbrüche der revolutionären Feuersbrunst in Westeuropa häufiger werden, die uns die Überzeugung von dem nicht mehr fernen Sieg der internationalen Arbeiterrevolution geben.

Der äußere Feind der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik, das ist im gegenwärtigen Augenblick der englisch-französische und der japanisch-amerikanische Imperialismus. Dieser Feind greift gegenwärtig Rußland an, er raubt uns unser Land, er hat Archangelsk besetzt und ist (wenn man den französischen Zeitungen glauben soll) von Wladiwostok bis Nikolsk-Ussurijsk vorgedrungen. Dieser Feind hat die Generale und Offiziere des tschechoslowakischen Korps<sup>50</sup> bestochen. Dieser Feind geht gegen das friedliche Rußland ebenso brutal und räuberisch vor, wie die Deutschen im Februar vorgingen, jedoch mit dem Unterschied, daß es die Engländer und Japaner darauf abgesehen haben, nicht nur russisches Land an sich zu reißen und auszuplündern, sondern auch die Sowjetmacht zu stürzen, um „die Front wiederherzustellen“, d. h. um Rußland wieder in den imperialistischen (einfacher gesagt: den räuberischen) Krieg Englands gegen Deutschland hineinzuziehen.

Die englischen und japanischen Kapitalisten wollen die Macht der Gutsbesitzer und Kapitalisten in Rußland wiederherstellen, um gemeinsam die im Kriege zusammengerraubte Beute zu teilen, um die russischen Arbeiter und Bauern zu Sklaven des englischen und französischen Kapitals zu machen, um aus ihnen die Zinsen für die Milliardenanleihen herauszupressen, um den Brand der sozialistischen Revolution

zu löschen, der bei uns ausgebrochen ist und immer weiter auf die ganze Welt überzugreifen droht.

Die Kräfte der Bestien des englischen und japanischen Imperialismus werden nicht ausreichen, um Rußland zu besetzen und es sich zu unterwerfen. Selbst die Kräfte des uns benachbarten Deutschland reichen dazu nicht aus, wie seine „Erfahrung“ mit der Ukraine bewiesen hat. Die Engländer und Japaner rechneten damit, uns zu überrumpeln. Das ist ihnen nicht gelungen. Die Arbeiter Petrograds, dann Moskaus und nach Moskau auch des ganzen zentralen Industriegebietes erheben sich immer geschlossener, immer energischer, in immer größeren Massen, immer begeisterter. Das ist die Bürgschaft unseres Sieges.

Die englischen und japanischen kapitalistischen Räuber rechnen bei ihrem Feldzug gegen das friedliche Rußland außerdem auf ihr Bündnis mit dem inneren Feind der Sowjetmacht. Wir wissen wohl, wer dieser innere Feind ist. Das sind die Kapitalisten, die Gutsbesitzer, die Kulaken und ihre Söhnchen, die voller Haß sind gegen die Staatsmacht der Arbeiter und werktätigen Bauern, der Bauern, die nicht das Blut ihrer Dorfgenossen aussaugen.

Eine Welle von Kulakenaufständen breitet sich über Rußland aus. Der Kulak haßt die Sowjetmacht wütend und ist bereit, Hunderttausende von Arbeitern zu erdrosseln, niederzumetzeln. Gelänge es den Kulaken zu siegen, so würden sie, das wissen wir ausgezeichnet, hunderttausende Arbeiter erbarmungslos niedermachen, ein Bündnis mit den Gutsbesitzern und Kapitalisten eingehen, für die Arbeiter wieder ein Zuchthausleben schaffen, den Achtstundentag aufheben, die Betriebe wiederum unter das kapitalistische Joch bringen.

So war es in allen früheren europäischen Revolutionen, wenn es den Kulaken infolge der Schwäche der Arbeiter gelang, von der Republik wieder zur Monarchie, von der Macht der Werktätigen zur Allmacht der Ausbeuter, der Reichen, der Schmarotzer zurückzukehren. So geschah es vor unseren Augen in Lettland, in Finnland, in der Ukraine, in Georgien. Überall verband sich das gierige, vollgefressene, entmenschte Kulakentum mit den Gutsbesitzern und den Kapitalisten gegen die Arbeiter und gegen die arme Bevölkerung überhaupt. Überall ging das Kulakentum mit unerhörter Mordlust gegen die Arbeiterklasse vor. Überall schloß es ein Bündnis mit *ausländischen Kapitalisten* gegen die Arbeiter des eigenen Landes. So handelten und so handeln die Kadetten, die rechten Sozialrevolutionäre, die Menschewiki; es genügt, sich ihre Heldentaten in der „Tschechoslowakei“ ins Gedächtnis zurückzurufen. So handeln aus äußerster Dummheit und Charakterlosigkeit die linken Sozialrevolutionäre, die durch ihren



Moskauer Aufstand den Weißgardisten in Jaroslawl, den Tschechoslowaken und den Weißen in Kasan Hilfe erwiesen haben. Nicht umsonst ertoteten diese linken Sozialrevolutionäre das Lob Kerenskis und seiner Freunde, der französischen Imperialisten.

Keinerlei Zweifel sind hier möglich. Die Kulaken sind wütende Feinde der Sowjetmacht. Entweder werden die Kulaken unendlich viele Arbeiter hinschlachten, oder die Arbeiter werden die Aufstände der räuberischen kulakischen Minderheit des Volkes gegen die Staatsmacht der Werktätigen erbarmungslos niederschlagen. Einen Mittelweg kann es hier nicht geben. Frieden kann es nicht geben: es ist möglich, sogar leicht möglich, den Kulaken mit dem Gutsbesitzer, dem Zaren und dem Popen zu versöhnen, selbst wenn sie sich einmal miteinander überworfen haben, aber zwischen dem Kulaken und der Arbeiterklasse kann es *niemals* eine Aussöhnung geben.

Und darum nennen wir den Kampf gegen die Kulaken den *letzten*, entscheidenden Kampf. Das bedeutet nicht, daß es nicht noch häufig Kulakenaufstände oder Feldzüge des fremdländischen Kapitalismus gegen die Sowjetmacht geben kann. Das Wort „letzter“ Kampf bedeutet, daß die letzte und zahlreichste der *Ausbeuter*klassen unseres Landes sich gegen uns erhoben hat.

Die Kulaken sind die vertiertesten, rohesten, brutalsten Ausbeuter, die in der Geschichte anderer Länder mehr als einmal die Macht der Gutsbesitzer, der Zaren, Pfaffen und Kapitalisten wiederhergestellt haben. Kulaken gibt es mehr als Gutsbesitzer und Kapitalisten. Aber dennoch sind die Kulaken nur eine Minderheit im Volk.

Nehmen wir an, daß es bei uns in Rußland etwa 15 Millionen Ackerbau treibende Bauernfamilien gibt, wobei das frühere Rußland gemeint ist, bevor die Räuber ihm die Ukraine und andere Gebiete entrissen hatten. Von diesen 15 Millionen sind sicherlich gegen 10 Millionen arme Bauern, die vom Verkauf ihrer Arbeitskraft leben, oder die sich als Knechte den reichen Bauern verdingen, oder die keine Getreideüberschüsse besitzen und durch die Lasten des Krieges besonders ruiniert worden sind. Etwa 3 Millionen muß man auf die Mittelbauernschaft rechnen, und wohl kaum mehr als 2 Millionen sind Kulaken, Reiche, Getreidespekulanten. Diese Blutsauger haben sich während des Krieges an der Not des Volkes bereichert, sie haben tausende und hunderttausende Rubel zusammengerafft, indem sie die Preise für Getreide und andere Produkte hinaufschraubten. Diese Spinnen mästeten sich auf Kosten der durch den Krieg ruinierten Bauern, auf Kosten der hungernden Arbeiter. Diese Blutegel saugten das Blut der Werktätigen und wurden um so reicher, je mehr der

Arbeiter in den Städten und Fabriken hungerte. Diese Vampire brachten und bringen den Boden der Gutsbesitzer an sich, sie zwingen die armen Bauern immer und immer wieder in Schuldnechtschaft.

Schonungsloser Krieg gegen diese Kulaken! Tod ihnen! Haß und Verachtung den sie verteidigenden Parteien: den rechten Sozialrevolutionären, den Menschewiki und den heutigen linken Sozialrevolutionären! Mit eiserner Faust müssen die Arbeiter die Aufstände der Kulaken niederschlagen, die mit fremdländischen Kapitalisten gegen die Werktätigen ihres Landes ein Bündnis schließen.

Die Kulaken machen sich die Unwissenheit, die Vereinzelung, die Zersplitterung der Dorfarmut zunutze. Sie hetzen sie gegen die Arbeiter auf, bestechen sie manchmal dadurch, daß sie ihr die Möglichkeit geben, an der Getreidespekulation einen Hunderter zu „verdienen“ (und gleichzeitig plündern sie diese Armen um viele Tausende aus). Die Kulaken bemühen sich, den Mittelbauern auf ihre Seite zu ziehen, und manchmal gelingt ihnen das auch.

Doch die Arbeiterklasse ist absolut nicht verpflichtet, sich mit dem Mittelbauern zu entzweien. Die Arbeiterklasse kann sich nicht mit dem Kulaken aussöhnen, aber mit dem Mittelbauern kann sie *Verständigung* suchen und sucht sie auch. Die Arbeiterregierung, d. h. die bolschewistische Regierung, hat das durch Taten und nicht durch bloße Worte *bewiesen*.

Wir haben es dadurch bewiesen, daß wir das Gesetz über die „Sozialisierung des Grund und Bodens“ angenommen haben und es streng durchführen; dieses Gesetz enthält *viele* Zugeständnisse an die Interessen und Auffassungen des Mittelbauern.

Wir haben es dadurch bewiesen, daß wir (dieser Tage) die Getreidepreise *verdreifachen*, denn wir erkennen vollkommen an, daß der Verdienst des Mittelbauern häufig den gegenwärtigen Preisen der Industrieprodukte nicht entspricht und erhöht werden *muß*.

Jeder klassenbewußte Arbeiter wird das dem Mittelbauern erklären und wird ihm geduldig, beharrlich immer und immer wieder beweisen, daß der Sozialismus für den Mittelbauern unendlich vorteilhafter ist als die Macht der Zaren, der Gutsbesitzer und der Kapitalisten.

Die Arbeitermacht hat dem Mittelbauern niemals Unrecht getan und wird ihm auch nie Unrecht tun. Die Macht der Zaren, der Gutsbesitzer, der Kapitalisten, der Kulaken hingegen hat dem Mittelbauern nicht nur stets Unrecht getan, sondern ihn in allen Ländern ohne jede Ausnahme, auch in Rußland, direkt gewürgt, ausgeplündert und ruiniert.

Engstes Bündnis und völlige Verschmelzung mit der Dorfarmut; Zugeständnisse an den Mittelbauern und Verständigung mit ihm; schonungslose Niederhaltung der Kulaken, dieser Blutsauger und Vampire, dieser Volksausplünderer, dieser Spekulanten, die sich an der Hungersnot bereichern — das ist das Programm des klassenbewußten Arbeiters. Das ist die Politik der Arbeiterklasse.

Geschrieben in der ersten Augushälfte 1918.  
Veröffentlicht 1925 in einer  
Sonderausgabe des Lenin-Instituts.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke,  
Bd. XXIII, S. 261—265.

## REDE AM „TAG DES ROTEN OFFIZIERS“ AM 24. NOVEMBER 1918

Ich begrüße Sie im Namen der Volkskommissare, sagt Lenin. Wenn ich an die Aufgaben unserer Armee und der roten Offiziere denke, fällt mir ein Zwischenfall ein, dessen Augenzeuge ich vor nicht allzulanger Zeit in einem Wagen der Finnländischen Eisenbahn war.

Ich sah, daß die Mitreisenden einer Greisin zuhörten und dabei über etwas lächelten, und bat, mir deren Worte zu übersetzen. Die Finnin verglich die früheren Soldaten mit den revolutionären Soldaten und sagte, daß die ersteren die Interessen der Bourgeoisie und der Gutsbesitzer verteidigten, die letzteren aber die der armen Bevölkerung. „Früher mußte der Arme für jedes ohne Erlaubnis genommene Scheit Holz grausam büßen, jetzt aber“, sagte die Greisin, „wenn du im Walde einem Soldaten begegnest, dann hilft er dir noch das Holzbündel tragen.“ „Jetzt“, sagte sie, „braucht man den Mann mit dem Gewehr nicht mehr zu fürchten.“

Ich glaube, fährt Lenin fort, daß man sich schwerlich eine bessere Auszeichnung für die Rote Armee vorstellen kann.

Weiter führt Lenin aus, daß der alte Kommandobestand sich vorwiegend aus verwöhnten und verdorbenen Kapitalistensöhnchen zusammensetzte, die mit dem einfachen Soldaten nichts gemein hatten. Deshalb eben müssen wir jetzt beim Aufbau der neuen Armee die Kommandeure nur aus dem Volke nehmen. Nur die roten Offiziere werden unter den Soldaten Autorität besitzen und werden imstande sein, den Sozialismus in unserer Armee zu festigen. Eine solche Armee wird unbesiegbar sein.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Iswestija des ZEK“ Nr. 258,  
26. November 1918.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke,  
Bd. XXIII, S. 380.

## DIE PROLETARISCHE REVOLUTION UND DER RENEGAT KAUTSKY

### VORWORT

Die kürzlich in Wien erschienene Broschüre Kautskys „Die Diktatur des Proletariats“ (Wien 1918, Ignaz Brand, 63 Seiten) ist ein höchst anschauliches Beispiel für jenen vollständigsten und schändlichsten Bankrott der II. Internationale, von dem alle ehrlichen Sozialisten aller Länder längst sprechen. Die Frage der proletarischen Revolution wird jetzt in einer ganzen Reihe von Staaten praktisch auf die Tagesordnung gesetzt. Darum ist eine Analyse der Renegaten-sophismen Kautskys und seines völligen Abfalls vom Marxismus eine Notwendigkeit.

Zunächst aber sei betont, daß der Schreiber dieser Zeilen seit den allerersten Tagen des Krieges wiederholt auf Kautskys Bruch mit dem Marxismus hat hinweisen müssen. Eine Reihe von Artikeln der Jahre 1914—1916 in den im Ausland erschienenen Organen „Sozialdemokrat“ und „Kommunist“ war dem gewidmet. Diese Artikel sind gesammelt in dem vom Petrograder Söwjet herausgegebenen Buch: G. Sinowjew und N. Lenin, „Gegen den Strom“, Petrograd 1918 (550 Seiten). In einer 1915 in Genf herausgegebenen Broschüre, die gleich ins Deutsche und Französische übersetzt wurde, schrieb ich über das „Kautskyaner-tum“:

„Kautsky, die größte Autorität der II. Internationale, ist ein höchst typisches und krasses Beispiel dafür, wie das Lippenbekenntnis zum Marxismus in der Tat zu seiner Verwandlung in ‚Struvismus‘ oder ‚Brentanismus‘ geführt hat“ (d. h. in eine bürgerlich-liberale Lehre, die einen nichtrevolutionären „Klassen“kampf des Proletariats anerkennt, was der russische Schriftsteller Struve und der deutsche Volkswirtschaftler Brentano besonders kraß zum Ausdruck brachten). „Wir sehen das auch am Beispiel Plechanows. Mittels offenkundiger Sophismen wird der Marxismus seiner revolutionären lebendigen Seele

beraubt, man akzeptiert vom Marxismus *alles, nur nicht* die revolutionären Kampfmittel, die Propagierung und Vorbereitung dieser Kampfmittel, die Erziehung der Massen gerade in dieser Richtung. Kautsky sucht ganz prinzipienlos den Grundgedanken des Sozialchauvinismus, die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung in diesem Kriege, zu ‚versöhnen‘ mit einer diplomatischen Paradekonzession an die Linke in Gestalt der Stimmenthaltung bei der Abstimmung über die Kredite, in Gestalt phrasenhafter Betonung des eigenen oppositionellen Charakters usw. Kautsky, der 1909 ein ganzes Buch über das Nahen der Epoche der Revolutionen und über den Zusammenhang von Krieg und Revolutionen geschrieben, — Kautsky, der im Jahre 1912 das Baseler Manifest über die revolutionäre Ausnutzung des kommenden Krieges unterzeichnet hat, rechtfertigt und beschönigt jetzt in allen Tonarten den Sozialchauvinismus und schließt sich, gleich Plechanow, der Bourgeoisie an, um jeden Gedanken an die Revolution und alle Schritte zum unmittelbar revolutionären Kampf zu verspotten.

Die Arbeiterklasse kann ihre internationalen revolutionären Ziele nicht verwirklichen, ohne einen schonungslosen Kampf zu führen gegen dieses Renegatentum, diese Charakterlosigkeit, diese Liebedienerei vor dem Opportunismus und gegen diese beispiellose theoretische Vulgarisierung des Marxismus. Das Kautskyanertum ist nichts Zufälliges, sondern ein soziales Produkt der Widersprüche in der II. Internationale, der Vereinigung von Treue zum Marxismus in Worten mit Unterwerfung unter den Opportunismus in der Tat.“ (G. Sinowjew und N. Lenin, „Sozialismus und Krieg“, Genf 1915, S. 13/14.)

Weiter. In dem 1916 geschriebenen Buch: „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“ (1917 in Petrograd erschienen), habe ich die theoretische Falschheit aller Kautskyschen Betrachtungen über den Imperialismus ausführlich analysiert. Ich führte die Kautskysche Definition des Imperialismus an: „Der Imperialismus ist ein Produkt des hochentwickelten industriellen Kapitalismus. Er besteht in dem Drange jeder industriellen kapitalistischen Nation, sich ein immer größeres *agrarisches* (von Kautsky hervorgehoben) Gebiet zu unterwerfen und anzugliedern ohne Rücksicht darauf, von welchen Nationen es bewohnt wird.“ Ich zeigte die völlige Unrichtigkeit dieser Definition und ihre „Eignung“ zum Vertuschen der tiefsten Widersprüche des Imperialismus und sodann zur Aussöhnung mit dem Opportunismus. Ich führte meine Definition des Imperialismus an: „Der Imperialismus ist der Kapitalismus auf jener Entwicklungsstufe,

wo die Herrschaft der Monopole und des Finanzkapitals sich herausgebildet, der Kapitalexport hervorragende Bedeutung gewonnen, die Aufteilung der Welt durch die internationalen Truste begonnen hat und die Aufteilung des gesamten Territoriums der Erde durch die größten kapitalistischen Länder abgeschlossen ist.“ Ich wies nach, daß Kautskys Kritik des Imperialismus sogar unter der bürgerlichen, spießhaften Kritik des Imperialismus steht.

Schließlich, im August und September 1917, d. h. vor der proletarischen Revolution in Rußland (7. November [25. Oktober] 1917), verfaßte ich die Anfang 1918 in Petrograd erschienene Schrift: „Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution“. Und hier, im VI. Kapitel, „Die Vulgarisierung des Marxismus durch die Opportunisten“, richtete ich auf Kautsky mein besonderes Augenmerk und wies nach, daß er die Marxsche Lehre völlig verzerrt, sie opportunistisch verfälscht und „sich von der Revolution in der Tat losgesagt hat bei einem Bekenntnis zu ihr in Worten“.

Im wesentlichen besteht der theoretische Grundfehler Kautskys in seiner Broschüre über die Diktatur des Proletariats gerade in jenen opportunistischen Verzerrungen der Marxschen Lehre vom Staat, die in meiner Schrift „Staat und Revolution“ im einzelnen aufgedeckt worden sind.

Diese Vorbemerkungen waren notwendig, denn sie beweisen, daß Kautsky von mir offen des Renegatentums bezichtigt wurde, schon *lange bevor* die Bolschewiki die Staatsmacht ergriffen hatten und deswegen von Kautsky verurteilt wurden.

### WIE KAUTSKY MARX IN EINEN DUTZENDLIBERALEN VERWANDELT HAT

Die grundlegende Frage, die von Kautsky in seiner Broschüre berührt wird, ist die Frage nach dem Wesensinhalt der proletarischen Revolution, die Frage nämlich der Diktatur des Proletariats. Das ist die Frage, die namentlich in der Gegenwart für alle Länder, besonders für die fortgeschrittenen, besonders für die kriegführenden, die allergrößte Bedeutung hat. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß das die allerwichtigste Frage des ganzen proletarischen Klassenkampfes ist. Deshalb ist es nötig, aufmerksam auf sie einzugehen.

Kautsky stellt die Frage folgendermaßen: „der Gegensatz der beiden sozialistischen Richtungen“ (d. h. der Bolschewiki und der

Nichtbolschewiki) sei der „Gegensatz zweier grundverschiedener Methoden: der *demokratischen* und der *diktatorischen*“. (S. 3.)

Bemerken wir nebenbei, daß Kautsky, indem er die Nichtbolschewiki in Rußland, d. h. die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, Sozialisten nennt, sich von ihrem Namen, d. h. von einem Wort, leiten läßt, nicht aber von der *tatsächlichen Stellung*, die sie im Kampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie einnehmen. Eine glänzende Auffassung und Anwendung des Marxismus! Aber darüber Ausführlicheres weiter unten.

Zunächst die Hauptsache: die große Entdeckung Kautskys von dem „grundverschiedenen Gegensatz“ zwischen „der demokratischen und der diktatorischen Methode“. Das ist der Kern der Frage. Darin besteht das ganze Wesen der Kautskyschen Broschüre. Und das ist eine so ungeheuerliche theoretische Konfusion, eine so vollständige Verleugnung des Marxismus, daß Kautsky, man muß das anerkennen, Bernstein weit hinter sich läßt.

Die Frage der Diktatur des Proletariats ist die Frage des Verhältnisses des proletarischen Staates zum bürgerlichen Staat, der proletarischen Demokratie zur bürgerlichen Demokratie. Man sollte meinen, das sei klar wie der Tag. Kautsky aber, genau wie irgendein durch ewiges Wiederholen der Geschichtslehrbücher vertrockneter Gymnasialprofessor, wendet sich hartnäckig mit dem Hintern zum 20. Jahrhundert, mit dem Gesicht zum 18. Jahrhundert, und zum hundertstenmal, unglaublich langweilig, in einer ganzen Reihe von Paragraphen, kaut und wiederkaut er das alte Zeug vom Verhältnis der bürgerlichen Demokratie zum Absolutismus und Mittelalter!

Fürwahr, wie im Schlaf faselt er dummes Zeug!

Das heißt doch aber schon, den Dingen vollkommen verständnislos gegenüberstehen. Die Bemühungen Kautskys, die Sache so hinzustellen, als gebe es Leute, die „Verachtung der Demokratie“ (S. 11) u. a. m. predigten, rufen doch nur ein Lächeln hervor. Mit solchen Narrenposen muß Kautsky die Frage vertuschen und verwirren, denn er stellt die Frage auf liberale Art, als Frage der Demokratie schlechthin und nicht der bürgerlichen Demokratie; er vermeidet sogar diesen genauen Klassenbegriff und bemüht sich, von einer „vorsozialistischen“ Demokratie zu sprechen. Nahezu ein Drittel der Broschüre, 20 von 63 Seiten, hat unser Kannegießer mit einem Geschwätz gefüllt, das der Bourgeoisie sehr genehm ist, denn es kommt einer Beschönigung der bürgerlichen Demokratie gleich und vertuscht die Frage der proletarischen Revolution.

Aber der Titel der Broschüre Kautskys lautet doch immerhin



„Die Diktatur des Proletariats“. Daß gerade darin das Wesen der Marxschen Lehre besteht, ist allgemein bekannt. Auch Kautsky mußte nach dem ganzen Geschwätz, das nicht zum Thema gehört, die Marxschen Worte von der Diktatur des Proletariats anführen.

Wie das der „Marxist“ Kautsky macht, das ist schon eine richtige Komödie! Man höre:

„Diese Auffassung“ (in der Kautsky eine Verachtung der Demokratie erblickt) „stützt sich auf ein Wort von Karl Marx“ — so heißt es buchstäblich auf Seite 20. Und auf Seite 60 wird das sogar in solcher Form wiederholt: „Da erinnerte man“ (die Bolschewiki) „sich rechtzeitig des Wörtchens“ (buchstäblich so: des Wörtchens!) „von der Diktatur des Proletariats, das Marx einmal 1875 in einem Briefe gebraucht hatte.“

Das „Wörtchen“ von Marx lautet:

„Zwischen der kapitalistischen und der kommunistischen Gesellschaft liegt die Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andere. Der entspricht auch eine politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats.“<sup>51</sup>

Erstens, diese berühmten Ausführungen von Marx, die das Fazit seiner ganzen revolutionären Lehre ziehen, als „ein Wort“ oder gar als „Wörtchen“ zu bezeichnen, heißt den Marxismus verhöhnen, heißt ihn völlig verleugnen. Man darf nicht vergessen, daß Kautsky Marx nahezu auswendig kennt, daß er, nach allen seinen Schriften zu urteilen, im Schreibtisch oder im Kopf eine Reihe hölzerner Kästchen besitzt, in denen alles, was Marx geschrieben hat, aufs genaueste und bequemste zum Zitieren geordnet ist. Kautsky muß unbedingt wissen, daß sowohl Marx als Engels in Briefen wie in ihren gedruckten Werken wiederholt von der Diktatur des Proletariats gesprochen haben, und das besonders sowohl vor als auch nach der Kommune. Kautsky muß doch wissen, daß die Formel „Diktatur des Proletariats“ lediglich die historisch konkretere und wissenschaftlich genauere Darlegung der Aufgabe des Proletariats ist, die bürgerliche Staatsmaschinerie „zu zerbrechen“, einer Aufgabe, von der sowohl Marx als auch Engels unter Berücksichtigung der Erfahrung der Revolution von 1848 und noch mehr der von 1871, seit 1852 bis 1891, vierzig Jahre lang sprechen.

Wie ist diese ungeheuerliche Entstellung des Marxismus durch den im Marxismus so bewanderten Kautsky zu erklären? Spricht man von den philosophischen Grundlagen dieser Erscheinung, so läuft die Sache auf die Vertauschung der Dialektik mit Eklektizismus, und Sophistik hinaus. Kautsky ist ein großer Meister solch einer Unterschiebung. Spricht man praktisch politisch, so handelt es sich um

Lakaiertum gegenüber den Opportunisten, d. h. letzten Endes gegenüber der Bourgeoisie. Seit Kriegsbeginn hat Kautsky, immer rascher fortschreitend, die höchste Meisterschaft in dieser Kunst erreicht, Marxist in Worten und Lakai der Bourgeoisie in der Tat zu sein.

Noch mehr überzeugt man sich davon, wenn man sich ansieht, wie wunderbar Kautsky das „Wörtchen“ Marxens von der Diktatur des Proletariats „ausgelegt“ hat. Man höre:

„Marx hat es leider unterlassen, ausführlicher zu zeigen, wie er sich diese Diktatur vorstellt ...“ (Ein durch und durch verlogener Satz eines Renegaten, denn Marx und Engels haben ja gerade eine Reihe sehr ausführlicher Hinweise gegeben, die der marxistische Schriftgelehrte Kautsky absichtlich umgeht.) „... Buchstäblich genommen bedeutet das Wort die Aufhebung der Demokratie. Aber freilich, buchstäblich genommen bedeutet das Wort auch die Alleinherrschaft eines einzelnen, der an keinerlei Gesetze gebunden ist. Eine Alleinherrschaft, die sich von einem Despotismus dadurch unterscheidet, daß sie nicht als ständige Staatseinrichtung, sondern als eine vorübergehende Notstandsmaßregel gedacht ist.

Der Ausdruck ‚Diktatur des Proletariats‘, also Diktatur nicht eines einzelnen, sondern einer Klasse, schließt bereits aus, daß Marx hierbei an eine Diktatur im buchstäblichen Sinne des Wortes gedacht hat.

Er sprach hier nicht von einer *Regierungsform*, sondern einem *Zustande*, der notwendigerweise überall dort eintreten müsse, wo das Proletariat die politische Macht erobert hat. Daß Marx hier keine Regierungsform im Auge hatte, wird schon dadurch bezeugt, daß er der Ansicht war, in England und Amerika könne sich der Übergang friedlich, also auf demokratischem Wege vollziehen.“ (S. 20.)

Wir haben absichtlich diese ganze Argumentation ungekürzt gebracht, damit der Leser klar sehen kann, mit welchen Methoden der „Theoretiker“ Kautsky operiert.

Es gefiel Kautsky, an die Frage in der Weise heranzutreten, daß er mit der Definition des „Wortes“ Diktatur anfing.

Schön. Es ist jedermanns gutes Recht, an eine Frage beliebig heranzutreten. Nur muß man das ernste und ehrliche Herantreten an eine Frage von dem unehrlichen unterscheiden. Wer bei der gegebenen Art der Behandlung des Problems sich ernst zur Sache verhalten wollte, der müßte seine *eigene Definition* des „Wortes“ geben. Dann wäre die Frage klar und offen gestellt. Kautsky tut das nicht. „Buchstäblich genommen“, schreibt er, „bedeutet das Wort Diktatur die Aufhebung der Demokratie.“

Erstens ist das keine Definition. Wenn es Kautsky beliebt, einer Definition des Begriffs Diktatur aus dem Wege zu gehen, wozu brauchte er auf die vorliegende Weise an die Frage heranzutreten?

Zweitens ist das offenkundig falsch. Für einen Liberalen ist es natürlich, von „Demokratie“ schlechthin zu sprechen. Ein Marxist wird nie vergessen zu fragen: „für welche Klasse?“ Jedermann weiß

beispielsweise — und der „Historiker“ Kautsky weiß das ebenfalls —, daß Aufstände oder selbst starke Gärungen unter den Sklaven im Altertum sofort das Wesen des antiken Staates als einer *Diktatur der Sklavenhalter* offenbarten. Hob diese Diktatur die Demokratie *unter den Sklavenhaltern*, die Demokratie für sie auf? Jedermann weiß, daß das nicht der Fall war.

Der „Marxist“ Kautsky hat einen ungeheuerlichen Unsinn und eine Unwahrheit gesagt, denn er hat den Klassenkampf „vergessen“ ...

Um aus der liberalen und verlogenen Behauptung, die Kautsky aufgestellt hat, eine marxistische und wahre Behauptung zu machen, muß man sagen: eine Diktatur bedeutet nicht unbedingt die Aufhebung der Demokratie für diejenige Klasse, die diese Diktatur über die andern Klassen ausübt; sie bedeutet aber unbedingt die Aufhebung der Demokratie (oder ihre äußerst wesentliche Einschränkung, was auch eine Form der Aufhebung ist) für die Klasse, über welche oder gegen welche die Diktatur ausgeübt wird.

Aber wie wahr diese Behauptung auch sein mag, eine Definition des Begriffes Diktatur gibt sie dennoch nicht.

Prüfen wir den folgenden Satz Kautskys:

„Aber freilich buchstäblich genommen bedeutet das Wort auch die Alleinherrschaft eines einzelnen, der an keinerlei Gesetze gebunden ist.“

Gleich einem blinden jungen Hund, der mit der Nase zufällig bald hierhin, bald dorthin tastet, ist Kautsky hier unversehens auf *einen* richtigen Gedanken gestoßen (nämlich, daß die Diktatur eine Macht ist, die an keinerlei Gesetze gebunden ist), *hat aber dennoch keine* Definition des Begriffes der Diktatur *gegeben* und außerdem eine offenkundige historische Unwahrheit gesagt, als ob Diktatur die Herrschaft eines einzelnen bezeichnete. Das ist auch grammatikalisch unrichtig, denn diktatorisch herrschen kann auch eine Handvoll Personen, auch eine Oligarchie, auch eine Klasse usw.

Weiter verweist Kautsky auf den Unterschied der Diktatur vom Despotismus, aber obwohl seine Behauptung offensichtlich falsch ist, werden wir nicht auf sie eingehen, denn das hat mit der uns interessierenden Frage gar nichts zu tun. Kautskys Neigung, sich vom 20. Jahrhundert dem 18. Jahrhundert und vom 18. Jahrhundert der Antike zuzuwenden, ist bekannt, und wir hoffen, daß das deutsche Proletariat nach Erringung der Diktatur dieser Neigung Kautskys Rechnung tragen wird und ihn, sagen wir, als Gymnasialprofessor für Geschichte des Altertums anstellen wird. Sich von einer Definition der Diktatur des Proletariats durch Philosophieren über den Despotismus

drücken zu wollen, ist entweder eine kapitaler Dummheit oder eine recht ungeschickte Gaunerei.

Das Endergebnis ist, daß Kautsky, der sich anheischig machte, über die Diktatur zu reden, viel wissentlich Falsches zusammengeredet, aber keine Definition gegeben hat! Er hätte, ohne sich auf seine geistigen Fähigkeiten zu verlassen, sein Gedächtnis zu Hilfe nehmen und aus seinen „Kästchen“ alle Fälle herausgreifen können, wo Marx über die Diktatur spricht. Dann wäre er bestimmt entweder zu der folgenden oder einer im wesentlichen mit ihr übereinstimmenden Definition gelangt.

Die Diktatur ist eine sich unmittelbar auf Gewalt stützende Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist.

Die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist eine Macht, die durch die Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie erobert wurde und behauptet wird, eine Macht, die an keinerlei Gesetze gebunden ist.

Und eben diese einfache Wahrheit, die für jeden klassenbewußten Arbeiter so klar wie der lichte Tag ist (für den Vertreter der Masse und nicht der Oberschicht eines von den Kapitalisten gekauften kleinbürgerlichen Gesindels, das die Sozialimperialisten aller Länder darstellen), diese für jeden Vertreter der Ausgebeuteten, der für ihre Befreiung Kämpfenden, offensichtliche, diese für jeden Marxisten unbestreitbare Wahrheit muß dem so gelahrten Herrn Kautsky „im Kampfe abgerungen“ werden. Wodurch ist das zu erklären? — Durch jenen Geist des Lakaientums, von dem die Führer der II. Internationale durchdrungen sind, die zu verächtlichen Sykophanten\* im Dienste der Bourgeoisie geworden sind.

Zunächst beging Kautsky eine betrügerische Schiebung, indem er den offenbaren Unsinn behauptete, das Wort Diktatur bedeute im buchstäblichen Sinne die Alleinherrschaft eines Diktators, und dann erklärte er — auf Grund dieser Schiebung! —, daß also bei Marx die Worte von der Diktatur einer Klasse nicht im buchstäblichen Sinne zu verstehen seien (sondern in einem Sinne, bei dem die Diktatur nicht die revolutionäre Gewalt, sondern die „friedliche Eroberung der Mehrheit unter der bürgerlichen“ — wohlgemerkt — Demokratie bedeute).

Man muß halt den „Zustand“ von der „Regierungsform“ unterscheiden. Eine erstaunlich tiefsinnige Unterscheidung, ganz so, wie wenn wir den „Zustand“ der Dummheit eines Menschen, der unklug herumredet, von der „Form“ seiner Dummheiten unterscheiden wollten!

---

\* Sykophant: Verleumder, Denunziant. *Der Übers.*

Kautsky muß die Diktatur als „Zustand der Herrschaft“ auslegen (dieser Ausdruck wird von ihm schon auf der folgenden Seite 21 buchstäblich so gebraucht), denn dann *verschwindet die revolutionäre Gewalt, verschwindet die gewaltsame Revolution*. Der „Zustand der Herrschaft“ ist der Zustand, in dem sich eine beliebige Mehrheit unter der ... „Demokratie“ befindet. Mit Hilfe eines solchen betrügerischen Taschenspielerkunststücks *verschwindet glücklich die Revolution*.

Aber der Schwindel ist zu plump, und er rettet Kautsky nicht. Daß die Diktatur den „Zustand“ einer für die Renegaten unangenehmen *revolutionären Gewalt* einer Klasse über die andere voraussetzt und bedeutet, läßt sich beim besten Willen nicht verbergen. Die Unsinnigkeit der Unterscheidung zwischen „Zustand“ und „Regierungsform“ wird offensichtlich. Von einer Regierungsform zu reden, ist hier doppelt dumm, denn jedes Kind weiß, daß Monarchie und Republik verschiedene Regierungsformen sind. Herrn Kautsky muß man erst beweisen, daß diese *beiden* Regierungsformen, wie auch alle dazwischenliegenden ineinander übergehenden „Regierungsformen“ unter dem Kapitalismus, nur Spielarten des *bürgerlichen Staates*, d. h. der *Diktatur der Bourgeoisie* sind.

Von Regierungsformen zu sprechen, ist schließlich nicht nur eine dumme, sondern auch eine täppische Verfälschung von Marx, der hier klipp und klar von der Form oder dem Typus des *Staates* und nicht von der Form der Regierung spricht.

Die proletarische Revolution ist unmöglich ohne gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschinerie und ohne ihre Ersetzung durch eine *neue*, die nach den Worten von Engels „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr ist“.

Kautsky muß das alles verkleistern und umlügen — das erfordert sein Renegatenstandpunkt.

Man betrachte, zu welch kläglichen Ausflüchten er greift.

Erste Ausflucht: „Daß er (Marx) hier keine Regierungsform im Auge hatte, wird schon dadurch bezeugt, daß er der Ansicht war, in England und Amerika könne sich der Übergang friedlich, also auf demokratischem Wege vollziehen ...“

Die *Regierungsform* tut hier absolut nichts zur Sache, denn es gibt Monarchien, die für den bürgerlichen Staat nicht typisch sind, die sich beispielsweise durch das Fehlen eines stehenden Heeres auszeichnen, und es gibt Republiken, die durchaus typisch sind, z. B. solche mit stehendem Heer und Bürokratie. Das ist eine allbekannte geschichtliche und politische Tatsache, und Kautsky wird es nicht gelingen, sie zu verfälschen.

Wollte Kautsky ernsthaft und ehrlich argumentieren, so würde er sich fragen: gibt es historische Gesetze, die für die Revolutionen gelten und keine Ausnahmen kennen? Die Antwort würde lauten: nein, solche Gesetze gibt es nicht. Solche Gesetze haben nur das Typische im Auge, das, was Marx einmal als das „Ideale“ im Sinne eines durchschnittlichen, normalen, typischen Kapitalismus bezeichnet hat.

Weiter. Gab es in den siebziger Jahren irgend etwas, was England und Amerika *in dieser Beziehung* zu einer Ausnahme machte? Es ist für jeden, der auch nur einigermaßen mit den Erfordernissen der Wissenschaft in geschichtlichen Fragen vertraut ist, offensichtlich, daß diese Frage gestellt werden muß. Sie nicht stellen, heißt die Wissenschaft verfälschen, heißt mit Sophismen spielen. Stellt man aber diese Frage, so kann an der Antwort nicht gezweifelt werden: die revolutionäre Diktatur des Proletariats ist *Gewalt* gegenüber der Bourgeoisie; die Notwendigkeit dieser Gewalt wird eben, wie Marx und Engels aufs ausführlichste und wiederholt (besonders im „Bürgerkrieg in Frankreich“ und im Vorwort dazu) dargelegt haben, *insbesondere* durch das Vorhandensein des *stehenden Heeres* und der *Bürokratie* hervorgerufen. Gerade in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als Marx diese Bemerkung machte, waren gerade diese Institutionen gerade in England und Amerika *nicht vorhanden*. (Heute dagegen *bestehen* sie sowohl in England als auch in Amerika.)

Kautsky muß auf Schritt und Tritt buchstäblich schwindeln, um sein Renegatentum zu verbergen!

Und man beachte, wie er hier unversehens seine Eselsohren gezeigt hat. Er schrieb: „friedlich“, *d. h. auf demokratischem Wege!!*

Bei der Definition des Begriffes Diktatur bemühte sich Kautsky nach Kräften, vor dem Leser das Hauptmerkmal dieses Begriffes zu verbergen, nämlich: die revolutionäre *Gewalt*. Nun aber trat die Wahrheit zutage: es handelt sich um den Gegensatz zwischen *friedlicher* und *gewaltsamer Umwälzung*.

Hier liegt der Hund begraben. Alle Ausflüchte, Sophismen, betrügerische Fälschungen braucht Kautsky gerade, um über die *gewaltsame* Revolution *hinwegzureden*, um seine Verleugnung der Revolution, seinen Übergang auf die Seite der *liberalen* Arbeiterpolitik, d. h. auf die Seite der Bourgeoisie, zu verhüllen. Hier liegt der Hund begraben.

Der „Historiker“ Kautsky fälscht die Geschichte so schamlos, daß er das Grundlegende vergißt: der vormonopolistische Kapitalismus — dessen Höhepunkt gerade die siebziger Jahre des 19. Jahrhunderts waren — zeichnete sich infolge seiner grundlegenden *ökonomischen*

Eigenschaften, die in England und Amerika besonders typisch zum Ausdruck kamen, durch eine verhältnismäßig sehr große Friedens- und Freiheitsliebe aus. Der Imperialismus dagegen, d. h. der monopolistische Kapitalismus, der erst im 20. Jahrhundert seine volle Reife erlangt hat, zeichnet sich infolge seiner grundlegenden *ökonomischen* Eigenschaften durch eine sehr geringe Friedens- und Freiheitsliebe, und durch eine sehr große, überall zu verzeichnende Entwicklung des Militarismus aus. Das bei der Beurteilung, inwieweit eine friedliche oder eine gewaltsame Umwälzung typisch oder wahrscheinlich ist, „nicht bemerken“, heißt zu einem ganz alltäglichen Lakai der Bourgeoisie hinabsinken.

Zweite Ausflucht. Die Pariser Kommune war die Diktatur des Proletariats, wurde aber nach *allgemeinem* Stimmrecht, ohne daß der Bourgeoisie das Wahlrecht entzogen wurde, „*demokratisch*“ gewählt. Und Kautsky triumphiert: ... „Die Diktatur des Proletariats war ihm (Marx) ein Zustand, der bei überwiegendem Proletariat aus der reinen Demokratie notwendig hervorgeht.“ (S. 21.)

Dieses Argument Kautskys ist so ergötzlich, daß man wahrlich geradezu ein embarras des richesses empfindet (durch die Fülle der Einwendungen in eine schwierige Lage gerät). Erstens ist bekannt, daß die Blüte, der Stab, die Spitzen der Bourgeoisie aus Paris nach Versailles geflüchtet waren. In Versailles befand sich der „Sozialist“ Louis Blanc, was u. a. die Verlogenheit der Kautskyschen Behauptung beweist, daß an der Kommune „alle Richtungen“ des Sozialismus beteiligt gewesen seien. Ist es nicht lächerlich, die Trennung der Einwohner von Paris in zwei kämpfende Lager, von denen das eine die ganze kampfbereite, politisch aktive Bourgeoisie vereinigte, als „reine Demokratie“ mit „allgemeinem Stimmrecht“ hinzustellen?

Zweitens kämpfte die Kommune gegen Versailles als die Arbeiterregierung *Frankreichs* gegen die bürgerliche Regierung. Was sollen hier „reine Demokratie“ und „allgemeines Stimmrecht“, wenn Paris die Geschicke Frankreichs entschied? Als Marx fand, die Kommune habe einen Fehler begangen, als sie nicht von der ganz Frankreich gehörenden Bank Besitz ergriff, ist er da etwa von den Prinzipien und der Praxis der „reinen Demokratie“ ausgegangen?

Man sieht wahrhaftig, daß Kautsky in einem Lande schreibt, in dem die Polizei den Menschen verbietet, „gemeinschaftlich“ zu lachen, sonst wäre er durch Gelächter getötet worden.

Drittens. Ich gestatte mir ehrerbietigst, Herrn Kautsky, der die Schriften von Marx und Engels auswendig kennt, an die folgende

Einschätzung der Kommune durch Engels vom Standpunkt der ... „reinen Demokratie“ zu erinnern:

„Haben sie einmal eine Revolution gesehen, diese Herren“ (Antiautoritären)? „Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem andern Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten. Und hätte sich die Pariser Kommune nicht der Autorität eines bewaffneten Volkes gegen die Bourgeoisie bedient, hätte sie sich länger als einen Tag behauptet? Können wir sie nicht umgekehrt tadeln, daß sie sich zu wenig dieser Autorität bedient habe?“<sup>52</sup>

Da habt ihr die „reine Demokratie“! Wie hätte Engels den banalen Spießier und „Sozialdemokraten“ (der vierziger Jahre im französischen und der Jahre 1914—1918 im allgemein-europäischen Sinne) lächerlich gemacht, der auf den Gedanken verfallen wäre, in einer in Klassen gespaltenen Gesellschaft schlechthin von „reiner Demokratie“ zu reden!

Doch genug damit. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit, alle einzelnen Ungereimtheiten aufzuzählen, die Kautsky sich leistet, denn jeder seiner Sätze birgt einen bodenlosen Abgrund von Renegatentum.

Marx und Engels haben die Pariser Kommune aufs ausführlichste analysiert, haben gezeigt, daß der Versuch, die „fertige Staatsmaschine“ zu zerschlagen, zu zerbrechen, ihr Verdienst war. Marx und Engels hielten diese Schlußfolgerung für so wichtig, daß sie 1872 an dem (teilweise) „veralteten“ Programm des „Kommunistischen Manifestes“<sup>53</sup> nur diese Korrektur vornahmen. Marx und Engels haben gezeigt, daß die Kommune das Heer und das Beamtentum beseitigte, den *Parlamentarismus* vernichtete, den „Schmarotzerauswuchs Staat“ zerstörte usw., aber der neunmalweise Kautsky zieht die Schlafmütze über die Ohren und wiederholt, was die liberalen Professoren tausendmal erzählt haben, — die Märchen von der „reinen Demokratie“.

Nicht umsonst erklärte Rosa Luxemburg am 4. August 1914, daß die deutsche Sozialdemokratie jetzt ein *stinkender Leichnam* ist.

Die dritte Ausflucht ist die: „Wenn wir von der Diktatur als Regierungsform sprechen, so können wir nicht von der Diktatur einer Klasse sprechen. Denn eine Klasse kann, wie wir schon bemerkten, nur herrschen, nicht regieren...“ Regieren können nur „Organisationen“ oder „Parteien“.

Konfusion, heillose Konfusion, Herr „Konfusionsrat“! Die Diktatur ist keine „Regierungsform“, das ist lächerlicher Unsinn. Auch Marx spricht nicht von einer Regierungsform, sondern von der Form oder dem Typus des *Staates*. Das ist nicht dasselbe, absolut nicht



dasselbe. Es ist auch ganz und gar unrichtig, daß eine *Klasse* nicht regieren könne; solchen Unsinn konnte nur ein „parlamentarischer Kretin“ reden, der nichts sieht außer dem bürgerlichen Parlament, der nichts bemerkt außer den „regierenden Parteien“. Jedes beliebige europäische Land könnte Kautsky Beispiele der Regierung durch seine herrschende *Klasse* zeigen, z. B. durch die Grundherren im Mittelalter ungeachtet ihrer mangelhaften Organisiertheit.

Das Fazit. Kautsky hat den Begriff der Diktatur des Proletariats aufs unerhörteste entstellt und hat Marx in einen Dutzendliberalen verwandelt, d. h. er ist selbst auf dem Niveau eines Liberalen angelangt, der banale Phrasen über „reine Demokratie“ drischt, den Klasseninhalt der *bürgerlichen* Demokratie beschönigt und vertuscht und am meisten die *revolutionäre Gewalt* der unterdrückten Klasse fürchtet. Als Kautsky den Begriff der „revolutionären Diktatur des Proletariats“ so „auslegte“, daß die revolutionäre Gewalt der unterdrückten Klasse gegenüber den Unterdrückern verschwand, schlug er in der liberalen Entstellung Marxens den Weltrekord. Der Renegat Bernstein erwies sich als ein Waisenknabe im Vergleich zu dem Renegaten Kautsky.

## BÜRGERLICHE UND PROLETARISCHE DEMOKRATIE

Die von Kautsky heillos verwirrte Frage stellt sich in Wirklichkeit folgendermaßen dar:

Wenn man nicht den gesunden Menschenverstand und die Geschichte zum Gespött machen will, so ist klar, daß man nicht von „reiner Demokratie“ sprechen kann, solange verschiedene *Klassen* existieren, daß man da nur von *Klassendemokratie* sprechen kann. (In Parenthese bemerkt: „reine Demokratie“ ist nicht nur eine *von Unwissenheit zeugende* Phrase, die Verständnislosigkeit sowohl für den Klassenkampf als auch für das Wesen des Staates offenbart, sie ist auch eine dreifach hohle Phrase; denn in der kommunistischen Gesellschaft wird die Demokratie, indem sie sich umgestaltet und zur Gewohnheit wird, *absterben*, nie aber wird es eine „reine“ Demokratie geben.)

Die „reine Demokratie“ ist die verlogene Phrase eines Liberalen, der die Arbeiter zum Narren hält. Die Geschichte kennt die bürgerliche Demokratie, die den Feudalismus ablöst, und die proletarische Demokratie, die die bürgerliche ablöst.

Wenn Kautsky schier Dutzende von Seiten dem „Beweis“ jener

Wahrheit widmet, daß die bürgerliche Demokratie im Vergleich mit dem Mittelalter fortschrittlich ist und daß das Proletariat sie in seinem Kampf gegen die Bourgeoisie unbedingt ausnutzen muß, so ist das eben liberales Geschwätz, das die Arbeiter zum Narren hält. Nicht nur in dem gebildeten Deutschland, sondern auch in dem ungebildeten Rußland ist das ein Gemeinplatz. Kautsky streut den Arbeitern einfach „gelehrten“ Sand in die Augen, wenn er mit wichtiger Miene sowohl von Weitling als auch von den Jesuiten in Paraguay und von vielem anderen erzählt, um das *bürgerliche* Wesen der modernen, d. h. der *kapitalistischen Demokratie zu umgehen*.

Kautsky entnimmt dem Marxismus das, was für die Liberalen, für die Bourgeoisie annehmbar ist (die Kritik des Mittelalters, die fortschrittliche historische Rolle des Kapitalismus im allgemeinen und der kapitalistischen Demokratie im besonderen) und streicht, verschweigt und vertuscht vom Marxismus das, was für die Bourgeoisie *unannehmbar* ist (die revolutionäre Gewalt des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, um diese zu vernichten). Darum eben erweist sich Kautsky infolge seiner objektiven Stellung, wie immer auch seine subjektive Überzeugung sein mag, unvermeidlich als Lakai der Bourgeoisie.

Die bürgerliche Demokratie, die im Vergleich zum Mittelalter ein gewaltiger historischer Fortschritt ist, bleibt stets — und muß es unter dem Kapitalismus unbedingt bleiben — eng, beschränkt, unwahr, heuchlerisch, ein Paradies für die Reichen, ein Betrug und eine Falle für die Ausgebeuteten, für die Armen. Eben diese Wahrheit, die einen höchst wesentlichen Bestandteil der marxistischen Lehre bildet, hat der „Marxist“ Kautsky nicht begriffen. In dieser Frage, der Grundfrage, präsentiert Kautsky „Annehmlichkeiten“ für die Bourgeoisie, statt einer wissenschaftlichen Kritik jener Bedingungen, die jede bürgerliche Demokratie zu einer Demokratie für die Reichen machen.

Erinnern wir zunächst den hochgelehrten Herrn Kautsky an jene theoretischen Erklärungen von Marx und Engels, die unser Schriftgelehrter zu seiner Schande (der Bourgeoisie zuliebe) „vergessen“ hat, und dann werden wir die Sache möglichst populär erklären.

Nicht nur der antike und der Feudalstaat, auch „der moderne Repräsentativstaat ist Werkzeug der Ausbeutung der Lohnarbeit durch das Kapital“ (Engels in seinem Werk über den Staat). „Da nun der ‚Staat‘ doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom ‚freien Volksstaat‘ zu sprechen; solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht

es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen“ (Engels in einem Brief an Bebel vom 28. März 1875). „In Wirklichkeit aber ist der Staat nichts als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, und zwar in der demokratischen Republik nicht minder als in der Monarchie“ (Engels in der Einleitung zum „Bürgerkrieg in Frankreich“ von Marx). Das allgemeine Stimmrecht ist „der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. *Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat*“. (Engels in seinem Werk über den Staat<sup>54</sup>.) Herr Kautsky zerkaut höchst langweilig den für die Bourgeoisie annehmbaren ersten Teil dieses Satzes. Den zweiten, für die Bourgeoisie unannehmbaren Teil, den wir hervorgehoben haben, verschweigt dagegen der Renegat Kautsky!

„Die Kommune sollte nicht eine parlamentarische, sondern eine arbeitende Körperschaft sein, vollziehend und gesetzgebend zu gleicher Zeit ... Statt einmal in drei oder sechs Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament ver- und zertreten soll, sollte das allgemeine Stimmrecht dem in Kommunen konstituierten Volk dienen, wie das individuelle Stimmrecht jedem andern Arbeitgeber dazu dient, Arbeiter, Aufseher und Buchhalter in seinem Geschäft auszusuchen.“ (Marx in seinem Werk über die Pariser Kommune, „Der Bürgerkrieg in Frankreich“.)

Jeder dieser Sätze, die dem hochgelehrten Herrn Kautsky sehr gut bekannt sind, ist für ihn ein Schlag ins Gesicht, entlarvt sein ganzes Renegatentum. In der ganzen Broschüre Kautskys findet man nicht die Spur von Verständnis für diese Wahrheiten. Der ganze Inhalt seiner Schrift ist ein Hohn auf den Marxismus!

Man nehme die Grundgesetze der modernen Staaten, man nehme die Methode, mit der sie regiert werden, man nehme die Versammlungs- oder Preßfreiheit, man nehme die „Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz“ — und man wird auf Schritt und Tritt die jedem ehrlichen und klassenbewußten Arbeiter wohlbekannte Heuchelei der bürgerlichen Demokratie erblicken. Es gibt keinen einzigen Staat, und sei es auch der demokratischste, wo es in der Verfassung nicht Hintertürchen oder Klauseln gäbe, die der Bourgeoisie die Möglichkeit sichern, Militär gegen die Arbeiter einzusetzen, den Belagerungszustand zu verhängen u. a. m., „im Falle der Störung der Ordnung“, — in Wirklichkeit in dem Fall, wenn die ausgebeutete Klasse ihre Sklavenlage „stört“ und wenn sie versucht, sich nicht mehr sklavisch zu verhalten. Kautsky beschönigt schamlos die bürgerliche Demokratie, indem er verschweigt, was z. B. die demokratischsten und republikanischsten Bourgeois in Amerika oder der Schweiz gegen streikende Arbeiter unternehmen.

Oh, der weise und gelehrte Kautsky schweigt sich darüber aus! Er begreift nicht, dieser Gelehrte und Politiker, daß dieses Verschweigen eine Gemeinheit ist. Er zieht es vor, den Arbeitern Ammenmärchen zu erzählen, wie etwa, daß Demokratie „Schutz der Minoritäten“ bedeute. Unglaublich, aber wahr! Im Jahre 1918 nach Christi Geburt, im fünften Jahre des imperialistischen Weltgemetzels und des Abwürgens der internationalistischen Minderheiten (d. h. derjenigen, die den Sozialismus nicht niederträchtig verraten haben wie die Renaudel und Longuet, die Scheidemann und Kautsky, die Henderson und Webb u. a. m.) in allen „Demokratien der Welt“ stimmt der gelehrte Herr Kautsky mit süßer, honigsüßer Stimme ein Loblied auf den „Schutz der Minoritäten“ an. Wer Lust hat, kann das auf Seite 15 der Kautskyschen Broschüre nachlesen. Und auf Seite 16 erzählt euch dieser gelehrte Mann von den Whigs und Tories im 18. Jahrhundert in England!

Oh, diese Gelahrtheit! Oh, dieses raffinierte Lakaientum vor der Bourgeoisie! Oh, diese zivilisierte Manier, vor den Kapitalisten auf dem Bauche zu liegen und ihnen die Stiefel zu lecken! Wäre ich Krupp oder Scheidemann, Clemenceau oder Renaudel, ich würde Herrn Kautsky Millionen zahlen, würde ihn mit Judasküssen belohnen, ihn vor den Arbeitern herausstreichen und die „Einheit des Sozialismus“ mit so „ehrenwerten“ Leuten wie Kautsky empfehlen. Broschüren gegen die Diktatur des Proletariats schreiben, von den Whigs und Tories im 18. Jahrhundert in England erzählen, versichern, daß Demokratie den „Schutz der Minoritäten“ bedeute, und die Pogrome gegen die Internationalisten in der „demokratischen“ Republik Amerika verschweigen — sind das etwa keine Lakaiendienste für die Bourgeoisie?

Der gelehrte Herr Kautsky hat eine „Kleinigkeit“ „vergessen“ — wahrscheinlich zufällig vergessen —, nämlich: daß die herrschende Partei der bürgerlichen Demokratie den Schutz der Minderheit nur der anderen *bürgerlichen* Partei gewährt, während das Proletariat in jeder *ernsten, tiefgehenden, grundlegenden* Frage statt des „Schutzes der Minderheit“ Belagerungszustand oder Pogrome auszukosten bekommt. *Je entwickelter die Demokratie, desto näher rücken bei jeder tiefgehenden politischen Auseinandersetzung, die die Bourgeoisie gefährdet, Pogrome oder Bürgerkrieg.* Dieses „Gesetz“ der bürgerlichen Demokratie hätte der gelehrte Herr Kautsky an der Dreyfus-Affäre im republikanischen Frankreich, am Lynchen der Neger und Internationalisten in der demokratischen Republik Amerika, am Beispiel Irlands und Ulsters im demokratischen England, an der Hetze gegen die Bolshewiki und der Organisierung von Pogromen gegen sie im April 1917

in der demokratischen Republik Rußland beobachten können. Ich nehme absichtlich Beispiele nicht nur aus der Kriegszeit, sondern auch aus der Vorkriegszeit, der Zeit des Friedens. Dem salbungsvollen Herrn Kautsky beliebt es, vor diesen Tatsachen des 20. Jahrhunderts die Augen zu schließen und dafür den Arbeitern wunderbar neue, höchst interessante, außergewöhnlich lehrreiche, unglaublich wichtige Dinge von den Whigs und Tories aus dem 18. Jahrhundert zu erzählen.

Nehmen wir das bürgerliche Parlament. Ist es denkbar, daß der gelehrte Kautsky nie davon gehört hat, wie Börse und Bankiers sich die bürgerlichen Parlamente *um so vollständiger* unterwerfen, *je stärker* die Demokratie entwickelt ist? Daraus folgt nicht, daß man den bürgerlichen Parlamentarismus nicht ausnutzen soll (und die Bolschewiki haben ihn so erfolgreich ausgenutzt wie kaum eine andere Partei in der Welt, denn in den Jahren 1912 bis 1914 haben wir die ganze Arbeiterkurie der IV. Duma erobert). Daraus folgt aber, daß nur ein Liberaler die *historische Beschränktheit und Bedingtheit* des bürgerlichen Parlamentarismus vergessen kann, wie Kautsky das vergißt. Auf Schritt und Tritt stoßen die unterdrückten Massen auch im demokratischsten bürgerlichen Staat auf den schreienden Widerspruch zwischen der *formalen Gleichheit*, die die „Demokratie“ der Kapitalisten proklamiert, und den Tausenden tatsächlicher Begrenzungen und Komplikationen, die die Proletarier zu *Lohnsklaven* machen. Gerade dieser Widerspruch öffnet den Massen die Augen über die Fäulnis, Verlogenheit und Heuchelei des Kapitalismus. Gerade diesen Widerspruch pflegen die Agitatoren und Propagandisten des Sozialismus ständig vor den Massen zu entlarven, *um sie vorzubereiten* für die Revolution! Als jedoch die Ära der Revolution anbrach, da kehrte Kautsky ihr den Hintern zu und begann ein Loblied auf die Herrlichkeiten der sterbenden bürgerlichen Demokratie anzustimmen.

Die proletarische Demokratie, deren eine Form die Sowjetmacht ist, hat gerade für die gigantische Mehrheit der Bevölkerung, für die Ausgebeuteten und Werktätigen, eine in der Welt noch nie dagewesene Entwicklung und Erweiterung der Demokratie gebracht. Ein ganzes Buch über die Demokratie schreiben, wie das Kautsky getan hat, der auf zwei Seiten von der Diktatur und auf Dutzenden von Seiten von der „reinen Demokratie“ redet, — und das *nicht bemerken*, heißt die Sache nach liberaler Art völlig verzerren.

Nehmen wir die Außenpolitik. In keinem einzigen, selbst nicht in dem demokratischsten bürgerlichen Lande wird sie offen geführt. Überall werden die Massen getäuscht, im demokratischen Frankreich, in der Schweiz, in Amerika, in England hundertmal mehr und raffi-

nierter als in den anderen Ländern. Die Sowjetmacht hat auf revolutionäre Weise den Schleier des Geheimnisses von der Außenpolitik gerissen. Kautsky hat das nicht bemerkt, er schweigt darüber, obwohl das in der Epoche der Raubkriege und der Geheimverträge über die „Aufteilung der Einflußsphären“ (d. h. über die Aufteilung der Welt unter die kapitalistischen Räuber) von grundlegender Bedeutung ist, denn davon hängt die Frage des Friedens ab, eine Frage von Tod und Leben für Dutzende Millionen Menschen.

Nehmen wir die Staatsordnung. Kautsky klammert sich an „Kleinigkeiten“, sogar daran, daß die Wahlen (nach der Sowjetverfassung) „indirekt“ sind, sieht aber das Wesen der Sache nicht. Den Klassencharakter des Staatsapparates, der Staatsmaschine bemerkt er nicht. In der bürgerlichen Demokratie werden die Massen durch Tausende von Kniffen der Kapitalisten, die um so geschickter sind und um so sicherer wirken, je entwickelter die „reine“ Demokratie ist, von der Teilnahme an der Regierung, von der Versammlungs- und Preßfreiheit usw. *abgedrängt*. Die Sowjetmacht ist die *erste* Macht in der Welt (streng genommen die zweite, denn die Pariser Kommune hatte dasselbe zu tun begonnen), die die Massen, gerade die *ausgebeuteten* Massen, zur Regierung *heranzieht*. Die Teilnahme am bürgerlichen Parlament (das *nie* sehr wichtige Fragen in der bürgerlichen Demokratie *entscheidet*: die werden von der Börse, den Banken entschieden) ist den werktätigen Massen durch tausende Hindernisse *versperrt*, und die Arbeiter wissen und empfinden, sehen und fühlen ausgezeichnet, daß das bürgerliche Parlament eine *fremde* Einrichtung ist, ein *Werkzeug* zur *Unterdrückung* der Proletarier durch die Bourgeoisie, eine Einrichtung der feindlichen Klasse, der ausbeutenden Minderheit.

Die Sowjets sind die unmittelbare Organisation der werktätigen und ausgebeuteten Massen selbst, die es ihnen *erleichtert*, den Staat selbst einzurichten und in jeder nur möglichen Weise zu leiten. Gerade die Avantgarde der Werktätigen und Ausgebeuteten, das städtische Proletariat, erhält hierbei den Vorzug, da es durch die Großbetriebe am besten vereinigt ist; ihm ist es am leichtesten, zu wählen und die Wahlen zu kontrollieren. Die Sowjetorganisation *erleichtert* automatisch den Zusammenschluß aller Werktätigen und Ausgebeuteten um ihre Avantgarde, um das Proletariat. Der alte bürgerliche Apparat — das Beamtentum, die Privilegien des Reichtums, der bürgerlichen Bildung, der Beziehungen usw. (diese tatsächlichen Privilegien sind um so mannigfaltiger, je entwickelter die bürgerliche Demokratie ist) — all das fällt bei der Sowjetorganisation fort. Die Freiheit der Presse hört auf, eine Heuchelei zu sein, denn die Druckereien und das Papier werden der

Bourgeoisie weggenommen. Das gleiche geschieht mit den besten Gebäuden, Palästen, Villen, Herrnsitzen. Die Sowjetmacht hat Tausende und aber Tausende dieser besten Gebäude den Ausbeutern sofort weggenommen und hat dadurch das Versammlungsrecht für die Massen, jenes Versammlungsrecht, ohne das die Demokratie ein Schwindel ist, millionenmal „demokratischer“ gemacht. Die indirekten Wahlen zu den nichtlokalen Sowjets erleichtern das Zustandekommen der Sowjetkongresse, machen den *gesamten* Apparat billiger, beweglicher und für die Arbeiter und Bauern zugänglicher, und das in einer Zeit, wo das Leben brodeln und es erforderlich ist, besonders schnell die Möglichkeit zu haben, einen örtlichen Abgeordneten abzurufen oder ihn zum allgemeinen Sowjetkongreß zu entsenden.

Die proletarische Demokratie ist millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie; die Sowjetmacht ist millionenfach demokratischer als die demokratischste bürgerliche Republik.

Das nicht bemerken konnte nur ein bewußter Diener der Bourgeoisie oder ein Mensch, der politisch völlig abgestorben ist, der hinter den staubbedeckten bürgerlichen Büchern das lebendige Leben nicht sieht, der durch und durch von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen durchtränkt ist und der sich daher objektiv in einen Lakaien der Bourgeoisie verwandelt.

Das übersehen konnte nur ein Mensch, der unfähig ist, *die Frage* vom Standpunkt der *unterdrückten* Klassen zu stellen.

Gibt es unter den demokratischsten bürgerlichen Ländern auch nur ein Land in der Welt, in dem der *durchschnittliche* Arbeiter aus der Masse, der durchschnittliche *Landarbeiter* aus der Masse oder überhaupt der Halbproletarier aus dem Dorfe (d. h. der Vertreter der unterdrückten Masse, der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung) auch nur annähernd eine solche *Freiheit* genießt, Versammlungen in den besten Gebäuden abzuhalten, eine solche *Freiheit*, zur Äußerung seiner Ideen, zur Verteidigung seiner Interessen die größten Druckereien und die besten Papiervorräte zu besitzen, eine solche *Freiheit*, gerade Menschen seiner Klasse mit der Leitung und „Einrichtung“ des Staates zu betrauen, wie in Sowjetrußland?

Es wäre lächerlich, auch nur anzunehmen, daß Herr Kautsky in einem beliebigen Lande unter tausend unterrichteten Arbeitern und Landarbeitern auch nur *einen* fände, der bei Beantwortung dieser Frage im Zweifel sein würde. Instinktiv sympathisieren die Arbeiter der ganzen Welt, die aus den bürgerlichen Zeitungen Bruchteile der Wahrheit erfahren, mit der Sowjetrepublik gerade deshalb, weil sie in ihr die *proletarische* Demokratie, eine *Demokratie für die Armen* sehen,

und nicht eine Demokratie für die Reichen, wie es jede, auch die beste bürgerliche Demokratie in Wirklichkeit ist.

Wir werden regiert (und unser Staat wird „ingerichtet“) von bürgerlichen Beamten, bürgerlichen Parlamentariern, bürgerlichen Richtern. Das ist die einfache, offensichtliche, unbestreitbare Wahrheit, die Millionen und aber Millionen Menschen der unterdrückten Klassen in allen bürgerlichen Ländern, auch in den allerdemokratischsten, aus eigener Lebenserfahrung kennen, die sie täglich zu fühlen und zu spüren bekommen.

In Rußland aber wurde der Beamtenapparat vollständig zertrümmert, kein Stein wurde hier auf dem anderen gelassen, alle alten Richter wurden vertrieben, das bürgerliche Parlament auseinandergejagt — und gerade den Arbeitern und Bauern eine *viel zugänglichere* Vertretung gegeben, durch *ihre* Sowjets wurden die Beamten ersetzt oder *ihre* Sowjets wurden über die Beamten gesetzt, *ihre* Sowjets wurden zu Wählern der Richter. Diese Tatsache allein genügt, damit alle unterdrückten Klassen anerkannten, daß die Sowjetmacht, d. h. die gegebene Form der Diktatur des Proletariats, millionenfach demokratischer ist als die demokratischste bürgerliche Republik.

Kautsky versteht diese jedem Arbeiter verständliche und offensichtliche Wahrheit nicht, denn er hat „vergessen“, hat „verlernt“ zu fragen: Demokratie *für welche Klasse?* Er urteilt vom Standpunkt der „reinen“ (d. h. klassenlosen? oder außerhalb der Klassen stehenden?) Demokratie. Er argumentiert wie Shylock: „Nur ein Pfund Fleisch“, nichts weiter. Gleichheit aller Bürger — sonst gibt es keine Demokratie.

Man muß den Gelehrten Kautsky, den „Marxisten“ und „Sozialisten“ Kautsky fragen:

Kann es Gleichheit zwischen dem Ausgebeuteten und dem Ausbeuter geben?

Es ist ungeheuerlich, es ist unglaublich, daß man bei Besprechung eines Buches des ideologischen Führers der II. Internationale eine solche Frage stellen muß. Aber: „Wer A sagt, muß auch B sagen“. Man hat es einmal übernommen, über Kautsky zu schreiben, — erkläre man dem gelehrten Mann, weshalb es keine Gleichheit zwischen Ausbeuter und Ausgebeutetem geben kann.



## KANN ES GLEICHHEIT ZWISCHEN AUSGEBEUTETEM UND AUSBEUTER GEBEN?

Kautsky argumentiert folgendermaßen:

(1) „Die Ausbeuter bildeten stets nur eine kleine Minderheit der Bevölkerung.“ (S. 14 der Kautskyschen Broschüre.)

Das ist eine unbestreitbare Wahrheit. Wie muß man nun, von dieser Wahrheit ausgehend, argumentieren? Man kann als Marxist, als Sozialist argumentieren; dann muß man das Verhältnis zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern zugrunde legen. Man kann als Liberaler, als bürgerlicher Demokrat argumentieren; dann muß man das Verhältnis zwischen Mehrheit und Minderheit zugrunde legen.

Argumentiert man als Marxist, so muß man sagen: die Ausbeuter verwandeln den Staat (und die Rede ist von der Demokratie, d. h. von einer der Staatsformen) unweigerlich in ein Werkzeug der Herrschaft ihrer Klasse, der Ausbeuter, über die Ausgebeuteten. Darum wird auch der demokratische Staat, solange es Ausbeuter gibt, die über die ausgebeutete Mehrheit herrschen, unvermeidlich eine Demokratie für die Ausbeuter sein. Der Staat der Ausgebeuteten muß sich von einem solchen Staat von Grund aus unterscheiden, muß eine Demokratie für die Ausgebeuteten und *Unterdrückung der Ausbeuter* sein, die Unterdrückung einer Klasse bedeutet aber die Nicht-Gleichberechtigung dieser Klasse, ihre Ausschaltung aus der „Demokratie“.

Argumentiert man als Liberaler, so wird man sagen müssen: die Mehrheit entscheidet, die Minderheit fügt sich. Wer sich nicht fügt, wird bestraft. Das ist alles. Über irgendeinen Klassencharakter des Staates im allgemeinen und der „reinen Demokratie“ im besonderen zu sprechen, ist überflüssig; das gehört nicht zur Sache, denn Mehrheit ist Mehrheit und Minderheit ist Minderheit: Ein Pfund Fleisch ist ein Pfund Fleisch und damit basta.

Genau so argumentiert Kautsky.

(2) „Aus welchen Gründen soll nun die Herrschaft des Proletariats eine Form annehmen und annehmen müssen, die unvereinbar ist mit der Demokratie?“ (S. 21.) Es folgt die Erläuterung, daß das Proletariat die Mehrheit auf seiner Seite habe, eine sehr umständliche und wortreiche Erläuterung, sowohl mit einem Zitat aus Marx als auch mit Wahlziffern der Pariser Kommune. Schlußfolgerung: „Ein Regime, das so sehr in den Massen wurzelt, hat nicht die mindeste Veranlassung, die Demokratie anzutasten. Es wird sich nicht immer von Gewalttätigkeiten frei halten können in Fällen, wenn Gewalttat geübt wird, um die Demokratie zu unterdrücken. Der Gewalt kann man nur mit

Gewalt begegnen. Aber ein Regime, das die Massen hinter sich weiß, wird die Gewalt nur anwenden, um die Demokratie zu *schützen*, und nicht, um sie *aufzuheben*. Es würde geradezu Selbstmord üben, wollte es seine sicherste Grundlage beseitigen, das allgemeine Stimmrecht, eine starke Quelle gewaltiger moralischer Autorität.“ (S. 22.)

Man sieht, das Verhältnis zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern ist aus der Argumentation Kautskys verschwunden. Geblieben ist nur eine Mehrheit überhaupt, eine Minderheit überhaupt, eine Demokratie überhaupt, die uns bereits bekannte „reine Demokratie“.

Wohlgemerkt, das wird *im Zusammenhang mit der Pariser Kommune* gesagt! Zitieren wir doch der Anschaulichkeit halber, was Marx und Engels *im Zusammenhang mit der Kommune* über die Diktatur gesagt haben:

*Marx*: „...Wenn die Arbeiter an Stelle der Diktatur der Bourgeoisie ihre revolutionäre Diktatur setzen, ... um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen, geben sie dem Staat eine revolutionäre und vorübergehende Form ...“

*Engels*: „... Die Partei, die (in der Revolution) gesiegt hat, muß ihre Herrschaft durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionären einflößen, behaupten. Und hätte sich die Pariser Kommune nicht der Autorität eines bewaffneten Volkes gegen die Bourgeoisie bedient, hätte sie sich länger als einen Tag behauptet? Können wir sie nicht umgekehrt tadeln, daß sie sich zu wenig dieser Autorität bedient habe?“

*Derselbe*: „... Da nun der ‚Staat‘ doch nur eine vorübergehende Einrichtung ist, deren man sich im Kampfe, in der Revolution bedient, um seinen Gegner gewaltsam niederzuhalten, so ist es purer Unsinn, vom ‚freien Volksstaat‘ zu sprechen: solange das Proletariat den Staat noch *gebraucht*, gebraucht es ihn nicht im Interesse der Freiheit, sondern der Niederhaltung seiner Gegner, und sobald von der Freiheit die Rede sein kann, hört der Staat als solcher auf zu bestehen.“

Zwischen Kautsky und Marx und Engels ist ein Abstand wie zwischen Himmel und Erde, wie zwischen einem Liberalen und einem proletarischen Revolutionär. Die reine Demokratie sowie einfach die „Demokratie“, von der Kautsky spricht, ist lediglich eine Neuauflage desselben „freien Volksstaates“, d. h. *pur*er Unsinn. Kautsky fragt mit der Gelehrtheit eines höchst gelehrten Studierstubendummkopfes oder mit der Einfalt eines zehnjährigen Mädchens: wozu wäre wohl eine Diktatur notwendig, wenn es eine Mehrheit gibt? Marx und Engels erklären es:

- — dazu, um den Widerstand der Bourgeoisie zu brechen,
- — dazu, um den Reaktionären Furcht einzuflößen,
- — dazu, um die Autorität des bewaffneten Volkes gegenüber der Bourgeoisie zu behaupten,
- — dazu, daß das Proletariat seine Gegner gewaltsam niederhalten könne.

Kautsky begreift diese Erläuterungen nicht. Da er in die „Reinheit“ der Demokratie verliebt ist und ihren bürgerlichen Charakter nicht sieht, besteht er „konsequent“ darauf, daß die Mehrheit, da sie einmal Mehrheit ist, den „Widerstand“ der Minderheit nicht zu „brechen“, ihn nicht „gewaltsam niederzuhalten“ brauche, — es genüge, die Fälle von Verletzungen der Demokratie zu unterdrücken. Der in die „Reinheit“ der Demokratie verliebte Kautsky begeht *unversehens* denselben kleinen Fehler, den stets alle bürgerlichen Demokraten machen: er hält nämlich die formale Gleichheit (die unter dem Kapitalismus durch und durch verlogen und heuchlerisch ist) für eine tatsächliche! Eine Bagatelle!

Der Ausbeuter kann nicht dem Ausgebeuteten gleich sein.

Diese Wahrheit, wie unangenehm sie Kautsky auch sein mag, bildet den Wesensinhalt des Sozialismus.

Eine andere Wahrheit: eine wirkliche, tatsächliche Gleichheit kann es nicht geben, solange nicht jede Möglichkeit der Ausbeutung einer Klasse durch eine andere völlig beseitigt ist.

Die Ausbeuter kann man bei einem gelungenen Aufstand im Zentrum oder bei einer Empörung des Heeres mit einem Male niederschlagen. Aber abgesehen vielleicht von ganz seltenen und besonderen Fällen kann man die Ausbeuter nicht mit einem Male vernichten. Man kann nicht alle Gutsbesitzer und Kapitalisten eines halbwegs größeren Landes auf einmal expropriieren. Ferner, die Expropriation allein, als juristischer oder politischer Akt, entscheidet bei weitem nicht die Sache, denn es ist notwendig, die Gutsbesitzer und Kapitalisten tatsächlich *abzusetzen* und sie tatsächlich durch eine andere, von Arbeitern ausgeübte Verwaltung der Fabriken und Güter zu *ersetzen*. Es kann keine Gleichheit geben zwischen den Ausbeutern, die im Laufe vieler Generationen sowohl durch Bildung als auch durch die Bedingungen eines reichen Lebens sowie durch Routine eine Sonderstellung einnahmen, und den Ausgebeuteten, deren Masse selbst in den fortgeschrittensten und demokratischsten bürgerlichen Republiken geduckt, unwissend, ungebildet, verängstigt, zersplittert ist. Die Ausbeuter behalten noch lange Zeit nach dem Umsturz unvermeidlich eine Reihe gewaltiger tatsächlicher Vorteile: es bleibt ihnen das Geld (die sofortige Abschaffung des Geldes ist unmöglich), es bleiben ihnen gewisse, oft bedeutende Mobilien, die Beziehungen, die Routine der Organisation und Verwaltung, die Kenntnis aller „Geheimnisse“ (Gebräuche, Methoden, Mittel, Möglichkeiten) der Verwaltung, es bleibt ihnen die höhere Bildung, die nahe Fühlung mit dem (bürgerlich lebenden und denkenden) höheren technischen Personal, es bleibt ihnen die unvergleichlich

größere Routine im Militärwesen (das ist sehr wichtig) und so weiter und so weiter.

Wenn die Ausbeuter nur in einem Lande geschlagen sind — und das ist natürlich der typische Fall, denn eine gleichzeitige Revolution in einer Reihe von Ländern ist eine seltene Ausnahme —, so bleiben sie *doch stärker* als die Ausgebeuteten, denn die internationalen Verbindungen der Ausbeuter sind außerordentlich groß. Daß ein Teil der ausgebeuteten oder am wenigsten entwickelten Massen der mittleren Bauernschaft, der Handwerker u. a. m. den Ausbeutern Gefolgschaft leistet und fähig ist, ihnen Gefolgschaft zu leisten — das haben bisher *alle* Revolutionen, einschließlich der Kommune, gezeigt (denn unter den Versailler Truppen gab es auch Proletarier, was der höchst gelehrte Kautsky „vergessen“ hat).

Bei einer solchen Sachlage anzunehmen, daß bei einer auch nur einigermaßen tiefgehenden und ernstesten Revolution die Dinge ganz einfach durch das Verhältnis von Mehrheit und Minderheit entschieden werden, ist der größte Stumpfsinn, ist das höchst einfältige Vorurteil eines Dutzendliberalen, ist ein *Betrug an den Massen*, eine Verheimlichung der offenkundigen geschichtlichen Wahrheit vor ihnen. Diese geschichtliche Wahrheit besteht darin, daß in jeder tiefgehenden Revolution ein *langer, hartnäckiger, verzweifelter* Widerstand der Ausbeuter, die im Laufe einer Reihe von Jahren große, tatsächliche Vorteile gegenüber den Ausgebeuteten bewahren, die *Regel* ist. Niemals — es sei denn in der biedereren Phantasie des biedereren Narren Kautsky — werden sich die Ausbeuter den Beschlüssen der Mehrheit der Ausgebeuteten unterwerfen, ohne im letzten, verzweifelten Kampf, in einer Reihe von Kämpfen ihre Vorteile erprobt zu haben.

Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze geschichtliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration, und diese *Hoffnung* verwandelt sich in *Versuche* der Restauration. Und nach der ersten ernstesten Niederlage werfen sich die gestürzten Ausbeuter, die ihren Sturz nicht erwartet, an ihn nicht geglaubt, keinen Gedanken an ihn zugelassen haben, mit verzehnfachter Energie, mit rasender Leidenschaft, mit hundertfachem Haß in den Kampf für die Wiedererlangung des ihnen weggenommenen „Paradieses“, für ihre Familien, die ein so schönes Leben geführt haben und die jetzt von dem „gemeinen Pack“ zu Ruin und Elend (oder zu „einfacher“ Arbeit...) verurteilt werden. Und hinter den kapitalistischen Ausbeutern trottet die breite Masse des Kleinbürgertums einher, von dem Jahrzehnte geschichtlicher Erfahrungen in allen Ländern bezeugen, daß es schwankt und wankt,

daß es heute dem Proletariat folgt, morgen vor den Schwierigkeiten der Umwälzung zurückschreckt, bei der ersten Niederlage oder halben Niederlage der Arbeiter in Panik gerät, die Nerven verliert, sich hin und her wirft, flennt, aus einem Lager in das andere überläuft ... wie unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre.

Und bei einer solchen Sachlage, in der Epoche des verzweifelten, verschärften Kampfes, da die Geschichte Fragen des Seins oder Nichtseins jahrhunderte- und jahrtausendealter Privilegien auf die Tagesordnung setzt, von Mehrheit und Minderheit, von reiner Demokratie, von der Entbehrlichkeit der Diktatur, von Gleichheit des Ausbeuters mit dem Ausgebeuteten zu reden — Welch bodenlose Borniertheit, welcher Abgrund von Philistertum gehört dazu!

Doch die Jahrzehnte eines relativ „friedlichen“ Kapitalismus, 1871—1914, schufen in den sich dem Opportunismus anpassenden sozialistischen Parteien Augiasställe des Philistertums, der Engstirnigkeit, des Renegatentums ...

\* \* \*

Der Leser wird wahrscheinlich bemerkt haben, daß Kautsky in dem oben angeführten Zitat aus seinem Buch von einem Anschlag auf das allgemeine Wahlrecht spricht (das er — in Parenthese bemerkt — als starke Quelle gewaltiger moralischer Autorität bezeichnet, während Engels anlässlich derselben Pariser Kommune und anlässlich derselben Frage über die Diktatur von der Autorität des bewaffneten Volkes gegenüber der Bourgeoisie spricht; charakteristisch ist ein Vergleich der Ansicht des Philisters und der des Revolutionärs über „Autorität“ ...).

Man muß beachten, daß die Frage der Entziehung des Wahlrechts für die Ausbeuter eine *rein russische* Frage und nicht eine Frage der Diktatur des Proletariats überhaupt ist. Hätte Kautsky ohne zu heucheln seine Broschüre betitelt: „Gegen die Bolschewiki“, so entspräche dieser Titel dem Inhalt der Broschüre, und Kautsky wäre dann berechtigt gewesen, direkt vom Wahlrecht zu sprechen. Aber Kautsky wollte vor allem als „Theoretiker“ auftreten. Er betitelte seine Broschüre „Die Diktatur des Proletariats“ *schlechthin*. Er spricht über die Sowjets und über Rußland speziell lediglich im zweiten Teil der Broschüre, vom fünften Abschnitt an. Im ersten Teil dagegen (dem ich auch das Zitat entnommen habe) ist die Rede von *Demokratie* und *Diktatur* im *allgemeinen*. Dadurch, daß Kautsky anfang, vom Wahlrecht zu sprechen, *verriet er sich* selbst als Polemiker gegen die Bolschewiki, *dem die Theorie keinen Pfifferling wert ist*. Denn die Theorie, d. h. die Erörterungen über die allgemeinen (nicht die beson-

deren nationalen) Klassengrundlagen der Demokratie und der Diktatur, hat nicht über eine Sonderfrage zu sprechen wie etwa über das Wahlrecht, sondern über die allgemeine Frage: kann in der geschichtlichen Periode des Sturzes der Ausbeuter und der Ersetzung ihres Staates durch den Staat der Ausgebeuteten die Demokratie *auch für die Reichen, auch für die Ausbeuter gewahrt bleiben?*

So und nur so darf der Theoretiker die Frage stellen.

Wir kennen das Beispiel der Kommune, wir kennen alle Erörterungen der Begründer des Marxismus aus Anlaß der Kommune und im Zusammenhang mit ihr. Auf Grund dieses Materials habe ich z. B. die Frage der Demokratie und der Diktatur in meiner Schrift „Staat und Revolution“, die noch vor der Oktoberrevolution geschrieben wurde, analysiert. Von einer Beschränkung des Wahlrechts *habe ich kein Wort gesagt*. Auch jetzt muß man sagen, daß die Frage der Beschränkung des Wahlrechts eine nationale Sonderfrage und keine allgemeine Frage der Diktatur ist. An die Frage der Beschränkung des Wahlrechts muß man in der Weise herangehen, daß man die *besonderen Bedingungen* der russischen Revolution, den *besonderen Weg* ihrer Entwicklung studiert. In den weiteren Darlegungen wird das auch geschehen. Es wäre jedoch ein Fehler, im voraus zu garantieren, daß die kommenden proletarischen Revolutionen in Europa alle, oder in ihrer Mehrzahl, unbedingt eine Beschränkung des Wahlrechts für die Bourgeoisie bringen werden. Es kann so kommen. Nach dem Krieg und nach der Erfahrung der russischen Revolution wird es wahrscheinlich so kommen, aber das ist für die Verwirklichung der Diktatur *nicht obligatorisch*, ist kein *notwendiges* Merkmal des logischen Begriffs der Diktatur, gehört nicht als *unerläßliche* Bedingung zum historischen und zum Klassenbegriff der Diktatur.

Das notwendige Merkmal, die unerläßliche Bedingung der Diktatur ist die *gewaltsame* Niederhaltung der Ausbeuter als *Klasse* und folglich eine *Verletzung* der „reinen Demokratie“, d. h. der Gleichheit und Freiheit, *gegenüber* dieser *Klasse*.

So und nur so kann die Frage theoretisch gestellt werden. Und dadurch, daß Kautsky die Frage nicht so stellte, hat er bewiesen, daß er gegen die Bolschewiki nicht als Theoretiker, sondern als Sykophant der Opportunisten und der Bourgeoisie auftritt.

In welchen Ländern, bei welchen nationalen Besonderheiten dieses oder jenes Kapitalismus die eine oder die andere Beschränkung, diese oder jene Verletzung der Demokratie gegenüber den Ausbeutern (ausschließlich oder vorwiegend) angewandt werden wird, — das ist eine Frage der nationalen Besonderheiten dieses oder jenes Kapitalismus,

dieser oder jener Revolution. Theoretisch steht die Frage anders, sie steht so: ist die Diktatur des Proletariats *ohne Verletzung der Demokratie* gegenüber der Klasse der *Ausbeuter* möglich?

Kautsky hat gerade diese Frage, die theoretisch *allein* wichtige und wesentliche Frage, umgangen. Kautsky hat alle möglichen Zitate aus Marx und Engels angeführt, *mit Ausnahme jener*, die sich auf die gegebene Frage beziehen und die von mir oben angeführt worden sind.

Kautsky hat sich über alles mögliche ausgelassen, über alles, was für liberale und bürgerliche Demokraten annehmbar ist, was über ihren Ideenkreis nicht hinausgeht — nur nicht über die Hauptsache, nur nicht darüber, daß das Proletariat nicht siegen kann, *ohne den Widerstand* der Bourgeoisie *gebrochen*, *ohne seine Gegner gewaltsam niedergerungen zu haben*, und daß dort, wo es ein „gewaltsames Niederhalten“ gibt, wo es keine „Freiheit“ gibt, es *selbstverständlich keine Demokratie gibt*.

Das hat Kautsky nicht begriffen.

\* \* \*

Gehen wir zu den Erfahrungen der russischen Revolution und zu jenen Differenzen zwischen den Sowjets und der Konstituante über, die (jene Differenzen) dazu geführt haben, daß die Konstituante aufgelöst und der Bourgeoisie das Wahlrecht entzogen wurde.

## DIE SOWJETS SOLLEN NICHT WAGEN, SICH IN STAATSORGANISATIONEN ZU VERWANDELN

Die Sowjets sind die russische Form der Diktatur des Proletariats. Hätte ein marxistischer Theoretiker, der eine Arbeit über die Diktatur des Proletariats schreibt, diese Erscheinung wirklich studiert (und nicht die kleinbürgerlichen Lamentationen gegen die Diktatur wiederholt, wie Kautsky es tut, der die Melodien der Menschewiki nachsingt), so würde ein solcher Theoretiker eine allgemeine Definition der Diktatur geben und dann ihre besondere nationale Form, die Sowjets, prüfen, eine Kritik der Sowjets als einer Form der Diktatur des Proletariats geben.

Es ist begreiflich, daß von Kautsky, nach seiner liberalen „Bearbeitung“ der Marxschen Lehre von der Diktatur, irgend etwas Ernstes nicht zu erwarten ist. Es ist aber höchst charakteristisch zu betrachten,

wie er an die Frage, was die Sowjets seien, herangetreten, und wie er mit dieser Frage fertig geworden ist.

Indem er sich der Entstehung der Sowjets im Jahre 1905 erinnert, schreibt er: „Die Räte haben eine Form proletarischer Organisation geschaffen, die umfassendste von allen, weil sie alle Lohnarbeiter in sich begriff.“ (S. 31.) Im Jahre 1905 waren sie nur örtliche Körperschaften, 1917 wurden sie eine allrussische Organisation.

„Heute schon“, fährt Kautsky fort, „kann die Sowjetorganisation auf eine große und ruhmreiche Geschichte zurückblicken. Und eine noch gewaltigere steht ihr bevor, und zwar nicht in Rußland allein. Überall stellt es sich heraus, daß gegenüber den riesenhaften Kräften, über die das Finanzkapital ökonomisch und politisch verfügt, die bisherigen Methoden ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats versagen. Sie sind nicht aufzugeben, sie bleiben unerläßlich für normale Zeiten, werden aber zeitweise vor Aufgaben gestellt, denen sie nicht genügen können, wo nur eine Zusammenfassung aller politischen und ökonomischen Machtmittel der Arbeiterklasse Erfolg verspricht.“ (S. 31/32.)

Es folgen Erörterungen über den Massenstreik und darüber, daß die „Gewerkschaftsbürokratie“, wenn auch ebenso unentbehrlich wie die Gewerkschaften, doch „nicht taugt für die Leitung jener gewaltigen Klassenkämpfe, die immer mehr die Signatur der Zeit werden ...“

„... Die Sowjetorganisation ist also“, folgert Kautsky, „eine der wichtigsten Erscheinungen unserer Zeit. Sie verspricht in den großen Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit, denen wir entgegengehen, von ausschlaggebender Bedeutung zu werden.“

Dürfen wir aber von den Sowjets noch mehr verlangen? Die Bolschewiki, die mit den linken Sozialrevolutionären in den russischen Arbeiterräten nach der Novemberrevolution von 1917 die Mehrheit erlangten, gingen nach der Sprengung der Konstituante daran, aus dem Sowjet, der bis dahin die *Kampforganisation* einer Klasse gewesen war, die *Staatsorganisation* zu machen. Sie hoben die Demokratie auf, die das russische Volk in der Märzrevolution erobert hatte. Dementsprechend hörten die Bolschewiki auf, sich *Sozialdemokraten* zu nennen. Sie bezeichnen sich als *Kommunisten*.“ (S. 32/33. Hervorhebungen von Kautsky.)

Wer die russische menschevistische Literatur kennt, sieht sofort, wie sklavisch Kautsky die Martow, Axelrod, Stein und Konsorten abschreibt. Eben „sklavisch“, denn Kautsky verzerrt den menschevistischen Vorurteilen zuliebe die Tatsachen bis ins Lächerliche. Kautsky hat sich z. B. nicht die Mühe genommen, bei seinen Informanten vom Schlage Steins in Berlin oder Axelrods in Stockholm Erkundigungen einzuziehen, *wann* die Fragen der Umbenennung der Bolschewiki in Kommunisten und der Bedeutung der Sowjets als Staatsorganisationen aufgeworfen worden sind. Hätte Kautsky diese einfache Auskunft eingeholt, so hätte er nicht diese Zeilen geschrieben, die nur Lachen hervorrufen; denn diese beiden Fragen wurden von



den Bolschewiki *im April 1917* aufgeworfen, z. B. in meinen „Thesen“ vom 4. April 1917, d. h. *lange vor* der Oktoberrevolution 1917 (von dem Auseinanderjagen der Konstituante am 5. Januar 1918 schon gar nicht zu reden).

Die von mir vollständig zitierten Erörterungen Kautskys bilden aber den *Kernpunkt* der ganzen Frage der Sowjets. Der Kern der Frage besteht gerade darin, ob die Sowjets danach streben sollen, Staatsorganisationen zu werden (die Bolschewiki gaben im April 1917 die Losung aus: „Alle Macht den Sowjets“, und auf der Parteikonferenz der Bolschewiki in demselben April 1917 erklärten sie, daß sie sich mit der bürgerlich-parlamentarischen Republik nicht zufrieden geben, sondern eine Arbeiter- und Bauernrepublik vom Typus der Kommune oder vom Sowjettypus fordern) — *oder* ob die Sowjets nicht danach streben sollen, ob sie nicht die Macht ergreifen, nicht zu Staatsorganisationen werden sollen, sondern „Kampforganisationen“ einer „Klasse“ zu bleiben haben (wie sich Martow ausdrückte, der mit seinem unschuldigen Wunsch die Tatsache hübsch beschönigt, daß die Sowjets unter der menschewistischen Führung *ein Werkzeug zur Unterordnung der Arbeiter unter die Bourgeoisie* waren).

Kautský hat sklavisch die Worte Martows wiederholt, hat dabei aus der theoretischen Diskussion der Bolschewiki mit den Menschewiki *Bruchstücke* genommen und sie kritik- und sinnlos auf allgemeintheoretischen, auf allgemein-europäischen Boden übertragen. Daraus entstand ein solcher Brei, daß jeder klassenbewußte russische Arbeiter, wenn er mit den angeführten Äußerungen Kautskys bekannt würde, in ein homerisches Gelächter ausbräche.

Mit dem gleichen Gelächter werden alle europäischen Arbeiter (mit Ausnahme einer Handvoll verbohrtter Sozialimperialisten) Kautsky begegnen, wenn wir ihnen erklären, worum es sich hier handelt.

Kautsky hat Martow einen Bären dienst erwiesen dadurch, daß er dessen Fehler außerordentlich anschaulich ad absurdum geführt hat. In der Tat, man sehe sich an, was bei Kautsky herausgekommen ist.

Die Sowjets erfassen alle Lohnarbeiter. Gegen das Finanzkapital sind die bisherigen Methoden des ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats ungenügend. Den Sowjets steht nicht nur in Rußland eine gewaltige Rolle bevor. Sie werden in den großen Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit in Europa die entscheidende Rolle spielen. So spricht Kautsky.

Ausgezeichnet. „Entscheidungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit“, entscheiden sie nicht die Frage, welche dieser Klassen die Staatsmacht ergreifen wird?

Keine Spur. Gott bewahre!

In den „entscheidenden“ Kämpfen *dürfen* die Verbände, die alle Lohnarbeiter erfassen, *nicht zur Staatsorganisation werden!*

Und was ist der Staat?

Der Staat ist nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre.

Also, die unterdrückte Klasse, die Avantgarde aller Werktätigen und Ausgebeuteten in der heutigen Gesellschaft, soll „Entscheidungskämpfe zwischen Kapital und Arbeit“ anstreben, *aber jene Maschine, mit deren Hilfe das Kapital die Arbeit knechtet, soll sie nicht anrühren!* — — Sie *darf* diese Maschinerie *nicht zerbrechen!* — — Sie *darf* ihre umfassende Organisation *nicht zur Unterdrückung der Ausbeuter ausnutzen!*

Herrlich, Herr Kautsky, ausgezeichnet! „Wir“ erkennen den Klassenkampf an, — wie ihn alle Liberalen anerkennen, d. h. ohne den Sturz der Bourgeoisie ...

Hier eben wird der völlige Bruch Kautskys sowohl mit dem Marxismus als auch mit dem Sozialismus offenbar. Das ist faktisch der Übergang auf die Seite der Bourgeoisie, die bereit ist, alles mögliche zuzulassen, nur nicht die Umwandlung der Organisationen der von ihr unterdrückten Klasse in Staatsorganisationen. Hier ist Kautsky schon gar nicht mehr imstande, seinen Standpunkt zu retten, der alles versöhnen will, der alle tiefen Gegensätze mit Phrasen abtut.

Entweder verzichtet Kautsky auf jeden Übergang der Staatsmacht in die Hände der Arbeiterklasse, oder er ist damit einverstanden, daß die Arbeiterklasse die alte, bürgerliche Staatsmaschine in ihre Hand nehme, läßt aber keineswegs zu, daß die Arbeiterklasse sie zerbreche, zerschlage und durch eine neue, proletarische ersetze. Ob man die Ausführungen Kautskys so oder so „auslegt“ und „erläutert“ — in beiden Fällen ist der Bruch mit dem Marxismus und der Übergang auf die Seite der Bourgeoisie offensichtlich.

Schon im „Kommunistischen Manifest“ schrieb Marx, als er davon sprach, welchen Staat die siegreiche Arbeiterklasse braucht: ... „den Staat, d. h. das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“. Jetzt tritt ein Mann auf, der den Anspruch erhebt, nach wie vor Marxist zu sein, und erklärt, daß das in seiner Gesamtheit organisierte Proletariat, das den „Entscheidungskampf“ gegen das Kapital führt, seine Klassenorganisation *nicht* zur Staatsorganisation machen *darf*. Der „Aberglaube an den Staat“, von dem Engels 1891 schrieb, daß er „sich in Deutschland in das allgemeine Bewußtsein der Bourgeoisie und selbst vieler Arbeiter übertragen hat“, das ist es, was Kautsky

hier offenbart hat. Kämpft, Arbeiter — damit ist unser Philister „einverstanden“ (auch der Bourgeois ist damit „einverstanden“, weil die Arbeiter ja ohnehin kämpfen, und man nur daran denken muß, wie die Spitze ihres Schwertes abzubrechen sei) — kämpft, aber *wagt nicht zu siegen!* Zerstört nicht die Staatsmaschine der Bourgeoisie, setzt nicht an die Stelle der bürgerlichen „Staatsorganisation“ die proletarische „Staatsorganisation“.

Wer ernstlich die marxistische Ansicht geteilt hat, daß der Staat nichts anderes ist als eine Maschine zur Unterdrückung einer Klasse durch eine andre, wer sich einigermaßen in diese Wahrheit hineingedacht hat, der hätte sich niemals zu einem solchen Unsinn versteigen können, daß die proletarischen Organisationen, die fähig sind, das Finanzkapital zu besiegen, nicht in Staatsorganisationen umgewandelt werden dürfen. Gerade in diesem Punkt entpuppte sich auch der Kleinbürger, für den der Staat „immerhin“ irgend etwas außerhalb der Klassen oder über den Klassen Stehendes ist. In der Tat, warum sollte es dem Proletariat, „einer Klasse“, erlaubt sein, den entscheidenden Kampf gegen das *Kapital* zu führen, das nicht nur über das Proletariat, sondern über das ganze Volk, das ganze Kleinbürgertum, die ganze Bauernschaft herrscht, — warum sollte es aber dem Proletariat, „einer Klasse“, nicht erlaubt sein, seine Organisation in eine staatliche umzuwandeln? Weil der Kleinbürger den Klassenkampf *fürchtet* und ihn nicht bis zum Ende, *bis zur Hauptsache*, durchführt.

Kautsky hat sich heillos verheddert und seine geheimsten Gedanken verraten. Man beachte: er hat selbst anerkannt, daß Europa den Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit entgegengeht und daß die bisherigen Methoden des ökonomischen und politischen Kampfes des Proletariats ungenügend sind. Diese Methoden bestanden aber gerade in der Ausnutzung der *bürgerlichen* Demokratie. Folglich? ...

Kautsky fürchtete, zu Ende zu denken, was daraus folgt.

... Folglich kann nur ein Reaktionär, ein Feind der Arbeiterklasse, ein Diener der Bourgeoisie jetzt die Reize der bürgerlichen Demokratie ausmalen und, sich der überlebten Vergangenheit zuwendend, von reiner Demokratie schwatzen. Die bürgerliche Demokratie *war* fortschrittlich im Verhältnis zum Mittelalter, und man mußte sie ausnutzen. Heute aber ist sie für die Arbeiterklasse *ungenügend*. Heute muß man den Blick nicht rückwärts, sondern vorwärts richten, auf die Ersetzung der bürgerlichen Demokratie durch die *proletarische*. Und wenn die Vorarbeit für die proletarische Revolution, die Ausbildung und Formierung der proletarischen Armee *im Rahmen* des bürgerlich-

demokratischen Staates möglich (und notwendig) war, so bedeutet es, ein Verräter an der Sache des Proletariats, ein Renegat zu sein, wenn man das Proletariat auf diesen Rahmen beschränken will, nachdem die Dinge bis zu den „Entscheidungskämpfen“ gediehen sind.

Kautsky geriet in eine besonders lächerliche Klemme, denn er wiederholte ein Argument Martows, *ohne zu bemerken*, daß sich dieses Argument bei Martow *auf ein anderes* stützt, das bei Kautsky fehlt! Martow sagt (und Kautsky wiederholt es hinterher), daß Rußland für den Sozialismus noch nicht reif sei, woraus sich natürlich ergibt: es ist noch zu früh, die Sowjets aus Kampforganen in Staatsorganisationen zu verwandeln (lies: es ist zeitgemäß, die Sowjets mit Hilfe der menschwewistischen Führer in Organe zur *Unterwerfung* der Arbeiter unter die imperialistische Bourgeoisie zu verwandeln). Kautsky *kann* jedoch *nicht* direkt sagen, daß Europa für den Sozialismus noch nicht reif sei. Kautsky schrieb 1909, als er noch kein Renegat war, daß man jetzt eine *vorzeitige* Revolution nicht zu fürchten brauche, und daß derjenige, der aus Furcht vor einer Niederlage auf die Revolution verzichten würde, ein Verräter wäre. Sich *direkt* davon loszusagen, entschließt sich Kautsky nicht. Und heraus kommt ein solcher Unsinn, der die ganze Dummheit und Feigheit des Kleinbürgers restlos entlarvt: einerseits ist Europa für den Sozialismus reif und geht den Entscheidungskämpfen zwischen Kapital und Arbeit entgegen, andererseits *darf die Kampforganisation* (d. h. die Organisation, die im Kampfe entsteht, wächst, erstarkt), die Organisation des Proletariats, der Avantgarde und des Organisators, des Führers der Unterdrückten, *nicht* in eine Staatsorganisation umgewandelt werden!

\* \* \*

In praktisch-politischer Hinsicht ist die Idee, daß die Sowjets als Kampforganisation notwendig seien, aber nicht in Staatsorganisationen verwandelt werden dürften, noch unendlich viel unsinniger als in theoretischer Hinsicht. Sogar in friedlichen Zeiten, wenn eine revolutionäre Situation nicht vorhanden ist, ruft der Massenkampf der Arbeiter gegen die Kapitalisten, z. B. Massenstreiks, eine fürchterliche Erbitterung auf beiden Seiten, eine außerordentliche Leidenschaftlichkeit des Kampfes und ständige Hinweise der Bourgeoisie hervor, daß sie „Herr im Hause“ bleiben will und bleiben wird usw. Während der Revolution aber, wenn das politische Leben brodeln, kommt eine solche Organisation wie die Sowjets, die *alle* Arbeiter *aller* Industriezweige, ferner *alle* Soldaten und die ganze werktätige und arme Landbevölkerung erfaßt, von selbst, durch den Verlauf des

Kampfes, durch die einfache „Logik“ des Angriffs und der Gegenwehr unvermeidlich dazu, die Frage in ihrer *ganzen Schärfe* zu stellen. Der Versuch, eine mittlere Position einzunehmen, Proletariat und Bourgeoisie zu „versöhnen“, erweist sich als Stumpfsinn und erleidet einen elenden Zusammenbruch: so geschah es mit den Predigten Martows und der anderen Menschewiki in Rußland, so wird es unvermeidlich auch in Deutschland und den anderen Ländern kommen, falls die Sowjets sich einigermaßen breit entfalten, falls es ihnen gelingt, sich zusammenzuschließen und zu festigen. Den Sowjets sagen: kämpft, aber ergreift nicht selber die gesamte Staatsmacht, werdet keine Staatsorganisationen — heißt die Arbeitsgemeinschaft der Klassen und den „sozialen Frieden“ zwischen Proletariat und Bourgeoisie zu predigen. Es ist lächerlich, auch nur daran zu denken, daß eine solche Stellung im erbitterten Kampf zu irgend etwas anderem als zu einem schmachvollen Zusammenbruch führen könnte. Das Sitzen zwischen zwei Stühlen ist das ewige Schicksal Kautskys. Er tut so, als sei er in der Theorie mit den Opportunisten in keiner Hinsicht einverstanden, in Wirklichkeit aber ist er in allem Wesentlichen (d. h. in allem, was die Revolution betrifft) *in der Praxis* mit ihnen einverstanden.

### DIE KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG UND DIE SOWJETREPUBLIK

Die Frage der Konstituierenden Versammlung und ihres Auseinanderjagens durch die Bolschewiki ist der Kernpunkt der ganzen Broschüre Kautskys. Immer wieder kehrt er zu dieser Frage zurück. Mit Hinweisen darauf, wie die Bolschewiki „die Demokratie vernichtet“ haben (siehe eines der oben angeführten Zitate von Kautsky), ist das ganze Elaborat des ideologischen Führers der II. Internationale überfüllt. Die Frage ist wirklich interessant und wichtig, denn die Revolution wurde hier *praktisch* vor die Frage des Verhältnisses der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie gestellt. Sehen wir zu, wie unser „marxistischer Theoretiker“ diese Frage untersucht.

Er zitiert die von mir verfaßten „Thesen über die Konstituierende Versammlung“, die in der „Prawda“ vom 26. Dezember 1917 veröffentlicht worden sind. Es könnte scheinen, daß für den Ernst, mit dem Kautsky in dieser Sache zu Werke ging, die Anführung von dokumentarischen Belegen einen Beweis bildet, wie er besser gar nicht zu erwarten war. Man betrachte jedoch, *wie* Kautsky zitiert. Er sagt nicht, daß es 19 dieser Thesen gegeben hat, er sagt nicht, daß in ihnen

die Frage behandelt wurde sowohl in bezug auf das gegenseitige Verhältnis zwischen einer gewöhnlichen bürgerlichen Republik mit Konstituante und der Sowjetrepublik, als auch in bezug auf die Geschichte des in unserer Revolution zutage getretenen Zwiespaltes zwischen der Konstituierenden Versammlung und der Diktatur des Proletariats. Kautsky umgeht das alles und erklärt dem Leser einfach, daß „zwei von ihnen“ (von diesen Thesen) „besonders wichtig“ seien: die eine, — daß die Sozialrevolutionäre sich nach den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung, aber vor ihrer Einberufung gespalten hätten (Kautsky verschweigt, daß dies die fünfte These ist), und die andere, daß die Sowjetrepublik überhaupt eine höhere demokratische Form als die Konstituierende Versammlung sei (Kautsky verschweigt, daß dies die dritte These ist).

Und nur aus dieser dritten These zitiert Kautsky einen Teil vollständig, und zwar folgenden Passus:

„Die Republik der Sowjets stellt nicht nur eine höhere Form der demokratischen Einrichtungen dar (im Vergleich mit der bürgerlichen Republik und der Konstituante als ihrer Krönung), sie ist auch die einzige Form, die den schmerzlosesten\* Übergang zum Sozialismus ermöglicht.“ (S. 31.) (Kautsky läßt das Wort „gewöhnlichen“ und die einleitenden Worte der These: „Für den Übergang von der bürgerlichen zur sozialistischen Gesellschaftsordnung, für die Diktatur des Proletariats“ weg.)

Nachdem Kautsky diese Worte zitiert hat, ruft er mit großartiger Ironie aus:

„Nur schade, daß man zu dieser Erkenntnis erst kam, nachdem man in der Konstituante in der Minderheit geblieben war. Ehedem hatte sie niemand stürmischer verlangt als Lenin.“

So heißt es wörtlich auf S. 31 der Kautskyschen Schrift!

Das ist ja eine Perle! Nur ein Sykophant der Bourgeoisie konnte die Sache so verlogen darstellen, damit der Leser den Eindruck bekomme, als sei alles Reden der Bolschewiki von dem höheren Staats-

---

\* Nebenbei: den Ausdruck „schmerzlosester“ Übergang zitiert Kautsky wiederholt und versucht damit offenbar, ironisch zu sein. Da das jedoch ein Versuch mit untauglichen Mitteln ist, so begeht Kautsky einige Seiten später eine Fälschung und zitiert falsch: „schmerzloser“ Übergang! Mit solchen Mitteln ist es natürlich nicht schwer, dem Gegner Unsinn zu unterstellen. Die Fälschung hilft auch, das sachliche Argument zu umgehen: der schmerzloseste Übergang zum Sozialismus ist lediglich möglich bei einer die gesamte arme Bevölkerung umfassenden Organisation (Sowjets) und bei Unterstützung dieser Organisation durch das Zentrum der Staatsgewalt (Proletariat).

typus nur ein Einfall, der in die Welt gesetzt worden sei, *nachdem* die Bolschewiki in der Konstituierenden Versammlung in der Minderheit geblieben wären!! Eine so widerliche Lüge konnte nur ein Lump aussprechen, der sich der Bourgeoisie verkauft oder, was genau das gleiche ist, sich P. Axelrod anvertraut hat und seine Informatoren verschweigt.

Es ist nämlich allgemein bekannt, daß ich schon am ersten Tag nach meiner Ankunft in Rußland, am 4. April 1917, öffentlich Thesen verlesen habe, in denen ich erklärte, daß ein Staat vom Typus der Kommune der bürgerlichen parlamentarischen Republik überlegen ist. Ich habe das später *wiederholt* in der Presse erklärt, z. B. in einer Broschüre über die politischen Parteien\*, die ins Englische übersetzt wurde und im Januar 1918 in Amerika in der New-Yorker Zeitung „Evening-Post“ erschienen ist. Nicht genug damit. Die Parteikonferenz der Bolschewiki, Ende April 1917, nahm eine Resolution an, in der es heißt, daß die Arbeiter- und Bauernrepublik über der bürgerlichen parlamentarischen Republik stehe, daß sich unsere Partei mit der letzteren nicht zufrieden geben werde, daß das Parteiprogramm entsprechend geändert werden müsse.

Wie ist danach der Streich Kautskys zu bezeichnen, der den deutschen Lesern versichert, ich hätte stürmisch die Einberufung der Konstituierenden Versammlung gefordert, und lediglich nachdem die Bolschewiki in ihr in der Minderheit geblieben wären, hätte ich begonnen, die Ehre und Würde der Konstituierenden Versammlung zu „schmätern“? Womit kann man diesen Streich entschuldigen?\*\*\* Damit, daß Kautsky die Tatsachen nicht kannte? Warum mußte er es dann aber unternehmen, über sie zu schreiben? Oder weshalb könnte er nicht ehrlich erklären: Ich, Kautsky, schreibe auf Grund der Informationen der Menschewiki Stein, P. Axelrod und Konsorten? Kautsky möchte mit dem Anspruch auf Objektivität seine Rolle als Helfershelfer der über ihre Niederlage gekränkten Menschewiki tarnen.

Aber das ist erst der Anfang, das dicke Ende kommt noch nach.

Zugegeben, Kautsky hätte von seinen Informatoren die Übersetzung der bolschewistischen Resolutionen und Erklärungen zu der Frage, ob sie sich mit der bürgerlichen parlamentarischen demokratischen Republik zufrieden geben, nicht verlangt oder nicht bekommen

\* *W. I. Lenin*, Sämtl. Werke, Bd. XX, 1. Halbbd., S. 183—195. *Der Übers.*

\*\* Nebenbei bemerkt: Ähnliche menschewistische Lügen gibt es sehr viele in der Broschüre Kautskys! Sie ist die Schmähschrift eines erbosten Menschewiken.

können (??). Geben wir das sogar zu, wenn es auch unwahrscheinlich ist. Aber eben meine Thesen vom 26. Dezember 1917 *erwähnt* doch Kautsky *direkt* auf S. 30 seines Buches.

Kennt Kautsky eben diese Thesen vollständig oder kennt er von ihnen nur das, was die Stein, Axelrod und Konsorten ihm übersetzt haben? Kautsky zitiert die *dritte* These zu der *grundlegenden* Frage, ob die Bolschewiki sich schon *vor* den Wahlen zur Konstituierenden Versammlung dessen bewußt waren, daß die Sowjetrepublik eine höhere Staatsform als die bürgerliche Republik sei, und ob sie das *dem Volk* gesagt haben. *Kautsky verschweigt jedoch die zweite These.*

Die zweite These aber lautet:

„Die revolutionäre Sozialdemokratie hat bei der Aufstellung der Forderung nach Einberufung der Konstituierenden Versammlung seit Beginn der Revolution von 1917 *wiederholt betont*, daß die Republik der Sowjets eine höhere Form des Demokratismus ist als die gewöhnliche bürgerliche Republik mit der Konstituierenden Versammlung.“ (Hervorhebungen von mir.)

Um die Bolschewiki als prinzipienlose Leute, als „revolutionäre Opportunisten“ (diesen Ausdruck gebraucht Kautsky irgendwo in seinem Buche, ich weiß nicht mehr, in welchem Zusammenhang) hinzustellen, *verhehlte* Herr Kautsky *den deutschen Lesern*, daß in den Thesen ein direkter Hinweis auf „*wiederholte*“ Erklärungen enthalten ist!

Solcher Art sind die kleinlichen, jämmerlichen und verächtlichen Methoden, mit denen Herr Kautsky operiert. Auf diese Weise ist er der *theoretischen* Frage ausgewichen.

Ist es wahr oder nicht, daß die bürgerlich-demokratische parlamentarische Republik *tiefer* steht als die Republik vom Typus der Kommune oder der Sowjets? Das ist der Kern, Kautsky aber ist dem ausgewichen. Alles, was Marx in der Analyse der Pariser Kommune gegeben hat, hat Kautsky „vergessen“. Er hat auch den Brief von Engels an Bebel vom 28. März 1875 „vergessen“, in dem der gleiche Marxsche Gedanke besonders anschaulich und einleuchtend ausgedrückt ist: Die Kommune war „schon kein Staat im eigentlichen Sinne mehr“.

Da habt ihr den hervorragendsten Theoretiker der II. Internationale, der in einer speziellen Broschüre über die „Diktatur des Proletariats“ bei der speziellen Behandlung Rußlands, wo die Frage einer höheren Staatsform, als es die demokratisch-bürgerliche Republik ist, direkt und wiederholt gestellt worden ist, diese Frage totschweigt. Wodurch unterscheidet sich das denn *in der Tat* von einem Übergang auf die Seite der Bourgeoisie?



(Bemerken wir in Parenthese, daß Kautsky auch hier im Nachtrab der russischen Menschewiki einhertrottet. Leute, die „alle Zitate“ aus Marx und Engels kennen, haben sie, soviel sie wollen, aber kein Menschewik hat von April bis Oktober 1917 und von Oktober 1917 bis Oktober 1918 *auch nur ein einziges Mal* versucht, die Frage des Staates vom Typus der Kommune zu analysieren. Plechanow ist ebenfalls dieser Frage ausgewichen. *Sie hatten wohl allen Grund zu schweigen.*)

Es ist selbstverständlich, wollte man über das Auseinanderjagen der Konstituierenden Versammlung mit Leuten reden, die sich Sozialisten und Marxisten nennen, die in Wirklichkeit aber in der Grundfrage, in der Frage des Staates vom Typus der Kommune, zur Bourgeoisie übergehen, so hieße das, Perlen vor die Säue werfen. Es dürfte genügen, im Anhang dieser Schrift meine Thesen über die Konstituierende Versammlung vollständig abzudrucken. Aus ihnen wird der Leser ersehen, daß die Frage am 26. Dezember 1917 sowohl theoretisch als auch historisch und praktisch-politisch gestellt worden ist.

Hat sich Kautsky als Theoretiker vollständig vom Marxismus losgesagt, so hätte er die Frage des Kampfes der Sowjets gegen die Konstituierende Versammlung als Historiker untersuchen können. Wir wissen aus vielen Arbeiten Kautskys, daß er *imstande* war, ein marxistischer Historiker zu sein, daß *diese* seine Arbeiten, trotz seines späteren Renegatentums, dauerndes Besitztum des Proletariats bleiben werden. In der vorliegenden Frage aber *wendet* Kautsky auch als Historiker der Wahrheit *den Rücken*, er ignoriert *allgemein bekannte* Tatsachen und verfährt wie ein Sykophant. Er *will* die Bolschewiki als prinzipienlos hinstellen und so erzählt er, wie die Bolschewiki versuchten, den Konflikt mit der Konstituierenden Versammlung *zu mildern*, bevor sie sie auseinanderjagten. Daran ist absolut nichts Schlimmes, wir brauchen nichts abzuschwören; ich bringe den vollständigen Text der Thesen, in denen klipp und klar gesagt wird: Ihr schwankenden Herren Kleinbürger, die ihr euch in der Konstituierenden Versammlung festgesetzt habt, entweder findet ihr euch mit der Diktatur des Proletariats ab, oder wir werden euch „auf revolutionärem Wege“ besiegen (Thesen 18 und 19).

So ist das wirklich revolutionäre Proletariat gegenüber dem schwankenden Kleinbürgertum stets verfahren, und so wird es auch in Zukunft stets verfahren.

Kautsky steht in der Frage der Konstituierenden Versammlung auf einem formalen Standpunkt. In meinen Thesen wird klar und wiederholt gesagt, daß die Interessen der Revolution höher stehen als die formalen Rechte der Konstituierenden Versammlung (siehe

Thesen 16 und 17). Der formal-demokratische Standpunkt ist auch der Standpunkt des *bürgerlichen* Demokraten, der nicht anerkennt, daß das Interesse des Proletariats und des proletarischen Klassenkampfes höher steht. Kautsky, als Historiker, hätte unbedingt anerkennen müssen, daß die bürgerlichen Parlamente Organe dieser oder jener Klasse sind. Jetzt aber mußte Kautsky (für das schmutzige Werk des Abfalls von der Revolution) den Marxismus vergessen, und Kautsky *stellt nicht die Frage*, das Organ welcher Klasse die Konstituierende Versammlung in Rußland war. Kautsky analysiert nicht die konkreten Umstände, er will die Tatsachen nicht sehen, er sagt den deutschen Lesern kein Wort davon, daß in den Thesen nicht nur die Frage der Beschränktheit der bürgerlichen Demokratie theoretisch beleuchtet wird (Thesen Nr. 1 bis 3), nicht nur die konkreten Umstände angegeben werden, die bestimmend dafür waren, daß die Wahllisten der Parteien von Mitte Oktober 1917 mit der Wirklichkeit vom Dezember 1917 nicht übereinstimmten (Thesen Nr. 4 bis 6), sondern daß in den Thesen auch die *Geschichte des Klassenkampfes und des Bürgerkrieges* der Monate Oktober-Dezember 1917 gegeben wird (Thesen Nr. 7 bis 15). Aus dieser konkreten Geschichte zogen wir die Schlußfolgerung (These Nr. 14), daß die Losung „Alle Macht der Konstituierenden Versammlung“ *in Wirklichkeit* die Losung der Kadetten sowie der Kaledin-Leute und ihrer Helfershelfer geworden war.

Der Historiker Kautsky bemerkt das nicht. Der Historiker Kautsky hat nie davon gehört, daß das allgemeine Wahlrecht mitunter kleinbürgerliche, mitunter reaktionäre und konterrevolutionäre Parlamente ergibt. Der marxistische Historiker Kautsky hat nichts davon gehört, daß die Form der Wahlen, die Form der Demokratie *eine* Sache ist, eine andere Sache jedoch der Klasseninhalt der betreffenden Institution. Diese Frage des Klasseninhalts der Konstituierenden Versammlung ist in meinen Thesen direkt gestellt und gelöst worden. Möglich, daß meine Lösung nicht richtig ist. Nichts wäre uns so erwünscht wie eine marxistische Kritik unserer Analyse von anderer Seite. Anstatt ganz alberne Phrasen (ihrer gibt es viele bei Kautsky) darüber zu schreiben, als ob irgend jemand der Kritik am Bolschewismus Hindernisse bereite, hätte Kautsky eine solche Kritik in Angriff nehmen sollen. Das ist es ja aber gerade, daß er keine Kritik übt. Er *stellt sogar nicht einmal die Frage* der Klassenanalyse der Sowjets einerseits und der Konstituierenden Versammlung andererseits. Und darum besteht *keine Möglichkeit*, mit Kautsky zu streiten, zu diskutieren, und es bleibt nur übrig, dem Leser zu *zeigen*, warum man Kautsky nicht anders denn als Renegaten bezeichnen muß.

Der Gegensatz zwischen den Sowjets und der Konstituierenden Versammlung hat seine Geschichte, die nicht einmal ein Historiker, der nicht auf dem Standpunkt des Klassenkampfes steht, hätte umgehen können. Kautsky hat auch diese tatsächliche Geschichte nicht *berühren* wollen. Kautsky hat den deutschen Lesern die allbekannte Tatsache verheimlicht (die jetzt nur noch von gehässigen Menschewiki verheimlicht wird), daß auch während der Herrschaft der Menschewiki, d. h. von Ende Februar bis Oktober 1917, zwischen den Sowjets und den „allgemein staatlichen“ (d. h. bürgerlichen) Institutionen Differenzen bestanden. Kautsky steht im Grunde genommen auf dem Standpunkt der Versöhnung, der Verständigung, der Arbeitsgemeinschaft zwischen Proletariat und Bourgeoisie; Kautsky mag das noch so sehr leugnen, aber daß das sein Standpunkt ist, ist eine Tatsache, die durch die ganze Broschüre Kautskys bestätigt wird. Man hätte die Konstituierende Versammlung nicht auseinanderjagen sollen, das heißt auch: man hätte den Kampf gegen die Bourgeoisie nicht zu Ende führen, sie nicht stürzen sollen, das Proletariat hätte sich mit der Bourgeoisie aussöhnen sollen.

Weshalb verschweigt dann aber Kautsky, daß die Menschewiki sich vom Februar bis Oktober 1917 mit dieser wenig ehrenvollen Sache befaßt und nichts erreicht haben? Wenn es möglich war, die Bourgeoisie mit dem Proletariat zu versöhnen, warum ist dann die Versöhnung unter den Menschewiki nicht gelungen, warum hielt sich die Bourgeoisie abseits von den Sowjets, warum wurden die Sowjets (*von den Menschewiki*) als „revolutionäre Demokratie“, die Bourgeoisie aber als „privilegierte Elemente“ bezeichnet?

Kautsky hat den deutschen Lesern verheimlicht, daß gerade die Menschewiki in der „Epoche“ ihrer Herrschaft (Februar bis Oktober 1917) die Sowjets als revolutionäre Demokratie bezeichnet und damit deren Überlegenheit gegenüber allen anderen Institutionen anerkannt haben. Nur dank der Verheimlichung dieser Tatsache konnte der Historiker Kautsky die Dinge so hinstellen, als hätte der Gegensatz zwischen den Sowjets und der Bourgeoisie nicht seine Geschichte, als wäre er urplötzlich, unerwartet, ohne Grund, infolge des schlechten Betragens der Bolschewiki zutage getreten. In Wirklichkeit hat aber gerade die *mehr als halbjährige Erfahrung* (für eine Revolution ist das eine sehr lange Frist) mit dem menschewistischen Paktieren, mit den Versuchen, das Proletariat mit der Bourgeoisie auszusöhnen, das Volk von der Nutzlosigkeit dieser Versuche überzeugt und das Proletariat von den Menschewiki abgestoßen.

Die Sowjets sind, wie Kautsky zugibt, eine vorzügliche Kampf-

organisation des Proletariats, die eine große Zukunft hat. Ist dem aber so, dann stürzt die ganze Position Kautskys zusammen wie ein Kartenhaus oder wie die Phantasien eines Kleinbürgers darüber, wie man ohne scharfen Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie fertig werden könne. Denn die ganze Revolution ist ein ständiger und dabei verzweifelter Kampf, das Proletariat aber ist die führende Klasse *aller* Unterdrückten, Brennpunkt und Mittelpunkt aller Bestrebungen *aller* und jeder Unterdrückten nach ihrer Befreiung. Die Sowjets — das Kampforgan der unterdrückten Massen — widerspiegelten und äußerten naturgemäß die Stimmungen und den Wechsel in den Ansichten dieser Massen ungleich schneller, vollständiger, zuverlässiger als irgendwelche andere Institutionen (das ist übrigens einer der Gründe, warum die Sowjetdemokratie die höchste Form der Demokratie ist).

Es gelang den Sowjets, in der Zeit vom 13. März (28. Februar) bis zum 7. November (25. Oktober) 1917 *zwei* allrussische Kongresse einzuberufen, auf denen die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung Rußlands, alle Arbeiter und Soldaten, sieben oder acht Zehntel der Bauernschaft vertreten waren, ganz abgesehen von der Menge der Orts-, Kreis-, Stadt-, Gouvernements- und Gebietskongresse. Die Bourgeoisie vermochte während dieser Zeit keine einzige Körperschaft einzuberufen, die eine Mehrheit repräsentiert hätte (abgesehen von der „Demokratischen Beratung“, die offensichtlich eine Fälschung, ein Hohn war und die das Proletariat erbitterte). Die Konstituierende Versammlung widerspiegelte die *gleiche* Stimmung der Massen, die *gleiche* politische Gruppierung wie der I. Allrussische Sowjetkongreß (vom Juni). Bis zur Einberufung der Konstituierenden Versammlung (Januar 1918) hatten der II. (Oktober 1917) und der III. Sowjetkongreß (Januar 1918) getagt, und beide hatten *klipp und klar bewiesen*, daß die Massen radikalisiert, revolutioniert waren, daß sie sich von den Menschewiki und den Sozialrevolutionären abgewendet hatten und auf die Seite der Bolschewiki übergegangen waren, *das heißt*, daß sie sich von der kleinbürgerlichen Führung, von den Illusionen einer Verständigung mit der Bourgeoisie abgewendet hatten und auf die Seite des proletarischen revolutionären Kampfes für den Sturz der Bourgeoisie übergegangen waren.

Folglich zeigt schon allein die *äußere Geschichte* der Sowjets, wie unvermeidlich es war, die Konstituierende Versammlung auseinanderzuzugan, und wie *reaktionär* diese war. Kautsky jedoch besteht fest auf seiner „Losung“: mag die Revolution zugrunde gehen, mag die Bourgeoisie über das Proletariat triumphieren, wenn nur

die „reine Demokratie“ blüht und gedeiht. Fiat justitia, pereat mundus!\*

Hier ein paar kurze Daten über die allrussischen Sowjetkongresse in der Geschichte der russischen Revolution:

Allrussische Sowjetkongresse	Zahl der Delegierten	Davon Bolschewiki	% Bolschewiki
I. ( 3. Juni 1917)	790	103	13
II. (25. Okt. 1917)	675	343	51
III. (10. Jan. 1918)	710	434	61
IV. (14. März 1918)	1232	795	64
V. ( 4. Juli 1918)	1164	773	66

Ein Blick auf diese Zahlen genügt, um zu begreifen, warum die Verteidigung der Konstituierenden Versammlung oder das Gerede (nach Art der Reden Kautskys), die Bolschewiki hätten nicht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich, bei uns nur auf Gelächter stößt.

### DIE SOWJETVERFASSUNG

Der Bourgeoisie das Wahlrecht entziehen ist, wie ich schon gezeigt habe, kein unbedingtes und notwendiges Kennzeichen der Diktatur des Proletariats. Auch in Rußland haben die Bolschewiki, die lange vor dem Oktober die Losung einer solchen Diktatur aufgestellt hatten, nicht von vornherein davon gesprochen, den Ausbeutern das Wahlrecht zu entziehen. Dieser Bestandteil der Diktatur erblickte das Licht der Welt nicht „nach dem Plan“ irgendeiner Partei, sondern er erwuchs von selbst im Laufe des Kampfes. Der Historiker Kautsky hat das freilich nicht bemerkt. Er hat nicht begriffen, daß die Bourgeoisie noch unter der Herrschaft der Menschewiki (der Paktierer mit der Bourgeoisie) in den Sowjets sich selbst von den Sowjets absonderte, sie boykottierte, sich ihnen entgegenstellte, gegen sie intrigierte. Die Sowjets sind ohne jede Verfassung entstanden und haben über ein Jahr (vom Frühjahr 1917 bis zum Sommer 1918) ohne jede Verfassung existiert. Die Wut der Bourgeoisie gegen die selbständige und allmächtige (weil allumfassende) Organisation der Unterdrückten, der Kampf, und zwar der skrupelloseste, eigennützigste, schmutzigste Kampf der Bourgeoisie gegen die Sowjets und schließlich die offensichtliche Teilnahme der Bourgeoisie (von den Kadetten bis zu den rechten Sozialrevolutionären, von Miljukow bis zu Kerenski) am

\* Gerechtigkeit soll geschehen, wenn auch die Welt dabei zugrunde geht!  
Der Übers.

Kornilowputsch — eben das hat den formellen Ausschluß der Bourgeoisie aus den Sowjets *vorbereitet*.

Kautsky hat von dem Kornilowputsch gehört, aber er spuckt majestätisch auf die historischen Tatsachen und auf den Verlauf, die Formen des Kampfes, die die *Formen* der Diktatur bestimmen: wirklich, wozu Tatsachen, wenn von der „reinen“ Demokratie die Rede ist? Die gegen den Wahlrechtsverlust der Bourgeoisie gerichtete „Kritik“ Kautskys zeichnet sich darum durch eine so ... süßliche Naivität aus, die bei einem Kinde rührend wäre, die aber ekelerregend ist bei einem Menschen, der offiziell noch nicht für schwachsinnig erklärt worden ist.

„... Wenn sie (die Kapitalisten) bei allgemeinem Wahlrecht als bedeutungslose Minderheit erscheinen, werden sie sich eher in ihr Schicksal ergeben ...“ (S. 33.) Nett, nicht wahr? Der weise Kautsky hat oftmals in der Geschichte gesehen und kennt überhaupt aus der Beobachtung des lebendigen Lebens sehr gut solche Gutsbesitzer und Kapitalisten, die dem Willen der Mehrheit der Unterdrückten Rechnung tragen. Der weise Kautsky steht entschieden auf dem Standpunkt der „Opposition“, d. h. auf dem Standpunkt des innerparlamentarischen Kampfes. So schreibt er denn auch buchstäblich: „Opposition“ (S. 34 und an vielen anderen Stellen).

Oh, Sie gelehrter Historiker und Politiker! Es würde Ihnen nichts schaden zu wissen, daß „Opposition“ ein Begriff des friedlichen und nur parlamentarischen Kampfes ist, d. h. ein Begriff, der einer nicht-revolutionären Situation entspricht, ein Begriff, der dem *Fehlen der Revolution* entspricht. In der Revolution handelt es sich um einen erbarmungslosen Feind im Bürgerkrieg, — keinerlei reaktionäre Jeremiaden eines Kleinbürgers, der einen solchen Krieg fürchtet, wie Kautsky ihn fürchtet, werden an dieser Tatsache etwas ändern. Betrachtungen über die Fragen des erbarmungslosen Bürgerkrieges anstellen, wenn die Bourgeoisie zu allen Verbrechen bereit ist — das Beispiel der Versailler und ihres Paktes mit Bismarck sagt jedem etwas, der sich nicht wie der Gogolsche Petruschka<sup>55</sup> zur Geschichte verhält —, wenn die Bourgeoisie fremde Staaten zu Hilfe ruft und mit ihnen gegen die Revolution intrigiert, — das ist Komik. Das revolutionäre Proletariat soll, ähnlich dem „Konfusionsrat“ Kautsky, eine Schlafmütze über die Ohren ziehen und die Bourgeoisie, die Dutowsche, Krasnowsche und tschechische konterrevolutionäre Aufstände organisiert, die Millionen an Saboteure zahlt, als legale „Opposition“ betrachten. Oh, welcher Scharfsinn!

Kautsky interessiert ausschließlich die formal-juristische Seite der Sache, so daß man beim Lesen seiner Betrachtungen über die Sowjet-

verfassung sich unwillkürlich der Worte Bebels erinnert: „Juristen, das sind durch und durch reaktionäre Leute.“ „In Wahrheit“, schreibt Kautsky, „kann man aber die Kapitalisten allein gar nicht entretchen. Wer ist ein Kapitalist im juristischen Sinne? Ein Besitzender? Selbst in einem ökonomisch so weit vorgeschrittenen Lande wie Deutschland, dessen Proletariat so zahlreich ist, würde die Errichtung einer Sowjetrepublik große Massen politisch entretchen. Im Jahre 1907 betrug im Deutschen Reiche die Zahl der Berufszugehörigen (Erwerbstätige und ihre Familien) der drei großen Gruppen Landwirtschaft, Industrie und Handel in der Gruppe der Angestellten und Lohnarbeiter etwa 35 Millionen, die der Selbständigen 17 Millionen. Eine Partei könnte also sehr wohl die Mehrheit der Lohnarbeiter hinter sich haben und doch die Minderheit der Bevölkerung bilden.“ (S. 33.)

Da haben wir eins der Muster Kautskyscher Betrachtungsweise. Nun, ist das denn etwa nicht das konterrevolutionäre Gefenne eines Bourgeois? Warum zählen Sie denn alle „Selbständigen“ zu den Entrechteten, Herr Kautsky, wo Sie sehr wohl wissen, daß die ungeheure Mehrheit der russischen Bauern keine Lohnarbeiter beschäftigt, also ihrer Rechte nicht verlustig geht? Ist das etwa keine Fälschung?

Warum haben Sie, der gelehrte Volkswirtschaftler, nicht die Ihnen gut bekannten und in eben derselben deutschen Statistik von 1907 enthaltenen Angaben über die Lohnarbeit in der Landwirtschaft nach Wirtschaftsgruppen angeführt? Warum gaben Sie den deutschen Arbeitern, den Lesern Ihrer Broschüre, nicht diese Unterlagen, aus denen ersichtlich gewesen wäre, *wieviel Ausbeuter*, oder wie wenig Ausbeuter es nach der deutschen Statistik unter der Gesamtzahl der „Landwirte“ gibt?

Weil Ihr Renegatentum Sie zu einem gewöhnlichen Sykophanten der Bourgeoisie gemacht hat.

Der Kapitalist, das ist halt ein unbestimmter juristischer Begriff, und Kautsky wettet auf mehreren Seiten gegen die „Willkür“ der Sowjetverfassung. Der englischen Bourgeoisie räumt dieser „ernsthafte Gelehrte“ Jahrhunderte ein, um eine neue (für das Mittelalter neue) bürgerliche Verfassung auszuarbeiten und auszugestalten, uns aber, den Arbeitern und Bauern Rußlands, gewährt dieser Vertreter der Lakaienwissenschaft keinerlei Frist. Von uns verlangt er in wenigen Monaten eine bis aufs I-Tüpfelchen ausgearbeitete Verfassung...

... „Willkür!“ Man denke bloß, welch ein Abgrund des schmutzigsten Lakaientums gegenüber der Bourgeoisie, welch ein Abgrund der stumpfsinnigsten Pedanterie sich in einem *solchen* Vorwurf offenbart. Wenn die durch und durch bürgerlichen und zum größten Teil

reaktionären Juristen der kapitalistischen Länder im Laufe von Jahrhunderten oder Jahrzehnten ganz ausführliche Bestimmungen ausarbeiteten, Dutzende und Hunderte von Gesetzbüchern und Kommentaren zu den Gesetzen schrieben, die den Arbeiter *unterdrücken*, den *Armen* an Händen und Füßen fesseln, jedem beliebigen einfachen werktätigen Mann aus dem Volke tausend Schikanen und Hindernisse in den Weg legten, — oh, dann erblicken die bürgerlichen Liberalen und Herr Kautsky da keine „Willkür“! Da herrscht „Ordnung“ und „Gesetzlichkeit“! Da ist alles durchdacht und niedergeschrieben, wie der Arme „auszupressen“ ist. Da gibt es Tausende von bürgerlichen Advokaten und Beamten (von ihnen schweigt Kautsky überhaupt, wahrscheinlich gerade darum, weil Marx dem *Zerschlagen* der Beamtenmaschinerie gewaltige Bedeutung beilegte...), — Advokaten und Beamte, die die Gesetze so auszulegen verstehen, daß es dem Arbeiter und dem Durchschnittsbauer niemals gelingt, die Drahtverhaue dieser Gesetze zu durchbrechen. Das ist keine „Willkür“ der Bourgeoisie, das ist keine Diktatur eigennütziger und schmutziger Ausbeuter, die sich mit dem Blut des Volkes vollgesogen haben — keine Spur! Das ist „reine Demokratie“, die mit jedem Tag immer reiner und reiner wird.

Als aber die werktätigen und ausgebeuteten Klassen, die durch den imperialistischen Krieg von ihren Brüdern jenseits der Grenze abgeschnitten waren, zum erstenmal in der Geschichte *ihre eigenen* Sowjets bildeten, zum politischen Aufbau *diejenigen Massen* herbeiriefen, die die Bourgeoisie unterdrückt, eingeschüchtert, abgestumpft hatte, und *selbst* anfangen, einen *neuen*, proletarischen Staat aufzubauen, anfangen, im Getümmel eines furchtbaren Kampfes, im Feuer des Bürgerkrieges die Grundlagen für einen Staat *ohne Ausbeuter zu entwerfen*, — da erhoben alle Schurken der Bourgeoisie, erhob die ganze Bande der Blutsauger samt ihrem Trabanten Kautsky ein Gezeter über „Willkür“! Nun, woher sollten denn diese Ignoranten, diese Arbeiter und Bauern, dieser „Pöbel“ es tatsächlich verstehen, ihre eigenen Gesetze auszulegen? Woher sollten sie denn das Gerechtigkeitsgefühl nehmen, sie, einfache Werktätige, die sich nicht der Ratschläge der gebildeten Advokaten, der bürgerlichen Schriftsteller, der Kautsky und der weisen alten Beamten bedienen?

Aus meiner Rede vom 29. April 1918\* zitiert Herr Kautsky die Worte: ... „Die Massen selbst bestimmen die Ordnung und die Ter-

---

\* W. I. Lenin, „Referat über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, Sämtl. Werke, Bd. XXII, S. 535—572. *Der Übers.*



mine der Wahlen“ ... Und der „reine Demokrat“ Kautsky zieht daraus die Schlußfolgerung:

„Es scheint also, als könne jede Wahlversammlung das Wahlverfahren nach ihrem Belieben einrichten. Die Willkür und die Möglichkeit, sich unbequemer oppositioneller Elemente innerhalb des Proletariats selbst zu entledigen, würde dadurch aufs höchste gesteigert.“ (S. 37.)

Nun, wodurch unterscheidet sich das von dem Gerede eines von den Kapitalisten gedungenen Tintenkulis, der Geschrei darüber erhebt, daß die Masse bei einem Streik die „arbeitswilligen“, fleißigen Arbeiter unter Druck setzt? Warum ist die bürokratisch-bürgerliche Bestimmung des Wahlverfahrens in der „reinen“ bürgerlichen Demokratie *keine* Willkür? Warum soll das Gerechtigkeitsgefühl bei *den Massen*, die sich zum Kampf gegen die sie jahrhundertlang Ausbeutenden erhoben haben, bei den Massen, die durch diesen verzweifelten Kampf aufgeklärt und gestählt werden, geringer entwickelt sein als bei den *Häuflein* in bürgerlichen Vorurteilen erzogener Beamten, Intellektuellen, Advokaten?

Kautsky ist ein wahrer Sozialist, man wage nicht, die Aufrichtigkeit dieses ehrbaren Familienvaters, dieses redlichen Bürgers zu verdächtigen. Er ist ein glühender und überzeugter Anhänger des Sieges der Arbeiter, der proletarischen Revolution. Er möchte nur, daß salbadernde verspießerte Intellektuelle und Philister mit der Schlafmütze auf dem Kopf *zuerst*, vor der Bewegung der Massen, *vor* ihrem erbitterten Kampfe gegen die Ausbeuter und unbedingt *ohne* Bürgerkrieg, ein gemäßigtes und genaues *Reglement für die Entwicklung der Revolution* aufstellen ...

Mit tiefer sittlicher Entrüstung erzählt unser gelehrter Juduschka Golowljow<sup>56</sup> den deutschen Arbeitern, daß das Allrussische Zentral-exekutivkomitee der Sowjets am 14. Juni 1918 beschlossen habe, die Vertreter der Partei der rechten Sozialrevolutionäre und der Menschewiki aus den Sowjets auszuschließen. „Diese Maßregel“, schreibt Juduschka Kautsky, vor edler Entrüstung glühend, „richtet sich nicht etwa gegen bestimmte Personen, die bestimmte strafbare Handlungen begangen haben ... Von einer Immunität der Abgeordneten zum Sowjet ist in der Verfassung der Sowjetrepublik keine Rede. Nicht bestimmte *Personen*, sondern bestimmte *Parteien* werden hier von den Sowjets ausgeschlossen.“ (S. 37.)

Ja, das ist wirklich entsetzlich, das ist eine unerträgliche Abweichung von der reinen Demokratie, nach deren Regeln unser revolutionärer Juduschka Kautsky die Revolution machen wird. Wir russischen Bolschewiki hätten zuerst den Sawinkow und Konsorten,

den Liberdan und Potressow<sup>57</sup> (den „Aktivisten“) und Konsorten Immunität zusichern, dann ein Strafgesetzbuch verfassen sollen, das die Teilnahme am tschechoslowakischen konterrevolutionären Krieg oder das Bündnis mit den deutschen Imperialisten in der Ukraine oder in Georgien gegen die Arbeiter des eigenen Landes für „strafbar“ erklärt, und erst dann, auf Grund dieses Strafgesetzbuches, wären wir, gemäß der „reinen Demokratie“, berechtigt gewesen, „bestimmte Personen“ aus den Sowjets auszuschließen. Es versteht sich dabei von selbst, daß die Tschechoslowaken, die über die Sawinkow, Potressow und Liberdan oder mit Hilfe deren Agitation Geld von den englischen und französischen Kapitalisten erhalten, und ebenso die Krasnow, die mit Hilfe der ukrainischen und Tifiser Menschewiki Granaten von den Deutschen bekommen, gerade so lange ruhig gesessen hätten, bis von uns ein regelrechtes Strafgesetzbuch ausgefertigt worden wäre, und sich, als Demokraten von reinstem Wasser, auf die Rolle der „Opposition“ beschränkt hätten ...

Eine nicht geringere sittliche Entrüstung ruft es bei Kautsky hervor, daß die Sowjetverfassung das Wahlrecht denen entzieht, die „Lohnarbeiter zum Zwecke des Gewinnes beschäftigen“. „Ein Heimarbeiter oder Kleinmeister“, schreibt Kautsky, „mit einem Gesellen mag ganz proletarisch leben und fühlen, er hat kein Wahlrecht.“ (S. 36.)

Welche Abweichung von der „reinen Demokratie“! Welche Ungerechtigkeit! Bis jetzt haben allerdings alle Marxisten angenommen, und tausende Tatsachen haben es bestätigt, daß die Kleinunternehmer die gewissenlosesten Ausbeuter sind, die die Lohnarbeiter am meisten schikanieren, aber Juduschka Kautsky nimmt natürlich nicht die Klasse der Kleinunternehmer (wer hat bloß die schädliche Theorie vom Klassenkampf ausgedacht?), sondern einzelne Personen, solche Ausbeuter, die „ganz proletarisch leben und fühlen“. Die berühmte „Spar-Agnes“, die man längst tot wähnte, ist unter der Feder Kautskys wieder auferstanden. Diese „Spar-Agnes“ hat vor einigen Jahrzehnten ein „reiner“ Demokrat, der Bourgeois Eugen Richter, erfunden und in der deutschen Literatur in Umlauf gesetzt. Er prophezeite unsagbares Unheil von der Diktatur des Proletariats, von der Konfiskation des Kapitals der Ausbeuter, er fragte mit unschuldiger Miene, wer denn Kapitalist im juristischen Sinne sei. Er führte das Beispiel einer armen, sparsamen Schneiderin (der „Spar-Agnes“) an, der die bösen „Diktatoren des Proletariats“ die letzten Groschen wegnehmen. Es gab eine Zeit, da die gesamte deutsche Sozialdemokratie sich über diese „Spar-Agnes“ des reinen Demokraten Eugen Richter lustig machte. Aber das ist lange, so lange her, als Bebel noch lebte, der offen und ohne

Umschweife die Wahrheit sagte, als er erklärte, in unserer Partei gebe es viele Nationalliberale; das war in jener fernen Zeit, als Kautsky noch kein Renegat war.

Jetzt ist die „Spar-Agnes“ in der Person des „ganz proletarisch lebenden und fühlenden Kleinmeisters mit einem Gesellen“ wieder auferstanden. Die bösen Bolschewiki tun ihm Unrecht, entziehen ihm das Wahlrecht. Freilich, „jede Wahlversammlung“, wie derselbe Kautsky sagt, kann in der Sowjetrepublik einem, sagen wir, mit dem betreffenden Betrieb verbundenen armen Kleinmeister die Teilnahme an ihr gestatten, wenn er ausnahmsweise kein Ausbeuter ist, wenn er *tatsächlich* „ganz proletarisch lebt und fühlt“. Aber kann man sich etwa auf die Lebenskenntnis, auf das Gerechtigkeitsgefühl einer ungeordneten und (wie schrecklich!) ohne Statut handelnden Betriebsversammlung einfacher Arbeiter verlassen? Ist es etwa nicht klar, daß es besser wäre, *allen* Ausbeutern, *allen*, die Lohnarbeiter beschäftigen, das Stimmrecht zu geben, als Gefahr zu laufen, daß der „Spar-Agnes“ und einem „proletarisch lebenden und fühlenden Kleinmeister“ von den Arbeitern Unrecht geschehe?

\* \* \*

Mögen die verächtlichen Schurken des Renegatentums unter dem Beifall der Bourgeoisie und der Sozialchauvinisten\* unsere Sowjetverfassung verunglimpfen, weil sie den Ausbeutern das Wahlrecht nimmt. Das ist gut so, denn das wird den Bruch der revolutionären Arbeiter Europas mit den Scheidemann und Kautsky, den Renaudel und Longuet, den Henderson und Ramsay Macdonald, mit den alten Führern und alten Verrätern des Sozialismus beschleunigen und vertiefen.

Die Massen der unterdrückten Klassen, die klassenbewußten und ehrlichen Führer aus den Reihen der revolutionären Proletarier werden für uns sein. Es genügt, diese Proletarier und diese Massen mit unserer Sowjetverfassung bekannt zu machen, und sie werden sofort sagen: das dort sind wirklich *unsere Leute*, das dort ist die richtige Arbeiterpartei, die richtige Arbeiterregierung. Denn sie betrügt nicht die Arbeiter mit Geschwätz über Reformen, wie uns *alle eben genannten*

---

\* Soeben habe ich den Leitartikel der „Frankfurter Zeitung“ (vom 22. Oktober 1918, Nr. 293) gelesen, in dem der Inhalt der Broschüre Kautskys mit Begeisterung wiedergegeben wird. Das Blatt der Börsianer ist zufrieden. Warum auch nicht! Und ein Genosse aus Berlin schreibt mir, daß der „Vorwärts“, die Zeitung der Scheidemann, in einem besonderen Artikel erklärt habe, er unterschreibe fast jede Zeile Kautskys. Wir gratulieren, gratulieren!

*Führer betrogen haben*, sondern sie kämpft ernsthaft gegen die Ausbeuter, führt ernsthaft die Revolution durch, kämpft *wirklich* für die volle Befreiung der Arbeiter.

Wenn den Ausbeutern nach einjähriger „Praxis“ der Sowjets das Stimmrecht durch die Sowjets entzogen worden ist, *so bedeutet das*, daß diese Sowjets wirklich Organisationen der unterdrückten Massen sind und keine Organisationen der Sozialimperialisten und Sozialpazifisten, die sich der Bourgeoisie verkauft haben. Wenn diese Sowjets den Ausbeutern das Stimmrecht entzogen haben, *so bedeutet das*, daß die Sowjets keine Organe des kleinbürgerlichen Paktierens mit den Kapitalisten, keine Organe des parlamentarischen Geschwätzes (der Kautsky, Longuet und Macdonald), sondern Organe des wirklich revolutionären Proletariats sind, das einen Kampf auf Tod und Leben gegen die Ausbeuter führt.

„Kautskys Büchlein ist hier fast unbekannt“, schreibt mir dieser Tage (heute haben wir den 30. Oktober) ein gut unterrichteter Genosse aus Berlin. Ich würde unseren Botschaftern in Deutschland und der Schweiz raten, sich Tausende nicht leid tun zu lassen für den Ankauf und die *kostenlose Verteilung* dieser Schrift unter die klassenbewußten Arbeiter, um jene „europäische“ — lies: imperialistische und reformistische — Sozialdemokratie, die längst zu einem „stinkenden Leichnam“ geworden ist, in den Schmutz zu treten.

\* \* \*

Am Ende seines Buches, auf Seite 61 und 63, weint Herr Kautsky bitterlich darüber, daß die „neue Theorie“ (so nennt er den Bolschewismus, weil er sich fürchtet, die Analyse der Pariser Kommune durch Marx und Engels zu berühren) „sogar Anhänger in den alten Demokratien findet wie der Schweiz.“ Es ist „unbegreiflich“ für Kautsky, „wenn deutsche Sozialdemokraten ... diese Theorie annehmen“.

Nein, das ist durchaus begreiflich, denn nach den ersten Lehren des Krieges werden sowohl die Scheidemänner als auch die Kautsky den revolutionären Massen zuwider.

„Wir“ waren stets für die Demokratie, schreibt Kautsky, und plötzlich sollten wir uns von ihr lossagen!

„Wir“, die Opportunisten der Sozialdemokratie, waren stets gegen die Diktatur des Proletariats, und die Kolb und Konsorten haben das *längst* offen ausgesprochen. Kautsky weiß das und glaubt vergebens, vor seinen Lesern die offensichtliche Tatsache seiner „Rückkehr in den Schoß“ der Bernstein und Kolb verheimlichen zu können.

„Wir“, die revolutionären Marxisten, haben niemals aus der „reinen“ (bürgerlichen) Demokratie einen Fetisch gemacht. Plechanow war bekanntlich 1903 ein revolutionärer Marxist (bis zu seiner traurigen Wendung, die ihn in die Stellung eines russischen Scheidemann brachte). Und Plechanow erklärte damals auf dem Parteitag, der das Programm annahm, daß das Proletariat in der Revolution nötigenfalls den Kapitalisten das Stimmrecht entziehen und *jedes beliebige Parlament auseinanderjagen* werde, wenn es sich als konterrevolutionär erweisen sollte. Daß eben diese Ansicht einzig und allein dem Marxismus entspricht, wird ein jeder wenigstens aus den von mir weiter oben angeführten Erklärungen von Marx und Engels ersehen, das geht handgreiflich aus allen Grundgedanken des Marxismus hervor.

„Wir“, die revolutionären Marxisten, haben dem Volke nie solche Reden gehalten, wie es die Kautskyaner aller Nationalitäten zu tun liebten, die vor der Bourgeoisie liebbedienten, sich dem bürgerlichen Parlamentarismus anpaßten, den *bürgerlichen* Charakter der heutigen Demokratie verschwiegen und nur *ihre* Erweiterung, *ihre* restlose Durchführung forderten.

„Wir“ haben der Bourgeoisie gesagt: „Ihr Ausbeuter und Heuchler sprecht von Demokratie, während ihr gleichzeitig der Teilnahme der *unterdrückten Massen* an der Politik auf Schritt und Tritt tausend Hindernisse in den Weg legt. Wir nehmen euch beim Wort und fordern im Interesse dieser Massen die Erweiterung *eurer* bürgerlichen Demokratie, *um die Massen zur Revolution vorzubereiten*, um euch Ausbeuter zu stürzen. Und wenn ihr Ausbeuter versuchen solltet, unserer proletarischen Revolution Widerstand zu leisten, so werden wir euch erbarmungslos unterdrücken, werden euch entrechten, mehr noch: wir werden euch kein Brot geben, denn in unserer proletarischen Republik werden die Ausbeuter rechtlos sein, Feuer und Wasser wird ihnen entzogen werden, denn wir sind im Ernst und nicht im Scheidemannschen oder Kautskyschen Sinne Sozialisten.“

So haben „wir“ gesprochen und so werden „wir“ revolutionären Marxisten sprechen, und eben darum werden die unterdrückten Massen für uns und mit uns sein, die Scheidemann und Kautsky dagegen werden auf dem Misthaufen der Renegaten enden.

## WAS IST INTERNATIONALISMUS?

Kautsky hält sich aus tiefster Überzeugung für einen Internationalisten und bezeichnet sich auch als einen solchen. Die Scheidemann

erklärt er für „Regierungssozialisten“. Dadurch, daß Kautsky die Menschewiki in Schutz nimmt (Kautsky sagt nicht geradeheraus, daß er mit ihnen solidarisch ist, vertritt aber vollkommen ihre Auffassungen), offenbarte er sehr anschaulich, von welcher Sorte sein „Internationalismus“ ist. Da aber Kautsky kein Einzelgänger, sondern der Vertreter einer Strömung ist, die in dem Milieu der II. Internationale unvermeidlich entstehen mußte (Longuet in Frankreich, Turati in Italien, Nobs und Grimm, Graber und Naine in der Schweiz, Ramsay Macdonald in England usw.), so wird es lehrreich sein, auf den „Internationalismus“ Kautskys einzugehen.

Kautsky betont, daß auch die Menschewiki in Zimmerwald<sup>88</sup> waren (zweifelsohne eine Legitimation, wenn auch eine ... angefaltete Legitimation), und schildert die Ansichten der Menschewiki, mit denen er einverstanden ist, folgendermaßen:

„... die Menschewiki wollten den allgemeinen Frieden, und sie wollten, daß alle Kriegführenden die Parole annehmen: Keine Annexionen und Kontributionen. Solange dies nicht erreicht sei, solle die russische Armee Gewehr bei Fuß schlagfertig bleiben. Die Bolschewiki dagegen forderten den sofortigen Frieden um jeden Preis, sie waren bereit, wenn es sein müsse, ihn als Sonderfrieden zu schließen, und sie suchten ihn zu erzwingen, indem sie die ohnehin schon große Desorganisation der Armee nach Kräften förderten.“ (S. 27.) Die Bolschewiki hätten, nach der Meinung Kautskys, die Macht nicht an sich reißen und sich mit der Konstituante begnügen sollen.

Also, der Internationalismus Kautskys und der Menschewiki besteht in folgendem: von der imperialistischen bürgerlichen Regierung Reformen verlangen, aber fortfahren, sie zu unterstützen; den von dieser Regierung geführten Krieg nach wie vor unterstützen, bis alle Kriegführenden die Parole angenommen haben: keine Annexionen und Kontributionen. Eine solche Ansicht haben sowohl Turati als auch die Kautskyaner (Haase und andere) und auch Longuet und Konsorten wiederholt geäußert, indem sie erklärten: wir sind für die „Vaterlandsverteidigung“.

Theoretisch ist das die vollkommene Unfähigkeit, sich von den Sozialchauvinisten zu trennen, sowie ein völliger Wirrwarr in der Frage der Vaterlandsverteidigung. Politisch ist das Vertauschen des Internationalismus mit kleinbürgerlichem Nationalismus sowie der Übergang ins Lager des Reformismus, das Verleugnen der Revolution.

Die Anerkennung der „Vaterlandsverteidigung“ ist vom Standpunkt des Proletariats die Rechtfertigung des gegebenen Krieges, die Anerkennung seiner Rechtmäßigkeit. Und da der Krieg (sowohl unter

der Monarchie als auch unter der Republik) ein imperialistischer Krieg bleibt, unabhängig davon, wo im gegebenen Augenblick — in meinem oder im fremden Lande — die feindlichen Truppen stehen, so ist die Anerkennung der Vaterlandsverteidigung *in Wirklichkeit* die Unterstützung der imperialistischen, räuberischen Bourgeoisie, ist völliger Verrat am Sozialismus. In Rußland blieb auch unter Kerenski, in der bürgerlich-demokratischen Republik, der Krieg ein imperialistischer Krieg, denn er wurde von der Bourgeoisie als der herrschenden Klasse geführt (der Krieg ist aber die „Fortsetzung der Politik“); und besonders anschaulich kam der imperialistische Charakter des Krieges in den Geheimverträgen über die Aufteilung der Welt und die Ausplünderung fremder Länder zum Ausdruck, die der gewesene Zar mit den Kapitalisten Englands und Frankreichs geschlossen hatte.

Die Menschewiki betrogen schön die das Volk dadurch, daß sie diesen Krieg einen Verteidigungs- oder revolutionären Krieg nannten, und Kautsky, der die menschewistische Politik gutheißt, billigt damit auch den Betrug am Volke, billigt die Rolle der Kleinbürger, die dem Kapital dadurch dienten, daß sie die Arbeiter prellten und sie vor den Karren der Imperialisten spannten. Kautsky treibt eine typisch spießbürgerliche, philisterhafte Politik, wenn er sich einbildet (und den Massen diesen albernen Gedanken einflößt), das *Aufstellen einer Losung* ändere etwas an der Sache. Die ganze Geschichte der bürgerlichen Demokratie entlarvt diese Illusion: um das Volk zu betrügen, haben die bürgerlichen Demokraten stets die beliebtesten „Losungen“ ausgegeben und geben sie immer aus. Es handelt sich darum, ihre Aufrichtigkeit zu *prüfen*, die Worte mit den *Taten* zu vergleichen, sich nicht mit idealistischen oder marktschreierischen *Phrasen* zufrieden zu geben, sondern zu suchen, der *Klassenrealität* auf den Grund zu kommen. Nicht dann hört der imperialistische Krieg auf, ein imperialistischer Krieg zu sein, wenn Scharlatane, Phrasendrescher oder kleinbürgerliche Philister eine süßliche „Losung“ ausgeben, sondern erst dann, wenn die *Klasse*, die den imperialistischen Krieg führt und mit ihm durch Millionen wirtschaftlicher Fäden (sogar auch Taue) verknüpft ist, tatsächlich *gestürzt* worden ist und wenn die wirklich revolutionäre Klasse, das Proletariat, sie an der Macht ablöst. *Anders ist dem imperialistischen Krieg — und ebenso einem imperialistischen Raubfrieden — unmöglich zu entrinnen.*

Dadurch, daß Kautsky die Außenpolitik der Menschewiki gutheißt und sie als eine internationalistische, als Zimmerwalder Politik bezeichnet, beweist er erstens die ganze Verkommenheit der opportunistischen Zimmerwalder Mehrheit (nicht umsonst haben wir, die

Zimmerwalder *Linke*, uns sofort von einer solchen Mehrheit abgegrenzt!), und zweitens — und das ist die Hauptsache — geht Kautsky von der Position des Proletariats zu der des Kleinbürgertums, von der revolutionären zu einer reformistischen Position über.

Das Proletariat kämpft für den revolutionären Sturz der imperialistischen Bourgeoisie, das Kleinbürgertum für eine reformistische „Vervollkommnung“ des Imperialismus, für die Anpassung an ihn bei *Unterordnung* unter ihn. Als Kautsky noch Marxist war, z. B. im Jahre 1909, als er den „Weg zur Macht“ verfaßte, verfocht er gerade den Gedanken von der Unausbleiblichkeit der *Revolution* im Zusammenhang mit einem Krieg, sprach er von dem Nahen einer *Ära der Revolutionen*. Das Baseler Manifest von 1912 spricht klar und bestimmt von der *proletarischen Revolution* in Verbindung mit eben dem imperialistischen Krieg zwischen der deutschen und der englischen Mächtegruppe, der dann 1914 auch ausgebrochen ist. Und im Jahre 1918, als im Zusammenhang mit dem Krieg die Revolutionen begonnen hatten, da fing Kautsky an, anstatt ihre Unvermeidlichkeit zu erläutern, anstatt über die *revolutionäre* Taktik, über die Methoden und Wege zur Vorbereitung der Revolution nachzusinnen und sie konsequent zu durchdenken, die reformistische Taktik der Menschewiki als Internationalismus zu bezeichnen. Ist das etwa nicht Renegatentum?

Kautsky lobt die Menschewiki, weil sie auf Erhaltung der Kampffähigkeit des Heeres bestanden. Die Bolschewiki tadelt er, weil sie „die ohnehin schon große Desorganisation der Armee“ noch verstärkten. Das heißt den Reformismus und die Unterordnung unter die imperialistische Bourgeoisie loben, die Revolution tadeln, sich von ihr lossagen. Denn die Erhaltung der Kampffähigkeit des Heeres bedeutete und war unter Kerenski die Erhaltung einer Armee unter *bürgerlichem* (wenn auch republikanischem) Kommando. Es ist allgemein bekannt — und der Gang der Ereignisse hat es anschaulich bestätigt —, daß diese republikanische Armee infolge des Kornilowschen Kommando-bestandes den *Kornilow-Geist* bewahrt hatte. Das bürgerliche Offizierkorps mußte vom Kornilow-Geist beseelt sein, mußte zum Imperialismus, zur gewaltsamen Niederhaltung des Proletariats hinneigen. Alle Grundlagen des imperialistischen Krieges, alle Grundlagen der *bürgerlichen* Diktatur beim alten lassen, an Kleinigkeiten herumflicken, Nichtigkeiten ein wenig übertünchen („Reformen“) — darauf lief *in Wirklichkeit* die Taktik der Menschewiki hinaus.

Und umgekehrt. Ohne „Desorganisation“ der Armee ist noch keine große Revolution ausgekommen und kann auch nicht auskommen.



Denn die Armee ist das verknöchertste Werkzeug zur Unterstützung des alten Regimes, das festeste Bollwerk der bürgerlichen Disziplin, ein Werkzeug zur Stützung der Kapitalsherrschaft, zur Erhaltung und Züchtung sklavischer Unterwürfigkeit und Unterordnung der Werktätigen unter das Kapital. Die Konterrevolution hat nie bewaffnete Arbeiter neben der Armee geduldet und konnte sie nicht dulden. In Frankreich, schrieb Engels, waren nach jeder Revolution die Arbeiter bewaffnet; „für die am Staatsruder befindlichen Bourgeois war daher Entwaffnung der Arbeiter erstes Gebot“. Die bewaffneten Arbeiter waren Keim einer *neuen* Armee, Organisationszelle der *neuen* Gesellschaftsordnung. Diese Zelle zu zertreten, sie nicht wachsen zu lassen, war das erste Gebot der Bourgeoisie. Das erste Gebot jeder siegreichen Revolution — Marx und Engels haben das viele Male betont — war: die alte Armee zu zerschlagen, sie aufzulösen, sie durch eine neue zu ersetzen. Eine neue, zur Herrschaft aufsteigende Gesellschaftsklasse konnte niemals und kann auch jetzt nicht diese Herrschaft erlangen und befestigen, ohne das alte Heer völlig zersetzt zu haben („Desorganisation“ — zetern aus diesem Anlaß die reaktionären oder einfach feigen Spießer); ohne eine überaus schwere, qualvolle Zeit ohne jede Armee durchzumachen (diese qualvolle Periode hat auch die große französische Revolution durchgemacht); ohne im harten Bürgerkrieg allmählich die neue Armee, die neue Disziplin, die neue Militärorganisation der neuen Klasse herauszuarbeiten. Der Historiker Kautsky hat das früher begriffen. Der Renegat Kautsky hat es vergessen.

Welches Recht hat Kautsky, die Scheidemänner „Regierungssozialisten“ zu nennen, wenn er die Taktik der Menschewiki in der russischen Revolution *billigt*? Die Menschewiki, die Kerenski unterstützten und in sein Ministerium eintraten, waren genau so Regierungssozialisten. Kautsky könnte sich dieser Schlußfolgerung keinesfalls entziehen, wenn er nur versuchen wollte, die Frage nach der *herrschenden Klasse* aufzuwerfen, die den imperialistischen Krieg führt. Aber Kautsky vermeidet es, die Frage nach der herrschenden Klasse aufzurollen, eine für den Marxisten obligatorische Frage; denn allein die Aufrollung dieser Frage würde den Renegaten entlarven:

Die Kautskyaner in Deutschland, die Longuetisten in Frankreich, die Turati und Konsorten in Italien argumentieren folgendermaßen: der Sozialismus setzt Gleichheit und Freiheit der Nationen, ihre Selbstbestimmung voraus; *darum* ist es Recht und Pflicht der Sozialisten, die Heimat zu verteidigen, wenn man unser Land überfällt oder wenn feindliche Heere in unser Land eingedrungen sind. Eine solche Argumentation ist aber theoretisch entweder eine vollkommene Verhöhnung

des Sozialismus oder ein Gaunertrick, praktisch-politisch jedoch deckt sich diese Argumentation mit der eines ganz unwissenden Bäuerleins, das nicht fähig ist, sich über den sozialen, den Klassencharakter des Krieges und über die Aufgaben einer revolutionären Partei in einem reaktionären Krieg auch nur Gedanken zu machen.

Der Sozialismus ist gegen die Vergewaltigung der Nationen. Das ist unbestreitbar. Aber der Sozialismus ist überhaupt gegen die Gewaltanwendung Menschen gegenüber. Daraus hat jedoch außer den christlichen Anarchisten und Tolstoianern noch niemand gefolgert, daß der Sozialismus gegen die *revolutionäre* Gewalt sei. Von „Gewalt“ schlechthin reden, ohne die Bedingungen zu analysieren, die die reaktionäre von der revolutionären Gewalt unterscheiden, heißt also ein Spießbürger sein, der die Revolution verleugnet, oder heißt einfach sich selbst und andere durch Sophistik betrügen.

Das gleiche gilt auch für die Vergewaltigung von Nationen. Jeder Krieg ist Gewaltanwendung gegenüber Nationen, das hindert aber die Sozialisten nicht, für einen revolutionären Krieg zu sein. Der Klassencharakter des Krieges — das ist die grundlegende Frage, die vor dem Sozialisten auftaucht (wenn er kein Renegat ist). Der imperialistische Krieg von 1914 bis 1918 ist ein Krieg zwischen zwei Gruppen der imperialistischen Bourgeoisie um die Teilung der Welt, um die Teilung der Beute, um die Ausplünderung und Erdrosselung der kleinen und schwachen Nationen. Eine solche Einschätzung des Krieges gab das Baseler Manifest im Jahre 1912, eine solche Einschätzung bestätigten die Tatsachen. Wer diesen Standpunkt in bezug auf den Krieg aufgibt, ist kein Sozialist.

Wenn ein Deutscher unter Wilhelm oder ein Franzose unter Clemenceau sagt: ich als Sozialist habe das Recht und die Pflicht, meine Heimat zu verteidigen, falls der Feind in mein Land eingedrungen ist, so ist das nicht die Argumentation eines Sozialisten, eines Internationalisten, eines revolutionären Proletariers, sondern die eines *kleinbürgerlichen Nationalisten*. Denn in dieser Argumentation verschwindet der revolutionäre Klassenkampf des Arbeiters gegen das Kapital, verschwindet die Einschätzung des *gesamten* Krieges als Ganzes vom Standpunkt der Weltbourgeoisie und des Weltproletariats, d. h. es verschwindet der Internationalismus, und übrig bleibt nur ein armseliger, verknöchertes Nationalismus. Meinem Lande geschieht Unrecht, alles andere geht mich nichts an — darauf läuft eine solche Argumentation hinaus, darin liegt ihre kleinbürgerlich-nationalistische Beschränktheit. Das ist genau so, als wollte jemand aus Anlaß einer individuellen Gewaltanwendung gegenüber einer einzelnen Person

erklären: „Der Sozialismus ist gegen Gewalt, also will ich lieber Verrat üben als im Gefängnis sitzen.“

Der Franzose, der Deutsche oder der Italiener, der da sagt: der Sozialismus ist gegen die Vergewaltigung der Nationen, *deshalb* verteidige ich mich, wenn der Feind in mein Land eingedrungen ist, *übt Verrat* am Sozialismus und Internationalismus. Denn ein solcher Mensch *sieht nur* sein „Land“, stellt „seine“ ... „Bourgeoisie“ über alles, ohne *an die internationalen Zusammenhänge* zu denken, die den Krieg zu einem imperialistischen, die *seine* Bourgeoisie zu einem Glied in der Kette des imperialistischen Raubzuges machen.

Alle Spießbürger und alle stumpfsinnigen und unwissenden Bäuerlein argumentieren gerade so wie die Renegaten, die Kautskyaner, Longuetisten, die Turati und Konsorten, nämlich: in meinem Lande steht der Feind, alles übrige geht mich gar nichts an.\*

Ein Sozialist, ein revolutionärer Proletarier, ein Internationalist argumentiert anders: Der Charakter eines Krieges (ob er ein reaktionärer oder ein revolutionärer Krieg ist) hängt nicht davon ab, wer angegriffen hat und in wessen Land der „Feind“ steht, sondern *davon, welche Klasse* den Krieg führt, welche Politik durch den gegebenen Krieg fortgesetzt wird. Ist der gegebene Krieg ein reaktionärer, imperialistischer Krieg, d. h. ein Krieg, der von zwei Weltgruppen der imperialistischen, gewalttätigen, räuberischen, reaktionären Bourgeoisie geführt wird, so wird jede Bourgeoisie (sogar die eines kleinen Landes) zur Teilnehmerin am Raube, und es ist meine Aufgabe, die Aufgabe eines Vertreters des revolutionären Proletariats, die *proletarische Weltrevolution* als *einzige* Rettung vor den Schrecken des Weltkrieges vorzubereiten. Nicht vom Standpunkt „meines“ Landes darf ich urteilen (denn so würde ein kläglicher Dummkopf, ein nationalistischer Spießurteilen, der nicht versteht, daß er ein Spielzeug in den Händen der imperialistischen Bourgeoisie ist), sondern vom Standpunkt *meiner Teilnahme* an der Vorbereitung, der Propagierung, der Beschleunigung der proletarischen Weltrevolution.

\* Die Sozialchauvinisten (Scheidemann, Renaudel, Henderson, Gompers und Konsorten) lehnen es ab, während des Krieges über die „Internationale“ zu reden. Sie halten die Feinde ihrer Bourgeoisie für „Verräter“ ... am Sozialismus. Sie sind für die Eroberungspolitik ihrer Bourgeoisie. Die Sozialpazifisten (d. h. Sozialisten in Worten, kleinbürgerliche Pazifisten in Taten) bringen alle möglichen „internationalistischen“ Gefühle zum Ausdruck, treten gegen Annexionen auf usw., fahren aber in Wirklichkeit fort, ihre imperialistische Bourgeoisie zu unterstützen. Der Unterschied zwischen den beiden Typen ist nicht ernst zu nehmen, ist von der Art, wie der Unterschied zwischen einem Kapitalisten, der Gift und Galle speit, und einem, der honigsüße Reden hält.

Das ist eben Internationalismus, das ist die Aufgabe eines Internationalisten, eines revolutionären Arbeiters, eines wirklichen Sozialisten. Diese *Binsenwahrheit* hat der Renegat Kautsky „vergessen“. Und sein Renegatentum tritt noch offensichtlicher zutage, wenn er von der Billigung der Taktik der kleinbürgerlichen Nationalisten (der Menschewiki in Rußland, der Longuetisten in Frankreich, der Turati in Italien, der Haase und Konsorten in Deutschland) zur Kritik der bolschewistischen Taktik übergeht. Hier diese Kritik:

„Die bolschewistische Revolution war aufgebaut auf der Voraussetzung, daß sie den Ausgangspunkt bilde zu einer allgemeinen europäischen Revolution; daß die kühne Initiative Rußlands die Proletarier ganz Europas aufrufe, sich zu erheben.

Unter diesen Voraussetzungen war es natürlich gleichgültig, welche Form der russische Separatfriede annahm, welche Verstümmelungen und Lasten er dem russischen Volke auferlegte, welche Auslegung der Selbstbestimmung der Völker er brachte. Dann war es auch gleichgültig, ob Rußland wehrfähig war oder nicht. Die europäische Revolution bildete nach dieser Auffassung die beste Wehr der russischen Revolution, sie mußte allen Völkern auf bisher russischem Gebiet volle und wahre Selbstbestimmung bringen.

Eine Revolution in Europa, die dort den Sozialismus brachte und befestigte, mußte aber auch das Mittel werden, die Hindernisse zu beseitigen, die in Rußland der Durchführung sozialistischer Produktion durch die ökonomische Rückständigkeit des Landes bereitet wurden.

Das war alles sehr logisch gedacht und wohl begründet, sobald man die Voraussetzung zugab: daß die russische Revolution unfehlbar die europäische entfesseln müsse. Was aber dann, wenn es nicht dazu kam? ...

Die Voraussetzung ist bisher nicht eingetroffen. Und nun werden die Proletarier Europas „geklagt, daß sie die russische Revolution im Stiche gelassen und verraten hätten. Es ist eine Anklage gegen Unbekannte, denn wen will man verantwortlich machen für die Haltung des europäischen Proletariats?“ (S. 28.)

Und Kautsky setzt dann des langen und breiten auseinander, daß sich Marx, Engels und Bebel mehr als einmal in bezug auf den Ausbruch der von ihnen erwarteten Revolution geirrt hätten, daß sie aber niemals ihre Taktik auf die Erwartung einer Revolution zu einem „bestimmten Termin“ (S. 29) aufgebaut hätten, während die Bolschewiki sozusagen „alles auf die eine Karte der allgemeinen europäischen Revolution gesetzt hatten“.

Wir haben mit Absicht dieses so lange Zitat angeführt, um dem Leser anschaulich zu zeigen, wie „geschickt“ Kautsky den Marxismus fälscht und ihn durch eine banale und reaktionäre spießbürgerliche Anschauung ersetzt.

Erstens ist es die Methode nicht gerade sehr kluger Leute, dem Gegner eine offensichtliche Dummheit zu unterstellen und sie dann zu widerlegen. Hätten die Bolschewiki ihre Taktik auf die Erwartung aufgebaut, daß die Revolution in den anderen Ländern zu einem

*bestimmten Termin* eintreten würde, so wäre das eine unbestreitbare Dummheit gewesen. Die bolschewistische Partei hat aber diese Dummheit nicht begangen: in meinem Brief an die amerikanischen Arbeiter (20. August 1918)\* grenze ich mich von dieser Dummheit ausdrücklich ab und erkläre, daß wir zwar auf die amerikanische Revolution rechnen, aber nicht zu einem bestimmten Termin. In meiner Polemik gegen die linken Sozialrevolutionäre und „linken Kommunisten“ (Januar-März 1918) habe ich wiederholt den gleichen Gedanken entwickelt. Kautsky beging eine kleine ... ganz kleine Unterstellung, auf die er dann seine Kritik des Bolschewismus aufgebaut hat. Kautsky hat die Taktik, die mit der europäischen Revolution in einem mehr oder minder nahen Zeitraum, aber nicht zu einem bestimmten Termin rechnet, mit der Taktik in einen Topf geworfen, die den Ausbruch der europäischen Revolution zu einem bestimmten Termin erwartet. Eine kleine, ganz kleine Fälschung!

Die zweite Taktik ist eine Dummheit. Die erste ist *obligatorisch* für einen Marxisten, für jeden revolutionären Proletarier und Internationalisten; sie ist *obligatorisch*, denn nur sie zieht marxistisch richtig die durch den Krieg geschaffene objektive Lage in allen europäischen Ländern in Betracht, nur sie allein entspricht den internationalen Aufgaben des Proletariats.

Dadurch, daß Kautsky der wichtigen Frage nach den Grundlagen der revolutionären Taktik überhaupt die belanglose Frage nach jenem Fehler unterschiebt, den die revolutionären Bolschewiki hätten machen können, aber nicht gemacht haben, hat er glücklich die revolutionäre Taktik überhaupt verleugnet!

Renegat in der Politik, *versteht er nicht einmal, theoretisch die Frage nach den objektiven Voraussetzungen einer revolutionären Taktik zu stellen.*

Und damit sind wir beim zweiten Punkt angelangt.

Zweitens. Der Marxist ist verpflichtet, auf die europäische Revolution zu rechnen, wenn eine *revolutionäre Situation* wirklich vorhanden ist. Es ist eine Ab-Wahrheit des Marxismus, daß die Taktik des sozialistischen Proletariats nicht die gleiche sein kann, wenn eine revolutionäre Situation vorliegt und wenn das nicht der Fall ist.

Hätte Kautsky diese für einen Marxisten obligatorische Frage aufgerollt, so hätte er gesehen, daß die Antwort unbedingt gegen ihn ausfallen muß. Lange vor dem Krieg waren sich alle Marxisten, alle Sozialisten darin einig, daß ein europäischer Krieg eine revolutionäre

\* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXIII, S. 224—240. *Der Übers.*

Situation schaffen würde. Als Kautsky noch nicht Renegat war, hat er das klar und bestimmt anerkannt, sowohl 1902 („Die soziale Revolution“) als auch 1909 („Der Weg zur Macht“). Das Baseler Manifest hat sich im Namen der gesamten II. Internationale dazu bekannt: nicht umsonst fürchten die Sozialchauvinisten und Kautskyaner aller Länder (die „Zentristen“, die Leute, die zwischen den Revolutionären und den Opportunisten hin und her schwanken) die entsprechenden Erklärungen im Baseler Manifest wie das Feuer!

Die Erwartung einer revolutionären Situation in Europa war folglich keine Schwärmerei der Bolschewiki, sondern die *allgemeine Ansicht* aller Marxisten. Wenn Kautsky diese unbestreitbare Wahrheit mit solchen Phrasen abtut wie: die Bolschewiki hätten „stets an die Allmacht der Gewalt und des Willens geglaubt“, so ist das einfach eine leere, hohlklingende Phrase, die die Flucht, die schimpfliche Flucht Kautskys vor der Aufrollung der Frage nach der revolutionären Situation *tarnen* soll.

Ferner. Ist die revolutionäre Situation tatsächlich eingetreten oder nicht? Auch diese Frage hat Kautsky nicht aufzurollen vermocht. Auf diese Frage antworten die wirtschaftlichen Tatsachen: der überall durch den Krieg erzeugte Hunger und Ruin bedeutet eine revolutionäre Situation. Auf die gegebene Frage antworten auch die politischen Tatsachen: schon seit 1915 ist in *allen* Ländern der Prozeß der Spaltung der alten, verfaulten sozialistischen Parteien, der Prozeß des *Abschwenkens der Massen* des Proletariats von den sozialchauvinistischen Führern nach links, zu den revolutionären Ideen und Stimmungen, zu den revolutionären Führern klar zutage getreten.

Am 5. August 1918, als Kautsky seine Broschüre schrieb, konnte diese Tatsache nur ein Mensch übersehen, der die Revolution fürchtet, der sie verrät. Heute aber, Ende Oktober 1918, wächst die Revolution in einer *Reihe* von Ländern Europas vor unser aller Augen, und zwar sehr schnell. Der „Revolutionär“ Kautsky, der nach wie vor als Marxist gelten möchte, hat sich als ein kurzsichtiger Philister erwiesen, der — ähnlich den von Marx verspotteten Philistern von 1847 — die nahende Revolution nicht sah!!

Wir sind beim dritten Punkt angelangt.

Drittens. Welches sind die Besonderheiten der revolutionären Taktik unter der Bedingung, daß eine revolutionäre Situation in Europa vorhanden ist? Kautsky, der zum Renegaten geworden ist, fürchtete, diese für einen Marxisten obligatorische Frage aufzuwerfen. Kautsky argumentiert wie ein typischer kleinbürgerlicher Philister oder unwissender Bauer: ist die „allgemeine europäische Revolution“ heran-

gerückt oder nicht? Wenn sie herangerückt ist, so ist *auch er* bereit, Revolutionär zu werden! Aber dann wird sich — wohlgemerkt — jeder Lump (vom Schlage jener Schufte, die sich jetzt mitunter an die siegreichen Bolschewiki anbiedern) für einen Revolutionär erklären!

Wenn nicht, so kehrt Kautsky der Revolution den Rücken! Er hat auch keinen Schimmer von Verständnis für jene Wahrheit, daß sich ein revolutionärer Marxist von einem Spießler und Kleinbürger dadurch unterscheidet, daß er versteht, den unwissenden Massen die Notwendigkeit der heranreifenden Revolution zu *propagieren*, ihre Unvermeidlichkeit zu *beweisen*, ihren Nutzen für das Volk *klarzumachen*, das Proletariat und die gesamten werktätigen und ausgebeuteten Massen auf sie *vorzubereiten*.

Kautsky hat den Bolschewiki den Unsinn zugeschrieben, sie hätten alles auf eine Karte gesetzt, in der Annahme, daß die europäische Revolution in einer bestimmten Frist ausbrechen werde. Dieser Unsinn hat sich gegen Kautsky selbst gerichtet, denn gerade bei ihm stellt sich die Sache so dar: die Taktik der Bolschewiki wäre richtig gewesen, wenn die europäische Revolution am 5. August 1918 ausgebrochen wäre! Eben dieses Datum erwähnt Kautsky als den Zeitpunkt der Abfassung seiner Broschüre. Und als sich einige Wochen nach diesem 5. August klar herausstellte, daß die Revolution in einer Reihe europäischer Länder ausbricht, da offenbarte sich das ganze Renegatentum Kautskys, seine ganze Verfälschung des Marxismus, sein ganzes Unvermögen, revolutionär zu urteilen oder auch nur die Fragen revolutionär zu stellen, in seiner ganzen Herrlichkeit!

Wenn man die Proletarier Europas des Verrates anklage, schreibt Kautsky, so sei das eine Anklage gegen Unbekannte.

Sie irren sich, Herr Kautsky! Schauen Sie in den Spiegel und Sie werden die „Unbekannten“ erblicken, gegen die sich diese Anklage richtet. Kautsky stellt sich naiv, er tut so, als begriffe er nicht, *wer* eine solche Anklage erhebt und *welchen Sinn* sie hat. In Wirklichkeit jedoch weiß Kautsky ausgezeichnet, daß die Anklage von den deutschen „Linken“, den Spartakusleuten, Liebknecht und seinen Freunden, erhoben wurde und erhoben wird. Diese Anklage ist der Ausdruck des *klaren Bewußtseins*, daß das deutsche Proletariat an der russischen (und internationalen) Revolution Verrat beging, als es Finnland, die Ukraine, Lettland und Estland würgte. Diese Anklage richtet sich vor allem und am stärksten nicht gegen die *Masse*, die stets geduckt ist, sondern gegen jene *Führer*, die wie die Scheidemann und Kautsky ihre Pflicht der revolutionären Agitation, der revolutionären Propaganda, der revolutionären Arbeit unter den Massen gegen die Trägheit dieser

Massen *nicht erfüllten*, die faktisch den revolutionären Instinkten und Bestrebungen *zuwiderhandelten*, welche in der Tiefe der Massen der unterdrückten Klasse stets glimmen. Die Scheidemänner verrieten das Proletariat direkt, brutal, zynisch, zum größten Teil aus Eigennutz und gingen auf die Seite der Bourgeoisie über. Die Kautskyaner und Longuetisten taten dasselbe zögernd, schwankend, feige auf den jeweils Stärkeren schauend. Mit all seinen Schriften *erstickte* Kautsky während des Krieges den revolutionären Geist, statt ihn zu fördern, ihn zu entfalten.

Es wird geradezu ein historisches Denkmal für den spießbürgerlichen Stumpfsinn des „durchschnittlichen“ Führers der deutschen offiziellen Sozialdemokratie bleiben, daß Kautsky nicht einmal begreift, welche gewaltige *theoretische Bedeutung* und welche noch größere agitatorische und propagandistische Bedeutung die „Anklage“ gegen die Proletarier Europas hat, daß sie die russische Revolution verraten haben! Kautsky versteht nicht, daß diese „Anklage“ — bei den Zensurverhältnissen im deutschen „Imperium“ — nahezu die einzige Form ist, in der die deutschen Sozialisten, die den Sozialismus nicht verraten haben, Liebknecht und seine Freunde, *ihren Appell an die deutschen Arbeiter* zum Ausdruck bringen, die Scheidemann und Kautsky abzuschütteln, derartige „Führer“ von sich zu stoßen, sich von ihren verblödenden, vulgarisierenden Predigten zu befreien, sich *gegen sie, ohne sie*, über sie hinweg *zur Revolution* zu erheben!

Kautsky versteht das nicht. Wie sollte er auch die Taktik der Bolschewiki verstehen? Kann man von einem Menschen, der sich von der Revolution überhaupt lossagt, erwarten, daß er die Entwicklungsbedingungen der Revolution in einem der „schwierigsten“ Fälle abwäge und werte?

Die Taktik der Bolschewiki war richtig, war die *einzig* internationalistische Taktik, denn sie basierte nicht auf der feigen Furcht vor der Weltrevolution, nicht auf dem spießbürgerlichen „Unglauben“ an sie, nicht auf dem beschränkt-nationalistischen Wunsch, für das „eigene“ Vaterland (das Vaterland der eigenen Bourgeoisie) einzustehen und auf alles andere zu „spucken“, — sie beruhte auf der richtigen (vor dem Krieg, vor dem Renegatentum der Sozialchauvinisten und Sozialpazifisten allgemein anerkannten) *Einschätzung* der europäischen revolutionären Situation. Diese Taktik war allein internationalistisch, denn sie führte ein Höchstmaß dessen durch, was in *einem* Lande für die Entwicklung, Unterstützung, Entfaltung der Revolution *in allen Ländern* durchführbar ist. Diese Taktik ist durch den gewaltigen Erfolg gerechtfertigt worden, denn der Bolschewismus



ist (durchaus nicht wegen der Verdienste der russischen Bolschewiki, sondern kraft der allertiefsten Sympathie der *Massen* allenthalben für eine in der Tat revolutionäre Taktik) zum *Weltbolschewismus* geworden, er hat die Idee, die Theorie, das Programm, die Taktik gegeben, die sich konkret, praktisch vom Sozialchauvinismus und Sozialpazifismus unterscheiden. Der Bolschewismus hat der alten, verfaulten Internationale der Scheidemann und Kautsky, Renaudel und Longuet, Henderson und Macdonald den Todesstoß versetzt, die sich jetzt gegenseitig im Wege stehen, von „Einheit“ träumen und den Leichnam zum Leben zu erwecken suchen werden. Der Bolschewismus hat die ideologischen und taktischen Grundlagen für die III. Internationale, die wirklich proletarische und kommunistische Internationale *geschaffen*, die sowohl die Errungenschaften der Friedensepoche als auch die Erfahrungen der *angebrochenen Epoche der Revolutionen* in Betracht zieht.

Der Bolschewismus hat die Idee der „Diktatur des Proletariats“ in der ganzen Welt popularisiert, hat diese Worte aus dem Lateinischen zunächst ins Russische, dann in *alle* Sprachen der Welt übertragen und an dem Beispiel der *Sowjetmacht* gezeigt, daß die Arbeiter und die armen Bauern *sogar* eines rückständigen Landes, daß selbst die unerfahrensten, ungeschultesten und am wenigsten an Organisation gewöhnten Arbeiter und armen Bauern ein ganzes Jahr lang *imstande* waren, inmitten gigantischer Schwierigkeiten, im Kampfe gegen die (von der Bourgeoisie der *ganzen* Welt unterstützten) Ausbeuter die Macht der Werk tätigen zu wahren, eine ungleich höhere und breitere Demokratie als alle früheren Demokratien der Welt zu schaffen und mit der schöpferischen Arbeit Dutzender Millionen von Arbeitern und Bauern die praktische Verwirklichung des Sozialismus zu *beginnen*.

Der Bolschewismus hat in der Tat die Entwicklung der proletarischen Revolution in Europa und Amerika so stark gefördert, wie es bisher keine einzige Partei in irgendeinem Lande vermochte. Während es den Arbeitern der ganzen Welt von Tag zu Tag klarer wird, daß die Taktik der Scheidemann und Kautsky sie nicht von dem imperialistischen Krieg und von der Lohnklaverei im Dienste der imperialistischen Bourgeoisie erlöst hat, daß diese Taktik als Vorbild für alle Länder ungeeignet ist, — wird es gleichzeitig den Massen der Proletarier aller Länder mit jedem Tage klarer, daß der Bolschewismus den richtigen Weg zur Rettung vor den Schrecken des Krieges und des Imperialismus gewiesen hat, daß der Bolschewismus *als Vorbild der Taktik für alle geeignet ist*.

Nicht nur die proletarische Revolution in ganz Europa, sondern

die proletarische Weltrevolution reift vor aller Augen heran, und der Sieg des Proletariats in Rußland hat sie gefördert, beschleunigt, unterstützt. Ist das alles wenig für den völligen Sieg des Sozialismus? Gewiß ist es wenig. Ein Land kann nicht mehr tun. Aber dieses eine Land hat, dank der Sowjetmacht, doch so viel getan, daß selbst dann, wenn morgen der Weltimperialismus die russische Sowjetmacht, nehmen wir an, durch eine Verständigung zwischen dem deutschen und dem englisch-französischen Imperialismus, erdrosseln sollte, — daß selbst in diesem schlimmsten aller Fälle die bolschewistische Taktik dem Sozialismus einen ungeheuren Nutzen gebracht und das Anwachsen der unbesiegbaren Weltrevolution gefördert haben würde.

### LIEBEDIENEREI VOR DER BOURGEOISIE UNTER DEM SCHEIN EINER „ÖKONOMISCHEN ANALYSE“

Wie schon gesagt, hätte das Buch Kautskys, wenn der Titel den Inhalt richtig wiedergeben sollte, sich nicht „Die Diktatur des Proletariats“, sondern „Nachbetung bürgerlicher Angriffe auf die Bolschewiki“ nennen müssen.

Die alten „Theorien“ der Menschewiki von dem bürgerlichen Charakter der russischen Revolution, d. h. die alte (von Kautsky 1905 *zurückgewiesene*!) Entstellung des Marxismus durch die Menschewiki, sind jetzt von unserem Theoretiker wieder aufgewärmt worden. Man wird auf diese Frage eingehen müssen, so langweilig sie auch für russische Marxisten sein mag.

Die russische Revolution ist eine bürgerliche Revolution, sagten alle Marxisten Rußlands vor 1905. Die Menschewiki, die den Marxismus durch Liberalismus ersetzten, folgerten daraus: also darf das Proletariat nicht über das hinausgehen, was für die Bourgeoisie annehmbar ist, es muß eine Politik der Verständigung mit der Bourgeoisie treiben. Die Bolschewiki erklärten, das sei eine liberal-bürgerliche Theorie. Die Bourgeoisie ist bestrebt, die Reorganisation des Staates auf bürgerliche Weise *reformistisch* und nicht revolutionär zu vollziehen und sowohl die Monarchie als auch den gutsherrlichen Grundbesitz usw. nach Möglichkeit zu erhalten. Das Proletariat muß die bürgerlich-demokratische Revolution zu Ende führen, ohne sich durch den Reformismus der Bourgeoisie „binden“ zu lassen. Das Kräfteverhältnis der *Klassen* in der bürgerlichen Revolution formulierten die Bolschewiki folgendermaßen: das Proletariat, das die Bauernschaft um sich vereinigt, neutralisiert die libereale Bourgeoisie und zerstört die

Monarchie, das Mittelalterliche, den gutsherrlichen Grundbesitz vollständig.

In dem Bündnis des Proletariats mit der Bauernschaft *überhaupt* tritt auch der bürgerliche Charakter der Revolution zutage, denn die Bauern überhaupt sind Kleinproduzenten, die auf dem Boden der Warenproduktion stehen. Weiterhin, fügten damals schon die Bolschewiki hinzu, zieht das Proletariat das *gesamte Halbproletariat* (alle Ausgebeuteten und Werktätigen) zu sich herüber, neutralisiert die mittlere Bauernschaft und *stürzt* die Bourgeoisie: darin besteht die sozialistische Revolution zum Unterschied von der bürgerlich-demokratischen. (Siehe meine Broschüre aus dem Jahre 1905: „Zwei Taktiken“, nachgedruckt in dem Sammelband: „Zwölf Jahre“, Petersburg 1907.)

Kautsky nahm 1905 an dieser Diskussion indirekt teil; auf eine Anfrage des damaligen Menschewiken Plechanow sprach er sich dem Wesen der Sache nach *gegen* Plechanow aus, was damals den besonderen Spott der bolschewistischen Presse hervorrief. Jetzt erwähnt Kautsky *mit keinem Sterbenswort* die damaligen Diskussionen (er fürchtet, durch seine eigenen Äußerungen bloßgestellt zu werden!) und nimmt dadurch dem deutschen Leser jede Möglichkeit, das Wesen der Sache zu begreifen. Herr Kautsky *konnte* den deutschen Arbeitern 1918 *nicht* erzählen, wie er 1905 für ein Bündnis der Arbeiter mit den Bauern, und nicht mit der liberalen Bourgeoisie gewesen war, und unter welchen Bedingungen er dieses Bündnis verteidigt, was für ein Programm er für dieses Bündnis entworfen hatte.

Kautsky, der sich zurückentwickelt hat, verteidigt heute unter dem Schein einer „ökonomischen Analyse“ mit arroganten Phrasen über „historischen Materialismus“ die Unterwerfung der Arbeiter unter die Bourgeoisie, indem er mit Hilfe von Zitaten aus den Schriften des Menschewiken Maslow<sup>59</sup> die alten liberalen Ansichten der Menschewiki wiederkaut; dabei wird mit Zitaten der neue Gedanke von der Rückständigkeit Rußlands bewiesen und aus diesem neuen Gedanken eine alte Schlußfolgerung gezogen in dem Sinne, man dürfe in einer bürgerlichen Revolution nicht weiter gehen als die Bourgeoisie! Und das trotz allem, was Marx und Engels beim Vergleich der bürgerlichen Revolution von 1789—1793 in Frankreich mit der bürgerlichen Revolution von 1848 in Deutschland gesagt haben!

Bevor wir zum wichtigsten „Argument“ und zum Hauptinhalt der „ökonomischen Analyse“ Kautskys übergehen, wollen wir bemerken, daß gleich die ersten Sätze einen grotesken Gedankenwirrwarr oder mangelnde Durchdachtheit der Gedanken des Verfassers offenbaren.

„Die ökonomische Grundlage Rußlands“, verkündet unser „Theoretiker“, „ist heute noch die Landwirtschaft, und zwar der bäuerliche Kleinbetrieb. Von ihm leben etwa vier Fünftel, vielleicht sogar fünf Sechstel seiner Bewohner.“ (S. 45.) Erstens, mein lieber Theoretiker, haben Sie darüber nachgedacht, wie groß die Zahl der Ausbeuter unter dieser Masse von Kleinproduzenten sein mag? Gewiß nicht größer als ein Zehntel ihrer Gesamtzahl, und in den Städten noch weniger, denn dort ist die Großproduktion stärker entwickelt. Nehmen Sie sogar eine unwahrscheinlich große Zahl, nehmen Sie an, daß ein Fünftel der Kleinproduzenten Ausbeuter sind, die das Stimmrecht verlieren. Auch dann ergibt sich, daß die 66 Prozent-Bolschewiki auf dem V. Sowjetkongreß die *Mehrheit der Bevölkerung* vertraten. Dem ist noch hinzuzufügen, daß unter den linken Sozialrevolutionären stets ein beträchtlicher Teil für die Sowjetmacht war, d. h. im Prinzip waren *alle* linken Sozialrevolutionäre für die Sowjetmacht, und als ein Teil von ihnen sich im Juli 1918 auf das Abenteuer des Aufstandes einließ, da sonderten sich von ihrer alten Partei zwei neue Parteien ab — die „Volkstümmer-Kommunisten“ und die „Revolutionären Kommunisten“ (darunter waren angesehene linke Sozialrevolutionäre, die noch die alte Partei auf die wichtigsten Posten im Staate gestellt hatte; zu der ersteren gehörte z. B. Sachs, zur letzteren Kolegajew). Kautsky hat folglich selber — unversehens! — die lachhafte Mär widerlegt, daß hinter den Bolschewiki die Minderheit der Bevölkerung stehe.

Zweitens, mein lieber Theoretiker, haben Sie bedacht, daß der bäuerliche Kleinproduzent *unvermeidlich* zwischen Proletariat und Bourgeoisie hin und her schwankt? Diese durch die ganze neueste Geschichte Europas bestätigte marxistische Wahrheit hat Kautsky sehr zur rechten Zeit „vergessen“, denn sie zerschlägt restlos die ganze von ihm wiederholte menschwistische „Theorie“! Hätte Kautsky das nicht „vergessen“, so könnte er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats in einem Lande, in dem die bäuerlichen Kleinproduzenten überwiegen, nicht verneinen.

Betrachten wir nun den Hauptinhalt der „ökonomischen Analyse“ unseres Theoretikers.

Daß die Sowjetmacht eine Diktatur ist, ist unbestreitbar, sagt Kautsky. „Aber ob gerade Diktatur des *Proletariats*?“ (S. 34.)

„Sie (die Bauern) bilden unter der Sowjetverfassung die Mehrheit der zur Teilnahme an der Gesetzgebung und Regierung berechtigten Bevölkerung. Was uns als Diktatur des *Proletariats* hingestellt wird, würde sich, wenn es konsequent durchgeführt würde und eine Klasse überhaupt direkt die Diktatur auszuüben vermöchte, was nur einer Partei möglich ist, zu einer Diktatur der *Bauernschaft* gestalten.“ (S. 35.)

Und, außerordentlich zufrieden mit dieser tiefsinnigen und geistreichen Argumentation, versucht der gute Kautsky zu witzeln: „Es scheint also, als sei die schmerzloseste Durchführung des Sozialismus dann gesichert, wenn sie in die Hände der Bauern gelegt wird.“ (S. 35.)

Sehr ausführlich, an Hand einer ganzen Reihe außerordentlich gelehrter Zitate aus Publikationen des halbliberalen Maslow, beweist unser Theoretiker den neuen Gedanken, daß die Bauern an hohen Getreidepreisen, an niedrigen Löhnen der städtischen Arbeiter u. a. m. interessiert seien. Diese neuen Gedanken werden, nebenbei bemerkt, um so langweiliger dargelegt, je geringere Beachtung den wirklich neuen Erscheinungen der Nachkriegszeit geschenkt wird, z. B. der Tatsache, daß die Bauern für Getreide nicht Geld, sondern Waren fordern, daß es ihnen an Geräten mangelt, die man um keinen Preis in genügender Anzahl bekommen kann. Darauf kommen wir noch besonders zu sprechen.

Kautsky beschuldigt also die Bolschewiki, die Partei des Proletariats, daß sie die Diktatur, die Durchführung des Sozialismus in die Hände der kleinbürgerlichen Bauernschaft gelegt habe. Ausgezeichnet, Herr Kautsky! Welcher Art sollten denn nach Ihrer erleuchteten Meinung die Beziehungen der Partei des Proletariats zur kleinbürgerlichen Bauernschaft sein?

Unser Theoretiker hat es vorgezogen, sich darüber auszuschweigen, wohl eingedenk des Sprichwortes: „Reden ist Silber, Schweigen ist Gold.“ Durch die folgende Erörterung aber hat sich Kautsky selbst verraten:

„In ihren (der Sowjetrepublik) Anfängen bildeten die bäuerlichen Sowjets die Organisation der *Bauernschaft* überhaupt. Heute verkündet sie, die Sowjets stellten die Organisationen der Proletarier und der *armen* Bauern dar. Die Wohlhabenden verlieren das Wahlrecht zu den Sowjets. Der arme Bauer wird hier als dauerndes und massenhaftes Produkt der sozialistischen Agrarreform der ‚Diktatur des Proletariats‘ anerkannt.“ (S. 48.)

Welch tödliche Ironie! Man kann sie in Rußland von jedem beliebigen Bourgeois zu hören bekommen: voller Schadenfreude spotten sie alle darüber, daß die Sowjetrepublik offen die Existenz armer Bauern zugibt. Sie lachen über den Sozialismus. Das ist ihr gutes Recht. Ein „Sozialist“ aber, der darüber lachen kann, daß es bei uns nach dem überaus verheerenden vierjährigen Kriege arme Bauern gibt — und noch lange geben wird —, ein solcher „Sozialist“ konnte nur in einer Atmosphäre des Massenrenegatentums entstehen.

Man höre weiter:

„Sie (die Sowjetrepublik) greift allerdings in das Verhältnis zwischen reicheren und ärmeren Bauern ein, jedoch nicht durch eine neue Bodenverteilung. Um dem Mangel der Städter an Lebensmitteln abzuhelpfen, wurden Abteilungen bewaffneter Arbeiter auf die Dörfer geschickt, die den reicheren Bauern ihren Überschuß an Lebensmitteln abnahmen. Ein Teil wurde der städtischen Bevölkerung zugewiesen, ein Teil den ärmeren Bauern.“ (S. 48.)

Selbstverständlich, der Sozialist und Marxist Kautsky ist tief empört bei dem Gedanken, daß sich eine solche Maßnahme über die Umgebung der größeren Städte hinaus erstrecken könnte (sie erstreckt sich aber bei uns auf das ganze Land). Der Sozialist und Marxist Kautsky bemerkt belehrend mit der unnachahmlichen, unvergleichlichen, entzückenden Kaltblütigkeit (oder mit dem Stumpsinn) eines Philisters: ... „Nur tragen sie (die Expropriierungen wohlhabender Bauern) ein neues Element der Unruhe und des Bürgerkrieges in den Produktionsprozeß hinein“ ... (der in den „Produktionsprozeß“ hineingetragene Bürgerkrieg — das ist schon etwas Übernatürliches!) ... „der zu seiner Gesundung der Ruhe und Sicherheit dringend bedarf.“ (S. 49.)

Ja, ja, über die Ruhe und Sicherheit der Ausbeuter und Getreidespekulanten, die die Getreideüberschüsse verstecken, das Gesetz über das Getreidemonopol durchbrechen und die städtische Bevölkerung dem Hunger ausliefern — darüber muß der Marxist und Sozialist Kautsky selbstverständlich seufzen und Tränen vergießen. Wir alle sind Sozialisten, Marxisten und Internationalisten — schreien im Chor die Herren Kautsky, Heinrich Weber (Wien), Longuet (Paris), Macdonald (London) usw. —, wir alle sind für die Revolution der Arbeiterklasse, aber ... aber nur so, daß die Ruhe und Sicherheit der Getreidespekulanten nicht gestört werde! Und diese schmutzige Liebedienerei vor den Kapitalisten tarnen wir durch den „marxistischen“ Hinweis auf den „Produktionsprozeß“ ... Wenn das Marxismus ist, was nennt man dann Lakaientum gegenüber der Bourgeoisie?

Man sehe, was da bei unserem Theoretiker herausgekommen ist. Er beschuldigt die Bolschewiki, sie gäben die Diktatur der Bauernschaft für die Diktatur des Proletariats aus. Und gleichzeitig beschuldigt er uns, daß wir den Bürgerkrieg ins Dorf tragen (was wir uns als *Verdienst* anrechnen), daß wir bewaffnete Arbeiterabteilungen aufs Dorf schicken, die offen verkünden, daß sie die „Diktatur des Proletariats und der armen Bauern“ verwirklichen, den letzteren helfen und bei den Spekulanten und Großbauern das überschüssige Getreide enteignen, das diese unter Verletzung des Gesetzes über das Getreidemonopol verstecken.

Einerseits tritt unser marxistischer Theoretiker für die reine Demo-

kratie ein, für die Unterordnung der revolutionären Klasse, der Führerin der Werktätigen und Ausgebeuteten, unter die Mehrheit der Bevölkerung (einschließlich also auch der Ausbeuter). Andererseits setzt er *gegen uns* die Unvermeidlichkeit des bürgerlichen Charakters der Revolution auseinander, bürgerlich deshalb, weil die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit auf dem Boden der bürgerlichen gesellschaftlichen Verhältnisse steht; gleichzeitig erhebt er aber Anspruch darauf, den proletarischen, marxistischen Klassenstandpunkt zu vertreten!

Anstatt einer „ökonomischen Analyse“ — ein Brei und ein Wirrwarr erster Sorte. Anstatt Marxismus — Bruchstücke liberaler Lehren und die Predigt des Lakaientums gegenüber der Bourgeoisie und den Kulaken.

Die durch Kautsky verwirrte Frage haben die Bolschewiki bereits 1905 völlig geklärt. Ja, unsere Revolution ist eine bürgerliche, *solange wir mit der Bauernschaft in ihrer Gesamtheit zusammengehen*. Das erkannten wir klipp und klar, das haben wir seit 1905 hunderte und tausende Male gesagt, und niemals haben wir versucht, diese notwendige Stufe des historischen Prozesses zu überspringen oder durch Dekrete zu beseitigen. Die krampfhaften Bemühungen Kautskys, uns in diesem Punkt „bloßzustellen“, stellen nur die Verworrenheit seiner Ansichten und seine Furcht bloß, sich an das zu erinnern, was er 1905 geschrieben hat, als er noch kein Renegat war.

Aber im Jahre 1917, seit *April*, lange vor der Oktoberrevolution, bevor wir die Macht ergriffen, sagten wir dem Volk offen und klärten es darüber auf, daß die Revolution nunmehr dabei nicht stehenbleiben könne, denn das Land ist vorwärtsgegangen, der Kapitalismus hat Fortschritte gemacht, unerhörte Ausmaße hat die Zerrüttung angenommen, die (ob man will oder nicht) weitere Schritte vorwärts zum *Sozialismus* erfordert. Denn es ist *unmöglich*, anders vorwärtszukommen, anders das durch den Krieg erschöpfte Land zu retten, anders die Qualen der Werktätigen und Ausgebeuteten *zu mildern*.

Und es kam denn auch so, wie wir gesagt hatten. Der Verlauf der Revolution hat die Richtigkeit unserer Argumentation bestätigt. *Zuerst* zusammen mit der „gesamten“ Bauernschaft gegen die Monarchie, gegen die Gutsbesitzer, gegen das Mittelalterliche (und insoweit bleibt die Revolution eine bürgerliche, bürgerlich-demokratische Revolution). *Dann* zusammen mit der armen Bauernschaft, zusammen mit dem Halbproletariat, zusammen mit allen Ausgebeuteten *gegen den Kapitalismus*, einschließlich der Dorfreichen, der Kulaken, der Spekulanten, und insofern wird die Revolution zu einer *sozialistischen* Revolution. Der Versuch, künstlich eine chinesische Mauer zwischen dieser und jener

aufzurichten, sie voneinander durch etwas *anderes* zu trennen als durch den Grad der Schulung des Proletariats und den Grad seines Zusammenschlusses mit der Dorfarmut, ist die größte Entstellung des Marxismus, seine Vulgarisierung, seine Ersetzung durch den Liberalismus. Das würde bedeuten, durch quasigelehrte Hinweise auf die Fortschrittlichkeit der Bourgeoisie im Verhältnis zu dem Mittelalterlichen eine gegenüber dem sozialistischen Proletariat reaktionäre Verteidigung der Bourgeoisie einzuschmuggeln.

Die Sowjets sind unter anderem gerade deshalb eine unermeßlich höhere Form und ein höherer Typus der Demokratie, weil sie dadurch, daß sie *die Masse der Arbeiter und Bauern* zusammenschließen und in die Politik hineinziehen, ein dem „Volke“ (in dem Sinne, wie Marx 1871 von einer wirklichen Volksrevolution sprach) überaus nahes, äußerst empfindliches Barometer der Entwicklung und des Wachstums der politischen Reife, der Klassenreife der Massen bilden. Die Sowjetverfassung ist nicht nach irgendeinem „Plan“ ausgearbeitet, nicht in Studierstuben verfaßt und den Werktätigen durch bürgerliche Juristen aufgedrängt worden. Nein, diese Verfassung *erwuchs* aus dem Entwicklungsgang des *Klassenkampfes*, in dem Maße, wie die *Klassengegensätze* heranreiften. Gerade die Tatsachen, die Kautsky zugeben muß, bewiesen das.

Anfangs umfaßten die Sowjets die Bauernschaft in ihrer Gesamtheit. Die Unreife, Rückständigkeit, Unwissenheit gerade der armen Bauern gab die Führung in die Hände der Kulaken, der Begüterten, der Kapitalisten, des Kleinbürgertums, der kleinbürgerlichen Intellektuellen. Das war die Zeit der Herrschaft des Kleinbürgertums, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre (diese und jene für Sozialisten halten, können nur Dummköpfe oder Renegaten vom Schlage Kautskys). Das Kleinbürgertum schwankte unvermeidlich, unausbleiblich zwischen der Diktatur der Bourgeoisie (Kerenski, Kornilow, Sawinkow) und der Diktatur des Proletariats, denn die grundlegenden Eigentümlichkeiten seiner ökonomischen Stellung machen es zu irgendwelchem selbständigen Handeln unfähig. Beiläufig bemerkt, Kautsky sagt sich völlig vom Marxismus los, wenn er sich bei der Analyse der russischen Revolution auf den juristischen, formalen Begriff der „Demokratie“ beschränkt, der der Bourgeoisie zur Tarnung ihrer Herrschaft und zum Betrug der Massen dient, und wenn er *vergißt*, daß „Demokratie“ in Wirklichkeit manchmal die *Diktatur der Bourgeoisie* bedeutet, manchmal den ohnmächtigen Reformismus des Kleinbürgertums, das sich dieser Diktatur unterordnet usw. Nach Kautsky gab es in dem kapitalistischen Lande bürgerliche Parteien, gab es eine



proletarische Partei (die Bolschewiki), die die Mehrheit des Proletariats, die proletarische Masse, hinter sich hatte, *aber es gab keine* kleinbürgerlichen Parteien! Die Menschewiki und Sozialrevolutionäre hätten *keine Klassengrundlage* gehabt, wären nicht im Kleinbürgertum verwurzelt gewesen!

Die Schwankungen des Kleinbürgertums, der Menschewiki und der Sozialrevolutionäre, haben die Massen aufgeklärt und sie in ihrer ungeheuren Mehrheit — alle „unteren Schichten“, alle Proletarier und Halbproletarier — von diesen „Führern“ abgestoßen.

In den Sowjets erhielten die Bolschewiki das Übergewicht (in Petrograd und Moskau gegen Oktober 1917), in den Reihen der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki vertiefte sich die Spaltung.

Die siegreiche bolschewistische Revolution bedeutete das Ende der Schwankungen, bedeutete die völlige Zerstörung der Monarchie und des gutsherrlichen Grundbesitzes (bis zur Oktoberrevolution war er *nicht* zerstört). Die *bürgerliche* Revolution wurde von uns *zu Ende* geführt. Die *gesamte* Bauernschaft ging mit uns. Ihr Gegensatz zum sozialistischen Proletariat konnte nicht im Nu zutage treten. Die Sowjets umfaßten die Bauernschaft *überhaupt*. Die Klassenteilung innerhalb der Bauernschaft war noch nicht herangereift, trat noch nicht zutage.

Dieser Prozeß kam im Sommer und Herbst 1918 zur Entwicklung. Der tschechoslowakische konterrevolutionäre Aufstand rüttelte die Kulaken auf. Durch Rußland lief eine Welle von Kulakenaufständen. Die arme Bauernschaft lernte nicht aus Büchern, nicht aus Zeitungen, *sondern aus dem Leben*, daß ihre Interessen mit denen der Kulaken, der Reichen, der Dorfbourgeoisie nicht zu versöhnen sind. Die „linken Sozialrevolutionäre“ widerspiegelten, wie jede kleinbürgerliche Partei, die Schwankungen der Massen, und eben im Sommer 1918 spalteten sie sich: der eine Teil ging mit den Tschechoslowaken (der Aufstand in Moskau, als Proschjan das Telegraphenamt — für eine Stunde! — besetzte und Rußland den Sturz der Bolschewiki verkündete, dann der Verrat Murawjows, des Oberbefehlshabers der Armee gegen die Tschechoslowaken, usw.), der andere, oben erwähnte Teil, blieb bei den Bolschewiki.

Die Verschärfung der Lebensmittelnot in den Städten verlangte immer dringender die Einführung des Getreidemonopols (dieses „vergißt“ der Theoretiker Kautsky in seiner ökonomischen Analyse, in der er den vor zehn Jahren bei Maslow herausgelesenen alten Kram wiederholt)!

Der alte Staat der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie, ja sogar der

demokratisch-republikanische Staat schickte ins Dorf bewaffnete Abteilungen, die faktisch der Bourgeoisie zur Verfügung standen. Davon weiß Herr Kautsky nichts! Darin erblickt er keine „Diktatur der Bourgeoisie“. Gott bewahre! Das ist „reine Demokratie“, besonders wenn ein bürgerliches Parlament seinen Segen dazu gegeben hätte! Daß Awxentjew und S. Maslow<sup>60</sup> in trauter Gemeinschaft mit Kerenski, Zereteli und ähnlichem Volk der Sozialrevolutionäre und Menschewiki im Sommer und Herbst 1917 die Mitglieder der Bodenkomitees verhaften ließen — davon hat Kautsky „nichts gehört“, darüber schweigt er!

Die Sache ist einfach die, daß der bürgerliche Staat, der die Diktatur der Bourgeoisie vermittels der demokratischen Republik verwirklicht, vor dem Volke nicht zugeben kann, daß er der Bourgeoisie dient, er kann die Wahrheit nicht sagen, er ist gezwungen, zu heucheln.

Ein Staat vom Typus der Kommune aber, der Sowjetstaat, sagt dem Volke offen und unumwunden die *Wahrheit* und erklärt ihm, daß er die Diktatur des Proletariats und der armen Bauernschaft ist; und gerade durch diese Wahrheit gewinnt er Millionen und aber Millionen neuer Bürger für sich, die in jeder beliebigen demokratischen Republik geduckt worden waren, die durch die Sowjets in die Politik, in die *Demokratie*, in die Verwaltung des Staates hineingezogen werden. Die Sowjetrepublik schickt bewaffnete Arbeiterabteilungen ins Dorf; in erster Linie die fortgeschritteneren Arbeiter der Hauptstädte. Diese Arbeiter tragen den Sozialismus ins Dorf, ziehen die Dorfarmut auf ihre Seite, organisieren sie und klären sie auf, helfen ihr, *den Widerstand der Bourgeoisie zu unterdrücken*.

Alle, die die Dinge kennen und im Dorfe waren, sagen, daß unser Dorf erst im Sommer und Herbst 1918 die „Oktoberrevolution“ (d. h. die proletarische Revolution) *selbst* durchmacht. Es tritt eine Wendung ein. Die Welle der Kulakenaufstände wird von dem Aufschwung der Dorfarmut, von dem Anwachsen der „Komitees der Dorfarmut“ abgelöst. In der Armee wächst die Zahl der Kommissare, Offiziere, Divisions- und Armeekommandeure aus den Reihen der Arbeiter. Während Kautsky, durch die Julikrise (1918) und das Geheul der Bourgeoisie aufgeschreckt, geschäftig hinter ihr herläuft und eine ganze Broschüre schreibt, die von der Überzeugung getragen ist, daß die Bolschewiki am Vorabend ihres Sturzes durch die Bauernschaft stehen, während Kautsky in der Absplitterung der linken Sozialrevolutionäre eine „Verengung“ (S. 37) des Kreises jener erblickt, die die Bolschewiki unterstützen, wächst der *wirkliche* Kreis der Anhänger des Bolschewismus ins *Unermeßliche*, denn Millionen und aber Millionen der Dorfarmut erwachen zu *selbständigem* politischen Leben und befreien

sich von der Vormundschaft und dem Einfluß der Kulaken und der Dorfbourgeoisie.

Wir haben Hunderte von linken Sozialrevolutionären, charakterlosen Intellektuellen und Kulaken aus den Reihen der Bauern verloren, haben aber Millionen Vertreter der Dorfarmut gewonnen.\*

Ein Jahr nach der proletarischen Revolution in den Hauptstädten hat sich unter ihrem Einfluß und mit ihrer Hilfe die proletarische Revolution in den abgelegensten ländlichen Winkeln vollzogen, sie hat die Sowjetmacht und den Bolschewismus endgültig gefestigt und endgültig bewiesen, daß es im Innern des Landes keine Kräfte gegen ihn gibt.

Nachdem das Proletariat Rußlands zusammen mit der Bauernschaft überhaupt die bürgerlich-demokratische Revolution vollendet hatte, ging es endgültig zur sozialistischen Revolution über, als es ihm gelang, das Dorf zu spalten, die Proletarier und Halbproletarier zu sich herüberzuziehen und sie zum Kampf gegen die Kulaken und die Bourgeoisie, einschließlich der bäuerlichen Bourgeoisie, zusammenzuschließen.

Hätte das bolschewistische Proletariat der Hauptstädte und der großen Industriezentren es nicht verstanden, die Dorfarmut gegen die reichen Bauern um sich zu scharen, dann wäre damit die „Unreife“ Rußlands für die sozialistische Revolution bewiesen worden, dann wäre die Bauernschaft ein „Ganzes“, d. h. unter der wirtschaftlichen, politischen und geistigen Führung der Kulaken, der Reichen, der Bourgeoisie geblieben, dann hätte die Revolution nicht die Grenzen der bürgerlich-demokratischen Revolution überschritten. (Aber auch damit wäre — in Parenthese gesagt — nicht bewiesen, daß das Proletariat die Macht nicht hätte ergreifen dürfen, denn nur das Proletariat hat die bürgerlich-demokratische Revolution wirklich zu Ende geführt, nur das Proletariat hat etwas Ernsthaftes für das Herannahen der proletarischen Weltrevolution getan, nur das Proletariat hat den Sowjetstaat geschaffen, der nach der Kommune der zweite Schritt zum sozialistischen Staat ist.)

Hätte andererseits das bolschewistische Proletariat versucht, gleich im Oktober-November 1917, ohne die Klassendifferenzierung im Dorfe abzuwarten, ohne sie *vorbereitet* und durchgeführt zu haben, versucht, den Bürgerkrieg oder die „Einführung des Sozialismus“ im Dorf zu „dekretieren“, hätte es versucht, ohne einen zeitweiligen Block (ein Bündnis) mit der gesamten Bauernschaft, ohne eine Reihe von Zu-

\* Auf dem VI. Sowjetkongreß (7.—9. November 1918) waren 967 Delegierte mit beschließender Stimme anwesend, davon 950 Bolschewiki, und 351 Delegierte mit beratender Stimme, davon 335 Bolschewiki. Insgesamt 97 Prozent Bolschewiki.

geständnissen an den Mittelbauer usw. auszukommen, so wäre das eine blanquistische Entstellung des Marxismus gewesen, wäre der Versuch einer Minderheit, der Mehrheit ihren Willen aufzuzwingen, ein theoretischer Widersinn und ein Nichtverstehen dessen gewesen, daß eine Revolution der gesamten Bauernschaft *noch* eine bürgerliche Revolution ist und daß es in einem rückständigen Lande *ohne eine Reihe von Übergängen, von Übergangsstufen* nicht möglich ist, diese zu einer sozialistischen zu machen.

Kautsky hat in der höchst wichtigen theoretischen und politischen Frage *alles* durcheinandergeworfen und sich in der Praxis einfach als Lakai der Bourgeoisie erwiesen, der gegen die Diktatur des Proletariats zetert.

\* \* \*

Eine ebensolche, wenn nicht noch größere Verwirrung hat Kautsky in einer anderen, höchst interessanten und wichtigen Frage angerichtet, nämlich in der Frage, ob die *gesetzgeberische* Tätigkeit der Sowjetrepublik bei der Umgestaltung der Agrarverhältnisse, dieser äußerst schwierigen und gleichzeitig sehr wichtigen sozialistischen Umgestaltung, im Prinzip richtig angepackt und dann zweckmäßig durchgeführt worden ist. Wir wären jedem westeuropäischen Marxisten unendlich dankbar, wenn er nach Kenntnisnahme auch nur der wichtigsten Dokumente eine *Kritik* unserer Politik gäbe, denn damit würde er uns außerordentlich helfen, würde auch der in der ganzen Welt heranreifenden Revolution helfen. Kautsky aber gibt statt einer solchen Kritik einen heillosen theoretischen Wirrwarr, der den Marxismus in Liberalismus verwandelt, und bringt praktisch nichts als leere, boshafte, spießerhafte Ausfälle gegen die Bolschewiki. Der Leser urteile selbst:

„Der Großgrundbesitz wurde durch die Revolution unhaltbar. Das trat sofort klar zutage. Ihn der bäuerlichen Bevölkerung zu übergeben, wurde unvermeidlich ...“ (Das stimmt nicht, Herr Kautsky: Sie setzen das für Sie „Klare“ an die Stelle des Verhaltens der verschiedenen *Klassen* zu dieser Frage; die Geschichte der Revolution hat bewiesen, daß die Regierung der Koalition des Bourgeois mit dem Kleinbürger, mit den Menschewiki und Sozialrevolutionären, eine Politik der Erhaltung des Großgrundbesitzes getrieben hat. Das haben insbesondere das Gesetz S. Maslows und die Verhaftungen der Mitglieder der Bodenkomitees bewiesen. Ohne die Diktatur des Proletariats hätte die „bäuerliche Bevölkerung“ den Gutsbesitzer, der sich mit dem Kapitalisten vereinigt hatte, nicht besiegt.)

„... Indes war man keineswegs einig darüber, in welchen Formen

das geschehen sollte. Verschiedene Lösungen waren denkbar ...“ (Kautsky ist vor allem um das „einig sein“ der „Sozialisten“ besorgt, wer immer sich diesen Namen auch beilegen mag. Daß die Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft zu verschiedenen Entscheidungen kommen müssen, vergißt er.) „... Vom sozialistischen Standpunkt die rationellste wäre die gewesen, die Großbetriebe in Staatsbesitz zu übernehmen und durch die Bauern, die in ihnen bisher als Lohnarbeiter tätig gewesen waren, nun in genossenschaftlichen Formen bearbeiten zu lassen. Indessen setzt diese Lösung eine Landarbeiter-schaft voraus, wie sie Rußland nicht besitzt. Eine andere Lösung hätte dahin gehen können, daß der Großgrundbesitz in Staatseigentum übergang, jedoch in kleine Güter verteilt wurde, die von den landarmen Bauern in Pacht genommen wurden. Da wäre noch etwas vom Sozialismus dabei verwirklicht worden.“

Kautsky zieht sich, wie immer, mit dem berühmten „einerseits — andererseits“ aus der Affäre. Er stellt verschiedene Lösungen *nebeneinander*, ohne daß ihm der Gedanke — der einzig reale, einzig marxistische Gedanke — kommt, welches die *Übergangsstufen* vom Kapitalismus zum Kommunismus unter den und den *besonderen Verhältnissen* sein müssen. In Rußland gibt es landwirtschaftliche Lohnarbeiter, aber ihrer sind wenige, und die von der Sowjetregierung *aufgeworfene* Frage des Überganges zur Bodenbearbeitung durch Kommunen und Genossenschaften hat Kautsky nicht berührt. Das Sonderbarste ist jedoch, daß Kautsky in der Verpachtung kleiner Güter „etwas vom Sozialismus“ erblicken will. In Wirklichkeit ist das eine *kleinbürgerliche* Lösung, und „vom Sozialismus“ gibt es hier *keine Spur*. Ist der den Boden verpachtende „Staat“ *nicht* ein Staat vom Typus der Kommune, sondern eine parlamentarische bürgerliche Republik (eben das ist die ständige Voraussetzung Kautskys), so wird die Verpachtung kleiner Bodenstücke eine typisch *liberale Reform* sein.

Daß die Sowjetmacht *jegliches* Eigentum an Grund und Boden aufgehoben hat, verschweigt Kautsky. Noch schlimmer. Er begeht eine unglaubliche Fälschung und zitiert die Dekrete der Sowjetmacht so, daß das Wesentlichste unterschlagen wird.

Nachdem Kautsky erklärt hat, daß „der Kleinbetrieb, wo er nur kann, nach dem vollen Privateigentum an seinen Produktionsmitteln trachtet“, daß die Konstituante die „einzige Autorität“ wäre, die imstande sei, die Aufteilung zu verhindern (eine Behauptung, die in Rußland Gelächter hervorrufen wird, denn jedermann weiß, daß bei den Arbeitern und Bauern *nur* die Sowjets Autorität besitzen, während

die Konstituante zur Losung der Tschechoslowaken und Gutsbesitzer geworden ist) — fährt er fort:

„Einer der ersten Beschlüsse der Sowjetregierung verordnete: 1. Das Eigentum der Gutsbesitzer an Grund und Boden wird ohne jede Entschädigung unverzüglich aufgehoben. 2. Die Güter der Gutsbesitzer sowie alle Kron-, Kloster- und Kirchländereien mit ihrem gesamten lebenden und toten Inventar, ihren Wirtschaftsgebäuden und allem Zubehör gehen, bis zur Entscheidung der Bodenfrage durch die Konstituierende Versammlung, in die Verfügungsgewalt der Bezirksbodenkomitees der Kreissowjets der Bauerndeputierten über.“

Kautsky zitiert *nur diese zwei Punkte* und zieht dann die Schlußfolgerung:

„Die Verweisung auf die Konstituierende Versammlung blieb toter Buchstabe. Tatsächlich konnten die Bauern der einzelnen Bezirke mit dem Gutsbesitz anfangen, was sie wollten.“ (S. 47.)

Da haben wir Musterbeispiele Kautskyscher „Kritik“! Da haben wir die „wissenschaftliche“ Arbeit, die eher einer Fälschung gleichkommt. Dem deutschen Leser wird beigebracht, die Bolschewiki hätten in der Frage des Privateigentums am Boden vor den Bauern kapituliert! die Bolschewiki hätten den Bauern anheimgestellt, einzeln („der einzelnen Bezirke“) zu machen, was sie wollen!

In Wirklichkeit aber besteht das von Kautsky zitierte Dekret — das erste, am 26. Oktober 1917 erlassene Dekret — nicht aus zwei, sondern aus fünf Artikeln *plus* acht Paragraphen des „Wählerauftrags“,<sup>61</sup> von dem ausdrücklich gesagt wird, daß er „als Richtschnur dienen soll“.

Im Artikel 3 des Dekrets heißt es, daß die Wirtschaften „*ins Eigentum des Volkes*“ übergehen, daß die Aufstellung eines „genauen Verzeichnisses des gesamten der Beschlagnahme unterliegenden Besitzes“ und die „strengste revolutionäre Bewachung“ obligatorisch sind. Und in dem „Wählerauftrag“ heißt es, daß „das Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben wird“, daß „Ländereien mit hochentwickelten Wirtschaften“ „*nicht der Aufteilung unterliegen*“, daß „das gesamte lebende und tote wirtschaftliche Inventar der konfiszierten Ländereien, je nach ihrer Größe und Bedeutung, ohne jede Entschädigung in die ausschließliche Nutzung des Staates oder der Gemeinden übergeht“, daß „der gesamte Boden in den Bodenfonds übergeht, der Eigentum des ganzen Volkes ist“.

Ferner wurde gleichzeitig mit der Auflösung der Konstituierenden Versammlung (5. I. 1918) von dem III. Sowjetkongreß die „*Deklaration der Rechte* des werktätigen und ausgebeuteten Volkes“ angenommen, die jetzt in das Grundgesetz der Sowjetrepublik aufgenommen

worden ist. In Artikel 2, Punkt 1 dieser Deklaration heißt es, daß das „Privateigentum an Grund und Boden aufgehoben wird“ und daß die „Mustergüter und landwirtschaftlichen Betriebe zu Nationaleigentum erklärt werden“.

Die Verweisung auf die Konstituierende Versammlung ist also *kein* toter Buchstabe geblieben, denn eine andere allgemeine Volksvertretung, die in den Augen der Bauern unvergleichlich angesehenere ist, hat die Lösung der Agrarfrage auf sich genommen.

Weiter, am 6. (19.) Februar 1918 wurde das Gesetz über die Sozialisierung des Grund und Bodens veröffentlicht, das nochmals die Abschaffung jeglichen Eigentums an Grund und Boden bestätigt und die Verfügungsgewalt sowohl über den Boden als auch über das *gesamte private* Inventar den Sowjetbehörden, *unter Kontrolle der föderativen Sowjetmacht*, überträgt; als Aufgaben der Verfügungsgewalt über den Grund und Boden werden aufgestellt

„die Entwicklung der kollektiven Wirtschaft in der Landwirtschaft als vorteilhafter im Sinne einer Ersparnis an Arbeit und Produkten, auf Kosten der Einzelwirtschaften, zum Zweck des Übergangs zur sozialistischen Wirtschaft“ (Artikel 11, Punkt e.).

Indem dieses Gesetz die *ausgleichende* Bodennutzung einführt, antwortet es auf die grundlegende Frage: „Wer ist zur Bodennutzung berechtigt?“ folgendermaßen:

„Artikel 20. Einzelne Bodenparzellen dürfen im Bereich der Russischen Föderativen Sowjetrepublik für gesellschaftliche sowie für persönliche Bedürfnisse benutzen: A. Zu Kultur- und Bildungszwecken: 1. Der Staat, vertreten durch die Organe der Sowjetmacht (Föderative, Gebiets-, Gouvernements-, Kreis-, Bezirks- und Dorfbehörden); 2. gesellschaftliche Organisationen (unter Kontrolle und mit Genehmigung der örtlichen Sowjetbehörden). B. Zu landwirtschaftlicher Benutzung: 3. landwirtschaftliche Kommunen; 4. landwirtschaftliche Genossenschaften; 5. Dorfgemeinden; 6. einzelne Familien und Personen...“

Der Leser sieht, daß Kautsky die Sache vollkommen entstellt und die Agrarpolitik und die Agrargesetzgebung des proletarischen Staates in Rußland dem deutschen Leser absolut falsch dargestellt hat.

Die theoretisch wichtigen, grundlegenden Fragen hat Kautsky nicht einmal aufzuwerfen verstanden!

Diese Fragen sind die folgenden:

1. Die Ausgleichung der Bodennutzung und
2. Die Nationalisierung des Grund und Bodens — das Verhältnis dieser beiden Maßnahmen zum Sozialismus im allgemeinen und zum Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus im besonderen.

3. Die gesellschaftliche Bodenbearbeitung als Übergang von dem kleinen, zersplitterten zum großen, gesellschaftlichen Ackerbau. Ent-

spricht die Behandlung dieser Frage in der Sowjetgesetzgebung den Anforderungen des Sozialismus?

Zur ersten Frage muß man vor allen Dingen die beiden folgenden grundlegenden Tatsachen feststellen: a) die Bolschewiki haben sowohl bei der Auswertung der Erfahrung von 1905 (ich verweise z. B. auf meine Arbeit über die Agrarfrage in der ersten russischen Revolution) auf die demokratisch-fortschrittliche, demokratisch-revolutionäre Bedeutung der Losung von der ausgleichenden Bodennutzung hingewiesen als auch im Jahre 1917, vor der Oktoberrevolution, mit aller Bestimmtheit darüber gesprochen. b) Bei der Durchführung des Gesetzes über die Sozialisierung des Bodens — eines Gesetzes, dessen „Seele“ die Losung von der ausgleichenden Bodennutzung ist — haben die Bolschewiki mit der größten Genauigkeit und Bestimmtheit erklärt: diese Idee ist nicht die unsere, wir sind mit einer solchen Losung nicht einverstanden, wir halten es für unsere Pflicht, sie durchzuführen, weil sie die Forderung der überwältigenden Mehrheit der Bauern ist. Die Ideen und Forderungen der Mehrheit der Werktätigen aber müssen *von ihnen selbst überwunden* werden; diese Forderungen kann man weder „aufheben“ noch „überspringen“. Wir Bolschewiki werden der Bauernschaft *helfen*, die kleinbürgerlichen Losungen zu überwinden, von ihnen so schnell und so leicht wie möglich zu sozialistischen Losungen *überzugehen*.

Ein marxistischer Theoretiker, der mit seiner wissenschaftlichen Analyse der Arbeiterrevolution helfen wollte, müßte erstens darauf antworten, ob es richtig ist, daß die Idee der ausgleichenden Bodennutzung demokratisch-revolutionäre Bedeutung hat, die Bedeutung, daß die *bürgerlich-demokratische* Revolution bis ans Ende geführt wird? Zweitens, ob die Bolschewiki richtig gehandelt haben, als sie mit ihren Stimmen das kleinbürgerliche Gesetz über die ausgleichende Bodennutzung zur Annahme brachten (und es in loyalster Weise einhielten)?

Kautsky war nicht einmal imstande zu *bemerken*, worin, theoretisch gesehen, der Kern der Frage besteht!

Es dürfte Kautsky nie gelingen, die fortschrittliche und revolutionäre Bedeutung der Idee der ausgleichenden Bodennutzung in der bürgerlich-demokratischen Umwälzung zu widerlegen. Weiter kann diese Umwälzung nicht gehen. Bis zu Ende durchgeführt, enthüllt sie vor den Massen *um so klarer*, um so *schneller* und *leichter* die *Unzulänglichkeit* der bürgerlich-demokratischen Losungen, die Notwendigkeit, über ihren Rahmen hinaus zum *Sozialismus* *überzugehen*.

Nachdem die Bauernschaft den Zarismus und die Gutsbesitzer



abgeschüttelt hat, träumt sie von der ausgleichenden Bodennutzung, und keine Macht hätte sich den sowohl von den Gutsbesitzern als auch von dem *bürgerlich*-parlamentarischen, republikanischen Staat befreien Bauern in den Weg stellen können. Die Proletarier sagen den Bauern: Wir werden euch helfen, den „idealen“ Kapitalismus zu erreichen, denn die ausgleichende Bodennutzung ist eine Idealisierung des Kapitalismus vom Standpunkt des Kleinproduzenten. Und gleichzeitig werden wir euch die Unzulänglichkeit dieser Maßnahme und die Notwendigkeit des Überganges zur gesellschaftlichen Bodenbearbeitung beweisen.

Es wäre interessant gewesen zu sehen, wie Kautsky die Richtigkeit einer *solchen* Führung des bäuerlichen Kampfes seitens des Proletariats zu widerlegen versucht hätte!

Kautsky hat es vorgezogen, der Frage auszuweichen ...

Weiter, Kautsky hat die deutschen Leser direkt betrogen, indem er vor ihnen verheimlichte, daß die Sowjetmacht *in dem Gesetz* über den Boden die Kommunen und Genossenschaften *direkt* bevorzugt und sie an die erste Stelle setzt.

Zusammen mit der Bauernschaft bis zur Vollendung der bürgerlich-demokratischen Revolution — zusammen mit dem armen, dem proletarischen und halbproletarischen Teil der Bauernschaft vorwärts zur sozialistischen Revolution! Das war die Politik der Bolschewiki, und das war die einzige marxistische Politik.

Kautsky jedoch wird konfus und ist außerstande, auch nur eine einzige Frage aufzuwerfen! Einerseits *wagt er nicht* zu sagen, daß die Proletarier in der Frage der ausgleichenden Bodennutzung mit den Bauern hätten auseinandergesprochen sollen, denn er fühlt die Unsinnigkeit eines solchen Auseinandergehens (zudem hat er ja im Jahre 1905, als er noch kein Renegat war, klar und deutlich das Bündnis zwischen den Arbeitern und Bauern als Bedingung für den Sieg der Revolution verfochten). Andererseits zitiert Kautsky zustimmend liberale Plattheiten des Menschewiken Maslow, der den *vom Standpunkt des Sozialismus* utopischen und reaktionären Charakter der kleinbürgerlichen Gleichheit „beweist“ und den *vom Standpunkt der bürgerlich-demokratischen Revolution* fortschrittlichen und revolutionären Charakter des kleinbürgerlichen Kampfes für die Gleichheit, für die Ausgleichung der Bodennutzung mit Stillschweigen übergeht.

Bei Kautsky kommt ein heilloser Wirrwarr heraus. Wohlgermerkt: Kautsky *hält* (1918) an dem *bürgerlichen* Charakter der russischen Revolution *fest*. Kautsky *fordert* (1918): überschreitet diesen Rahmen nicht! Und derselbe Kautsky erblickt noch „etwas *vom Sozialismus*“ (für die *bürgerliche* Revolution) in einer *kleinbürgerlichen* Reform, in

der Verpachtung kleiner Bodenstücke an die *armen* Bauern (d. h. in der Annäherung an die Ausgleichung der Bodennutzung)!!

Das verstehe, wer kann!

Kautsky offenbart außerdem noch ein philisterhaftes Unvermögen, sich an die tatsächliche Politik einer bestimmten Partei zu halten. Er zitiert *Phrasen* des Menschewiken Maslow, *will aber nicht die tatsächliche* Politik der Partei der Menschewiki im Jahre 1917 *sehen*, als sie, in „Koalition“ mit Gutsbesitzern und Kadetten, faktisch für eine *liberale Agrarreform und eine Verständigung mit den Gutsbesitzern* eintrat. (Beweis: Die Verhaftung von Mitgliedern der Bodenkomitees und der Gesetzentwurf S. Maslows.)

Kautsky hat nicht bemerkt, daß die Phrasen P. Maslows über den reaktionären und utopischen Charakter der kleinbürgerlichen Gleichheit in Wirklichkeit die menschewistische Politik verschleiern, die an Stelle des *revolutionären Sturzes* der Gutsbesitzer durch die Bauern die *Verständigung* zwischen Bauern und Gutsbesitzern (d. h. die Prellerei der Bauern durch die Gutsbesitzer) setzt.

Ein schöner „Marxist“, dieser Kautsky!

Gerade die Bolschewiki haben den Unterschied der bürgerlich-demokratischen von der sozialistischen Revolution streng berücksichtigt: dadurch, daß sie jene zu Ende führten, öffneten sie das Tor für den Übergang zu dieser. Das ist die einzig revolutionäre und einzig marxistische Politik.

Vergebens wiederholt Kautsky die saftlosen liberalen Witze: „Noch nirgends und zu keiner Zeit sind Kleinbauern auf Grund theoretischer Überzeugungen zu kollektiver Produktion übergegangen.“ (S. 50.)

Sehr geistreich!

Nirgends und zu keiner Zeit standen die Kleinbauern eines großen Landes unter dem Einfluß eines proletarischen Staates.

Nirgends und zu keiner Zeit gingen die Kleinbauern bis zum offenen Klassenkampf der armen Bauern gegen die reichen, bis zum Bürgerkrieg zwischen ihnen *unter Verhältnissen*, da die armen Bauern propagandistisch, politisch, wirtschaftlich und militärisch von der proletarischen Staatsmacht unterstützt werden.

Nirgends und zu keiner Zeit gab es eine solche Bereicherung der Spekulanten und Reichen durch den Krieg bei einer solchen Verelendung der Bauernmasse.

Kautsky wiederholt altes Zeug, drischt leeres Stroh und fürchtet sich, an die neuen Aufgaben der proletarischen Diktatur auch nur zu denken.

Was aber, verehrter Herr Kautsky, wenn es den Bauern an Geräten

für den Kleinbetrieb *mangelt* und der proletarische Staat ihnen bei der Beschaffung von Maschinen für die kollektive Bearbeitung des Bodens *hilft*, ist das „theoretische Überzeugungs“?

Gehen wir zur Frage der Nationalisierung des Bodens über. Unsere Volkstümmler, einschließlich aller linken Sozialrevolutionäre, leugnen, daß die bei uns durchgeführte Maßnahme eine Nationalisierung des Bodens ist. Sie sind theoretisch im Unrecht. Insoweit wir im Rahmen der Warenproduktion und des Kapitalismus verbleiben, ist die Aufhebung des Privateigentums an Grund und Boden die Nationalisierung des Bodens. Das Wort „Sozialisierung“ drückt lediglich die Tendenz, den Wunsch, die Vorbereitung des Überganges zum Sozialismus aus.

Welche Stellung müssen nun die Marxisten zur Nationalisierung des Bodens einnehmen?

Kautsky versteht es auch hier nicht, die theoretische Frage auch nur zu stellen, oder — was noch schlimmer ist — er umgeht die Frage absichtlich, obgleich aus der russischen Literatur bekannt ist, daß Kautsky über die früheren Diskussionen unter den russischen Marxisten in der Frage der Nationalisierung des Bodens, der Munizipalisierung des Bodens (Übergabe der großen Güter an die örtlichen Selbstverwaltungen) und der Bodenaufteilung unterrichtet ist.

Es ist geradezu ein Hohn auf den Marxismus, wenn Kautsky behauptet, daß durch den Übergang der großen Güter an den Staat und ihre Verpachtung in kleinen Parzellen an landarme Bauern „etwas vom Sozialismus“ verwirklicht worden wäre. Wir haben bereits gezeigt, daß es hier nichts von Sozialismus gibt. Aber nicht genug damit: hier gibt es auch nichts von einer bis zu Ende durchgeführten *bürgerlich-demokratischen* Revolution.

Kautsky hat das große Pech gehabt, sich den Menschewiki anzuvertrauen. Daraus entstand das Kuriosum, daß Kautsky, der den bürgerlichen Charakter unserer Revolution verteidigt und die Bolschewiki beschuldigt, sie hätten sich in den Kopf gesetzt, zum Sozialismus zu kommen, *selbst* eine liberale Reform für Sozialismus ausgibt, *ohne diese Reform* bis zur vollständigen Säuberung der Besitzverhältnisse in der Landwirtschaft von dem ganzen mittelalterlichen Wust *weiterzuführen!* Kautsky hat sich, gleich seinen menschewistischen Ratgebern, als Verteidiger der liberalen Bourgeoisie, die vor der Revolution Angst hat, und nicht als Verteidiger einer konsequenten bürgerlich-demokratischen Revolution erwiesen.

In der Tat. Weshalb sollen nur die großen Güter und nicht alle Ländereien in Staatseigentum übergehen? Die liberale Bourgeoisie erreicht dadurch die weitestgehende Erhaltung des Alten (d. h. die

geringste Konsequenz in der Revolution) und die größte Erleichterung für eine Rückkehr zum Alten. Die radikale Bourgeoisie, d. h. jene, die die bürgerliche Revolution bis zu Ende durchführt, stellt die Losung der *Nationalisierung des Bodens* auf.

Kautsky, der in längst vergangenen Zeiten, vor nahezu zwanzig Jahren, eine vortreffliche marxistische Arbeit über die Agrarfrage geschrieben hat, muß den Hinweis von Marx kennen, daß die Nationalisierung des Bodens gerade eine *konsequente* Losung der *Bourgeoisie* ist. Kautsky muß die Polemik Marxens gegen Rodbertus und die glänzenden Erläuterungen von Marx in den „Theorien über den Mehrwert“ kennen, wo auch die im bürgerlich-demokratischen Sinne revolutionäre Bedeutung der Nationalisierung des Bodens besonders anschaulich nachgewiesen wird.

Der Menschewik P. Maslow, den sich Kautsky so unglücklich zum Ratgeber auserkoren hat, bestritt, daß die russischen Bauern auf die Nationalisierung des gesamten Bodens (einschließlich ihres eigenen) eingehen könnten. Bis zu einem gewissen Grade mochte diese Ansicht Maslows mit seiner „originellen“ Theorie (die eine Wiederholung der bürgerlichen Marx-Kritiken darstellt) in Verbindung stehen, nämlich mit der Ablehnung der absoluten Rente und mit der Anerkennung des „Gesetzes“ (oder der „Tatsache“, wie Maslow sich ausdrückte) vom „abnehmenden Bodenertrag“.

In Wirklichkeit stellte sich schon in der Revolution von 1905 heraus, daß die ungeheure Mehrheit der russischen Bauern, sowohl der Bauern der Dorfgemeinde als auch der Einzelhofbesitzer, für die Nationalisierung des gesamten Bodens eintritt. Die Revolution von 1917 hat das bestätigt und nach dem Übergang der Macht an das Proletariat auch verwirklicht. Die Bolschewiki sind dem Marxismus treu geblieben und haben nicht den Versuch gemacht, die bürgerlich-demokratische Revolution zu „überspringen“ (entgegen den Behauptungen Kautskys, der uns, ohne den Schatten eines Beweises, dessen beschuldigt). Die Bolschewiki haben vor allem den radikalsten, den revolutionärsten, dem Proletariat am nächsten stehenden bürgerlich-demokratischen Ideologen der Bauernschaft, nämlich den linken Sozialrevolutionären, geholfen, das durchzuführen, was faktisch die Nationalisierung des Bodens war. Das Privateigentum an Grund und Boden ist in Rußland seit dem 8. November (26. Oktober) 1917, d. h. seit dem ersten Tage der proletarischen, sozialistischen Revolution, abgeschafft.

Damit ist das vom Standpunkt der Entwicklung des Kapitalismus vollkommenste Fundament (was Kautsky nicht bestreiten kann, ohne mit Marx zu brechen) und gleichzeitig auch das im Sinne des Übergangs

zum Sozialismus *geschmeidigste* Agrarsystem geschaffen worden. Vom bürgerlich-demokratischen Standpunkt aus gesehen, kann die revolutionäre Bauernschaft in Rußland *nicht weitergehen*: etwas von diesem Standpunkt „Idealeres“, etwas „Radikaleres“ (von dem gleichen Standpunkt aus) als die Nationalisierung des Bodens und die Gleichheit der Bodennutzung *kann es nicht geben*. Gerade die Bolschewiki, nur die Bolschewiki, haben den Bauern lediglich infolge des Sieges der *proletarischen* Revolution dazu verholfen, die bürgerlich-demokratische Revolution wirklich zu Ende zu führen. Und nur dadurch haben sie ein Maximum geleistet für die Erleichterung und Beschleunigung des Überganges zur sozialistischen Revolution.

Danach kann man sich ein Bild machen von dem unglaublichen Wirrwarr, den Kautsky dem Leser vorsetzt, Kautsky, der die Bolschewiki beschuldigt, sie hätten den bürgerlichen Charakter der Revolution nicht begriffen, und der selbst eine solche Abkehr vom Marxismus offenbart, daß er die Nationalisierung des Bodens *mit Stillschweigen übergeht* und eine (vom bürgerlichen Standpunkt) am wenigsten revolutionäre liberale Agrarreform als „etwas vom Sozialismus“ hinstellt! —

Hier kommen wir zu der dritten der oben aufgeworfenen Fragen, zu der Frage, inwieweit die proletarische Diktatur in Rußland der Notwendigkeit des Überganges zur gesellschaftlichen Bodenbearbeitung Rechnung getragen hat. Kautsky begeht hier wiederum etwas, das einer Fälschung sehr ähnlich ist: er zitiert nur die „Thesen“ eines Bolschewiken, in denen von der Aufgabe des Überganges zur kollektiven Bodenbearbeitung die Rede ist! Nach der Zitierung einer dieser Thesen verkündet unser „Theoretiker“ siegesbewußt:

„Damit, daß man etwas für eine Aufgabe erklärt, ist sie leider noch nicht gelöst. Die kollektive Landwirtschaft ist in Rußland einstweilen noch dazu verurteilt, auf dem Papier zu bleiben. Noch nirgends und zu keiner Zeit sind Kleinbauern auf Grund theoretischer Überzeugungen zu kollektiver Produktion übergegangen.“ (S. 50.)

Noch nirgends und zu keiner Zeit hat es eine solche literarische Gaunerei gegeben wie die, zu der Kautsky hinabgesunken ist. Er zitiert „Thesen“ und verschweigt das Gesetz der Sowjetmacht. Er spricht von „theoretischer Überzeugung“ und verschweigt, daß es eine proletarische Staatsmacht gibt, die sowohl die Betriebe als auch die Waren in ihren Händen hat! Alles, was der Marxist Kautsky im Jahre 1899 in der „Agrarfrage“ über die Mittel geschrieben hat, die der proletarische Staat für die allmähliche Überführung der Kleinbauern in den Sozialismus in der Hand hat, ist von dem Renegaten Kautsky im Jahre 1918 vergessen.

Gewiß, einige hundert vom Staat unterstützte landwirtschaftliche

Kommunen und Sowjetwirtschaften (d. h. von Arbeitergenossenschaften auf Staatsrechnung bearbeitete Großwirtschaften) ist noch sehr wenig. Kann man aber die Umgehung dieser Tatsache durch Kautsky etwa eine „Kritik“ nennen?

Die in Rußland von der proletarischen Diktatur durchgeführte Nationalisierung des Bodens gewährleistet am besten die vollständige Durchführung der bürgerlich-demokratischen Revolution — sogar für den Fall, daß der Sieg der Konterrevolution von der Nationalisierung zurück zur Aufteilung führen sollte (diesen Fall habe ich in der Broschüre über das Agrarprogramm der Marxisten in der Revolution von 1905 besonders analysiert). Außerdem aber hat die Nationalisierung des Bodens dem proletarischen Staat die größten Möglichkeiten gegeben, zum Sozialismus in der Landwirtschaft überzugehen.

Das Fazit: Kautsky hat uns in der Theorie einen unglaublichen Brei sowie den völligen Verzicht auf den Marxismus, und in der Praxis Lakaientum gegenüber der Bourgeoisie und ihrem Reformismus vorgesetzt. Da ist nichts zu sagen: eine nette Kritik!

\* \* \*

Die „ökonomische Analyse“ der Industrie beginnt bei Kautsky mit der folgenden famosen Erörterung:

In Rußland gibt es eine kapitalistische Großindustrie. Sollte sich auf dieser Grundlage nicht die sozialistische Produktionsweise aufrichten lassen? „Man könnte so meinen, wenn der Sozialismus darin bestände, daß die Arbeiter einzelner Fabriken und Bergwerke diese sich aneigneten, um jede von ihnen besonders zu bewirtschaften.“ (S. 52.) „Eben, wie ich das schreibe, am 5. August“, fügt Kautsky hinzu, „wird aus Moskau eine Rede Lenins vom 2. August\* mitgeteilt, in der er gesagt haben soll: ‚Die Arbeiter halten die Fabriken fest in ihren Händen, und die Bauern werden das Land den Gutsbesitzern nicht zurückgeben.‘ Die Parole: ‚Die Fabrik den Arbeitern, der Boden den Bauern‘, war bisher nicht eine sozialdemokratische, sondern eine anarchistisch-syndikalistische Forderung.“ (S. 52/53.)

Wir haben diese Betrachtung ungekürzt wiedergegeben, damit die russischen Arbeiter, die früher Kautsky geachtet, und mit Recht geachtet haben, selbst die Methoden des Überläufers zur Bourgeoisie kennenlernen.

Man denke nur: am 5. August, als schon eine Menge von Dekreten über die Nationalisierung der Fabriken in Rußland vorlag, wobei die

\* *W. I. Lenin*, „Rede in einer Volksversammlung im Butyrki-Bezirk am 2. August 1918“, *Sämtl. Werke*, Bd. XXIII, S. 114/15. *Der Übers.*

Arbeiter sich keine einzige Fabrik „angeeignet“ haben, sondern *alle* Fabriken in das Eigentum der Republik übergangen, am 5. August schärft Kautsky den deutschen Lesern auf Grund einer offensichtlich betrügerischen Auslegung eines Satzes aus einer meiner Reden ein, in Rußland würden die Fabriken den einzelnen Arbeitern übergeben! Und dann wiederkät er in Dutzenden und aber Dutzenden von Zeilen das alte Zeug, daß die Fabriken nicht einzeln an die Arbeiter übergeben werden dürfen!

Das ist keine Kritik, sondern die Methode eines Lakaien der Bourgeoisie, der von den Kapitalisten in Sold genommen ist, um die Arbeiterrevolution zu verleumden.

Die Fabriken müssen an den Staat, die Gemeinde oder die Konsumgenossenschaften übergeben werden — wiederholt Kautsky immer und immer wieder und fügt zum Schluß hinzu:

„Diesen Weg hat man ja auch versucht, jetzt in Rußland zu gehen.“  
... Jetzt!! Was soll das denn heißen? Im August? Wie denn, konnte Kautsky nicht bei seinen Stein, Axelrod oder seinen anderen Freunden der russischen Bourgeoisie die Übersetzung wenigstens eines Dekrets über die Fabriken bestellen?

„... Wie weit man dabei kommt, ist noch nicht abzusehen. Diese Seite der Sowjetrepublik ist jedenfalls von höchstem Interesse für uns, doch schwebt sie leider noch völlig im Dunkeln. An Dekreten fehlt es freilich nicht“ (darum ignoriert Kautsky ihren *Inhalt* oder verschweigt ihn seinen Lesern!), „wohl aber an zuverlässigen Nachrichten über das Wirken der Dekrete. Eine sozialistische Produktion ist unmöglich ohne eine umfassende, detaillierte, zuverlässige und rasch informierende Statistik. Zu einer solchen hat aber bisher die Sowjetrepublik noch nicht kommen können. Was wir über ihr ökonomisches Wirken erfahren, ist höchst widerspruchsvoll und entzieht sich jeder Nachprüfung. Auch das ist eine der Wirkungen der Diktatur und der Unterdrückung der Demokratie. Da die Freiheit der Presse und des Wortes fehlt.“ (S. 53.)

So wird Geschichte geschrieben! Aus der „freien“ Presse der Kapitalisten und der Dutow-Leute hätte Kautsky Nachrichten über die an die Arbeiter übergehenden Fabriken erhalten können ... Wahrlich, er ist prächtig, dieser über den Klassen stehende „ernste Gelehrte“! Auch nicht eine einzige von den unendlich vielen Tatsachen, die bezeugen, daß die Fabriken *nur* der Republik übergeben werden, daß über die Fabriken ein Organ der Sowjetmacht, der Oberste Volkswirtschaftsrat, verfügt, das überwiegend aus von den Gewerkschaften gewählten Arbeitern gebildet ist, — nicht eine einzige dieser Tatsachen will Kautsky auch nur zur Sprache bringen. Hartnäckig, mit dem Starrsinn des „Mannes im Futteral“, wiederholt Kautsky immer wieder das eine: gebt mir friedliche Demokratie ohne Bürgerkrieg,

ohne Diktatur, nebst guter Statistik. (Die Sowjetrepublik hat ein Statistisches Amt geschaffen und alle besten statistischen Kräfte Rußlands herangezogen, aber selbstverständlich kann man eine ideale Statistik nicht so bald bekommen.) Mit einem Wort: eine Revolution ohne Revolution, ohne rasenden Kampf, ohne Gewalt — das ist es, was Kautsky fordert. Das ist dasselbe, als wenn man Streiks ohne stürmische Leidenschaftlichkeit der Arbeiter und Unternehmer fordern würde. Man unterscheide doch einmal solchen „Sozialisten“ von einem liberalen Dutzendbeamten!

Und gestützt auf solches „Tatsachenmaterial“, d. h. mit voller Verachtung absichtlich den zahlreichen Tatsachen ausweichend, zieht Kautsky den „Schluß“:

„Es ist fraglich, ob das russische Proletariat an wirklichen praktischen Errungenschaften, nicht an Dekreten, in der Sowjetrepublik mehr erlangt hat, als es durch die Konstituante erlangt hätte, in der ebenfalls wie in den Sowjets Sozialisten, wenn auch anderer Färbung, überwogen.“ (S. 58.)

Eine Perle, nicht wahr? Wir raten den Verehrern Kautskys, diesen Ausspruch möglichst weit unter den russischen Arbeitern zu verbreiten, denn besseres Material zur Einschätzung seines politischen Niederganges hätte Kautsky nicht liefern können. Auch Kerenski war „Sozialist“, Genossen Arbeiter, nur „anderer Färbung“! Der Historiker Kautsky begnügt sich mit dem Namen, dem Ruf, den sich die rechten Sozialrevolutionäre und Menschewiki „angeeignet“ haben. Von den Tatsachen, die davon sprechen, daß die Menschewiki und die rechten Sozialrevolutionäre unter Kerenski die imperialistische Politik und die Räubereien der Bourgeoisie unterstützt haben, will der Historiker Kautsky nicht einmal hören; daß die Konstituierende Versammlung gerade diesen Helden des imperialistischen Krieges und der bürgerlichen Diktatur die Mehrheit gebracht hatte, darüber schweigt er bescheiden. Und das nennt sich „ökonomische Analyse“! ...

Zum Schluß noch ein Musterbeispiel „ökonomischer Analyse“:

„In der Tat sehen wir, daß die Sowjetrepublik nach neun Monaten des Bestehens, statt allgemeinen Wohlstand zu verbreiten, sich gezwungen fühlte zu erklären, woher der allgemeine Notstand herrühre.“ (S. 41.)

Die Kadetten haben uns an solche Äußerungen gewöhnt. Alle Lakaien der Bourgeoisie urteilen so in Rußland: her mit dem allgemeinen Wohlstand nach Verlauf von neun Monaten — nach dem vierjährigen verheerenden Kriege, bei der allseitigen Unterstützung der Sabotage und der Aufstände der Bourgeoisie in Rußland durch das ausländische Kapital. In Wirklichkeit ist absolut kein Unterschied,



nicht die Spur eines Unterschiedes zwischen Kautsky und einem konterrevolutionären Bourgeois geblieben. Die süßlichen Reden, die „auf Sozialismus“ gefälscht sind, wiederholen dasselbe, was die Kornilow-, Dutow- und Krasnow-Leute in Rußland grob, ohne Umschweife, unverblümt sagen.

\* \* \*

Die vorhergehenden Zeilen waren am 9. November 1918 niedergeschrieben. In der Nacht vom 9. zum 10. trafen aus Deutschland Nachrichten ein über den Beginn der siegreichen Revolution zuerst in Kiel und anderen nördlichen Städten und Hafenstädten, wo die Macht in die Hände der Arbeiter- und Soldatenräte übergegangen ist, dann auch in Berlin, wo ebenfalls der Rat die Macht übernommen hat.

Der Schluß, der mir noch zu der Broschüre über Kautsky und die proletarische Revolution zu schreiben übrigblieb, wird dadurch überflüssig.

10. November 1918.

*Beilage I*

THESEN ÜBER DIE KONSTITUIERENDE VERSAMMLUNG\*

*Beilage II*

EIN NEUES BUCH VON VANDERVELDE ÜBER DEN STAAT

Erst nach der Lektüre des Buches von Kautsky hatte ich Gelegenheit, mich mit dem Buche von Vandervelde: „Le socialisme contre l'Etat“ (Der Sozialismus gegen den Staat) (Paris 1918) bekannt zu machen. Eine Gegenüberstellung beider Bücher drängt sich unwillkürlich auf. Kautsky ist der geistige Führer der Zweiten Internationale (1889—1914), Vandervelde als Vorsitzender des Internationalen Sozialistischen Büros ist formell ihr Repräsentant. Beide repräsentieren den vollen Bankrott der II. Internationale, beide bemänteln „geschickt“ mit der ganzen Gewandtheit gewiegter Journalisten durch marxistische Redensarten diesen Bankrott, ihren eigenen Zusammenbruch und ihren Übergang auf die Seite der Bourgeoisie. Der eine zeigt uns besonders anschaulich das Typische im deutschen Opportunismus, dem gewichtigen, theoretisierenden, der den Marxismus grob fälscht, indem er ihm alles amputiert, was für die Bourgeoisie unannehmbar ist. Der andere ist typisch für die romanische — gewissermaßen könnte man sagen für die westeuropäische (in dem Sinne: westlich von Deutschland anzutreffende) — Spielart des herrschenden Opportunismus, den geschmeidigeren, weniger schwerfälligen, der den Marxismus vermittels derselben grundlegenden Methode raffinierter fälscht.

Beide verzerren von Grund aus sowohl die Lehre von Marx über den Staat als auch seine Lehre von der Diktatur des Proletariats, wobei Vandervelde mehr auf die erste, Kautsky jedoch auf die zweite Frage eingeht. Beide vertuschen den engsten, untrennbaren Zusammenhang der einen Frage mit der anderen. Beide sind in Worten Revo-

---

\* Siehe vorl. Band, S. 279—283. *Der Übers.*

lutionäre und Marxisten, in der Tat jedoch Renegaten, die alle Anstrengungen darauf richten, über die Revolution *hinwegzureden*. Bei beiden findet sich auch nicht eine Spur dessen, was alle Werke von Marx und Engels vollständig durchdringt, was den Sozialismus der Tat von der bürgerlichen Karikatur auf ihn unterscheidet, nämlich: die Klärung der Aufgaben der Revolution *zum Unterschied* von den Aufgaben der Reform, die Klärung der revolutionären Taktik zum Unterschied von der reformistischen, die Klärung der Rolle des Proletariats bei der *Zerstörung* des Systems oder der Ordnung, des Regimes der Lohnsklaverei, zum Unterschied von der Rolle des Proletariats der „Groß“mächte, das mit der Bourgeoisie ein Teilchen ihrer imperialistischen Extraprofite und Extrabeute teilt.

Wir wollen zur Bestätigung einer solchen Einschätzung einige der wesentlichsten Betrachtungen Vanderveldes anführen.

Vandervelde zitiert, ähnlich wie Kautsky, außerordentlich eifrig Marx und Engels. Und er zitiert, ähnlich wie Kautsky, alles, was man will, *außer* dem, was für die Bourgeoisie absolut unannehmbar ist, was den Revolutionär von dem Reformisten unterscheidet. Über die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat — soviel man möchte, denn das ist durch die Praxis schon in einen ausschließlich parlamentarischen Rahmen gebracht worden. Darüber, daß Marx und Engels nach den Erfahrungen der Kommune es für notwendig hielten, das teilweise veraltete „Kommunistische Manifest“ zu ergänzen durch die Erläuterung der Wahrheit, daß die Arbeiterklasse nicht einfach die fertige Staatsmaschine in Besitz nehmen kann, daß sie diese Maschine *zerschlagen* muß, — davon findet sich *nicht ein Sterbenswörtchen!* Vandervelde wie auch Kautsky übergehen — als ob sie es miteinander verabredet hätten — mit völligem Stillschweigen gerade das Wesentlichste aus den *Erfahrungen* der proletarischen Revolution, gerade das, was die Revolution des Proletariats von der Reform der Bourgeoisie unterscheidet.

Ebenso wie Kautsky spricht Vandervelde von der Diktatur des Proletariats, um mit Redereien über sie hinwegzukommen. Kautsky machte das durch plumpe Fälschungen. Vandervelde verwirklicht dasselbe etwas raffinierter. In dem entsprechenden Paragraphen, dem Paragraph 4 über „die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat“, widmet er den Absatz „b“ der Frage über „die kollektive Diktatur des Proletariats“, „zitiert“ er Marx und Engels (wie gesagt, indem er gerade das wegläßt, was sich auf das Hauptsächlichste, auf die *Zerschlagung* der alten, bürgerlich-demokratischen Staatsmaschine bezieht) und zieht die Schlußfolgerung:

... „In sozialistischen Kreisen stellt man sich gewöhnlich die soziale Revolution so vor: Eine neue Kommune, die dieses Mal siegreich ist, und nicht nur an einer Stelle, sondern in den Hauptzentren der kapitalistischen Welt.

Eine Hypothese, aber eine Hypothese, die nichts Unwahrscheinliches an sich hat in einer Zeit, da es schon offensichtlich wird, daß die Nachkriegsperiode in vielen Ländern unerhörte Antagonismen der Klassen und soziale Konvulsionen sehen wird.

Wenn der Mißerfolg der Pariser Kommune — nicht zu reden von den Schwierigkeiten der russischen Revolution — auch nur irgend etwas beweist, so gerade die Unmöglichkeit, mit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung Schluß zu machen, bevor das Proletariat genügend vorbereitet ist, die Macht auszunutzen, die durch die Umstände in seine Hände fallen könnte.“ (S. 73.)

Und absolut nichts weiter über den Kern der Sache!

Das sind sie, die Führer und Repräsentanten der II. Internationale! Im Jahre 1912 unterschreiben sie das Baseler Manifest, in dem ausdrücklich über den Zusammenhang eben des Krieges, der 1914 ausbrach, mit der proletarischen Revolution gesprochen wird, *drohen* geradezu mit der Revolution. Als aber der Krieg kam und eine revolutionäre Situation sich herausbildete, beginnen sie, diese Kautsky und Vandervelde, die Revolution mit Redensarten abzutun. Man beachte bitte: eine Revolution nach dem Typus der Kommune sei lediglich eine nicht unwahrscheinliche Hypothese! Das ist völlig analog den Darlegungen Kautskys über die mögliche Rolle der Sowjets in Europa.

Aber so urteilt doch jeder gebildete *Liberale*, der ohne Zweifel jetzt damit einverstanden sein wird, daß eine neue Kommune „nicht unwahrscheinlich“ sei; daß den Sowjets eine große Rolle bevorstehe usw. Der proletarische Revolutionär unterscheidet sich vom Liberalen dadurch, daß er als Theoretiker eben die neue *staatliche* Bedeutung der Kommune und der Sowjets analysiert. Vandervelde *verschweigt* alles, was Marx und Engels in ihrer Analyse der Erfahrungen der Kommune ausführlich über dieses Thema darlegen.

Als Praktiker, als Politiker, müßte der Marxist klarstellen, daß nur Verräter am Sozialismus sich jetzt der Aufgabe entziehen könnten, die Notwendigkeit der proletarischen Revolution (vom Typus der Kommune, der Sowjets oder, nehmen wir an, von irgendeinem dritten Typus) zu erklären, die Notwendigkeit ihrer Vorbereitung zu erläutern, die Revolution unter den Massen zu propagieren, die kleinbürgerlichen Vorurteile gegen die Revolution zu widerlegen usw.

Weder Kautsky noch Vandervelde tun etwas dergleichen, eben weil sie selbst Verräter am Sozialismus sind, die unter den Arbeitern den guten Ruf als Sozialisten, als Marxisten bewahren möchten.

Man nehme die theoretische Fragestellung.

Der Staat ist auch in der demokratischen Republik nichts anderes als eine Maschine zur Unterdrückung der einen Klasse durch eine andre. Kautsky kennt, anerkennt und teilt diese Wahrheit — aber... aber er umgeht die grundlegendste Frage, welche Klasse denn, warum und mit welchen Mitteln, vom Proletariat unterdrückt werden soll, wenn es den proletarischen Staat erkämpft haben wird.

Vandervelde kennt, anerkennt, teilt, zitiert diesen Grundsatz des Marxismus (S. 72 seines Buches), aber ... kein Sterbenswort über das (für die Herren Kapitalisten) „unangenehme“ Thema betreffs *der Unterdrückung des Widerstandes der Ausbeuter!*

Vandervelde wie auch Kautsky sind diesem „unangenehmen“ Thema vollständig ausgewichen. Und darin besteht auch ihr Renegatentum.

Vandervelde ist ebenso wie Kautsky ein großer Meister in Sachen der Ersetzung der Dialektik durch den Eklektizismus. Einerseits ist es unmöglich, nicht zu bekennen, andererseits muß man anerkennen. Einerseits kann man unter Staat „die Gemeinschaft der Nation“ verstehen (siehe das Wörterbuch von Littré — eine gelehrte Arbeit, was soll man da sagen — S. 87 bei Vandervelde), andererseits kann man unter Staat die „Regierung“ verstehen (ebenda). Diese gelehrte Banalität, die Vandervelde gutheißt, schreibt er *in eine Reihe* mit Zitaten aus Marx hin.

„Der marxistische Sinn des Wortes ‚Staat‘ unterscheidet sich von dem gewöhnlichen Sinn“, schreibt Vandervelde. „Es sind infolgedessen ‚Mißverständnisse‘ möglich. Der ‚Staat‘ ist bei Marx und Engels nicht der Staat im weiten Sinn, nicht der Staat als Organ der Führung, als Repräsentant der allgemeinen Interessen der Gesellschaft (intérêts généraux de la société). Er ist die Staatsmacht, der Staat ist das Organ der Autorität, der Staat ist das Werkzeug der Herrschaft einer Klasse über eine andere.“ (S. 75/76 bei Vandervelde.)

Über die Vernichtung des Staates sprechen Marx und Engels lediglich in diesem zweiten Sinne ... „Allzu absolute Behauptungen würden Gefahr laufen, sich als ungenau zu erweisen. Zwischen dem Staat der Kapitalisten, der auf die ausschließliche Herrschaft einer Klasse gegründet ist, und dem Staat des Proletariats, der das Ziel verfolgt, die Klassen aufzuheben, gibt es viele Übergangsstufen.“ (S. 156.)

Da hat man die „Manier“ Vanderveldes, die sich nur ein ganz klein wenig von der Manier Kautskys unterscheidet, im Wesen jedoch mit ihr identisch ist. Die Dialektik, die den Wechsel der Gegensätze und die Bedeutung der Krisen in der Geschichte klarstellt, vereint absolute Wahrheiten. Der Eklektiker will keine „allzu absolute“ Behauptungen, um seinen kleinbürgerlichen, philisterhaften Wunsch, durch „Übergangsstufen“ die Revolution zu ersetzen, anbringen zu können.

Darüber, daß die Übergangsstufe zwischen dem Staat als Organ der Herrschaft der Kapitalistenklasse und dem Staat als Herrschaftsorgan des Proletariats eben die *Revolution* ist, die im *Sturz* der Bourgeoisie und im *Zerbrechen*, im Zerschlagen ihrer Staatsmaschine besteht, darüber schweigen die Kautsky und Vandervelde.

Daß die Diktatur der Bourgeoisie abgelöst werden muß von der Diktatur *einer* Klasse, des Proletariats, daß auf die „Übergangsstufen“ der *Revolution* die „Übergangsstufen“ des allmählichen Absterbens des proletarischen Staates folgen, das vertuschen die Kautsky und Vandervelde.

Darin eben besteht ihr politisches Renegatentum.

Darin eben besteht theoretisch, philosophisch die Vertauschung der Dialektik mit Eklektizismus und Sophistik. Die Dialektik ist konkret und revolutionär, den „Übergang“ von der Diktatur einer Klasse zur Diktatur einer anderen Klasse unterscheidet sie von dem „Übergang“ des demokratischen proletarischen Staates zum Nicht-Staat („das Absterben des Staates“). Der Eklektizismus und die Sophistik der Kautsky und Vandervelde verkleistern der Bourgeoisie zuliebe alles Konkrete und Genaue im Klassenkampf, indem sie den allgemeinen Begriff des „Überganges“ auftischen, wohinter man die Abkehr von der Revolution verbergen kann (und wohinter *neun Zehntel* der offiziellen *Sozialdemokraten* unserer Epoche diese Abkehr verbergen)!

Vandervelde ist als Eklektiker und Sophist geschickter und raffinierter als Kautsky, denn vermittels der *Phrase*: „Übergang vom Staat im engen Sinn zum Staat im weiten Sinn“ kann man alle Fragen der Revolution, welche es auch seien, umgehen, kann man alle Unterschiede zwischen Revolution und Reform, sogar die Unterschiede zwischen einem Marxisten und einem Liberalen umgehen. Denn welcher europäisch gebildete Bourgeois denkt schon daran, „schlechthin“ die „Übergangsstufen“ in einem solchen „allgemeinen“ Sinne zu verneinen?

„Ich bin mit Guesde darin einverstanden“, schreibt Vandervelde, „daß es unmöglich ist, die Produktions- und Tauschmittel zu sozialisieren ohne vorherige Erfüllung der beiden folgenden Bedingungen:

1. Die Umwandlung des heutigen Staates, des Organs der Herrschaft einer Klasse über die andere, in das, was Menger den Volksstaat der Arbeit nennt, vermittels der Erringung der politischen Macht durch das Proletariat.

2. Die Trennung des Staates als Organ der Autorität vom Staat als Organ der Leitung, oder, um einen saint-simonistischen Ausdruck zu gebrauchen, die Trennung der Regierung der Menschen von der Verwaltung der Sachen.“ (S. 89.)

Das schreibt Vandervelde kursiv, um die Bedeutung dieser Sätze besonders zu betonen. Aber das ist doch der reinste eklektische Brei,

der völlige Bruch mit dem Marxismus! Der „Volksstaat der Arbeit“ ist doch lediglich ein Abklatsch des alten „freien Volksstaates“, mit dem die deutschen Sozialdemokraten in den siebziger Jahren prunkten und den Engels als Unsinn brandmarkte. Der Ausdruck „Volksstaat der Arbeit“ ist eine Phrase, würdig eines kleinbürgerlichen Demokraten (nach Art unserer linken Sozialrevolutionäre) — eine Phrase, die die Klassenbegriffe durch *außerhalb der Klassen* liegende Begriffe ersetzt. Vandervelde stellt die Eroberung der Staatsmacht *durch das Proletariat* (einer Klasse) in eine Reihe mit dem „Volks“staat, ohne zu bemerken, daß da ein Brei entsteht. Bei Kautsky ergibt sich bei seiner „reinen Demokratie“ derselbe Brei, dieselbe antirevolutionäre kleinbürgerliche Ignorierung der Aufgaben der Klassenrevolution, der proletarischen Klassendiktatur, des (proletarischen) *Klassenstaates*.

Weiter. Die Regierung der Menschen wird erst dann verschwinden, wird erst dann der Verwaltung von Sachen Platz machen, wenn *jeglicher* Staat abgestorben sein wird. Mit dieser verhältnismäßig fernen Zukunft verrammelt und verdunkelt Vandervelde die Aufgabe des *morgigen* Tages: die Bourgeoisie zu stürzen.

Ein solches Verfahren kommt wiederum der Liebedienerei vor der liberalen Bourgeoisie gleich. Der Liberale ist einverstanden, darüber zu sprechen, was dann sein wird, wenn die Menschen nicht mehr regiert werden müssen. Warum sollte man sich auch nicht mit derart unschädlichen Phantasien beschäftigen? Aber über die Unterdrückung des Widerstandes der Bourgeoisie durch das Proletariat, der Bourgeoisie, die ihrer Enteignung Widerstand entgegensetzt, — darüber wird geschwiegen. Das erfordert das Klasseninteresse der Bourgeoisie.

„Der Sozialismus gegen den Staat.“ Das ist eine Verbeugung Vanderveldes vor dem Proletariat. Sich verbeugen ist nicht schwer, jeder „demokratische“ Politiker versteht, vor seinen Wählern Verbeugungen zu machen. Aber unter dem Deckmantel der „Verbeugung“ wird ein antirevolutionärer, antiproletarischer Inhalt angebracht.

Vandervelde erzählt ausführlich Ostrogorski nach, wieviel Betrug, Gewalt, Bestechung, Lüge, Heuchelei, Bedrückung der Armen sich hinter dem zivilisierten, geleckten, glatten Äußeren der modernen bürgerlichen Demokratie verbirgt. Aber eine Schlußfolgerung zieht Vandervelde nicht daraus. Daß die bürgerliche Demokratie die werktätige und ausgebeutete Masse unterdrückt, die *proletarische Demokratie* jedoch die *Bourgeoisie* wird *unterdrücken* müssen, bemerkt er nicht. Kautsky und Vandervelde sind dem gegenüber blind. Das Klasseninteresse der Bourgeoisie, hinter der diese kleinbürgerlichen Verräter des Marxismus einhertrotten, *fordert* das Umgehen dieser Frage,

das Totschweigen dieser Frage oder die direkte Verneinung der Notwendigkeit einer solchen Unterdrückung.

Kleinbürgerlicher Eklektizismus gegen den Marxismus, Sophistik gegen die Dialektik, philisterhafter Reformismus gegen die proletarische Revolution, — so hätte das Buch Vanderveldes betitelt werden müssen.

Geschrieben im Oktober-November  
1918. Als Buch erschienen 1918.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke,  
Bd. XXIII, S. 421—536.



## ERRUNGENES UND SCHRIFTLICH FESTGELEGTES

Von Dauer ist in einer Revolution nur das, was die Massen des Proletariats errungen haben. Schriftlich festzulegen lohnt nur das, was wirklich dauerhaft errungen worden ist.

Die Gründung der III., der Kommunistischen Internationale in Moskau am 2. März 1919 war die Festlegung dessen, was nicht nur die russischen proletarischen Massen, die Massen ganz Rußlands, sondern auch die deutschen, österreichischen, ungarischen, finnländischen, schweizerischen, mit einem Wort, die internationalen proletarischen Massen errungen haben.

Und eben darum ist die Gründung der III., der Kommunistischen Internationale ein Werk für die Dauer.

Vor erst vier Monaten war es noch unmöglich zu sagen, daß die Sowjetmacht, die Sowjetstaatsform eine internationale Errungenschaft ist. Es gab in ihr etwas, und zwar etwas Wesentliches, was nicht nur Rußland gehörte, sondern auch allen kapitalistischen Ländern. Aber vor der Erprobung in der Praxis konnte noch nicht gesagt werden, welcher Art, wie tiefgehend, wie wesentlich die Veränderungen sein werden, die die weitere Entwicklung der Weltrevolution mit sich bringen wird.

Die deutsche Revolution hat diese Probe erbracht. Ein fortgeschrittenes kapitalistisches Land hat — nach einem der rückständigsten — innerhalb kurzer Frist, in etwas mehr als 100 Tagen, der ganzen Welt nicht nur dieselben Grundkräfte der Revolution, nicht nur dieselbe Hauptrichtung der Revolution gezeigt, sondern auch dieselbe grundlegende Form einer neuen, der proletarischen Demokratie: die Sowjets.

Und gleichzeitig damit sehen wir in England, einem Siegerland, dem Land mit dem größten Kolonialbesitz, dem Land, das am längsten als Muster des „sozialen Friedens“ galt und den Ruf eines solchen genoß, in dem Land des ältesten Kapitalismus ein breites, unaufhaltsames, stürmisches und mächtiges Wachsen von Sowjets und neuen Sowjetformen des proletarischen Massenkampfes — die „Shop Stewards Committees“, die Komitees der Betriebsvertrauensleute.

In Amerika, in dem stärksten und jüngsten kapitalistischen Land, ist eine außerordentliche Sympathie der Arbeitermassen für die Sowjets zu verzeichnen.

Das Eis ist gebrochen.

Die Sowjets haben in der ganzen Welt gesiegt.

Sie haben zunächst und vor allem in der Hinsicht gesiegt, daß sie die Sympathien der proletarischen Massen errungen haben. Das ist die Hauptsache. Keine Bestialitäten der imperialistischen Bourgeoisie, keine Verfolgungen und Ermordungen von Bolschewiki können den Massen diese Errungenschaft entreißen. Je mehr die „demokratische“ Bourgeoisie wütet, desto fester werden diese Errungenschaften im Herzen der proletarischen Massen haften, in ihrer Stimmung, ihrem Bewußtsein, in ihrer heldenhaften Kampfbereitschaft.

Das Eis ist gebrochen.

Und darum ging die Arbeit der Moskauer internationalen Konferenz der Kommunisten, auf der die III. Internationale gegründet wurde, so leicht, so glatt, mit solcher ruhigen und festen Entschlossenheit vonstatten.

Wir haben das schriftlich festgelegt, was schon errungen worden ist. Wir haben das zu Papier gebracht, was schon fest im Bewußtsein der Massen verankert war. Alle wußten — mehr noch: alle sahen, fühlten, empfanden, jeder auf Grund der Erfahrung seines eigenen Landes, daß eine neue proletarische Bewegung von einer Kraft und Tiefe ohnegleichen entflammt ist, daß sie in keinen der alten Rahmen einzuspannen, daß sie nicht aufzuhalten ist von den großen Meistern der kleinen Politikasterei, weder von den welterfahrenen, weltgewandten Lloyd George und Wilson des englisch-amerikanischen „demokratischen“ Kapitalismus noch von den mit allen Wassern gewaschenen Henderson, Renaudel, Branting und all den anderen Helden des Sozialchauvinismus.

Die neue Bewegung schreitet zur Diktatur des Proletariats, sie schreitet, trotz aller Schwankungen, trotz verzweifelter Niederlagen, trotz des unerhörten und unglaublichen „russischen“ Chaos (wenn man von außen, oberflächlich urteilt) — sie schreitet zur *Sowjetmacht* mit der alles von ihrem Wege hinwegfegenden Macht des Stromes von Millionen und aber Millionen Proletariern.

Das haben wir schriftlich festgelegt. In unseren Resolutionen, Thesen, Berichten und Reden ist das besiegelt worden, was schon errungen worden ist.

Die Theorie des Marxismus, erhellt durch das klare Licht der neuen, weltumfassend reichen Erfahrung der revolutionären Arbeiter,

hat uns geholfen, die ganze Gesetzmäßigkeit des Geschehens zu begreifen. Sie wird den Proletariern der ganzen Welt, die für den Sturz der kapitalistischen Lohnsklaverei kämpfen, behilflich sein, die Ziele ihres Kampfes klarer zu erkennen, fester auf dem schon vorgezeichneten Weg vorwärtszuschreiten, den Sieg sicherer und auf die Dauer zu erringen und ihn zu verankern.

Die Gründung der III., der Kommunistischen Internationale ist die Vorstufe der internationalen Republik der Sowjets, des Weltsieges des Kommunismus.

Veröffentlicht in der Zeitung  
„Prawda“ Nr. 51,  
6. März 1919.

*W. I. Lenin*, Sämtl. Werke, 3. Aufl.,  
Bd. XXIV, S. 25/26 russ.

**BERICHT ÜBER DAS PARTEIPROGRAMM  
AUF DEM VIII. PARTEITAG DER KPR(B)  
AM 19. MÄRZ 1919**

(Beifall.) Genossen! Entsprechend der Aufteilung der Themen, die ich mit Genossen Bucharin vereinbart habe, fällt mir die Erläuterung des Standpunktes zu, den die Kommission in einer Reihe konkreter Punkte eingenommen hat, welche am meisten umstritten sind oder welche die Partei gegenwärtig am meisten interessieren.

Ich beginne kurz mit denjenigen Punkten, die Genosse Bucharin am Schluß seines Berichts berührt hat und über die es in der Kommission zwischen uns zu Meinungsverschiedenheiten gekommen ist. Der erste Punkt betrifft den Charakter des Aufbaus des allgemeinen Teils des Programms. Genosse Bucharin hat meines Erachtens hier nicht ganz richtig dargelegt, warum die Kommissionsmehrheit alle Versuche abgelehnt hat, das Programm aufzubauen unter Streichung all dessen, was über den alten Kapitalismus gesagt worden war. Genosse Bucharin äußerte sich in einer Weise, daß manchmal der Eindruck entstehen mußte, die Kommissionsmehrheit hätte sich gefürchtet vor dem, was man dazu sagen würde, hätte gefürchtet, man werde die Kommissionsmehrheit beschuldigen, dem Alten nicht genügend Ehrerbietung entgegengebracht zu haben. Es unterliegt keinem Zweifel, daß bei einer solchen Darlegung der Standpunkt der Kommissionsmehrheit höchst lächerlich erscheint. Aber diese Darlegung entspricht bei weitem nicht der Wahrheit. Die Kommissionsmehrheit hat solche Versuche abgelehnt, weil sie falsch sind. Sie entsprächen nicht der wahren Sachlage. Reinen Imperialismus ohne kapitalistische Grundlage hat es niemals gegeben, gibt es nirgends und wird es niemals geben. Es ist eine falsche Verallgemeinerung all dessen, was über Syndikate, Kartelle, Truste, Finanzkapitalismus gesagt wurde, wenn man den Finanzkapitalismus so darstellte, als ob er sich auf keinerlei Grundlagen des alten Kapitalismus stütze.

Das ist falsch. Besonders falsch ist dies für die Epoche des imperialistischen Krieges und für die Epoche nach dem imperialistischen

Krieg. Schon Engels schrieb in einer seiner Betrachtungen über den kommenden Krieg, er werde viel schlimmere Verwüstungen mit sich bringen als der Dreißigjährige Krieg, die Menschheit werde stark verwildern, unser künstliches Getriebe in Handel und Industrie werde Bankrott machen. Zu Beginn des Krieges prahlten die Sozialverräter und Opportunisten mit der Zählebigkeit des Kapitalismus und machten sich über die „Fanatiker oder Halbanarchisten“, wie sie uns nannten, lustig. „Seht“, sagten sie, „diese Prophezeiungen sind nicht eingetroffen. Die Ereignisse haben gezeigt, daß das nur für einen sehr kleinen Teil der Länder und nur für eine ganz kurze Zeit richtig war!“ Heute aber beginnt nicht nur in Rußland und nicht nur in Deutschland, sondern auch in den Siegerländern gerade eine solch gewaltige Zerstörung des modernen Kapitalismus, die diesen künstlichen Apparat auf Schritt und Tritt abbaut und den alten Kapitalismus wiedererstehen läßt.

Als Genosse Bucharin davon sprach, man könne versuchen, ein abgeschlossenes Bild vom Zerfall des Kapitalismus und des Imperialismus zu geben, erwiderten wir in der Kommission, und ich muß auch hier erwidern: versuchen Sie es, und Sie werden sehen, daß es nicht gelingen wird. Genosse Bucharin machte dort, in der Kommission, einen solchen Versuch und hat ihn dann selber aufgegeben. Ich bin vollkommen überzeugt, daß, wenn irgend jemand einen solchen Versuch machen könnte, so vor allem Genosse Bucharin, der sich mit dieser Frage sehr viel und sehr eingehend beschäftigt hat. Ich behaupte, daß ein solcher Versuch nicht glücken kann, weil die Aufgabe falsch gestellt ist. In Rußland durchleben wir augenblicklich die Folgen des imperialistischen Krieges und den Beginn der Diktatur des Proletariats. Gleichzeitig erleben wir in einer ganzen Reihe von Gebieten Rußlands, die voneinander stärker abgeschnitten waren als früher, auf Schritt und Tritt eine Wiedergeburt des Kapitalismus und sein erstes Entwicklungsstadium. Darüber kann man nicht hinweg. Wird das Programm so geschrieben, wie es Genosse Bucharin wollte, so wird ein solches Programm falsch sein. Es wird günstigenfalls das Beste wiedergeben, was über Finanzkapitalismus und Imperialismus gesagt worden ist, aber es wird nicht die Wirklichkeit wiedergeben, da es in dieser Wirklichkeit gerade eine solche Geschlossenheit nicht gibt. Ein aus verschiedenartigen Teilen zusammengesetztes Programm ist nicht schön (das ist aber natürlich belanglos), aber ein anderes Programm wird einfach falsch sein. Diese Ungleichförmigkeit, dieses Aufbauen aus verschiedenartigem Material, wie unangenehm und unebenmäßig das auch immer sein mag, werden wir im Verlauf einer sehr langen Periode nicht umgehen können. Sind wir einmal darüber hinaus, dann

werden wir uns ein anderes Programm geben. Aber dann werden wir schon in der sozialistischen Gesellschaft leben. Zu behaupten, dort würde es genau so zugehen wie heute, wäre lächerlich.

Wir leben in einer Zeit, wo eine ganze Reihe der elementarsten, grundlegenden Erscheinungen des Kapitalismus wiederaufgelebt sind. Man nehme z. B. etwa den Zusammenbruch des Verkehrswesens, den wir so gut oder, richtiger gesagt, so übel an unserem eigenen Leib verspüren. Dasselbe gibt es ja auch in anderen Ländern, selbst in den Siegerländern. Und was bedeutet der Zusammenbruch des Verkehrswesens unter dem imperialistischen System? — Er bedeutet Rückkehr zu den ursprünglichsten Formen der Warenproduktion. Wir wissen sehr gut, was Hamsterer sind. Dieses Wort war, wie es scheint, den Ausländern bisher unverständlich. Und jetzt? Sprecht einmal mit den Genossen, die zum Kongreß der III. Internationale gekommen sind. Es stellt sich heraus, daß sowohl in Deutschland wie in der Schweiz derartige Worte zu entstehen beginnen. Diese Kategorie aber werdet ihr doch in keine Diktatur des Proletariats einordnen können, sondern ihr werdet bis zu den untersten Stufen der kapitalistischen Gesellschaft und der Warenproduktion hinabsteigen müssen.

Dieser traurigen Wirklichkeit durch das Aufstellen eines glatten und geschlossenen Programms entrinnen zu wollen, bedeutet einen Sprung in den luftleeren Raum, in das Gebiet der Phrase zu machen, ein falsches Programm niederzuschreiben. Und es war durchaus nicht Ehrerbietung gegenüber dem Alten, wie Genosse Bucharin das höflich andeutete, die uns zwang, hier Teile des alten Programms einzuschalten. Man stellte es so dar: das Programm wurde 1903 unter Beteiligung Lenins verfaßt; zweifellos ein schlechtes Programm, da aber alte Leute nichts mehr lieben, als sich des Vergangenen zu erinnern, hat man aus Ehrerbietung vor dem Alten in einer neuen Epoche ein neues Programm verfaßt, worin man das Alte wiederholt. Wäre dem so, dann könnte man über solche wunderlichen Käuze nur lachen. Ich versichere, daß es nicht so ist. Jener Kapitalismus, der 1903 geschildert wurde, bleibt auch 1919 in der proletarischen Sowjetrepublik bestehen, gerade dank der Zersetzung des Imperialismus, infolge seines Zusammenbruchs. Ein solcher Kapitalismus ist z. B. sowohl im Gouvernement Samara als auch im Gouvernement Wjatka zu finden, die beide nicht allzuweit von Moskau entfernt sind. In einer Epoche, wo der Bürgerkrieg das Land in Stücke reißt, werden wir aus dieser Lage, aus dieser Hamsterei nicht so bald herauskommen. Darum eben wäre ein anderer Aufbau des Programms falsch. Man muß aussprechen, was ist. Der Inhalt eines Programms muß absolut unanfechtbar,

durch Tatsachen erhärtet sein, nur dann ist es ein marxistisches Programm.

Theoretisch begreift das Genosse Bucharin vollkommen, und er sagt, das Programm müsse konkret sein. Aber etwas begreifen ist eins, doch eine Sache tatsächlich durchführen, ist etwas anderes. Das Konkretsein des Genossen Bucharin — das ist eine büchergelehrte Darlegung des Finanzkapitalismus. In der Wirklichkeit beobachten wir verschiedenartige Erscheinungen. In jedem landwirtschaftlichen Gouvernement beobachten wir neben der monopolisierten Industrie freie Konkurrenz. Nirgendwo in der Welt hat der Monopolkapitalismus ohne freie Konkurrenz in einer ganzen Reihe von Wirtschaftszweigen existiert und wird auch nie existieren. Ein solches System aufstellen, heißt ein vom Leben losgelöstes, ein falsches System aufstellen. Sagte Marx von der Manufaktur, sie sei ein Überbau über der massenhaften Kleinproduktion gewesen, so sind Imperialismus und Finanzkapitalismus ein Überbau über den alten Kapitalismus. Zerstört man seine Spitze, so tritt der alte Kapitalismus zutage. Auf dem Standpunkt stehen, es gäbe einen einheitlichen Imperialismus ohne den alten Kapitalismus, heißt das Gewünschte für Wirklichkeit halten.

Es ist das ein natürlicher Fehler, in den man sehr leicht verfallen kann. Hätten wir es tatsächlich mit einem einheitlichen Imperialismus zu tun, der den Kapitalismus durch und durch umgeformt hätte, dann wäre unsere Aufgabe hunderttausendmal leichter. Es würde sich dann ein System ergeben, wo alles allein dem Finanzkapital untergeordnet wäre. Dann brauchte man nur die Spitze zu entfernen und das übrige dem Proletariat zu übergeben. Das wäre außerordentlich angenehm, aber so etwas gibt es in der Wirklichkeit nicht. In der Wirklichkeit ist die Entwicklung derart, daß man ganz anders vorgehen muß. *Der Imperialismus ist ein Überbau über dem Kapitalismus.* Wenn er zerfällt, haben wir es mit dem Zerfall der Spitze und der Bloßlegung des Fundaments zu tun. Darum eben muß unser Programm aussprechen, was ist, wenn es richtig sein will. Es gibt den alten Kapitalismus, der sich in einer ganzen Reihe von Gebieten zum Imperialismus ausgewachsen hat. Seine Tendenzen sind nur imperialistisch. Die Grundfragen können nur vom Standpunkt des Imperialismus betrachtet werden. Es gibt keine bedeutende Frage der Innen- oder Außenpolitik, die anders als vom Standpunkt dieser Tendenz entschieden werden könnte. Nicht davon spricht jetzt das Programm. In Wirklichkeit besteht ein gewaltiger Untergrund, gebildet vom alten Kapitalismus. Es gibt einen Überbau — den Imperialismus, der den Krieg herbeigeführt hat, und dieser Krieg ist der Ausgangspunkt für die

Diktatur des Proletariats geworden. Diese Phase kann man nicht überspringen. Diese Tatsache charakterisiert das eigentliche Tempo der Entwicklung der proletarischen Revolution in der ganzen Welt und wird auf viele Jahre hinaus eine Tatsache bleiben.

Die westeuropäischen Revolutionen werden vielleicht glatter verlaufen, aber trotzdem wird die Reorganisierung der ganzen Welt, die Reorganisierung der meisten Länder viele, viele Jahre erfordern. Das bedeutet aber, daß wir in der Übergangsperiode, die wir durchmachen, aus dieser mosaikartigen Wirklichkeit nicht herauskommen werden. Diese aus verschiedenartigen Teilen zusammengesetzte Wirklichkeit kann man nicht beiseiteschieben, wie unschön sie auch sein mag. Falsch würde das Programm sein, wenn es anders abgefaßt würde, als es abgefaßt ist.

Wir sagen, daß wir zur Diktatur gekommen sind. Das ist verständlich. Aber man muß sich doch über das *Wie* Rechenschaft geben. Die Vergangenheit hält uns fest, greift nach uns mit tausend Armen, sie läßt uns keinen Schritt vorwärts machen oder zwingt uns, diese Schritte so schlecht zu machen, wie wir es tun. Und wir sagen: um zu verstehen, in welche Lage wir geraten, muß man sagen, welchen Weg wir gegangen sind, was uns bis dicht an die sozialistische Revolution herangeführt hat. Herangeführt hat uns der Kapitalismus in seinen ursprünglichen Formen der Warenwirtschaft. Das alles muß man verstehen, denn nur, wenn wir der Wirklichkeit Rechnung tragen, werden wir solche Fragen lösen können wie, sagen wir, unser Verhalten zur Mittelbauernschaft. In der Tat, wo ist der Mittelbauer hergekommen in der Epoche des rein imperialistischen Kapitalismus? Hat er doch sogar in einfach kapitalistischen Ländern gefehlt. Wenn wir die Frage unseres Verhaltens zu dieser schier mittelalterlichen Erscheinung (der Mittelbauernschaft) ausschließlich vom Standpunkt des Imperialismus und der Diktatur des Proletariats entscheiden werden, dann werden wir absolut nicht zurechtkommen und uns die Köpfe einrennen. Müssen wir aber unser Verhalten gegenüber dem Mittelbauern ändern — dann gebt euch die Mühe, auch im theoretischen Teil zu sagen, woher er gekommen ist und was er darstellt. Er ist ein kleiner Warenproduzent. Das ist jenes Abc des Kapitalismus, das wir aussprechen müssen, weil wir über dieses Abc noch immer nicht hinausgekommen sind. Das mit einer Handbewegung abtun und sagen: „Wozu brauchen wir das Abc, wenn wir den Finanzkapitalismus studiert haben!“ — das ist eine völlig unernste Einstellung.

Dasselbe muß ich auch hinsichtlich der *nationalen Frage* sagen. Auch hier nimmt Genosse Bucharin das Gewünschte für die Wirk-



lichkeit. Er sagt, man dürfe das Selbstbestimmungsrecht der Nationen nicht anerkennen. Die Nation — das bedeute die Bourgeoisie mitsamt dem Proletariat. Wir Proletarier werden das Selbstbestimmungsrecht irgendeiner von uns verachteten Bourgeoisie anerkennen! Das ist doch durchaus unpassend! Nein, entschuldigen Sie, das paßt zu dem, was ist. Streichen Sie das, dann wird ein Phantasiegebilde herauskommen. Sie berufen sich auf den Differenzierungsprozeß, der sich innerhalb der Nation vollzieht, auf den Prozeß der Scheidung von Proletariat und Bourgeoisie. Aber wir werden noch sehen, wie diese Differenzierung verlaufen wird.

Man nehme z. B. Deutschland, das Muster eines fortgeschrittenen kapitalistischen Landes, das in der Organisiertheit des Kapitalismus, des Finanzkapitalismus, Amerika übertraf. In vielen Beziehungen, in der Technik, der Produktion und in politischer Hinsicht stand es hinter Amerika zurück, aber in bezug auf die Organisiertheit des Finanzkapitalismus, in bezug auf die Verwandlung des monopolistischen Kapitalismus in einen staatsmonopolistischen Kapitalismus war Deutschland Amerika voraus. Man sollte meinen, das wäre ein Muster. Und was geschieht dort? Hat sich das deutsche Proletariat von der Bourgeoisie differenziert? Nein! Wurde doch nur von einigen Großstädten gemeldet, daß die Mehrheit der Arbeiter dort gegen die Scheidemänner ist. Und wie ist das gekommen? Durch das Bündnis der Spartakusleute mit den dreimal verfluchten deutschen Menschewiki, den Unabhängigen, die alles durcheinanderbringen und das Sowjetsystem mit der Konstituante verheiraten wollen! Das ist es doch, was in diesem Deutschland vorgeht! Und das ist doch ein fortgeschrittenes Land.

Genosse Bucharin sagt: „Wozu brauchen wir das Selbstbestimmungsrecht der Nationen?“ Ich muß wiederholen, was ich ihm entgegnete, als er im Sommer 1917 beantragte, das Minimalprogramm fallen zu lassen und nur das Maximalprogramm beizubehalten. Ich antwortete damals: „Rühme dich nicht, wenn du in die Schlacht ziehst, rühme dich erst, wenn du aus der Schlacht zurückkehrst.“ Wenn wir die Macht erobert und dann noch ein bißchen gewartet haben, dann werden wir das machen.\* Wir haben die Macht erobert, haben ein bißchen gewartet, und jetzt bin ich einverstanden, das zu machen. Wir stehen nunmehr mitten im sozialistischen Aufbau, wir haben den ersten Ansturm, der uns bedrohte, zurückgeschlagen — jetzt wird das angebracht sein. Das gleiche gilt auch für das Selbstbestimmungsrecht der Nationen. „Ich will nur das Selbstbestimmungsrecht der werk-

\* W. I. Lenin, Sämtl. Werke, Bd. XXI, S. 396 ff. *Der Übers.*

tätigen Klassen anerkennen“, sagt Genosse Bucharin. Sie wollen also nur das anerkennen, was in Wirklichkeit in keinem einzigen Land außer in Rußland erreicht worden ist. Das ist lächerlich.

Man betrachte Finnland: ein demokratisches Land, das höher entwickelt ist, kulturell höher steht als wir. Dort vollzieht sich der Prozeß der Herauskristallisierung, der Differenzierung des Proletariats, vollzieht sich in eigenartiger Weise, weitaus qualvoller als bei uns. Die Finnen haben die Diktatur Deutschlands ausgekostet, jetzt machen sie die Diktatur der Entente durch, und dank der Tatsache, daß wir das Selbstbestimmungsrecht der Nationen anerkannt haben, wurde der Differenzierungsprozeß dort erleichtert. Ich erinnere mich sehr gut der Szene, wie ich im Smolny Svinhufvud — was russisch „Schweinskopf“ heißt —, dem Vertreter der finnischen Bourgeoisie, der die Rolle des Henkers gespielt hat, die Urkunde zu übergeben hatte. Er drückte mir lebenswürdig die Hand, wir sagten uns gegenseitig Komplimente. Das war gewiß nicht angenehm! Aber es mußte getan werden, weil diese Bourgeoisie damals das Volk, die werktätigen Massen damit betrog, daß sie erzählte, die Moskowiter, die Chauvinisten, die Großrussen wollten die Finnen abwürgen. Man mußte das also tun.

Und haben wir nicht gestern dasselbe hinsichtlich der baschkirischen Republik tun müssen? Als Genosse Bucharin sagte: „Für manche könnte man dieses Recht anerkennen“, da habe ich mir sogar notiert, daß in seine Liste die Hottentotten, die Buschmänner, die Inder geraten sind. Als ich diese Aufzählung hörte, fragte ich mich: Wieso kommt es, daß Genosse Bucharin eine geringfügige Kleinigkeit vergessen hat, daß er die Baschkiren vergessen hat? Buschmänner gibt es in Rußland nicht, von den Hottentotten habe ich auch noch nicht gehört, daß sie auf eine autonome Republik Anspruch erheben, aber wir haben doch Baschkiren, Kirgisen, eine ganze Reihe anderer Völker, und ihnen können wir die Anerkennung nicht versagen. Keinem der Völker, die innerhalb der Grenzen des ehemaligen Russischen Reiches leben, dürfen wir sie versagen. Nehmen wir sogar an, die Baschkiren stürzten die Ausbeuter und wir würden ihnen dabei helfen. Aber das ist ja nur dort möglich, wo die Umwälzung vollkommen herangereift ist. Und das muß vorsichtig getan werden, damit wir durch unsere Einmischung jenen Prozeß der Differenzierung des Proletariats nicht aufhalten, den wir beschleunigen müssen. Was können wir aber hinsichtlich solcher Völker tun, die, wie die Kirgisen, die Sarten, bis auf den heutigen Tag unter dem Einfluß ihrer Mullahs stehen? Bei uns in Rußland hat die Bevölkerung, nach langjähriger Erfahrung mit den Popen, uns geholfen, sie zu stürzen. Aber ihr wißt, wie schlecht sich

noch das Dekret über die Zivilehe eingebürgert hat. Können wir etwa zu diesen Sarten gehen und sagen: „Wir wollen eure Ausbeuter stürzen“? Das können wir nicht, weil sie restlos unter dem Einfluß ihrer Mullahs stehen. Man muß da die Entwicklung der betreffenden Nation abwarten, die Differenzierung des Proletariats von den bürgerlichen Elementen, die unvermeidlich ist.

Genosse Bucharin will nicht warten. Er ist voller Ungeduld: „Warum denn? Wo wir doch selber die Bourgeoisie gestürzt, die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats proklamiert haben, warum sollen wir denn so verfahren?“ Das wirkt wie ein aufmunternder Aufruf, es enthält einen Hinweis auf unseren Weg, aber wenn wir nur das in unserem Programm proklamieren werden, dann wird man kein Programm, sondern eine Proklamation erhalten. Wir können die Sowjetmacht und die Diktatur des Proletariats sowie die völlige Verachtung der Bourgeoisie gegenüber, die sie tausendfach verdient, proklamieren, aber im Programm muß man mit absoluter Genauigkeit das aussprechen, was ist. Dann wird unser Programm unanfechtbar sein.

Wir stehen auf dem strengen Klassenstandpunkt. Was wir im Programm schreiben, ist die Anerkennung dessen, was in Wirklichkeit geschehen ist nach der Epoche, wo wir über die Selbstbestimmung der Nationen schlechthin schrieben. Damals gab es noch keine proletarischen Republiken. Nachdem sie entstanden waren, und nur nach Maßgabe ihres Entstehens, konnten wir das schreiben, was wir hier geschrieben haben: „Föderative Vereinigung der *nach dem Sowjettypus* organisierten Staaten.“ Sowjettypus bedeutet noch nicht Sowjets, wie sie in Rußland existieren, aber der Sowjettypus wird international. Nur das können wir sagen, Weitergehen, einen Schritt, um eine Haarbrette weitergehen, wäre schon falsch und taugt daher nicht für das Programm.

Wir sagen: man muß berücksichtigen, auf welchem Punkt des Weges vom Mittelalter zur bürgerlichen Demokratie und von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie die betreffende Nation steht. Das ist durchaus richtig. Alle Nationen haben das Recht auf Selbstbestimmung — es lohnt nicht, von den Hottentotten und Buschmännern speziell zu reden. Die riesige Mehrheit, sicherlich neun Zehntel der ganzen Bevölkerung des Erdballs, vielleicht sogar 95 Prozent, fällt unter diese Charakteristik, denn alle Länder stehen auf dem Wege vom Mittelalter zur bürgerlichen oder von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie. Dieser Weg ist ganz unvermeidlich. Mehr darf man nicht sagen, denn das würde falsch sein, würde nicht dem

entsprechen, was ist. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen fallen lassen und statt dessen das Selbstbestimmungsrecht der Werktätigen setzen, ist grundfalsch, denn eine solche Konzeption berücksichtigt nicht, unter welchen Schwierigkeiten, auf welchen verschlungenen Wegen die Differenzierung innerhalb der Nationen verläuft. In Deutschland verläuft sie anders als bei uns: in mancher Beziehung rascher, in mancher Beziehung nimmt sie einen langsameren und blutigeren Verlauf. Auf eine so ungeheuerliche Idee wie die Verbindung der Sowjets und der Konstituante ist bei uns keine einzige Partei gekommen. Wir müssen doch Seite an Seite mit diesen Nationen leben. Schon behaupten die Scheidemänner von uns, wir wollen Deutschland erobern. Das ist natürlich lächerlich und unsinnig. Doch die Bourgeoisie hat ihre Interessen und ihre Presse, die das in hunderten Millionen Exemplaren in die ganze Welt hinausschreit, und Wilson unterstützt das in seinem Interesse. Die Bolschewiki haben, so sagt man, eine große Armee und wollen durch die Eroberung Deutschlands ihren Bolschewismus dorthin verpflanzen. Die besten Menschen Deutschlands, die Spartakusleute, haben uns darauf hingewiesen, wie die deutschen Arbeiter gegen die Kommunisten aufgehetzt werden: Seht doch, wie schlecht es bei den Bolschewiki ist! Und daß es bei uns sehr gut wäre, können wir nicht sagen. Und da versucht man dort auf die Massen mit dem Argument einzuwirken, die proletarische Revolution in Deutschland bedeute die gleichen Mißstände wie in Rußland. Unsere Mißstände, das ist unsere langwierige Krankheit. Bei der Schaffung der proletarischen Diktatur in unserem Lande haben wir mit ungeheuren Schwierigkeiten zu kämpfen. Solange die Bourgeoisie oder das Kleinbürgertum oder auch nur ein Teil der deutschen Arbeiter beeinflußt werden von dem Schreckgespenst: „Die Bolschewiki wollen gewaltsam ihre Ordnung einführen“ — solange wird die Formulierung „Selbstbestimmungsrecht der Werktätigen“ die Lage nicht erleichtern. Wir müssen die Sache so anpacken, daß den deutschen Sozialverrättern die Möglichkeit genommen wird zu sagen, die Bolschewiki wollten ihr Universalsystem aufzwingen, das man angeblich auf den Spitzen der Rotarmistenbajonette nach Berlin tragen könne. Verneint man aber das Selbstbestimmungsrecht der Nationen, dann kann das so herauskommen.

Unser Programm darf nicht von Selbstbestimmung der Werktätigen sprechen, weil das falsch ist. Es muß aussprechen, was ist. Stehen die Nationen nun einmal auf verschiedenen Stufen des Weges vom Mittelalter zur bürgerlichen und von der bürgerlichen zur proletarischen Demokratie, so ist dieser Satz unseres Programms vollkommen richtig. Auf diesem Wege gab es bei uns sehr viele Zickzackwendungen. Jede

Nation muß das Selbstbestimmungsrecht erhalten, das trägt zur Selbstbestimmung der Werktätigen bei. In Finnland verläuft der Prozeß der Differenzierung des Proletariats von der Bourgeoisie mit bemerkenswerter Klarheit, Stärke und Tiefe. Dort wird jedenfalls alles nicht so verlaufen wie bei uns. Würden wir sagen, wir anerkennen keine finnländische Nation, sondern nur die werktätigen Massen, so wäre das hanebüchener Unsinn. Man kann dem, was ist, nicht die Anerkennung versagen: es wird die Anerkennung selbst erzwingen. In den verschiedenen Ländern geht die Scheidung zwischen Proletariat und Bourgeoisie ihre eigenartigen Wege. Auf diesen Weg müssen wir aufs vorsichtigste einwirken. Ganz besonders vorsichtig muß man gegenüber verschiedenen Nationen sein, denn es gibt nichts Schlimmeres als Mißtrauen gegen eine Nation. Bei den Polen geht die Selbstbestimmung des Proletariats vor sich. Hier die letzten Zahlen über die Zusammensetzung des Warschauer Arbeiterrates: polnische Sozialverräter 333, Kommunisten 297. Das zeigt, daß dort nach unserem revolutionären Kalender der Oktober schon nicht mehr weit ist. Es ist so etwa August oder September 1917. Aber erstens ist noch kein solches Dekret veröffentlicht, laut welchem alle Länder sich nach dem bolschewistischen revolutionären Kalender zu richten haben; und wäre es auch veröffentlicht, so würde man es nicht befolgen. Zweitens liegen die Dinge augenblicklich so, daß die Mehrheit der polnischen Arbeiter, die weiter fortgeschritten sind und kulturell höher stehen als unsere, auf dem Standpunkt der „sozialistischen“ Vaterlandsverteidigung, auf dem Standpunkt des Sozialpatriotismus steht. Da heißt es abwarten. Da kann man nicht von der Selbstbestimmung der werktätigen Massen reden. Wir müssen diese Differenzierung propagieren. Das tun wir, aber es unterliegt nicht dem geringsten Zweifel, daß man die Selbstbestimmung der polnischen Nation sofort anerkennen muß. Das ist klar. Die polnische proletarische Bewegung geht denselben Weg wie die unsrige, geht den Weg zur Diktatur des Proletariats, aber nicht so wie in Rußland. Auch dort schreckt man die Arbeiter damit, daß die Moskowiter, die Großrussen, die die Polen stets unterdrückt haben, unter der Maske des Kommunismus ihren großrussischen Chauvinismus nach Polen tragen wollen. Der Kommunismus wird nicht auf dem Wege der Gewalt Wurzel fassen. Als ich einem der besten polnischen kommunistischen Genossen sagte: „Ihr werdet es anders machen“, antwortete er mir: „Nein, wir werden das gleiche machen, aber besser als ihr.“ Gegen ein solches Argument konnte ich absolut nichts einwenden. Man muß die Möglichkeit geben für die Erfüllung dieses bescheidenen Wunsches, die Sowjetmacht besser zu machen als

bei uns. Man muß der Tatsache Rechnung tragen, daß der Weg dort ein etwas eigenartiger ist, und man darf nicht sagen: „Nieder mit dem Selbstbestimmungsrecht der Nationen! Nur den werktätigen Massen gewähren wir Selbstbestimmungsrecht.“ Diese Selbstbestimmung geht einen sehr komplizierten und schwierigen Weg. Nirgendwo außer in Rußland gibt es sie, und in Voraussicht all der Entwicklungsstadien in den anderen Ländern soll man nichts aus Moskau dekretieren. Darum eben ist dieser Antrag prinzipiell unannehmbar.

Nummehr gehe ich zu den weiteren Punkten über, die ich laut dem von uns aufgestellten Plan zu beleuchten habe. An erste Stelle habe ich die Frage *der Kleineigentümer und der Mittelbauern* gestellt. Zu dieser Frage heißt es in Paragraph 47:

„In bezug auf die Mittelbauernschaft besteht die Politik der KPR darin, sie allmählich und planmäßig in die sozialistische Aufbauarbeit hineinzuziehen. Die Partei stellt sich die Aufgabe, die Mittelbauernschaft von den Kulaken zu trennen, sie durch entgegenkommendes Verhalten zu ihren Nöten auf die Seite der Arbeiterklasse zu ziehen, ihre Rückständigkeit mit Maßnahmen der ideologischen Einwirkung, aber keineswegs mit Unterdrückungsmaßnahmen zu bekämpfen; in allen Fällen, wo die Lebensinteressen der Mittelbauernschaft berührt werden, eine praktische Verständigung mit ihr anzustreben und sich zu Zugeständnissen an die Mittelbauern in der Wahl der Methoden der Durchführung sozialistischer Umgestaltungen zu verstehen.“

Mir scheint, wir formulieren hier dasselbe, was auch die Begründer des Sozialismus über die Mittelbauernschaft wiederholt gesagt haben. Ein Mangel dieses Punktes ist nur, daß er nicht konkret genug ist. Im Programm könnten wir wohl kaum mehr sagen. Aber der Parteitag hat nicht nur Programmfragen zu behandeln, und der Frage der Mittelbauernschaft müssen wir doppelte und dreifache Aufmerksamkeit zuwenden. Gegenwärtig haben wir gerade davon Mitteilung erhalten, daß in den Aufständen, die schon begonnen haben, sich wie eine Welle über das landwirtschaftliche Rußland zu ergießen, ein *allgemeiner Plan* klar zu ersehen ist, und dieser Plan steht augenscheinlich in Verbindung mit dem Kriegsplan der Weißgardisten, die für den Monat März eine allgemeine Offensive und die Organisation einer Reihe von Aufständen beschlossen haben. Beim Präsidium des Parteitags liegt der Entwurf eines Aufrufes des Parteitags, der Ihnen vorgelegt werden wird. Diese Aufstände zeigen uns sonnenklar, daß die linken Sozialrevolutionäre und ein Teil der Menschewiki — in Brjansk haben Menschewiki am Aufstand gearbeitet — die Rolle direkter Agenten der Weißgardisten spielen. Allgemeine Offensive der Weißgardisten, Aufstände in den Dörfern, Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs — sollte es da nicht gelingen, die Bolschewiki auf diese Weise

zu stürzen? Hier tritt die Rolle der Mittelbauernschaft besonders klar, in ihrer ganzen lebenswichtigen Dringlichkeit zutage. Auf dem Parteitag müssen wir nicht nur unsere nachgiebige Haltung gegenüber der Mittelbauernschaft besonders unterstreichen, sondern auch über eine ganze Reihe möglichst konkreter Maßnahmen nachdenken, die der Mittelbauernschaft unmittelbar wenigstens irgend etwas geben. Das ist dringend erforderlich sowohl im Interesse der Selbsterhaltung als auch im Interesse des Kampfes gegen alle unsere Feinde, die da wissen, daß der Mittelbauer zwischen uns und ihnen hin und her schwankt, und die bestrebt sind, ihn uns abspenstig zu machen. Gegenwärtig ist unsere Lage so, daß wir gewaltige Reserven haben. Wir wissen, daß sowohl die polnische wie die ungarische Revolution heranwachsen, und zwar sehr rasch. Diese Revolutionen werden uns proletarische Reserven geben, werden unsere Lage erleichtern und unsere proletarische Basis, die bei uns schwach ist, in gewaltigem Ausmaß festigen. Das kann in den nächsten Monaten geschehen, aber wir wissen nicht, wann es geschehen wird. Ihr wißt, daß jetzt ein kritischer Augenblick eingetreten ist, darum gewinnt heute die Frage der Mittelbauernschaft gewaltige praktische Bedeutung.

Weiter möchte ich auf das Thema der *Genossenschaften* eingehen — das ist der Paragraph 48 unseres Programms. In gewissem Maße ist dieser Paragraph veraltet. Als wir ihn in der Kommission niederschrieben, existierten bei uns Genossenschaften, aber keine Verbraucherkommunen, einige Tage später jedoch wurde ein Dekret über die Verschmelzung aller Arten der Genossenschaften zu einer einheitlichen Verbraucherkommune beschlossen. Ich weiß nicht, ob dieses Dekret schon veröffentlicht ist und ob die Mehrzahl der Anwesenden es kennt. Wenn nicht, so wird die Veröffentlichung dieses Dekrets morgen oder übermorgen erfolgen. In dieser Beziehung ist dieser Paragraph schon veraltet, aber mir scheint nichtsdestoweniger, daß er notwendig ist, denn wir wissen alle sehr gut, daß der Weg vom Erlaß eines Dekrets bis zu dessen Ausführung ein recht langer ist. Mit den Genossenschaften mühen wir uns schon seit April 1918 ab, und wenn wir auch einen beträchtlichen Erfolg erzielt haben, ist er doch noch nicht entscheidend. Wir haben manchmal den Zusammenschluß der Bevölkerung in Genossenschaften in solchem Umfang erreicht, daß die ländliche Bevölkerung in vielen Kreisen zu 98 Prozent schon zusammengeschlossen ist. Aber diese Genossenschaften, die schon in der kapitalistischen Gesellschaft bestanden, sind ganz vom Geist der bürgerlichen Gesellschaft durchdrungen, und an ihrer Spitze stehen Menschewiki und Sozialrevolutionäre, stehen bürgerliche Spezialisten. Wir haben

es noch nicht vermocht, sie uns zu unterordnen, hier ist unsere Aufgabe noch ungelöst. Unser Dekret macht einen Schritt vorwärts im Sinne der Schaffung von Verbrauchercommunen, es schreibt für ganz Rußland die Verschmelzung aller Arten von Genossenschaften vor. Aber auch dieses Dekret, selbst wenn wir es im vollen Umfang durchführen werden, sieht das Weiterbestehen einer autonomen Sektion der Arbeitergenossenschaften innerhalb der zukünftigen Verbrauchercommune vor, weil die Vertreter der Arbeitergenossenschaften, die die Sache aus der Praxis kennen, uns gesagt und bewiesen haben, daß die Arbeitergenossenschaften als die höher entwickelten Organisationen beibehalten werden müssen, da ihre Tätigkeit notwendig ist. Bei uns in der Partei gab es in bezug auf die Genossenschaften nicht wenig Meinungsverschiedenheiten und Diskussionen, es gab Reibungen zwischen den Bolschewiki in den Genossenschaften und den Bolschewiki in den Sowjets. Prinzipiell muß die Frage, wie mir scheint, zweifellos in dem Sinne entschieden werden, daß dieser Apparat als der einzige, den der Kapitalismus in den Massen herangebildet hat, als der einzige, der unter den noch auf der Entwicklungsstufe des primitiven Kapitalismus stehenden Massen der Landbevölkerung funktioniert, um jeden Preis erhalten und entwickelt werden muß und keinesfalls verworfen werden darf. Das ist hier eine schwere Aufgabe, weil an der Spitze der Genossenschaften in den meisten Fällen bürgerliche Spezialisten stehen, die häufig ausgesprochene Weißgardisten sind. Daher der Haß, der berechnete Haß gegen sie, der Kampf gegen sie. Aber dieser Kampf muß natürlich mit Verstand geführt werden: *die konterrevolutionären Bestrebungen der Genossenschaftler müssen unterbunden werden, aber das darf kein Kampf gegen den Genossenschaftsapparat sein.* Die konterrevolutionären Genossenschaftler müssen wir absägen, den Apparat selbst aber müssen wir uns unterordnen. Die Aufgabe ist hier die gleiche wie diejenige hinsichtlich der bürgerlichen Spezialisten, — das ist die andere Frage, auf die ich eingehen möchte.

Die Frage der *bürgerlichen Spezialisten* führt zu häufigen Reibungen und Differenzen. Als ich vor einigen Tagen im Petrograder Sowjet sprach, da galten einige der mir vorgelegten schriftlichen Fragen den Gehaltssätzen. Man fragte mich: Kann man denn in einer sozialistischen Republik Gehälter bis zu 3000 Rubel zahlen? Wir haben eigentlich diese Frage ins Programm aufgenommen, weil die Unzufriedenheit auf dieser Basis ziemlich große Kreise zieht. Die Frage der bürgerlichen Spezialisten ist in der Armee, in der Industrie, in den Genossenschaften, ist überall aktuell. Das ist eine äußerst wichtige Frage der Periode des Übergangs vom Kapitalismus zum Kommunismus. Wir können



den Kommunismus nur dann aufbauen, wenn wir ihn mit den Mitteln der bürgerlichen Wissenschaft und Technik den Massen zugänglicher machen. Anders kann die kommunistische Gesellschaft nicht aufgebaut werden. Um sie aber in dieser Weise aufzubauen, muß man den Apparat der Bourgeoisie benutzen, muß man alle diese Spezialisten zur Arbeit heranziehen. Im Programm haben wir absichtlich diese Frage eingehend behandelt, um sie radikal zu lösen. Wir wissen ausgezeichnet, was die kulturelle Rückständigkeit Rußlands bedeutet, wie sie auf die Sowjetmacht zurückwirkt, die im Prinzip eine ungleich höhere, proletarische Demokratie, ein Vorbild dieser Demokratie für die ganze Welt gegeben hat; wir wissen ausgezeichnet, wie diese Kulturlosigkeit die Sowjetmacht herabdrückt und die Bürokratie wiederaufleben läßt. Der Sowjetapparat ist den Worten nach allen zugänglich, in der Tat aber ist er es, wie wir alle wissen, noch lange nicht. Und das durchaus nicht, weil die Gesetze es verhinderten, wie das unter der Bourgeoisie der Fall war, im Gegenteil: die Gesetze fördern es. Aber mit Gesetzen allein ist es da nicht getan. Es bedarf einer Menge Erziehungs-, Organisations- und Kulturarbeit, und das kann nicht durch ein Gesetz binnen kurzer Zeit erreicht werden, das verlangt eine gewaltige, langwierige Arbeit. Diese Frage der bürgerlichen Spezialisten muß auf dem gegenwärtigen Parteitag mit aller Bestimmtheit entschieden werden. Ein solcher Beschluß wird den Genossen, die den Verlauf des Parteitags zweifellos aufmerksam verfolgen, die Möglichkeit geben, sich auf seine Autorität zu stützen und zu sehen, auf welche Schwierigkeiten wir stoßen. Er wird den Genossen, die auf Schritt und Tritt auf diese Fragen stoßen, helfen, sich zumindest an der propagandistischen Arbeit zu beteiligen.

Die Genossen, die auf dem Kongreß hier in Moskau den Spartakusbund vertraten, erzählten uns, daß in Westdeutschland, wo die Industrie besonders hoch entwickelt, wo der Einfluß der Spartakusleute unter der Arbeiterschaft am stärksten ist, obwohl sie dort noch nicht gesiegt haben, in sehr vielen der größten Betriebe die Ingenieure, die Betriebsleiter zu ihnen kamen und sagten: „Wir gehen mit euch.“ Bei uns gab es das nicht. Offenbar haben dort das höhere Kulturniveau der Arbeiter, die stärkere Proletarisierung des technischen Personals und vielleicht eine ganze Reihe anderer Ursachen, die uns unbekannt sind, solche Verhältnisse geschaffen, die sich von den unsrigen einigermaßen unterscheiden.

Jedenfalls liegt hier für uns eines der Haupthindernisse für die weitere Vorwärtsbewegung. Wir müssen sofort, ohne auf Unterstützung durch andere Länder zu warten, sofort und unverzüglich die Produktiv-

kräfte heben. Ohne bürgerliche Spezialisten ist das unmöglich. Das muß ein für allemal gesagt werden. Natürlich sind die meisten dieser Spezialisten völlig von der bürgerlichen Weltanschauung durchdrungen. Man muß sie mit der Atmosphäre kameradschaftlicher Zusammenarbeit, mit Arbeiterkommissaren, kommunistischen Zellen umgeben, sie in eine solche Lage bringen, daß sie nicht aus der Reihe tanzen können, aber man muß ihnen die Möglichkeit geben, unter besseren Bedingungen zu arbeiten als im Kapitalismus, denn diese von der Bourgeoisie erzeugte Schicht wird anders nicht arbeiten. Eine ganze Schicht mit dem Stock zur Arbeit zu zwingen, ist unmöglich, das haben wir zur Genüge erfahren. Man kann sie zwingen, sich an der Konterrevolution nicht aktiv zu beteiligen, man kann sie einschüchtern, so daß sie sich fürchten, nach einem weißgardistischen Flugblatt die Hand auszustrecken. In dieser Beziehung handeln die Bolschewiki energisch. Das kann man tun, und das tun wir auch zur Genüge. Das haben wir alle gelernt. Aber eine ganze Schicht in dieser Weise zur Arbeit zu zwingen, ist unmöglich. Diese Leute sind Kulturarbeit gewöhnt, sie haben sie im Rahmen der bürgerlichen Ordnung geleistet, d. h. sie haben die Bourgeoisie durch gewaltige materielle Errungenschaften bereichert, von denen für das Proletariat nur winzige Brocken abfielen — aber sie haben die Kultur vorwärtsgebracht, das war ihr Beruf. In dem Maße, wie sie sehen, daß aus der Arbeiterklasse organisierte, fortgeschrittene Schichten emporsteigen, die die Kultur nicht nur schätzen, sondern auch ihre Verbreitung unter den Massen fördern, ändern sie ihr Verhalten uns gegenüber. Wenn ein Arzt sieht, daß das Proletariat im Kampf gegen Epidemien die Selbsttätigkeit der Werktätigen hebt, so stellt er sich uns gegenüber schon ganz anders ein. Es gibt bei uns eine große Schicht dieser bürgerlichen Ärzte, Ingenieure, Agronomen, Genossenschaftler, und wenn sie in der Praxis sehen werden, daß das Proletariat immer breitere Massen zu dieser Arbeit heranzieht, dann werden sie *moralisch* besiegt und nicht nur politisch der Bourgeoisie entrissen sein. Dann wird unsere Aufgabe leichter werden. Dann werden sie von selbst in unseren Apparat hineingezogen werden, werden einen seiner Teile bilden. Dafür muß man Opfer bringen. Dafür sogar zwei Milliarden zahlen, ist eine Lappalie. Es wäre Kinderei, dieses Opfer zu scheuen, denn das würde bedeuten, die vor uns stehenden Aufgaben nicht zu begreifen.

Die Zerrüttung des Verkehrswesens, der Industrie und der Landwirtschaft untergräbt die ganze Existenz der Sowjetrepublik. Wir müssen hier die allerenergischsten Maßnahmen ergreifen, wodurch alle Kräfte des Landes bis aufs äußerste angespannt werden. Den

Spezialisten gegenüber dürfen wir keine Politik kleinlicher Schikanen befolgen. Diese Spezialisten sind nicht Helfershelfer der Ausbeuter, sondern Kulturarbeiter, die in der bürgerlichen Gesellschaft der Bourgeoisie gedient haben und von denen alle Sozialisten der ganzen Welt sagten, daß sie in der proletarischen Gesellschaft *uns* dienen werden. In dieser Übergangsperiode müssen wir ihnen möglichst gute Existenzbedingungen geben. Das wird die beste Politik, das wird das sparsamste Wirtschaften sein. Anderenfalls können wir durch die Ersparung einiger hundert Millionen so viel verlieren, daß dieses Verlorene nicht mit Milliarden wiederherzustellen ist.

Als ich mich mit Genossen Schmidt, dem Arbeitskommissar, über die Frage der Gehaltssätze unterhielt, verwies er auf folgende Tatsachen: er sagt, daß wir für die Ausglei chung der Löhne so viel getan haben, wie kein bürgerlicher Staat je getan hat und auch nicht im Laufe von Jahrzehnten tun kann. Man betrachte die Gehaltssätze der Vorkriegszeit: ein ungelernter Arbeiter verdiente einen Rubel pro Tag, d. h. 25 Rubel monatlich — ein Spezialist aber hatte 500 Rubel Monatsgehalt, ganz abgesehen von denen, die Hunderttausende bezahlt bekamen. Ein Spezialist erhielt zwanzigmal soviel wie ein Arbeiter. Unsere heutigen Sätze bewegen sich zwischen 600 und 3000 Rubeln — der Unterschied beträgt nur das Fünffache. Für die Ausglei chung haben wir viel getan. Natürlich, die Spezialisten sind jetzt bei uns überbezahlt, aber ihnen reichlich für ihr Wissen zahlen, lohnt sich nicht nur, sondern ist unsere Pflicht und theoretisch notwendig. Im Programm ist diese Frage meines Erachtens eingehend genug behandelt. Sie ist mit größtem Nachdruck zu betonen. Man muß sie hier nicht nur prinzipiell entscheiden, sondern man muß auch erreichen, daß alle Teilnehmer am Parteitag, wenn sie nach Hause zurückgekehrt sind, durch Berichte an ihre Organisationen, durch ihre ganze Tätigkeit die Verwirklichung dieses Beschlusses durchsetzen.

Unter den schwankenden Intellektuellen haben wir schon einen gewaltigen Umschwung herbeigeführt. Wenn wir gestern von der Legalisierung der kleinbürgerlichen Parteien gesprochen haben, heute aber Menschewiki und Sozialrevolutionäre verhaften, so verfolgen wir bei diesen Schwankungen ein ganz bestimmtes System. Durch diese Schwankungen zieht sich *eine* äußerst feste Linie: *die Konterrevolution beseitigen, den kulturell-bürgerlichen Apparat ausnutzen*. Die Menschewiki sind die schlimmsten Feinde des Sozialismus, denn sie hüllen sich in ein proletarisches Mäntelchen, sind aber keine proletarische Schicht. In dieser Schicht gibt es nur eine verschwindend dünne proletarische Oberschicht; sie selbst aber besteht aus kleinen Intellektuellen.

Diese Schicht wendet sich uns zu. Wir werden sie als Schicht ganz für uns gewinnen. Jedesmal, wenn sie zu uns kommen, sagen wir ihnen: „Willkommen“. Bei jeder dieser Schwankungen kommt ein Teil von ihnen zu uns. So war es mit den Menschewiki und den Leuten von der „Nowaja Shisn“<sup>62</sup>, so war es mit den Sozialrevolutionären, so wird es auch mit all diesen schwankenden Elementen sein, die uns noch lange stören werden, die da flennen, aus einem Lager ins andere überlaufen werden. Mit ihnen ist nichts anzufangen. Aber bei jeder dieser Schwankungen werden wir Schichten kultivierter Intellektueller für die Reihen der Sowjetfunktionäre gewinnen und jene Elemente beseitigen, die fortfahren, die Weißgardisten zu unterstützen.

Eine weitere Frage, deren Behandlung nach der Aufteilung der Themen zu meiner Aufgabe gehört, ist *die Frage des Bürokratismus und der Heranziehung der breiten Massen zur Arbeit in den Sowjets*. Schon seit geraumer Zeit werden Klagen über Bürokratismus laut, zweifellos begründete Klagen. Im Kampf gegen den Bürokratismus haben wir getan, was noch kein Staat getan hat. Den Apparat, der durch und durch bürokratisch, der ein bürgerlicher Unterdrückungsapparat war, der selbst in den freiesten bürgerlichen Republiken ein solcher bleibt — den haben wir bis auf den Grund zerstört. Nehmen wir z. B. das Gerichtswesen. Hier war die Aufgabe freilich leichter, hier brauchten wir keinen neuen Apparat zu schaffen, denn gestützt auf das revolutionäre Rechtsbewußtsein der werktätigen Klassen, als Richter tätig sein — das kann jeder. Wir haben hier die Sache noch lange nicht zu Ende geführt, aber in einer ganzen Reihe von Gebieten haben wir die Gerichte zu dem gemacht, was sie sein müssen. Wir haben Organe geschaffen, an denen sich nicht nur Männer, sondern auch Frauen, das rückständigste und unbeweglichste Element, ausnahmslos beteiligen können.

Die Angestellten in den anderen Verwaltungszweigen sind verknöcherebtere bürokratische Beamte. Hier ist die Aufgabe schwieriger. Ohne diesen Apparat können wir nicht auskommen, jeder Verwaltungszweig ruft das Bedürfnis nach einem solchen Apparat hervor. Hier leiden wir darunter, daß Rußland unzureichend kapitalistisch entwickelt war. Deutschland wird offenbar leichter damit fertig, denn der bürokratische Apparat hat dort eine tüchtige Schule durchgemacht, wo man zwar alle Säfte aus einem herauspreßt, aber ihn auch wirklich zu arbeiten zwingt, und nicht nur den Sessel zu drücken, wie es in unseren Kanzleien zu sein pflegt. Diese alten bürokratischen Elemente haben wir auseinandergejagt, umgewählt und dann begonnen, sie auf neue Plätze zu stellen. Zaristische Bürokraten begannen in Sowjet-

behörden überzugehen und Bürokratismus einzuführen, begannen sich als Kommunisten aufzumachen und der erfolgreicheren Karriere wegen sich Mitgliedsbücher der KPR zu verschaffen. So kommen sie, nachdem man sie zur Tür hinausgejagt hat, zum Fenster wieder herein! Hier wirkt sich der Mangel an kulturellen Kräften am stärksten aus. Diese Bürokraten könnte man samt und sonders entlassen, aber mit einem Schlag umerziehen kann man sie nicht. Hier ergeben sich für uns in erster Linie Organisations-, Kultur- und Erziehungsaufgaben.

Den Bürokratismus restlos, bis zum vollen Sieg zu bekämpfen, ist nur dann möglich, wenn die ganze Bevölkerung an der Verwaltung teilnehmen wird. In bürgerlichen Republiken war das nicht nur unmöglich: *das Gesetz selbst stand dem im Wege*. In den besten bürgerlichen Republiken, wie demokratisch sie auch sein mögen, gibt es tausende vom Gesetz errichtete Schranken, die die Beteiligung der Werktätigen an der Verwaltung verhindern. Wir haben diese Schranken hinweggeräumt, aber wir haben bisher nicht erreicht, daß die werktätigen Massen sich an der Verwaltung beteiligen könnten, denn außer den Gesetzen gibt es noch das Kulturniveau, das sich keinem Gesetz unterwerfen läßt. Dieses niedrige Kulturniveau bewirkt, daß die Sowjets, die nach ihrem Programm Organe der Verwaltung *durch die Werktätigen* sein sollen, in Wirklichkeit Organe der Verwaltung *für die Werktätigen* sind, einer Verwaltung durch die fortgeschrittene Schicht des Proletariats, nicht aber durch die werktätigen Massen selbst.

Hier erhebt sich vor uns eine Aufgabe, die nicht anders als durch langwierige Erziehungsarbeit gelöst werden kann. Gegenwärtig ist diese Aufgabe für uns ungeheuer schwierig, weil — wie ich schon mehrfach Gelegenheit hatte aufzuzeigen — die Arbeiterschicht, die die Verwaltung ausübt, außerordentlich, unglaublich *dünn* ist. Wir brauchen Unterstützung. Allen Anzeichen nach wächst im Lande eine solche Reserve heran. Der gewaltige Wissensdrang und der gewaltigste Bildungsfortschritt, der zumeist außerhalb der Schule erzielt wird, der riesige Bildungsfortschritt der werktätigen Massen steht außer Zweifel. Dieser Erfolg ist nicht in den Rahmen irgendwelcher Schulen zu spannen, aber er ist gewaltig. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß wir in der nächsten Zukunft eine gewaltige Reserve erhalten können, die die in der Arbeit überanstrengten Vertreter der dünnen proletarischen Schicht ablösen wird. Aber heute ist unsere Lage in dieser Beziehung jedenfalls äußerst schwierig. Die Bürokratie ist besiegt, die Ausbeuter sind beseitigt. Aber das Kulturniveau ist nicht gehoben worden, und darum sitzen die Bürokraten an ihren alten Plätzen. Sie können nur verdrängt werden, wenn das Proletariat und die Bauern-

schaft in einem viel größeren Umfang als bisher organisiert und wenn gleichzeitig die Maßnahmen zur Heranziehung der Arbeiter zur Verwaltungstätigkeit wirklich durchgeführt werden. Diese Maßnahmen im Rahmen jedes einzelnen Volkskommissariats sind Ihnen allen bekannt, und ich werde auf sie nicht weiter eingehen.

Der letzte Punkt, den ich berühren muß, ist *die führende Rolle des Proletariats und die Entziehung des Wahlrechts*. Unsere Verfassung sieht die Bevorzugung des Proletariats gegenüber der Bauernschaft und die Wahlrechtsentziehung für die Ausbeuter vor. Darüber sind die reinen Demokraten Westeuropas am meisten hergefallen. Wir antworteten und antworten ihnen darauf, sie hätten die wichtigsten Grundsätze des Marxismus vergessen, hätten vergessen, daß es sich bei ihnen um die bürgerliche Demokratie handelt, während wir zur *proletarischen* Demokratie übergegangen sind. Es gibt kein einziges Land, das auch nur den zehnten Teil dessen getan hätte, was die Sowjetrepublik in den vergangenen Monaten für die Arbeiter und armen Bauern getan hat, um sie zur Verwaltung des Staats heranzuziehen. Das ist die absolute Wahrheit. Niemand wird leugnen wollen, daß wir für eine wirkliche und nicht nur auf dem Papier stehende Demokratie, für die Heranziehung von Arbeitern und Bauern so viel getan haben, wie die besten demokratischen Republiken im Laufe von Jahrhunderten nicht getan haben und auch nicht tun konnten. Das hat die Bedeutung der Sowjets bestimmt, dank dieser Tatsache sind die Sowjets zur Lösung des Proletariats aller Länder geworden.

Aber das beharrt uns in keiner Weise davor, daß wir über das unzureichende Kulturniveau der Massen stolpern. Die Frage der Entziehung des Wahlrechts der Bourgeoisie betrachteten wir keineswegs von einem absoluten Standpunkt, denn theoretisch ist es durchaus zulässig, daß die Diktatur des Proletariats die Bourgeoisie zwar auf Schritt und Tritt unterdrücken wird, ihr das Wahlrecht aber nicht entzieht. Das ist theoretisch durchaus denkbar, und wir stellen unsere Verfassung auch nicht als Vorbild für andere Staaten hin. Wir sagen nur, wer da denkt, zum Sozialismus ohne Unterdrückung der Bourgeoisie übergehen zu können, der ist kein Sozialist. Wenn es aber notwendig ist, die Bourgeoisie als Klasse zu unterdrücken, so ist es nicht unbedingt notwendig, ihr Wahlrecht und Gleichstellung zu entziehen. Wir wollen keine Freiheit für die Bourgeoisie, wir erkennen keine Gleichheit der Ausgebeuteten und der Ausbeuter an, aber in unserem Programm behandeln wir diese Frage so, daß solche Maßnahmen wie die Ungleichheit der Arbeiter und der Bauern von der Verfassung keineswegs vorgeschrieben werden. Sie wurden in die Verfassung aufgenom-

men, *nachdem* sie sich praktisch eingebürgert hatten. Es waren nicht einmal die Bolschewiki, die die Sowjetverfassung ausarbeiteten, sondern es waren die Menschewiki und Sozialrevolutionäre, die das noch vor der bolschewistischen Revolution taten und so gegen sich selbst handelten. Sie haben die Verfassung so ausgearbeitet, wie das Leben selbst es verlangte. Die Organisierung des Proletariats vollzog sich viel schneller als die der Bauernschaft — das machte die Arbeiter zur Stütze der Revolution und gab ihnen faktisch eine Vorzugsstellung. Die weitere Aufgabe ist die, von dieser Vorzugsstellung allmählich zur Gleichstellung überzugehen. Weder vor noch nach der Oktoberrevolution wurde die Bourgeoisie aus den Sowjets hinausgejagt. *Die Bourgeoisie ist selber aus den Sowjets ausgetreten.*

So liegen die Dinge mit dem Wahlrecht der Bourgeoisie. Unsere Aufgabe ist es, die Frage mit voller Klarheit zu stellen. Wir entschuldigen uns durchaus nicht wegen unseres Benchmens, sondern wir zählen nur genau die Tatsachen auf, so wie sie sind. Unsere Verfassung mußte, wie wir das aufzeigen, diese Ungleichheit festsetzen, weil das Kultur-niveau niedrig, weil die Organisation bei uns schwach ist. Jedoch erheben wir diesen Zustand nicht zum Ideal, sondern im Gegenteil, laut Programm verpflichtet sich unsere Partei, an der Aufhebung dieser Ungleichheit zwischen dem besser organisierten Proletariat und der Bauernschaft systematisch zu arbeiten, einer Ungleichheit, die wir zu beseitigen haben werden, sobald es uns gelingt, das Kultur-niveau zu heben. Dann werden wir ohne solche Einschränkungen auskommen können. Schon heute, nach nur siebzehn Monaten Revolution, sind diese Beschränkungen praktisch nur von durchaus geringer Bedeutung.

Das sind die wichtigsten Punkte, Genossen, auf die bei der allgemeinen Erörterung des Programms einzugehen ich für notwendig hielt. Die weitere Erörterung überlasse ich der Diskussion. (Beifall.)

Veröffentlicht in „Der VIII. Parteitag der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki)“, 1919.

W. I. Lenin, Sämtl. Werke, 3. Aufl.,  
Bd. XXIV, S. 131—147 russ.